

Protokoll

*36. Bundesparteitag
13.–15. Juni 1988 · Wiesbaden*



Ergänzung zum Namensverzeichnis (Seite 525)

Rühe 118, 146ff.

Rüsenberg 411

Santer 55

Sauter 153, 301

Schäfer 150ff., 418

Scharf 138

Scharrenbroich 326, 336, 350, 390

Schätzle 212, 271, 309, 314

Scheuch 100

Scheuer 153

Schill 345

Schmitter 282

Schneider 431

Schnipkoweit 341, 347

Scholz 116

Schreiber 159, 331

**36. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Bonn, 13.–15. Juni 1988

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlußfassung über die Tagesordnung	9
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	13
Wahl der Mandatsprüfungskommission	14
Wahl der Stimmzählkommission	14
Grußworte	14, 17, 55, 64, 160, 163
Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, und Einführung zum Antrag des Bundesvorstandes: „Unsere Verantwortung in der Welt“	23
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB	44
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP	60
Aussprache zu den Berichten	77
Bericht der Mandatsprüfungskommission	77
Beratung und Beschlußfassung des Antrages des Bundesvorstandes: „Unsere Verantwortung in der Welt“	112
Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler MdB, und Einführung zum Antrag des Bundesvorstandes: „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“	166
Beratung und Beschlußfassung des Antrages des Bundesvorstandes: „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“	182
„Die CDU als moderne Volkspartei“ Einführung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands	359

INHALT	Seite
Beratung und Beschlußfassung zum Tagesordnungspunkt „Die CDU als moderne Volkspartei“	379
Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit vom 7. 11. 1988 bis 6. 11. 1992	424
Sonstige Anträge	9, 427
Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	436
A n h a n g	
Beschlußprotokoll	439
Beschlüsse	
– „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“	465
– „Unsere Verantwortung in der Welt“	485
– Sonstige Beschlüsse	512
Namensverzeichnis	522

Montag, 13. Juni 1988

1. Plenarsitzung

Beginn: 10.00 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union!

Hiermit eröffne ich den 36. Bundesparteitag der CDU Deutschlands. Ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen.

Mein Gruß gilt zunächst den Delegierten der CDU. Sie repräsentieren die 700 000 Mitglieder unserer Partei, die überall im Land, in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden, für unsere gemeinsame Überzeugung wirken.

Ich begrüße sehr herzlich unsere zahlreichen Gäste – zuerst die Vertreter der Kirchen. Gerade das Gespräch mit den christlichen Kirchen ist für die CDU Deutschlands von besonderer Bedeutung. Und ich nehme gleich die Gelegenheit wahr, mich für die Stunde der Besinnung heute früh im ökumenischen Gottesdienst zu bedanken.

(Beifall)

Ich freue mich, daß so viele Repräsentanten ausländischer Botschaften zu unserem Parteitag nach Wiesbaden gekommen sind. Ihr Besuch, meine Damen und Herren, zeugt vom internationalen Gewicht unseres Landes, von seinen freundschaftlichen Beziehungen in alle Welt, aber ebenso von der prägenden Rolle der CDU als der führenden Regierungspartei in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Ich begrüße besonders herzlich die Vertreter ausländischer Parteien, mit denen sich die CDU durch gemeinsame Ideale verbunden fühlt – unsere Freunde aus der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Demokratischen Union und der Internationalen Demokratischen Union.

(Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt ferner den vielen Journalisten, die in diesen Tagen unsere Diskussionen und Beschlüsse aufmerksam beobachten werden. Wir hoffen auf eine faire Berichterstattung!

(Beifall)

Ich heiße Sie alle – Mitglieder, Freunde und Gäste der CDU – hier in Wiesbaden willkommen.

Herr Oberbürgermeister, wir sind gern in diese schöne Stadt gekommen. Wir fühlen uns in der hessischen Landeshauptstadt ausgesprochen wohl.

(Beifall)

Ich darf die Gelegenheit nutzen, allen Bürgern Wiesbadens für ihre Gastfreundschaft zu danken. Dieser Dank gilt vor allem auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und Ihren Mitarbeitern in der Stadtverwaltung für wertvolle und freundliche Unterstützung bei der Vorbereitung des Parteitages.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Parteitag ist in die Zukunft gerichtet – in die Zukunft unserer Partei und unseres Landes. Wir werden auch Rechenschaft über unsere bisherige Arbeit ablegen. Wir dürfen dabei auf eine beachtliche Bilanz zurückblicken. Viele haben zu diesen Erfolgen beigetragen – viele, die überall in der Partei ihre Pflicht tun und denen ich herzlich danken will. Ich danke vor allem denen, die in der Parteiführung und in wichtigen Staatsämtern, im Bundesrat, in der Bundestagsfraktion und auch im Europäischen Parlament mitgewirkt haben.

Ich will für viele aus der Bundestagsfraktion deren Vorsitzenden, unseren Freund Alfred Dregger, und den Landesgruppenvorsitzenden der CSU, Theo Waigel, nennen.

(Beifall)

Ich will unserem Freund Heiner Geißler herzlich danken für seine entschiedene Arbeit, für seine Hingabe – und mit ihm allen Mitarbeitern des Adenauer-Hauses sowie den vielen hauptamtlichen Mitarbeitern unserer Partei, auf deren Arbeit die CDU nicht verzichten kann.

(Beifall)

Liebe Freunde! Gleich wird Walter Wallmann zu uns sprechen, Vorsitzender des gastgebenden Landesverbandes und Hessischer Ministerpräsident. Wenn wir zu unserem 36. Bundesparteitag nach Wiesbaden gekommen sind, dann nicht zuletzt, um die großartige Leistung der hessischen CDU zu würdigen.

(Beifall)

Seit über einem Jahr regiert in Hessen eine Koalition unter der Führung der CDU, unter der Führung von Walter Wallmann. Jeder kann spüren, daß in diesem knappen Jahr ein wahrer Ruck durch das Land gegangen ist: Walter Wallmann und die CDU haben den Bürgern dieses Landes eine neue Zuversicht und eine neue Perspektive gegeben. Die Bürger Hessens können wieder stolz auf ihr Bundesland sein – so wie auch die hessische CDU stolz darauf sein kann, was sie in der kurzen Zeit gemeinsam mit den Bürgern dieses Landes erreichen konnte.

Liebe Freunde! Das Beispiel Hessens führt uns erneut vor Augen, wie nahe Sieg und Niederlage für alle Parteien beeinanderliegen. Seit unserem letzten Bundesparteitag in Bonn haben wir das alle eindringlich erleben müssen.

Wir haben in Baden-Württemberg einen großartigen Wahlerfolg errungen. Die Wähler haben die CDU mit einer überzeugenden Mehrheit im Landtag ausgestattet, und wir gratulieren Lothar Späth zu diesem eindrucksvollen Erfolg.

(Beifall)

An diesem Sieg waren viele beteiligt, die sich mit ganzer Kraft engagiert haben.

Wir haben kurze Zeit später in Schleswig-Holstein eine schwere Niederlage erlitten, deren Ausmaß für uns alle bedrückend war. Wir wissen um die schlimmen Ereignisse, die zu diesem Ergebnis mit beigetragen haben. Wir wissen deshalb auch, daß Heiko Hoffmann und seine Freunde in dieser Wahl einen schweren Stand hatten. Sie haben mit ganzer Kraft gekämpft, und dafür gebührt ihnen unser Dank.

(Beifall)

Dies will ich besonders an die Adresse unserer Freunde in Schleswig-Holstein sagen: Es wird sich jetzt zeigen, daß wir nicht nur im Sieg zusammenstehen. Gerhard Stoltenberg, Heiko Hoffmann und allen Freunden in Schleswig-Holstein gilt unsere Solidarität.

(Beifall)

Liebe Freunde! Unsere Partei befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Phase. Wir stehen mitten in der Arbeit an umfangreichen Reformvorhaben – an Vorhaben, die für die Zukunft unseres Landes entscheidend sind. Bei der Dimension dieser Aufgaben, bei der Kompliziertheit der Sachverhalte und bei der mangelnden Bereitschaft mancher, sich den Themen intensiv und solide zu widmen, liegt es auf der Hand, daß es Schwierigkeiten gibt. Es ist verständlich, daß es zu kontroversen Diskussionen kommt und daß notwendige Maßnahmen nicht immer verstanden werden; dies war in der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland nie anders.

Vor uns liegen entscheidende Monate. In diesem Jahr stehen keine Wahlen mehr an; erst im nächsten Jahr gilt es wieder, wichtige Herausforderungen zu bestehen, zunächst im Januar bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Hier setzen wir darauf, daß die Berliner die gute Arbeit von Eberhard Diepgen und der Berliner CDU honorieren werden. Gemeinsam mit unseren Berliner Freunden werden wir für einen Erfolg bei diesen Wahlen arbeiten.

(Beifall)

Danach, liebe Freunde, werden wir uns mit ganzer Kraft auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Sommer kommenden Jahres konzentrieren. Wir werden und müssen die Zeit bis dahin nutzen, um zentrale Projekte der Regierungsarbeit parlamentarisch abzuschließen und dann mit ganzer Kraft in die Wahlkämpfe der kommenden Jahre zu gehen.

Viele haben noch nicht begriffen, was es bedeutet, daß das Jahr 1990 fast völlig im Zeichen von Wahlkämpfen stehen wird. Wir haben im Jahr 1990 Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Bayern, in Niedersachsen, an der Saar und in Nordrhein-Westfalen sowie drei Kommunalwahlen. Es ist ein Jahr, das uns herausfordert. Wir werden uns dieser Herausforderung stellen.

Liebe Freunde, dazu brauchen wir, dazu brauchen vor allem auch ich die Unterstützung der Partei – von Ihnen allen. Wir werden mit Mut und mit Standfestigkeit überzeugen. Dieser Parteitag wird – dessen bin ich sicher – dazu einen Beitrag leisten.

Liebe Freunde! Der bewährten Tradition unserer Parteitage folgend will ich jetzt unserer Freunde gedenken, die seit unserem letzten Parteitag verstorben sind.

Zuerst aber wollen wir der Bergleute gedenken, die in der nordhessischen Grube Stolzenbach ihr Leben ließen. Unser Mitgefühl gilt ihren Familien – ihren Frauen, ihren Kindern. Wir erinnern uns zugleich mit Dankbarkeit der vielen Helfer, die sich bei den Such- und Bergungsarbeiten unter schwierigsten Bedingungen und bis an die Grenzen ihrer Kraft eingesetzt haben.

Liebe Freunde! Seit unserem letzten Parteitag sind viele unserer Weggefährten, Kammeraden und Freunde von uns gegangen. Ich will stellvertretend für die vielen nur einige wenige Namen nennen.

Ich nenne Dr. h. c. Peter Lorenz, geboren am 22. Dezember 1922, gestorben am 6. Dezember 1987. Er war Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der Jungen Union in Berlin. Er war stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union. Er war viele Jahrzehnte hindurch Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und von 1969 bis 1981 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin. Er war Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses und von 1976 bis 1977 sowie von 1980 bis zu seinem Tod Mitglied des Deutschen Bundestags. Er war 1982 bis 1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

Ich nenne Dr. Kurt Birrenbach, geboren am 2. Juli 1907, gestorben am 26. Dezember 1987. Er war von 1957 bis 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1957 bis 1961 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Besonders zwei Missionen, die er als Sonderbeauftragter der Bundesregierung durchführte, sind in Erinnerung geblieben: 1961 sondierte er im Auftrag von Bundeskanzler Adenauer die Haltung der amerikanischen Regierung nach dem Bau der Berliner Mauer, und 1965 betraute ihn Bundeskanzler Erhard mit den Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel.

Ich nenne Dr. Adolf Bieringer, geboren am 29. August 1928, gestorben am 12. Februar 1988. Er war Mitglied des Landesvorstands der Jungen Union in Baden-Württemberg. Er war Mitglied des Stadtrats von Bruchsal, von 1961 bis 1964 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1964 bis 1985 Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal und von 1986 bis zu seinem Tod Regierungspräsident von Karlsruhe.

Ich nenne Christa Schroeder, geboren am 17. Februar 1913, gestorben am 15. Februar 1988. Sie war seit 1946 Mitglied der CDU und von 1961 bis 1976 Mitglied des Deutschen Bundestags. Vielen von uns bleibt sie in Erinnerung als eine hervorragende Repräsentantin unserer Frauenvereinigung.

Ich nenne Friedrich Volz, geboren am 27. April 1944, gestorben am 16. Mai 1988. Er war seit 1973 Mitglied des Bezirksvorstands der CDU Nordwürttemberg und seit 1981 ihr Bezirksgeschäftsführer. Er war seit 1980 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg.

Ich nenne Alfred Krause, geboren am 4. November 1915, gestorben am 7. Juni 1988. Nach 1933 war er im Widerstand gegen die Nazis. Er war 1945 Gründungsmitglied der CDU und der Jungen Union in Ostritz bei Zittau und von 1946 bis 1950 Ortsvorsitzender der CDU und Stadtrat in Ostritz. 1950 floh er nach West-Berlin. Er war 18 Jahre Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Wedding, 11 Jahre Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und von 1959 bis zu seinem Tod Geschäftsführer und Hauptvorstandsmitglied der Exil-CDU.

Ich nenne schließlich Kurt Georg Kiesinger, geboren am 6. April 1904, gestorben am 10. März 1988. Mit ihm hat die CDU Deutschlands eine ihrer prägenden Persönlichkeiten verloren. Er zählt zu den bedeutenden Baumeistern unserer Republik. Von Anfang an hat er die Entwicklung unseres Landes in vielfältiger Form mitbestimmt und unserem Land in wichtigen Staats- und Parteiämtern gedient. Er war von 1958 bis 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und von 1966 bis 1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Von 1967 bis 1971 war er Vorsitzender der CDU Deutschlands.

Bis zuletzt blieb er als Ehrenvorsitzender unserer Partei ein Vorbild und guter Freund. Kurt Georg Kiesinger hat weit über die Grenzen der eigenen Partei Achtung und Anerkennung gefunden. Er gehört zu den Staatsmännern, die diesem Land in Treue gedient haben.

Liebe Freunde! Wir wollen den Verstorbenen ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Dieser 36. Bundesparteitag wird ein Parteitag der Diskussion sein. Wir werden unseren geistigen Standort als Christliche Demokraten verdeutlichen. Wir werden uns mit den Zukunftsaufgaben beschäftigen, die jetzt vor uns stehen.

Heute wollen wir uns zunächst mit einem Bereich befassen, der seit Konrad Adenauer eine Domäne der CDU ausmacht: mit der Außen-, der Sicherheits- und Europa- sowie der Deutschlandpolitik. Dabei wird zum Ausdruck kommen: So wie die CDU bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland die Weichen stellte – gerade auch in der Außenpolitik –, so setzen wir auch die neuen Ziele für die Zukunft der internationalen Beziehungen.

Morgen, liebe Freunde, werden wir dann gemeinsam Themen beraten, die uns ganz unmittelbar in unserer Identität als Christliche Demokraten betreffen. Es geht dabei insbesondere um den Schutz des menschlichen Lebens, auch des ungeborenen, und der Menschenwürde.

Aus unserem Verständnis des christlichen Menschenbildes heraus werden wir Antworten formulieren. Wir wissen: Das christliche Menschenbild kann dabei nicht für jedes Problem eine Lösung vorgeben. Aber es wird als Grundlage und Wegweiser unserer Politik deutlich werden.

Für die Diskussion an beiden Tagen liegen Leitanträge vor, die der Bundesvorstand beschlossen hat und die in unserer Partei in den letzten Wochen intensiv beraten wurden. Allein der Umfang dieser Leitanträge geht an die Grenze dessen, was ein Parteitag in zweieinhalb Tagen leisten kann, von der Komplexität der Themen ganz zu schweigen.

Der Bundesvorstand hat deshalb beschlossen – und ich bitte Sie, dem zuzustimmen –, daß die beiden wichtigen Themenbereiche Umwelt sowie Ausländerrecht nach sorgfältiger Vorbereitung auf einer der nächsten Sitzungen des Bundespartei-ausschusses behandelt werden und daß dort auch die notwendigen Beschlüsse gefaßt werden.

Liebe Freunde! Wenn die CDU zum Wohle unseres Landes die Zukunft gestalten will, muß sie gleichzeitig auch ihre Fähigkeit zum offenen Gespräch mit den Bürgern ausbauen. Es gilt, auch die organisatorische Kraft unserer Partei zu stärken. Es ist unsere gemeinsame Pflicht und es ist meine Aufgabe als Parteivorsitzender, darauf zu achten, daß wir als CDU eine bürgernahe, eine moderne, eine lebendige Volkspartei bleiben – im Innern wie in der Ausstrahlung nach außen. Dazu gehört auch eine Analyse unserer Organisation und eine offene Diskussion darüber, was wir besser machen können. Mit beiden Themen wollen wir uns am Mittwoch beschäftigen.

Liebe Freunde, es liegt an uns, daß von diesem Parteitag ein Impuls ausgeht, daß dieser Parteitag zu einem eindrucksvollen Zeugnis unserer Fähigkeit wird, für unser Land und für die Bürger dieses Landes die Zukunft zu gewinnen.

Ich darf nun die Tagesordnung aufrufen. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

Die Vorlage ist Ihnen mit den Unterlagen überreicht worden. Der Bundesvorstand schlägt dem 36. Bundesparteitag das in der Vorlage aufgeführte Tagungspräsidium vor – mit Ministerpräsident Dr. Walter Wallmann als Tagungspräsident an der Spitze. Ich darf fragen: Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Wer dem vorgeschlagenen Tagungspräsidium zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Soweit ich erkennen kann: einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich darf nun bitten, daß Walter Wallmann gemeinsam mit den gewählten Damen und Herren das Präsidium übernimmt.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Die Mitglieder des Tagungspräsidiums bedanken sich für das Vertrauen, das Sie uns mit Ihrer Wahl ausgesprochen haben. Wir wollen uns bemühen, fair durch diesen gewiß nicht einfachen Parteitag und seine Diskussionen zu führen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Bevor wir über die Tagesordnung abstimmen, müssen wir noch über einen Verfahrensantrag abstimmen lassen. Zu den Tagesordnungspunkten 14 bis 19 liegt der Antrag

M 57 – Sie finden ihn auf der Seite 200 der Antragsbroschüre – vor. In diesem Verfahrens Antrag wird verlangt, daß sich nicht dieser, sondern erst der nächste Bundesparteitag mit den Leitanträgen des Bundesvorstandes befaßt.

Wünscht der Antragsteller das Wort? – Das ist der Fall. Herr Fischer, würden Sie bitte nach vorne kommen, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Dieter Fischer: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte den radikalen Antrag meines Kreisverbandes wie folgt begründen.

Zu Beginn dieses Jahres beschloß mein Kreisverband, sich mit den zu erwartenden Leitanträgen zum Bundesparteitag eingehend zu befassen und eventuell Änderungs- und Zusatzanträge zu stellen. Die intensive Diskussion sollte unter Beteiligung aller Mitglieder unserer Ortsunionen, des Kreisparteiausschusses und des Kreisparteitages erfolgen. Es sollten auch Stellungnahmen aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppierungen eingeholt und in unsere politischen Aussagen mit eingebaut werden.

Wir vertreten die Meinung, daß die Diskussion programmatischer Fragen und ihrer Beantwortung, die über eine Legislaturperiode hinaus bis in das nächste Jahrtausend reichen, nur sinnvoll und vertretbar ist, wenn alle Gliederungen der Partei, und nicht in erster Linie nur Kreisvorstände oder Kommission, Gelegenheit zur intensiven Diskussion hatten.

Die Verabschiedung der Leitanträge durch den Bundesvorstand am 18. April, die Auslieferung der Texte nicht vor dem 24. April und die Festsetzung der Antragsfrist auf den 15. Mai machen eine derart breite Diskussion unmöglich.

(Vereinzelt Beifall)

Das Gespräch innerhalb und außerhalb der Partei intensiv zu führen, Diskussionskreise anzuregen, dabei auch Experten außerhalb der Partei anzusprechen und zu Parteitag und anderen Veranstaltungen der Partei die Bevölkerung einzuladen und sie in die Meinungsbildung einzubeziehen, wie es der Generalsekretär zu Recht fordert, verhindert der vorgegebene Zeitrahmen. Meine Kreispartei ist nach wie vor der Auffassung, daß alle Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit die Möglichkeit haben sollten, an weitreichenden programmatischen Aussagen, wie sie die Leitanträge zum Inhalt haben, mitzuwirken. Die Kürze der Antragsfrist macht das jedoch unmöglich.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dieser Begründung noch ein kurzer Satz. Wir wollen diesen Parteitag natürlich nicht verhindern. Das ist klar. Wir wollen aber zu vernünftigen Antragsfristen kommen, um eine breite innerparteiliche Diskussion zu gewährleisten, und zwar eine Diskussion nicht nur für die erste Halbzeit, sondern auch für die zweite Halbzeit.

Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Fischer. Das Wort hat unser Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie sicher nicht anders erwarten haben, empfiehlt Ihnen die Antragskommission, diesen Antrag abzulehnen. Seit Februar hat die Partei die Berichte der beiden vom Bundesvorstand eingesetzten Kommissionen beraten und auch die Leitanträge des Bundesvorstandes, die auf diesen Kommissionsberichten

aufbauen, diskutiert. Es sind aus der Partei in der ersten Stufe der Diskussion, aber auch von Organisationen und von Einzelpersonlichkeiten unseres Landes insgesamt 600 Stellungnahmen zu den Entwürfen eingegangen und zu dem Leitantrag des Bundesvorstandes über 1000 Anträge. Das alles war das Ergebnis einer breiten Diskussion von über 300 antragsberechtigten Gliederungen der Christlich Demokratischen Union, also Vereinigungen, Kreisverbänden usw., die sich in einer intensiven Arbeit auf die wichtigen Entscheidungen dieses Parteitages vorbereitet haben, und die natürlich auch erwarten, daß diese Arbeit jetzt nicht umsonst gewesen ist.

Die Fristen sind im Bundesstatut verankert. Wir haben Änderungsanträge, die wir am Mittwoch behandeln können. Dann können wir darüber sprechen, ob die im Statut der Partei vorgesehenen Fristen noch den Vorstellungen entsprechen, die wir für einen solchen Parteitag haben. Möglicherweise müssen wir die Fristen ändern. Aber nach der Vorarbeit und der großartigen Diskussion auf breiter Basis, die wir über die Anträge gehabt haben, möchte ich nachdrücklich empfehlen, diesem Antrag nicht zu entsprechen, sondern gemeinsam dafür zu sorgen, daß dieser Parteitag in dieser Zeit für uns alle ein Erfolg wird und daß wir den Erwartungen entsprechen, die unsere Mitglieder und die Menschen in unserem Land an uns richten.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heiner Geißler.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach unserer Geschäftsordnung kann im Falle eines Geschäftsordnungsantrages dafür und dagegen gesprochen werden. Das ist geschehen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Tagesordnung gemäß § 9 der Geschäftsordnung unserer Partei.

Zunächst stimmen wir über den Antrag M 57, den wir eben behandelt haben, auf Absetzung der Leitanträge ab. Nun kann ich hier nicht vortragen, daß die Antragskommission eine bestimmte Empfehlung gibt. Denn wir haben sie noch nicht eingesetzt. Aber ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir jetzt wie folgt verfahren: Wer der Empfehlung, die hier von unserem Generalsekretär vorgetragen worden ist, zu folgen wünscht, also die beiden Leitanträge zu behandeln, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das erste war ganz eindeutig die große Mehrheit. Damit ist der Antrag M 57 abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die abgedruckt vorliegende Tagesordnung unseres heutigen 36. Bundesparteitags. Wer der Tagesordnung zustimmen möchte, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Wenn ich recht sehe, haben wir die Tagesordnung, so wie sie uns vorliegt, für dieses 36. Bundesparteitag einstimmig beschlossen.

Gestatten Sie noch einige geschäftsleitende Bemerkungen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, daß für die Einreichung von Initiativanträgen, die von 30 stimmberechtigten Delegierten unterschrieben sein müssen, folgende Fristen eingehalten werden:

Antragsschluß für alle Initiativanträge zum Antrag „Unsere Verantwortung in der Welt“: heute, Montag, 12.30 Uhr; Antragsschluß für alle Initiativanträge zum Antrag „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“: heute, Montag, 19.00 Uhr; Antragsschluß für alle sonstigen Initiativanträge: morgen, Dienstag, 18.00 Uhr. Darf ich davon ausgehen, daß der Parteitag mit diesem Verfahren einverstanden ist? – Ich höre keinen Widerspruch.

Ich muß noch etwas hinzufügen, verehrte Delegierte. Da diese Initiativanträge mit dem elektronischen Textverarbeitungssystem bearbeitet und auch abgewickelt werden,

müssen entsprechende Vordrucke benutzt werden. Sie erhalten sie beim Tagungsbüro. Dort werden die Anträge für die Antragsteller geschrieben und damit unmittelbar in die Textverarbeitung eingegeben. Nach Unterschrift von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten sind die Anträge beim Tagungspräsidium hier an der Bühne abzugeben.

Soviel zu der Geschäftssituation. Ich bitte herzlich darum, daß Sie sich an die Fristen und an das Procedere, wie wir es Ihnen vorgeschlagen haben, halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße die zum 36. Bundesparteitag der CDU so zahlreich erschienenen Gäste. Ich begrüße ganz besonders die Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Repräsentanten von Institutionen, Organisationen und Verbänden, die Repräsentanten der diplomatischen Missionen und anderen Vertretungen und ebenfalls die Vertreter internationaler Organisationen.

Ich begrüße die Vertreter unserer ausländischen Schwesterparteien, die als Gäste an unserem Bundesparteitag teilnehmen.

Ich begrüße besonders die Vertreter der nationalen und internationalen Presse, des Hörfunks und der Fernsehanstalten, die ebenfalls in großer Zahl zu uns gekommen sind und die über unseren Bundesparteitag berichten werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich nur einige wenige unter uns, besonders aus der Reihe unserer Ehrengäste und Gäste, begrüßen werde. Sie finden in Ihren Tagungsunterlagen eine Liste, in der alle Ehrengäste bei diesem 36. Bundesparteitag namentlich aufgeführt sind.

Nun darf ich einige Ehrengäste unter uns namentlich und besonders begrüßen. Ich heiße sehr herzlich willkommen den Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Herrn Dr. Hans-Gernot Jung.

(Beifall)

Genauso herzlich begrüße ich den Bischof von Limburg, Herrn Professor Dr. Franz Kamphaus.

(Beifall)

Wir danken Ihnen für den eindrucksvollen Ökumenischen Gottesdienst, den wir mit Ihnen gefeiert haben.

Wir danken allen, die diesen Gottesdienst vorbereitet und gestaltet haben. Wir danken dem Hausherrn der St. Bonifatius-Kirche, Herrn Stadtdekan Werner Bardenhewer. Wir danken für den Willkommensgruß zu Beginn des Gottesdienstes. Wir bedanken uns bei dem Organisten der St. Bonifatius-Kirche, Herrn Gabriel Dessauer.

(Beifall)

Wir bedanken uns sehr herzlich bei Herrn Propst Heinz Bergner. Wir danken ebenso dem Blechbläserensemble des Wiesbadener Konservatoriums unter der Leitung von Herrn Joachim Tobschall.

(Beifall)

Sie haben uns geholfen, diesen 36. Parteitag in der rechten Einstellung und in unserem Verständnis, wie wir verantwortliche Politik zu gestalten haben, zu beginnen.

Ich begrüße auf unserem Parteitag sehr herzlich Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, wir freuen uns, daß wir Ihnen für Ihre Arbeit an der Seite Ihres Mannes danken können. Vor allem aber wollen wir nicht vergessen, was Sie geleistet haben und wofür wir Ihnen zu danken haben, nämlich für einen beispielhaften Einsatz für die hirnverletzten Unfallopfer. Wir alle haben es oft genug erfahren, wie Sie sich wirklich täglich eingesetzt haben. Wir wollen Ihre Arbeit, liebe Frau Kohl, auch weiterhin mit Nachdruck unterstützen.

Jetzt aber wollen wir Ihnen ein kleines Zeichen unserer Verbundenheit und Dankbarkeit überreichen. Es ist ein Blumengruß, und dieser Blumengruß wird Ihnen von meinem jungen Freund Marco überreicht, der vier Jahre alt ist. Er wird Ihnen jetzt alle guten Wünsche für Ihre weitere Arbeit aussprechen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Parteivorsitzender und Bundeskanzler hat bereits den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden, Herrn Achim Exner, begrüßt und ihm gedankt. Ich darf das, Herr Oberbürgermeister, noch einmal für den ganzen Parteitag wiederholen. Wir danken Ihnen, daß Sie zu uns gekommen sind und ein Grußwort an den Parteitag richten werden. Wir danken für die Unterstützung und Hilfe vieler Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir bitten Sie herzlich, auch ihnen diesen Dank weiterzugeben. Wir danken für die Gastfreundschaft vieler Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der schönen Landeshauptstadt Wiesbaden. Vielen Dank, daß Sie bei uns sind.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich grüße in diesem Augenblick ganz besonders – das werden Sie verstehen – unsere Wiesbadener Freunde hier auf diesem Parteitag. Ganz besonders und herzlich heiße ich den Kreisvorsitzenden, unseren Freund Dr. Jentsch, willkommen.

(Beifall)

Schließlich, meine Freunde, noch eine namentliche und, wie ich finde, selbstverständliche Begrüßung. Es ist uns allen eine ganz besondere Freude, daß wir unseren verehrten Altbundespräsidenten, Herrn Professor Dr. Karl Carstens, bei uns auf diesem Parteitag in unserer Mitte haben.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Lieber Herr Professor Carstens, dem Beifall ist nichts mehr hinzuzufügen. Ich stelle schlicht und einfach fest: Herzlich willkommen auf dem 36. Bundesparteitag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Ihren Tagungsunterlagen befindet sich die Aufstellung der vom Bundesvorstand bestellten Antragskommission. Ich habe dazu eine Wortmeldung vorliegen, und zwar von Frau Denzel aus dem Landesverband Baden-Württemberg zum Thema Antragskommission. Bitte schön, Frau Denzel, Sie haben das Wort.

Frau Denzel: Wir haben gerade nachgezählt. Die Liste der Mitglieder der Antragskommission hat leider noch zuwenig Frauen. Es sind 46 Herren und 8 Damen. Ich möchte den Antrag stellen, noch zwei Damen zusätzlich aufzunehmen, und zwar Frau Gertrud Johannknecht und Mechthild Gräfin von Walderdorff.

Ich danke Ihnen.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Denzel. Darf ich davon ausgehen, meine lieben Freunde, daß ich diesen Vorschlag auch als Ihren Vorschlag begreifen und unsere Antragskommission um diese beiden Parteifreundinnen erweitern darf? Sind Sie damit einverstanden? –

(Beifall)

Danke schön. Damit ist diese erweiterte Antragskommission, wenn ich jetzt um Ihre förmliche Feststellung bitten darf, auch durch den Bundesparteitag bestätigt. Ich bitte um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Antragskommission förmlich bestätigt.

Die Mitglieder der Antragskommission werden gebeten, sich um 14.00 Uhr im Sitzungszimmer der Antragskommission zur Beratung der Empfehlungen zu den Initiativanträgen zum Antrag „Unsere Verantwortung in der Welt“ einzufinden.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

dieser Vorschlag liegt Ihren Tagungsunterlagen bei. Wer dem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen mit der Stimmkarte. – Ich kann feststellen, daß dies mindestens die deutliche Mehrheit ist. Damit ist die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich um 14.00 Uhr im Büro des Organisationsleiters einzufinden.

Wir kommen jetzt zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Wahl der Stimmzählkommission

Der Vorschlag des Bundesvorstandes für die nach § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu wählende Stimmzählkommission liegt Ihnen als Tischvorlage vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um das Handzeichen mit der Stimmkarte. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch diese Entscheidung förmlich getroffen.

Ich rufe nun Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Grüßworte

Zu einem Grußwort für die gastgebende Landeshauptstadt Wiesbaden erteile ich Herrn Oberbürgermeister Exner das Wort. Bitte schön, Herr Oberbürgermeister, Sie haben das Wort!

Achim Exner, Oberbürgermeister von Wiesbaden: Sehr geehrtes Präsidium! Herr Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Kohl! Meine sehr verehrten Damen und Herren Gäste und Delegierte des 36. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union! Trotz aller Auseinandersetzungen im Vorfeld dieses Parteitages um den richtigen Weg der Christlich Demokratischen Union muß ich Ihnen gleich zu Beginn meines Grußwortes ein Kompliment machen: In der Wahl Ihres Tagungsortes haben Sie eine optimale Entscheidung getroffen.

(Heiterkeit)

Ich heiße Sie im Namen aller Wiesbadenerinnen und Wiesbadener herzlich willkommen und hoffe, daß Sie wenigstens in den Abendstunden und vielleicht im Anschluß an diesen Parteitag genügend Zeit finden werden, das originelle und vielfältige gastronomische und kulturelle Angebot unserer Stadt zu nutzen. Ihre Wiesbadener Freunde werden Sie sicherlich mit den richtigen Tips versorgen, und für die, die den besten Kenner der Szene benötigen: Ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung, Anruf genügt!

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird Ihnen ein guter Gastgeber sein, und ich darf mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, recht herzlich für die Worte der Anerkennung für meine Mitarbeiter bedanken, die sich bemüht haben, Ihnen die Organisation in unserer Stadt so leicht wie möglich zu machen.

Wer allerdings bei der Anreise mit der Bahn etwas zu häufig umsteigen mußte, der wird bei der noch ausstehenden Entscheidung über die Trassenführung der geplanten Schnellbahn Köln/Frankfurt dafür sorgen können, daß sich das nicht wiederholt.

(Zustimmung)

Was uns als Kongreßstadt nämlich am meisten fehlt, ist eine optimale Anbindung an das überregionale Schienennetz. Wir würden Ihnen mit Ihrer Hilfe und vor allem mit der des Verkehrsministers beim nächsten Parteitag in Wiesbaden gerne das Umsteigen ersparen!

Meine Damen und Herren, Parteitage sind Momente der Standortbestimmung und Orte der Diskussion des zukünftigen Weges. Parteitage einer Regierungspartei dürfen deshalb der besonderen Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sicher sein. Zwar weiß ich, daß die kritische Öffentlichkeit und vor allem die konkurrierenden Parteien nur darauf waren, ihre von Ihren Positionen abweichende Meinung so schnell wie möglich zum Ausdruck zu bringen; erlauben Sie es mir als einem Andersgläubigen aber, dennoch einige verbindende Bemerkungen zu machen, zu denen mich der Gastkommentar von Minister Norbert Blüm heute in einer Wiesbadener Tageszeitung geradezu ermuntert.

Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte – da teile ich seine Auffassung – drei wesentliche innenpolitische Aufgaben nur gemeinsam von den großen politischen Kräften unserer Republik gelöst werden können. Es sind die nachhaltige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Reform unseres Gesundheitswesens und die langfristige Sicherung – und damit Veränderung – unseres Renten- und Sozialversicherungsfinanzierungssystems. Ich glaube – und spreche da aus eigener Erfahrung –, daß Mehrheiten, die auch auf Partner Rücksicht nehmen müssen, deren politisches Gewicht häufig in keinem akzeptablen Verhältnis zu ihrer Stimmzahl steht,

(Zustimmung)

nicht in der Lage sein werden – und daß auch bei der scheinbar notwendigen Orientierung am nächsten Wahltermin oder gar an den Terminen von Regionalwahlen niemand in der Lage sein wird –, nachhaltig Konzepte zu verwirklichen, die Wahlperioden überdauern. Ich weiß aber, daß die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auch Lösungen akzeptieren, die wehtun, die Einschränkungen und Belastungen mit sich bringen, wenn diese überzeugend begründet, gerecht verteilt, von einer breiten Mehrheit getragen und nicht von mächtigen Minderheiten zerredet werden.

Das erfordert natürlich auch die Bereitschaft zur Aufgabe und ernsthaften Überprüfung liebgewordener Patentrezepte, die häufig mehr der Bestätigung eigener Überzeugungen dienen, aber nicht immer eine überzeugende Bestätigung in der Praxis finden.

Vor wenigen Monaten haben sich in dieser Halle auf dem AfA-Bundeskongreß Oskar Lafontaine, Ernst Breit und Franz Steinkühler gegenübergestanden und scheinbar unversöhnliche Positionen ausgetauscht, und doch sind wir, so glaube ich, in dieser Republik ein Stück weitergekommen, weil jemand an Verkrustungen geknabbert hat, von dem man es nicht erwartet hatte, der damit aber mehr Menschen zum Nachdenken bringen konnte, als die – ja vorhandenen – gleichen Vorschläge aus dem Konrad-Adenauer-Haus es vermocht hätten. Bei diesem Thema haben Sozialdemokraten und Gewerkschafter die ersten Schritte zu tun, weil sie hin zu Kompromissen den weitesten Weg zurückzulegen haben, also früher aufbrechen müssen.

Anders sieht es – da stimme ich Herrn Blüm zu – bei der Sicherung unseres Renten-, ja, unseres Sozialversicherungssystems aus. Man muß nicht Versicherungsmathematiker sein, um auszurechnen, daß unser über Jahrzehnte bewährtes System angesichts des demographischen Aufbaus unserer Gesellschaft und der hochgradigen Automatisierung der industriellen Produktion in erkennbarer Zeit und von den meisten von uns erlebbar nicht mehr funktionieren wird. Als Oberbürgermeister einer Stadt, in der Dienstleistungen und Handwerk eine große Rolle spielen, meine ich, daß es nicht angehen kann, daß kapitalintensive Produktion Arbeitskräfte freisetzt, die damit aus der Finanzierung der Sozialversicherung aussteigen, und daß arbeitsintensive Betriebe im Handwerk und im Dienstleistungsbereich überproportionale Kosten tragen müssen. Ich glaube, hier werden Sie nicht nur nachdenken – das tun Sie –, sondern auch entscheiden müssen, ob Sie die vorgeschlagenen Lösungsmodelle aufgreifen und mitgestalten, was diesmal allerdings nach meiner Einschätzung den weiteren Weg für Sie bedeutet; aber vielleicht kann in Wiesbaden auch in diesem Punkt Aufbruchstimmung entwickelt werden.

Eine letzte Bemerkung: Bei der Reform unseres Gesundheitswesens werden alle Parteien – um hier im Bild zu bleiben – einen gleich weiten Weg zurückzulegen haben. Als Sozialhilfe- und Krankenhausträger beobachte ich mit großer Aufmerksamkeit die Bemühungen Norbert Blüms, erste Schritte auf dem Wege zu einer Strukturreform zu tun. Der Erfolg wird sich hier nur einstellen, wenn alle Beteiligten – ich betone: alle – diesen Weg mitgehen. Ich würde mich freuen, wenn dieser Parteitag Mut hat und Mut macht, schwierige Aufgaben ernsthaft anzupacken, und ich wünsche mir die Bereitschaft aller politischen Kräfte – hierzu kann jeder, auch ich, einen Beitrag leisten –, in diesen für unser Land und seine Menschen existentiellen Fragen ernsthaft und selbstkritisch mitzuwirken.

Meine Damen und Herren, es mag Sie überrascht haben, daß ich nicht über die naheliegenden Fragen der Steuerreform und ihrer Auswirkungen auf die Finanzkraft und die Existenzfähigkeit der Kommunen gesprochen habe, aber ich habe darauf bewußt verzichtet, weil ich weiß, daß dies von den christdemokratischen Kommunalpolitikern wie meinem geschätzten Kollegen Manfred Rommel und anderen nicht wesentlich anders beurteilt wird als von Sozialdemokraten, so daß die Selbstheilungskräfte innerhalb der Union stark genug sein dürften, um die notwendigen Korrekturen anzubringen.

(Zustimmung)

– Ich danke für den Beifall der Kommunalpolitiker!

Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, einen Denkansatz darzustellen, der sich in den Diskussionen der letzten Jahre bei mir entwickelt hat, nämlich: Grundlegende gesetzliche oder gesellschaftliche Änderungen sollten immer vom Bemühen um eine breite politische und gesellschaftliche Akzeptanz geprägt sein, weil sie länger halten sollen und müssen, als Wahlperioden dauern.

Ich bitte, meinen Beitrag nicht vordergründig als Aufruf zu neuen politischen Konstellationen mißzuverstehen, sondern als Appell, die Dialogfähigkeit zwischen den gesellschaftlichen Kräften zu erhöhen, quasi einen *contrat social* zwischen Regierung und Opposition zu suchen, wer immer gerade auf den jeweiligen Bänken sitzt.

Ich wünsche mindestens in diesem Sinne Ihrem Parteitag einen erfolgreichen Verlauf und Ihnen allen einen angenehmen Aufenthalt in Wiesbaden.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Herr Oberbürgermeister Exner, ich danke Ihnen für Ihr Grußwort und den Bürgern Ihrer Stadt für ihre Gastfreundschaft. In der Tat, wir sind überzeugt, daß wir den Tagungsort gut gewählt haben: Es ist die Landeshauptstadt eines Landes der Bundesrepublik Deutschland, in der die CDU im letzten Jahr besonders erfolgreich war.

(Beifall)

Ich bedanke mich, Herr Oberbürgermeister, daß Sie Ihre Ausführungen zu Sachfragen an einem Zitat von Norbert Blüm festgemacht haben. Auch wir sind überzeugt, er ist ein Anreger weit über unsere eigene Partei hinaus.

(Beifall)

Wir werden versuchen, auf die Themen, die Sie angesprochen haben, in den zwei Tagen Antworten zu geben. Wir fühlen uns durch Ihr Wort ermutigt, wenn es darum geht, auf breiter Basis und mit breiten Mehrheiten Entschlüsse zu fassen, wenn es notwendig ist, aber auch den Mut zu zeigen, mit einfachen Mehrheiten als richtig Erkantes durchzusetzen.

Ich wünsche Ihrer Stadt alles Gute für die Zukunft.

(Beifall)

Das Wort geht nun an den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, an unseren Freund Dr. Walter Wallmann.

Dr. Walter Wallmann (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Die CDU Hessen freut sich, daß der 36. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in unserem Hessenlande stattfindet. Ich heiße Sie alle in unserer Landeshauptstadt Wiesbaden herzlich willkommen. Ich hoffe, daß Sie sich bei uns wohlfühlen. Wir möchten Ihnen gute Gastgeber sein und wir möchten dazu beitragen, daß dieser Bundesparteitag zu einem Erfolg für die ganze Union und für unser Land wird.

Ich grüße ganz besonders unseren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler, Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Am 12. Juni 1973, also gestern vor 15 Jahren, hat Sie, lieber Helmut Kohl, der 21. Bundesparteitag in Bonn zum erstenmal zum Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Heiner Geißler hat Ihre Arbeit und Ihre große Leistung während dieser 15 Jahre gestern im Bundesvorstand eindrucksvoll gewürdigt. Er hat Ihnen gedankt und Ihnen die Solidarität des Bundesvorstandes für Ihre künftige Arbeit ausgesprochen. Ich möchte das heute für unseren Parteitag hier tun. Unter Ihrem Vorsitz ist die Union zur modernen Volkspartei geworden. Sie haben in einer schwierigen Zeit, in einer schwierigen Zeit gerade für die Union, das Steuer der Partei übernommen. Die Union war damals nur zweitstärkste Fraktion in Bonn. Die Prognose – wer erinnert sich noch daran? –: keine Chance für die Union, in diesem Jahrhundert wieder Regierungspartei zu werden. Sie, Helmut Kohl, haben den ersten Verdienst daran, daß es nicht so gekommen ist.

Wir alle, die ganze Partei, haben uns mit Ihnen auf einen langen und manchmal schweren Weg gemacht. Es hat seit jenem 12. Juni 1973 über neun Jahre gedauert, bis wir mit Ihrer Wahl zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 und mit einer Koalition der Mitte wieder die Regierungsverantwortung in Bonn übernommen haben. Dies war nur möglich, weil wir unter Ihrem Vorsitz um die Fortentwicklung unserer Partei gerungen und nach unseren Positionen zu den konkreten Fragen in Staat und Gesellschaft gesucht haben. Das war nicht immer einfach. Es wird auch auf diesem Parteitag, meine lieben Freunde, nicht einfach sein. Aber schweren Herausforderungen, Unsicherheiten über Wertordnungen, neuen Gefahren für Umwelt oder Zivilisation begegnet man nicht mit Patentrezepten oder billigen Parolen.

Sie, lieber Helmut Kohl, haben es sich und uns, und wir haben es uns und Ihnen nicht immer leichtgemacht, und das ist gut so. Wir haben uns während dieser 15 Jahre unser Grundverständnis von christlich-demokratischer Politik bewahrt. Wir haben kein Recht, unsere Grundsätze modischen Trends zu opfern. Zugleich haben wir uns den Fragen unserer Zeit gestellt. Wir haben nach unseren Antworten gesucht, und wir haben sie gefunden. Wir haben unsere Entscheidungen auch dann vor unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern vertreten, wenn das unbequem war. Übrigens, meine lieben Freunde, ich behaupte, dann waren wir auch am überzeugendsten.

Das christliche Menschenbild bleibt Ausgangspunkt und Grundlage unserer Politik. Daraus folgt unser Bekenntnis zur Unverletzlichkeit und Würde jedes Menschen, zur Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, unsere Pflicht zur Solidarität wie zum Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. Diese Grundsätze stehen nicht zur Disposition.

(Beifall)

Wir müssen sie aber im öffentlichen Bewußtsein wachhalten, und wir müssen diese Grundsätze immer wieder erneuern. Deswegen stehen diese Fragen im Mittelpunkt dieses Parteitages.

In Ihrer Zeit als Parteivorsitzender, lieber Helmut Kohl, haben wir uns auf unseren Parteitag immer wieder grundlegenden und nicht nur tagespolitischen Fragen zugewandt und uns mit ihnen auseinandergesetzt. Ich nenne wichtige Stationen unserer Parteitage: Hamburg, Ludwigshafen, Stuttgart, Essen; andere könnten hinzugefügt werden. Die programmatische, die geistige Auseinandersetzung und die daraus folgende politische Standortbestimmung waren die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit und für die Mehrheitsfähigkeit der Christlich Demokratischen Union.

Darum ging es Ihnen immer und besonders. Meine Freunde, ich erinnere an unsere Beschlüsse zur Außen- und zur Deutschlandpolitik, zur Mitbestimmung und Vermögensbildung, zur Reform der beruflichen Bildung oder des Bau- und Bodenrechts.

Lieber Helmut Kohl, 15 Jahre Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands – das waren und sind aber nicht nur Höhepunkte und Erfolge. 15 Jahre – das waren manchmal auch persönlich sehr schwere Stunden, Rückschläge, Enttäuschungen. Sie haben gegen den Zeitgeist und manchmal auch gegen Zweifel in den eigenen Reihen an Positionen festgehalten und sie durchgesetzt, wenn Sie dies für unser Land, für unser Volk für geboten hielten. Ich nenne nur ein einziges Beispiel: Das Festhalten an dem von dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt herbeigeführten NATO-Doppelbeschluß, als die SPD aus blankem Opportunismus auch aus dieser Position längst ausgestiegen war. Diese klare, diese unmißverständliche Entscheidung war die Voraussetzung für erste Erfolge in der Abrüstung.

(Beifall)

„Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ – dieser Satz aus Ihrer Regierungserklärung bleibt wahr. „Der Kernpunkt des Friedens aber ist die Freiheit“, schreibt Salvador de Madariaga in seinem großen Essayband „Zuerst die Freiheit“. Frieden und Freiheit – so heißt also unser Auftrag.

Nun aber zur Verwirklichung: Schritt für Schritt bedarf es Kraft, Entschlossenheit, Gelassenheit und Realitätssinn. Diese Eigenschaften haben Sie, lieber Helmut Kohl, über 15 Jahre befähigt, Ihre schwere Aufgabe zu erfüllen. Wir danken Ihnen dafür.

(Beifall)

Die gewiß nicht leichten Aufgaben der Zukunft – auch die, über die wir auf diesem Parteitag miteinander diskutieren werden – wollen wir gemeinsam mit Ihnen lösen. Wir wünschen Ihnen für die Zukunft Gesundheit und auch jenes Quentchen Glück, das jeder von uns nötig hat. Helmut Kohl, herzlichen Dank für 15 Jahre Arbeit als Parteivorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Solidarität, Treue und Kameradschaft beweisen sich immer erst in schwierigen Zeiten. Die hessische Union kann viel davon berichten. Wir haben wirklich nicht nur glückliche Tage erlebt. Ich weiß, wovon ich rede – als früherer Kreisvorsitzender, Bezirksvorsitzender, 15 Jahre Stellvertreter von Alfred Dregger und jetzt rund 6 Jahre Landesvorsitzender der hessischen CDU. Wir haben große Erfolge in den 70er Jahren unter der Führung von Alfred Dregger bei Landtagswahlen errungen, Erfolge, die kaum jemand für möglich gehalten hat.

(Beifall)

Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit meinem, unserem Freunde Alfred Dregger für einen unglaublichen Einsatz über 15 Jahre für die hessische Union hier in Wiesbaden auf diesem Bundesparteitag danken.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, aber erst am 5. April 1987 haben wir nach 41 Jahren die SPD als stärkste Regierungspartei in der Verantwortung abgelöst. Wir haben schwere Niederlagen erlebt, auch ich persönlich, z. B. bei der Landtagswahl 1983. Eines, meine Freunde, haben wir aber nie verloren: unsere sprichwörtliche Geschlossenheit, unsere Kameradschaft und unseren unbeugsamen Willen, als christliche Demokraten für unsere Politik einzutreten und um die Mehrheit zu kämpfen.

(Beifall)

Liebe Freunde, hier sitzen Delegierte des Bundesparteitages, Kreisvorsitzende, Landesvorsitzende, hier sitzen Abgeordnete und Regierungsmitglieder. Ich denke, wir sollten in diesem Augenblick ein Wort an unsere Freunde richten, die vor Ort ihre Aufgabe erfüllen. Wir können sie nur bewundern. Ihnen, die nie irgendwelche Positionen angestrebt haben, schulden wir besonderen Dank, gerade wir hier im Landesverband der hessischen Union.

(Beifall)

Sie haben treu und solidarisch zu unseren Überzeugungen und zu den Freunden gestanden, die in Führungspositionen berufen wurden, auch dann, auch wenn wir ohne Chancen zu sein schienen. Das Geheimnis unseres Erfolges, des Erfolges nach 41 Jahren, ist Treue zur Sache und zu Personen. Diskussionen haben wir unter uns geführt. Profilierungen zu Lasten des Ganzen schätzen wir in der hessischen CDU nicht.

(Beifall)

In der Niederlage nicht untergehen, im Erfolg nicht übermütig werden – so lautete und so lautet unsere Parole, unsere Überzeugung, aber auch unsere politische Lebenserfahrung. Ich möchte allen unseren Freunden Mut machen, die in den letzten Monaten bittere Niederlagen hinnehmen mußten. Ich möchte hinzufügen: Verloren sind wir nur, wenn wir uns selbst aufgeben oder wenn wir uns der Hybris der Macht hingeben.

(Beifall)

Wir werden auf Zeit gewählt. Städte, Gemeinden, Kreise oder Länder – sie sind nicht das Eigentum einer Partei. Wahlen zu verlieren ist keine Schande, sondern gehört zur Selbstverständlichkeit in der Demokratie. Ein Regierungswechsel ist kein Machtwechsel, sondern ein normaler demokratischer Vorgang. Wir haben unsere Pflicht zu tun und uns ohne Ansehen der Person zu bemühen, das gemeine Wohl zu befördern. Das ist schlicht und einfach unser Grundverständnis von Politik über die Jahrzehnte hinweg gewesen.

Wir haben in Hessen mit der FDP eine Koalition der Mitte gebildet. Beide Parteien hatten und haben unterschiedliche Profile, und sie stimmen nicht in allen Punkten überein, aber in den entscheidenden landespolitischen Fragen sind wir einer Meinung, und darauf kommt es an. Wir bemühen uns, dem Partner nicht zuzumuten, was wir uns selbst nicht zumuten lassen. Wir wollen diese Koalition über diese Legislaturperiode hinaus. Wir betreiben keine Gegengewichtspolitik zu Bonn, weil wir auch den Erfolg unserer Freunde in der Bonner Koalition wollen. Deswegen unterstützen wir mit allen unseren Kräften unsere Freunde in Bonn.

(Beifall)

Natürlich vertreten wir die Interessen unseres Landes, unseres schönen Hessenslandes. Wir wissen aber, daß wir das Interesse des Gesamtstaates mit berücksichtigen müssen. Wir diskutieren unterschiedliche Standpunkte in dieser Koalition, aber wir legen uns vor Diskussionen nicht fest, schon gar nicht in der Öffentlichkeit, denn das schadet doch nur der Sache.

Und, meine Freunde, ich sage es ganz bewußt, auch auf einem Bundesparteitag hier in Wiesbaden: Ich will, daß der Anteil beider Koalitionspartner in der Öffentlichkeit sichtbar wird. Ich will nicht den Erfolg auf Kosten des anderen. Das ist eine Sache der Anständigkeit, aber auch eine Sache politischer Klugheit. Denn wir werden entweder gemeinsam Erfolg haben, oder wir werden gemeinsam verlieren.

(Beifall)

Wir haben in diesen zurückliegenden zwölf Monaten sachliche Entscheidungen getroffen, hier in dieser Landesregierung und Koalition, auch wenn wir deswegen angegriffen wurden. Wir haben das Schulfreiheitsgesetz durchgesetzt, weil wir Freiheit, Leistung und Chancengerechtigkeit an Stelle von Ideologie wollen. Wir haben das hessische Personalvertretungsgesetz der rot-grünen Koalition geändert, weil die Verwaltung für die Bürger da ist und nicht umgekehrt.

Die unhaltbaren Verhältnisse bei den Hanauer Nuklearbetrieben wurden und werden weiter geordnet. Wir haben die bestehenden Zustände und die sogenannten Vorabzustimmungen nicht herbeigeführt. Aber wir bekennen uns zur Kontinuität von Regierungen. Ich habe mich vor meinen Amtsvorgänger Börner gestellt – trotz aller politischer Unterschiede. Seine persönliche Integrität wird von uns selbstverständlich nicht in Zweifel gezogen. Nur, meine Freunde, man muß etwas hinzufügen: Heute tut

die SPD so, als rührten die Probleme bei den Hanauer Betrieben von der neuen Landesregierung her. Aber das Gegenteil ist wahr!

(Zustimmung)

Nach zwölf Jahren des Unterlassens und der Entscheidungsunfähigkeit haben wir Teilerrichtungsgenehmigungen erlassen, die Erfüllung von Sicherheitsauflagen durchgesetzt. Innerhalb der nächsten drei Jahre werden alle abschließenden Entscheidungen, Genehmigungen oder Versagungen getroffen werden.

In Fragen der Sicherheit gibt es bei uns keinen Rabatt. Ich füge hinzu: Wir sind keine Kernkraftfetschisten, aber, meine Freunde, wir sind auch keine Opportunisten.

(Beifall)

Sowie regenerierbare Energien großtechnisch nutzbar sind, werden wir sie einsetzen. Solange das nicht möglich ist, halten wir an der friedlichen Nutzung der Kernenergie fest. Denn eine stärkere Inanspruchnahme fossiler Brennstoffe ist aus Gründen des Umweltschutzes nicht zu verantworten.

(Beifall)

Liebe Freunde, verantwortliche Politik verlangt eben Abwägungsprozesse des Für und des Wider. Verantwortliche Politik verlangt Nachdenklichkeit, Sachkompetenz und Festigkeit.

Und noch ein Beispiel: Wir in Hessen übernehmen keine Arbeitszeitverkürzung für Beamte, obwohl wir deswegen angegriffen worden sind und weiter angegriffen werden. Diese Entscheidung war für uns von der Sache her zwingend. Denn, meine Freunde, ich kann keine 8000 neuen Stellen im öffentlichen Dienst schaffen, um die Arbeitszeitverkürzung auszugleichen. Ich kann dies nicht verantworten.

(Beifall)

Es würde nämlich bedeuten: Reduzierung des Investitionshaushaltes, es würde bedeuten: weniger Aufträge für den Bau von Altenheimen, Sozialstationen, Straßen und gefährdet damit Arbeitsplätze draußen in der Wirtschaft, Arbeitsplätze, die nicht lebenssicher sind.

(Zustimmung)

So viel, meine Freunde, zu einigen Aspekten unserer Landespolitik.

Ich wollte damit durchaus Grundsätzliches anmerken. Wir dürfen nicht der Versuchung nachgeben, uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben von Gruppeninteressen bestimmen zu lassen. Wir müssen den Mut und die Standfestigkeit beweisen, auch gegen den Strom des Zeitgeistes zu schwimmen, wenn die Verantwortung für das Ganze dies verlangt. Wir dürfen uns nicht opportunistisch gehen lassen.

Die Grundlinie unserer Politik muß erkennbar sein. Hier, meine Freunde, haben wir in letzter Zeit unsere Probleme. Die Grundlinie muß erkennbar sein, die Menschen müssen wissen, warum wir welche Entscheidungen getroffen haben.

(Beifall)

Und es darf nicht um Gefälligkeitspolitik gehen. Es kommt eben darauf an, daß die Menschen begreifen, daß wir ihnen erklären, warum wir was entscheiden und durchsetzen.

Und wir werden auch keinen Erfolg haben, wenn wir unsere Politik an Umfrageergebnissen ausrichten. Wir bleiben nur dann mehrheitsfähig, wenn wir das Gespräch mit den Menschen suchen und führen, wenn wir zuhören und dann unseren Standpunkt fest und ohne Überheblichkeit erläutern und vertreten.

In einem Leitartikel einer großen deutschen Tageszeitung war vor kurzem zu lesen, das Metier des Politikers sei nicht der auf Wahrheitsfindung eingestellte Diskurs,

sondern der rhetorische Schaukampf oder die schlichte Demagogie. Dies kann und darf nicht unser Verständnis von Politik sein. Wenn es Staatsverdrossenheit gibt – ich glaube, es ist eher eine Gefahr der Parteienverdrossenheit –: Hier liegt eine der Ursachen.

Wir werden und wir müssen über die Sachfragen – auch hier auf diesem Parteitag – in aller Offenheit diskutieren. Das schadet uns überhaupt nicht, im Gegenteil: Es hilft uns. Wir müssen mit diesem Parteitag die Gelegenheit nutzen – nach gemeinsamem Nachdenken über die richtigen Lösungen, nach unseren Beschlüssen –, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu sagen, welchen Beitrag die Christlich Demokratische Union Deutschlands zur Gestaltung der Zukunft unseres Vaterlandes leisten kann und leisten will. Aber ich füge hinzu: Hüten wir uns vor vorschnellen Antworten auf alle Fragen. Hüten wir uns vor der Neigung, alles und jedes vom Staat zu erwarten. Und lassen wir uns nicht durch neue Machbarkeitsideologien verführen! Der Staat – er kann nur in beschränktem Umfange gesellschaftliche Probleme lösen.

Meine lieben Freunde, in den nächsten Tagen werden wir uns mit zentralen Fragen unserer Gesellschaft und unseres Staates auseinandersetzen. Wir werden sicherlich leidenschaftlich und auch kontrovers diskutieren. Nur bitte ich herzlich darum, nicht zu vergessen: Wir sollten es im Respekt vor dem anderen und seiner Meinung und auch im Bewußtsein unserer eigenen Unzulänglichkeit tun.

Max Weber hat uns gesagt: „Die Politik bedeutet ein langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Dies wünsche ich uns allen am Beginn unseres 36. Bundesparteitages.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Walter Wallmann, der Parteitag dankt Ihnen für Ihr Grußwort und insbesondere für die Würdigung von 15 Jahren Parteivorsitz Helmut Kohl.

Lieber Herr Wallmann, wir sind gerne nach Hessen gekommen, viele von uns mit einem ganz neuen Hessen-Gefühl. Wir wissen sehr wohl: Ihre Wahl zum Ministerpräsidenten von Hessen im April 1987 war das Ende eines sehr langen, jahrzehntelangen Weges unserer hessischen Freunde, von denen niemand intensiver am Erfolg gearbeitet hat als Ihr eigener Vorgänger Alfred Dregger.

(Beifall)

Der Weg der hessischen CDU ist Ermutigung für alle, die in der CDU arbeiten und in Gemeinden, Städten oder Ländern in Opposition stehen.

Der Weg der hessischen CDU ist aber zugleich auch Mahnung an alle, die in Regierungsverantwortung stehen, daß dies keine auf Dauer verliehene, sondern jeweils neu zu erstreitende Führungsaufgabe ist.

Walter Wallmann hat in bezug auf die hessische CDU von Treue zur Sache und Treue zu Personen gesprochen. Weil er selbst ein Beispiel der Treue zur Sache und der Treue zu Personen ist, freuen wir uns, daß er die hessische CDU führt, und wünschen wir ihm Gottes Segen in der Führung dieser Partei und in der Führung seines Landes Hessen.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 8 und 14 auf:

Bericht des Vorsitzenden der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands,
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Einführung zum Antrag des Bundesvorstandes:
„Unsere Verantwortung in der Welt“

Das Wort hat Helmut Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich denke, Sie verstehen, wenn ich nach dem, was Walter Wallmann hier gesagt hat, zu Beginn meiner Ausführungen eine persönliche Bemerkung mache. Ich bin jetzt 42 Jahre Mitglied der CDU und – durch Ihr Vertrauen immer wieder ins Amt berufen – seit 15 Jahren Parteivorsitzender. Es ist wahr: Es waren schwierige Jahre, es waren gute Jahre; es gab Siege und Niederlagen; es gab auch bittere Stunden – das habe ich nicht vergessen. Aber es gab vor allem auch viel Hilfe, viel Unterstützung, viel Gemeinsamkeit. Es gab und gibt das Erlebnis der Freundschaft und der Kameradschaft.

Ich habe es gestern im Parteivorstand gesagt und will es hier wiederholen: Manch einer – das gilt nicht nur für uns, das gilt für die großen Volksparteien der Bundesrepublik –, der von draußen das Leben einer Partei, auch der unseren, betrachtet, manch einer, der darüber sogar wissenschaftlich arbeitet und vom Katheder aus referiert, verfehlt häufig das Thema, weil er die Satzungen und die Protokolle studiert und nicht in die Gesichter schaut und auch nicht in die Herzen der Menschen sehen kann; er verfehlt das Ziel auch deswegen, weil er nicht begriffen hat, was man nur begreifen kann, wenn man durch Jahre und Jahrzehnte versucht, seinen Dienst zu leisten: daß eine solche Volkspartei – dies gilt in hohem Maße für uns, für unsere CDU – durch die Jahrzehnte hindurch zu einem Stück Heimat wird. Wo immer einen dann das Vertrauen der Mitbürger in wichtige Ämter der Partei und des Staates stellt – ich jedenfalls gehöre zu denen, die nie vergessen, daß sie auf den Schultern der vielen stehen, die diesen Weg erst möglich gemacht haben.

(Beifall)

Als ich vor 42 Jahren als Schüler zur Union kam, hatte ich einen Lehrmeister; das war ein alter, klassischer Zentrumspräsident. Von dem habe ich vieles sehr Gutes gelernt. Er hat mir einen Rat mit auf den Weg gegeben – da war nicht voraussehbar, wohin mein Weg mich führen würde –, es war ein pastoraler Rat, der einem Pfarrer wohl angemessen war. Er sagte: „Wenn du später einmal in eine wichtige Funktion kommst, dann bist du herausgehoben, und dann geht es dir so wie dem Hahn auf dem Kirchturm: Jeder Wind weht dich an.“ Dies habe ich gerade in diesen 15 Jahren gespürt.

Ich will all denen danken, die mir dabei geholfen haben, sowie jenen, die manche Wegstrecke mit mir gemeinsam zurückgelegt haben. Ich habe in den anderthalb Jahrzehnten in diesem Amt auch Fehler gemacht, das bleibt nicht aus, aber ich habe versucht, mein Bestes zu geben. Noch eines, meine Damen und Herren: Wir ziehen weiter, egal ob anonym oder offen dieses oder jenes gesagt wird. Die Karawane zieht weiter!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind heute hier in Wiesbaden zum 36. Bundesparteitag der CDU Deutschlands zusammengekommen, um zentrale Herausforderungen gemeinsam zu diskutieren. Ungeachtet aller Diskussionen präsentiert sich auch in diesen Tagen in Wiesbaden die CDU Deutschlands als die stärkste und bestimmende Kraft in der Koalition der Mitte. Wir diskutieren die Themen, auf die es ankommt, wir werden Orientierungspunkte setzen, an denen sich andere ausrichten können.

Gerade weil ich durch zahlreiche Jahre mit vielen gemeinsam den Weg der Partei gegangen bin, kenne ich unsere Partei und ihre Stimmungen. Ich weiß im Rückblick auf manche Mißhelligkeiten und Rückschläge der letzten Wochen, daß wir gegenwärtig eine Durststrecke zurücklegen. Nach den Aufräumungsarbeiten und nach den großartigen Konsolidierungserfolgen der vergangenen Legislaturperiode stehen wir jetzt in einer wichtigen Phase für das Land existentieller Reformvorhaben.

Wir haben, liebe Freunde, 1982 die Regierungsverantwortung mit dem Ziel und dem Versprechen übernommen, dem Land die Zukunft zu sichern – wenn nötig, auch gegen Widerstand und gegen Trägheit des Denkens. Ich habe mich immer dagegen gewandt, den Wege des geringsten Widerstandes zu gehen und dem jeweiligen Zeitgeist zu folgen. Vor der Geschichte werden wir nur bestehen, wenn wir die Zukunft im Blick haben und das Richtige tun, und nicht, wenn wir dem Gerede des Tages erliegen. Heute – viel zu wenige haben es begriffen – geht es darum, die wirtschaftliche und humane Qualität des Standorts Bundesrepublik Deutschland für die 90er Jahre und darüber hinaus zu sichern. Liebe Freunde, das ist eine Gestaltungsaufgabe, die unsere ganze Kraft fordert, die den Einsatz jedoch lohnt. Mit diesem großen Vorhaben erfüllen wir unseren Wählerauftrag. Wir haben versprochen, Zukunft zu gewinnen: eine sichere Zukunft für alle und eine Zukunft vor allem für die junge Generation.

In vier Jahren, 1992, vollenden wir den europäischen Binnenmarkt. Dies ist ein epochales Ereignis. Nicht nur für die Wirtschaft, sondern in unserer ganzen Gesellschaft wird sich ein gewaltiger Wandel einstellen. Er ist aus gutem Grund mit der Entscheidung zur Währungsreform 1948 verglichen worden. Wir haben gestern den 40. Geburtstag unserer D-Mark begangen. Wir haben an das Wagnis Ludwig Erhards erinnert. Wir haben den Mut der Männer und Frauen jener Tage gefeiert, denen wir es verdanken, daß wir heute mit der freiheitlichsten Verfassung in der Geschichte der Deutschen im freien Teil Deutschlands leben können, daß wir einen beachtlichen Wohlstand und – trotz aller Kritik – ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit erreicht haben.

Liebe Freunde, ich kann Ihnen allen nur zurufen: Warum sollten wir nicht heute die gleiche Kraft aufbringen an einer neuen Wegscheide deutscher Geschichte wie jene Männer und Frauen im Jahre 1948?

(Beifall)

Wer nur darüber redet, wie er mehr Freizeit bekommt, wer immer nur über noch kürzere Arbeitszeit spricht, wer nur davon spricht, wie seine Gruppe und sein persönliches Schicksal gedeihen können, und wem es gleichgültig ist, wie es anderen in diesem Land geht, der setzt nicht nur seine, sondern die Zukunft des ganzen Landes auf das Spiel.

Um die Zukunft zu gewinnen, müssen wir auch zum Umdenken fähig sein und die Kraft zu notwendigen Reformen aufbringen – ob das die Steuerreform ist, die Neuordnung des Post- und Fernmeldewesens, die Reform unseres Gesundheitswesens, die Reform unserer Alterssicherung, um nur einmal diese vier wichtigen Projekte neben vielen anderen zu nennen, die jetzt die Diskussionen beherrschen.

Liebe Freunde, für keine dieser großen Aufgaben hat die SPD ein tragfähiges Konzept, weder zur Steuerreform noch zur Reform des Gesundheitswesens noch zur langfristigen Sicherung der Rentenfinanzierung. Und bei der Post bleibt die SPD ganz der Vergangenheit verhaftet, während der Rest der Welt längst mit der Informationstechnologien in die 90er Jahre startet.

Die Wahlen – das spreche ich mit Bedacht aus – im Jahre 1990 werden aber danach entschieden, wer wirklich die Zukunft des Landes sichert. Nach meiner Erfahrung aus vielen Jahrzehnten wird die Wahl derjenige gewinnen, der mit Weitsicht, mit Mut und mit Standfestigkeit die richtigen Entscheidungen trifft, sie den Bürgern erklärt und damit Stimme für Stimme erkämpft.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben seit 1982 gute Arbeit geleistet. Das gibt auch Grund zu vernünftigen Selbstbewußtsein. Nur wenige – das ist wahr – sahen schon am 1. Oktober 1982 voraus, wieviel Kraft es tatsächlich kosten würde, das als richtig Erkannte durchzusetzen. Natürlich ist es auch wahr, daß nicht jeder auf dieser Wegstrecke das Maß an Solidarität bewiesen hat, das eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wie die meisten von Ihnen – Walter Wallmann hat das eben gesagt und viel Beifall dafür bekommen – ärgere auch ich mich über den oft unnötigen Streit, der nicht selten nur der Befriedigung persönlicher Eitelkeiten dient.

Es braucht Zeit und es braucht Stehvermögen, bis sich die positiven Wirkungen politischer Entscheidungen – auch und gerade jener, die im Streit durchgesetzt wurden – voll zeigen. So können wir jetzt, liebe Freunde, in der Außen- und Sicherheitspolitik die Früchte unseres Stationierungsbeschlusses von 1983 ernten: In diesen Tagen werden die ersten Raketen abgebaut.

(Beifall)

Fragen Sie doch bitte einmal im Kreis unserer Freunde in den Orts- und Kreisverbänden, wie viele daran geglaubt haben, dieses Ziel sei fünf Jahre nach diesem Beschluß erreicht. Das ist eine großartige Bestätigung unserer Politik.

Auch bei den großen Reformvorhaben in der Innenpolitik können wir nicht erwarten, daß sie „Selbstläufer“ sind. Bei allen notwendigen Entscheidungen stoßen wir täglich auf mächtige, gut organisierte Interessengruppen, die einen gewaltigen Druck ausüben. Mich hat die Erfahrung meines politischen Lebens gelehrt, daß ich mich dem Druck nicht beuge. Mit Verzagtheit werden wir unserer geschichtlichen Verantwortung nicht gerecht.

Keine der wegweisenden Entscheidungen in der Geschichte unserer Republik – denken Sie nur an die Währungsreform vor 40 Jahren – wäre möglich gewesen, wenn die jeweils maßgeblichen Männer und Frauen nicht Mut und Standfestigkeit aufgebracht hätten.

(Beifall)

Wir machen Politik für alle. Unser Gemeinwesen ist mehr als die Summe von Einzelinteressen.

Wir brauchen die Kraft zur Zukunftsgestaltung. Wir brauchen die Kraft zu Visionen, die gegen Widerstände im politischen Alltag durchgesetzt werden müssen. Dabei haben wir einen Kompaß, der uns Orientierung gibt: das christliche Menschenbild. Ich verwende bewußt den Ausdruck Kompaß. Das christliche Menschenbild liefert uns keine Patentrezepte für den politischen Alltag. In erster Linie ist es eine Aussage über das Wesen des Menschen, über seine unveräußerliche Würde, seine Möglichkeiten und Grenzen, seine Stärken und Schwächen, über seine Fähigkeit, Verantwortung für den Mitmenschen, für die uns anvertraute Schöpfung wahrzunehmen.

Im christlichen Menschenbild wurzelt die Idee der Freiheit, die auch in Zukunft unser Handeln in der Innen- wie in der Deutschland- und Außenpolitik bestimmen muß. Zum christlichen Verständnis vom Menschen gehört ebenso, daß sich sein Handeln stets im sozialen Raum, d. h. in Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft seiner Mitmenschen vollzieht. Deshalb gehören Freiheit und Verantwortung, Rechte und Pflichten für uns untrennbar zusammen.

(Beifall)

Nur Scharlatane verheißen eine Welt, in der es keine Verantwortung füreinander mehr gibt und in der Frieden und Freiheit – im Innern wie nach außen – zum Nulltarif zu haben sind. Das müssen wir immer wieder sagen; dafür müssen wir einstehen.

Niemand darf sein Leben ohne Rücksicht auf das Leben anderer gestalten. Eine Gesellschaft, die nicht verantwortungsvoll mit dem menschlichen Leben umgeht, verwirkt einen Teil ihrer Zukunft. Das gilt auch für das ungeborene menschliche Leben.

Im Mittelpunkt unserer Politik der Zukunftsgestaltung steht daher die Familie. Kinder sind Leben, sind Zukunft. Die Familie ist der erste und der wichtigste Ort individueller Geborgenheit. Sie vermittelt grundlegende Werte menschlichen Zusammenlebens. Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Liebe zu den Kindern, Solidarität zwischen den Generationen – das alles kann unsere Gesellschaft nur prägen, wenn es sich zu Hause in der Familie bewährt.

Wir haben deshalb sofort nach der Regierungsübernahme 1982 damit begonnen, die Familie wieder in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Unser Ziel steht fest: Wir wollen wieder ein familien- und kinderfreundliches Land werden.

(Beifall)

Durch die Einführung des Erziehungsgeldes für alle Eltern und die erstmalige Berücksichtigung von Erziehungszeiten im Rentenrecht haben wir mit der Ausgrenzung der nicht erwerbstätigen Frauen Schluß gemacht. Wir haben neue Wege beschritten, ganz im Sinne unseres Ludwigshafener Grundsatzprogramms. Unsere Politik hat dafür gesorgt, daß Kinder nicht mehr sozialen Abstieg bedeuten. Warum, liebe Freunde, reden wir nicht häufiger über diese wegweisenden Reformen, die überall im Land auf große Zustimmung stoßen?

Geld allein löst die Probleme nicht. Wir brauchen einen Bewußtseinswandel. Wie nötig er ist, zeigt die anhaltend hohe Zahl von Abtreibungen, von Kindern also, denen ihr Recht auf Leben verweigert wird. Hier geht es um ein Thema, das natürlich für das Selbstverständnis von uns Christlichen Demokraten eine besonders wichtige Rolle spielt.

Wir haben dafür gesorgt, daß schwangeren Frauen in Not hinsichtlich ihrer materiellen Probleme Erleichterung geschaffen wurde. Das genügt nicht: Beratung und Aufklärung müssen noch weiter verbessert werden; ihnen kommen zentrale Bedeutung zu.

Hier liegt ein wesentlicher Teil eines erfolgversprechenden Bemühens um den Schutz des ungeborenen Lebens. Deshalb wollen wir ein Beratungsgesetz.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, unter der Leitidee der verantworteten Freiheit sind die großen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zu bestehen. Unser Ziel muß es sein, die wirtschaftliche und humane Qualität des Standortes Bundesrepublik Deutschland zu sichern – für die nächsten Jahre und über die Schwelle des Jahrhunderts hinaus.

Im Kern handelt es sich dabei vor allem um eine geistige Herausforderung: Gefordert ist unsere Bereitschaft umzudenken. Das gilt insbesondere für jene beiden großen Aufgabenfelder, die ich von mir aus heute hier ansprechen will: die wirtschaftlichen Herausforderungen – vor allem auch im Blick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 – sowie die demographischen Herausforderungen, bei denen es um so unterschiedliche Fragen wie Alterssicherung, Bildungswesen, Wohnungsmarkt oder Personalstärke der Bundeswehr geht – um nur einige Aspekte dieses Themas deutlich zu machen.

Eine nüchterne Bestandsaufnahme – und auch das sollten wir unseren Mitbürgern sagen – macht deutlich, daß unsere wirtschaftliche Ausgangsposition durchaus ermutigend ist. Im sechsten Jahr unserer Regierungsverantwortung stehen wir zugleich im sechsten Jahr einer stetigen und stabilen wirtschaftlichen Entwicklung nach oben. Es geht kontinuierlich aufwärts, und das müssen wir den Bürgern sagen, weil sie es sonst vergessen und glauben, dies alles geschehe von allein.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist eine großartige Leistung, die ringsum in der Welt auch anerkannt wird. Wir müssen es immer wieder deutlich machen, und wir müssen dankbar dafür sein, daß uns hier so viele geholfen haben: viele Menschen guten Willens in Betriebsräten, in Unternehmungsleitungen, bei Gewerkschaften, überall im Mittelstand, auch bei den Bauern, mögen viele von diesen auch wegen neuer Entwicklungen schimpfen. Die Mehrheit der Bürger dieses Landes ist guten Willens und ist hilfreich auf diesem Weg in die Zukunft.

(Beifall)

Daß sich eine solche dauerhafte Aufwärtsentwicklung nicht von selbst versteht, haben die Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten im letzten Herbst deutlich gezeigt. Aber auch und gerade in dieser schwierigen Zeit hat sich doch gezeigt, daß sich die Wachstumskräfte in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen können – allen Katastrophengemälden zum Trotz. Jetzt werden die wirtschaftlichen Prognosen nach oben korrigiert. Im ersten Quartal dieses Jahres lag die Wachstumsrate bei 4,2 %. Ich finde, diese Zahl sollte uns zur Gelassenheit gegenüber manchen aufgeregten Unheilspropheten raten.

Ein wichtiger Aktivposten unserer Anstrengungen ist der Zugewinn von über 780 000 neuen, zusätzlichen Arbeitsplätzen. Wahr ist auch, daß die Arbeitslosigkeit trotz der erheblichen Ausweitung der Beschäftigung eben nicht entsprechend zurückgeführt werden konnte; denn etwa in dem Umfang, in dem neue Arbeitsplätze entstanden sind, ist auch die Zahl derer gewachsen, die sich als Arbeitssuchende melden, was im übrigen in vielen Fällen ein Vertrauensbeweis in die Zukunftsentwicklung unserer Wirtschaft und damit in unsere Politik ist.

Vor allem junge Leute – das sind jetzt die letzten aus den geburtenstarken Jahrgängen – und Frauen drängen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Gerade ihre Chancen haben sich durch unsere Politik verbessert. So liegt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren zum erstenmal seit sieben Jahren bei weniger als 100 000. Zu keinem Zeitpunkt, liebe Freunde, hat es in der Bundesrepublik Deutschland mehr Arbeitsplätze für Frauen gegeben als heute.

(Beifall)

Das heißt: unsere Politik hat für den Arbeitsmarkt greifbare Fortschritte gebracht. Aber dies kann uns alle nicht davon ablenken, daß wir noch wichtige strukturelle Aufgaben zu lösen haben – Aufgaben, die in diesen Tagen für meinen Geschmack

etwas zu schroff diskutiert wurden – und was die Dimensionen der Probleme in den Regionen der Bundesrepublik angeht, vielleicht auch etwas zu einseitig. Aber es ist doch einfach wahr, daß wir Verwerfungen haben. Sie sind unübersehbar – nicht nur im Norden und im Westen. Ich denke auch an das Saarland und an andere Bereiche. Dabei weiß ich, daß das nicht einfach eine Frage der Geographie ist – strukturelle Probleme gibt es auch innerhalb einzelner Bundesländer. Wenn dieser Bundesstaat Zukunft haben soll – und wir wollen dies als überzeugte Föderalisten –, müssen wir Lösungen finden, bei denen die fortgeschrittenen Gebiete auch bereit sind, denen zu helfen, die zurückgeblieben sind. Solche Zahlen, in denen Strukturentwicklung zum Ausdruck kommt, können sich ja auch sehr rasch ändern, wie wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben.

(Beifall)

Wir kennen auch die strukturellen Probleme in bestimmten Branchen. Wir alle wissen, daß wir uns auf diesem Feld mancherlei Torheit leisten. Sie werden bei unseren Arbeitsämtern ziemlich wenig Aussicht auf Erfolg mit dem Versuch haben, einen zwei-, drei- oder vierundfünfzigjährigen kaufmännischen Angestellten unterzubringen. Ein törichter Jugendkult hat dazu geführt, daß jemand mit zwei-, drei- oder vierundfünfzig Jahren zu alt ist, obwohl die Lebenserwartung eines solchen Mannes in der Bundesrepublik jetzt bei 76 Jahren liegt. Wir müssen hier umdenken und vernünftige Lösungen für die Zukunft finden.

(Beifall)

Ein wichtiger Aktivposten unserer Wirtschaftspolitik darf gerade heute, 40 Jahre nach der Währungsreform, nicht unerwähnt bleiben: die Rückgewinnung der Preisstabilität. Meine Damen und Herren, es ist schon erstaunlich, daß wir jetzt gelegentlich auch im Ausland fast in die Lage kommen, uns wegen dieser Politik der Preisstabilität verteidigen zu müssen. Ich sage meinen ausländischen Gesprächspartnern immer wieder: Inflation ist für die Deutschen nicht irgendein Thema. Zwei Generationen – nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg – haben erlebt, was es bedeutet, wenn über Nacht die Ersparnisse verschwunden waren, oft Lohn für Lebensleistung und das, was sozialen Halt gab. Wir wissen: das Aufkommen der Nazis hat viele Gründe. Aber einer der Gründe war sicherlich die Vernichtung einer ganzen Mittelschicht zu Beginn der 20er Jahre.

Wenn wir für dieses Thema sensibel sind, dann zeigt das ja nur, daß wir geschichtsbeußt geworden sind. Deswegen setzen wir auf eine Politik der Preisstabilität. Das ist im übrigen auch die größte soziale Tat, die wir gegenüber den breiten Schichten unseres Volkes erbringen können.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben einen ganz ungewöhnlich starken Anstieg der Realeinkommen erreicht, und zwar in den letzten beiden Jahren um nicht weniger als 100 Milliarden DM. Das hat es in dieser Dimension noch nicht gegeben. Diese Tatsachen stehen in einem krassen Gegensatz zu dem öffentlichen Lamento, das manche Leute anstellen; auch in einem krassen Gegensatz zu jener Stimmungslage, in der viele sich zu wenig bewußt sind, was wir erreichen konnten, was auf dem Spiele steht und was wir sichern müssen, wenn wir Zukunft gewinnen wollen.

(Beifall)

Die Politik der SPD hat in den 70er Jahren Inflation herbeigeführt und damit Einkommen und Ersparnisse der Bürger wieder entwertet. Wir haben mit Stabilität für wachsende Einkommen und Ersparnisse gesorgt. Dies kommt – und das ist Politik

und Tradition Ludwig Erhards – den breiten Schichten unserer Bevölkerung zugute. Es ist ein Stück neuer Wohlstand im Lande entstanden. Sie können es unschwer überall selbst erfahren. – Warum, liebe Freunde, reden wir nicht mehr darüber, daß dies unsere gemeinsame Leistung ist?

Für uns ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft Leitbild und Gütesiegel unserer Politik. Wir nehmen großartige gesellschaftspolitische Entwicklungen und Ideen auf. Wir wissen, worauf es ankommt: Es geht um die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik Deutschland. Es geht jetzt im Blick auf die zukünftige Entwicklung im neuen Kräftereieck: Vereinigte Staaten und Kanada, Ostasien – insbesondere Japan – und EG, um die Wettbewerbsposition Europas gegenüber den anderen großen Wirtschaftsregionen. Es geht um zusätzliche Chancen für Wachstum und Beschäftigung in den 90er Jahren. Es geht um das Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften im Bereich der EG. Es geht natürlich vor allem und letztlich um einen weiteren entscheidenden Schritt in den 90er Jahren zur politischen Einigung Europas.

(Beifall)

Für uns geht es bei alledem zugleich um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Gerade wir in der Bundesrepublik Deutschland werden von all diesen Änderungen in besonderer Weise betroffen. Als führende Handelsnation der Welt verkaufen wir mehr Waren jenseits unserer Grenzen als jedes andere Land dieser Erde.

Mit dieser ungewöhnlichen Einbindung in die Weltwirtschaft eröffnen sich natürlich große Chancen, aber eben auch besondere Aufgaben.

Was wir zu allererst brauchen, liebe Freunde, sind der Leistungswille und die Einsatzbereitschaft unserer Menschen. Das ist der eigentliche Reichtum unseres Landes.

(Beifall)

Das ist letztlich auch der entscheidende Ansatzpunkt für die Steuerreform 1990. Sie ist ein Kernstück unserer Politik. Wenn zusätzliche Anstrengungen im wesentlichen durch zusätzliche Steuern bestraft statt durch eine verbesserte Einkommenslage honoriert werden, dann ist schwer zu erkennen, woher wir in Zukunft die Initiativen und das Engagement für die Lösung schwieriger Zukunftsaufgaben erwarten sollen; ich sage das mit Bedacht. Auch die notwendig gewordene Erhöhung der Verbrauchssteuern ändert nichts an dieser Feststellung. Wir investieren dieses Geld in die Zukunft – in die Europäische Gemeinschaft und für die Stärkung strukturschwacher Regionen bei uns.

Ich will in diesem Zusammenhang auch gleich ein anderes, heftig umstrittenes Thema nennen: die Gesundheitsreform. Liebe Freunde, daß hier gehandelt werden muß, sagt eigentlich jeder. Die Zahlen sind so katastrophal, daß man sie nicht mehr zu kommentieren braucht: 1960 gab die Krankenversicherung 9 Milliarden DM aus, 1970 waren es 24 Milliarden DM, 1980 86 Milliarden DM, und heute, 1988, sind es 125 Milliarden DM.

Angesichts dieser Zahlen, liebe Freunde, kann ich über manche Kampagne und manchen Versuch, Stimmung gegen uns zu machen, wirklich nur den Kopf schütteln. Daß es mit der Kostenentwicklung so nicht weitergehen kann, muß doch jeder erkennen, der bei klaren Sinnen ist.

(Beifall)

Diejenigen unserer politischen Gegner, die glauben, sie könnten in dieser Sache ein Geschäft machen, werden 1990 sehen, daß sie sich getäuscht haben: Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger hat längst erkannt, daß es so nicht weitergehen

kann. Wer Besitzstandsdenken und Gruppeninteressen höher stellt als alles andere und dabei noch mit blanker Diffamierung und mit Unwahrheiten arbeitet, der hat eben nicht begriffen, was die Voraussetzung unseres Wohlstandes – und damit auch unserer sozialen Sicherheit – ausmacht. Wer meint, er könne die Solidargemeinschaft als Selbstbedienungsladen mißbrauchen, der wird auf unseren entschlossenen Widerstand treffen. Wir müssen es ertragen, daß wir uns so nicht bei jedem beliebt machen; denn uns muß es darauf ankommen, daß die Richtung stimmt.

(Beifall)

Wir können den Standort Bundesrepublik Deutschland für die 90er Jahre nur sichern, wenn wir nicht über unsere Verhältnisse leben weder in unserer Wirtschaft noch im Bereich der sozialen Sicherung. Auch das ist ein Schlüsselsatz aus dem politischen Vermächtnis Ludwigs Erhards.

Liebe Freunde! Die Bilanz ist doch eindeutig: Wir haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit und den längsten Urlaub. Wenn das so bleiben soll, wenn wir diesen Wohlstand sichern wollen, dann müssen wir bereit sein, Strukturen an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Wir haben 40 Jahre lang hart für den Spitzenplatz gearbeitet, den wir jetzt innehaben. Im europäischen Binnenmarkt der 90er Jahre werden wir diesen Platz nur halten können, wenn wir – ich sage es noch einmal – fähig sind auch umzudenken.

Das heißt, wir brauchen mehr Offenheit für neue technische und wirtschaftliche Lösungen. Wir dürfen nicht immer nur nach dem Staat rufen. Wir haben viele Bereiche, wo Privatinitiative sehr viel mehr bewirken kann als jede staatliche Bürokratie. Wenn ich mir die Diskussion im Zusammenhang mit der Postreform betrachte, dann meine ich, daß ein Teil der Kritiker die Post nicht in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit führen will und damit die Arbeitsplätze in den 90er Jahren vernichten würde.

(Beifall)

Wir brauchen mehr Offenheit für individuelle Wünsche zur Gestaltung der Berufstätigkeit. Deshalb müssen die Tarifpartner für ein wesentlich größeres Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen sorgen.

Die neu auf den Arbeitsmarkt kommenden Arbeitskräfte – vor allem Frauen – suchen gerade in diesem Bereich neue Chancen. Wenn Sie die Prozentzahlen im Vergleich zu anderen Industrienationen sehen, wissen Sie, daß wir hier noch weit zurückliegen. Hier ist in der Tat viel zu tun. Das ist nicht primär eine Sache des Staates, diese Frage richtet sich vielmehr an die Innovationsbereitschaft der Tarifpartner, die ich dazu herzlich einladen möchte.

Wir brauchen mehr Chancen für eigenverantwortliche Initiative, für Markt und für Wettbewerb. Das ist auch der Grundgedanke der Steuerreform. Nicht immer mehr staatliche Regelungen sind das Ziel. Alle, Unternehmer wie Gewerkschaften, müssen hier ihren Beitrag leisten.

Dazu gehört auch – wenn wir über den Standort Bundesrepublik Deutschland reden – ein klares Wort zu dem wichtigen Thema Lohnnebenkosten. Liebe Freunde, sagen Sie das auch zu Hause in den Podiumsdiskussionen: 60 % der Lohnnebenkosten beruhen auf tariflichen oder betrieblichen Vereinbarungen. Diese tragen immer zwei Unterschriften: die der Arbeitgeber und die der Gewerkschaften. Viele, die in diesen Tagen in großen öffentlichen Veranstaltungen die Verbesserung des Standorts Bundesrepublik Deutschland anmahnen finden hier ein breites Feld für eigenverantwortliches Handeln.

Wenn die Tarifpartner ihrer Verantwortung bei den Lohn- und Lohnnebenkosten nicht gerecht werden, wenn die Arbeitsplätze auf diesem Weg immer teurer werden, dann werden wir – trotz aller Anstrengungen in der Politik – nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze haben.

(Beifall)

Liebe Freunde! Diese Art von Arbeitsteilung akzeptieren wir nicht: daß in der Sozialen Marktwirtschaft dort, wo es schwierig wird, der Staat und natürlich wir als Regierungspartei gefordert sind und dort, wo es angenehm ist, die Tarifpartner.

Niemand will die Tarifautonomie antasten: Sie ist eine große Errungenschaft. Was wir jedoch verlangen, ist die Bereitschaft der Tarifpartner, ihre Verantwortung für das Ganze wahrzunehmen. Wir haben hier notwendige Erfahrungen gemacht – Erfahrungen, die selbst mich gelegentlich verblüfften. Ich habe erlebt, daß wir in Bonn in einer großen Konferenz über die Zukunft des Ruhrgebiets miteinander diskutierten. Alle waren am Tisch: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es kam auch etwas Vernünftiges heraus. Wir waren uns einig, daß eines der Probleme an Rhein und Ruhr die Frage der Lohnnebenkosten, die Frage der zu hohen Kosten ist. Das änderte nichts an der Tatsache, daß genau einen Tag später eben jene Tarifpartner, die an der Konferenz teilgenommen hatten, einen Tarifvertrag abschlossen, der in gar keiner Weise mehr dem entsprach, was wir am Tag vorher besprochen hatten.

(Beifall)

Liebe Freunde, es geht hier nicht um Gewerkschaftsschelte oder Arbeitgeberschelte. Das bringt uns nicht weiter. Es geht mir darum, daß jeder den Satz auf sich bezieht: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten. Daraus erwächst auch Verantwortung etwa im Bereich der Lohnnebenkosten. Wir sind verpflichtet – auch wenn es manchem nicht gefällt –, diese Wahrheiten auszusprechen.

Ich denke hier an die zweite große Herausforderung, nämlich an die Frage der demographischen Entwicklung. Liebe Freunde, hier ist eine ganz ungeschminkte Bestandsaufnahme notwendig. Das Ergebnis muß uns zutiefst betroffen machen. Alfred Grosser, ein Mann, der Deutschland kennt wie wenige, hat vor einiger Zeit in Paris erklärt – ich zitiere es mit meinen Worten –, er verstünde die Deutschen nicht ganz: Sie beschäftigten sich überwiegend mit Fragen des Umweltschutzes. Das sei zwar verständlich, aber über das Wichtigste würden sie nicht reden, nämlich über die Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland so wenig Kinder geboren werden – mit all den negativen Folgen, die das für uns haben wird. Der Mann hat recht, meine Damen und Herren. Der Mann hat recht.

(Beifall)

Ein paar Zahlen zeigen das: Die Zahl der Geburten pro Jahr hat sich von über einer Million Mitte der 60er Jahre bis heute fast halbiert. Von 1980 bis 1987 ist die Zahl der Schüler um fast ein Viertel zurückgegangen. Allein im laufenden Schuljahr sind es gut 270 000 weniger als im Schuljahr davor. Die Zahl der deutschen Bevölkerung hat sich in den letzten 20 Jahren um fast zwei Millionen verringert.

Jeder weiß, daß diese Entwicklung überhaupt nicht kurzfristig zu verändern ist. Die Dramatik liegt ja vor allem darin – und das begreifen nur sehr wenige –, daß sich diese Entwicklung noch beschleunigt. Das muß doch Besorgnis erregen. Das ist doch ein Thema, das uns aufrütteln muß und das wichtiger ist als die Diskussion darüber ist, ob wir 40, 39 oder 38½ Stunden in der Woche arbeiten.

(Beifall)

Wir müssen doch sehen, was für Umschichtungen hier vonstatten gehen. Die Zahl der über 60jährigen wächst kontinuierlich an. 1950 gab es noch zweieinhalbmal soviel Personen unter 15 Jahren wie solche über 65. Heute sind beide Gruppen ungefähr gleich groß. Die Zahl der über 80jährigen ist im gleichen Zeitraum von 500 000 auf mehr als 2 Millionen gewachsen.

Wer dies betrachtet und dieses Zahlenmaterial in sich aufnimmt, der weiß: Hier stehen wir vor schweren Herausforderungen bei der Entwicklung unseres Landes. Hier steht letztlich die Frage – das muß man aussprechen – des sozialen Friedens mit auf dem Prüfstand. Denn unser soziales Sicherungssystem kann doch bei diesen Zahlen – etwa im Blick auf die Rentenformel des Jahres 1957 – überhaupt nicht mehr funktionieren.

Deshalb setzen wir jetzt eine Reform des Rentensystems durch. Das ist auch eine Frage der gerechten Lastenverteilung. Wir müssen hier miteinander reden und zu richtigen Ergebnissen kommen, und wir dürfen nicht aufschreien, wenn beispielsweise Norbert Blüm mit meiner Unterstützung im Herbst sagen wird: Wir müssen die Lebensarbeitszeit flexibler gestalten. Wer länger arbeitet, muß einen Bonus, und wer kürzer arbeitet, einen Malus bekommen. Das ist die einzige Möglichkeit, auf diesem Feld voranzukommen.

(Beifall)

Wir müssen unser Verhältnis gegenüber den Älteren insgesamt einmal bedenken. Für die Partei haben wir es ja mit der Gründung der Seniorenunion getan. Viele unserer älteren Mitbürger können auch weiterhin etwas in der Gesellschaft leisten. Geben wir ihnen doch die Chance, verantwortliche Aufgaben zu übernehmen. Wir brauchen in der Tat nicht nur im Rentenrecht, sondern auch im Alltag unserer Republik den Drei-Generationen-Vertrag: die Älteren, die im Berufsleben stehende, aktive Generation und die Generation unserer Kinder können nur im Miteinander die Probleme lösen.

(Beifall)

Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, liebe Freunde, daß die absehbaren Belastungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht einseitig von den Beitrags- und Steuerzahlern oder von den Rentnern aufgebracht werden können. Alle Beteiligten müssen einen Beitrag zur Strukturreform leisten. Auch hier gilt: Wir werden es nicht schaffen, wenn wir nicht fähig sind, umzudenken und die notwendige Generationensolidarität aufzubringen. Ich bin überzeugt, daß dies gelingt und daß wir den Konflikt, der zwischen den Generationen droht, vermeiden können. Deshalb muß jetzt die Kraft der gesamten Partei dafür eingesetzt werden, daß wir in diesem Sinne gemeinschaftliche Lösungen finden.

In bezug auf das, was der Oberbürgermeister von Wiesbaden vorhin hier ausführte, kann ich nur sagen: Wir laden alle anderen herzlich ein, mitzutun. Es war 1956/1957 eine großartige Sache, daß damals das große Rentenreformwerk, eine der größten sozialen Taten der deutschen Geschichte, gemeinsam möglich war. Allerdings werde ich mich allem widersetzen, was dazu führt, daß wir nur um der Gemeinsamkeit willen nicht das Richtige tun. Wir müssen jetzt das Richtige tun, auch wenn es im Moment nicht sofort populär ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, es entspricht einer guten Tradition, daß die Deutschland- und die Außenpolitik auf unseren Parteitag und damit auch im Bericht des Bundesvorsitzenden einen wichtigen Platz einnimmt. Ich will damit zugleich auch den Leitantrag des Bundesvorstandes einführen, über den wir beraten werden.

Wie Sie wissen, hat der erste Diskussionsentwurf eine Debatte ausgelöst, und zwar innerhalb wie außerhalb der Partei. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn alle, die diskutiert haben, zunächst einmal die Diskussionspapiere gelesen hätten. Das wäre ein ganz wesentlicher Fortschritt gewesen.

(Beifall)

Die Entwicklung in unserer Gesellschaft schreitet immer weiter fort. Aber bei manchen hat man den Eindruck, daß gleichzeitig die eigene Anstrengung, auch im intellektuellen Bereich, immer geringer wird. Ich rate für die Zukunft, erst Papiere zu lesen und dann darüber zu diskutieren. Übrigens glaube auch ich nicht, daß jeder, der schon morgens um 6.00 Uhr ein Interview gibt, schon wirklich dazu in der Lage ist.

(Beifall)

Ich hätte es beispielsweise sehr begrüßt, wenn in diesen Papieren von möglichst vielen die klaren Aussagen zur Europa-, zur Sicherheits- und zur Entwicklungshilfepolitik stärker beachtet worden wären. Hier zeigt sich doch die klare konzeptionelle Kraft unserer Partei.

Wir als CDU müssen uns immer wieder klar machen, daß der Zusammenhang zwischen Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes unlösbar ist. Wir müssen – ich sage es als Verantwortlicher der deutschen Politik mit einem großen Bedauern – eine zunehmende Provinzialisierung der deutschen Politik verzeichnen.

(Beifall)

Es ist zwar eine erfreuliche Tatsache, daß in diesem Jahr 26, vielleicht sogar 27 Millionen Bundesbürger ihren Urlaub im Ausland verbringen. Aber gleichzeitig beobachten wir ein unübersehbares Nachlassen des Interesses an internationaler Politik. Während unser Gewicht in der Welt wächst, wenden wir uns im eigenen Land nicht selten Fragen zu, die bei dieser oder jener Entscheidung nach acht Tagen längst vergessen sind.

Alle innen- und gesellschaftspolitischen Reformen der von mir geführten Bundesregierung haben unmittelbar oder mittelbar Bezüge zu unserer Außenpolitik. Ich will das Ganze auf einen einfachen Nenner bringen: Je stabiler unser demokratisches Staatswesen, je gefestigter der innere Friede und je dynamischer Wirtschaft und Gesellschaft sind, desto höher ist unser Ansehen in der Welt, desto größer ist unser Gewicht in der internationalen Politik und desto mehr haben wir eine Chance, unsere außenpolitischen Interessen wirksam wahrzunehmen.

Konkret heißt das: Wir müssen unser eigenes Haus in Ordnung halten, wenn wir Ansehen und Einfluß draußen gewinnen wollen. Das ist eine alte Bauernregel, die in jedem Dorf bekannt ist und die man gut in die Politik übernehmen kann.

(Beifall)

Wir haben in den letzten Jahren eine weitere Erfahrung machen müssen. Immer häufiger sind wichtige innenpolitische Aufgaben und Herausforderungen unseres Landes eben nicht mehr von uns allein, d. h. national, zu bewältigen, sondern wir sind in die internationale Zusammenarbeit eingebunden. Wirtschaftliches Wachstum und die Überwindung der Arbeitslosigkeit setzen die Exportfähigkeit der deutschen Industrie und – beispielsweise – die weltweite Überwindung des Protektionismus voraus. Wir können noch so viel arbeiten – wenn wir draußen auf protektionistische Mauern stoßen, ist alles umsonst gewesen. Auch das ist eine der klassischen Lehren Ludwig Erhards, die wir jetzt etwa in der EG gegen alle Widerstände durchsetzen müssen.

(Beifall)

Wir wissen gerade auch nach den Erfahrungen von Tschernobyl, daß Umweltschutz nur in einer grenzüberschreitenden Kooperation denkbar ist. Wir wissen aus vielen bitteren Erfahrungen, daß sich beispielsweise die Geißel des Terrorismus nur international wirksam bekämpfen läßt.

Liebe Freunde, im nächsten Jahr, 1989, wird unsere Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre alt. Wir sind heute ein Land von großem internationalen Gewicht. Wir haben politisch, wirtschaftlich und militärisch eine entscheidende Funktion im westlichen Bündnis und in Europa. Ohne daß wir viel darüber reden: Wir sind Exportland Nr. 1. Wir zählen mit den USA und Japan zu den führenden Industrienationen der Welt. Aber wenn ich dies sage, muß ich hinzufügen, was dies wirklich bedeutet: Wir haben diesen Stand erreicht, obwohl wir nur die Hälfte der Einwohner Japans und ein Viertel der Einwohner Amerikas haben. Das heißt, wenn wir Spitze bleiben wollen, müssen wir fähig und bereit sein, notfalls auch etwas früher aufzustehen und zu arbeiten, um diesen Platz für die Zukunft behaupten zu können.

(Beifall)

Wir sind ein gesuchter Partner für viele Staaten in der Dritten Welt. Das ist ein wichtiger Punkt, gerade für Christliche Demokraten. In Lateinamerika, in Asien und in Afrika gibt es viele, deren Hoffnungen auf Europa und nicht zuletzt auf den Deutschen ruhen. Wir dürfen diese Hoffnungen nicht enttäuschen!

Liebe Freunde, die Erwartung wächst, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr internationale Verantwortung übernimmt. Das wollen nicht nur unsere westlichen Freunde, die es ja immer deutlicher fordern; das meinen auch viele unserer Nachbarn, übrigens auch im Osten, und nicht zuletzt – vielleicht sogar vor allem – unsere Partner in der Dritten Welt.

Wir werden im Ausland im gleichen Atemzug mit den Vereinigten Staaten und Japan genannt, wenn es um wirtschaftliche Stabilität, wenn es um die Sicherung von Wechselkursen, wenn es um internationale Hilfs- und Unterstützungsaktionen geht. Ich weiß, manche dieser Erwartungen gehen zu weit und übersteigen unsere Kraft, aber wir müssen genau bedenken, was auf dem Spiel steht. Verpflichtungen, denen wir gerecht werden können, dürfen wir uns nicht entziehen.

Als freiheitliches, als rechtsstaatliches und als sozial verpflichtetes Gemeinwesen ist die Bundesrepublik Deutschland unlösbar mit der Wertegemeinschaft des westlichen Bündnisses und mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden.

Liebe Freunde, gerade in den letzten zwei Jahren, angesichts der gewachsenen Zahl menschlicher Begegnungen mitten in Deutschland, ist uns noch mehr bewußt geworden: Wir sind ein geteiltes Volk an der Trennlinie sich gegenseitig ausschließender Staats- und Gesellschaftssysteme: freiheitliche Demokratie auf der einen, kommunistische Einparteiherrschaft auf der anderen Seite. Deshalb müssen unsere Sinne für die geistigen und für die moralischen Herausforderungen, die hier in besonderer Weise entstehen, geschärft sein. Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte, daß eine Außenpolitik ohne moralische Grundlagen nicht nur zum Verderben des eigenen Volkes führt, sondern auch zum Verderben anderer Völker. Als Christliche Demokraten bleiben wir der Freiheit, den Menschenrechten, dem Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung verpflichtet. Das ist für uns Orientierung und Handlungsanweisung!

(Beifall)

Liebe Freunde, für uns gilt überall in der Welt: Wer zu Menschenrechtsverletzungen schweigt, ermutigt die Diktatur. Ich weiß – und weiß es gerade als Regierungschef –, daß es Zeiten und Umstände gibt, in denen die Klugheit es gebietet, sich im Interesse betroffener Menschen öffentlich zunächst zurückzuhalten. Aber dennoch gilt für uns der Satz: Eine Politik der Leisetreterei gegenüber Diktaturen, wie auch immer sie gefärbt sein mögen, gibt es für uns als CDU Deutschlands nicht!

(Beifall)

Freiheit, Menschenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung, das sind die Ziele unserer Deutschlandpolitik. Wir können diese Rechte weltweit nur dann überzeugend vertreten und einfordern, wenn wir auch in Deutschland dafür eintreten. Wir müssen es doch zunächst für unsere Landsleute, für Deutsche tun, denen sie verwehrt sind.

Von Konrad Adenauer stammt der Satz, der auch für uns gültig ist, ja, der zeitlos gültig ist: Freiheit ist Bedingung der Einheit, nicht ihr Preis. Dies sage ich auch im Blick auf manche Diskussionen der letzten Monate.

(Beifall)

Wir tragen Verantwortung dafür, die Folgen der Teilung für die Menschen weniger beschwerlich zu machen. Wir wollen, daß möglichst viele Deutsche zueinander kommen können. In den letzten sechs Jahren hat sich durch unsere Politik für Deutschland viel bewegt. Im letzten Jahr konnten in Deutschland mehr als fünf Millionen Menschen in beide Richtungen reisen. Damit haben wir mehr für den Zusammenhalt der Deutschen bewirkt, als jemals nach dem Bau der Mauer möglich war. Es kommt darauf an, daß Menschen in Deutschland zueinander kommen, daß wir uns in dieser Zeit der Teilung nicht auseinanderleben. Bei all diesen Reisen erfahren die Menschen millionenfach, wie widernatürlich die Teilung Deutschlands ist und wie widerrechtlich Mauer und Stacheldraht sind. Wir werden uns mit diesem Unrecht niemals abfinden!

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, es hat uns sehr bewegt, daß Präsident Reagan im vergangenen Jahr vor dem Brandenburger Tor Generalsekretär Gorbatschow aufforderte, er solle die Mauer niederreißen. Ronald Reagan hat diese Aufforderung bei der Gipfelbegegnung in Moskau vor zwei Wochen wiederholt. Er bestand auf der Achtung der Menschenrechte, und er setzte sich für die Deutschstämmigen in der Sowjetunion ein. Wir sollten ihm auch hier auf diesem Parteitag herzlich für diesen Akt der Freundschaft und der Menschlichkeit danken!

(Beifall)

Diese Appelle des amerikanischen Präsidenten sind Ausdruck einer engen – und dies kann ich bezeugen – freundschaftlich-herzlichen Beziehung zu unserem Volk. Sie sind zugleich die Einforderung von Rechten, die weltweit gelten, also auch und selbstverständlich für alle Deutschen.

Liebe Freunde, mit besonderem Nachdruck setzen wir uns dafür ein, daß sich die Lage der in Mittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden Deutschen verbessert. Sie müssen auch, wenn sie wollen, zu uns ausreisen können. Weil dies unser Wunsch ist, lassen Sie mich hier auch ein ganz offenes Wort zur Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die Aussiedler sagen: Mein Wunsch ist, daß wir diese Landsleute mit offenen Armen empfangen.

(Beifall)

Niemand von uns sollte vergessen, daß es den meisten von uns gut, ja, sehr gut geht, daß aber diese Landsleute in der Regel aus Bedrückung und Not zu uns kommen. Wir

sollten dabei nicht nur über Solidarität reden, sondern sie ganz einfach praktizieren.

(Zustimmung)

Wir sollten das Menschenmögliche dafür tun, daß diese Menschen hier eine neue Heimat finden, und wir werden das tun. Vergessen wir auch nicht, welches Zukunftskapital diese Menschen für unser Land bedeuten.

(Beifall)

75 % von ihnen sind zwischen 20 und 45 Jahre alt. Sie haben viele Kinder. Diese Aussiedler sind für uns keine Last. Sie sind ein Stück Zukunft dieser Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall)

Wer mit Recht – und ich bin dafür – immer wieder für Verständnis für unsere ausländischen Mitbürger fordert, die bei uns leben, der soll auch ebenso klar und deutlich für die deutschstämmigen Aussiedler eintreten, die zu uns gekommen sind und noch kommen werden.

(Beifall)

Ich bin fest entschlossen, noch vor der Sommerpause gemeinsam mit unseren Freunden in den Bundesländern Regelungen – auch im finanziellen Bereich – zu finden, die das Notwendige sicherstellen. Auch im Blick auf Steuererhöhungen, die jetzt diskutiert werden, sage ich: Wenn die Kosten steigen, weil Sprachunterricht nun plötzlich nicht mehr für 15 000 oder 20 000, sondern möglicherweise für 50 000 junge Leute gegeben wird, dann sollte diese Hilfe selbstverständlich sein unter Deutschen, selbstverständlich für uns, die wir sozusagen auf der „Sonnenseite“ leben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn heute unsere nationalen Anliegen im Ausland wieder mehr Unterstützung finden, so ist dies eine Bestätigung unserer Politik. Wir haben das Thema „Freiheit und Menschenrechte“ für alle Deutschen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt und auch wieder in das Bewußtsein unserer Partner gebracht.

Wir wissen natürlich auch, daß der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage letztlich in Moskau liegt. Wir haben auch dort an unserem Standpunkt nie einen Zweifel aufkommen lassen. Unsere Gesprächspartner haben – ich selbst habe es erlebt – lange Zeit einfach nur auf die bestehende Lage verwiesen, von der man ausgehen müsse.

Wenn neuerdings Generalsekretär Gorbatschow hinzufügt: „Was in hundert Jahren sein wird, das soll die Geschichte entscheiden“, dann wird dort zum erstenmal – zumindest von ihm persönlich – eingeräumt, daß Geschichte nicht determiniert ist und daß es einfach stimmt, was ich allen unseren Bürgern zurufe: Die deutsche Frage ist offen, und sie bleibt offen.

(Beifall)

Heute sind in der Sowjetunion und in den meisten Warschauer Pakt-Staaten Entwicklungen in Gang gekommen, deren Endpunkte niemand absehen kann. Die West-Ost-Beziehungen haben eine Dynamik erhalten, die noch vor zwei Jahren die wenigsten für möglich hielten. Deutschland, liebe Freunde, kann davon nicht unberührt bleiben. Es gibt nicht den geringsten Grund zu der Annahme, die gegenwärtige Lage Deutschlands für eine dauerhafte Entscheidung des Schicksals zu halten. Für mich gilt, was ich Generalsekretär Honecker bei meiner Tischrede, die Sie fast alle mitverfolgt haben, gesagt habe: „Das Bewußtsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren“. Dies habe ich

auch vor ein paar Tagen hundertfach aus dem Mund vieler mir völlig unbekannter Landsleute in der DDR bestätigt bekommen.

(Beifall)

Für die CDU bleibt deshalb der Verfassungsauftrag maßgebend, die nationale und staatliche Einheit zu wahren und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Ohne die Unterstützung unserer europäischen und amerikanischen Partner können wir dieses Ziel nicht erreichen. Alles andere ist blanke Illusion. Auch, wenn es um die Einheit Deutschlands geht, sind wir auf ihr Vertrauen und ihre Freundschaft angewiesen. Die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und die Vollendung der Einheit Deutschlands sind keine Gegensätze. Wer meint, wir müßten zwischen beiden wählen, der wird am Ende alles verlieren, nach der Einheit auch die Freiheit. Diese Erkenntnis ist 40 Jahre alt. Es hat sich nichts daran geändert.

(Beifall)

Die Erfolge in der Abrüstung und Rüstungskontrolle und die konstruktive Entwicklung der West-Ost-Beziehungen beruhen auch darauf, daß das Atlantische Bündnis 1983 seine entscheidende Bewährungsprobe bestand. Es erwies sich als fähig, den NATO-Doppelbeschluß durchzusetzen. Das war ganz maßgeblich ein Verdienst von uns, der Union in Deutschland. Wir können deshalb heute mit Genugtuung feststellen, daß auch die Abrüstungserfolge vor allem auch unsere Erfolge sind.

Meine Damen und Herren, ich habe nie geleugnet – und dies gehört zu den bitteren Stunden, von denen ich sprach –, wie schwer es war, eine Entscheidung durchzustehen, wenn gleichzeitig über 300 000 Menschen dagegen demonstrierten. Ich spreche jetzt nicht von jenen, die „nützliche Idioten“ waren oder die eine andere Republik wollten, sondern von jenen, die in Sorge um den Frieden, nicht zuletzt oft geprägt durch ihre religiöse Überzeugung, demonstrierten. Wir haben in dieser schwierigen Zeit Kurs gehalten. Ich habe aber doch nur Kurs halten können, weil Sie mir geholfen haben, überall, draußen in den Orts- und Kreisverbänden. Dies ist doch ein hervorragender Hinweis darauf, daß wir auch andere schwierige Probleme lösen können, wenn wir in der gleichen Weise zueinanderstehen.

(Beifall)

Erst durch die Festigkeit des Bündnisses bekam der amerikanische Präsident den Rückhalt und den Bewegungsspielraum zu einer offensiven Politik gegenüber der Sowjetunion, die uns jetzt allen zugute kommt. Liebe Freunde, wir müssen auch in Zukunft dafür sorgen, daß wir nicht durch nationale Egoismen, durch Eifersüchteleien und ein nutzloses Hin- und Herschieben von Lasten und Verpflichtungen innerhalb der NATO dieses gemeinsame Kapital gefährden. Die Erfahrung der letzten Jahre hat doch gelehrt, daß Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft, daß Abrüstung und Entspannung in einer unmittelbaren Beziehung zueinander stehen. Wer Sicherheit und Abrüstung voneinander trennt, gefährdet am Ende beides und damit letztlich den Frieden. Wir müssen beides, Abrüstung und Sicherheit, im Auge behalten. Abrüstung, liebe Freunde, ist kein Wert an sich, am Ende von Abrüstung muß die Sicherheit größer sein. Das muß das Ziel unserer Politik sein.

(Beifall)

Unter diesem Gesichtspunkt betrachten wir auch die Frage der Modernisierung von Waffensystemen. Sie ist eben nicht ausschließlich aus dem Gesichtswinkel der Abrüstung zu entscheiden. Vielmehr müssen wir auch die Notwendigkeit der Verteidigung im Blick behalten. Wir werden auch in Zukunft alles tun, was zur Verteidigung unseres Landes und des Bündnisses notwendig ist.

Liebe Freunde, das schulden wir nicht zuletzt unserer Bundeswehr. Es sind junge Leute, unsere Söhne, die dort ihren Dienst tun. Von ihnen verlangen wir, daß sie ihren Dienst für Frieden und Freiheit zur Verteidigung der Gemeinschaft leisten. Sie müssen wissen, daß dieser Dienst für den Frieden und für die Freiheit notwendig ist. Das bedeutet, daß wir ihnen die bestmögliche Ausbildung und die bestmögliche Ausrüstung geben. Frieden und Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif.

(Beifall)

Ich sage das auch in die eigene Partei hinein, weil ja manches vom Zeitgeist auch bei uns zu spüren ist. Wenn ich gelegentlich höre, man müsse Verteidigungspolitik und Sozialpolitik in einen Gegensatz oder in eine entsprechende Relation setzen, so kann ich nur sagen: Uns nützt die beste Sozialpolitik überhaupt nichts, wenn wir den Frieden und die Freiheit des Landes nicht erhalten. Und dies kostet Opfer, es kostet das Opfer junger Leute und es kostet Geld. Dieses Geld muß zur Verfügung gestellt werden, wenn Frieden und Freiheit erhalten bleiben sollen.

(Beifall)

Ich sage das so eindringlich, weil bei vielen hierzulande und draußen in der Welt die Sorge wächst, ob angesichts der neuen Politik von Generalsekretär Gorbatschow und angesichts der ersten Abrüstungserfolge das jetzt zur Verteidigung Notwendige noch politisch durchsetzbar ist. Liebe Freunde, warum eigentlich dieser Kleinmut? Das ist doch im Prinzip das gleiche Argument wie 1982/83. Damals wurde uns auch gesagt, erst müßt ihr die Stationierung verweigern, und dann bekommt ihr die Abrüstung. Genau umgekehrt ist ein Schuh daraus geworden. Wir müssen der anderen Seite sagen: Bis hierher und nicht weiter. Dann werden wir bei den C-Waffen, im konventionellen Bereich, im START-Bereich die Verträge erhalten, die wir brauchen. Das muß das Ziel unserer Politik sein.

Wären wir den Sozialdemokraten gefolgt, hätten wir heute kein INF-Abkommen, das weiß doch jeder.

(Beifall)

Wir hätten niemals die Abschaffung einer ganzen Waffenkategorie erreicht. Die Sozialdemokraten haben nichts dazugelernt. Wir werden sie in den Landtagswahlen und in der Bundestagswahl 1990 stellen. Wenn Herr Vogel sich jetzt in Moskau hinter die sowjetischen Vorschläge einer Denuklearisierung Europas stellt, ist es die gleiche Spiel- und Machart wie 1982/83. Ich kann uns nur warnen: Bleiben wir standhaft, so werden wir nicht nur die Wahl gewinnen, sondern uns auch in der Sache selbst durchsetzen.

(Beifall)

Wir haben im Bündnis mit Erfolg auf Abrüstung und Sicherheit gedrängt. Ich bin sicher, wir werden weiter erfolgreich sein, auch deswegen, weil jetzt mit Manfred Wörner zum erstenmal ein Deutscher als NATO-Generalsekretär in das Amt einzieht. Ich möchte ihm bei der Gelegenheit auch für seine Arbeit bei uns herzlich danken.

(Beifall)

Ich bin sicher, daß ein umfassendes Konzept für Abrüstung und Entspannung gefunden wird und daß Entscheidungen wie die uns besonders berührende über die Modernisierung neuer Systeme nicht vereinzelt und nicht isoliert, sondern in einem Gesamtkonzept, getroffen werden. Wir wollen mit Vernunft und mit Augenmaß beiden Aufgaben dienen. Dazu gehört, daß wir den Prozeß von Abrüstung und Rüstungskontrolle konstruktiv vorantreiben, dazu gehört, daß auch der Westen offensiv Vorschläge macht, dazu gehört, daß wir jede Chance nutzen. Unser Ziel ist ein System stabiler Sicherheit auf einem möglichst niedrigen Niveau von Rüstungen.

Wir sind weder Raketen- noch Rüstungsfanatiker. Wir müssen das tun, was notwendig ist, was unsere Pflicht ist. Die Bündnispartner müssen die zukünftige Struktur nuklearer Verteidigung in Europa auch auf der Grundlage eines ausgewogenen Verhältnisses nuklearer und konventioneller Systeme – das ist für die Deutschen entscheidend – gemeinsam festlegen. Wir wollen – ich sage es nochmals – Frieden mit weniger Waffen schaffen. Aber wir wollen vor allem unsere Freiheit sichern, denn die Sicherung des Friedens in Freiheit ist und bleibt unser entscheidendes Ziel.

Liebe Freunde, wir werden dies alles um so leichter tun können, je enger wir mit unseren Freunden und Partnern draußen zusammenarbeiten. Es ist uns im Februar dieses Jahres in Brüssel während unserer EG-Präsidentschaft gelungen, einen Durchbruch in der Entwicklung der Gemeinschaft zu erreichen. Wir haben jetzt gute Chancen, 1992 das Ziel des europäischen Binnenmarktes zu erreichen. Ich sage es noch einmal und möchte es Ihnen beinahe beschwörend zurufen: Helfen Sie mit, daß das Interesse an diesem Feld der Politik wächst. Dieser Raum ohne Binnengrenzen wird von seiner wirtschaftlichen Leistungsstärke her mit einer Bevölkerungszahl von über 320 Millionen Menschen der wichtigste Markt der Welt sein. Er wird den Prozeß der europäischen Einigung unumkehrbar machen. Das ist doch genau jener historische Schritt, der nach der Gründung vor 40 Jahren logischerweise in unserem Interesse folgen muß.

(Beifall)

Viele sehen nicht, welche Wirkungen bereits heute die Vereinbarung, diesen Binnenmarkt zu schaffen, über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus ausgelöst hat. Man muß doch einmal schauen, was draußen in der Welt vorstatten geht. Längst diskutieren die EFTA-Staaten von Österreich bis Finnland, wie sie ihre zukünftigen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft ordnen. Aber auch unsere osteuropäischen Nachbarn bedrängen uns – ich erinnere nur an manche Gespräche aus den letzten Wochen, etwa mit Ungarn – mit Fragen, worauf sie sich einzustellen haben und welche Perspektiven und Chancen sich ergeben. Es sind Entwicklungen in Gang gekommen, die sich heute schon auf Gesamteuropa auswirken, ohne daß wir bis jetzt fertige Antworten für zukünftige Strukturen besitzen.

Die Anziehungskraft eines Teils eines einigen Europas ist ungeheuer groß. Nicht ohne Grund spricht Herr Gorbatschow vom „Haus Europa“. Das ist ein Begriff, der mir gefällt, wenn er richtig interpretiert wird. Unser Haus Europa hat viele Fenster, hat viele Türen, und jeder kann aus- und eingehen, denn unten sitzt kein Blockwart, der darüber bestimmt, wer im Haus einen Mietvertrag bekommen könnte. Das ist unser Bild vom Haus Europa.

(Beifall)

Liebe Freunde, bei aller Verzagtheit – auch im europäischen Denken –: Wir sind doch die klassische Europapartei. Ein entscheidender Antrieb für diese Entwicklung hat sich aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit ergeben. Wie sagte de Gaulle? Er sagte: zwei Nachbarländer, „dazu geschaffen, einander zu ergänzen“. Er sagte es an den Gräbern von Verdun. Ich habe ähnliches gemeinsam mit Francois Mitterrand am gleichen Platz gesagt. Wir haben – das ist eine der großartigsten geschichtlichen Leistungen der Neuzeit überhaupt – 12 Jahre vor Ende dieses Jahrhunderts, das so entsetzliche Bruderkriege brachte, die Konsequenzen aus der Geschichte gezogen. Wir sind mit unseren französischen Freunden einig, daß wir in Europa weiter vorangehen. Wir werden unsere verteidigungspolitische Zusammenarbeit weiter ausbauen. Wir werden unsere Politik der Abrüstung und Entspannung mehr noch

aufeinander abstimmen. Wir werden unsere Außenpolitik, insbesondere gegenüber dem Osten, noch stärker koordinieren. Wir werden unsere Zusammenarbeit in Wirtschafts-, in Währungs-, in Wissenschafts- und Technologiefragen weiter vertiefen.

Diese Zusammenarbeit wendet sich gegen gar niemanden in Europa. Sie ist für die Einigung Europas aber unerlässlich. Das Ziel der Gründungsväter war doch nicht die Wirtschaftsgemeinschaft oder eine Art Freihandelszone, sondern, wie es im Elysee-Vertrag vom 22. Januar 1963 heißt, „ein immer engerer Zusammenschluß der europäischen Völker“, ein politisch geeintes, freies Europa. Das muß das Ziel unserer Politik bleiben.

(Beifall)

Auf dieser Grundlage können wir wirklich eine aktive Ostpolitik betreiben, weil wir außer Zweifel stehen, weil unsere Freunde in Paris, in London, in Washington und sonstwo in der Welt wissen: Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland sind nicht käuflich. Sie sind nicht mit irgendwelchen Angeboten zu verlocken. Sie wissen, daß die Westbindung unseres Landes Teil unserer Staatsräson ist.

Von dieser Basis aus führen wir auch die notwendigen Gespräche. Die sowjetische Führung hat unter Generalsekretär Gorbatschow weitreichende Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozeß ist heute in seinen Zielen, in seinen Instrumenten und Ergebnissen noch nicht zuverlässig einzuschätzen. Es gibt viele Hoffnungen im In- und Ausland. Gorbatschow gibt heute nach seinen eigenen Worten – ich zitiere ihn – den Anspruch seiner Partei auf „den Besitz der Wahrheit in letzter Instanz“ auf. Er nimmt Abschied – ich zitiere ihn wieder – vom „geschichtlich determinierten Sieg des Sozialismus“. Liebe Freunde, er kann jetzt beweisen, wie ernst es ihm damit ist, und wir sollten auf die Beweise achten –: auf die Achtung von Menschenrechten wie beispielsweise diejenigen der Freiheit des Gewissens, der Religionsfreiheit – ich finde überhaupt, wir sollten mehr über die Religionsfreiheit sprechen; das ist ein entscheidendes Menschenrecht –

(Beifall)

und der freien Meinungsäußerung. Er kann es beweisen durch mehr Pluralität und nicht zuletzt durch die Anerkennung des Rechtes eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung. Es gibt Anzeichen – ich sage: Anzeichen –, die in diese Richtung deuten. Wir wollen diese Bestrebungen aufmerksam verfolgen. Letztlich zählen aber immer nur die Taten und nicht die Worte.

In der Außen- und Sicherheitspolitik sind wichtige Fortschritte erzielt worden. Ich erinnere an den INF-Vertrag in diesen Tagen. Liebe Freunde, ich sage es noch einmal: Wenn jetzt über zweieinhalbtausend Mittelstreckenflugkörper verschrottet werden, dann ist dies das Verdienst auch unserer Politik. Wir wollen nicht, daß es bei diesem ersten Schritt bleibt. Wir wollen neues Vertrauen schaffen. Wir wollen weitere Fortschritte. Wir hören aufmerksam – dies ist im deutschen Blätterwald fast untergegangen – eine Stimme aus Moskau, die darauf hinweist, daß die massive Aufrüstung der Sowjetunion in den 70er Jahren das Mißtrauen des Westens hervorrufen mußte. Als wir Christlichen Demokraten das damals hier bei uns sagten, wurden wir von der SPD angegriffen. Wir wurden immer wieder als Leute bezeichnet, die entspannungsfeindlich seien – erinnern Sie sich an die Landtagswahlen –, angegriffen als Leute, die friedensunfähig seien. Das war doch ein Teil der Diffamierungskampagne.

(Zustimmung)

Heute erfahren wir aus Moskau selbst Bestätigung für unsere Überzeugungen und Vorbehalte.

Wir werden jeden Fortschritt unterstützen, der dazu führt, wirkliche Spannung abzubauen und Gräben zu überwinden. Ich habe seit meinem Regierungsantritt immer wieder darauf hingewiesen, daß ich es für nützlich halte, wenn gut vorbereitete Gipfelbegegnungen stattfinden. Die Ergebnisse gerade der letzten Wochen zeigen, wie wichtig dies ist. Die Entwicklung belegt, daß die beiden Weltmächte sich ein Stück nähergekommen sind. Damit wurden Tore auch für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Europäern in West und Ost geöffnet. Wir sollten diese Chance nutzen.

Ich werde mit Generalsekretär Gorbatschow bald zweimal zusammenkommen, in der zweiten Hälfte Oktober in Moskau und im ersten Halbjahr 1989 in Bonn. Wenn Generalsekretär Gorbatschow sein Land wirklich öffnet, wenn er mehr Zusammenarbeit anstrebt, wie er mir mitgeteilt hat, wird er in uns faire und berechenbare Partner finden. Wir messen – schon allein auf Grund der geographischen Lage – der Beziehung zur Sowjetunion eine zentrale Bedeutung bei. Wir wollen eine neue Qualität dieser Beziehung. Wir werden in diese Gespräche selbstverständlich unsere ureigensten Interessen einbringen.

Darüber hinaus verdient die Entwicklung in einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten großes Interesse. Ich will hier ganz einfach sagen: Wir wollen jede ausgestreckte Hand ergreifen, wenn damit Zusammenarbeit gesucht wird und wenn Vereinbarungen in gegenseitigem Interesse möglich sind. Die Vereinbarungen mit Ungarn, mit Bulgarien und der Tschechoslowakei sind ebenso wie jene mit der DDR nach Zahl und Inhalt durchaus eindrucksvoll. Wir wollen, wie es im Leittrag des Bundesvorstandes, über den jetzt diskutiert wird, heißt, „unsere Politik der guten Nachbarschaft fortsetzen“ und „das Verhältnis zu den östlichen und südöstlichen Nachbarn in allen Bereichen verbessern“.

Liebe Freunde, die Zusammenarbeit zwischen West und Ost hat in den letzten Jahren einen wichtigen Anstoß durch die Entwicklung in der Dritten Welt erhalten. Wir verfolgen das mit Aufmerksamkeit bei den Verhandlungen der Weltmächte über das Krisenmanagement in einigen Regionen.

Es ist einfach an der Zeit, daß dort Frieden geschaffen wird.

Was leider immer noch fehlt – und das ist eine unserer Aufgaben –, sind tatkräftige Beiträge der Europäer als Gemeinschaft. Mit bloßen Erklärungen überzeugen wir niemanden. Wir müssen uns schon ernsthaft fragen, ob dieser alte Kontinent seiner Verantwortung gerecht wird. Angesichts der internationalen Entwicklungen können wir es nicht bei einzelnen Bemühungen einzelner EG-Staaten belassen.

Zu diesen Entwicklungen gehört auch, daß sich Japan, China, Indien wie der pazifische Raum insgesamt in einer beinahe atemberaubenden Weise entwickeln. Auch außerhalb dieses Kontinents bilden sich neue Machtzentren heraus. Ich habe in diesen Jahren alles versucht, um unsere Beziehungen dorthin zu aktivieren. Ich bin stolz darauf, hier heute sagen zu können, daß beispielsweise unsere Beziehungen zur Volksrepublik China eine große Erfolgsgeschichte geworden sind. Wir haben jetzt auch einen neuen Anlauf in den Beziehungen mit Indien genommen.

Unser Erfolg, liebe Freunde, beruht darauf, daß wir diesen Staaten nicht bloß als Handelspartner – so wichtig das ist – entgegentreten und viele von ihnen eben in erster Linie nicht nur als Empfänger von Entwicklungshilfe sehen, sondern sie als gleichwertige Partner ansprechen.

(Beifall)

Es hat sich in der Welt jetzt auch langsam herumgesprochen – es könnte sich auch noch bei uns im Land herumsprechen –, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr Entwicklungshilfe leistet als alle Staaten des Warschauer Paktes zusammen. Der Kampf gegen Hunger und Armut in der Dritten Welt ist eine moralische Herausforderung gerade für uns als Christliche Demokraten. Das Schicksal der Menschen in der Dritten Welt kann uns niemals gleichgültig lassen. Wir haben 1946, 1947, 1948 erlebt, was Hilfe in der Stunde der Not bedeutet, und wir ziehen daraus unsere Konsequenzen.

(Beifall)

Diese Länder setzen mehr und mehr auf uns: auf die Europäer und auf die Deutschen. Deswegen brauchen wir mehr Koordination, etwa auch in der Frage, die jetzt in Toronto auf dem Weltwirtschaftsgipfel eine Rolle spielt, nämlich beim Schuldenerlaß für besonders arme Länder.

Wir haben hier ein Beispiel gesetzt. Von der Bundesrepublik wurden besonders armen Ländern bereits 4 Milliarden DM Schulden erlassen. Ein weiterer Schuldenerlaß für eine Reihe von Entwicklungsländern wird jetzt konkret vorbereitet.

Bei all diesen finanziellen Bemühungen werden wir nicht aus den Augen verlieren: Zu einer stabilen politischen Ordnung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht, gehört immer, auch in der Dritten Welt, die Garantie von Grund- und Menschenrechten sowie von Mitwirkungsrechten für alle Bürger. So heißt es im Leitanspruch zu diesem Parteitag, und das ist Teil unserer Politik.

(Zustimmung)

Liebe Freunde, in Gesprächen mit ausländischen Besuchern erfahre ich immer wieder, wie sehr das Ansehen unseres Landes gewachsen ist. Wir haben dazu unseren Beitrag geleistet.

Nicht nur draußen in der Welt setzt man auf uns Christliche Demokraten. Vor zwei Wochen erst habe ich bei einem privaten Besuch in der DDR erlebt, wieviel Zuspruch und Sympathie unsere Politik findet, wieviel Hoffnungen gerade auf die CDU gesetzt werden. Das war nicht zuletzt deswegen ein bewegendes Erlebnis, weil – wie Sie wissen – um die Jahreswende 1982/83 nicht wenige drüben im anderen Teil Deutschlands Befürchtungen hatten.

Die Menschen, die ich auf dem Marktplatz von Gotha traf, vor dem Dom von Erfurt, in Weimar oder im Fußballstadion in Dresden – sie sind für uns keine Fremden. Wir gehören gemeinsam der gleichen Nation an. Das ist ganz unmittelbar zu spüren. Deswegen rate ich uns allen, nicht nur bei offizieller Gelegenheit, sondern auch privat hinüberzufahren, zu möglichst ungezwungenen Begegnungen mit Menschen. Wir müssen menschliche Begegnungen pflegen und mit den Menschen sprechen.

(Beifall)

Unsere Erfolge sind uns nicht einfach zugefallen. Sie mußten mit Grundsatztreue, mit Mut und mit Standfestigkeit erarbeitet werden.

Noch vor wenigen Jahren – und das möchte ich Ihnen nochmals zurufen – war unser klarer außenpolitischer Kurs auch in der Öffentlichkeit unseres Landes heftig umstritten. Heute – nachdem die Entwicklung uns eindrucksvoll bestätigt hat – finden wir breite Zustimmung, und selbst die Opposition tut sich schwer, an diesem Punkt Kritik zu üben. Wir sollten die Erfahrung, die wir gemacht haben, um zu diesem positiven Ergebnis zu kommen, nicht so schnell wieder vergessen. Denn, liebe Freunde, wir stehen auch jetzt und in den nächsten Monaten in einer schwierigen Phase, der schwierigsten Phase in dieser Legislaturperiode: Wir müssen ungewöhnlich komplizierte und sehr weitreichende Entscheidungen treffen. Und manche haben die Notwendigkeit noch nicht einmal erkannt.

Es ist meine feste Überzeugung: So wie wir unsere Außenpolitik durchgesetzt haben und zu unbestreitbaren Erfolgen gekommen sind, so werden wir auch im innenpolitischen Bereich das Reformwerk durchsetzen können: wenn wir auch diesmal standhaft bleiben; wenn wir an den notwendigen Entscheidungen festhalten; wenn wir vor der Macht und vor den Drohungen einzelner Gruppen nicht zurückschweichen; wenn wir dem Wohl des Landes und aller Bürger dienen; wenn wir zusammenstehen – mit unseren Partnern in der Koalition und vor allem in der Gemeinschaft, in der politischen Heimat unserer Partei.

Diese großen Reformprojekte sind Weichenstellungen für die Zukunft; sie können nicht verschoben werden. Auch dieser Parteitag muß und wird deutlich machen: Wir werden niemandem nach dem Munde reden, wir wollen unsere Pflicht tun.

Gehen wir, liebe Freunde, selbstbewußt an die Arbeit. So gewinnen wir auch bei Wahlen ganz selbstverständlich erneut das Vertrauen unserer Mitbürger. Und wir gewinnen mit ihnen zusammen eine gute Zukunft für unser Land.

Ich bitte Sie: Helfen Sie uns und helfen Sie mir auf diesem Weg!

(Die Delegierten erheben sich –
Lang anhaltender, lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, wir alle, die Delegierten dieses 36. Bundesparteitages, danken Ihnen für diese Rede, für Ihren Bericht und für Ihre Einführung in den Leitantrag: „Unsere Verantwortung für die Welt“. Wir danken Ihnen dafür, daß Sie auch unbequeme Fragen und Themen nicht ausgespart haben, daß Sie zu uns zu Aktuellem wie zu Grundsätzlichem gesprochen haben. Ich denke, ich darf das hier, auch für Sie, Herr Bundesparteivorsitzender, mit aller Deutlichkeit sagen: Ich glaube, es ist nicht selbstverständlich, daß unsere Delegierten Ihnen mit einer solchen Disziplin und mit gespannter Aufmerksamkeit zugehört haben. Ich möchte mich dafür bei allen Delegierten herzlich bedanken.

(Beifall)

Meine Freunde, ich muß ganz kurz noch folgendes sagen: Bitte, haben Sie Verständnis dafür, daß wir unsere 2. Plenarsitzung um 14 Uhr aufrufen werden. Wir werden dann unseren Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger hören. Ich möchte gleichzeitig auch sehr herzlich um Ihr Verständnis bitten, daß wir mit dem Hessen-Abend heute erst um 21 Uhr beginnen. Wir möchten möglichst viel Zeit für die Diskussion heute am Nachmittag bis in den Abend hinein haben. Ich darf schließlich noch darauf aufmerksam machen, daß die Mitglieder der Antragskommission um 14 Uhr zu einer Sitzung zusammenkommen. Die Sitzung findet statt im Sitzungszimmer der Antragskommission. Gehen Sie bitte, hier vom Präsidium aus gesehen, rechter Hand aus dem Saal. Im übrigen ist der Weg ausgeschildert. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission treffen sich um 14 Uhr im Büro des Organisationsleiters. Die in dieser Plenarsitzung gewählten Mitglieder der Stimmzählkommission werden gebeten, sich zu einer ersten Sitzung während der 2. Plenarsitzung, also ab 14 Uhr, bereitzuhalten. Den genauen Termin werden wir noch bekanntgeben. Und schließlich darf ich noch einmal darauf aufmerksam machen, daß die Frist für die Einreichung der Initiativanträge zum Antrag „Unsere Verantwortung für die Welt“ um 12.30 Uhr abgelaufen ist.

Freunde, ich darf die 1. Plenarsitzung damit schließen und bitte Sie herzlich, um 14 Uhr wieder pünktlich hier im Plenarsaal zu sein.

(Unterbrechung von 13.11 Uhr bis 14.20 Uhr)

Montag, 13. Januar 1988

2. Plenarsitzung

Beginn: 14.20 Uhr

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Die 2. Plenarsitzung ist eröffnet.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag**

Das Wort hat Alfred Dregger.

Dr. Alfred Dregger (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Bewährung der Union als Reformpartei und die Union als Partei des Friedens, der Freiheit und der Einheit Deutschlands und Europas, das sind die beiden Themen, um die der Bericht der Fraktion Ihnen gegenüber kreisen wird. Regierung und Fraktion benötigen bei der Bewältigung dieser Aufgabenfelder Ihre Unterstützung, die Unterstützung der Partei. Das ist auch eine Frage der Information, und ich benutze die Gelegenheit, Ihnen einige Sachzusammenhänge und Argumente vorzutragen, die Sie benötigen, wenn wir die Entwicklung nicht nur als Zuschauer eines Dramas beobachten, sondern tätig auf sie Einfluß nehmen wollen.

Die Bewährung der Union als Reformpartei: Noch niemals haben Regierung und Fraktion so viele, so schwierige und so bedeutsame Reformaufgaben gleichzeitig anpacken müssen, wie es jetzt der Fall ist. Es sind Reformen, die im Grunde schon vor Jahren hätten durchgeführt werden müssen und die liegengeblieben sind, weil die Sozialdemokraten nicht in der Lage waren, sie zu verwirklichen. Das müssen nun wir tun; unter Zeitdruck, trotzdem nicht weniger sorgfältig und mit einer nicht immer freundlichen Presse. Darauf will ich nicht eingehen, das Thema ist zu wichtig. Ich meine, wenn Sie diese Informationen schon nicht auf anderen Wegen erhalten, ist es meine Aufgabe – wie all derer, die in Bonn für die Union und für Deutschland arbeiten – sie Ihnen zu übermitteln.

(Beifall)

Große Steuerreform: Sie entlastet die Steuerzahler um netto 50 Milliarden DM jährlich. Selbst wenn wir die Verbrauchsteuererhöhungen, die schon zu Beginn der Legislaturperiode im Koalitionspapier fest vereinbart wurden und jetzt mit rund 8 Milliarden DM in Aussicht genommen sind, von diesen 50 Milliarden DM abziehen, verbleibt eine Nettoentlastung von ca. 42 Milliarden DM jährlich. Das ist die größte Steuerentlastung der Nachkriegszeit.

Die Verbrauchsteuererhöhungen dienen nicht der Finanzierung des Bundeshaushalts. Sie werden der Europäischen Gemeinschaft und den strukturschwachen Bundesländern zugeführt; das letztere in einer Form, die noch vereinbart werden muß. Sie sind zugleich der erste Schritt einer Steuerharmonisierung in den Ländern der Europä-

ischen Gemeinschaft, die realisiert werden muß, wenn der europäische Binnenmarkt verwirklicht werden soll, der größte Markt der Erde, den die Staats- und Regierungschefs unter deutscher Präsidentschaft, d. h. unter dem Vorsitz unseres Parteivorsitzenden, des Bundeskanzlers Helmut Kohl, vereinbart haben.

Wir, meine Damen und Herren, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sind fest entschlossen, zusammen mit der FDP die Steuerreform Ende Juni zu verabschieden. Wir verwirklichen damit ein großes, kühnes und sozial ausgewogenes Werk.

Die Steuerentlastung ist möglich, weil wir von 1983 bis heute den jährlichen Ausgabenzuwachs des Bundes unter 2 %, mindestens unter 3 % gehalten haben, und zwar über sechs Jahre hinweg. Das ist die größte Konsolidierungsleistung der Finanzgeschichte.

(Beifall)

Sie wird nicht dadurch geschmälert, daß die Nettoneuverschuldung dieses Jahres auf zirka 40 Milliarden DM steigt; deshalb nicht geschmälert, weil das nicht die Folge überhöhter Ausgaben ist. Der überdurchschnittliche Schuldenanstieg dieses Jahres ist ausschließlich einnahmebedingt und deshalb leichter korrigierbar. Und wir werden ihn im nächsten Bundeshaushalt korrigieren.

Daß die Steuerentlastung, meine Damen und Herren, die Steuergläubiger, also Bund, Länder, Gemeinden und Kirchen, drückt, ist zwar bedauerlich, aber unvermeidlich. Wir dienen unserem Land und seinen Menschen in gar keiner Weise, wenn wir den Staatsanteil am Bruttosozialprodukt und die Steuer- und Abgabenlast immer weiter in schwindelnde Höhen steigen lassen, wie es in der Ära der sozialliberalen Koalition der Fall gewesen ist.

(Beifall)

Trotz der beiden ersten, schon in Kraft getretenen Steuerentlastungen haben sich die Steuereinnahmen in den ersten vier Monaten dieses Jahres um zirka 5 % erhöht, und das bei nahezu voller Preisstabilität. Ich meine, mit solchen Erhöhungen müssen die öffentlichen Hände auskommen, auch wenn es schwerfällt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die Steuerentlastung ist nicht nur möglich, sie ist auch notwendig. Sie dient vor allem den breiten Schichten der kleinen und mittleren Steuerzahler. Daß wir die Grund- und Kinderfreibeträge erhöhen und dadurch 500 000 Mitbürger aus der Steuerpflicht – Lohn- und Einkommensteuer – entlassen, daß wir den Eingangssteuersatz für die kleinen Steuerzahler erheblich absenken und daß wir den Progressionsverlauf vom Eingangssteuersatz zum Spitzensteuersatz begradigen, ist sozial, gerecht und leistungsfördernd zu gleich.

(Beifall)

Die Begradigung des Progressionsverlaufs kostet die Steuergläubiger am meisten, nämlich 23 Milliarden DM. Sie entlastet unsere Leistungselite im mittleren Bereich vom gut verdienenden Facharbeiter über den Industriemeister, den Handwerksmeister bis zum mittleren Unternehmer.

Geringfügig ist demgegenüber die Entlastung bei den Unternehmensteuern. Der Spitzensatz bei der Einkommensteuer wird nur von 56 % auf 53 % und die Körperschaftsteuer auf den nicht entnommenen Gewinn nur von 56 % auf 50 %

abgesenkt. Die Gesamtsteuerbelastung der deutschen Unternehmen, zu der dann noch die Gewerbesteuer gehört, die es in keinem anderen Land der Erde gibt – was nicht bedeutet, daß ich sie abschaffen möchte; aber man muß das hinzurechnen –, wird nur vermindert von zirka 70 % auf 66 %. In verschiedenen unserer Konkurrenzländer ist sie nur noch halb so hoch, so nach drastischen Steuersenkungen in den USA und Großbritannien. In der Schweiz lag der Gesamtsteuersatz immer auf dieser Höhe.

Es war daher von Anfang an eine üble Lügenpropaganda unserer Gegner – der leider viele aufgesessen sind, sogar im eigenen Lager – zu behaupten, die von uns konzipierte Steuerreform sei etwas für die Reichen. Eher das Gegenteil ist richtig. Deshalb bleibt die Unternehmensteuerentlastung, jedenfalls oberhalb des mittelständischen Bereichs, als unerledigte Aufgabe zurück.

Wir müssen sie in der nächsten Legislaturperiode nachholen. Dabei geht es um die Wettbewerbsfähigkeit des Steuerstandorts und damit auch des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle, als Parteitagsdelegierte die von mir vorgetragenen Tatsachen und Argumente aufzunehmen und in die öffentliche Diskussion einzubringen. Zur Zeit überwiegen nicht Information, sondern Desinformation, nicht die objektive Darstellung der Tatsachen und Zusammenhänge, sondern wahrheitswidrige Kampagnen und die – allerdings über Parteigrenzen hinweg, auch bei uns, weit verbreitete – Neigung, zu jammern, schwarzzusehen und die Zukunft in düsteren negativen Farben zu sehen. Meine Damen und Herren, das liegt nicht im deutschen Interesse, und es liegt auch nicht im Unionsinteresse. Deswegen müssen wir dem widerstehen, und dazu rufe ich Sie auf.

(Beifall)

Was für die Steuerreform gilt, gilt auch für das Gesundheitsreformgesetz. Wir können unser soziales und freiheitliches Gesundheitswesen nur erhalten, wenn wir die Beitragserhöhungen der sozialen Krankenversicherung stoppen. Der Ausgabenzuwachs der sozialen Krankenversicherung – der Bundeskanzler hat heute morgen die Zahlen genannt – von 9 Milliarden DM im Jahre 1960 auf 125 Milliarden DM im vergangenen Jahr ist so nicht durchzuhalten. Die Alternative lautet nicht: Sozialreform – ja oder nein, sondern nach einem geflügelten Wort von Norbert Blüm: Reform oder Ruin, das heißt Zusammenbruch des Systems der sozialen Krankenversicherung, und daran kann niemand interessiert sein.

(Beifall)

Wir haben in dieser Reform neue Wege beschritten, zum Beispiel die Einführung eines Festbetrages anstelle einer prozentualen Selbstbeteiligung dort, wo es geht. Wichtig ist die Philosophie, die dahintersteckt. Sie lautet wie folgt: Das medizinisch Notwendige soll voll erstattet werden – voll! Niemandem, unabhängig von seinen Einkommensverhältnissen, soll das medizinisch Notwendige vorenthalten werden. Aber alles, was über das medizinisch Notwendige hinausgeht, soll gar nicht erstattet werden. Das Festbetragssystem macht Überforderungs- und HärteklauseIn überflüssig, führt aber, wie wir hoffen, zu erheblichen Einsparungen.

Wir wollen aber nicht nur sparen, um die Explosion der Kosten und der Beitragssätze zu beenden. Wir wollen und wir müssen auch etwas für die ambulante Hilfe von Schwerstpflegebedürftigen tun. Es wäre verantwortungslos, meine Freunde, die Augen vor der Entwicklung zu verschließen: Auf Grund der gestiegenen Lebenserwartung werden immer mehr Menschen pflegebedürftig. 90 % von ihnen werden zur Zeit in den Familien gepflegt, nur 10 % in Krankenhäusern und Heimen. Würde sich dieses Verhältnis umkehren, dann wäre das nicht nur inhuman – die in den Familien geleistete Pflege könnte von Dritten überhaupt nicht übernommen werden –, es wäre auch unbezahlbar. Wir müssen denen helfen, die diese Pflegeleistung zu Hause erbringen.

Wir gehen dabei, weil ja alle Zahlen nicht genau abzuschätzen sind, sehr vorsichtig vor. In der ersten Stufe wird nur jährlich für vier Wochen eine Ersatzkraft gestellt, damit der – in der Regel: die – Pflegeleistende für diesen Zeitraum von dieser Aufgabe befreit werden kann; eine gute Sache, finde ich.

(Beifall)

Heinrich Krone hat einmal gesagt: ihr müßt den Menschen auch etwas Gutes tun, und ich finde, das ist etwas Gutes. Weitere Schritte müssen zu einem späteren Zeitpunkt folgen, natürlich im Rahmen des Möglichen.

Die dritte dringend notwendige große Reformaufgabe stellt uns die Deutsche Bundespost, auf die wir stolz sind und deren Zukunft wir sichern wollen. Sie ist das größte Unternehmen Europas. Sie gibt zur Zeit etwa ein Viertel der Investitionen im Industrie- und Handwerksbereich unseres Landes in Auftrag. Sie erbringt die unterschiedlichsten Leistungen in Organisationsformen, die im 19. Jahrhundert angemessen waren, den heutigen Erfordernissen aber nicht mehr entsprechen.

Wir haben die Absicht, dieses Großunternehmen in drei öffentliche Unternehmen zu gliedern, die im Verbund bleiben, mit drei Vorständen, von denen jeder in seinem Verantwortungsbereich voll ausgelastet sein wird.

Das gilt insbesondere für den künftigen Bereich der TELECOM, der die Informations- und Kommunikationstechniken umfaßt. Das ist die größte Wachstumsbranche der Gegenwart, deren internationale Verflechtung nicht aufzuhalten ist, am allerwenigsten von der Bundesrepublik Deutschland, dem größten Exportland der Erde. In den 90er Jahren wird diese Branche in Japan die Bedeutung der Automobilbranche übertreffen; was diese Automobilbranche in Japan bedeutet, sehen wir auf unseren Straßen.

Was wir jetzt machen, kommt spät, hoffentlich nicht zu spät, und es geht gewiß nicht zu weit.

Ich sage das nicht nur der Postgewerkschaft, die von der „Umwandlung der Bürgerpost in einer Unternehmerpost“ daherredet; ich sage es allen: Wir laufen Gefahr, im Wohlstand schläfrig, egoistisch und völlig unbeweglich zu werden.

(Beifall)

Die Immobilität, die Unbeweglichkeit des Denkens und des Handelns hat bei nicht wenigen in unserem Land ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Gerade auf der Linken gibt es geradezu reaktionäres Beharrungsvermögen. So, meine Freunde, können wir den Wettbewerb nicht bestehen, weder mit den wieder leistungsfähiger werdenden alten Industrienationen – ich nenne Großbritannien – noch mit den äußerst leistungsfähigen neuen Industrienationen, insbesondere in Südostasien.

Machen wir uns klar: Wir sind ein kleines und an Rohstoffen armes Land. Das einzige, was wir haben, haben wir in unseren Köpfen und in unseren Händen. Wir müssen machen, was die anderen noch nicht machen. Wir müssen ständig Neues erfinden und ständig auf neue Aufgaben umschulen. Das heißt, wir müssen unsere Arbeit und teilweise auch unsere Lebensumstände ständig verändern. Wir, die Union, haben das begriffen, die Linken offenbar nicht. Deshalb ist es auch heute – wie in der Vergangenheit – unsere Aufgabe, unser Land für die Zukunft fitzumachen. Dabei können wir uns nicht nach Gruppeninteressen richten. Wir müssen und wir werden uns – ich sage das jetzt als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – nach dem Allgemeininteresse richten, das mehr ist als die Summe der Gruppeninteressen. Und wir werden dieses Allgemeininteresse durchsetzen.

(Beifall)

Das gilt nicht nur für die von mir genannten drei Reformbereiche. Das gilt genauso für die Rentenreform – auf die der Bundeskanzler heute morgen eingegangen ist –, die wir vorbereiten, für die Reform der Agrarpolitik in der EG und bei uns selbst, für die innere Sicherheit, für den Umweltschutz, für die Ausländer- und Asylverfahrensgesetzgebung, für den öffentlichen Dienst, für die Gesetzgebung im Bereich der Mitbestimmung und für vieles andere mehr.

Besonderer Rang hat das Beratungsgesetz, besonderen Rang deshalb, weil es dabei um das Kostbarste geht, was es auf dieser Erde gibt: menschliches Leben.

(Beifall)

Wir können alles ersetzen, Menschen nicht. Das Kostbarste sind immer die Menschen. Das wird einer der Gegenstände unserer morgigen Beratungen sein. Die Bundestagsfraktion unterstützt in dieser Aufgabe die federführende Ministerin, Frau Professor Süßmuth, mit Nachdruck.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Weder Strafe noch Beratung allein können das größte Unglück abwenden, das sich unser Volk nach dem Kriege selbst zugefügt hat und auch jetzt immer noch zufügt. Wenn irgendwo eine geistige und moralische Wende notwendig ist, dann auf diesem Feld. Sie ist keine Angelegenheit der Frauen allein, sondern in gleicher Weise auch eine Angelegenheit der Männer, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was ich auf unserem Bundesparteitag im Oktober 1986 in Mainz gesagt habe, möchte ich heute wiederholen: Wenn die Männer ihren Frauen oder Freundinnen beistünden, gäbe es keine Massenabtreibungen in Deutschland.

(Beifall)

Was wir stärken müssen, ist unser aller sittliche Verantwortung für das Leben und unsere Freude an Kindern, die wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt werden müssen. Ohne diese geistige und moralische Wende wird unser Volk zugrundegehen. Und das darf nicht sein.

(Beifall)

Das Tempo und die Vielfalt unserer Arbeit erschwert die Akzeptanz unserer Vorschläge und Entscheidungen. Hinzu kommen Auseinandersetzungen zwischen

Unionspolitikern, die von unseren Mitgliedern und Anhängern als schlimmer Streit empfunden werden, übrigens häufig zu Unrecht. Das hängt mit der Gewohnheit der Medien zusammen, jede Diskussion zur Klärung von Sachverhalten, die ja ein Grundgesetz der Demokratie ist, als Streit zu bezeichnen. Aber es gibt in Union und Koalition auch Auseinandersetzungen, die – zumindest in der Form – verletzend, überflüssig und daher schädlich sind.

(Beifall)

Um so wichtiger ist die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie ist bis heute geblieben, was sie seit der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 ist: ein Hort der Stabilität, der Kollegialität und der Solidarität.

(Vereinzelt Beifall)

Alle Versuche, unsere Bundestagsfraktion auseinanderzudividieren, sind von uns abgeprallt. Wir lassen uns weder in Parteiflügel noch in Landesgruppen aufteilen,

(Beifall)

auch in aktuellen Auseinandersetzungen nicht. CDU und CSU sind in ihrer gemeinsamen Bundestagsfraktion eine Einheit, die ihre Entscheidungen in aller Regel einstimmig trifft, natürlich nach eingehenden Diskussionen und Auseinandersetzungen. Aber wir entscheiden, und dann gemeinsam.

Ich danke allen meinen Kolleginnen und Kollegen, Ihren Bundestagsabgeordneten, meine Damen und Herren Parteitage delegierte. Ich danke Theo Waigel, meinem ersten Stellvertreter und Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe. Ich danke auch dem Fraktionsvorsitzenden Mischnick, dem Kollegen aus der FDP-Fraktion, mit dem wir konstruktiv zusammenarbeiten, auch dann, wenn es Streitfragen gibt, die wir leider von ganz unterschiedlichen Ansätzen her nicht so überbrücken können, daß es unseren Vorstellungen voll entspricht.

Das zur CDU in ihrer Bewährung als Reformpartei.

So wichtig diese innenpolitischen Reformen sind, noch wichtiger ist die Außen- und Sicherheitspolitik.

Für ein Volk in der Mitte Europas und an der Teilungsgrenze zwischen Ost und West ist die Außen- und Sicherheitspolitik die Existenzfrage.

Der europäische Staatsmann, der die Lage Deutschlands und Europas am Ende des Zweiten Weltkrieges als einer der ersten klarsichtig erkannte und daraus die einzig möglichen Folgerungen zog, war Konrad Adenauer. Es war die Erkenntnis, daß sich der Teil Deutschlands, der nicht von sowjetischen Truppen besetzt war, nach seiner staatlichen Neuordnung nicht allein zwischen den Fronten, sondern nur im europäischen Verbund und im Bündnis mit den USA würde behaupten können. Das galt politisch, ökonomisch und militärisch in gleicher Weise.

Politisch wurden wir, die Bundesrepublik Deutschland, auf der Grundlage der Adenauerschen Konzeption zu einem geachteten Mitglied der freien Welt. Ökonomisch wurden wir, was damals niemand erwartet hat, zu einer der größten Industrienationen der Erde, die zur Zeit Exportweltmeister ist.

Militärisch wurden wir in einen uneingeschränkten Risiko- und Abschreckungsverband einbezogen, der das Allianzgebiet beiderseits des Atlantik zu einer strategischen Einheit machte. Nur durch diesen Verbund konnte im freien Resteuropa – sehen Sie sich die Landkarte an – für einen potentiellen Angreifer ein Risiko aufgebaut werden, das für ihn untragbar war. So ist es noch heute.

Die strategische Einheit von Nordamerika und Westeuropa auch im Zuge der Abrüstung zu erhalten, ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Aufgabe ist unter Rahmenbedingungen zu erfüllen, die sich zur Zeit dramatisch verändern.

In der Sowjetunion läuft das „Experiment Gorbatschow“ mit noch ungewissem Ausgang. Sollte es scheitern, könnten die damit verbundenen Turbulenzen für uns gefährliche Folgen haben. Sollte Gorbatschow Erfolg haben, dann würde die Sowjetunion dadurch noch mächtiger werden, als sie jetzt schon ist. Auch das würde unsere volle Aufmerksamkeit, unseren Zusammenhalt und unsere Handlungsfähigkeit im europäischen und atlantischen Verbund erfordern.

Die Ära Gorbatschow bietet natürlich nicht nur Risiken, sondern vor allem auch Chancen; diese müssen genutzt werden. Abrüstung, Friedenssicherung und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen müssen im Vordergrund stehen, auch um den Boden zu bereiten, um die erstarrte Kriegsordnung mit ihren unsinnigen Grenzen in Deutschland, mit ihren Mauern und ihrem Stacheldraht zu überwinden und in eine Friedensordnung umzuwandeln, die die Freiheitsrechte der Menschen und die Würde der Nationen Europas wiederherstellt.

(Beifall)

Auch in den Vereinigten Staaten vollziehen sich Veränderungen. Wir müssen dazu beitragen, daß die Allianz dadurch nicht beschädigt wird. Dazu gehört auch, daß wir unsere deutschen Sicherheitsinteressen in die strategische Debatte der Vereinigten Staaten einbringen. Als verlässliche Verbündete können und müssen wir offen miteinander reden. Ich habe es am 5. und 6. Mai 1988 in Washington in Gesprächen mit Präsident Reagan und seiner Administration, in Gesprächen mit den amerikanischen Medien und in zwei öffentlichen Vorträgen vor einem fachkundigen Publikum getan.

Meine Damen und Herren, die mit dem INF-Abkommen begonnene Abrüstung wird unsere Sicherheit in Deutschland nur dann nicht beeinträchtigen, sondern verbessern, wenn sie weitergeht auf der Grundlage eines Gesamtabrüstungs- und Sicherheitskonzepts, das keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Europa entstehen läßt.

Es war eine deutsche Forderung an die Allianz, dieses Konzept zu erarbeiten. Die Allianz wird diese Forderung erfüllen. Das ist ein Erfolg gemeinsamer Anstrengungen des Bundeskanzlers und seiner Fraktion.

Es war eine deutsche Forderung an die Allianz, in dieses Konzept auch die atomaren Waffen mit Reichweiten unter 500 km einzubeziehen. Die Allianz wird diese deutsche Forderung erfüllen. Auch das ist ein gemeinsamer Erfolg von Regierung und Fraktion.

Warum das so wichtig ist? Die Sowjetunion hat in diesem Bereich unter 500 km Reichweite, der vom INF-Abkommen nicht erfaßt wird, eine haushohe Überlegenheit von 1365 zu 88 westlichen Systemen. Ferner: Diese Kurzstreckenraketen reichen in Zentraleuropa nahezu ausschließlich von Deutschland nach Deutschland, gleichgültig auf welcher Seite sie stehen. Schließlich: Diese Kurzstreckensysteme können das Gebiet des potentiellen Angreifers nicht erreichen, was ihre abschreckende, d. h. kriegsverhindernde Wirkung begrenzt.

Deshalb können die Kurzstreckensysteme kein Ersatz für die wegfallenden Mittelstreckensysteme sein. Wir Deutsche wollen Abrüstung bei allen Reichweiten, auch bei den kürzeren Reichweiten,

(Beifall)

aber nicht auf Null, weil das die sowjetische Überlegenheit an konventionellen und chemischen Waffen, die sich weiter erhöht – Gorbatschow rüstet weiter auf mit Ausnahme dieses Abkommensbereiches –, voll zum Tragen bringen würde.

Meine Damen und Herren, deshalb können die Kurzstreckensysteme kein Ersatz für die wegfallenden Mittelstreckensysteme sein; ich sagte es schon. Wir wollen die Abrüstung auch bei den kürzeren Reichweiten, aber bei allen Reichweiten auf einen Mindestbestand, der ausreicht, um den Frieden auch durch Abschreckung eines potentiellen Angreifers sicherzustellen.

Das gilt insbesondere für den Mittelstreckenbereich, dem Gelenkstück zwischen den atomaren Systemen der Vereinigten Staaten in Europa und ihren strategischen Systemen zu Hause und auf den Weltmeeren. Bevor über Kurzstreckensysteme in Europa entschieden werden kann, muß die Allianz klären, was bei den luft- und seegestützten Systemen im Mittelstreckenbereich geschieht.

Zwei Erkenntnisse sollten wir in den letzten Jahren gewonnen haben:

Erstens. Abrüstung ist nicht in jedem Falle gut; der Bundeskanzler hat es heute morgen gesagt. Abrüstung ist gut, wenn sie das Gleichgewicht der Kräfte herstellt oder zumindest bewahrt. Maßstab können nicht einzelne Waffenkategorien sein; entscheidend ist der Zusammenhang aller Angriffs- und Abwehroptionen auf dem Hintergrund der geostrategischen Unterschiede von Ost und West in Europa.

Die zweite Erkenntnis: Es gibt nicht nur Allianzinteressen, es gibt auch spezifisch deutsche Sicherheitsinteressen, die wir in die Allianz einbringen müssen. Wir tun es, und mit Erfolg, wie die Entwicklung zeigt.

(Vereinzelte Zustimmung)

Meine Damen und Herren, so wichtig politische, ökonomische und militärische Zusammenarbeit in den jetzigen europäischen und atlantischen Strukturen ist, wir brauchen mehr. Wir brauchen im Rahmen der Allianz die politische Union der freien Staaten Europas; wir brauchen sie endlich, brauchen sie jetzt.

(Beifall)

Wir brauchen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Unter der Präsidentschaft des Bundeskanzlers sind in der Europäischen Gemeinschaft große Fortschritte erzielt worden. Bis 1992 soll und muß der europäische Binnenmarkt entstehen. Der Bundeskanzler hat das heute morgen in seiner Bedeutung mit der Einführung der D-Mark vor 40 Jahren verglichen. Würdigen möchte ich auch den Beitrag des jetzigen Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, und nicht zuletzt den Beitrag unserer CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, deren Arbeit genauso wichtig ist wie die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Parallel zur Wirtschafts- und Währungsunion muß sich die europäische Sicherheitsunion entwickeln. Anknüpfungspunkt dafür ist die Westeuropäische Union, die WEU, deren Mitglieder sich über den NATO-Vertrag hinaus gegenseitige Hilfe – wie es dort heißt – „mit allen Mitteln“ versprochen haben. Ich habe die Hoffnung, daß Mitterrand und Kohl mit ihren Regierungen – die neue französische Regierung wird bald gebildet sein – in der Lage sein werden, Initiativen zu ergreifen, die Europa auch sicherheitspolitisch voranbringen.

(Zustimmung)

Die Zeit war dafür seit dem Ausscheiden Frankreichs aus der integrierten Kommandostruktur der NATO im Jahre 1966 niemals so günstig wie jetzt. Die Franzosen haben parteiübergreifend begriffen, daß sie ihre Unabhängigkeit nicht mehr allein verteidigen können, daß ihr Schicksal mit unserem untrennbar verknüpft ist. Sie sind bereit, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Mit dem deutsch-französischen Verteidigungsrat wurde ein Organ geschaffen, in dem Frankreich und Deutschland sicherheitspolitische Initiativen für Europa erarbeiten können. Darin sehe ich den eigentlichen Zweck dieser Institution. Es kann nicht um ein exklusives, die anderen europäischen Partner ausschließendes Konzept von Deutschland und Frankreich gehen. Frankreich und Deutschland müssen die Entwicklung vorantreiben, sie müssen Motoren für die Einigung Europas auch im sicherheitspolitischen Bereich sein.

(Beifall)

Sie werden fragen: warum jetzt? Nun, ich glaube, Europa braucht jetzt eine politische Identität, auch eine sicherheitspolitische. Die freien Europäer müssen aus der Rolle derer herauskommen, die bei Entscheidungen über ihre Sicherheit bestenfalls konsultiert werden, die aber nicht mitentscheiden können.

(Zustimmung)

Unsere Perspektive ist: Bei künftigen Verhandlungen zwischen Ost und West z. B. über Abrüstungsfragen sollte mit Reagan und Gorbatschow bzw. ihren Nachfolgern auch ein Vertreter der europäischen Sicherheitsunion mit am Verhandlungstisch sitzen. Alles andere ist Europas unwürdig und gefährlich zugleich.

Und was wird aus Deutschland? Meine Damen und Herren, die Überwindung der Teilung Deutschlands bleibt unser großes nationales Ziel.

(Beifall)

Unsere westlichen Verbündeten haben sich im Deutschland-Vertrag verpflichtet, uns bei der Erreichung dieses Ziels zu unterstützen.

(Zustimmung)

Sie haben ihre Pflichten bisher erfüllt; wir können ihnen keinen einzigen Verstoß ankreiden.

Zu entscheiden ist nicht über das Ziel, sondern über den Weg. Man kann nicht zum selben Ziel gleichzeitig verschiedene Wege gehen, den europäischen Weg und den Weg des Neutralismus. Wer zwei Wege gleichzeitig gehen will, kommt nie ans Ziel. Wir müssen uns schon entscheiden!

Wir können nicht gleichzeitig militärischen Schutz im Bündnis, offene und gesicherte Märkte in Europa und Rücksichtnahme auf unsere nationalen Interessen von seiten unserer Verbündeten erwarten, wenn diese damit rechnen müssen, daß wir bereit sein könnten, das alles bei der nächsten Gelegenheit gegen ein neutralisiertes Gesamtdeutschland einzutauschen. Das geht nicht!

(Beifall)

Wir müssen uns entscheiden.

Wir haben uns für den europäischen Weg entschieden, und zwar aus guten Gründen. Es ist der einzige Weg, der unsere freiheitliche Existenz hier in Westdeutschland nicht aufs Spiel setzt, und auch der einzige Weg, der eine Erfolgchance für Deutschland als Ganzes bietet. Selbst wenn wir von der Systemgrenze, die Deutschland und Europa teilt und die unseren Handlungsspielraum zusätzlich einengt, einmal absehen:

Was wäre ein wiedervereinigtes Deutschland heute? Keine Großmacht mehr, sondern eine atomar unbewaffnete Mittelmacht.

Eine Mittelmacht aber kann sich in der Mitte Europas, wo sich alle Kraftlinien kreuzen, allein nicht behaupten. Schon für das Bismarck-Reich, eine Großmacht im europäischen Mächtesystem, war das schwer und nur so lange erfolgreich, wie ein Realist und dazu ein genialer Staatsmann an der Spitze stand. Für eine atomar unbewaffnete Mittelmacht in einem nicht mehr europäischen Mächtesystem, sondern in einem Weltmächtesystem, wo außereuropäische Mächte, die USA und die Sowjetunion, die Dominanz haben, wäre das unmöglich.

Meine Damen und Herren, das ist eine wichtige Frage. Ich sage: Wer sich auf Bismarck beruft, sollte nicht weniger realistisch denken, als Bismarck es immer getan hat und auch heute tun würde.

(Zustimmung)

Politische friedenserhaltende Mitte zwischen den Weltmächten kann heute nicht mehr Deutschland allein, sondern nur ein vereinigtes Europa sein. Dieses vereinigte Europa wäre ein ernstzunehmender Gesprächspartner für Ost und West. Das europäische Stimmengewirr, das jetzt in den Kreml und nach Washington dringt, würde durch eine hörbare europäische Stimme abgelöst. Dieses vereinigte Europa könnte die Weltmächte von der Konfrontation im Herzen Deutschlands befreien. Die damit verbundenen Lasten könnten den Weltmächten abgenommen werden. Ein solches Europa könnte mit beiden Weltmächten intensiv zusammenarbeiten. Ein solches Europa läge auch im Interesse einer Sowjetunion, die auf Weltrevolution und Weltherrschaft verzichtet, die das Selbstbestimmungsrecht ihrer Nachbarvölker respektiert und ihre Politik auf Verständigung und gute Nachbarschaft gründen möchte. Ob die Sowjetunion einmal so sein wird, das ist die offene Frage. Nichts ist unmöglich. Eine andere Sowjetunion aber wird ihre Macht im Herzen Deutschlands weder zugunsten eines vereinigten Europas noch zugunsten eines wiedervereinigten Deutschlands aufgeben. Mit einer Sowjetunion, wie wir sie kennen, wäre ein nationaler Alleingang der Deutschen nicht nur aussichtslos, er wäre von tödlicher Gefahr für die Deutschen selbst und für ganz Europa.

Deshalb, meine Damen und Herren, „Incertitudes Allemandes“ darf es nicht geben. Ziel und Weg müssen klar sein. Das Ziel ist die staatliche Einheit Deutschlands in einem vereinigten Europa der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts. Aus diesem Ziel können sich deutsche Ungewißheiten nicht ergeben. Dieses Ziel ist in unserer Verfassung und im Deutschlandvertrag festgeschrieben.

Auf die Frage unserer Verbündeten nach dem Weg muß die Antwort ebenso klar sein: Wir wollen dieses Ziel mit ihnen, nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie erreichen.

(Beifall)

An unserer Verlässlichkeit darf es keinen Zweifel geben.

Im übrigen, unser Weg des europäischen und atlantischen Verbundes ist so erfolgreich, daß es geradezu töricht wäre, ihn aufzugeben, selbst wenn der neutralistische Weg überhaupt eine Alternative sein könnte, was ich nicht glaube. Das derzeitige „Experiment Gorbatschow“ und die Veränderungen im Ostblock sprechen doch für

unsere Politik. Sie zeigen doch, daß die Zukunft nicht dem Sozialismus, sondern der Freiheit gehören wird.

(Beifall)

Die Grundelemente der Freiheit – das sind die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker – sind die stärksten Kräfte der Gegenwart. Niemand kann sich ihnen entziehen, auch Gorbatschow und Honecker nicht. Auch Honecker bewegt sich, weil er sich bewegen muß. Bevor er in Bonn erschien, mußte er den Zaun für die DDR-Bürger auch unterhalb des Rentenalters wesentlich durchlässiger machen. Am 27. Mai hat Herr Honecker mir bei einem Gespräch in Ost-Berlin gesagt, er bereite einen Verordnungsentwurf vor, der klarstelle, wann die Bürger einen Anspruch auf Besuchsreisen in den Westen hätten. Das wäre doch ein Fortschritt zu mehr Freizügigkeit und auch Rechtssicherheit.

Ein zweites. Die DDR versucht, sich die preußische und die deutsche Geschichte zu eignen zu machen, sichtbar vor allem in Ost-Berlin. Sie tut es, weil sie Legitimität braucht, die es ohne Anknüpfung an die nationale Geschichte nicht gibt. Wir haben keinen Anlaß, das zu bedauern oder das gar zu fürchten. Die DDR bleibt ein künstliches Gebilde, solange sie sich dem Votum ihrer Bürger nicht unterwirft und solange sie versucht, sich von Deutschland abzukapseln. Das geht nicht.

(Beifall)

Wir haben die DDR als Staat anerkannt, aber nicht als einen von Deutschland getrennten Staat. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Wir koppeln uns nicht ab. Wir stehen für das Ganze ein. Unsere Identität ist keine bundesdeutsche, sie ist eine deutsche. Sie schließt die Deutschen in der DDR und in Ostdeutschland selbstverständlich ein. Wir sind nicht nur deutsche Kulturnation, wir sind deutsche Staatsnation geblieben, wie es das Staatsangehörigkeitsrecht zeigt.

(Beifall)

Wer sich das alles vergegenwärtigt, wird mir zustimmen, wenn ich sage, zur Resignation besteht nicht der geringste Anlaß, auch nicht in der Deutschlandpolitik.

(Beifall)

Unsere Perspektive, die demokratische, die freiheitliche, die auf ganz Deutschland und auf ganz Europa bezogene, ist offensichtlich die bessere, die zukunftsgerechtere, auch die realistischere. Unsere Konzeption stützt sich auf die Sehnsucht der Menschen, frei zu sein, und auf die Sehnsucht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, aber auch auf die nicht geringere Sehnsucht aller vernunftbegabten Wesen, wie ich einmal sagen möchte, in guter Nachbarschaft in Frieden miteinander zu leben.

Das waren und sind die Zielpunkte der Union von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich sage: An diesen Zielpunkten wird sich nichts ändern. Wir, die Union, bleiben die Partei des Friedens, die Partei der Freiheit und die Partei der Einheit, der Einheit Deutschlands und Europas.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Alfred Dregger, der Parteitag dankt Ihnen für Ihr Referat, für beide Teile, für das, was Sie zum Schluß gesagt haben, und für das, was Sie über die Bundestagsfraktion gesagt haben. Wir möchten den Dank an Sie erweitern um den Dank an alle Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Ich beziehe unsere Freunde aus der CSU und den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Theo Waigel in diesen Dank ein.

(Beifall)

Lieber Herr Dregger, Sie sind zu Recht stolz auf die Geschlossenheit der Bundestagsfraktion. Wir möchten Sie ermutigen: Weiter so, Alfred Dregger!

(Beifall)

Meine Freunde, meine Damen und Herren, wir haben jetzt die Freude, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei und Ministerpräsidenten von Luxemburg, Jacques Santer, bei uns zu begrüßen.

(Beifall)

Vierzehn christlich-demokratische Parteien aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind in der Europäischen Volkspartei zusammengeschlossen. Der Vorsitzende ist zugleich Ministerpräsident des uns besonders freundschaftlich verbundenen Luxemburg.

Lieber Jacques Santer, Sie haben das Wort.

Jacques Santer, Präsident der Europäischen Volkspartei (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Parteitagpräsident! Meine Damen und Herren Delegierte und Gäste! Liebe Freunde! Im Namen der Europäischen Volkspartei möchte ich mich an Sie wenden, lieber Helmut Kohl, um Ihnen den Dank der Christlichen Demokraten für Ihren außerordentlichen Beitrag zur Einigung Europas zu überbringen.

(Beifall)

Dieser Dank gebührt Ihnen als Staatsmann und Bundeskanzler ebenso wie als Parteiführer und Vorsitzendem der CDU.

Als Parteichef hatten Sie großen Anteil an der Entstehung und Entwicklung der EVP, der Sie nach wie vor Ihre Unterstützung und Förderung zukommen lassen. Heute vor 14 Tagen haben Sie dies wieder einmal unter Beweis gestellt während eines Treffens der EVP-Parteiführer und Regierungschefs, das in Bonn stattfand. Auch bei dieser Gelegenheit haben Sie wieder einmal darauf gedrängt, daß sich die Christlichen Demokraten aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft besser abstimmen, mehr Verständnis füreinander aufbringen und praktische Solidarität üben. Sie selbst – und mit Ihnen die CDU – gehen mit gutem Beispiel voran.

Als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland führen Sie zur Zeit, seit Januar bis Ende Juni, als Vorsitzender des Rates die Europäische Gemeinschaft. Es ist Ihr besonderes Verdienst, daß heute in der Diskussion über die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft wieder von der Zukunft und von den Chancen gesprochen wird. Die lähmende Fixierung auf die vielfältigen Probleme, insbesondere auf die Probleme im Bereich der Finanzierung und der Agrarpolitik, nimmt zugunsten einer Bereitschaft ab, Perspektiven aufzuzeigen und auszumalen. Europa ist wieder zu einem positiv besetzten politischen Thema geworden.

(Beifall)

Der Umschwung ist durch einen Erfolg ausgelöst worden, der nach den vielen Fehl- und Rückschlägen, denen die Bemühungen um den Durchbruch zur Reform der Gemeinschaft in den letzten Jahren ausgesetzt waren, ansteckend wirkt.

Am 12. Februar hat der Europäische Rat unter Ihrer Leitung in Brüssel eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die Lösungen für die meisten und seit langem umstrittenen Fragen beinhalten. Vor allem einigten wir uns auf die Eindämmung der Kosten für die Agrarpolitik, auf die Erhöhung der Mittel für die Entwicklung der ärmeren Regionen Europas und auf die Modalitäten für die Reform der Gemeinschaftsfinanzierung.

Mit Überzeugungskraft und Unermüdlichkeit haben Sie die Verhandlungen in einer Weise konzipiert und geführt, daß sich letztlich keiner der Partner der konstruktiven Mitwirkung am Gelingen versagen konnte. Das Tor zur Verwirklichung eines großen einheitlichen Binnenmarktes 1992 ist nun geöffnet.

(Beifall)

Dem Ziel und Zweck des Integrationsprozesses, der Begründung eines europäischen Bundesstaates, sind wir damit ein gutes Stück nähergekommen.

Damit habe ich nur ein aktuelles Beispiel für Ihren kontinuierlichen und überzeugenden Einsatz für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft genannt, die Sie – entsprechend den Vorstellungen, die uns in der Europäischen Volkspartei geläufig sind und die von den Christlichen Demokraten in allen Ländern Europas geteilt werden – als Kernstück der Vereinigten Staaten von Europa betrachten.

Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa gemeinsam realisieren, um die Freiheit unserer Völker und die Demokratie unserer Staaten dauerhaft zu sichern, um den Frieden und die dafür notwendige Sicherheit gewährleisten zu können, um soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen, um die reiche und vielfältige Kultur in den Ländern, Regionen und Gemeinden Europas zu neuer Blüte zu bringen.

Es gibt, liebe Freunde, tausend weitere Gründe. Die Christlichen Demokraten kennen und nennen sie seit jeher. „Europa ist“ – wie es in einer Kapitelüberschrift des Leittrags für diesen Bundesparteitag heißt – „unsere politische Zukunft.“ Das ist in jeder Hinsicht zutreffend.

Es ist ein außerordentlich glücklicher Umstand, daß die große Regierungspartei der Bundesrepublik Deutschland, die Christlich Demokratische Union, ihre europapolitischen Grundsätze und Ziele und im Zusammenhang damit auch ihre Grundsätze und Ziele in der Deutschlandpolitik wie in der Außen- und Sicherheitspolitik gerade jetzt neu durchdenkt und neu formuliert. Es ist gewiß kein Zufall, daß dieses in einem Moment des Aufbruches geschieht, vor dem Hintergrund der Erwartungen, die mit der Perspektive 1992 verbunden sind. In Übereinstimmung mit ihrer europäisch-föderalistischen Tradition und mit der Programmatik der anderen christlich-demokratischen Parteien der EG-Länder, mit denen die CDU in der Europäischen Volkspartei verbunden ist, skizziert der Leittrag eine klare Linie von der Gemeinschaft über die Union zur Konstituierung der Vereinigten Staaten von Europa.

(Beifall)

Liebe Freunde, ob wir auf diesem Weg weiterkommen, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren vor allem an unserer Fähigkeit erweisen, den Binnenmarkt zu vollenden. 1992 soll alles unter Dach und Fach sein. Von den notwendigen

Anpassungen und von den Anstrengungen all derer, die in Zukunft vom großen, freien, einheitlichen Binnenmarkt profitieren wollen, wird ein erheblicher Impuls auf das Wachstum der Wirtschaft, aber auch auf die Kreativität und Leistungsfähigkeit ausgehen. Mehr als in der Vergangenheit werden die Regierungen der Mitgliedstaaten der Notwendigkeit ausgesetzt sein, ihr Handeln abzustimmen und sich der Gemeinschaftsdisziplin zu unterwerfen.

Es ist deshalb vernünftig und richtig, die Frage der Errichtung einer Europäischen Zentralbank, die autonom über die Stabilität und den Wert einer europäischen Währung wachen soll, jetzt auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um einen der entscheidenden strategischen Punkte für die zukünftige Gestaltung der Gemeinschaft.

Von gleichem Rang ist die Frage der Sicherheitsunion. Das Nachdenken und die Diskussion über mögliche Arrangements braucht nicht bei Null zu beginnen. Die Westeuropäische Union und die Eurogroup, aber auch die deutsch-französischen Kooperationsverfahren, stellen brauchbare Strukturen zur Verfügung. Sie sind entwicklungsfähig und können zu einer Sicherheitsunion zusammengefaßt werden. In ihnen erfolgt bereits heute eine sicherheitspolitische Meinungsbildung der Europäer. Das geschieht selbstverständlich im Rahmen der Atlantischen Allianz und im Hinblick auf die Verpflichtungen, die Europa als Partner der Vereinigten Staaten von Amerika übernommen hat.

Die weltpolitische Lage, aber auch der fortschreitende Integrationsprozeß drängen auch in die Richtung einer einheitlichen Organisation der internationalen Beziehungen der Gemeinschaft.

Wie sollte es auf Dauer möglich sein, die Wirtschafts- und Währungspolitik mit ihren starken Wirkungen auf die Außenbeziehungen zu vergemeinschaften, ohne schließlich die Außenpolitik als Sache der Union zu behandeln? Auch hier ist der Anfang gemacht: Mit dem bereits vielfach bewährten Verfahren der Europäischen Politischen Zusammenarbeit ist der Einstieg gelungen.

Es liegt auf der Hand, daß die Gemeinschaft in der realistischen, heute schon überschaubaren Perspektive ihrer Entwicklung zur Europäischen Union nicht ohne wirkliche Regierung auskommt. Das kann die in Zukunft mit echten exekutiven Befugnissen ausgestattete und gegenüber dem Parlament verantwortliche Kommission sein. Der Ministerrat, in dem die Vertreter der Regierungen heute noch sowohl exekutive als auch legislative Befugnisse wahrnehmen, wird von seinen Funktionen einen Teil an diese Kommission bzw. an diese Regierung, einen Teil ans Parlament abgeben müssen. Er könnte sich in einen Europäischen Bundesrat verwandeln, der gemeinsam mit dem Europäischen Parlament für die Gesetzgebung zuständig wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich möchte Sie mit diesen Hinweisen und verschiedenen Überlegungen ermutigen, dem couragierten und kohärenten Zukunftsentwurf des Leittrahns, den der Bundesvorstand der CDU Ihnen unterbreitet hat, zu folgen. Dieser Leittrahn, so wie wir ihn sehen,

- entspricht der Programmatik, die wir innerhalb der EVP im Konsens mit den Freunden aus den anderen christlich-demokratischen Parteien entwickelt haben;
- ist realistisch, indem er zeigt, wie das Wünschenswerte möglich gemacht und schließlich verwirklicht werden kann;

- stellt die vielen komplexen Fragen der Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik in ihrem unauflöslichen Zusammenhang dar und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Glaubwürdigkeit Ihrer Partei und Überzeugungskraft der deutschen Politik.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn ich mir hier, vor dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, erlaube, als Luxemburger und Europäer freimütig und ohne diplomatische Verrenkungen zu einem Antrag zu sprechen, der Ihnen zur Diskussion vorliegt, so tue ich das nicht, um mich in Ihre Angelegenheiten einzumischen, sondern um Ihnen zu zeigen, wie sehr Ihre Angelegenheiten auch die meinen und unsrigen sind.

(Beifall)

Und tatsächlich sind es ja die Interessen und Perspektiven aller Europäer, über die Sie verhandeln, indem Sie sich mit den Perspektiven und Interessen der Deutschen befassen.

Deshalb gehört auch die Frage nach der deutschen Einheit in den Zusammenhang des europäischen Einigungsprozesses. Eine Überwindung der Teilung Deutschlands wird es nur im Zuge einer Überwindung der Teilung Europas geben können. Deren Ursache liegt aber in der Spannung zwischen Freiheit und Unfreiheit. Bei der deutschen Frage handelt es sich demnach nicht nur um ein nationales Problem, sondern auch – und vor allem auch – um ein europäisches, eigentlich, so möchte ich sagen, um ein universelles Problem. Es geht um Selbstbestimmung, um Menschenrechte, um Demokratie. Und das betrifft ebenso wie die Deutschen die Polen, die Tschechen, die Slowaken, die Ungarn und alle anderen Mittel- und Osteuropäer, aber nicht weniger natürlich als die Westeuropäer.

Die Sorge, die in Deutschland gelegentlich zum Ausdruck gebracht wird, daß man von den Nachbarn mit der Last der Teilung alleingelassen werden könnte, scheint mir, so betrachtet, nicht begründet zu sein. Und noch viel weniger begründet ist vor diesem Hintergrund die Befürchtung, daß die europäische Integration die Wiedervereinigung Deutschlands behindere oder gar verhindere. Ich bin vielmehr – in Übereinstimmung mit den Positionen der Christlichen Demokraten Europas – fest davon überzeugt, daß die Einigungspolitik und die Gemeinschaftsentwicklung die notwendigen Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands und Europas erst schaffen.

(Beifall)

Zum Schluß, meine Damen und Herren, liebe Freunde, komme ich noch einmal auf die Europäische Volkspartei zu sprechen. Als Aktionseinheit der Christlichen Demokraten in der Europäischen Gemeinschaft ist sie im Bewußtsein der Öffentlichkeit noch nicht ausreichend gegenwärtig. Zwar gibt es eine inzwischen weitverbreitete Kenntnis davon, daß es in Europa einen Verbund der christlich-demokratischen Parteien gibt, in dem die Zusammenarbeit organisiert wird. Welche Aufgabe dieser Verbund hat, welche Rolle er spielt, was die EVP also soll, was sie will, was sie kann und was sie tut – davon ist allzuwenig bekannt.

Das hat viele Gründe: Die EVP beackert ein neues, fremdes Gelände. Sie befindet sich erst im Aufbau, in der Entwicklung. Sie verfügt nicht über Macht, und sie sitzt zwischen allen nationalen Stühlen. Vorläufig ist sie politisch ebenso schwach wie das Europäische Parlament, mit dem sie auch gemeinsam hat, in ihrer faktischen

Bedeutung und Zukunftsfähigkeit verkannt zu werden. Denn die EVP ist ein Unternehmen der Avantgarde, in dem eingeübt, vorbereitet, ja sogar vorweggenommen wird, was demnächst selbstverständlich sein muß: Parteiorganisationen auf europäischer Ebene, die um Macht und Einfluß in Parlament und Regierung der zukünftigen Europäischen Union miteinander streiten. Je früher sich die CDU und die anderen Mitgliedsparteien der EVP auf diese Situation einstellen, die sich heute entwickelt und morgen die Politik bestimmt, desto besser für die Christliche Demokratie in Europa, desto besser aber auch für die einzelnen Parteien und ihre Stellung im eigenen Land.

Die EVP ist schon heute einflußreich. Es kommt in der Europapolitik wesentlich auf den Beitrag und die Entscheidung der EVP an. Sie stellt in fünf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, in Italien, der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, die jeweils stärkste Regierungspartei und damit den Regierungschef. In zwei weiteren Ländern, Irland und Griechenland, stellen die EVP-Parteien in der Opposition die große Alternative dar, jederzeit in der Lage, die Regierung zu übernehmen. Die der EVP angehörenden regionalen Parteien sind in ihren jeweiligen Regionen – Bayern, Baskenland, Katalonien, Flandern, Wallonien – alle Regierungsparteien, in den meisten Fällen als die führenden Kräfte.

Im Europäischen Parlament ist die von Egon Klepsch souverän geführte EVP-Fraktion

(Beifall)

zahlenmäßig zwar nicht die stärkste, sondern die zweitstärkste Gruppe, verfügt aber über einen größeren Einfluß als die sozialistische Fraktion, der gegenüber sie vor allem zwei Vorteile hat: ihre Geschlossenheit und ihre positive Einstellung zur Einigung Europas

(Beifall)

Die Sonderstellung der EVP im politischen Leben Europas hat ihr eine zentrale Rolle zugewiesen, der gerecht zu werden immer wieder neue Anstrengungen erfordert. Einer solchen Anstrengung unterzieht sich die EVP soeben, indem sie ein neues Aktionsprogramm erarbeitet. Damit befaßt sich eine Kommission unter dem Vorsitz von Staatsminister Lutz Stavenhagen. Der VII. EVP-Kongreß, der am 7. und 8. November in Luxemburg stattfindet, wird die Aufgabe haben, über den Entwurf dieser Kommission zu diskutieren und das Programm zu verabschieden. Dies geschieht natürlich im Hinblick auf die Europawahl, die im Juni 1989 stattfindet.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich habe eben den EVP-Fraktionsvorsitzenden Egon Klepsch und den Vorsitzenden der EVP-Programm-Kommission Lutz Stavenhagen natürlich mit der Absicht erwähnt, diesen Freunden vor dem Parteitag der CDU für ihren besonderen Einsatz danken zu können. Einige andere deutsche Freunde aus den Reihen der CDU sind an dieser Stelle zu nennen, vor allem Kai-Uwe von Hassel, Vorsitzender der Kommission „Sicherheit und Verteidigung“, Friedrich Vogel, Vorsitzender der Kommission „Rechtspolitik“, Marlene Lenz, Vorsitzende der EVP-Frauen-Sektion, und schließlich mein Generalsekretär der EVP, Thomas Jansen.

(Vereinzelter Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen vor einer Europawahl. In zwölf Monaten ist es wieder so weit. Der Luxemburger Kongreß wird Auftakt zur Informations- und Motivations-

kampagne sein, mit der die EVP und ihre Mitgliedsparteien diese Prüfung vorbereiten. Es geht darum, die Bürger in den Ländern der Gemeinschaft dafür zu gewinnen, das Projekt Europa 1992, die Herstellung des großen Binnenmarktes, mitzutragen. Der Binnenmarkt ist das materielle Herzstück der Europäischen Union.

(Vereinzelter Beifall)

Ich fordere Sie, meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Vertreter der Landes- und Kreisverbände der CDU, dazu auf, der Europäischen Volkspartei bei der Europawahl 1989 zum Sieg zu verhelfen.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Freund Jacques Santer sehr herzlich für dieses Grußwort, das mehr als ein Grußwort war. Wir haben von Ihnen eben erfahren, wie freundschaftlich und mit wieviel Anerkennung Sie sich, lieber Freund Santer, unserem Parteivorsitzenden zugewandt haben. Besonders aber wollen wir heute Ihnen danken. Sie haben sich als der Vorsitzende von vierzehn christlich-demokratischen Parteien aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in einer vorbildlichen Weise immer wieder für die Europäische Volkspartei engagiert. Herr Santer, wir bedanken uns besonders dafür, daß Sie sich als Freund der Bundesrepublik Deutschland auch unseren besonderen deutschen Themen in dieser Weise zugewandt haben. Noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir nehmen jetzt den Bericht unseres Freundes Rudolf Luster entgegen. Ich darf Ihnen das Wort erteilen, Freund Luster.

Rudolf Luster (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Seit meinem letzten Bericht vor dem Bundesparteitag in Bonn sind erst sechs Monate vergangen, und doch hat sich in der Europastimmung Entscheidendes geändert. Europa ist wieder im Aufschwung!

(Beifall)

Unser Freund Santer hat es gesagt, ich darf mich seinen Worten anschließen und sie unterstreichen. Was ist geschehen? Zu Jahresbeginn hat die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft übernommen. Schon sechs Wochen später hat Bundeskanzler Helmut Kohl in Brüssel den Europäischen Rat zu Beschlüssen von historischer Bedeutung geführt. Freilich, der Brüsseler Gipfel hatte seine Preise, so insbesondere die allmähliche Verdoppelung der Strukturfonds. Es trifft zu, daß wir Deutschen in diesen Strukturtopf relativ am meisten zahlen. Unsere Zahlungen sind aber keine Almosen; es sind die Kraftspritzen, die uns – wenn wir es rein wirtschaftlich sehen, uns am meisten – zahlungskräftige Käufer schaffen. Anders ausgedrückt, es ist unser Solidarbeitrag für ein entspanntes, soziales Klima in Westeuropa.

Der große Binnenmarkt, der Wirtschaftsraum ohne Grenzen, ist die Herausforderung, von dem jetzt die größte Faszination ausgeht. Er bedeutet für uns mehr Freiheit für Verbraucher und Erzeuger, Sicherung und Mehrung unseres Wohstandes, Wegfall von bürokratischen Schikanen und frustrierenden Formalitäten und letztlich die überzeugendste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der wirtschaftliche Nutzen für die gesamte Gemeinschaft wird auf insgesamt jährlich etwa 410 Milliarden DM oder mehr geschätzt. Dies wären rund 5 % des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft von 1986. Die Verfasser des Cecchini-Berichts nehmen an, daß die

Wirtschaft 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen kann, die auf 5 Millionen erhöht werden könnten, wenn der freie Binnenmarkt von einer aktiveren Wirtschaftspolitik begleitet wird. Das alles klingt fast zu schön, um wahr zu sein. Eine gewaltige Chance für unsere Gemeinschaft tut sich auf. Es wird von einem qualitativen Sprung und von der stillen Revolution gesprochen. Die deutsche Wirtschaft müssen wir ermuntern, sich mit Mut und Vorstellungskraft auf die neuen Chancen einzustellen.

(Vereinzelter Beifall)

Niemand soll allerdings verkennen, daß eine derart revolutionäre Umwälzung auch ihre Nebenwirkungen zeitigen wird, neben den erwünschten leider auch unerwünschte. Wir sollten uns in seriösen Szenarien auf das Neue vorbereiten, denn der Binnenmarkt ein soll und muß ein Erfolg werden, das sind wir unseren Bürgern in der EG schuldig.

(Beifall)

„Die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union auszubauen“ ist eine vorrangige Forderung des Leittrages für diesen Parteitag. Es wird in diesem Zusammenhang gefordert, das Europäische Parlament müsse mehr Rechte, mehr Befugnisse haben. Lassen Sie mich dazu anmerken: Wenn es richtig ist zu sagen, jedes Parlament müsse sich seine Rechte selbst erstreiten, so kann das Europäische Parlament eine gute Bilanz des bisher gegen manchen Widerstand Errungenen vorweisen. Gemeinsam mit dem Rat ist inzwischen das Parlament die Haushaltsbehörde der Gemeinschaft. Durch mündliches und schriftliches Fragerecht gegenüber Rat und Kommission übt das Parlament seine Kontrollrechte aus. Den Mitgliedern der Kommission kann es in diesem Zusammenhang das Mißtrauen aussprechen. Einen wichtigen Schub gab es durch die Einheitliche Europäische Akte. Hier wurde durch das Verfahren der Zusammenarbeit und durch das Mitwirkungsrecht des Präsidenten beim Abschluß von Beitritts- und Assoziierungsverträgen die Stellung des Parlaments in Teilbereichen der Gesetzgebung nicht unerheblich gestärkt. So schön, so gut.

Aber ein anderes müssen wir sagen: Der Europäischen Gemeinschaft kommt für viele in der Welt zu Recht Modellcharakter zu. Um so schwerer wiegt die zentrale Beanstandung, die Europäische Gemeinschaft sei eine Gemeinschaft in erster Linie der Regierungen, nicht der Völker, darüber dürfe das Feigenblatt Europäisches Parlament nicht hinwegtäuschen. Die Europäische Gemeinschaft werde nicht demokratisch, sondern im Zusammenspiel von EG-Kommission und Ministerrat bürokratisch gelenkt. – Was müssen wir antworten? Das Europäische Parlament wird seit 1971 direkt gewählt; es hat aber bis heute nicht echte Gesetzgebungsbefugnis. Die EG-Gesetze werden nach wie vor allein vom Ministerrat, in Wirklichkeit vielfach von den Ministerialbürokratien, also von den Beamten, gemacht, also hinter verschlossenen Türen. In allen der Gemeinschaft übertragenen und der nationalen Souveränität entzogenen Zuständigkeiten weitet sich ein parlamentsfreier Gesetzgebungsraum aus. Nein, die schon langfristige Hinnahme des Demokratiedefizits ist nicht ein politisches Kavaliersdelikt, sondern eine Todsünde wider unsere staatliche Existenz.

(Beifall)

Wir müssen auf parlamentarischer Mitentscheidung aus Gründen der Demokratie bestehen. Sie ist das Bollwerk unserer Freiheit.

(Beifall)

Sie ist zugleich das Erfolgsrezept freiheitlicher Staatsführung. Sie ist darüber hinaus der Hebel zur Erleichterung europäischer Einigungsbemühungen.

Die öffentliche parlamentarische Debatte würde zudem die Europapolitik den Bürgern nahebringen und ihr Interesse sowie ihr Verständnis wecken. Transparenz wäre eine wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft der Bürger, z. B. demnächst wählen zu gehen.

So bleibt nur übrig, das demokratische Gewissen der Verantwortlichen bei Parlament und Regierungen der zwölf Mitgliedstaaten wachzurütteln. Wer hier kneift oder mauert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er aus Bequemlichkeit oder Gleichgültigkeit in Sachen Demokratie faule Kompromisse schließt.

Vor dem Europäischen Parlament hat unser Bundespräsident dazu gesagt: „Wir müssen aufpassen, daß wir nicht auf die Dauer in der Gemeinschaft ganz andere Prinzipien demokratischer Gewaltenteilung schaffen, als wir sie in den Mitgliedsländern selbstverständlich befolgen.“ Der einschlägige Satz im Leitantrag heißt deshalb prägnant und zutreffend: Das Europäische Parlament muß gemeinsam mit dem bisher allein beschließenden Ministerrat bei der Gesetzgebung mitentscheiden.

Liebe Freunde, es geht nicht um das Prestigebedürfnis des Parlaments. In Wirklichkeit geht es doch um die Gemeinschaft als Ganzes. Die Gemeinschaft benötigt eine ihrer Aufgabe gemäße Entscheidungsstruktur und Entscheidungskapazität.

Ich habe eingangs dieses Berichts das historische Verdienst unseres Bundeskanzlers hervorgehoben, wie er die Partner des Europäischen Rates auf die Brüsseler Beschlüsse festlegen konnte. Das Außergewöhnliche seines Verhandlungserfolges hervorhebend – die Kombination von Beichtvater und Dompateur, wie gesagt wurde – heißt doch zugleich die Entscheidungsschwierigkeiten des Rates im Normalfall zu beklagen. Unsere Gemeinschaft nur auf den Glücksfall von persönlicher Entscheidungskraft hin organisiert sein lassen, kommt einem Hasardspiel gleich.

Liebe Freunde, die europäische Integration – das ist der große Markt, das ist Solidarität mit den Schwachen hier und in der Dritten Welt. Aber das ist vieles mehr. Es ist vor allem Friedenswerk. Fast ein halbes Jahrhundert geht von dieser Gemeinschaft in unserem einst so kriegsgeplagten Westeuropa und in einer leider unruhigen Zeit in anderen Teilen der Welt friedensstiftende Kraft aus.

(Beifall)

Die Westeuropäer haben gelernt, die Gleichartigkeit ihrer Interessen in immer mehr Feldern ihres Zusammenlebens aufzuspüren. Bei gegenläufigen Interessen haben sie sich in einem obligatorischen Gesprächsgeflecht wirksame friedliche Methoden des Ausgleichs geschaffen.

In solche Gesprächskontakte die Staaten Ost- und Mitteleuropas einzuführen, geduldig, aber stetig, in Wachsamkeit, aber auch in Offenheit, könnte nützlich sein. Die beispielhaften Erfolge der Europäischen Gemeinschaft machen auch jenen solche Kontakte interessant. So könnten wir Schritt für Schritt den machtpolitischen und den ideologischen Gegensatz zu überwinden suchen, der unseren Kontinent spaltet.

Hier liegt der Lösungsansatz auch für die deutsche Wiedervereinigung. Es gibt vorsichtige Zeichen der Hoffnung. Mit Genugtuung merken wir an, daß in wenigen Tagen die diplomatische Anerkennung der Europäischen Gemeinschaft durch die Staaten des COMECON bevorsteht. Sie haben den Widerstand gegen die Einbindung meiner Vaterstadt Berlin endlich aufgegeben. Gerade dieser Tage hat Gorbatschows Berater Daschtschew die Berliner Mauer ein „Relikt des Kalten Krieges“ genannt. Er fügte an: „Diese Mauer belastet das Dasein und die Psychologie des Menschen.“

Zeichen der Hoffnung? Mancherorts, liebe Freunde, nimmt der Irrglaube zu, die Wiedervereinigung sei erreichbar auf Kosten unserer Nachbarn oder gerade durch Verzicht auf unsere Westbindung. Nein, nicht anders als Konrad Adenauer sagen wir: Selbstbestimmung und Wiedervereinigung in Freiheit werden wir nur erreichen im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung und in enger Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

(Beifall)

Also: Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung schließen einander nicht aus. Sie bedingen einander. Ganz bewußt hat das Grundgesetz beide Postulate in seiner Präambel als Staatsziele nebeneinander gestellt.

Lassen Sie mich, liebe Freunde, auch ein Wort sagen zum Thema Bund und Länder in der Europäischen Gemeinschaft. Es kommt auf die bestmögliche Organisation des Zusammenwirkens aller Ebenen – Gemeinde, Land, Bund und Europäische Gemeinschaft – an. Ordnungsprinzip muß die Subsidiarität sein. Wir wollen keinen großen europäischen Wasserkopf. Die Proportionen müssen stimmen, und die Kompetenz und die Mittel müssen dort zur Verfügung stehen, wo die Arbeit am besten getan werden kann.

Föderalismus und Regionalismus sind gleichzeitig auch der Garant für Erhaltung des Reichtums unserer europäischen Kultur. Die kulturelle Zusammengehörigkeit in der Vielfalt der Überlieferung der Völker – so wird gesagt – stellt die Identität Europas dar. Das war es vielleicht, was Jean Monnet meinte, als er im Rückblick auf die ersten Jahrzehnte der Gemeinschaft fast wehmütig sagte: „Wenn ich es noch einmal beginnen könnte, dann begänne ich mit der Kultur.“

Liebe Freunde, die Schaffung eines vereinigten Europa wird das größte politische Ereignis dieses Jahrhunderts, wurde gesagt. Dieser große Erfolg wird uns nicht in den Schoß fallen. Manche – auch in unserer Partei – sagen: Wir haben genug anderes zu tun, für Europa haben wir doch euch, unsere Europaabgeordneten. Das hört sich recht schmeichelhaft an. Niemand sollte jedoch seine politischen Einflußmöglichkeiten selbst beschneiden.

Also: Seit dem Brüsseler Gipfel ist Europa wieder im Aufwind. Unser Bundesvorsitzender hat diesen Aufschwung entscheidend herbeigeführt. Helmut Kohl geht auf dem Weg in den Bundesstaat Europäische Union in der Gemeinschaft und in der CDU mit anhaltend gutem Beispiel voran. Aber er allein kann diese einmalige geschichtliche Aufgabe der europäischen Einigung nicht schaffen. Er braucht uns. Europa braucht uns. Europa braucht nicht Mitläufer, sondern Bekenner.

(Beifall)

Ganzer Einsatz ist gefordert. Die Europawahlen 1989 werden unsere große Kraftprobe sein. Wir müssen, wir wollen und wir werden sie erfolgreich bestehen.

Vielen Dank, liebe Freunde.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Unser Dank gilt auch Ihnen, lieber Freund Rudolf Luster. Wir wissen, daß Sie in den zurückliegenden Monaten, die seit dem vergangenen Bundesparteitag vergangen sind, mit unseren Freunden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments eine hervorragende Arbeit geleistet haben. Wir wünschen Ihnen bei dieser Arbeit für die Zukunft alles Gute.

Ich begrüße nun ganz herzlich im Namen des Bundesparteitag der CDU Deutschlands den Vorsitzenden der CSU und bayerischen Ministerpräsidenten, unseren Freund Dr. Franz Josef Strauß in unserer Mitte.

(Beifall)

Wir danken Ihnen, daß Sie zu uns gekommen sind und jetzt zu uns sprechen werden. Franz Josef Strauß, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Ministerpräsident **Dr. h. c. Franz Josef Strauß**, Landesvorsitzender der Christlich Sozialen Union: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Freund Helmut Kohl! Meine sehr verehrten Ehren- und Festgäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu allererst ein herzliches Wort des Grußes aus München, das ich soeben verlassen habe, um die Einladung Helmut Kohls, ein Grußwort an Sie zu richten, auch gebührend verwirklichen zu können.

Sie begeben Ihren Parteitag in einer bemerkenswerten politischen Situation. Im Jahre 1988 werden die Weichen für eine Reihe von Landtagswahlen und für die Bundestagswahlen im Jahre 1990 gestellt. Wir haben vorher schon die Kommunalwahlen. Deshalb ist für uns gemeinsam eine Analyse der Situation – das ist hier nicht meine Aufgabe – und die Entwicklung eines Programms für die Zukunft mit dem Blick auf das Jahr 2000 von besonderer Bedeutung.

Lassen Sie mich aus den vielen Problemen, über die man bei einem solchen Parteitag sicherlich redet, über die der Grußredner aber nur teilweise reden kann, einzelne Schwerpunkte auswählen und dazu einige Bemerkungen machen.

Der Parteitag steht unter besonderer Aufmerksamkeit, weil viele Wähler genau beobachten werden, ob er eine Vorentscheidung oder eine Entscheidung trifft, an Hand deren man erkennen kann, ob die Unionsparteien zu ihren fundamentalen Werten stehen. Das heißt, wir müssen nicht nur aus wahlpolitischer Opportunität, sondern auch auf Grund unserer Wertvorstellungen ein ganz klares Bekenntnis zum Schutz des ungeborenen Lebens ablegen.

(Beifall)

Auch hier muß man unterscheiden zwischen dem, was gefällig ist, was ankommt, und dem, worauf es ankommt.

Dieses Thema ist uns allen und mir durch viele, viele Jahre Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag und später auch in meiner Amtsführung als bayerischer Ministerpräsident sehr nahegekommen. Ich glaube, wir müssen hier den Blick für das Mögliche verbinden mit der zähen Energie, das Notwendige durchzusetzen. Ich bin kein Träumer oder Visionär. Politik ist sicher die Kunst des Möglichen; das soll Bismarck gesagt haben. Jemand anders sagte, es sei die Kunst, das Notwendige möglich zu machen. Ich habe das von Carlo Schmid gehört; es kann auch jemand anders gewesen sein, der das gesagt hat. Von Carlo Schmid habe ich das jedenfalls im Deutschen Bundestag gehört.

Dazu gehört dann noch die Gabe, den Begriff „notwendig“ nicht nach Maßstäben eigener Wunschvorstellungen, sondern nach Maßgabe der Realitäten auszulegen. Denn allzuviel wird oft als notwendig bezeichnet, was bei näherer Prüfung nicht unbedingt notwendig ist.

Aber hier sind wir ohne Zweifel einerseits in der Situation, einem gewissen Zeitgeist – wie weit er dann wirklich „Geist“ ist oder nur „Zeit“, ist eine andere Frage –

widerstehen zu müssen. Wir wissen, daß wir den § 218 alter Art nicht mehr wiederherstellen können, weil wir dafür keine Mehrheit haben. Aber es geht jetzt bei dem Beratungsgesetz darum, daß wir die Trennung von Personen und Raum durchsetzen können.

(Beifall)

Ich meine also bei der Beratung und bei der Indikation die Trennung des Raumes. Wir dürfen denjenigen unserer Wähler, die auf uns setzen, daß das, was christliche Fundamentallehre ist, für uns auch Aufgabe und Verpflichtung im politischen Raum ist, keine Enttäuschung – aus weiß Gott welchem Grunde auch immer – zumuten.

(Beifall)

Wir sind das auch uns selber und unserem Gewissen gegenüber schuldig. Wir sind das natürlich auch denen schuldig, die uns über Jahrzehnte hinweg als Wähler die Treue gehalten haben.

Es gibt viele Wählerkreise, die in der Vergangenheit auf uns gesetzt haben und die, wie wir hoffen, auch heute noch auf uns setzen. Dazu gehört zum Beispiel auch der weite Bereich des Mittelstandes. Wir dürfen den Mittelstand nicht merkantilistischen Erwägungen opfern. Dazu gehört auch eine mittelstandsgerechte Steuerpolitik, für die diese Regierung einiges geleistet hat, für die aber noch mehr zu tun ist.

(Beifall)

Dazu gehören auch die möglichen und mit moderner Wirtschaftsverfassung zu vereinbarenden Maßnahmen gegen die Aussaugung des Mittelstandes durch die Großmacht der Nachfrage im Handelsbereich unter den sich daraus ergebenden Wettbewerbsverzerrungen.

(Beifall)

Wir müssen da, wo Vertrauen verlorengegangen ist, dieses Vertrauen wiederherstellen. Das ist im Bereich der Landwirtschaft der Fall. Hier haben wir es sicherlich besonders schwer. Denn die heutige Regierung hat eine Vorgeschichte übernommen, in der lange Jahre entweder die Weichen falsch gestellt worden oder schwerwiegende Versäumnisse zu verzeichnen waren. Die Überproduktion zeichnete sich ja schon seit Mitte der 70er Jahre ab. Sie hat ihre Schatten schon Jahre vorher geworfen. Es blieb dieser Regierung vorbehalten, den Schutt aufräumen zu müssen.

Die Bauern waren über Jahrzehnte hinweg unsere treuesten Wähler; sie sind es zum Teil auch heute noch. Auch hier geht es nicht nur um wahlopportunistische Erwägungen. Ich betrachte den Bauernstand als ein Wesenselement einer freien und modernen Gesellschaft.

(Beifall)

Der Bauernstand muß auch in Zukunft – auch wenn nicht alle Strukturen gepflegt und erhalten werden können – ein unentbehrliches Element unserer Gesellschaft sein.

(Beifall)

Es geht nicht nur darum, daß wir sagen, der Bauer hat die Aufgabe, die Lebensmittel zu beschaffen, und dann, wenn wir sie anderswo besser und billiger beziehen können, entsprechende Konsequenzen ziehen.

Wir in der CSU – und dasselbe setze ich von der CDU voraus – sind entschlossen, einen gesunden, lebensfähigen Bauernstand zu erhalten und ihn über die Turbulenzen dieser Jahre hinwegzubringen.

(Beifall)

Ich nenne einen weiteren Wählerbereich, der auch nicht nur mit wahlopportunistischen oder wahltaktischen Überlegungen in Verbindung zu bringen ist. Ich meine die große Zahl derer, die in uns eine liberale und konservative Partei sehen, die in uns auch eine nationale Partei sehen. Dazu gehört die überwältigende Mehrheit der Vertriebenen. Auch dieser Wählerbereich darf durch uns nicht enttäuscht werden.

(Beifall)

Darum brauchen wir die Klarheit der Projektion bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus. Wir brauchen aber auch die Klarheit und Unzweideutigkeit der Aussage.

Lassen Sie mich deshalb zwei Bereiche herausgreifen. Wir leben in einem Zeitalter, in dem wir freudig – wie lange, weiß kein Mensch, aber wir hoffen, für sehr lange, ja für immer – einen allgemeinen Zug in Richtung Abrüstung, in Richtung Abbau der militärischen Spannungen, Abbau des Kriegsrisikos, Abbau der Hochrüstung erwarten können.

Sie wissen, womit das zusammenhängt. Ich brauche darüber keinen Vortrag zu halten.

Wir begrüßen diese Entwicklung. Aber wir müssen uns über eines im klaren sein. Meine vielfältigen Gespräche und auch dementsprechenden Informationen führen zu der Schlußfolgerung, zu der Erkenntnis, daß mit dem Abbau der Glaubwürdigkeit der sowjetischen Gefahr auch ein Abbau der moralischen Verteidigungsbereitschaft verbunden ist. Hier gilt es den Anschluß an das Notwendige zu finden.

Wir haben schon damals, im Sommer 1950, was kein Mensch für möglich gehalten hätte, unter dem Druck der sowjetischen Gefahr – es war für Adenauer der Alptraum schlechthin, daß es uns so gehen könnte wie Südkorea oder daß ganz Europa der sowjetischen Expansion zum Opfer fallen könnte – den Alliierten angeboten, militärische Streitkräfte aufzustellen. Damals, fünf Jahre nach dem Krieg, dem größten und schrecklichsten Krieg aller Zeiten, der von Deutschland begonnen wurde und mit dem totalen Zusammenbruch endete, war die moralische Stimmung so, daß das Wort „militärisch“ nicht mehr vorkommen durfte. Das war wie eine Psychose in den Jahren von 1945 bis in die 50er Jahre hinein. Nun stand drohend die sowjetische Gefahr vor der Tür. Das hat damals Konrad Adenauer und der damaligen Generation der Union – wider alle Meinungsumfragen, wider die Zeitgeister, wider alle angebliche öffentliche und veröffentlichte Meinung – sozusagen die Pflicht auferlegt, für die Verteidigung einen eigenen Beitrag zu bringen, damit die Alliierten auch uns gegenüber ihre Pflicht erfüllen.

In dem Augenblick, meine Damen und Herren, in dem die sowjetische Kriegsgefahr, die sowjetische Drohung zu verblasen begann – das war beim Übergang von Breschnew zu Gorbatschow –, tauchte bei uns die Frage auf: Brauchen wir eigentlich überhaupt noch eine starke Verteidigung? Denn das ursprüngliche Motiv – wir müssen uns der Gefahr durch die Sowjetunion gemeinsam erwehren – gilt in der alten unverminderten Stärke nicht mehr. Ich habe zu Herrn Gorbatschow gesagt: Ich müßte Ihnen ein großes Wort des Glückwunsches aussprechen; Sie sind der größte Public-Relations-Meister, den ich jemals aus der Sowjetunion kennengelernt habe. Sie haben einen tiefen Einbruch in die Psychologie des Westens, in den USA, in Europa, herbeigeführt. – Man sieht es auch an den Meinungsumfragen und an unserer stark den Medien ausgelieferten Öffentlichkeit. Lassen Sie mich einmal ein krasses

Beispiel sagen. Hätte es zur Zeit von Prinz Eugen schon das Fernsehen gegeben, wäre er nie österreichischer Generalfeldmarschall geworden.

(Heiterkeit)

Er war klein, bucklig und häßlich. So einer kann es in der Fernsehdemokratie nie zu etwas bringen, weil man ihn kaum herzeigen kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Gorbatschow im Kreml, freundlich lächelnd, modisch angezogen – ich habe gehört: von einem italienischen Schneider –, mit moderegelter Krawatte und dazu in einer Haltung, die man als gewinnend bezeichnen muß: Diesem Mann traut man nicht zu – ich möchte sogar sagen: mit Recht –, daß er Absichten verwirklicht, wie sie der sowjetischen Ideologie, Geschichtsphilosophie und Militärdoktrin zugetraut werden könnten.

Ich möchte hier auch nicht den Versuch machen, meine Damen und Herren, das Bild Gorbatschows zum Gegenteil von dem zu verwandeln, das ich selbst von ihm gewonnen habe. Nur ist hier natürlich eine Reihe von Fragen notwendig, die ich aber hier nicht beantworten will: Was will er denn wirklich? Will er das, was wir hoffen? Kann er das durchsetzen, was wir erhoffen? Wie lange bleibt er? Schafft er Tatsachen, die nicht mehr zurückgedreht werden können? Wer wird sein Nachfolger? Welche Politik macht sein Nachfolger? Das sind alles legitime Fragen, die gerade bei der – so darf ich sagen – Zähigkeit der sowjetischen Strategie mit Recht gestellt werden dürfen.

Was ist der Sinn dieser Worte? Der Sinn dieser Worte: Wir müssen endlich einmal von der Verteufelung des Militärischen als Ausdruck einer verhängnisvollen und verfehlten, um nicht zu sagen: kriminalisierten deutschen Geschichte loskommen. Wenn es keine sowjetische Gefahr mehr gibt – und die gibt es noch lange; so einfach sind die Dinge nicht –, dann braucht unser Staat genauso wie jeder andere Staat ein Instrument der Selbstverteidigung.

(Beifall)

Wir müssen hier zum normalen, natürlichen Denken zurückfinden. Sehen Sie die französischen Kommunisten, die bis zu einem gewissen Grade sicherlich immer Parteigänger Moskaus gewesen sind, aber auf französisch: Aus ihrem Munde hört man kein böses Wort gegen die französischen Streitkräfte, gegen die französische Armee, gegen die französische Luftwaffe. Dasselbe in Italien, dasselbe in allen anderen Ländern. Deshalb müssen wir uns wieder zu einer Normalität der Bewertung des Militärischen als einem Bestandteil unserer Staatsraison durchringen.

(Beifall)

Die Bereitschaft zur Verteidigung, materiell und moralisch, darf nicht von den Public-Relations-Ergebnissen der Beurteilung der jeweiligen Nummer 1 im Kreml abhängen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne einen zweiten Gesichtspunkt. Ich habe in den letzten Monaten, Wochen und Tagen allerlei kluge Äußerungen über die Energieversorgung gehört. Wir in Bayern sind wie alle anderen Länder von diesem Problem natürlich betroffen, und mit Recht betroffen. Wir müssen uns zu einer einheitlichen Sprachregelung durchringen, ich möchte nicht einmal sagen: zu einer

einheitlichen Konzeption, denn die haben wir ja. Aber es entsteht draußen oft ein sehr, sehr verwirrendes Bild.

Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, daß wir uns nicht mit Erklärungen, daß in den nächsten Jahren der Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen sein werde, des Volksbetrugs schuldig machen sollten.

(Beifall)

Wer das sagt, ist ein Ignorant und ein Täuscher. Ich lasse mich auch nicht als Freund oder als Gegner der Kernenergie abstempeln. Denn das sind infantile Kategorien. Eine moderne Wirtschaft braucht ausreichende Energie zu bezahlbaren Preisen und unter gesicherten Umständen. Meine Damen und Herren, ich wage nicht auszudenken, wie die öffentliche Reaktion und vor allen Dingen die veröffentlichte gewesen wäre, wenn in einem Kernkraftwerk auch nur etwas annähernd Vergleichbares wie jetzt bei dem furchtbaren Unglück in Nordhessen passiert wäre. Da wären wieder sämtliche Neuuniformierten mit ehernem Marschschritt zu Hunderttausenden auf den Straßen zu erleben gewesen.

Wer heute aus der Kernenergie aussteigen will oder einen Ausstieg in den nächsten Jahren verkündet, der soll klipp und klar sagen, wie er sich das vorstellt.

(Vereinzelt Beifall)

Er soll dann zugeben, daß es zur Zeit nur einen einzigen Ersatz gibt. Das sind Kohle und Öl, zu einem geringen Anteil auch Erdgas. Ich könnte, nachdem ich mich als Landeschef mühsam in diese Materie eingearbeitet habe, einer vermehrten Verbrennung von Kohle und Öl im Interesse unserer Lebensbedingungen und der nächsten Generation nie meine Zustimmung geben.

(Beifall)

Ich habe die Kernenergie nicht erfunden. Wenn es von meinen physikalischen und mathematischen Fähigkeiten abgehängt hätte, dann wäre wahrscheinlich auch in den nächsten 500 Jahren die Kernenergie nicht erfunden worden.

(Beifall)

Aber zur Zeit gibt es nur Kohle und Öl als Alternative. Da kommen die großen Propheten und sagen: Solarenergie. In diesem Jahrhundert – da gebe ich Ihnen Brief und Siegel – wird die Solarenergie einen so geringen Anteil an der Energieversorgung haben, daß er überhaupt nicht nennenswert ist. Wir wollen Forschung betreiben. Wir betreiben sie auf breiter Basis, in allen Bundesländern, auch in Bayern. Aber von ihr eine Lösung unserer Energieprobleme zu erwarten, ist schlechterdings läppisch. Dasselbe gilt auch für die Windenergie und für die thermonukleare Energie, ganz abgesehen davon, daß die thermonukleare Energie wieder eine nukleare Energie ist.

Ich sage das nicht, weil ich ein Vertreter der Kernenergie bin. Da kommt das berühmte Wort von der Atomlobby. Aber wir konnten unsere Strompreise für den Aufbau und Ausbau unserer Wirtschaft nur dadurch auf ein erträgliches Maß senken, daß wir in Bayern die Kernenergie zu einem Versorgungsgrad von etwa 70 % ausgebaut und trotzdem unsere Verpflichtungen aus dem Jahrhundertvertrag zugunsten der deutschen Kohle eingehalten haben. Wer einer anderen Meinung ist, der soll Roß und Reiter nennen. Aber ich betrachte es als Publikumsschwindel, wenn man die Leute glauben macht: nur mehr begrenzte Zeit, und: Der Ausstieg hat schon begonnen.

Ich sage Ihnen das aus einem ganz bestimmten Grund. Unsere Leute fragen im Zusammenhang mit einem Stichwort, das Ihnen wohlbekannt ist: Wackersdorf. Die

Anlage in Wackersdorf, eine Entsorgungsanlage, ist ein Teil des gemeinsamen Konzeptes des Bundes und der Länder, seinerzeit unterzeichnet vom Bundeskanzler Helmut Schmidt und allen Ministerpräsidenten, auch den sozialdemokratischen.

Die heutige Bundesregierung hat dieses Energieversorgungsprogramm und die damit verbundene Entsorgungskonzeption übernommen und bis zur Stunde beibehalten. Die Leute fragen uns natürlich: Warum die Milliarden Investitionen, warum die bürgerkriegsähnlichen und chaotischen Szenen, die sich in der Oberpfalz in zum Teil sehr blutigen Auseinandersetzungen abgespielt haben, für eine Energie, die in wenigen Jahren zu Ende geht? Warum denn? Ist das nur Spleen der Politiker? Ist das nur Größenwahn? Ist das nur Starrsinn? Ist das Unvernunft? Darum brauchen wir volle Sachkunde und eine realistische Aussage.

Hier hat es gar keinen Sinn zu glauben, man könne einen Stier dadurch besänftigen, daß der Stierkämpfer sagt, die rote Flagge sei in Wirklichkeit grün und nicht rot. Vielleicht verstehen Sie, was ich damit meine.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bitten darum und wir erwarten, daß hier mit einer Zunge gesprochen wird. Denn Sie können überzeugt sein, daß wir bei den beiden Themen, die ich jetzt erwähnt habe, bei den nächsten Bundestagswahlen, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, vorgeführt werden. Man wird uns fragen: Warum wollt ihr denn noch Atomwaffen behalten? Weil wir wissen: Ohne diese ist eine Sicherheit Europas nicht möglich. Wir wollen so wenig wie möglich – trotz des freundlichen Bildes der sowjetischen Politik und der Umwandlung des, wie die Chinesen sagen, Polarbären zu einer mehr oder minder friedlichen europäischen Hauskatze und der Umwandlung der ganzen Verhältnisse. Gerade wir Deutsche sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Ich sage aber gleichzeitig, daß wir auch wegen der politisch-psychologischen Lage in Europa und bei uns ein Konzept einer ausgewogenen Abrüstung – das Wort hängt mir schon bald zum Halse heraus – erarbeiten und vertreten müssen, bei dem nicht nur die Russen etwas abzugeben haben, sondern auch wir selber.

Ich bin der letzte, der in der Abrüstung einen Wert in sich selber sieht. Aber wir müssen die Sowjets mit ihrer Abrüstungsbereitschaft vorführen. Wir dürfen ihnen nicht die Möglichkeit geben, zu sagen: Wir sollen massiv abrüsten, und der Westen ist zu nichts bereit. Ich habe es jetzt etwas vereinfacht ausgedrückt. In diesem Konzept muß aber auch noch die nukleare Komponente eine wesentliche Rolle spielen.

Genauso ist es auch bei der Kernenergie. Wir werden bei den nächsten Wahlen vorgeführt werden. Man wird fragen: Wie haltet ihr es denn bei der Kernenergie? Wir dürfen selber diese abergläubische Angst vor der Kernenergie nicht noch durch doppeldeutige Aussagen vermehren. Der eine sagt: Wir steigen bald aus. Der andere sagt: Wir steigen ein bißchen später aus. Nein, sagt der Dritte, wir steigen ein bißchen früher aus; im übrigen ist das Ganze nur auf begrenzte Zeit. Man soll sich einmal des logischen Unsinns des Begriffes „begrenzt“ bewußt sein. Auf dieser Erde gibt es nichts, was nicht begrenzt ist: weder die Dummheit noch die Gescheitheit, noch Gottes Güte. Alles auf dieser Erde ist begrenzt.

(Beifall)

Es ist wahrscheinlich sogar das geschichtliche und biologische Lebensalter der Erde begrenzt. Was heißt denn der gewaltige Ausdruck „begrenzte Zeit“? Man sollte in

naturwissenschaftlich-technischer Klarheit die Möglichkeiten aufzeigen. Wer sie einigermaßen kennt, der wird sagen, daß vor dem zweiten Quartal des nächsten Jahrhunderts eine echte Alternative in der notwendigen Größenordnung zu bezahlbaren Preisen nicht zur Verfügung steht.

(Beifall)

Wir haben dann immer noch gewonnen, wenn wir unpopuläre Wahrheiten ausgesprochen haben, statt uns nach dem Zeitgeist zu richten. Hier muß eine gewisse Einheit der Aussage hinter der Konzeption und vor der Konzeption stehen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Zweifel befindet sich die Weltpolitik in Bewegung. Die Frage ist nur: Welchen Standort nehmen wir in dieser sich wandelnden Landschaft ein?

Als ich in das Arbeitszimmer Gorbatschows kam, begrüßte er mich und sagte: Die Tatsache, daß Sie eingeladen sind, die Tatsache, daß wir miteinander sprechen, und die Tatsache, daß all Ihre Gesprächswünsche berücksichtigt worden sind, was Inhalt und Ablauf des von Ihnen gewünschten Programms angeht, zeigt, daß eine neue Phase der sowjetischen Politik begonnen hat. Das war eine sehr vernünftige Einleitung.

(Heiterkeit)

Dann sagte er: Sie sind doch Professor für Alte Geschichte. Daraufhin antwortete ich: Ich bin kein Hochstapler; ich war einmal Gymnasiallehrer für Geschichte. Ja, sagte er, Sie kennen doch den Ausspruch eines griechischen Philosophen „Alles ist im Fluß“. Ich habe in meinem Gedächtnis gar nicht lange suchen müssen. Der Ausspruch stammt von Heraklit aus Kleinasien, einem ionischen Naturphilosophen, und lautet in Original: „panta rei“. Ich habe gesagt: Ja, ich gebe Ihnen recht; alles ist im Fluß. Daraufhin meinte er: So ist auch die sowjetische Politik im Fluß. Das war ein weiterer vernünftiger Anfang.

Anschließend sagte ich: Ich möchte jetzt einen zweiten Satz des gleichen Philosophen zitieren. Er ist zwar sinngemäß nicht ganz richtig übersetzt, nämlich „polemos pater panton“, „Krieg ist der Vater aller Dinge“. Heraklit hat den Kampf in der Natur und nicht den Krieg zwischen den Völkern gemeint. Aber die allgemeine Auslegung ist: „Krieg ist der Vater aller Dinge“.

Da habe ich zu ihm gesagt: Das stimmt aber nicht mehr. Krieg ist nicht mehr der Vater aller Dinge, sondern das Ende aller Dinge. Es gab keinen Widerspruch. Daraufhin sagte er: Dann gilt auch Clausewitz nicht mehr, der sagte: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Dazu meinte ich: Ich stimme Ihnen zu. Aber die Leninsche Umkehrung stimmt auch nicht mehr, nämlich daß Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei. Für mich ist der entscheidende Punkt die Erkenntnis und die daraus zu ziehende Konsequenz, daß in der heutigen naturwissenschaftlich-technischen Welt der modernen Industriestaaten der Krieg als Mittel der Politik ausgeschlossen ist,

(Beifall)

es sei denn, Wahnsinnige würden sagen: Wir sprengen uns mit Lust selber in die Luft. Gut, gegen kriminelle Verrücktheit kann man nur zum Psychiater gehen. Aber weder die Russen noch jemand anderer denkt daran.

Wenn aber Krieg zwischen den hochgerüsteten Staaten des Westens und des Ostens nicht mehr möglich ist, dann stimmt die Weltanschauung nicht mehr; dann stimmt die

Ideologie nicht mehr; dann müssen wir gemeinsam feststellen, daß die Lehre von der Weltrevolution endgültig der Vergangenheit angehören muß, daß es keine strategische Beherrschung der Erde durch die Sowjetunion geben wird, daß es keine sowjetische Hegemonie in der Welt geben wird und daß deshalb auch die Lehre vom letzten großen Befreiungskrieg, der die Völker aus den Fesseln des Kapitalismus befreit und in die holde, lichte Zukunft des sozialistischen Paradieses hinüberführt, heute ebenfalls der Vergangenheit angehört.

Die Antwort war bezeichnend: Diese Auffassung haben wir nie gehabt; wir haben die Revolution nicht exportiert. Ich habe gesagt: Wir wollen nicht über die Vergangenheit streiten; bleiben wir bei der Zukunft, und das ist das Wesentliche. Seien wir gemeinsam der Auffassung, daß Kriege kein Mittel der Politik mehr sind.

Wir haben uns dann weiter unterhalten. Die Teile sind nicht veröffentlicht, aber sie sind auch nicht geheimzuhalten. Wir haben in allen Geschichtsbüchern an der Volksschule, am Gymnasium und beim Geschichtsstudium gelernt, daß Ereignisgeschichte das eine und Strukturgeschichte das andere ist und daß beides vernünftig verbunden werden muß. Wir haben meistens nur Ereignisgeschichte gelernt, d. h. Könige, Kaiser, Feldherren, Generale, Kriege, Siege, Niederlagen, Friedensschlüsse, neue Kriege, Grenzveränderungen usw. So war die europäische Geschichte geprägt, soweit sie sich überhaupt in die Vergangenheit zurückverfolgen läßt.

Hat das jetzt ein Ende genommen, weil Geschichte nicht mehr auf Schlachtfeldern und nicht mehr auf Revolutionsbarrikaden geschrieben wird? Ich sage Ihnen: nein. Geschichte wird von Menschen gemacht. Menschen sind dynamisch. Deshalb wäre man völlig im Irrtum befangen zu glauben, daß die Geschichte mit der Unmöglichkeit des Krieges und mit der Nicht-Unterstützbarkeit von Revolutionen ihr Ende genommen habe. Geschichte geht weiter. Aber sie vollzieht sich auf anderen Wegen, in anderen Bahnen und in anderen Kanälen. Geschichte findet heute in den Studios der Wissenschaftler, in den Laboratorien der Techniker, in den product-management-Hallen statt. Sie findet nicht zuletzt durch die modernen Kommunikationstechniken und durch den Wandel der Gesellschaft als Folge der naturwissenschaftlich-technischen Entwicklung statt. Darum wird in der Zukunft Geschichte auf diesen Feldern gemacht werden.

Das war und ist auch für mich der Übergang zum nächsten Thema. Wer deshalb nur auf die Vermehrung militärischer Potentiale setzte, der hat Milliarden von Rubeln für eine falsche Strategie ausgegeben, weil man nämlich heute abgesehen von der Notwendigkeit einer minimalen schlagfähigen Verteidigung, die ich hundertprozentig bejahe, mit militärischem Potential, selbst wenn es überlegen wäre, nichts mehr anfangen kann.

Die Voraussetzungen der Macht werden heute nicht mehr durch die Frage bestimmt: Wie viele Divisionen hat der Papst? Sie werden nicht mehr durch die Frage bestimmt: Wieviel 10 000 Panzer haben wir mehr als die andere Seite?

(Zustimmung)

Denn dieses militärische Potential kann nicht mehr eingesetzt werden. Unsere psychologisch-politische Aufgabe ist es, die Unentbehrlichkeit einer schlagkräftigen Verteidigung auf dem niedrigstmöglichen, aber ausreichenden Niveau mit diesen Gedankengängen in Verbindung zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das führt uns zu einer Frage, die ich als letzte noch erwähnen möchte, zu der Frage: Wie sieht denn die Bundesrepublik in

20 Jahren aus? Wir hatten gestern eine großartige Veranstaltung in Frankfurt. Redner waren – in dieser Reihenfolge – Helmut Kohl, ich, Hans-Jochen Vogel und Martin Bangemann.

(Heiterkeit)

– Ja, da staunt man, aber es ist so!

(Beifall)

Das Thema war: 40 Jahre Marktwirtschaft, 40 Jahre D-Mark. Dort hat ein Vorredner, der ehemalige Ministerialdirektor Homann, mit Recht gesagt: Der einzige Systemveränderer in unserem Jahrhundert war Ludwig Erhard. Er war ein echter Systemveränderer, weil er die Grundlagen des Denkens geändert hat und weil er durch die Unwiderstehlichkeit seiner wirtschaftspolitischen Ideen eine neue Wirklichkeit geschaffen hat.

(Beifall)

Nun hat es für uns nicht allein Sinn, daß wir uns auf unsere richtigen Erkenntnisse, Leistungen und Tugenden der letzten 40 Jahre berufen. Wir sollen bloß den Boden nicht verlassen und die Fundamente nicht aufgeben, auf denen Konrad Adenauer und seine Mitarbeiter diesen Staat gebaut haben. Wir sollen die Grundsätze beibehalten. Es gibt da keinen Wertewandel, es gibt nur einen Wandel des Wertebewußtseins. Die Werte sind metaphysisch, die Werte sind vorgezeichnet; die Frage ist nur, wie man zu diesen Werten steht. Das ist zum Teil auch eine Frage des Zeitgeistes.

Man muß auch zwischen Weltanschauung und Weltbild unterscheiden. Unsere Weltanschauung, die im christlichen Glauben fundiert ist, bleibt unwandelbar. Das Weltbild, das wir haben, müssen wir den Veränderungen anpassen, die sich unaufhaltsam – zum Teil auch mit unserer Mitwirkung – vollziehen. Deshalb stimme ich dem Satz des großen Münchener Historikers Franz Schnabel zu, der sagte: Jedes Zeitalter trägt den Keim seiner Überwindung in sich selber.

Wir stehen heute bereits in grundlegenden Veränderungen, die von der dritten industriellen Revolution geprägt sind, und wir müssen uns über die Konsequenz im klaren sein, daß es heute für drei technische Bereiche keine Grenzen mehr gibt, für die Nachrichtentechnik, für die Verkehrstechnik und für die Zerstörungstechnik. Für diese drei Bereiche gibt es keine Grenzen mehr. Wenn man damit die Verhältnisse vor 50 Jahren oder vor 100 Jahren vergleicht, wenn man den Wandel sieht, der sich bis heute vollzogen hat, kommt man zu der Schlußfolgerung, daß sich alle 100 Jahre das naturwissenschaftlich-technische Wissen der Menschheit mindestens verdoppelt. Es hat sich von 1900 bis heute verdoppelt, und es wird sich in den nächsten 100 Jahren, von heute bis zum Jahr 2090, noch einmal verdoppeln.

Was sind die Konsequenzen? In Wirtschaft, Technik und Industrie vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel. Nach den Automaten erobern nun die Computer die Märkte und leiten ein neues Kapitel der technisch-industriellen Entwicklung ein. Selbst einer, der vor 40 Jahren Mathematik studiert hat, der heute als Vater seinem Sprößling in der sechsten Klasse des Gymnasiums Hilfe auf dem Weg zum Abitur geben will, steht verzweifelt vor diesen Büchern, in denen ihm völlig neue Zeichen und völlig neue Begriffe begegnen. Die Mikrochips entwickeln und vervollkommen nicht einfach alte technische Konzepte; sie eröffnen zusammen mit den umwälzenden Neuerungen in der medizinisch-biologischen Forschung und in der Informationstechnik eine neue Zeit.

Das Beschäftigungssystem wird sich grundlegend verändern. Dies wird sich tiefgreifend auf die Gesellschaft und auf das Bildungswesen auswirken, und zwar nicht in Richtung auf Vermittlung von immer mehr Wissen, das ohnehin rasch veraltet, sondern in unseren Schulen wieder hin zur Vorherrschaft der formalen Bildung, d. h. zur dringend notwendigen stärkeren Schulung der Geschmeidigkeit des Denkens.

(Beifall)

Wenn sich das Wissen alle paar Jahre verändert, hat es keinen Sinn, möglichst viel Wissen in sich aufzunehmen - das gesamte aufzunehmen ist ohnehin gar nicht möglich -, sondern Sinn hat es nur noch, bei unseren jungen Leuten, und zwar bei denen, die sich dafür eignen - Gott hat ja die Menschen verschieden geschaffen -, die Geschmeidigkeit des Denkens zur jeweiligen Umstellung auf die sich immer wieder neu ergebenden Resultate der Naturwissenschaft und der Technik zu schulen. Wer sich einmal auf einen Standpunkt eingestellt hat, der hat in zehn Jahren nichts mehr verloren, und deshalb darf unser Bildungssystem kein gleichmacherisches System des Ergebnisses sein; es muß ein System sein, das die Talente entdeckt, sie pflegt und sie entfaltet und damit denen, die höhere Fähigkeiten haben, die Gelegenheit gibt, sich so zu entwickeln, daß der Rest der Menschheit an dem Fortschritt, den sie bringen, auch beteiligt werden kann. Das ist gegen jede gleichmacherische oder nivellierende Philosophie!

(Beifall)

Die neuen technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Möglichkeiten schaffen uns aber auch schwierige ethische und juristische Probleme. Diesen neuen Anforderungen gilt es sich zu stellen, wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht in 20 Jahren hoffnungslos hinter der technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung herhinken soll.

Was sind die äußeren Anzeichen? Heute verändern sich politische Zustände nicht mehr mit dem Donnerschlag von Kriegen. Dabei bin ich kein Visionär und kein Träumer. Kriege im Mittleren Osten, in Afrika, im Fernen Osten und in Lateinamerika - wenn auch nicht Kriege im Maßstab des Ersten und des Zweiten Weltkrieges - werden auch noch weiterhin den Horizont begleiten. Vor lauter Begeisterung für den ewigen Frieden, der ja mehr oder minder von der Technik her erzwungen worden ist, darf man diese Realitäten nicht vergessen. Aber es vollziehen sich Änderungen mit der Langsamkeit geologischer Vorgänge. Sie vollziehen sich im kommunistischen Machtbereich, und sie vollziehen sich - unter erfreulicheren Umständen - im demokratischen Bereich der Welt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich die weltwirtschaftlichen Schwergewichte aus dem atlantischen in den asiatisch-pazifischen Raum hinein verlagern. Das sind keine jähen Donnerschläge nach dem Motto „Heute an der Spitze, morgen am Ende“, sondern Verschiebungen mit der Langsamkeit geologischer Vorgänge. Der pazifische Raum ist im Aufstieg.

Neulich habe ich mich mit dem Ministerpräsidenten Gandhi unterhalten, der ja für mehrere Tage Gast der Bundesregierung war. Dieses Indien mit seinen 800 Millionen Menschen, von denen ein Viertel schon etwa unsere Lebensverhältnisse hat, während ein weiteres Viertel noch in entsetzlicher Armut und vielleicht auch in Hunger lebt, dieses Indien mit seinen 800 Millionen Menschen ist mit Sicherheit im Aufstieg und wird eine der Weltmächte sein. Für Japan gilt das schon weitgehend, dazu kommen

Indonesien und die Philippinen, und dann kommen die vier „kleinen Tiger“: Korea, Hongkong, Singapur, Taiwan.

Was sind die Folgen dieser Veränderungen, die sich in der Welt vollziehen? Die EG muß – das sage ich, obwohl ich vor Übertreibungen und Fehlentwicklungen warne – den Weg zum größten Binnenmarkt der Welt konsequent weitergehen. Sie muß ihn mit den Maßstäben der Vernunft weitergehen.

(Beifall)

Die Unterredung, die wir mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Herrn Delors, hatten, war sehr beruhigend. Er ist auf Forderungen und Wünsche bzw. Notwendigkeiten der deutschen Verfassungsstruktur in einer Weise eingegangen, daß ich beinahe wünschte, er würde Herrn Bangemann privatissime et gratis Nachhilfeunterricht geben. Dann hätten wir manche Schwierigkeiten nicht!

(Heiterkeit und Zustimmung)

Wenn wir als Deutsche in dieser sich wandelnden Welt, in der die Amerikaner die Weltmacht Nummer 1 bleiben werden, aber in der Bedeutung absinken, weil in Asien die eben geschilderte Entwicklung im pazifisch-ostasiatischen Raum stattfindet, uns behaupten wollen, dann haben wir nur über Europa die Chance, diese unsere Selbstbehauptung verwirklichen und gewährleisten zu können.

(Beifall)

Wenn die Sowjetunion nicht vom Zeitalter von Kohle, Eisen und Stahl den Durchbruch in das Zeitalter der Computer und Chips schafft, wird sie am Ende dieses Jahrtausends eine Großmacht zweiten Ranges sein. Das sind die eigentlichen Grundlagen, die eigentlichen Gründe und die eigentlichen Motive für die sowjetische Reformpolitik.

Hier taucht eine Frage auf, die wir nicht lösen können, bei der wir höchstens zur Lösung beitragen können.

Herr Gorbatschow sagte zu mir: „Sie glauben mir nicht, daß wir das System effizienter gestalten können.“ Er war gut vorbereitet. Er sagte: „Ich habe eine Rede von Ihnen gelesen, da haben Sie erklärt, das sowjetische System demokratisch und effizient zu gestalten, wäre genauso, als wenn man Schneebälle rösten wollte. Ich werde Ihnen zeigen, Herr Strauß, daß wir Schneebälle rösten können.“ Ich habe ihm gesagt: „Ich bin der erste, der Ihnen Beifall klatscht, wenn es stimmt, bloß bin ich nicht überzeugt davon, daß Sie unter Beibehaltung der Grundlinien des marxistisch-leninistischen Systems den Wandel schaffen können, den Sie sich vorstellen. Aber wir wünschen Ihnen alles Gute.“

Die Umstellung der sowjetischen Wirtschaft muß in mehrerlei Hinsicht bewältigt werden, einmal muß die Trennung zwischen Rüstungstechnik und Ziviltechnik aufgegeben werden. Die beiden Bereiche arbeiten bei uns nahtlos zusammen.

Alles andere wäre Unsinn. Ich habe Herrn Gorbatschow auf seine Frage, warum sich der deutsch-sowjetische Handel nicht besser entwickle, geantwortet: „Schauen Sie sich doch die Struktur Ihrer Exporte an: 85 % sind Erdöl und Erdölprodukte, 15 % bleiben noch, davon sind die Hälfte wieder Rohstoffe und die andere Hälfte Fertigprodukte.“ Er war nicht beleidigt, als ich sagte: „Wer kauft denn bei uns einen Lada? Ein paar Schwärmer. Wer kauft denn bei uns ein sowjetisches Fernsehgerät, eine sowjetische Videokassette? Wenn Sie sagen, der europäische Markt sei so anspruchsvoll: Das ist er auch. Der deutsche Markt ist anspruchsvoll. Ein Handelsvertrag nützt gar nichts, wenn man Waren kaufen und verkaufen will, die auf unseren

Märkten keine Absatzchancen haben, weil sie in der Vielfalt, im Design und in der Ästhetik nicht den Forderungen unserer Kunden entsprechen. Daß es möglich ist, sich auf den europäischen Markt einzustellen, haben uns die Japaner sattsam bewiesen, indem sie es in fantastisch kurzer Zeit nach der totalen Niederlage verstanden haben, den europäischen Markt für sich aufzubrechen.“ Ich habe die Stichworte genannt: Motorrad, Optik, Foto, Elektronik, Automobile usw. „Dieses aber werden Sie nie schaffen. Sie werden nie ein echter Wettbewerber auf zivilem Gebiet werden. Es ist für uns schwer verständlich, daß Sie Spitzenleistungen in der militärischen Technik vollbringen und in der Ziviltechnik, in der zivilen Wirtschaft den niedrigsten Lebensstandard aller Industriestaaten haben.“ Ich habe sogar gesagt: „Die Sowjetunion ist in meinen Augen ein Entwicklungsland, wenn man die Rote Armee abzieht.“ Sowjetunion minus Rote Armee ist ein Entwicklungsland.

Das sind die Probleme, vor denen Herr Gorbatschow steht. Er hat Millionen von Gegnern, nämlich die Millionen derer, die mit mehr oder minder, eher minder großer Effektivität ihre Pfründen und Privilegien verteidigen wollen. Das ist sein eigentliches Problem. Als ich vom Krieg sprach, sagte er mir: „Ich brauche keine Feinde, ich habe sowieso schon genug.“ Bei dieser Gelegenheit ist mir klargeworden, warum er das Washingtoner Abkommen wollte, denn Fortschritte in der Innenpolitik, mehr Freiheit, bessere Versorgung mit besseren Konsumgütern, das schafft man nicht über Nacht, auch nicht durch Bekenntnisse oder durch Änderung der Regularien. Das dauert Jahre, und in der Sowjetunion wächst natürlich die Unzufriedenheit eines seit Jahrhunderten politisch oft abgestumpften Volkes – das war auch in der Zarenzeit nicht viel anders –, es wächst aber auch die Erwartung, und unter diesem Erwartungsdruck braucht er auch Erfolge. Damit beginnen für uns die Probleme der Strategie. Die Strategie kann nicht heißen, einfach nein zu sagen und alles für unglaublich zu halten. Das kann aber auch nicht heißen, Perestrojka und Glasnost als neue Heilswahrheiten anzubeten und sie mit westlichem Inhalt zu füllen. Ich war nicht einmal überrascht, als er sagte: „Ich danke Ihnen, daß Sie im Westen den Irrtum bekämpft haben, als ob wir mit Perestrojka und Glasnost die marxistisch-leninistische Lehre aufgeben wollen.“ Ich habe ihn dann gefragt: „Was passiert, wenn die Umwandlung nicht funktioniert?“ Die Antwort war: „Dann werden wir weiter sehen.“

Ich könnte noch viel dazu beitragen, will Ihre Zeit jedoch nicht damit beanspruchen. Ich möchte nur mit diesen persönlichen Erinnerungen und mich sehr interessierenden Erlebnissen klarmachen, daß wir im Zusammenhang mit den anderen Problemen, die ich aufgezeigt habe, am Beginn einer Umwandlung stehen, an deren Ende die Welt anders aussehen wird, als sie heute aussieht. Eines muß aber klar sein, die folgenden Jahre werden entscheiden – schon das Jahr 1988 –, ob wir in der Bundesrepublik Deutschland die führende Kraft bleiben werden. Da gibt es einiges aufzuarbeiten. Die folgenden Jahre werden auch darüber entscheiden, ob die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz behaupten kann. Sie wird ihn bestimmt nicht durch Rückkehr zu einer sozialistischen oder durch die Liberalen etwas gemilderten Linkskoalition behaupten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir dieses Deutschland auf den bewährten Grundlagen unserer alten politischen Überzeugungen in das nächste Jahrhundert,

in das nächste Jahrtausend führen wollen, müssen wir auf den Fundamenten stehen bleiben und den Blick in die Zukunft richten. Wir müssen den modernen Entwicklungen Raum und Lauf geben. Ich bin fest überzeugt, daß in einer arithmetisch nicht genau zu quantifizierenden Zeit die Welt nicht nur anders aussehen wird, sondern daß das Hauptproblem des Ost-West-Gegensatzes allmählich verblasen und verdämmern wird.

Die Sowjetunion kann uns vernichten, die Amerikaner können die Sowjetunion vernichten: Das ist keine Strategie mehr, das hat keinen Sinn mehr. Die Zukunft wird vom wissenschaftlich-technischen und vom wirtschaftlichen Potential bestimmt werden. Sie wird nicht zuletzt auch von den alten Tugenden bestimmt werden, die in jeder wissenschaftlich-technischen Ära gelten, nämlich Fleiß, Leistungsfähigkeit und Willen zur Bewährung. Wir müssen unserer Jugend auch sagen: Wer ihr vormacht, daß sie eine schlechte Gegenwart und eine trostlose Zukunft hat, ist ein Verbrecher an der Zukunft unseres Volkes.

(Beifall)

Ich klopfe mir nicht aus Mitleid auf die eigene Schulter. Was die Generation unserer Väter, Großväter und auch wir erlebt haben, soll endgültig der Vergangenheit angehören. Aber die Leistungen, die erbracht worden sind, der Geist, aus dem sie erbracht worden sind, jetzt einmal politisch-moralisch richtig gewertet, der ist auch Vorbild für die Zukunft. Wir haben uns sicherlich unserer Vergangenheit zum Teil zu schämen, aber nicht im Sinne einer Kollektivschuld oder einer Kollektivscham, höchstens im Sinne historischer Lehren, die wir aus schwerwiegenden Fehlern der deutschen Geschichte gezogen haben. Wir, CDU/CSU, haben sie in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege gezogen, in den großartigen Jahren des Aufbaus, den 50er und den 60er Jahren. Wir haben nicht den geringsten Grund, in Kleinmut und Kleingläubigkeit zu verfallen. Wir müssen wieder an den zeitlosen Wert unserer Grundsätze glauben, müssen sie im Lichte neuer Erkenntnisse sehen und bewahren, dann werden CDU und CSU auch wieder den Aufschwung nehmen, der trotz gewisser Rückschläge in den letzten Jahren möglich und erzielbar ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Strauß, wir bedanken uns, daß Sie zu uns gekommen sind, zu uns gesprochen haben. Wir haben Ihrer Rede mit Interesse und Aufmerksamkeit zugehört. Sie haben am Beginn gesagt, uns verbinden die gleichen, wie Sie sich ausgedrückt haben, fundamentalen Grundsätze. Wir verfolgen die gleichen Ziele, wir haben die gleichen Überzeugungen. Ich will für uns christliche Demokraten feststellen: Wir bleiben uns dessen bewußt, und wir wissen um unsere besondere Verpflichtung, denn diese Bundesrepublik Deutschland ist von den Unionsparteien gestaltet und geprägt worden. Und lieber Herr Strauß, wir vergessen nicht, daß Sie von Anfang an dabei waren und diese Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet haben, schon im Frankfurter Wirtschaftsrat. Gestern haben Sie aus gutem Grunde bei der Veranstaltung in der alten Oper aus Anlaß des Jubiläums „40 Jahre Deutsche Markt“ gesprochen.

Wir wollen auch in Zukunft die Bundesrepublik Deutschland gestalten. Ich sage für die Christlichen Demokraten, Herr Strauß: Wir wissen, daß dazu das enge Miteinander

der beiden Schwesterparteien erforderlich ist, daß wir auch in Zukunft auf die Gemeinsamkeit angewiesen sind.

(Beifall)

Bitte nehmen Sie die Grüße des 36. Bundesparteitages der CDU mit zu unseren Freunden in der CSU. Noch einmal: Herzlichen Dank!

(Beifall)

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium:

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 13 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich erteile dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, unserem Freund Dr. Franz-Josef Jung, das Wort.

Dr. Franz-Josef Jung, Mandatsprüfungskommission: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die vom 36. Bundesparteitag eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat am heutigen Montag auf ihrer Sitzung die Unterlagen der Delegierten geprüft. Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum Zeitpunkt des 36. Bundesparteitages weniger als 24 Monate im Amt waren. Die entsprechenden eidesstattlichen Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten.

Nach § 28 des Bundesstatuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 15 Uhr von den 750 voll stimmberechtigten Delegierten des 36. Bundesparteitages 702 anwesend. Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren zum gleichen Zeitpunkt 30 anwesend.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der CDU-Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben. Meine lieben Freunde, demzufolge ist dieser Parteitag beschlußfähig. – Besten Dank.

(Beifall)

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Jung. Ich danke auch den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission für ihre Arbeit.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 12 auf:

Aussprache zu den Berichten

Vor Beginn der Aussprache möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Es liegt bereits eine Reihe von Wortmeldungen vor. Weitere Wortmeldungen werden jeweils hier vorn an den Treppen neben dem Präsidium entgegengenommen. Ich bitte unsere Delegierten, Redebeiträge zu Tagesordnungspunkten oder Themen, die wir morgen schwerpunktmäßig behandeln, die aber möglicherweise in den Berichten angesprochen wurden, heute nicht zu leisten. Dies betrifft den gesamten Sektor der Sozialpolitik und der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und ebenso das Hauptkapitel „Schutz des ungeborenen Lebens“. Wir haben uns vorgenommen, die Beratungen über den ersten Leitantrag des Bundesvorstandes heute noch zum Abschluß zu bringen. Es ist also wichtig, daß wir nach der allgemeinen Aussprache über die Berichte den Tagesordnungspunkt, in dessen Rahmen der erste Leitantrag behandelt wird, aufrufen können.

Ich eröffne nunmehr die Aussprache und erteile Frau Barbara John aus Berlin das Wort.

Frau Barbara John: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche in Reaktion auf eine Bemerkung unseres Bundeskanzlers zu Fragen der Aufnahme von Aussiedlern. Ich komme aus Berlin und bin dort Ausländerbeauftragte des Senats. In dieser Eigenschaft war ich Mitglied in der Kommission „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“.

Meine Damen und Herren, ursprünglich war vorgesehen, in die Diskussion, die wir heute führen, auch das Thema der Ausländerintegrations- und Flüchtlingspolitik einzubeziehen und zu diesem Thema auch Beschlüsse zu fassen. Der Bundesvorstand hat nun anders entschieden. Eine Begründung ist sogar sehr einleuchtend, nämlich die der knappen Zeit. Für zwei kurze Bemerkungen zu diesem Thema muß die Zeit aber reichen. Zu diesen Bemerkungen hat mich ein wenig die Aussage unseres Bundeskanzlers herausgefordert, auf die deutschstämmigen Aussiedler hilfsbereit zuzugehen, und zwar nicht nur aus historischen und moralischen Gründen, sondern auch aus bevölkerungspolitischem Eigennutz. Es handelt sich – so seine Aussage – um eine junge Bevölkerung – 75 % sind zwischen 20 und 25 Jahre alt –, nicht um eine Last, sondern um ein Stück Zukunft für die Bundesrepublik. Ich stimme dem auch ganz uneingeschränkt zu.

Meine Damen und Herren, gilt das Wort vom Zukunftskapital aber nicht gleichermaßen für die auf Dauer bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmerfamilien, die zum Teil schon in der dritten Generation bei uns leben?

(Beifall)

Das sind nicht wenige. Es sind über eine Million. Jeder zehnte Jugendliche in der Bundesrepublik ist ausländischer Herkunft. Aber sind diese Kinder und Jugendlichen deshalb kulturell, sozial und rechtlich nur Ausländer? Für die allermeisten von uns ist es selbstverständlich, daß deutschstämmige Polen, Rumänen oder Russen als zugehörig empfunden werden. Ebenso selbstverständlich ist es für die meisten Einheimischen, daß hier geborene Kinder ausländischer Eltern fremd sind, daß sie statsrechtlich ungleich sind. Meine Damen und Herren, das ist ein Widerspruch, den wir in den nächsten Jahren auflösen müssen. Dafür möchte ich plädieren.

(Vereinzelt Zustimmung)

Diese jungen Ausländer sind Inländer. Sie sind uns kulturell nahestehend. Sie stehen keinem anderen Land so nahe wie unserer Republik. Deswegen müssen wir in den nächsten Jahren ein Konzept für ihre volle Eingliederung entwickeln. Auf dem heutigen Bundesparteitag ist die Chance, daß dieses große Gremium über dieses Thema spricht, vertan worden. Ich möchte mit allem Nachdruck dafür plädieren, daß die Chance, über dieses Thema zu sprechen, so schnell wie möglich eröffnet wird. Wir sind es uns allen schuldig, auch der einheimischen Bevölkerung, die wissen muß, woran sie ist. Das Zusammenleben und das Zusammenwachsen mit Ausländern ist eine zentrale Zukunftsaufgabe.

(Beifall)

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau John. Nun hat Herr Senator Fink das Wort.

Ulf Fink: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Üblicherweise ist es so, daß die Aussprache über den Bericht des Parteivorsitzenden auch Gelegenheit gibt, sich darüber zu vergewissern, wo die CDU – mittlerweile seit sechs Jahren in Regierungsverantwortung in Bonn – steht.

Ich denke, wir können sagen, daß die Regierung Helmut Kohl in einer großen Reihe von Fragen – ich nenne besonders die Tatsache, daß wir wieder Weltmeister bei der Preisstabilität sind, daß wir wieder Wachstum haben, mittlerweile im sechsten Jahr, und daß wir mittlerweile wieder Weltmeister im Export sind – gute Leistungen erzielt hat. Ich denke, man sollte draußen auch sagen, daß das gute Leistungen sind. Die SPD wäre stolz darauf gewesen, hätte sie solche Leistungen erbringen können.

(Beifall)

Bei allem, was wir an Erfolgen vorzuweisen haben, darf aber nicht übersehen werden, daß wir auch große Probleme, daß wir Schwierigkeiten haben. Zu diesen Problemen gehört beispielsweise, daß wir dafür sorgen müssen, daß die großen Systeme der sozialen Sicherung – ich meine hier beispielsweise die gesetzliche Rentenversicherung oder das Gesundheitssystem – wieder in die entsprechenden Proportionen gebracht werden und daß die außerordentlich schwierigen Konsolidierungsfragen in diesen Bereichen auch positiv gelöst werden. Und da schadet es uns, so meine ich, nicht, wenn beispielsweise von seiten der Sozialdemokraten gesagt wird, daß diese Reformen ihrer Ansicht nach nicht ordnungsgemäß konzipiert seien. Denn es ist doch so – und das wissen wir –: Sozialdemokraten hätten es schon längst machen müssen. Sie haben 13 Jahre lang Gelegenheit gehabt, diese Reformen auch wirklich durchzuführen. Nein, eine solche Kritik kann uns nicht beeindrucken. Aber wir können etwas anderes erwarten, nämlich daß die Koalitionspartner – hier meine ich ganz konkret die Freien Demokraten – uns bei der Durchführung dieser Reformen helfen. Und dann finde ich es, wenn Norbert Blüm an die Aufgabe herangeht und dafür sorgt, daß die Kosten im Gesundheitswesen in Schach und Proportion gehalten werden – und das ist ja eine alte Forderung der FDP –, ganz unerträglich, wenn sich dieselbe FDP in der Zeitschrift „Der freie Zahnarzt“ als Zahnärzterpartei anpreist und ihre Kontonummer gleich mit angibt.

(Beifall)

Ich meine, jeder kann und soll sich profilieren, aber er sollte dies nicht zu Lasten des anderen tun, insbesondere nicht dort, wo schwierige Reformvorhaben durchzuführen sind.

Ich meine, das gilt auch in unsere Reihen selbst hinein. Wir müssen miteinander um den richtigen Weg streiten. Aber das kann doch nicht bedeuten, daß wir den Streit um des Streites willen oder einen unfruchtbaren Streit miteinander führen. So ist es eben keine adäquate Art der Auseinandersetzung, daß man sagt, die einen in der Partei seien für das Geldverdienen zuständig, die anderen seien die Bösen, die Üblen, die das Geld nur umverteilen und wieder ausgeben wollen. Ich finde, das war der Stil der Auseinandersetzung in den 60er Jahren, und das hat die Union letztendlich um die Regierungsverantwortung gebracht. Ich denke, wir müssen deutlich machen, daß das gilt, was im Grundsatzprogramm der CDU geschrieben steht, nämlich daß Soziale Marktwirtschaft ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle ist. Ihre Grundlagen sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität,

Eigenverantwortung und soziale Sicherung. Wir sind keine Gewerkschaftspartei, wir sind aber auch keine Arbeitgeberpartei.

(Beifall)

Deshalb: Wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geht, ist dies nicht nur Sache eines Teils der Partei, sondern der ganzen Partei. Und wenn es um den sozialen Schutz, um die soziale Gerechtigkeit geht, ist das ebenfalls nicht nur Sache eines Teils der Partei, sondern der ganzen Partei.

(Beifall)

Und an dieser Stelle möchte ich gern einmal mit einem Mißverständnis aufräumen: Da wird doch immer so getan, als ob hohe Löhne etwas Schlechtes seien. Also, da kann ich nur staunen. Ludwig Erhard hatte doch einmal als Programm: "Wohstand für alle." Was sind denn hohe Löhne eigentlich anderes als der gestiegene Wohlstand der Arbeitnehmer? Hohe Löhne sind doch nicht nur ein Kostenfaktor; hohe Löhne sind der Erfolg eines guten Wirtschaftens. Es wäre doch geradezu absurd, wenn wir als Ziel verfolgen würden, Südkorea bei den Arbeitszeiten über- und bei den Löhnen unterbieten zu wollen. Das kann doch wohl nicht das Ziel unserer Bemühungen sein.

(Beifall)

Ich bin für den notwendigen Strukturwandel. Und wir sind für richtig verstandene Flexibilisierung und Deregulierung, damit auch der hohe soziale Leistungsstandard aufrechterhalten werden kann. Aber es muß doch einem richtigen Ziel dienen, nämlich einem Ziel, an dem alle beteiligt sind.

Der Bundespräsident hat vor kurzem in einer, wie ich finde, sehr beachtlichen Rede vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie gesagt – ich sage es einmal mit meinen Worten –: Laßt die Kirche im Dorf! Und ich füge hinzu: Es wäre doch wirklich ein Fehler, wenn wir die Qualität des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland selbst in Frage stellen würden. Selbst Lambsdorff macht's ja nicht mehr.

(Beifall)

Ich komme zum Thema Vorruhestand: Uns wird oft vorgeworfen, daß wir eine gute Politik machen, sie aber schlecht verkaufen. Ich meine, der Vorruhestand ist so ein Thema, wie man Politik nun wirklich nicht betreiben sollte. Denn wir haben die Vorruhestandsregelung vor fünf Jahren doch nun wirklich gegen erbitterten Widerstand großer Gewerkschaften und der SPD durchgesetzt. Mittlerweile konnten mehr als 100 000 Menschen früher in den Ruhestand gehen; 80 000 junge Leute haben dadurch einen neuen Arbeitsplatz bekommen. Die SPD geht jetzt im Bundestag still und heimlich her und fordert die Verlängerung unserer Maßnahme. Ich meine, es kann doch nicht richtig sein, daß wir in einem solchen Moment von unseren eigenen Maßnahmen selber Abstand nehmen. Wir haben einen Initiativantrag vorgelegt. Es sollte von diesem Parteitag ein machtvolles Zeichen für unsere Anträge ausgehen.

(Beifall)

In diesen Zusammenhang gehört auch das Thema Glaubwürdigkeit. Wir wissen sehr wohl, daß es notwendig ist, schwierige Entscheidungen in der Regierung zu vertreten. Wir haben uns auch überall hingestellt, in die Betriebe und wo auch immer, und uns für die Steuerreform eingesetzt. Aber es wird außerordentlich schwierig, sich dafür einzusetzen, nachdem wir den Leuten gesagt haben, es gibt überall Entlastung, für jeden gibt es 1000 DM Entlastung, die Leute aber ständig zur Kenntnis nehmen müssen: Da geht es um die Besteuerung des Nachtzuschlages, da geht es um die

widerstehen zu müssen. Wir wissen, daß wir den § 218 alter Art nicht mehr wiederherstellen können, weil wir dafür keine Mehrheit haben. Aber es geht jetzt bei dem Beratungsgesetz darum, daß wir die Trennung von Personen und Raum durchsetzen können.

(Beifall)

Ich meine also bei der Beratung und bei der Indikation die Trennung des Raumes. Wir dürfen denjenigen unserer Wähler, die auf uns setzen, daß das, was christliche Fundamentallehre ist, für uns auch Aufgabe und Verpflichtung im politischen Raum ist, keine Enttäuschung – aus weiß Gott welchem Grunde auch immer – zumuten.

(Beifall)

Wir sind das auch uns selber und unserem Gewissen gegenüber schuldig. Wir sind das natürlich auch denen schuldig, die uns über Jahrzehnte hinweg als Wähler die Treue gehalten haben.

Es gibt viele Wählerkreise, die in der Vergangenheit auf uns gesetzt haben und die, wie wir hoffen, auch heute noch auf uns setzen. Dazu gehört zum Beispiel auch der weite Bereich des Mittelstandes. Wir dürfen den Mittelstand nicht merkantilistischen Erwägungen opfern. Dazu gehört auch eine mittelstandsgerechte Steuerpolitik, für die diese Regierung einiges geleistet hat, für die aber noch mehr zu tun ist.

(Beifall)

Dazu gehören auch die möglichen und mit moderner Wirtschaftsverfassung zu vereinbarenden Maßnahmen gegen die Aussaugung des Mittelstandes durch die Großmacht der Nachfrage im Handelsbereich unter den sich daraus ergebenden Wettbewerbsverzerrungen.

(Beifall)

Wir müssen da, wo Vertrauen verlorengegangen ist, dieses Vertrauen wiederherstellen. Das ist im Bereich der Landwirtschaft der Fall. Hier haben wir es sicherlich besonders schwer. Denn die heutige Regierung hat eine Vorgeschichte übernommen, in der lange Jahre entweder die Weichen falsch gestellt worden oder schwerwiegende Versäumnisse zu verzeichnen waren. Die Überproduktion zeichnete sich ja schon seit Mitte der 70er Jahre ab. Sie hat ihre Schatten schon Jahre vorher geworfen. Es blieb dieser Regierung vorbehalten, den Schutt aufräumen zu müssen.

Die Bauern waren über Jahrzehnte hinweg unsere treuesten Wähler; sie sind es zum Teil auch heute noch. Auch hier geht es nicht nur um wahlopportunistische Erwägungen. Ich betrachte den Bauernstand als ein Wesenselement einer freien und modernen Gesellschaft.

(Beifall)

Der Bauernstand muß auch in Zukunft – auch wenn nicht alle Strukturen gepflegt und erhalten werden können – ein unentbehrliches Element unserer Gesellschaft sein.

(Beifall)

Es geht nicht nur darum, daß wir sagen, der Bauer hat die Aufgabe, die Lebensmittel zu beschaffen, und dann, wenn wir sie anderswo besser und billiger beziehen können, entsprechende Konsequenzen ziehen.

Wir in der CSU – und dasselbe setze ich von der CDU voraus – sind entschlossen, einen gesunden, lebensfähigen Bauernstand zu erhalten und ihn über die Turbulenzen dieser Jahre hinwegzubringen.

(Beifall)

Ich nenne einen weiteren Wählerbereich, der auch nicht nur mit wahlopportunistischen oder wahltaktischen Überlegungen in Verbindung zu bringen ist. Ich meine die große Zahl derer, die in uns eine liberale und konservative Partei sehen, die in uns auch eine nationale Partei sehen. Dazu gehört die überwältigende Mehrheit der Vertriebenen. Auch dieser Wählerbereich darf durch uns nicht enttäuscht werden.

(Beifall)

Darum brauchen wir die Klarheit der Projektion bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus. Wir brauchen aber auch die Klarheit und Unzweideutigkeit der Aussage.

Lassen Sie mich deshalb zwei Bereiche herausgreifen. Wir leben in einem Zeitalter, in dem wir freudig – wie lange, weiß kein Mensch, aber wir hoffen, für sehr lange, ja für immer – einen allgemeinen Zug in Richtung Abrüstung, in Richtung Abbau der militärischen Spannungen, Abbau des Kriegsrisikos, Abbau der Hochrüstung erwarten können.

Sie wissen, womit das zusammenhängt. Ich brauche darüber keinen Vortrag zu halten.

Wir begrüßen diese Entwicklung. Aber wir müssen uns über eines im klaren sein. Meine vielfältigen Gespräche und auch dementsprechenden Informationen führen zu der Schlußfolgerung, zu der Erkenntnis, daß mit dem Abbau der Glaubwürdigkeit der sowjetischen Gefahr auch ein Abbau der moralischen Verteidigungsbereitschaft verbunden ist. Hier gilt es den Anschluß an das Notwendige zu finden.

Wir haben schon damals, im Sommer 1950, was kein Mensch für möglich gehalten hätte, unter dem Druck der sowjetischen Gefahr – es war für Adenauer der Alptraum schlechthin, daß es uns so gehen könnte wie Südkorea oder daß ganz Europa der sowjetischen Expansion zum Opfer fallen könnte – den Alliierten angeboten, militärische Streitkräfte aufzustellen. Damals, fünf Jahre nach dem Krieg, dem größten und schrecklichsten Krieg aller Zeiten, der von Deutschland begonnen wurde und mit dem totalen Zusammenbruch endete, war die moralische Stimmung so, daß das Wort „militärisch“ nicht mehr vorkommen durfte. Das war wie eine Psychose in den Jahren von 1945 bis in die 50er Jahre hinein. Nun stand drohend die sowjetische Gefahr vor der Tür. Das hat damals Konrad Adenauer und der damaligen Generation der Union – wider alle Meinungsumfragen, wider die Zeitgeister, wider alle angebliche öffentliche und veröffentlichte Meinung – sozusagen die Pflicht auferlegt, für die Verteidigung einen eigenen Beitrag zu bringen, damit die Alliierten auch uns gegenüber ihre Pflicht erfüllen.

In dem Augenblick, meine Damen und Herren, in dem die sowjetische Kriegsgefahr, die sowjetische Drohung zu verblassen begann – das war beim Übergang von Breschnew zu Gorbatschow –, tauchte bei uns die Frage auf: Brauchen wir eigentlich überhaupt noch eine starke Verteidigung? Denn das ursprüngliche Motiv – wir müssen uns der Gefahr durch die Sowjetunion gemeinsam erwehren – gilt in der alten unverminderten Stärke nicht mehr. Ich habe zu Herrn Gorbatschow gesagt: Ich müßte Ihnen ein großes Wort des Glückwunsches aussprechen; Sie sind der größte Public-Relations-Meister, den ich jemals aus der Sowjetunion kennengelernt habe. Sie haben einen tiefen Einbruch in die Psychologie des Westens, in den USA, in Europa, herbeigeführt. – Man sieht es auch an den Meinungsumfragen und an unserer stark den Medien ausgelieferten Öffentlichkeit. Lassen Sie mich einmal ein krasses

Beispiel sagen. Hätte es zur Zeit von Prinz Eugen schon das Fernsehen gegeben, wäre er nie österreichischer Generalfeldmarschall geworden.

(Heiterkeit)

Er war klein, bucklig und häßlich. So einer kann es in der Fernsehdemokratie nie zu etwas bringen, weil man ihn kaum herzeigen kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Gorbatschow im Kreml, freundlich lächelnd, modisch angezogen – ich habe gehört: von einem italienischen Schneider –, mit moderegelter Krawatte und dazu in einer Haltung, die man als gewinnend bezeichnen muß: Diesem Mann traut man nicht zu – ich möchte sogar sagen: mit Recht –, daß er Absichten verwirklicht, wie sie der sowjetischen Ideologie, Geschichtsphilosophie und Militärdoktrin zugetraut werden könnten.

Ich möchte hier auch nicht den Versuch machen, meine Damen und Herren, das Bild Gorbatschows zum Gegenteil von dem zu verwandeln, das ich selbst von ihm gewonnen habe. Nur ist hier natürlich eine Reihe von Fragen notwendig, die ich aber hier nicht beantworten will: Was will er denn wirklich? Will er das, was wir hoffen? Kann er das durchsetzen, was wir erhoffen? Wie lange bleibt er? Schafft er Tatsachen, die nicht mehr zurückgedreht werden können? Wer wird sein Nachfolger? Welche Politik macht sein Nachfolger? Das sind alles legitime Fragen, die gerade bei der – so darf ich sagen – Zähigkeit der sowjetischen Strategie mit Recht gestellt werden dürfen.

Was ist der Sinn dieser Worte? Der Sinn dieser Worte: Wir müssen endlich einmal von der Verteufelung des Militärischen als Ausdruck einer verhängnisvollen und verfehlten, um nicht zu sagen: kriminalisierten deutschen Geschichte loskommen. Wenn es keine sowjetische Gefahr mehr gibt – und die gibt es noch lange; so einfach sind die Dinge nicht –, dann braucht unser Staat genauso wie jeder andere Staat ein Instrument der Selbstverteidigung.

(Beifall)

Wir müssen hier zum normalen, natürlichen Denken zurückfinden. Sehen Sie die französischen Kommunisten, die bis zu einem gewissen Grade sicherlich immer Parteigänger Moskaus gewesen sind, aber auf französisch: Aus ihrem Munde hört man kein böses Wort gegen die französischen Streitkräfte, gegen die französische Armee, gegen die französische Luftwaffe. Dasselbe in Italien, dasselbe in allen anderen Ländern. Deshalb müssen wir uns wieder zu einer Normalität der Bewertung des Militärischen als einem Bestandteil unserer Staatsraison durchringen.

(Beifall)

Die Bereitschaft zur Verteidigung, materiell und moralisch, darf nicht von den Public-Relations-Ergebnissen der Beurteilung der jeweiligen Nummer 1 im Kreml abhängen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne einen zweiten Gesichtspunkt. Ich habe in den letzten Monaten, Wochen und Tagen allerlei kluge Äußerungen über die Energieversorgung gehört. Wir in Bayern sind wie alle anderen Länder von diesem Problem natürlich betroffen, und mit Recht betroffen. Wir müssen uns zu einer einheitlichen Sprachregelung durchringen, ich möchte nicht einmal sagen: zu einer

einheitlichen Konzeption, denn die haben wir ja. Aber es entsteht draußen oft ein sehr, sehr verwirrendes Bild.

Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, daß wir uns nicht mit Erklärungen, daß in den nächsten Jahren der Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen sein werde, des Volksbetrugs schuldig machen sollten.

(Beifall)

Wer das sagt, ist ein Ignorant und ein Täuscher. Ich lasse mich auch nicht als Freund oder als Gegner der Kernenergie abstempeln. Denn das sind infantile Kategorien. Eine moderne Wirtschaft braucht ausreichende Energie zu bezahlbaren Preisen und unter gesicherten Umständen. Meine Damen und Herren, ich wage nicht auszudenken, wie die öffentliche Reaktion und vor allen Dingen die veröffentlichte gewesen wäre, wenn in einem Kernkraftwerk auch nur etwas annähernd Vergleichbares wie jetzt bei dem furchtbaren Unglück in Nordhessen passiert wäre. Da wären wieder sämtliche Neuuniformierten mit ehernem Marschschritt zu Hunderttausenden auf den Straßen zu erleben gewesen.

Wer heute aus der Kernenergie aussteigen will oder einen Ausstieg in den nächsten Jahren verkündet, der soll klipp und klar sagen, wie er sich das vorstellt.

(Vereinzelt Beifall)

Er soll dann zugeben, daß es zur Zeit nur einen einzigen Ersatz gibt. Das sind Kohle und Öl, zu einem geringen Anteil auch Erdgas. Ich könnte, nachdem ich mich als Landeschef mühsam in diese Materie eingearbeitet habe, einer vermehrten Verbrennung von Kohle und Öl im Interesse unserer Lebensbedingungen und der nächsten Generation nie meine Zustimmung geben.

(Beifall)

Ich habe die Kernenergie nicht erfunden. Wenn es von meinen physikalischen und mathematischen Fähigkeiten abgegangen hätte, dann wäre wahrscheinlich auch in den nächsten 500 Jahren die Kernenergie nicht erfunden worden.

(Beifall)

Aber zur Zeit gibt es nur Kohle und Öl als Alternative. Da kommen die großen Propheten und sagen: Solarenergie. In diesem Jahrhundert – da gebe ich Ihnen Brief und Siegel – wird die Solarenergie einen so geringen Anteil an der Energieversorgung haben, daß er überhaupt nicht nennenswert ist. Wir wollen Forschung betreiben. Wir betreiben sie auf breiter Basis, in allen Bundesländern, auch in Bayern. Aber von ihr eine Lösung unserer Energieprobleme zu erwarten, ist schlechterdings läppisch. Dasselbe gilt auch für die Windenergie und für die thermonukleare Energie, ganz abgesehen davon, daß die thermonukleare Energie wieder eine nukleare Energie ist.

Ich sage das nicht, weil ich ein Vertreter der Kernenergie bin. Da kommt das berühmte Wort von der Atomlobby. Aber wir konnten unsere Strompreise für den Aufbau und Ausbau unserer Wirtschaft nur dadurch auf ein erträgliches Maß senken, daß wir in Bayern die Kernenergie zu einem Versorgungsgrad von etwa 70 % ausgebaut und trotzdem unsere Verpflichtungen aus dem Jahrhundertvertrag zugunsten der deutschen Kohle eingehalten haben. Wer einer anderen Meinung ist, der soll Roß und Reiter nennen. Aber ich betrachte es als Publikumsschwindel, wenn man die Leute glauben macht: nur mehr begrenzte Zeit, und: Der Ausstieg hat schon begonnen.

Ich sage Ihnen das aus einem ganz bestimmten Grund. Unsere Leute fragen im Zusammenhang mit einem Stichwort, das Ihnen wohlbekannt ist: Wackersdorf. Die

Anlage in Wackersdorf, eine Entsorgungsanlage, ist ein Teil des gemeinsamen Konzeptes des Bundes und der Länder, seinerzeit unterzeichnet vom Bundeskanzler Helmut Schmidt und allen Ministerpräsidenten, auch den sozialdemokratischen.

Die heutige Bundesregierung hat dieses Energieversorgungsprogramm und die damit verbundene Entsorgungskonzeption übernommen und bis zur Stunde beibehalten. Die Leute fragen uns natürlich: Warum die Milliarden Investitionen, warum die bürgerkriegsähnlichen und chaotischen Szenen, die sich in der Oberpfalz in zum Teil sehr blutigen Auseinandersetzungen abgespielt haben, für eine Energie, die in wenigen Jahren zu Ende geht? Warum denn? Ist das nur Spleen der Politiker? Ist das nur Größenwahn? Ist das nur Starrsinn? Ist das Unvernunft? Darum brauchen wir volle Sachkunde und eine realistische Aussage.

Hier hat es gar keinen Sinn zu glauben, man könne einen Stier dadurch besänftigen, daß der Stierkämpfer sagt, die rote Flagge sei in Wirklichkeit grün und nicht rot. Vielleicht verstehen Sie, was ich damit meine.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bitten darum und wir erwarten, daß hier mit einer Zunge gesprochen wird. Denn Sie können überzeugt sein, daß wir bei den beiden Themen, die ich jetzt erwähnt habe, bei den nächsten Bundestagswahlen, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, vorgeführt werden. Man wird uns fragen: Warum wollt ihr denn noch Atomwaffen behalten? Weil wir wissen: Ohne diese ist eine Sicherheit Europas nicht möglich. Wir wollen so wenig wie möglich – trotz des freundlichen Bildes der sowjetischen Politik und der Umwandlung des, wie die Chinesen sagen, Polarbären zu einer mehr oder minder friedlichen europäischen Hauskatze und der Umwandlung der ganzen Verhältnisse. Gerade wir Deutsche sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Ich sage aber gleichzeitig, daß wir auch wegen der politisch-psychologischen Lage in Europa und bei uns ein Konzept einer ausgewogenen Abrüstung – das Wort hängt mir schon bald zum Halse heraus – erarbeiten und vertreten müssen, bei dem nicht nur die Russen etwas abzugeben haben, sondern auch wir selber.

Ich bin der letzte, der in der Abrüstung einen Wert in sich selber sieht. Aber wir müssen die Sowjets mit ihrer Abrüstungsbereitschaft vorführen. Wir dürfen ihnen nicht die Möglichkeit geben, zu sagen: Wir sollen massiv abrüsten, und der Westen ist zu nichts bereit. Ich habe es jetzt etwas vereinfacht ausgedrückt. In diesem Konzept muß aber auch noch die nukleare Komponente eine wesentliche Rolle spielen.

Genauso ist es auch bei der Kernenergie. Wir werden bei den nächsten Wahlen vorgeführt werden. Man wird fragen: Wie haltet ihr es denn bei der Kernenergie? Wir dürfen selber diese abergläubische Angst vor der Kernenergie nicht noch durch doppeldeutige Aussagen vermehren. Der eine sagt: Wir steigen bald aus. Der andere sagt: Wir steigen ein bißchen später aus. Nein, sagt der Dritte, wir steigen ein bißchen früher aus; im übrigen ist das Ganze nur auf begrenzte Zeit. Man soll sich einmal des logischen Unsinn des Begriffes „begrenzt“ bewußt sein. Auf dieser Erde gibt es nichts, was nicht begrenzt ist: weder die Dummheit noch die Gescheitheit, noch Gottes Güte. Alles auf dieser Erde ist begrenzt.

(Beifall)

Es ist wahrscheinlich sogar das geschichtliche und biologische Lebensalter der Erde begrenzt. Was heißt denn der gewaltige Ausdruck „begrenzte Zeit“? Man sollte in

naturwissenschaftlich-technischer Klarheit die Möglichkeiten aufzeigen. Wer sie einigermaßen kennt, der wird sagen, daß vor dem zweiten Quartal des nächsten Jahrhunderts eine echte Alternative in der notwendigen Größenordnung zu bezahlbaren Preisen nicht zur Verfügung steht.

(Beifall)

Wir haben dann immer noch gewonnen, wenn wir unpopuläre Wahrheiten ausgesprochen haben, statt uns nach dem Zeitgeist zu richten. Hier muß eine gewisse Einheit der Aussage hinter der Konzeption und vor der Konzeption stehen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Zweifel befindet sich die Weltpolitik in Bewegung. Die Frage ist nur: Welchen Standort nehmen wir in dieser sich wandelnden Landschaft ein?

Als ich in das Arbeitszimmer Gorbatschows kam, begrüßte er mich und sagte: Die Tatsache, daß Sie eingeladen sind, die Tatsache, daß wir miteinander sprechen, und die Tatsache, daß all Ihre Gesprächswünsche berücksichtigt worden sind, was Inhalt und Ablauf des von Ihnen gewünschten Programms angeht, zeigt, daß eine neue Phase der sowjetischen Politik begonnen hat. Das war eine sehr vernünftige Einleitung.

(Heiterkeit)

Dann sagte er: Sie sind doch Professor für Alte Geschichte. Daraufhin antwortete ich: Ich bin kein Hochstapler; ich war einmal Gymnasiallehrer für Geschichte. Ja, sagte er, Sie kennen doch den Ausspruch eines griechischen Philosophen „Alles ist im Fluß“. Ich habe in meinem Gedächtnis gar nicht lange suchen müssen. Der Ausspruch stammt von Heraklit aus Kleinasien, einem ionischen Naturphilosophen, und lautet in Original: „panta rei“. Ich habe gesagt: Ja, ich gebe Ihnen recht; alles ist im Fluß. Daraufhin meinte er: So ist auch die sowjetische Politik im Fluß. Das war ein weiterer vernünftiger Anfang.

Anschließend sagte ich: Ich möchte jetzt einen zweiten Satz des gleichen Philosophen zitieren. Er ist zwar sinngemäß nicht ganz richtig übersetzt, nämlich „polemos pater panton“, „Krieg ist der Vater aller Dinge“. Heraklit hat den Kampf in der Natur und nicht den Krieg zwischen den Völkern gemeint. Aber die allgemeine Auslegung ist: „Krieg ist der Vater aller Dinge“.

Da habe ich zu ihm gesagt: Das stimmt aber nicht mehr. Krieg ist nicht mehr der Vater aller Dinge, sondern das Ende aller Dinge. Es gab keinen Widerspruch. Daraufhin sagte er: Dann gilt auch Clausewitz nicht mehr, der sagte: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Dazu meinte ich: Ich stimme Ihnen zu. Aber die Leninsche Umkehrung stimmt auch nicht mehr, nämlich daß Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei. Für mich ist der entscheidende Punkt die Erkenntnis und die daraus zu ziehende Konsequenz, daß in der heutigen naturwissenschaftlich-technischen Welt der modernen Industriestaaten der Krieg als Mittel der Politik ausgeschlossen ist,

(Beifall)

es sei denn, Wahnsinnige würden sagen: Wir sprengen uns mit Lust selber in die Luft. Gut, gegen kriminelle Verrücktheit kann man nur zum Psychiater gehen. Aber weder die Russen noch jemand anderer denkt daran.

Wenn aber Krieg zwischen den hochgerüsteten Staaten des Westens und des Ostens nicht mehr möglich ist, dann stimmt die Weltanschauung nicht mehr; dann stimmt die

Ideologie nicht mehr; dann müssen wir gemeinsam feststellen, daß die Lehre von der Weltrevolution endgültig der Vergangenheit angehören muß, daß es keine strategische Beherrschung der Erde durch die Sowjetunion geben wird, daß es keine sowjetische Hegemonie in der Welt geben wird und daß deshalb auch die Lehre vom letzten großen Befreiungskrieg, der die Völker aus den Fesseln des Kapitalismus befreit und in die holde, lichte Zukunft des sozialistischen Paradieses hinüberführt, heute ebenfalls der Vergangenheit angehört.

Die Antwort war bezeichnend: Diese Auffassung haben wir nie gehabt; wir haben die Revolution nicht exportiert. Ich habe gesagt: Wir wollen nicht über die Vergangenheit streiten; bleiben wir bei der Zukunft, und das ist das Wesentliche. Seien wir gemeinsam der Auffassung, daß Kriege kein Mittel der Politik mehr sind.

Wir haben uns dann weiter unterhalten. Die Teile sind nicht veröffentlicht, aber sie sind auch nicht geheimzuhalten. Wir haben in allen Geschichtsbüchern an der Volksschule, am Gymnasium und beim Geschichtsstudium gelernt, daß Ereignisgeschichte das eine und Strukturgeschichte das andere ist und daß beides vernünftig verbunden werden muß. Wir haben meistens nur Ereignisgeschichte gelernt, d. h. Könige, Kaiser, Feldherren, Generale, Kriege, Siege, Niederlagen, Friedensschlüsse, neue Kriege, Grenzveränderungen usw. So war die europäische Geschichte geprägt, soweit sie sich überhaupt in die Vergangenheit zurückverfolgen läßt.

Hat das jetzt ein Ende genommen, weil Geschichte nicht mehr auf Schlachtfeldern und nicht mehr auf Revolutionsbarrikaden geschrieben wird? Ich sage Ihnen: nein. Geschichte wird von Menschen gemacht. Menschen sind dynamisch. Deshalb wäre man völlig im Irrtum befangen zu glauben, daß die Geschichte mit der Unmöglichkeit des Krieges und mit der Nicht-Unterstützbarkeit von Revolutionen ihr Ende genommen habe. Geschichte geht weiter. Aber sie vollzieht sich auf anderen Wegen, in anderen Bahnen und in anderen Kanälen. Geschichte findet heute in den Studios der Wissenschaftler, in den Laboratorien der Techniker, in den product-management-Hallen statt. Sie findet nicht zuletzt durch die modernen Kommunikationstechniken und durch den Wandel der Gesellschaft als Folge der naturwissenschaftlich-technischen Entwicklung statt. Darum wird in der Zukunft Geschichte auf diesen Feldern gemacht werden.

Das war und ist auch für mich der Übergang zum nächsten Thema. Wer deshalb nur auf die Vermehrung militärischer Potentiale setzte, der hat Milliarden von Rubeln für eine falsche Strategie ausgegeben, weil man nämlich heute abgesehen von der Notwendigkeit einer minimalen schlagfähigen Verteidigung, die ich hundertprozentig bejahe, mit militärischem Potential, selbst wenn es überlegen wäre, nichts mehr anfangen kann.

Die Voraussetzungen der Macht werden heute nicht mehr durch die Frage bestimmt: Wie viele Divisionen hat der Papst? Sie werden nicht mehr durch die Frage bestimmt: Wieviel 10 000 Panzer haben wir mehr als die andere Seite?

(Zustimmung)

Denn dieses militärische Potential kann nicht mehr eingesetzt werden. Unsere psychologisch-politische Aufgabe ist es, die Unentbehrlichkeit einer schlagkräftigen Verteidigung auf dem niedrigstmöglichen, aber ausreichenden Niveau mit diesen Gedankengängen in Verbindung zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das führt uns zu einer Frage, die ich als letzte noch erwähnen möchte, zu der Frage: Wie sieht denn die Bundesrepublik in

20 Jahren aus? Wir hatten gestern eine großartige Veranstaltung in Frankfurt. Redner waren – in dieser Reihenfolge – Helmut Kohl, ich, Hans-Jochen Vogel und Martin Bangemann.

(Heiterkeit)

– Ja, da staunt man, aber es ist so!

(Beifall)

Das Thema war: 40 Jahre Marktwirtschaft, 40 Jahre D-Mark. Dort hat ein Vorredner, der ehemalige Ministerialdirektor Homann, mit Recht gesagt: Der einzige Systemveränderer in unserem Jahrhundert war Ludwig Erhard. Er war ein echter Systemveränderer, weil er die Grundlagen des Denkens geändert hat und weil er durch die Unwiderstehlichkeit seiner wirtschaftspolitischen Ideen eine neue Wirklichkeit geschaffen hat.

(Beifall)

Nun hat es für uns nicht allein Sinn, daß wir uns auf unsere richtigen Erkenntnisse, Leistungen und Tugenden der letzten 40 Jahre berufen. Wir sollen bloß den Boden nicht verlassen und die Fundamente nicht aufgeben, auf denen Konrad Adenauer und seine Mitarbeiter diesen Staat gebaut haben. Wir sollen die Grundsätze beibehalten. Es gibt da keinen Wertewandel, es gibt nur einen Wandel des Wertebewußtseins. Die Werte sind metaphysisch, die Werte sind vorgezeichnet; die Frage ist nur, wie man zu diesen Werten steht. Das ist zum Teil auch eine Frage des Zeitgeistes.

Man muß auch zwischen Weltanschauung und Weltbild unterscheiden. Unsere Weltanschauung, die im christlichen Glauben fundiert ist, bleibt unwandelbar. Das Weltbild, das wir haben, müssen wir den Veränderungen anpassen, die sich unaufhaltsam – zum Teil auch mit unserer Mitwirkung – vollziehen. Deshalb stimme ich dem Satz des großen Münchener Historikers Franz Schnabel zu, der sagte: Jedes Zeitalter trägt den Keim seiner Überwindung in sich selber.

Wir stehen heute bereits in grundlegenden Veränderungen, die von der dritten industriellen Revolution geprägt sind, und wir müssen uns über die Konsequenz im klaren sein, daß es heute für drei technische Bereiche keine Grenzen mehr gibt, für die Nachrichtentechnik, für die Verkehrstechnik und für die Zerstörungstechnik. Für diese drei Bereiche gibt es keine Grenzen mehr. Wenn man damit die Verhältnisse vor 50 Jahren oder vor 100 Jahren vergleicht, wenn man den Wandel sieht, der sich bis heute vollzogen hat, kommt man zu der Schlußfolgerung, daß sich alle 100 Jahre das naturwissenschaftlich-technische Wissen der Menschheit mindestens verdoppelt. Es hat sich von 1900 bis heute verdoppelt, und es wird sich in den nächsten 100 Jahren, von heute bis zum Jahr 2090, noch einmal verdoppeln.

Was sind die Konsequenzen? In Wirtschaft, Technik und Industrie vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel. Nach den Automaten erobern nun die Computer die Märkte und leiten ein neues Kapitel der technisch-industriellen Entwicklung ein. Selbst einer, der vor 40 Jahren Mathematik studiert hat, der heute als Vater seinem Sprößling in der sechsten Klasse des Gymnasiums Hilfe auf dem Weg zum Abitur geben will, steht verzweifelt vor diesen Büchern, in denen ihm völlig neue Zeichen und völlig neue Begriffe begegnen. Die Mikrochips entwickeln und vervollkommen nicht einfach alte technische Konzepte; sie eröffnen zusammen mit den umwälzenden Neuerungen in der medizinisch-biologischen Forschung und in der Informationstechnik eine neue Zeit.

Das Beschäftigungssystem wird sich grundlegend verändern. Dies wird sich tiefgreifend auf die Gesellschaft und auf das Bildungswesen auswirken, und zwar nicht in Richtung auf Vermittlung von immer mehr Wissen, das ohnehin rasch veraltet, sondern in unseren Schulen wieder hin zur Vorherrschaft der formalen Bildung, d. h. zur dringend notwendigen stärkeren Schulung der Geschmeidigkeit des Denkens.

(Beifall)

Wenn sich das Wissen alle paar Jahre verändert, hat es keinen Sinn, möglichst viel Wissen in sich aufzunehmen - das gesamte aufzunehmen ist ohnehin gar nicht möglich -, sondern Sinn hat es nur noch, bei unseren jungen Leuten, und zwar bei denen, die sich dafür eignen – Gott hat ja die Menschen verschieden geschaffen –, die Geschmeidigkeit des Denkens zur jeweiligen Umstellung auf die sich immer wieder neu ergebenden Resultate der Naturwissenschaft und der Technik zu schulen. Wer sich einmal auf einen Standpunkt eingestellt hat, der hat in zehn Jahren nichts mehr verloren, und deshalb darf unser Bildungssystem kein gleichmacherisches System des Ergebnisses sein; es muß ein System sein, das die Talente entdeckt, sie pflegt und sie entfaltet und damit denen, die höhere Fähigkeiten haben, die Gelegenheit gibt, sich so zu entwickeln, daß der Rest der Menschheit an dem Fortschritt, den sie bringen, auch beteiligt werden kann. Das ist gegen jede gleichmacherische oder nivellierende Philosophie!

(Beifall)

Die neuen technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Möglichkeiten schaffen uns aber auch schwierige ethische und juristische Probleme. Diesen neuen Anforderungen gilt es sich zu stellen, wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht in 20 Jahren hoffnungslos hinter der technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung herhinken soll.

Was sind die äußeren Anzeichen? Heute verändern sich politische Zustände nicht mehr mit dem Donnerschlag von Kriegen. Dabei bin ich kein Visionär und kein Träumer. *Kriege im Mittleren Osten, in Afrika, im Fernen Osten und in Lateinamerika* – wenn auch nicht Kriege im Maßstab des Ersten und des Zweiten Weltkrieges – werden auch noch weiterhin den Horizont begleiten. Vor lauter Begeisterung für den ewigen Frieden, der ja mehr oder minder von der Technik her erzwungen worden ist, darf man diese Realitäten nicht vergessen. Aber es vollziehen sich Änderungen mit der Langsamkeit geologischer Vorgänge. Sie vollziehen sich im kommunistischen Machtbereich, und sie vollziehen sich – unter erfreulicheren Umständen – im demokratischen Bereich der Welt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich die weltwirtschaftlichen Schwergewichte aus dem atlantischen in den asiatisch-pazifischen Raum hinein verlagern. Das sind keine jähren Donnerschläge nach dem Motto „Heute an der Spitze, morgen am Ende“, sondern Verschiebungen mit der Langsamkeit geologischer Vorgänge. Der pazifische Raum ist im Aufstieg.

Neulich habe ich mich mit dem Ministerpräsidenten Gandhi unterhalten, der ja für mehrere Tage Gast der Bundesregierung war. Dieses Indien mit seinen 800 Millionen Menschen, von denen ein Viertel schon etwa unsere Lebensverhältnisse hat, während ein weiteres Viertel noch in entsetzlicher Armut und vielleicht auch in Hunger lebt, dieses Indien mit seinen 800 Millionen Menschen ist mit Sicherheit im Aufstieg und wird eine der Weltmächte sein. Für Japan gilt das schon weitgehend, dazu kommen

Indonesien und die Philippinen, und dann kommen die vier „kleinen Tiger“: Korea, Hongkong, Singapur, Taiwan.

Was sind die Folgen dieser Veränderungen, die sich in der Welt vollziehen? Die EG muß – das sage ich, obwohl ich vor Übertreibungen und Fehlentwicklungen warne – den Weg zum größten Binnenmarkt der Welt konsequent weitergehen. Sie muß ihn mit den Maßstäben der Vernunft weitergehen.

(Beifall)

Die Unterredung, die wir mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Herrn Delors, hatten, war sehr beruhigend. Er ist auf Forderungen und Wünsche bzw. Notwendigkeiten der deutschen Verfassungsstruktur in einer Weise eingegangen, daß ich beinahe wünschte, er würde Herrn Bangemann privatissime et gratis Nachhilfunterricht geben. Dann hätten wir manche Schwierigkeiten nicht!

(Heiterkeit und Zustimmung)

Wenn wir als Deutsche in dieser sich wandelnden Welt, in der die Amerikaner die Weltmacht Nummer 1 bleiben werden, aber in der Bedeutung absinken, weil in Asien die eben geschilderte Entwicklung im pazifisch-ostasiatischen Raum stattfindet, uns behaupten wollen, dann haben wir nur über Europa die Chance, diese unsere Selbstbehauptung verwirklichen und gewährleisten zu können.

(Beifall)

Wenn die Sowjetunion nicht vom Zeitalter von Kohle, Eisen und Stahl den Durchbruch in das Zeitalter der Computer und Chips schafft, wird sie am Ende dieses Jahrtausends eine Großmacht zweiten Ranges sein. Das sind die eigentlichen Grundlagen, die eigentlichen Gründe und die eigentlichen Motive für die sowjetische Reformpolitik.

Hier taucht eine Frage auf, die wir nicht lösen können, bei der wir höchstens zur Lösung beitragen können.

Herr Gorbatschow sagte zu mir: „Sie glauben mir nicht, daß wir das System effizienter gestalten können.“ Er war gut vorbereitet. Er sagte: „Ich habe eine Rede von Ihnen gelesen, da haben Sie erklärt, das sowjetische System demokratisch und effizient zu gestalten, wäre genauso, als wenn man Schneebälle rösten wollte. Ich werde Ihnen zeigen, Herr Strauß, daß wir Schneebälle rösten können.“ Ich habe ihm gesagt: „Ich bin der erste, der Ihnen Beifall klatscht, wenn es stimmt, bloß bin ich nicht überzeugt davon, daß Sie unter Beibehaltung der Grundlinien des marxistisch-leninistischen Systems den Wandel schaffen können, den Sie sich vorstellen. Aber wir wünschen Ihnen alles Gute.“

Die Umstellung der sowjetischen Wirtschaft muß in mehrererlei Hinsicht bewältigt werden, einmal muß die Trennung zwischen Rüstungstechnik und Ziviltechnik aufgegeben werden. Die beiden Bereiche arbeiten bei uns nahtlos zusammen.

Alles andere wäre Unsinn. Ich habe Herrn Gorbatschow auf seine Frage, warum sich der deutsch-sowjetische Handel nicht besser entwickle, geantwortet: „Schauen Sie sich doch die Struktur Ihrer Exporte an: 85 % sind Erdöl und Erdölprodukte, 15 % bleiben noch, davon sind die Hälfte wieder Rohstoffe und die andere Hälfte Fertigprodukte.“ Er war nicht beleidigt, als ich sagte: „Wer kauft denn bei uns einen Lada? Ein paar Schwärmer. Wer kauft denn bei uns ein sowjetisches Fernsehgerät, eine sowjetische Videokassette? Wenn Sie sagen, der europäische Markt sei so anspruchsvoll: Das ist er auch. Der deutsche Markt ist anspruchsvoll. Ein Handelsvertrag nützt gar nichts, wenn man Waren kaufen und verkaufen will, die auf unseren

Märkten keine Absatzchancen haben, weil sie in der Vielfalt, im Design und in der Ästhetik nicht den Forderungen unserer Kunden entsprechen. Daß es möglich ist, sich auf den europäischen Markt einzustellen, haben uns die Japaner sattsam bewiesen, indem sie es in fantastisch kurzer Zeit nach der totalen Niederlage verstanden haben, den europäischen Markt für sich aufzubrechen.“ Ich habe die Stichworte genannt: Motorrad, Optik, Foto, Elektronik, Automobile usw. „Dieses aber werden Sie nie schaffen. Sie werden nie ein echter Wettbewerber auf zivilem Gebiet werden. Es ist für uns schwer verständlich, daß Sie Spitzenleistungen in der militärischen Technik vollbringen und in der Ziviltechnik, in der zivilen Wirtschaft den niedrigsten Lebensstandard aller Industriestaaten haben.“ Ich habe sogar gesagt: „Die Sowjetunion ist in meinen Augen ein Entwicklungsland, wenn man die Rote Armee abzieht.“ Sowjetunion minus Rote Armee ist ein Entwicklungsland.

Das sind die Probleme, vor denen Herr Gorbatschow steht. Er hat Millionen von Gegnern, nämlich die Millionen derer, die mit mehr oder minder, eher minder großer Effektivität ihre Pfründen und Privilegien verteidigen wollen. Das ist sein eigentliches Problem. Als ich vom Krieg sprach, sagte er mir: „Ich brauche keine Feinde, ich habe sowieso schon genug.“ Bei dieser Gelegenheit ist mir klargeworden, warum er das Washingtoner Abkommen wollte, denn Fortschritte in der Innenpolitik, mehr Freiheit, bessere Versorgung mit besseren Konsumgütern, das schafft man nicht über Nacht, auch nicht durch Bekenntnisse oder durch Änderung der Regularien. Das dauert Jahre, und in der Sowjetunion wächst natürlich die Unzufriedenheit eines seit Jahrhunderten politisch oft abgestumpften Volkes – das war auch in der Zarenzeit nicht viel anders –, es wächst aber auch die Erwartung, und unter diesem Erwartungsdruck braucht er auch Erfolge. Damit beginnen für uns die Probleme der Strategie. Die Strategie kann nicht heißen, einfach nein zu sagen und alles für *unglaublich* zu halten. Das kann aber auch nicht heißen, *Perestrojka* und *Glasnost* als neue Heilswahrheiten anzubeten und sie mit westlichem Inhalt zu füllen. Ich war nicht einmal überrascht, als er sagte: „Ich danke Ihnen, daß Sie im Westen den Irrtum bekämpft haben, als ob wir mit *Perestrojka* und *Glasnost* die marxistisch-leninistische Lehre aufgeben wollen.“ Ich habe ihn dann gefragt: „Was passiert, wenn die Umwandlung nicht funktioniert?“ Die Antwort war: „Dann werden wir weiter sehen.“

Ich könnte noch viel dazu beitragen, will Ihre Zeit jedoch nicht damit beanspruchen. Ich möchte nur mit diesen persönlichen Erinnerungen und mich sehr interessierenden Erlebnissen klarmachen, daß wir im Zusammenhang mit den anderen Problemen, die ich aufgezeigt habe, am Beginn einer Umwandlung stehen, an deren Ende die Welt anders aussehen wird, als sie heute aussieht. Eines muß aber klar sein, die folgenden Jahre werden entscheiden – schon das Jahr 1988 –, ob wir in der Bundesrepublik Deutschland die führende Kraft bleiben werden. Da gibt es einiges aufzuarbeiten. Die folgenden Jahre werden auch darüber entscheiden, ob die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz behaupten kann. Sie wird ihn bestimmt nicht durch Rückkehr zu einer sozialistischen oder durch die Liberalen etwas gemilderten Linkskoalition behaupten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir dieses Deutschland auf den bewährten Grundlagen unserer alten politischen Überzeugungen in das nächste Jahrhundert,

in das nächste Jahrtausend führen wollen, müssen wir auf den Fundamenten stehen bleiben und den Blick in die Zukunft richten. Wir müssen den modernen Entwicklungen Raum und Lauf geben. Ich bin fest überzeugt, daß in einer arithmetisch nicht genau zu quantifizierenden Zeit die Welt nicht nur anders aussehen wird, sondern daß das Hauptproblem des Ost-West-Gegensatzes allmählich verblassen und verdämmern wird.

Die Sowjetunion kann uns vernichten, die Amerikaner können die Sowjetunion vernichten: Das ist keine Strategie mehr, das hat keinen Sinn mehr. Die Zukunft wird vom wissenschaftlich-technischen und vom wirtschaftlichen Potential bestimmt werden. Sie wird nicht zuletzt auch von den alten Tugenden bestimmt werden, die in jeder wissenschaftlich-technischen Ära gelten, nämlich Fleiß, Leistungsfähigkeit und Willen zur Bewährung. Wir müssen unserer Jugend auch sagen: Wer ihr vormacht, daß sie eine schlechte Gegenwart und eine trostlose Zukunft hat, ist ein Verbrecher an der Zukunft unseres Volkes.

(Beifall)

Ich klopfe mir nicht aus Mitleid auf die eigene Schulter. Was die Generation unserer Väter, Großväter und auch wir erlebt haben, soll endgültig der Vergangenheit angehören. Aber die Leistungen, die erbracht worden sind, der Geist, aus dem sie erbracht worden sind, jetzt einmal politisch-moralisch richtig gewertet, der ist auch Vorbild für die Zukunft. Wir haben uns sicherlich unserer Vergangenheit zum Teil zu schämen, aber nicht im Sinne einer Kollektivschuld oder einer Kollektivscham, höchstens im Sinne historischer Lehren, die wir aus schwerwiegenden Fehlern der deutschen Geschichte gezogen haben. Wir, CDU/CSU, haben sie in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege gezogen, in den großartigen Jahren des Aufbaus, den 50er und den 60er Jahren. Wir haben nicht den geringsten Grund, in Kleinmut und Kleingläubigkeit zu verfallen. Wir müssen wieder an den zeitlosen Wert unserer Grundsätze glauben, müssen sie im Lichte neuer Erkenntnisse sehen und bewahren, dann werden CDU und CSU auch wieder den Aufschwung nehmen, der trotz gewisser Rückschläge in den letzten Jahren möglich und erzielbar ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Strauß, wir bedanken uns, daß Sie zu uns gekommen sind, zu uns gesprochen haben. Wir haben Ihrer Rede mit Interesse und Aufmerksamkeit zugehört. Sie haben am Beginn gesagt, uns verbinden die gleichen, wie Sie sich ausgedrückt haben, fundamentalen Grundsätze. Wir verfolgen die gleichen Ziele, wir haben die gleichen Überzeugungen. Ich will für uns christliche Demokraten feststellen: Wir bleiben uns dessen bewußt, und wir wissen um unsere besondere Verpflichtung, denn diese Bundesrepublik Deutschland ist von den Unionsparteien gestaltet und geprägt worden. Und lieber Herr Strauß, wir vergessen nicht, daß Sie von Anfang an dabei waren und diese Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet haben, schon im Frankfurter Wirtschaftsrat. Gestern haben Sie aus gutem Grunde bei der Veranstaltung in der alten Oper aus Anlaß des Jubiläums „40 Jahre Deutsche Markt“ gesprochen.

Wir wollen auch in Zukunft die Bundesrepublik Deutschland gestalten. Ich sage für die Christlichen Demokraten, Herr Strauß: Wir wissen, daß dazu das enge Miteinander

der beiden Schwesterparteien erforderlich ist, daß wir auch in Zukunft auf die Gemeinsamkeit angewiesen sind.

(Beifall)

Bitte nehmen Sie die Grüße des 36. Bundesparteitages der CDU mit zu unseren Freunden in der CSU. Noch einmal: Herzlichen Dank!

(Beifall)

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium:

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 13 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich erteile dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, unserem Freund Dr. Franz-Josef Jung, das Wort.

Dr. Franz-Josef Jung, Mandatsprüfungskommission: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die vom 36. Bundesparteitag eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat am heutigen Montag auf ihrer Sitzung die Unterlagen der Delegierten geprüft. Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum Zeitpunkt des 36. Bundesparteitages weniger als 24 Monate im Amt waren. Die entsprechenden eidesstattlichen Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten.

Nach § 28 des Bundesstatuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 15 Uhr von den 750 voll stimmberechtigten Delegierten des 36. Bundesparteitages 702 anwesend. Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren zum gleichen Zeitpunkt 30 anwesend.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der CDU-Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben. Meine lieben Freunde, demzufolge ist dieser Parteitag beschlußfähig. – Besten Dank.

(Beifall)

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Jung. Ich danke auch den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission für ihre Arbeit.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 12 auf:

Aussprache zu den Berichten

Vor Beginn der Aussprache möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Es liegt bereits eine Reihe von Wortmeldungen vor. Weitere Wortmeldungen werden jeweils hier vorn an den Treppen neben dem Präsidium entgegengenommen. Ich bitte unsere Delegierten, Redebeiträge zu Tagesordnungspunkten oder Themen, die wir morgen schwerpunktmäßig behandeln, die aber möglicherweise in den Berichten angesprochen wurden, heute nicht zu leisten. Dies betrifft den gesamten Sektor der Sozialpolitik und der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und ebenso das Hauptkapitel „Schutz des ungeborenen Lebens“. Wir haben uns vorgenommen, die Beratungen über den ersten Leitantrag des Bundesvorstandes heute noch zum Abschluß zu bringen. Es ist also wichtig, daß wir nach der allgemeinen Aussprache über die Berichte den Tagesordnungspunkt, in dessen Rahmen der erste Leitantrag behandelt wird, aufrufen können.

Ich eröffne nunmehr die Aussprache und erteile Frau Barbara John aus Berlin das Wort.

Frau Barbara John: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche in Reaktion auf eine Bemerkung unseres Bundeskanzlers zu Fragen der Aufnahme von Aussiedlern. Ich komme aus Berlin und bin dort Ausländerbeauftragte des Senats. In dieser Eigenschaft war ich Mitglied in der Kommission „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“.

Meine Damen und Herren, ursprünglich war vorgesehen, in die Diskussion, die wir heute führen, auch das Thema der Ausländerintegrations- und Flüchtlingspolitik einzubeziehen und zu diesem Thema auch Beschlüsse zu fassen. Der Bundesvorstand hat nun anders entschieden. Eine Begründung ist sogar sehr einleuchtend, nämlich die der knappen Zeit. Für zwei kurze Bemerkungen zu diesem Thema muß die Zeit aber reichen. Zu diesen Bemerkungen hat mich ein wenig die Aussage unseres Bundeskanzlers herausgefordert, auf die deutschstämmigen Aussiedler hilfsbereit zuzugehen, und zwar nicht nur aus historischen und moralischen Gründen, sondern auch aus bevölkerungspolitischem Eigennutz. Es handelt sich – so seine Aussage – um eine junge Bevölkerung – 75 % sind zwischen 20 und 25 Jahre alt –, nicht um eine Last, sondern um ein Stück Zukunft für die Bundesrepublik. Ich stimme dem auch ganz uneingeschränkt zu.

Meine Damen und Herren, gilt das Wort vom Zukunftskapital aber nicht gleichermaßen für die auf Dauer bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmerfamilien, die zum Teil schon in der dritten Generation bei uns leben?

(Beifall)

Das sind nicht wenige. Es sind über eine Million. Jeder zehnte Jugendliche in der Bundesrepublik ist ausländischer Herkunft. Aber sind diese Kinder und Jugendlichen deshalb kulturell, sozial und rechtlich nur Ausländer? Für die allermeisten von uns ist es selbstverständlich, daß deutschstämmige Polen, Rumänen oder Russen als zugehörig empfunden werden. Ebenso selbstverständlich ist es für die meisten Einheimischen, daß hier geborene Kinder ausländischer Eltern fremd sind, daß sie statutsrechtlich ungleich sind. Meine Damen und Herren, das ist ein Widerspruch, den wir in den nächsten Jahren auflösen müssen. Dafür möchte ich plädieren.

(Vereinzelt Zustimmung)

Diese jungen Ausländer sind Inländer. Sie sind uns kulturell nahestehend. Sie stehen keinem anderen Land so nahe wie unserer Republik. Deswegen müssen wir in den nächsten Jahren ein Konzept für ihre volle Eingliederung entwickeln. Auf dem heutigen Bundesparteitag ist die Chance, daß dieses große Gremium über dieses Thema spricht, vertan worden. Ich möchte mit allem Nachdruck dafür plädieren, daß die Chance, über dieses Thema zu sprechen, so schnell wie möglich eröffnet wird. Wir sind es uns allen schuldig, auch der einheimischen Bevölkerung, die wissen muß, woran sie ist. Das Zusammenleben und das Zusammenwachsen mit Ausländern ist eine zentrale Zukunftsaufgabe.

(Beifall)

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau John. Nun hat Herr Senator Fink das Wort.

Ulf Fink: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Üblicherweise ist es so, daß die Aussprache über den Bericht des Parteivorsitzenden auch Gelegenheit gibt, sich darüber zu vergewissern, wo die CDU – mittlerweile seit sechs Jahren in Regierungsverantwortung in Bonn – steht.

Ich denke, wir können sagen, daß die Regierung Helmut Kohl in einer großen Reihe von Fragen – ich nenne besonders die Tatsache, daß wir wieder Weltmeister bei der Preisstabilität sind, daß wir wieder Wachstum haben, mittlerweile im sechsten Jahr, und daß wir mittlerweile wieder Weltmeister im Export sind – gute Leistungen erzielt hat. Ich denke, man sollte draußen auch sagen, daß das gute Leistungen sind. Die SPD wäre stolz darauf gewesen, hätte sie solche Leistungen erbringen können.

(Beifall)

Bei allem, was wir an Erfolgen vorzuweisen haben, darf aber nicht übersehen werden, daß wir auch große Probleme, daß wir Schwierigkeiten haben. Zu diesen Problemen gehört beispielsweise, daß wir dafür sorgen müssen, daß die großen Systeme der sozialen Sicherung – ich meine hier beispielsweise die gesetzliche Rentenversicherung oder das Gesundheitssystem – wieder in die entsprechenden Proportionen gebracht werden und daß die außerordentlich schwierigen Konsolidierungsfragen in diesen Bereichen auch positiv gelöst werden. Und da schadet es uns, so meine ich, nicht, wenn beispielsweise von seiten der Sozialdemokraten gesagt wird, daß diese Reformen ihrer Ansicht nach nicht ordnungsgemäß konzipiert seien. Denn es ist doch so – und das wissen wir –: Sozialdemokraten hätten es schon längst machen müssen. Sie haben 13 Jahre lang Gelegenheit gehabt, diese Reformen auch wirklich durchzuführen. Nein, eine solche Kritik kann uns nicht beeindrucken. Aber wir können etwas anderes erwarten, nämlich daß die Koalitionspartner – hier meine ich ganz konkret die Freien Demokraten – uns bei der Durchführung dieser Reformen helfen. Und dann finde ich es, wenn Norbert Blüm an die Aufgabe herangeht und dafür sorgt, daß die Kosten im Gesundheitswesen in Schach und Proportion gehalten werden – und das ist ja eine alte Forderung der FDP –, ganz unerträglich, wenn sich dieselbe FDP in der Zeitschrift „Der freie Zahnarzt“ als Zahnärzterpartei anpreist und ihre Kontonummer gleich mit angibt.

(Beifall)

Ich meine, jeder kann und soll sich profilieren, aber er sollte dies nicht zu Lasten des anderen tun, insbesondere nicht dort, wo schwierige Reformvorhaben durchzuführen sind.

Ich meine, das gilt auch in unsere Reihen selbst hinein. Wir müssen miteinander um den richtigen Weg streiten. Aber das kann doch nicht bedeuten, daß wir den Streit um des Streites willen oder einen unfruchtbaren Streit miteinander führen. So ist es eben keine adäquate Art der Auseinandersetzung, daß man sagt, die einen in der Partei seien für das Geldverdienen zuständig, die anderen seien die Bösen, die Üblen, die das Geld nur umverteilen und wieder ausgeben wollen. Ich finde, das war der Stil der Auseinandersetzung in den 60er Jahren, und das hat die Union letztendlich um die Regierungsverantwortung gebracht. Ich denke, wir müssen deutlich machen, daß das gilt, was im Grundsatzprogramm der CDU geschrieben steht, nämlich daß Soziale Marktwirtschaft ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle ist. Ihre Grundlagen sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität,

Eigenverantwortung und soziale Sicherung. Wir sind keine Gewerkschaftspartei, wir sind aber auch keine Arbeitgeberpartei.

(Beifall)

Deshalb: Wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geht, ist dies nicht nur Sache eines Teils der Partei, sondern der ganzen Partei. Und wenn es um den sozialen Schutz, um die soziale Gerechtigkeit geht, ist das ebenfalls nicht nur Sache eines Teils der Partei, sondern der ganzen Partei.

(Beifall)

Und an dieser Stelle möchte ich gern einmal mit einem Mißverständnis aufräumen: Da wird doch immer so getan, als ob hohe Löhne etwas Schlechtes seien. Also, da kann ich nur staunen. Ludwig Erhard hatte doch einmal als Programm: " Wohlstand für alle." Was sind denn hohe Löhne eigentlich anderes als der gestiegene Wohlstand der Arbeitnehmer? Hohe Löhne sind doch nicht nur ein Kostenfaktor; hohe Löhne sind der Erfolg eines guten Wirtschaftens. Es wäre doch geradezu absurd, wenn wir als Ziel verfolgen würden, Südkorea bei den Arbeitszeiten über- und bei den Löhnen unterbieten zu wollen. Das kann doch wohl nicht das Ziel unserer Bemühungen sein.

(Beifall)

Ich bin für den notwendigen Strukturwandel. Und wir sind für richtig verstandene Flexibilisierung und Deregulierung, damit auch der hohe soziale Leistungsstandard aufrechterhalten werden kann. Aber es muß doch einem richtigen Ziel dienen, nämlich einem Ziel, an dem alle beteiligt sind.

Der Bundespräsident hat vor kurzem in einer, wie ich finde, sehr beachtlichen Rede vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie gesagt – ich sage es einmal mit meinen Worten –: Laßt die Kirche im Dorf! Und ich füge hinzu: Es wäre doch wirklich ein Fehler, wenn wir die Qualität des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland selbst in Frage stellen würden. Selbst Lambsdorff macht's ja nicht mehr.

(Beifall)

Ich komme zum Thema Vorruhestand: Uns wird oft vorgeworfen, daß wir eine gute Politik machen, sie aber schlecht verkaufen. Ich meine, der Vorruhestand ist so ein Thema, wie man Politik nun wirklich nicht betreiben sollte. Denn wir haben die Vorruhestandsregelung vor fünf Jahren doch nun wirklich gegen erbitterten Widerstand großer Gewerkschaften und der SPD durchgesetzt. Mittlerweile konnten mehr als 100 000 Menschen früher in den Ruhestand gehen; 80 000 junge Leute haben dadurch einen neuen Arbeitsplatz bekommen. Die SPD geht jetzt im Bundestag still und heimlich her und fordert die Verlängerung unserer Maßnahme. Ich meine, es kann doch nicht richtig sein, daß wir in einem solchen Moment von unseren eigenen Maßnahmen selber Abstand nehmen. Wir haben einen Initiativantrag vorgelegt. Es sollte von diesem Parteitag ein machtvolles Zeichen für unsere Anträge ausgehen.

(Beifall)

In diesen Zusammenhang gehört auch das Thema Glaubwürdigkeit. Wir wissen sehr wohl, daß es notwendig ist, schwierige Entscheidungen in der Regierung zu vertreten. Wir haben uns auch überall hingestellt, in die Betriebe und wo auch immer, und uns für die Steuerreform eingesetzt. Aber es wird außerordentlich schwierig, sich dafür einzusetzen, nachdem wir den Leuten gesagt haben, es gibt überall Entlastung, für jeden gibt es 1000 DM Entlastung, die Leute aber ständig zur Kenntnis nehmen müssen: Da geht es um die Besteuerung des Nachzuschlages, da geht es um die

Besteuerung des Sonntagszuschlages, da geht es um die Besteuerung der Lebensversicherung, und jetzt kommt noch die Verbrauchsteuererhöhung mit dazu. Wie gesagt, dann wird es außerordentlich schwierig, den Leuten draußen das begrifflich zu machen. Deshalb ist mein Plädoyer, es so zu tun, daß die Menschen draußen bei den Maßnahmen, die wir vorhaben, auch noch richtig mitkommen. Und da ist es nicht sehr hilfreich, wenn wir uns auf der einen Seite mit Schmerzen übergangsweise für eine Aufhebung des Sterbegeldes einsetzen, auf der anderen Seite aber vertreten müssen, daß die Steuern für Flugbenzin nunmehr nicht mehr erhoben werden. Das ist außerordentlich schwierig.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Und deshalb, meine verehrten Damen und Herren, liebe Freunde: Es ist von großer Bedeutung, daß wir dasjenige tun, was wir auch in unserem Grundsatzprogramm immer wieder gesagt haben, nämlich für Glaubwürdigkeit, für Ausgewogenheit in der Politik eintreten. Das bedeutet, daß wir auch deutlich machen müssen, daß wir es mit der sozialen Symmetrie nun wirklich ernst meinen, damit die Leute draußen das auch richtig verstehen.

Laßt uns die großen Zukunftsthemen anpacken, laßt uns darüber nachdenken, wie wir die Arbeitsgesellschaft von morgen konzipieren, laßt uns einen Beitrag dazu leisten, wie wir den Umweltschutz richtig gestalten! Liebe Freunde, daß wir auf diesem Parteitag nicht über Umweltschutz diskutieren sollen, empfinde ich, offengestanden, als außerordentlich schmerzlich. Normalerweise gehört so etwas zum christlichen Menschenbild dazu.

(Beifall)

Ich darf dann vielleicht noch ein Letztes sagen: Wir sollten alles daran setzen, damit deutlich wird: Wir jagen nicht dem Zeitgeist nach, aber wir nehmen die Probleme unserer Zeit auf. Wir sind die Zukunftspartei und bereit, diese Fragen aufzunehmen: mit Verstand, aber auch mit heißem Herzen, weil wir die Christlich Demokratische Union sind. Wir sind nicht eine Regierungskoalition, sondern wir sind zuerst, zuallererst die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Frau Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Böhr.

Christoph Böhr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, es ist ein beachtliches Ereignis, wenn eine so große Volkspartei wie die Union einen Programmparteitag wie diesen zu einem Zeitpunkt veranstaltet, an dem sie mitten in der Regierungsverantwortung steht, aber das zeichnet die Union aus, und das unterscheidet sie auch von anderen Parteien; eine Tatsache, denke ich, die bei dieser Gelegenheit auch einmal lobend erwähnt werden sollte.

Aber die Programmdiskussion ist gerade vor dem Hintergrund der Diskussion in den letzten Wochen auch dringend notwendig; denn ich habe den Eindruck, daß sich viele Bürger bemühen, und zwar erfolglos bemühen, der Politik der Bundesregierung derzeit überzeugende Perspektiven abzugewinnen. Viele suchen nach einem roten Faden, aber sie vermögen ihn nicht zu entdecken. Deswegen möchte ich hier sehr unterstreichen, was der Parteivorsitzende heute morgen von dieser Stelle aus gesagt hat, daß nämlich die Zusammenhänge unserer Politik wieder deutlicher erkennbar werden müssen, daß unsere Politik mehr sein muß als die Addition von Einzelinter-

essen. Ich stimme dem sehr zu. In der Tat spüren wir alle, daß es höchste Zeit ist, daß wir als große Volkspartei den Kompaß unserer Orientierung wieder neu einstellen. Diese Aufgabe ist nie ein für allemal zu erledigen. Sie stellt sich gerade für eine Regierungspartei in einer ganz besonderen Dringlichkeit.

Meine Damen und Herren, ich sage das auch mit einem besonderen Blick auf junge Leute, die für unsere Politik zu gewinnen immer schwerer wird. Gerade junge Menschen fragen nach den Zielen unserer Politik, nach den langfristigen Zielen unserer Politik, gerade junge Menschen geben sich nicht mit pragmatischen Koalitionskompromissen zufrieden, gerade junge Menschen fragen nach dem Profil und der unverwechselbaren Identität der Union. Deshalb ist es gut, daß sich die Partei entschlossen hat, diese Frage in den Mittelpunkt eines dreitägigen Parteitages zu stellen.

In der Vergangenheit ist es uns nach meinem Eindruck zuwenig gelungen, unsere Politik so zu begründen, daß sie vom Bürger und vom Wähler auch tatsächlich verstanden wird. Deshalb mußte gelegentlich der Eindruck entstehen, daß das Wohl und Wehe der Nation von der Steuerbefreiung für Flugbenzin und vom Rabatt für Jahreswagen abhinge. Das ist nicht die Perspektive, die junge Menschen von uns erwarten.

(Vereinzelter Beifall)

In diesem Programmparteitag liegt eine große Chance, die Chance, das Fundament unserer Regierungsfähigkeit für die 90er Jahre zu legen. Heute entscheiden wir über die Attraktivität der Union im Jahre 1990. Heute, in diesen Tagen, wird der programmatische Grundstein für die Führungsstärke und die Überzeugungskraft der Union in der Zukunft gelegt.

Wir beschäftigen uns in diesen Tagen in einem Schwerpunkt des Parteitages mit dem christlichen Menschenbild als eine der Grundlagen unserer Politik. Ich denke, daß diese Diskussion auch deshalb von so großer Bedeutung ist, weil unsere freiheitliche Gesellschaft nur dann überlebensfähig bleibt, wenn sie einen Konsens über die gemeinsamen Vorstellungen von Wert und Würde des menschlichen Lebens lebendig erhält. Ich habe den Eindruck, daß dieser Konsens in unserer Gesellschaft mehr und mehr zerbricht. Das betrifft den Schutz des ungeborenen Lebens, das betrifft den Schutz des Lebens an seinem Ende, das betrifft aber auch andere Fragen, die sich ebenso unmittelbar als Verpflichtung aus dem christlichen Menschenbild ergeben. Ich denke an den Schutz der Schöpfung und die Umweltpolitik, genauer einem Verständnis der Schöpfung, demzufolge unsere Welt uns nicht als Eigentum, sondern nur zu treuen Händen übergeben ist. Das macht es so wichtig, daß wir die Diskussion über Fragen der Umweltpolitik begreifen als einen wesentlichen Bestandteil auch der Gesamtdiskussion über das christliche Menschenbild als die Grundlage unserer Politik.

Ich denke an den menschlichen Umgang mit Ausländern und Asylanten, den wir in vielen Fällen noch lernen müssen. Ich denke an unser Engagement für die Menschenrechte in aller Welt und in ganz besonderer Weise an unser Engagement für die Menschenrechte unserer deutschen Landsleute in der DDR und in anderen kommunistischen Staaten.

(Vereinzelter Beifall)

Am Freitag dieser Woche jährt sich zum 35. Mal der Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953. Deshalb möchte ich mit einer Bitte an uns alle schließen, mit der Bitte

nämlich, daß wir diesen Jahrestag nicht nur als eine willkommene zusätzliche Freizeit betrachten, sondern daß wir ihn für den Einsatz zugunsten unserer deutschen Landsleute jenseits der Mauer nutzen. Auch das ist eine Verpflichtung aus dem christlichen Menschenbildes. Wenn wir es nicht tun, andere werden es sicherlich nicht tun.

Ich bedanke mich.

(Vereinzelter Beifall)

Frau Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Böhr.

Ich rufe Herrn Jacoby auf.

Dieter Jacoby: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Viele sind hier im Saal, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zur CDU gestoßen sind und damals die Aufbruchstimmung unmittelbar miterlebt haben, die der 1973 neugewählte Vorsitzende Helmut Kohl der Partei, uns allen, vermittelt hat. Damals ging es darum, einen programmatischen Aufbruch zu vollziehen. Die CDU war nicht mehr zukunftsfähig. Ich wünschte mir, daß wir auch heute, 15 Jahre danach, nachdem uns dieser Weg über die programmatische Erneuerung in die Regierungsverantwortung getragen hat, in der Lage wären, ähnlichen Elan zu entwickeln und unter Beweis zu stellen, damit wir diese Regierungsverantwortung auch auf Dauer verteidigen können.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht darum, der Partei neben der Tätigkeit der Regierung und neben der Verantwortlichkeit der Fraktion eine eigene Gewichtung beizumessen. Das ist eine Frage, die an die Bundesparteiführung gerichtet ist, das ist aber auch eine Frage, die uns alle angeht, weil wir auch vor Ort Möglichkeiten haben, Impulse und Selbstbewußtsein für die Partei glaubhaft unter Beweis zu stellen. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß das dann auch von jedermann so gewollt sein muß. Nach unserem Verständnis ist die Partei in erster Linie eben nicht Akklamationsorgan für die tagespolitischen Entscheidungen, die die Fraktion oder die Bundesregierung schon getroffen haben, sondern insbesondere – darauf sollten wir uns erneut verständigen – programmatische Vorhut. Das setzt Offenheit voraus, das setzt Toleranz bei allen Beteiligten voraus. Deshalb muß von diesem Bundesparteitag das Signal ausgehen: Wir wollen geistige Führung auch in der Regierungsverantwortung unter Beweis stellen, und wir sind bereit, die theoretischen Grundlagen unserer Politik immer wieder einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Liebe Freunde, nach den vielen weniger herbeigeredeten, als vielmehr herbeigeschriebenen Diskussionen bis zum heutigen Tage gibt es innerhalb der CDU Deutschlands einen Richtungstreit. Wer will die Partei öffnen? Wer will sie demgegenüber abschotten? Gibt es eine Rechtsentwicklung, gibt es eine Linksentwicklung? Nach meinem Dafürhalten muß dieser Parteitag mit dieser Nabelschau endlich Schluß machen. Grundsatztreue einerseits, auf der anderen Seite die Bereitschaft, sensibel zu sein und sich zu öffnen angesichts neuer Herausforderungen, ich denke, daß sich dies nicht ausschließt, ganz im Gegenteil.

Wir brauchen in der Bundesrepublik Deutschland – darauf ist am heutigen Vormittag schon mehrfach hingewiesen worden – den beschleunigten Strukturwandel, insbesondere in Problemregionen. Es ist gesagt worden, dem Binnenmarkt Europas komme in diesem Zusammenhang eine wesentliche Funktion zu. Das sind Hoffnungen, die mit dieser europäischen Entwicklung verbunden sind. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß es in unserem Lande gleichzeitig die Erfahrung gibt, daß die

Menschen ökonomische Erfolge, Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, niedrige Zinsen zunehmend als ganz selbstverständlich voraussetzen. Jedenfalls wird Bewußtseinsbildung und die Entwicklung von Lebensgefühl in ganz anderen Zusammenhängen vollzogen. Deshalb muß, wie gesagt, die CDU insgesamt gerade auch für immaterielle Themen der Politik, für immaterielle Bedürfnisse und Sehnsüchte der Menschen offen und sensibler sein.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, liebe Freunde, ist es gut und wichtig, über den heutigen Tag hinaus über Zukunftsfragen, Wertfragen der Politik, Visionen und durchaus auch Utopien in der Öffentlichkeit zu diskutieren bzw. sie zu entwickeln. Wenn z. B. heute ein sozialdemokratischer Ministerpräsident sagt, Arbeit sei mehr als Erwerbsarbeit, und das dann unter großem Publikumsbeifall zur Kenntnis genommen wird, muß doch, denke ich, spätestens mit der Anerkennung der Kindererziehung in der Rentenversicherung klargeworden sein, daß wir als CDU den Weg, der hier beschrieben wird, schon längst eingeschlagen haben. Nur ist das in der Öffentlichkeit offensichtlich noch nicht hinreichend berücksichtigt worden.

(Beifall)

Das liegt dann aber auch ein Stück weit an uns. Deswegen möchte ich auch auf solche Fehlentwicklungen in der Darstellung und in der Identifikation mit gewissen Entwicklungen und Themen hinweisen, die wir doch mit unserer Handschrift versehen haben.

Schon vor zehn Jahren haben wir im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm von Ludwigshafen formuliert, daß notfalls auf ein Wirtschaftswachstum zu verzichten ist, wenn es die natürlichen Lebensgrundlagen unzulässig beeinträchtigt. Wenn uns aber heute, zehn Jahre danach, solche Aussagen überhaupt noch nicht zugetraut werden, dann, denke ich, kann wiederum etwas mit uns selbst, mit unserer Darstellung, mit dem, was wir in der Öffentlichkeit vertreten, nicht stimmen. Hier gibt es dringenden Nachholbedarf, was die Bewußtseinsbildung, aber auch was die programmatische Konsequenz anbelangt.

Wenn wir z. B. 1984 bei der Verabschiedung der Stuttgarter Leitsätze gesagt haben, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordere eine mehrdimensionale Strategie, und davon gesprochen haben, Wirtschaftswachstum, aber auch Arbeitszeitverkürzung und die flexible Gestaltung des Arbeitslebens seien notwendig, dann können wir, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, heute nach meinem Dafürhalten nicht sang- und klanglos die Vorruhestandsregelung auslaufen lassen.

(Beifall)

Ich möchte noch eine letzte Überlegung vortragen. Ich denke, es muß uns unter die Haut gehen, wenn wir feststellen, daß Sozialdemokraten zunehmend für sich reklamieren, nicht nur sozial zu sein, sondern auch konservativ. Es kann doch nicht wahr sein, daß wir es zulassen, daß sich linke Sozialdemokraten und GRÜNE etwa auf Albert Schweitzer und dessen Philosophie „Liebe zum Leben“ berufen und wir daneben stehen. Das, was an konservativem Gedankengut mittlerweile in der Gesellschaft sichtbar und fühlbar ist, nämlich die Sehnsucht nach einem Leben in Übereinstimmung mit der Natur, geht an uns vorbei, obwohl es urkonservatives Gedankengut ist. Das müssen wir aufgreifen. Darüber müssen wir bei solchen Gelegenheiten wie dem heutigen Tage entsprechend diskutieren. Das müssen wir auch entsprechend gewichten; denn wir haben Nachholbedarf, was die Kompetenzzuweisung in solchen Fragen anbelangt.

Dazu gehören auch solche Fragen, die damit zu tun haben – was wir auch in unserer Gesellschaft fühlen –, daß es nicht nur Säkularisierung gibt, sondern daß auch so etwas spürbar ist wie neue Religiosität, wie moralischer Rigorismus. Mich bedrückt, daß die Fragen, die in diesem Zusammenhang an die Politik herangetragen werden, die Fragen im Zusammenhang mit der Menschenrechtspolitik, mit der Entwicklungspolitik – wie begegnen wir Ausländern? –, oftmals nicht an die CDU gerichtet werden, sondern an andere Kräfte. In diesem Zusammenhang, liebe Parteifreunde, ist zu sagen, daß eine ganz offensichtlich bestehende programmatische Lücke zu schließen ist.

Darum muß es uns heute, morgen und übermorgen gehen. Dann wollen wir die Gedanken hinaustragen in unsere Kreisverbände, in unsere Landesverbände. Ich denke, dann leisten wir unseren Beitrag zur geistigen Führung, die wir auch in der Regierungsverantwortung für die Zukunft entsprechend unter Beweis stellen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Danke, Herr Jacoby.

Als nächster hat das Wort Herr Stern. Ihm folgt Herr Arentz. Ich darf die nachfolgenden Redner und Rednerinnen bitten, sich kürzer zu fassen, weil wir sonst mit den zahlreichen Wortmeldungen nicht durchkommen.

(Beifall)

Matthias Stern: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Vielleicht wird es dem einen oder anderen zu kritisch. Dann bitte ich schon vorweg um Entschuldigung.

Ich bin seit 1974 Mitglied dieser Partei. Acht Jahre lang haben meine Freunde und ich dafür gekämpft, den größten Teil unserer Freizeit dafür geopfert, daß es in der Bundesrepublik zur Wende kommt. An den Universitäten haben wir für unsere Meinung Prügel einstecken müssen. 1982 hatten wir alle das Ziel erreicht.

In der Nachrüstungsfrage hat unsere Regierung Stärke gezeigt, hat recht behalten, wirkte überzeugend. Doch in den letzten Jahren hat es mir wenig Freude gemacht, für unsere Regierung einzutreten, für die Regierung, für deren Antritt ich acht Jahre gestritten habe. Diese ewigen Profilneurosen, dieses ständige Verknüpfen einer Sache mit einer Person, dieses Hin und Her in der Regierung sind für mich nur schwer erträglich und überhaupt nicht zu verkaufen.

Sehr geehrter Herr Dr. Kohl, wie oft haben wir in meinem Stadtverband auf ein klares Wort von Ihnen gewartet. Wie oft haben wir darauf gewartet, daß auch draußen deutlich wird, daß Sie von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch machen. Wie oft haben wir gehofft, daß Sie die vielen Probleme nicht so lange aussitzen, wie Sie es tun. Wie oft haben wir gehofft, daß Sie Stellung beziehen.

Ich habe, als ich hierher kam, von Ihnen als Parteivorsitzender eine Rede erwartet, die sich mit unseren Problemen in der Union auseinandersetzt, die Perspektiven der Union aufzeichnet, keine Regierungserklärung. Uns an der Basis belastet z. B. dieses ganzjährige Sommertheater. Sie machen auf uns den Eindruck – ich sage es noch einmal für meinen Stadtverband –, als stünden Sie teilnahmslos daneben.

Diese Partei muß die gewandelten gesellschaftlichen Verhältnisse begreifen lernen und in ihre Arbeit einbeziehen. Die Gesellschaft unseres Landes ist in Bewegung geraten. Sie ist selbstbewußter, fordert Beteiligung und hat für sich neue zentrale Werte formuliert: Leben in einer sauberen Umwelt – Ulf Fink hat es schon ange-

sprochen –, Arbeitsplätze und Freizeit sind wichtiger geworden. Der Erwerb und Besitz materieller Güter hat an Wertigkeit verloren.

Wenn ich nun den heutigen Morgen Revue passieren lasse, so bleibt der Eindruck eines selbstgefälligen Rituals: Wallmann lobt Kohl, Vogel Wallmann, Kohl beide, alle haben gesiegt, alles ist in Ordnung dank der starken Männer an der Spitze. Auf wen soll das Eindruck machen? Auf die Bürger draußen? Mich stößt es ab. Wie soll die Presse positiv über diesen Parteitagstag berichten? Alles Gesagte war längst bekannt, in den Zeitungen nachlesbar; die Berichte lagen schriftlich vor.

(Beifall)

Wir, die wir nicht von Politik leben, haben uns Urlaub genommen, um hierher zu kommen, um die Chance zu ergreifen, uns hier zu beteiligen. Sieben Stunden durften wir das hören, was alle schon zu Hause gelesen hatten.

Die CDU vermittelt am heutigen Tage bisher den Eindruck eines Kanzlerwahlvereins der 50er Jahre.

Mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren ist diese Partei hoffnungslos überaltert. Wenn Sie, Herr Dr. Kohl, heute morgen dann gegen einen vermeintlichen Jugendkult argumentieren, wirkt das auf mich wie das Verdrängen vorhandener Probleme. Wenn wir nicht schnell erkennen, wie brüchig das Fundament unserer Partei geworden ist. Wenn wir uns nicht öffnen für junge Mitbürger zwischen 25 und 45, für ihren Stil und für ihre Interessen, dann verschlafen wir die Zukunft, anstatt sie zu gestalten. Um die Zukunft zu gestalten, braucht man Mehrheiten. Die werden wir dann nicht mehr erlangen können.

Noch ein letztes Wort zu einem viele bewegenden Thema: Es ist schwierig, diese Steuerreform an den Ständen auf den Märkten, in den Straßen, in unseren Versammlungen zu vertreten. Der Grundsatz ist deutlich, er ist klar und vertretbar. Die Details sind oft unverständlich. Auf der einen Seite werden die Bürger durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern belastet. Andererseits bekommen sie wieder etwas zurück. Auch wenn es keinen kausalen Zusammenhang gibt: Das ist nur schwer zu erklären.

Die Steuerreform entlastet die Bezieher großer Einkommen relativ geringer als die Bezieher kleiner Einkommen. In absoluten Zahlen ist aber die Entlastung bei den Beziehern größerer Einkommen größer. Die Belastung durch die Verbrauchssteuerrhöhung trifft jeden gleich. Das kann ich nur schwer erklären. Es entsteht der Eindruck, daß der Staat aus der einen Tasche nimmt und in die andere gibt. Was ist das noch an Politik?

An diesem Eindruck kann nicht nur die Presse schuld sein. Wenn ich das heute hier erlebt habe und die Presse darüber negativ berichtet, hätte ich dafür Verständnis. Ich kann Sie nur bitten, Herr Dr. Kohl: nehmen Sie die Zügel fester in die Hand. Zur Zeit hat diese Regierung die gelbe Zitrone für das schlechtestmögliche Verkaufen ihrer Politik verdient. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. **Dr. Rita Süßmuth**, Tagungspräsidium: Ich bitte Herrn Arentz, einen Augenblick zu warten. Der Generalsekretär bittet um das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir sind eine Partei mit freier Meinungsäußerung. Dies möchte ich ausdrücklich auch nach dem Beitrag sagen, den wir gerade gehört haben.

Aber ich möchte doch eine Frage stellen. Wenn ich einmal auf die letzten Wochen und Monate zurückblicke, fallen mir viele Dinge ein. Ich habe meine Meinung zu manchem auch schon gesagt. Aber ist es denn nicht so: Uns schadet doch nicht die Auseinandersetzung um die Sache. Was hat uns denn zum Beispiel bedrückt und bekümmert und zum Teil auch erregt und zornig gemacht? Ich sage es hier offen, und ich hätte es auch gesagt, wenn er noch anwesend wäre: Über die Steuerreform und ihre Auswirkungen kann man im Vorfeld der Entwicklungen und der Auseinandersetzungen unterschiedlicher Meinung sein. Es ist Kritik geübt worden, es sind Gegenvorschläge gemacht worden. Manches ist in der Koalitionsrunde vielleicht auch falsch entschieden worden. Aber was zum Beispiel nicht geht, ist, daß in einer großen Halle vor 6000 Leuten, – abends übertragen im Deutschen Fernsehen, vor Millionen von Leuten –, die Arbeit eines stellvertretenden Parteivorsitzenden der Christlich Demokratischen Union als „schlampig“ bezeichnet wird. Das geht nicht!

(Beifall)

Das heißt: Wir brauchen doch keine Angst vor der Auseinandersetzung in der Sache zu haben. Diese ist sogar notwendig. Aber der große Fehler und die politische Unkultur bestehen doch darin, daß Auseinandersetzungen in der Sache umgemünzt werden in Auseinandersetzungen um Personen.

(Beifall)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus diesem Grunde möchte ich mich auch gegen das wehren, was gerade gesagt worden ist; nicht dagegen, daß Kritik geübt wird und daß gesagt wird: das eine oder andere ist falsch oder, – was vielleicht noch berechtigter ist –: das eine oder andere könnte besser auch in den Zusammenhängen dargestellt werden. Aber ich habe etwas dagegen, daß in dieser schwierigen Zeit, wo wir uns über die konkreten Probleme der Steuerreform auseinandersetzen müssen und ihre Auswirkungen, über die Gesundheitsreform, die Strukturreform in der Krankenversicherung und die damit notwendig verbundenen unterschiedlichen Ansichten, daß diese dann personalisiert werden.

Ich habe doch auch erlebt und viele haben es mitverfolgen können: wenn jemand bei uns als Bundeskanzler, als Landesvorsitzender, als Minister oder als Ministerpräsident eine Meinung vertritt, die vielleicht dem einen oder anderen oder sogar sehr vielen nicht paßt, dann sagt man sofort – und das halte ich für unmöglich –: dann bedeute dies – zum Beispiel – den Verlust der kommenden Wahl oder dann werde die Christlich Demokratische Union in eine Minderheitenposition abgedrängt.

Warum ist dies unmöglich? Weil eine solche Auffassung und eine solche Artikulation von Meinung jede sachliche Auseinandersetzung totschießt; dies sind Totschlagsargumente.

(Beifall)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Parteitag nutzen – wir haben wirklich viel zu diskutieren, viel, was jetzt ansteht und was in der Zukunft zu tun ist –, zur Sache zu sprechen, unterschiedliche Meinungen auszutragen, über den richtigen Weg zu diskutieren. Aber halten wir in den Personen zusammen, bleiben wir solidarisch in der gemeinsamen Arbeit mit denen, die ihre Arbeit leisten müssen, weil wir ihnen das Vertrauen gegeben haben. Darum bitte ich Sie.

(Beifall)

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Geißler. Herr Arentz bitte.

Hermann-Josef Arentz: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Genau den Punkt, den Heiner Geißler jetzt angesprochen hat, wollte auch ich ansprechen. Ich glaube, daß eines der zentralen Probleme der CDU ein erklecklicher Mangel an Solidarität im Umgang miteinander ist.

(Beifall)

Es ist nicht die Frage, daß wir uns die Freiheit nehmen müssen, um den jeweils besten Weg in einer Angelegenheit zu ringen. Helmut Kohl hat heute morgen davon gesprochen, wie notwendig es ist, über tausend Details nicht die Linie aus dem Auge zu verlieren. Machen wir uns doch nichts vor: die Leute interessiert doch nicht der 27. Änderungsparagraph im 53. Gesetz der Legislaturperiode, sondern die Leute interessiert, ob sie eine Linie bei einer politischen Partei erkennen können oder nicht. Aber der Streit um drittrangige Details ist in der Tat manchmal geeignet, uns auch die Linie kaputtzumachen.

Ulf Fink hat zu Recht von der Steuerbefreiung für Privatflugbenzin gesprochen. Ich denke auch an die Frage des Jahreswagenabatts. Ich weiß nicht, ob man es nicht auch anders hätte regeln können als mit diesem riesigen öffentlichen Streit um diese Frage.

(Beifall)

Da ist vieles kaputtgegangen.

Ich denke, Herr Ministerpräsident Albrecht, auch an Ihre Initiative. Nicht der Streit um die Sache; der muß möglich sein. Aber ein Bündnis zuerst mit SPD-Ländern zu schließen und dann die anderen vor die Tatsachen zu stellen, ist ein Umgang, der es uns in Nordrhein-Westfalen beispielsweise schwermgemacht hat, das zu vertreten.

(Beifall)

Wenn wir heute in der Öffentlichkeit schlechter dastehen, als es unseren effektiven Leistungen in der Regierungsverantwortung entspricht, dann ist daran nicht nur die FDP schuld, dann sind daran nicht nur die Medien schuld, dann sind wir selber daran mitschuldig. Ich meine, wir sollten uns bemühen, uns zu bessern.

Letzte Anmerkung: Die größte Solidarität der CDU hat für mich in den letzten Monaten kein anderer als Norbert Blüm verdient; Norbert Blüm, der mit einem Mut ohnegleichen eine schwierige Angelegenheit durchficht.

(Beifall)

Ich habe in vielen Versammlungen die Erfahrung gemacht: die Leute begreifen die Strukturreform, wenn wir uns nur die Mühe machen, uns selber so damit zu beschäftigen, daß wir sie auch erklären und vertreten können.

(Beifall)

Es macht vielleicht die Mitgliedschaft in einer Regierungspartei schwieriger, daß man sachkundiger sein muß als diejenigen, die in der Opposition immer nur nein brüllen müssen. Aber diese Intelligenzleistung müssen wir alle aufbringen, wenn wir weiter Regierungspartei bleiben wollen. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Vorsitzende der Seniorenunion, Herr Braun.

Gerhard Braun: Frau Präsidentin! Meine liebe Parteifreunde! In dem Bericht hat heute vormittag der Bundesvorsitzende unter anderem im Blick auf die demographische Entwicklung auf die Gründung der Seniorenunion hingewiesen. Ich möchte hierzu nur einen Satz sagen: Wir können stolz darauf sein, daß wir in der Christlich Demokratischen Union nicht nur die erste, sondern auch die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland sind, die im Hinblick auf diese veränderte Entwicklung die gesellschaftliche Herausforderung erkannt und daraus die entsprechenden politischen Konsequenzen gezogen hat.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Gründung der Seniorenunion habe ich eine ganze Reihe von Briefen von älteren Landsleuten aus der DDR bekommen. In diesen Briefen wurden vor allem zwei Aspekte zum Ausdruck gebracht: einmal, daß man gewisse Hoffnungen in uns setzt und uns auch hier als Ansprechpartner ansieht.

Die zweite Komponente, die in den Briefen zum Ausdruck kam, war der Wunsch, Möglichkeiten zu schaffen, in die Bundesrepublik zu kommen, auch wenn man keine Verwandten hier in der Bundesrepublik Deutschland hat. Das heißt, daß die Kontakte zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands nicht abreißen dürfen, sondern daß wir unseren Beitrag dazu leisten müssen, diese Kontakte zu vertiefen.

So möchte ich, meine lieben Parteifreunde, nicht nur die Mitglieder der Seniorenunion in den Orts- und Kreisverbänden, sondern uns alle dazu aufrufen, Patenschaften für diese Besucher aus der DDR zu übernehmen, Patenschaften für die, die hier keine Verwandten haben, aber auch Patenschaften für die Familien, die hier ihre Angehörigen, ihre Freunde über einen gewissen befristeten Zeitraum aufnehmen.

Wir dürfen nicht vergessen, wie die Situation für die DDR-Besucher ist. Sie sind mit einer Rückfahrkarte und sage und schreibe 15 DM ausgestattet, bekommen hier in der Bundesrepublik ein Begrüßungsgeld pro Kopf und Jahr von insgesamt 100 DM, so daß hier auf die Familien, die diese Besucher aufnehmen, in vielen Fällen eine Belastung zukommt. Hier, meine ich, dürfen diese Kontakte, diese menschlichen Kontakte und Verbindungen, die so wichtig sind, nicht an materiellen Überlegungen scheitern. Bevor wir hier nach dem Staat rufen, der etwas tun müsse, müssen wir selbst helfen. Deswegen mein Aufruf und meine Bitte zur Übernahme dieser Patenschaften.

Meine lieben Parteifreunde, unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands wissen nicht nur, daß wir eine gemeinsame Vergangenheit und eine gemeinsame deutsche Geschichte haben, sondern sie möchten auch mit uns gemeinsam die Zukunft gestalten.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich erteile aus Niedersachsen Herrn Günter Schwank das nächste Wort.

Ich darf nochmals daran erinnern, daß wir versuchen wollen, mit der allgemeinen Aussprache bis 18 Uhr durchzukommen, um uns dann den Anträgen zuzuwenden und um 21 Uhr einigermmaßen pünktlich mit dem Hessen-Abend zu beginnen. Fassen wir uns also bitte kurz und prägnant. Herr Schwank, bitte antraben.

Günter Schwank: Wie heißt das so schön? Ein alter Mann ist kein D-Zug, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte im Sinne eines Dialogs auf unserem Parteitag zunächst auf eine Bemerkung von Herrn Fink eingehen, die meiner Meinung nach so nicht stehenbleiben kann. Denn kein Mensch

kann in dieser Bundesrepublik das Ziel haben, niedrige Löhne wie in Südkorea und gegebenenfalls auch noch mehr Arbeit als in Südkorea zu haben. Die Herausforderung, die in der Diskrepanz zwischen den Leistungen wirtschaftlich-technischer Art, wie sie in anderen Ländern der Welt erbracht werden, und dem steckt, was wir zu leisten vermögen, ist auch eine Frage, wie unsere Tarifpartner die Dinge anpacken und lösen.

(Vereinzelt Beifall)

Für mich ist nämlich nach wie vor die Hauptresonanz auf die Bemerkungen von Lafontaine in diesem ganzen Umfeld im Kern eine Kritik an dem, was Tarifpartner vereinbaren, Verbände in ihrer starren Position machen und keine Lösung finden, die wirklich nach vorn geht.

Die zweite Bemerkung ist eine Frage. Ich möchte das mit dem Flugbenzin aufgreifen. Ich möchte den Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion oder einen anderen Sachkundigen bitten, diesem Parteitag doch zu sagen: Warum bleibt das Benzin für private Flieger steuerfrei, wenn wir verschiedene Verbrauchsteuern erhöhen?

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Das war kurz und prägnant; herzlichen Dank. – Ich gebe das Wort Herrn Jürgen Hardt.

Jürgen Hardt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den Ring Christlich-Demokratischer Studenten möchte ich dem Bundesvorstand, aber auch den Kreis- und Landesverbänden für die Unterstützung herzlich danken, die der RCDS für seine Arbeit immer wieder erfährt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir finden bei allen Unionspolitikern immer ein offenes Ohr für die Anliegen der 1,4 Millionen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland – so viele haben in Deutschland noch nie studiert –, die auf Grund der großen politischen Zerstrittenheit der Studenten untereinander häufig nur eine kleine Lobby in der Politik besitzen. Dieser Parteitag wurde zum Programm-Parteitag, auch weil die junge Generation in der Union dies so wollte.

Im letzten Jahr hatte das Bild der CDU bei jungen Menschen einige Kratzer bekommen, Kratzer, die die Perspektive, unter der die CDU vor anderthalb Jahren angetreten ist, verzerrt haben und auf deren Erfüllung wir drängen. Es sind die Zukunftsfragen, die wir auf der Grundlage der christdemokratischen Grundwerte beantworten wollen. Es fällt auf, daß gerade jüngere Delegierte das bei den Redebeiträgen zur Aussprache einklagen.

Eine Partei, die sich im wahrsten Sinne des Wortes die Zukunft auf die Fahnen geschrieben hat, muß in der Politik Schwerpunkte in den Bereichen setzen, in denen Zukunftsgestaltung wichtig und möglich ist. Was unseren Aufgabenbereich, die Bildungspolitik, angeht, können wir diese Prioritäten leider nicht erkennen. Eine Nation, die hochindustrialisiert in das nächste Jahrtausend voranschreitet, muß ihre wertvollste Ressource, die Begabung ihrer Jugend, nach allen Kräften nutzen und entwickeln.

Wir wünschen uns, daß die Ministerpräsidenten der CDU-geführten Bundesländer in der gleichen Intensität diese Zukunftsfragen angehen, wie sie Detailfragen der Steuerreform angehen. Dazu wurde eben schon viel gesagt. Ich bezweifle im Ernst, ob

die Frage des Rabatts auf Jahreswagen oder die Steuerbefreiung bei Flugbenzin die Zukunftsfragen sind, die die junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland bewegen.

(Vereinzelt Beifall)

Das waren nur zwei Beispiele. Das ist nicht das, was die Bürger und die junge Generation von der CDU erwarten. Die jungen Menschen erwarten von der Union, daß sie die Dinge zusammendenkt. Auch das ist ein Wort von Lothar Späth, das ich sehr gut finde und das wir häufiger erwähnen und auch umsetzen müßten. Alles, was Unionspolitiker in der Partei oder in der Regierung tun, muß dem Ziel dienen, die Zukunft zu gestalten. Alles muß vom Bürger bei einem Mindestmaß an illektuellem Einsatz verstanden und begriffen werden.

In diesem Sinne fordere ich Sie herzlich auf, die insgesamt hervorragenden Leit-anträge des Bundesvorstands zu nutzen, um die Zukunftsstrategie der Union klar zu umreißen. Diese Chance sollte nicht ungenutzt verstreichen.

Danke schön.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Willi Gehring aus dem Saarland.

Willi Gehring: Herr Bundeskanzler! Herr Generalsekretär! Ich bin seit zwanzig Jahren Mitglied der CDU und habe heute den Mut gehabt, mir bei dieser Gelegenheit als Delegierter Luft zu verschaffen und meine Sorge in ganz knappen Worten von der Seele zu reden. Sie selbst haben in Ihren Reden dazu Anlaß gegeben.

Mir fällt das Wort ein: Die Karawane zieht weiter – heute morgen vom Herrn Bundeskanzler gesagt.

Herr Bundeskanzler, vorhin hat der Generalsekretär gesagt: Wenn ich so auf die letzten Monate zurückblicke, dann fallen mir einige Dinge ein. Mir fallen als Mann, der mit seinen Freunden ehrenamtlich an der Basis arbeitet – ich bin zusätzlich hauptamtlicher Landtagsabgeordneter –, wenn ich an die vielen, die ich morgens oder an Samstagen für die Informationsstände herausholen muß, denke, in deren Augen ich schauen muß, wie Sie heute morgen ebenfalls gesagt haben, d. h. in die Augen der Menschen, die von dieser Politik betroffen sind und die eigentlich mit Herz mitmachen wollen, wenn es darum geht, diese Dinge zu vertreten, folgende Dinge ein – sie sind hier genannt worden –: das Hickhack um die Steuerreform, Signale aus München, andere Signale aus Hannover usw.; ich will das nicht vertiefen.

Auf die Karawane zurückkommend, möchte ich nur sagen: Es kann nicht sein, Herr Bundeskanzler, daß die Karawane weiterzieht und wir – ich drücke mich jetzt einmal so aus, damit es klar wird – da unten die Lastesel und Lasttiere sind. Eine Karawane besteht ja in der Regel aus Kamelen. Wir wollen nicht die Kamele sein, sondern wir erwarten, daß die Solidarität im Umgang und auch das Solidarisch-Sein mit den Personen, Herr Generalsekretär, auch für die vielen anonymen Helfer an der Basis gilt, die jeden Tag Angst haben, morgens aufzustehen und die Zeitung aufzuschlagen, in der sie wieder irgendeinen Hickhack lesen, wo irgendein CDU-Spitzenpolitiker mit einem anderen streitet.

(Beifall)

So, das war es. Jetzt habe ich mir Luft gemacht. Ich möchte gerne begeistert weiter mitmachen, aber ich möchte auch haben, daß sich der Bundeskanzler und der

Generalsekretär dies einmal merken und bei nächster Gelegenheit die Streithähne an den Ohren ziehen und daran erinnern, daß Solidarität hier nicht immer nur in sechs Stunden vom Parteivolk zur Bühne gegeben wird, sondern daß das auch einmal umgekehrt laufen muß, also zu unseren vielen ehrenamtlichen Helfern, die hier unten die Arbeit machen, damit die Bundesrepublik, so wie sie regiert wird, auch regiert werden kann und die Zukunft gestaltet werden kann – mit uns.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Man kann bestätigt finden, daß wir eine diskussionsfreudige, junge und dynamische Partei sind.

Das Wort hat Graf von Schwerin.

Alexander Michael Graf von Schwerin: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann hier gleich weitermachen. Ich möchte hier eine Sache loswerden, die mir am Herzen liegt. Vom Kollegen Arentz sind gerade schon Norbert Blüm und Nordrhein-Westfalen angesprochen worden.

Liebe Freunde, uns muß es auch darum gehen – ich möchte hier einen Beitrag dazu leisten –, daß wir 1990 mit der CDU – das sind wir den Menschen dort einfach schuldig – und mit Norbert Blüm endlich wieder die politische Verantwortung in Nordrhein-Westfalen übernehmen. Der Rau muß weg.

(Beifall)

Wir können ja über Menschen schimpfen. Aber lassen Sie uns das dann hauptsächlich einmal beim politischen Gegner tun. Ich sage es noch einmal: Der Rau muß weg.

Aus echter Überzeugung und aus Sorge und in Kenntnis der Stimmung und der Gespräche der Menschen vor Ort möchte ich hier einiges zum Arbeitnehmersektor vortragen. Ich halte nichts von Klagen über Dinge, die bereits entschieden und Schnee von gestern sind. Deswegen möchte ich das, Herr Bundeskanzler, was Sie heute morgen gesagt haben, nämlich dieses plakative „Die Zukunft gemeinsam gestalten“, aufgreifen. Dort hinein paßt auch das Motto „grundsatztreu“ und – wie wir es dort oben lesen – „zukunfts offen“. Das gilt auch für die Forderung „Volkspartei der Mitte“.

Zu den Forderungen „Volkspartei der Mitte“, „grundsatztreu“ und „zukunfts offen“ gehört auch, daß wir eine wahre Volkspartei sind und daß wir es auch bleiben. Da habe ich ganz einfach die Sorge – lassen Sie mich das als Vertreter der Arbeitnehmerschaft ruhig sagen; der eine oder andere hat mittlerweile mitbekommen, daß ich Betriebsratsvorsitzender an Rhein und Ruhr bin, und ich spreche mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort –: Lassen Sie uns, wenn wir eine moderne Volkspartei bleiben wollen, die engagierte Arbeitnehmerschaft verstärkt mit in die Parteidiskussion einbinden. In diesen Tagen erscheint es mir sehr notwendig, daß alle CDU-Verantwortlichen auf diesem Parteitag in Wiesbaden noch einmal aufgefordert werden, insbesondere Arbeitnehmerprobleme und deren Anliegen mehr in die politischen Entscheidungen zu verankern.

Diese Bitte trage ich mit allem Ernst vor, wenn wir z. B. in Nordrhein-Westfalen an die Regierung wollen und für breite Bevölkerungsschichten in der Bundesrepublik Deutschland auch weiter, in die neunziger Jahre hinein, die Verantwortung tragen wollen.

Ich darf aus diesen Tagen zwei Dinge beispielhaft nehmen. Der eine Punkt betrifft die Mitbestimmung. Die CDU Deutschlands hat in der Mitbestimmung eine Tradition.

Lassen Sie diese Tradition in diesen Tagen bei der Beratung von mehr verantwortlicher Mitbestimmung für die Arbeitnehmer nicht untergehen. Führen wir den roten Strich der Geschichte hinsichtlich der Tradition der CDU in der Mitbestimmung weiter fort. Absoluten Vorrang, meine ich – auch das muß hier noch einmal deutlich gesagt werden –, muß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in unserem Lande haben.

(Beifall)

Wenn das gilt, liebe Freunde, dann können wir auch das, was wir hier an die Wand gemalt haben, guten Herzens draußen verkaufen. Wir sind grundsatztreu, und wir sind vor allem zukunfts offen. – Danke.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Graf von Schwerin.

Das Wort bekommt jetzt Herr Gerhard Fuchs aus Rheinland-Pfalz.

Gerhard Fuchs: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der letzten Woche an vier Seminaren teilgenommen, bei denen Diskussionen über die Politik der Bundesregierung geführt wurden. Aber auch die gesamte Politik wurde diskutiert, und zwar insbesondere im Kreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten, also von Menschen, die an der Basis sind und die all die Probleme hautnah erleben.

Da ist mir folgendes aufgefallen, daß nämlich den Kolleginnen und Kollegen vor Ort der Wind ins Gesicht bläst. Ich will es mir deshalb hier einmal von der Seele reden, daß wir als Volkspartei der Mitte deutlich machen müssen und ganz verstärkt deutlich machen müssen, wo es lang geht. Die Reformvorhaben sind hier zum größten Teil angesprochen worden.

Der Herr Bundeskanzler hat heute morgen auch die Betriebsräte und Personalräte genannt. Meine Damen und Herren, das sind Multiplikatoren, die für die Partei gewonnen werden müssen. Ich erinnere hier an ein Wort, das einmal gesagt worden ist: Es dürfte normalerweise für die CDU als Volkspartei keinen Betrieb und keine Verwaltung geben, in denen wir keinen Kontaktmann haben, weil nämlich genau dieser Kontaktmann die Politik, die wir vertreten wollen und vertreten müssen, in diese Institutionen hineinbringen kann. Ein weiterer Punkt ist, daß wir als Volkspartei die Betriebsgruppenarbeit verstärkt durchziehen müssen. Dies gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen, wenn wir dort etwas verändern wollen.

Ich sprach von vier Seminaren. Dort ist mir ein Weiteres aufgefallen. Es ist erschreckend, wie über Asylanten diskutiert wird. Es ist erschreckend, wie über Aussiedler diskutiert wird. Ich kann uns nur auffordern, daß wir gerade von diesen Problemgruppen her ein Bewußtsein entwickeln, das auch in die breite Bevölkerung hineingetragen wird, so daß wir von daher als Volkspartei Gewicht haben.

Ein letztes: Ich möchte an 1983 erinnern. 1983, bei dem großartigen Sieg der CDU, sind der SPD 1,6 Millionen Arbeitnehmer davongelaufen. Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, als wenn heute ein großer Teil der Arbeitnehmer wieder zur SPD zurückgehen würde. Das heißt, wir müssen verstärkt auf diese Gruppierungen Einfluß nehmen, damit die Volkspartei CDU auch über 1990 hinaus – das sind wir unserem Vaterland schuldig – die Mehrheit im Bund behält. – Schönen Dank.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Das Wort hat jetzt Dieter Lorenz aus Braunschweig.

Dieter Lorenz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 20 Jahren – mit geringen Unterbrechungen – habe ich die Chance, an Bundesparteitagen teilnehmen zu dürfen. Ich habe viele große Reden gehört. Ich bin begeistert nach Hause gefahren, habe zu arbeiten versucht und habe dann die Taten nach den großen Reden gesehen. Auch heute hat mich wieder Herr Wallmann begeistert. Die Grundlinie unserer Politik müsse erkennbar sein; es dürfe nicht um Gefälligkeiten gehen. Herr Kohl selber hat gesagt, Wahlen würden gewonnen, wenn wir das Richtige täten.

Da ist die Frage: Was ist das Richtige in unseren Taten? Als ich gestern hierher fuhr, hörte ein Rentner in meiner Gesellschaft, daß ich zum Parteitag fahre. Der sagte zu mir: „Nehmen Sie folgendes mit: Ich bin von der CDU enttäuscht, und zwar in drei Dingen. Das erste ist die Regelung bei den Erziehungszeiten. Gerecht und christlich wäre es gewesen, mit den Ältesten zuerst anzufangen“. Herr Kohl, ich frage mich: War das das Richtige? Er sagte mir ein Zweites: „Es ist keine gute Sache, bei den Rentnern das Sterbegeld zu streichen, zumal wenn die, die das tun, ihr eigenes Sterbegeld behalten. Das wirkt unglaublich“.

(Zustimmung)

Er sagte mir ein Drittes: „Ich muß von meiner Rente für meine Frau und mich von 1 350 DM für das Heizöl demnächst mehr bezahlen; diejenigen, die Flugbenzin verbrauchen – in der Regel sind das Geldleute –, brauchen das nicht“.

Das, meine Damen und Herren, waren drei Fragen eines Rentners, und so geht es vielen hier, die draußen die CDU zu vertreten versuchen. Ich selbst habe eine Urkunde – von Ihnen, Herr Kohl, unterschrieben – zu Hause hängen, weil ich 25 Jahre der CDU angehören durfte. Ich bin auch von vielem enttäuscht und verstehe so manches nicht.

Heute morgen hat uns Herr Bischof Kamphaus etwas ganz deutlich gesagt: Glaubwürdig sein heißt: den Durchblick haben. Er sagte uns dann: Wenn der Durchblick verlorengeht, sieht man im Spiegel nur sich selbst. Ich habe den Eindruck, wir gehen begeistert nach draußen, auch die, die in der Verantwortung stehen, und dann plötzlich kommt die Verantwortung, kommt die Macht wie ein Schleier, vernebelt das ganze Bild und den Durchblick, und wir sehen nur noch uns selbst. Ein Stichwort als Beispiel: Parteienfinanzierung.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich meine, wir sollten uns mehr besinnen, den Durchblick haben und das Richtige tun. Herr Kohl, Sie sagten: das Richtige tun. Dann müssen aber auch die Taten folgen. Man hört, daß in der Bundestagsfraktion über das Flugbenzin diskutiert wurde. Diese Entscheidung kann nicht das Richtige sein, denn das sind ja Gefälligkeiten! Es ist enttäuschend, wenn sich Spitzenleute dafür einsetzen. Ich wünschte allen unseren Verantwortungsträgern, daß sie mehr den Durchblick haben und erkennen, was das Richtige ist, denn wir wollen doch Wahlen gewinnen, und Wahlen gewinnt man nicht durch Reden, sondern durch Taten, die durch Reden bekanntgemacht werden. Ich hoffe, daß es uns gelingt, die entsprechenden Taten demnächst nach draußen verkünden zu können.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Rauber.

Helmut Rauber: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Geißler, ich glaube, wir alle sollten diesen Parteitag nicht als einen Ort

sehen, an dem wir uns gegenseitig auf die Schulter klopfen. Es muß auch – wie vorhin geschehen – möglich sein, daß sich einmal eine kritische Stimme zu Wort meldet.

(Vereinzelte Zustimmung)

Es muß auch möglich sein, daß Positionen vertreten werden, die vielleicht der offiziellen Meinung nicht in allen Punkten entsprechen. All diejenigen, die hier heute kritisieren wollen, sind CDU-Politiker, die unser Land von heute an weiter ins nächste Jahrtausend führen.

Ich glaube, wir als Delegierte würden unserem Auftrag nicht gerecht werden, wenn wir die vorhandene miese Stimmung an der Basis hier wegzubeln wollten. Was uns heute vor Ort zu schaffen macht, sind die ebenso regelmäßigen wie unnötigen internen Streitigkeiten und die sogenannten Kleinigkeiten, die aber in der Öffentlichkeit eine verheerende Wirkung erzeugen. Es darf schlicht und einfach nicht passieren, daß wegen fehlender oder auch falscher Informationen die Bevölkerung deshalb in Aufruhr versetzt wird, weil sich angeblich diejenigen, die anderen das Sterbegeld kürzen wollen, nach wie vor selbst bedienen.

Ulf Fink hat ein anderes Beispiel erwähnt: Die auch aus umwelt- und energiepolitischer Sicht notwendige Anhebung der Mineralölsteuer ist deshalb zur steuerpolitischen Katastrophe geworden, weil sie zum einen fiskalisch begründet wurde und zum anderen – ich sage es deutlich – mit einer instinktiven Steuerbefreiung des Flugbenzins gekoppelt war.

(Zustimmung)

Es paßt auch nicht in den zeitlichen Rahmen – auch das muß hier kritisch gesagt werden –, wenn zur gleichen Zeit, in der alle aufgefordert werden, den Gürtel enger zu schnallen, die Gelder in die Parteikassen reichlicher fließen. Diese überflüssigen Einzelmaßnahmen sind meines Erachtens deshalb so schlimm, weil sie Klischees, Vorurteile und auch die Partei- und Staatsverdrossenheit verfestigen.

Wir fordern die Parteiführung von dieser Stelle aus auf, daß die von allen Rednern geäußerte Kritik ernstgenommen wird und daß durch überzeugende und auch erkennbare Leistungen der Parteibasis wieder Mut gemacht wird.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Schill, Hubert Schill: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Heute vormittag haben wir eine eindrucksvolle Rede von unserem Herrn Bundeskanzler, unserem Parteivorsitzenden, gehört. Das Motto war in etwa: Frieden schaffen nach außen hin, aber Frieden behalten auch nach innen. Wenn ich daran denke, daß „Frieden behalten“ eine ausgewogene soziale Sicherheit bedeutet, kommen mir ein wenig Bedenken, wenn ich an die große Zahl der Arbeitslosen denke, eine Zahl, die uns sehr bedrückt, und das schon über viele Jahre.

Wir haben – das ist nicht zu bestreiten – in den letzten sechs Jahren Erfolge erzielt, die nach außen hin auch mit wesentlich mehr Resonanz verkauft werden müssen, als es bis heute der Fall ist. Aber die Zahl der Arbeitslosen ist gleich groß geblieben, obwohl wir alle miteinander wissen, daß die Zahl der Beschäftigten um 700 000 und mehr zugenommen hat.

Ein Instrument, um Arbeitslose vielleicht von der Arbeitslosigkeit wegzubekommen und wieder in den Produktionsprozeß zu bringen, war die Vorruhestandsregelung. Sie hat für diesen Personenkreis mehr als 100 000 Plätze, etwa 140 000, gebracht. Nun soll diese Regelung sang- und klanglos auslaufen.

Kritiker werden dem nun entgegenhalten: Nein, wir wollen eine andere Regelung schaffen, und zwar eine gestaffelte Regelung, einen auslaufenden Vorruhestand über eine reduzierte Arbeitszeit. Ich bin Betriebsratsvorsitzender in einem Unternehmen, und ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich mir vorstelle, wie dies in einem Betrieb funktionieren soll. Ältere Arbeitnehmer, die von diesem Vorruhestand Gebrauch machen können, haben meistens Leitungsfunktionen. Wenn dem so ist, kann ich Ihnen nicht sagen: Nun arbeitet mal eine Woche, und macht dann wieder eine Woche Pause. Wenn sich das so leicht einrichten ließe, bräuchten wir in den Betrieben uns gar nicht so große Gedanken zu machen, aber das ist nicht der Fall. Wo kann denn ein Unternehmer – um es einmal anders darzustellen –, ein leistungsfähiger Unternehmer alle acht Tage für eine Woche Urlaub machen? Auch dies ist nicht möglich, und weil das nicht möglich ist, ist die Regelung, die hier vorgeschlagen wird, nicht zu akzeptieren und in den Betrieben auch nicht durchsetzbar.

Ich will Ihnen folgendes sagen. Es kann Ihre Argumentation nicht ganz richtig sein, wenn Sie sagen: Für die Landwirtschaft führen wir den Vorruhestand ein – ich betone: ich finde das hervorragend –, aber nur für den Selbständigen, und für den, der im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt ist, findet diese Vorruhestandsregelung nicht statt. Das halte ich nicht für gut!

Das, was ich sage, können Sie überall nachlesen. Herr Bundesarbeitsminister, ich habe nicht immer die Möglichkeit, den vollen Wortlaut zu lesen, sondern kenne nur das, was publiziert wird, und das, was publiziert wurde, habe ich gelesen. Dort ist dieser Personenkreis ausgeklammert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich bitte Sie herzlich: Unterstützen Sie bitte, wenn wir morgen zur Antragsberatung kommen, den Antrag, der hier als Initiativantrag gestellt worden ist, daß die Arbeitsmarktkommission hier endlich einmal zu Potte kommt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herr Dr. Köppinger, bitte.

Dr. Peter Köppinger: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Thema ist das Thema der Glaubwürdigkeit unserer Politik, und ich bitte um Verständnis, wenn ich dabei das Thema Arbeitslosigkeit einbeziehen muß. Die Vertreter unserer Partei haben, seitdem wir die Regierungsverantwortung übernommen haben, seit 1982 immer und immer wieder erklärt, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit unser innenpolitisches Ziel Nummer eins ist. Faktum ist aber, daß die Zahl der Arbeitslosen seit 1986 nicht mehr sinkt, sondern daß sie zur Zeit steigt. Faktum ist auch, daß wir eine Arbeitsmarktkommission in der Koalition haben, die seit fast vier Monaten tagt, und daß zu befürchten ist, daß kein nennenswertes Ergebnis herauskommt. Faktum ist, daß wir in der Öffentlichkeit immer häufiger das Wort vom arbeitsmarktpolitischen Offenbarungseid dieser Regierung hören. Für mich das beunruhigendste Faktum ist, daß ein Großteil der Bevölkerung nicht mehr daran glaubt, daß uns der Abbau der Arbeitslosigkeit so herausragend wichtig ist.

Ich bekenne offen, daß ich diese Zweifel in der Bevölkerung verstehe. Wenn uns der Abbau der Arbeitslosigkeit das wichtigste innenpolitische Ziel ist, dann heißt das doch, daß wir alles Denkbare und alles sinnvoll Mögliche versuchen, um Arbeitslosigkeit abzubauen. Ich sehe, daß das noch lange nicht geschieht, daß noch nicht alles Mögliche getan wird.

Ich habe zwei ganz konkrete Fragen. Erste Frage: Warum legt die Regierung nicht ein Konzept vor, wie die rund 24 000 DM, die uns jeder Arbeitslose im Durchschnitt kostet, und zwar an Unterstützungsleistungen, an Steuerausfällen, an Beitragsausfällen bei der Sozialversicherung, konkret gebündelt und dazu genutzt werden können, um die Betroffenen wieder in Arbeit zu bringen, statt ihre Arbeitslosigkeit zu finanzieren?

Zweite Frage: Warum gehen wir nicht hin und machen nach dem Vorbild der Papstwahl ein Arbeitsmarktkonklave, d. h. warum gehen nicht die entscheidenden Vertreter der Regierung zusammen mit den Vertretern der Kommunen, der Bundesländer und der Tarifparteien in Klausur und kommen nicht wieder heraus, bis sie ein großes Paket zum Abbau der Arbeitslosigkeit zusammengetragen, geschnürt haben, ein Paket, wo jeder Opfer bringt, wo jeder einen Beitrag bringt? Ich weiß, daß viele in einem solchen Zusammenhang dazu bereit wären.

Ich appelliere an die Bundesregierung und an den Bundesvorstand der Union, die Initiative für diese beiden entscheidenden Schritte zu ergreifen. Wir sind dies den Hunderttausenden arbeitsloser Menschen in unserem Land schuldig, die sonst durch Langzeitarbeitslosigkeit zerbrechen und vor die Hunde gehen werden. Wir sind dies auch unseren Wählern schuldig, den Wählern unserer Partei, die eine Einlösung unserer Versprechen erwarten, die Taten von uns erwarten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Kauder das Wort gebe, muß ich eine Bemerkung machen. Ich habe jetzt noch vier Wortmeldungen zur Aussprache über die heutigen Berichte. Wir wollen diese Aussprache dann abschließen. Ich bitte die nächsten vier Redner, sich etwas kürzer zu fassen. Danke schön.

Herr Kauder, bitte.

Volker Kauder: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich hatte vor, es sehr kurz zu machen. Ich bin Vorsitzender einer baden-württembergischen Kreispartei, und auch ich habe manches zu dem anzumerken, was in der Bundespolitik geschieht. Ich sage Ihnen aber, wir haben diesen Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg nicht damit gewonnen, daß wir nur an der Basis herumgemäkelt haben, sondern daß wir gekämpft haben.

(Beifall)

Wenn wir als kleine Funktionäre noch vieles, was an uns herangetragen wird, wie ein Schalltrichter verstärken, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Stimmung an der Basis immer noch schlechter wird.

(Beifall)

Damit, liebe Parteifreunde, will ich nicht sagen, daß alles in unserer Partei in Ordnung ist, aber es muß auch dazugehören, einmal die Faust in der Tasche zu ballen und weiterzumachen. Dies habe ich in den vergangenen Monaten häufiger getan.

Ich hätte gewünscht, daß Franz Josef Strauß jetzt noch da wäre, daß ich ihm dies persönlich hätte sagen können, auch wenn er nur Grußredner war und man Gäste ja nicht düpieren soll. Wir haben an der Basis mehrfach erlebt, daß wir uns geärgert haben, was immer aus München gekommen ist, wenn wir eine Strategie hatten.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich mache es mir nicht so einfach, nur zum Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler zu sagen: Zieh mal die Leute an den Ohren, sondern ich sage auch: Wir müssen Konsequenzen ziehen und die ewigen Streithähne bei den nächsten Wahlen zum Bundesvorstand und bei anderen Wahlen zur Rechenschaft ziehen. Auch hier ist die Partei aufgerufen.

(Beifall)

Wenn wir mehr Verantwortung in unserer Partei wollen – dazu wird am Mittwoch einiges zu sagen sein –, dann dürfen wir nicht immer nur auf den Bundesvorsitzenden gucken, sondern müssen dort, wo wir Verantwortung haben, selbst hinlangen. Dazu sind wir bereit, dazu müssen wir bereit sein.

Betreffend die Parteiarbeit habe ich manche Anmerkung auch dazu, wie die Anträge zu diesem Bundesparteitag vorbereitet und vorgelegt wurden. Dies dann am Mittwoch. Seien wir aber nicht so zaghaft, daß wir nur auf den Bundesvorsitzenden schauen, wie er es wohl macht, sondern stehen wir ihm in den Fragen zur Seite, wo wir können.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Kauder. Sie merken an dem Applaus, daß Ihnen der Parteitag für diese klaren Worte dankbar ist.

Als nächster hat Herr Felleisen das Wort.

Lothar Felleisen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin schon zehn Jahre Delegierter auf dem Bundesparteitag und bin schon 15 Jahre im Kreistag tätig. Ich muß einiges von unserer Basis vortragen. Ich habe es noch nie getan, Herr Vorsitzender, aber ich bin gebeten worden, jetzt doch einiges zu sagen, will mich aber kurz fassen, weil einiges schon vorgetragen wurde.

Der Herr Stoltenberg spricht immer von Steuererleichterung. Ich muß sagen, ein Verdiener mit 2500 DM hat 30 DM Steuererleichterung. Und was hat er jetzt? Ich wohne im ländlichen Raum. Heizöl, Benzin und alles wird teurer, bloß das Flugbenzin nicht. Ich sage Ihnen, liebe Parteifreunde, die Kleinen und die Wähler draußen sagen, wer mit dem Flugzeug fliegt und wer in Urlaub fährt, der soll es auch bezahlen. Und die, die Privatmaschinen haben, können, wie ich glaube, die Steuer auch bezahlen, genau wie jeder kleine Mann auch.

(Beifall)

Herr Vorsitzender, ich habe schon viele Wahlkämpfe miterlebt. Lassen Sie nicht zu, daß sich das Sommertheater wiederholt. Machen Sie es wie unser Freund Lothar Späth, der sagt: Heute wird diskutiert, dann wird geschafft, und morgen bekommen unsere Wähler und unsere Freunde das Ergebnis gesagt. So wird eine Politik möglich und ist gut zu verkaufen. Ich meine, unsere gute Politik im Bund wird von den Journalisten schlecht verkauft, wenn ich hier einmal etwas Negatives sagen darf, die CDU wird immer ans Ende gerückt. Unsere CDU-Politik gehört besser verkauft.

Nun möchte ich noch etwas zu Herrn Schwarz-Schilling sagen. Wir können noch mehr reformieren. Herr Vorsitzender, wenn Sie in vier Jahren alles reformieren wollen, bin ich der Meinung, daß wir vielleicht vor lauter Reformationen nicht mehr gewählt

werden können. Wir sollten das etwas aufteilen. Es ist auch in der Zeit danach möglich, das zu tun.

Herr Blüm, jetzt kommen Sie ein bißchen dran.

(Heiterkeit)

Sie sagen immer, Leistung soll bezahlt werden. Liebe Parteifreunde, das sagt mir unser Sozialamt: Ein Lediger bekommt 1120 DM Sozialhilfe, verheiratet mit einem Kind gibt es 1830 DM, mit zwei Kindern 2180 DM. Ich wohne im ländlichen Raum. Wer 2000 DM bei normaler Stundenzahl verdient, verdient gut. Jetzt frage ich Sie: Ist da noch Leistung zu bezahlen, oder wird das uninteressant? Gehe ich nicht besser zum Sozialamt und hole mir meine Sozialhilfe? Es sollte doch Leistung bezahlt werden.

(Beifall)

Ich möchte Sie wirklich bitten, Herr Blüm, das aufzunehmen. Ich bin der Auffassung wie unser Parteifreund Lothar Späth, der sagt: Wer nicht schaffen will und wer zweimal angebotene Arbeit verweigert, soll einfach ein Drittel gestrichen bekommen, damit das Arbeiten wieder interessant wird.

Wenn ein Sozialhilfeempfänger leichter das Geld holen kann als derjenige, der schaffen muß, wird Leistung nicht belohnt. Ich bin nicht etwa dafür, daß man die Sozialleistungen streicht. Ich bin aber der Meinung – darum möchte ich die CDU bitten –, daß derjenige, der schafft, mehr haben soll. Derjenige, der schafft, sollte nicht mit 1500, 1600 oder 1700 DM heimgehen. Er sollte etwas mehr bekommen als derjenige, der Sozialhilfe bekommt.

Liebe Parteifreunde, das wär's. Ich sage zum Schluß: Wir müssen gute Politik machen. Wahltag ist Zahltag.

Danke schön!

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Felleisen. Als nächster hat Peter Hans aus dem Saarland das Wort.

Peter Hans: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich hatte heute morgen und während der langen Rituale und der Präliminarien ausgiebig Zeit, mir vorzustellen, wir wären hier die Aktionärsversammlung eines Unternehmens, dessen Aktienkurse innerhalb eines Jahres so gefallen sind wie die der CDU. Ich frage mich, wie die Aktionäre eines solchen Unternehmens wohl mit ihrem Vorstand umgesprungen wären. Die Antwort überlasse ich Ihrer Phantasie.

Es ist hier schon verschiedentlich angesprochen worden, was unsere Kunden alles nicht verstehen. Ich verzichte darauf, es zu wiederholen. Diese und andere Ungereimtheiten könnte aber noch nicht einmal eine weitaus bessere Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, als wir sie haben, in den Griff bekommen. Viele unserer Mitglieder haben den Eindruck – ich höre das Tag für Tag in unseren Versammlungen –, daß im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit in Bonn keine Profitruppe agiert, sondern lediglich eine Laienspielschar.

Herr Bundeskanzler, die Feststellung, daß die Karawane weiterzieht – ein Vorredner hat bereits darauf hingewiesen –, wäre in dieser Situation zu kurz gegriffen, wenn sie

nur eine Variante des einfachen „Weiter so!“ wäre. Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, wir müssen aufpassen, daß die Karawane CDU nicht in der Wüste liegenbleibt. Wenn die Kamele nicht mehr wollen, hilft auch der beste Kompaß nichts mehr. Die Mitglieder erwarten vom Führer der Karawane, daß er ihnen sagt, wo es entlanggeht, wo das Ziel liegt. Sie erwarten, daß nicht der eine Treiber hü und der andere Treiber hott schreit.

(Beifall)

Nur dann, liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde, sind die Kamele wieder bereit, Wasser zu saufen und diesen mühsamen Weg zu Ende zu gehen.

(Beifall)

Frau Ottilie Geschka, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Professor Scheuch das Wort.

Prof. Dr. Erwin Scheuch: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Hochverehrtes Präsidium! Ich möchte eine Teilerklärung zu geben versuchen, warum die Wahlerfolge nicht so sind, wie man sie erhoffte, warum wir Mitglieder verlieren und warum es irgendeiner Änderung bedarf, wenn wir 1990 erfolgreich sein wollen. Einen der Gründe, vielleicht den wichtigsten Grund sehe ich in der merkwürdigen Darstellungsart unserer Politik. Sie hat für mich Ähnlichkeiten mit den Merkmalen der Studentenpolitik und ist meiner Ansicht nach eine Folge der Akademisierung des Staates. Wir sind nicht die einzige Institution, die darunter leidet, daß nun Unarten der Studentenpolitik in Institutionen durchschlagen. Die Gewerkschaften haben damit auch Probleme.

Ich nenne einige der Probleme, die ich bei uns sehe. Erstens. Die Überversorgung mit Grundsatzpapieren ist ein typisches Merkmal des an der Universität erlernten Stils.

(Beifall)

Man muß dauernd – jedes Semester – an den Papieren seine Arbeitskraft demonstrieren.

Zweitens nenne ich das, was ich als Themen-Pingpong bezeichnen möchte. Das geht an der Universität so zu: Gruppe A sagt etwas zum Thema X; dann muß die Gruppe B ebenfalls und die Gruppe C auch etwas dazu sagen. Damit verbunden ist das Bedürfnis, immer wieder neue Themen hochzuziehen, weil man glaubt, die Aufmerksamkeit nutze sich sofort ab. Durch das Themen-Pingpong und die Orientierung an immer neuen Themen kommt eine unglaubliche Hektik in die Tagespolitik.

Sie ist mit einer Vorliebe für Themen verbunden, die man moralisieren kann, denn moralisierungsfähige Themen haben einen Vorzug: Man braucht dafür keinen Sachverstand.

(Heiterkeit und Beifall)

Daraus resultieren aber Gefahren in einer pluralistischen Gesellschaft, in der ja in vielen Moralfragen eben kein Konsensus besteht. Eine Partei wäre also gut beraten, wenige und nur unabwendbare Moralfragen aufzugreifen, etwa solche im Zusammenhang mit der Abtreibung. Sie sollte aber nicht wie ein Trüffelhund schnüffelnd suchen, ob sie nicht irgendwo noch eine Moralwurzel ausgraben kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich meine, es steht einer Partei gut an, sich thematisch strikt selbst zu begrenzen. Eine Partei ist keine Kirche, und eine Partei hat auch keine Eignung zu einer allgemeinen geistigen Führung. Eine Partei ist eine politische Gruppierung, die sich, so meine ich, tunlichst auf das konzentrieren sollte, was ihr eigentlicher Auftrag ist. Alles andere hieße, sich zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, zu Recht ist hier die Wirtschaftspolitik als einer der Pluspunkte der Tätigkeit hervorgehoben worden. Wir müssen aber auch bekennen, daß wir auf einigen wichtigen Gebieten abstinent waren und auf einigen, die nicht so wichtig waren, äußerst hektisch. Zu den Gebieten, auf denen meines Erachtens eine Unterversorgung erfolgte, zähle ich die Medienpolitik, in der sehr viel schiefgelaufen ist und weiter schiefläuft.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wenn eine Partei denn schon geistig führen will, hier hat sie eine Möglichkeit. Ich sage dies insbesondere mit Blick auf die Zeitpolitik im Rahmen der Beschäftigungspolitik und der Arbeitsmarktpolitik. Wir haben uns hier auf die dumme Alternative „35-Stunden-Woche oder nicht?“ festgebissen. Es geht doch darum, Zeit so zu verteilen, wie sie sich bestens in das Leben der Menschen und in den Verlauf ihres Lebens einpaßt. Das wäre auch eine aktive Frauenpolitik. Wenn ich nämlich Teilzeitarbeit und Gleitzeit anbiete, mache ich Berufsarbeit und Existenz als Mutter versöhnbar.

(Vereinzelt Beifall)

Das bringt mehr als ein Frauenpapier, das den Bürokratisierungsgrad in der Partei nur noch erhöhen würde, weil immer wieder soundso viele Rechtfertigungen zu schreiben sind.

(Beifall)

Damit bin ich bei meinem letzten Punkt. Die ordnungspolitische Grundlinie der Partei bleibt blaß. Nicht selten höre ich von der CDU Vorschläge, die auf ein Mehr an Reglementierung zugunsten eines lobenswerten Zweckes hinauslaufen. Es ist ein lobenswerter Zweck, die Schwarzarbeit einzudämmen. Es bedeutet aber ein Mehr an Reglementierung, wenn die Verpflichtung eingeführt wird, einen Sozialversicherungsausweis mit sich zu führen. Damit wäre verbunden, daß allen möglichen Instanzen ein fortwährendes Kontrollrecht einzuräumen ist. Im Bereich der Krankenversicherung bedeutet die Erfindung des Medizinischen Dienstes mit seiner patientenscharfen Notierung jeder Handlung ein Mehr an Reglementierung, das uns eigentlich gar nicht erst hätte einfallen sollen, wenn wir denn nun dafür sind, daß nach Möglichkeit Steuerungskräfte der Individuen die gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmen.

Meine Damen und Herren, der Ansehensverlust der CDU ist um so beängstigender, weil der politische Gegner an Attraktivität sachlich nicht etwa zugenommen hat. Im Gegenteil! Wenn Sie nun einmal nicht das betrachten, was die SPD über sich selbst in der neuesten Kampagne – man sagt: mitten im Leben – sagt, sondern die real existierende SPD an der Basis besuchen und sich anschauen, was dort in den Büros an Schriften ausliegt, dann müssen Sie sagen: Es ist bedauerlich, daß es im Augenblick keine wirkliche Alternative zu einer CDU gibt. Diese Partei ist die einzige Chance, die dieses Land gegenwärtig hat.

Um so größer ist die Verantwortung, um so notwendiger ist es, nicht irgendwelche schicken Experimente weiterzuführen, die man an anderen Orten, z. B. in der Universität, ruhig gefahrlos unternehmen mag.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zum Abschluß der Aussprache zu den heutigen Berichten hat das Wort der Bundeskanzler, Dr. Helmut Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!

Es entspricht der Tradition und ist auch ein guter Brauch, daß der, der am meisten angesprochen worden ist – und das ist in diesem Fall der Bundesvorsitzende, über dessen Bericht die Generalaussprache geführt wurde –, natürlich auch selbst dazu antwortet.

Ich bitte um Vergebung, daß ich unmöglich auf alle Punkte eingehen kann. Aber einige wesentliche Punkte will ich ansprechen:

Ich will zunächst einmal ein Wort zu dem sagen, was wir hier machen. Wir diskutieren offen und kritisch miteinander. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Die Fähigkeit einer freien, einer demokratisch verfaßten Partei zur Kritik ist so notwendig wie die Luft zum Atmen.

Und, meine Damen und Herren, das praktizieren wir jedenfalls in den eineinhalb Jahrzehnten, in denen ich die Partei führe, ganz gewiß. Ich bin damals, 1973, in einer dramatischen Situation gewählt worden. Wer auf dem Hamburger Parteitag im Herbst 1973 dabei war, als es um die Frage der Mitbestimmung ging, der weiß: Eine so in die Tiefe gehende, ein Stück Zerrissenheit unserer Partei offenbarende Diskussion hat es in unserer Parteigeschichte selten gegeben.

Und so haben wir doch Schritt für Schritt – bis hin zu dem weiterhin gültigen Ludwigshafener Grundsatzprogramm – immer wieder miteinander diskutiert. Lassen Sie sich doch um Gottes willen nicht von außen den Unsinn aufreden, dies sei keine diskutierende Partei. Wir diskutieren so viel und so intensiv wie jede vergleichbare Partei in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Und ich habe vor allem enorm viel Verständnis, wenn jemand, wie es soeben einer unserer Freunde von der Saar – nämlich unser Delegierter Gehring – hier in einer ungewöhnlich sympathischen Weise getan hat, sagt, er wolle sich jetzt einmal „Luft machen“. Das finde ich gut. Das ist übrigens auch aus medizinischen Gründen gut,

(Heiterkeit)

aber es ist auch politisch gut. Es ist politisch gut, damit hier jeder einmal hört, was Gehör verdient. Nur sollten wir, so finde ich, dabei sowohl in der Sache als auch intellektuell redlich miteinander umgehen, ein paar Begriffe unter uns klären und uns nicht manche Diskussion von außen einreden lassen.

Es wird hier dauernd von einem „Ritual“ geredet. Meine Damen und Herren, es hat schon seinen Sinn, daß auf Bundesparteitagen – übrigens aller Parteien – Rechenschaftsberichte abgegeben werden. Und ich antworte ja hier auf eine Diskussion über meinen Rechenschaftsbericht.

Wenn einer hier meinte, ich sei – etwa von unserem Freund Walter Wallmann – zuviel gelobt worden, dann muß ich sagen: Ich habe einen gewissen Nachholbedarf an Lob durch die Partei.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin einer von denen, die offen zugeben, daß es mir an manchen Tagen auch einmal gut tut, wenn ich ein paar Streicheleinheiten bekomme. Und daß ich das als

Parteivorsitzender nach 15 Jahren bekomme, ist für mich kein Ritual, sondern ich bin dankbar dafür.

(Beifall)

Ich glaube – und ich werde am Mittwoch mehr dazu sagen –, eines unserer Hauptprobleme – und das müssen wir offen ansprechen – besteht darin, daß viele unserer Freunde, und noch mehr unserer Anhänger, den Wechsel von der Oppositions- zur Regierungsrolle noch nicht akzeptieren, zum Teil noch nicht einmal entdeckt haben.

In meiner Zeit als Parteivorsitzender sind über die Hälfte der Mitglieder, die jetzt die CDU Deutschlands bilden, in unsere Partei eingetreten – und das heißt: in der Oppositionszeit.

Viele haben damals natürlich ein ganz bestimmtes Verständnis von Politik gehabt. Ich selbst schließe mich da auch nicht aus. Ich war ja Oppositionsführer im Deutschen Bundestag. Es gibt hier auf diesem Parteitag Oppositionsführer aus Landtagen, und es gibt solche, die ihre Rolle gewechselt haben – wie ich auch. Und wahr ist natürlich, daß die eine oder andere Forderung – auch auf einem Parteitag – sehr viel leichter zu stellen ist, wenn man in der Opposition ist, als wenn man den Regierungschef und die Ressortminister am Tisch sitzen hat, die morgen danach gefragt werden: Wie wirst du das in der Praxis dann realisieren?

Aber, liebe Freunde, das habe ich Ihnen gesagt. Ich habe immer gesagt – in der Wahlnacht und vor allem am 1. Oktober 1982 –: Dies wird ein steiniger, ein dorniger, ein steiler Weg. Ich habe niemanden in die Illusion versetzt, daß man nur die CDU wählen müsse – und die Probleme seien gelöst. Mehr als ein Jahrzehnt haben sich die Probleme durch Untätigkeit unserer Vorgänger-Regierungen angestaut und sind keiner Lösung zugeführt worden.

(Zustimmung)

Und wenn einer unserer Freunde hier vorhin gefragt hat „Warum macht ihr diese Projekte alle auf einmal, warum verteilt ihr das nicht auf die nächste Legislaturperiode?“, dann sage ich Ihnen aus meiner Überzeugung – auch dazu stehe ich –: weil wir keine Zeit haben, weil die Geschichte uns die Zeit nicht läßt. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir – unter Zugrundelegung internationaler Bezüge – aus der ersten Liga der Nationen absteigen.

(Beifall)

Ich habe heute früh gesagt, daß wir – aus Gründen, die niemand von uns zu vertreten hat – das Jahr 1990 angesichts von acht Wahlen für parlamentarisch wirklich sensible Arbeit praktisch streichen müssen. Sie würden mir doch mit Recht Vorwürfe machen, wenn ich hier einen Terminplan für unsere Arbeit aufstelle und im Kalender nicht das ganze Jahr 1990 für den Wahlkampf einplane.

Wir haben ja eine zusätzliche Zeitverzögerung erfahren: Ich wußte so wenig wie irgend jemand hier im Saal, daß wir die Wahl in Schleswig-Holstein vom September vergangenen Jahres jetzt wiederholen mußten. Wir haben auch dadurch noch einmal Zeit für unsere Arbeit verloren. Ergebnis: Wir müssen jetzt das, was notwendig ist, um der Zukunft des Landes willen durchsetzen – mit knappen Zeitperspektiven auch für die Kollegen, die im Parlament die Arbeit machen müssen. Ich weiß, daß es schwierig ist, die Gründe für unseren Mangel an Zeit in der Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Es ist auch wahr – und der Kreisvorsitzende aus Baden-Württemberg hat es soeben in einer für mich sehr überzeugenden Weise angesprochen –, daß wir uns das Leben erleichtern könnten.

Wir könnten uns zum einen das Leben in der Koalition erleichtern, in der eine zum Teil völlig sinnlose Profilierung stattfindet. Denn eines ist doch klar: Entweder die Koalition gewinnt – dann gewinnt sie gemeinsam –, oder sie verliert – dann verliert sie gemeinsam –; das ist eine einfache Faustregel.

(Beifall)

Aber meine Damen und Herren, wenn dies so ist, dann gilt das nicht nur für mich, sondern für uns alle. Und das führt mich zu einem anderen Punkt: Die Profilierung von so vielen einzelnen findet auch deswegen statt, weil das Bestrafungspotential, das unsereiner hat, relativ gering ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Was ich tun kann – und auch tun werde, wenn es not tut, – ist, daß ich dem oder jenem die gelbe und, wenn's sein muß, die rote Karte zeige; das ist mein Problem nicht.

(Beifall)

Nur: Die meisten, meine Damen und Herren, über die Sie sich ärgern, stehen doch gar nicht in der offiziellen Mannschaft, sondern die sprechen vom Spielfeldrand aus. Und ich bin nicht in der Lage der UEFA, jemanden schicken zu können, der diejenigen wegschickt, die am Spielfeldrand stehen und stören. Das ist doch das praktische Problem, vor dem ich stehe.

(Beifall)

Und wenn Sie mir also sagen: „Zieh' dem oder jenem an den Ohren“, dann schauen Sie sich doch einmal die Ohren an, meine Damen und Herren, an denen ich da ziehen soll.

(Heiterkeit)

Sie wissen genau, wovon ich rede. Deswegen finde ich es schlecht und töricht, wenn der eine oder andere – und das sage ich jetzt einmal mit Härte – an alles glaubt, was da in irgendeiner Postille geschrieben wird.

Natürlich habe ich die Richtlinienkompetenz. Und überall dort, wo ich sie nach der Verfassung und der gesamtpolitischen Lage wirklich wahrnehmen konnte, habe ich sie doch wahrgenommen.

Erinnern Sie sich doch an den Spätsommer vergangenen Jahres, als es um die Pershing la ging. In diesen Tagen hat Generalsekretär Gorbatschow – ebenso wie Präsident Reagan in seinem Schreiben aus der Nacht der Unterzeichnung des INF-Vertrages – noch einmal deutlich gemacht, daß diese deutsche Entscheidung wesentlich zu dem Abrüstungserfolg beigetragen hat. Ja, liebe Freunde, war das nun eine Richtlinienentscheidung oder war es keine?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein Wort zur Koalition. Was wir da erleben, ist doch alles nichts Neues. Dies ist, glaube ich, jetzt mein 34. Bundesparteitag. In früheren Zeiten gab es genau solche Probleme, wie wir sie haben, auch. Ich habe kürzlich einigen Kollegen Kopien zweier Schreiben von Konrad Adenauer vom Anfang der 50er und aus den 60er Jahren überreicht und hatte zuvor die Unterschrift und das Datum geschwärzt. Alle waren der Meinung, die Briefe stammten von mir. Ich bin bereit, sie auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Wir sehen: Probleme in der Koalition gab es auch damals. Auch heute haben wir Partner – nicht nur in der FDP, auch in München –, die wiederum ihre Probleme haben, wie jeder unschwer erkennen kann.

Der Ärger über das öffentliche Bild ist berechtigt. Aber bitte hören Sie auf, vom „Verkaufen“ und vom „besseren Verkaufen“ unserer Politik zu reden! Wenn wir in der Koalition spät in der Nacht eine Entscheidung treffen und am nächsten Morgen sitzt jemand schon um 6 Uhr früh am Mikrofon, der noch nicht einmal den Text gelesen hat, und kommentiert diese Ereignisse im Radio – dann kann unser Freund Friedhelm Ost tun, was er will: Da ist angesichts eines solchen Mangels an Disziplin nichts „zu verkaufen“.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Ich habe in einer Demokratie nicht viele Möglichkeiten durchzugreifen. Sie haben bei Neuwahlen auf dem Parteitag ganz andere Möglichkeiten als ich. Ich bekenne mich zu der Aufforderung, die der Kreisvorsitzende aus Baden-Württemberg eben ausgesprochen hat.

Da ist noch etwas: Wir regieren mit einer Koalition, und „Koalition“ heißt doch, daß wir Kompromisse machen müssen. Sie können in einer Koalition nicht so tun, als seien Sie allein in der Mehrheit. Ich höre – vor allen Dingen auch aus der Wirtschaft – immer diese Hinweise: So wie in Großbritannien müßte man das machen, da kann man durchgreifen. – Nun, meine Damen und Herren, Margaret Thatcher hat mit etwa einem Drittel der Wahlberechtigten bei der letzten Wahl in Großbritannien etwa 60 % der Mandate erhalten. Mit einem ähnlichen Wahlrecht – in der Bundesrepublik Deutschland – hätten wir seit geraumer Zeit die absolute Mehrheit. Ob das übrigens so gut wäre, bezweifle ich auf Grund unserer Erfahrungen, aber ich will das jetzt nicht näher untersuchen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich will nur sagen: Die Vergleiche hinken alle. Es ist ein mühsames Geschäft, in einer Koalition zu arbeiten, und wir müssen dabei immer zu einem Kompromiß kommen – übrigens auch innerhalb dieser Volkspartei CDU. Ich habe mit großem Interesse die Redner eben gehört; sie sind nahezu alle beklatscht worden. Aber es waren zum Teil völlig konträre Meinungen, die hier beklatscht worden sind. Das will ich doch immerhin einmal gesagt haben.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn wir alles das machen würden, was hier gesagt wurde, würde ein seltsames Bild von der CDU entstehen. Damit meine ich: Sagen Sie nicht nur, „die da oben“, sondern fragen Sie selbst: „Was ist realisierbar und was nicht?“

Da war noch ein Punkt, zu dem ich etwas sagen will, weil er von einem unserer Freunde – wie ich unterstellen will, ohne böse Absicht – aufgenommen wurde, der ebenso falsch wie aus der Propagandaküche unserer politischen Feinde – ich sage hier ganz bewußt: „Feinde“, und nicht nur unserer politischen Gegner – entliehen ist. Diese Koalition – dies behaupte ich – ist gegenwärtig die erfolgreichste Regierung in Europa; das können Sie an vielen Indikatoren messen. Dennoch wird auf mich bezogen gesagt, daß der Chef dieser Regierung – der ja wohl auch etwas mit den Regierungsgeschäften zu tun haben muß – Probleme sozusagen „aussitzt“. Wissen Sie, diese Behauptung ist deswegen so abwegig, weil das Gegenteil für jeden erkennbar ist. Ich zähle nur die wesentlichsten Punkte des angeblichen „Aussitzens“ auf: Da gab es die Stationierung. Liebe Freunde, ich weiß nicht, wie ein Bundespartei-

tag im Oktober 1983 abgestimmt hätte, wenn ich die konsequente Haltung, die ich durchgesetzt habe – und die Sie dann mitgetragen haben – damals zur Abstimmung gestellt hätte.

Ich weiß nicht, liebe Freunde, wie ein Bundesparteitag abgestimmt hätte, als ich gesagt habe – übrigens mit Unterstützung von Franz Josef Strauß, die sehr hilfreich war: Wir geben jetzt die Bürgschaft für den Milliardenkredit von deutschen Banken an die DDR, weil wir damit eine bestimmte Politik einleiten – nämlich eine Politik, die dazu führt, daß – nach der Entwicklung der Zahlen – in diesem Jahr wiederum schätzungsweise zwischen vier und fünf Millionen Menschen aus der DDR zu uns zu Besuch kommen können. Die Mauer ist zwar nicht verschwunden, aber die Grenzen sind durchlässiger geworden. Diese Entscheidung war doch heftig umstritten! War das „Aussitzen“?

Ich nehme ein anderes Beispiel, das uns in der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1985 bitter weh getan hat: der Streit um die Einführung des Katalysators. Ist nicht auch für manche in unserer Partei die Welt beinahe eingestürzt, haben nicht manche gefragt, wie man so etwas Abwegiges so schnell – und auch noch in einer europäischen Pilotfunktion – machen kann? Einer der deutschen Unternehmer, der sich jetzt nicht genug rühmen kann, daß er mehr Autos als je zuvor verkauft, hat damals gesagt: Die Einführung des Katalysators wird Massenarbeitslosigkeit bringen – das hat der Mann acht Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen gesagt, und unsere Gegner haben es dort gegen uns ausgenutzt. Jetzt laufen die Modelle desselben Unternehmens als ein Weiterfolg – nicht zuletzt wegen des Katalysators. In Sachen Umweltschutz, liebe Freunde, brauchen wir uns von niemandem in diesem Lande etwas vormachen zu lassen. Lange vor allen anderen haben wir wichtige Entscheidungen durchgesetzt. Wenn Willy Brandt 1972 oder Helmut Schmidt 1974/75 den Katalysator eingeführt hätten, als es die Japaner und die Amerikaner taten, wäre das Thema längst abgehakt.

Ich nenne ein anderes Thema, bei dem es sich doch gezeigt hat, daß wir – in diesem Fall vor allem Norbert Blüm und ich – keinen Millimeter zurückgewichen sind: das Thema § 116 AFG. Wer hat uns nicht alles empfohlen, hier vor der geballten Macht des DGB zurückzuweichen. Weder Norbert Blüm noch ich sind DGB-feindlich; es ist doch Quatsch, wenn das erzählt wird. Um was ging es denn? In der entscheidenden Besprechung habe ich, als wir nahe an einer Verständigung waren, zu Herrn Breit gesagt: Wir werden nicht dulden, daß in Zukunft auf dem Weg des sogenannten „Minimax-Streiks“ – d. h. der Bestreikung eines ausgewählten Teils der Betriebe – ein großer Bereich der Wirtschaft lahmgelegt werden kann und das dann von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bezahlt wird. Das heißt nichts anderes, als daß man ohne eigenes Risiko auf der einen Seite der Tarifpartner – nach dem Motto „Wenn dein starker Arm dies will“ – unser Gemeinwesen stilllegt. – Liebe Freunde, ich will Ihnen nicht vorlesen, wer mir in jenen Tagen vor Weihnachten alles gesagt hat: „Die falsche Schlacht zum falschen Zeitpunkt“. – Wir hätten in den Jahren seit der Novellierung des § 116 AFG eine Summe von Streiks bekommen, wenn wir nicht zu unseren Entscheidungen gestanden und das durchgestanden hätten.

(Beifall)

Ich nenne ein weiteres Beispiel: die Agrarpolitik. Ich weiß, daß die Bauern auf Ignaz Kiechle, auf mich und auf die Union überhaupt schimpfen. Aber wir sind eigentlich

diejenigen, die nur als Konkursverwalter einer falschen Politik in den Jahren zuvor jetzt die Prügel einstecken.

(Vereinzelter Beifall)

Ich war nicht der Erfinder der Überproduktion. Ich habe schon vor Jahrzehnten, als Herr Mansholt das Landeskabinett in Mainz besuchte, gesagt: Das, was Sie hier machen, kann nicht klappen. Mächtige Gruppen – angefangen von den Bauernverbänden über die Agrarwissenschaftler bis zur Agrarpolitik –, die jetzt zum Teil ganz anders reden, waren damals für diese Politik.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bei der entscheidenden Tagung in Brüssel habe ich zwar beinahe zweimal 24 Stunden die Nächte hindurch gegessen – aber wir haben das Problem nicht „ausgegessen“. Wir haben eine Wende herbeigeführt, die – das gebe ich zu – noch drei, vier vielleicht fünf Jahre dauern wird. Hätte man das vor zehn Jahren gemacht, wäre auch dieses Problem längst ausgestanden.

(Beifall)

Jetzt, liebe Freunde, sehen wir ein weiteres Beispiel. Norbert Blüm ist von einem der Kollegen und Freunde eben zu Recht gerühmt worden. Was sich bei den Protesten gegen die Reform des Gesundheitswesens ereignet, ist oft nichts anderes als eine große Heuchelei. Jeder, der klar denken kann – das ist immer noch die große Mehrheit der Bevölkerung – erkennt unschwer, daß es so nicht weitergehen kann. Wir sind in dieser Frage keinen Millimeter zurückgewichen – Herr Professor Scheuch, auch hier keinen Millimeter! – vor den ganzen Drohungen „Das ist eine Kriegserklärung an die pharmazeutische Industrie“ – und was ich alles gehört habe. Meine Damen und Herren, ich habe meinen Amtseid auf die Wohlfahrt des Landes und nicht einer Gruppe abgelegt, und daran werde ich mich halten.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ich weiß, daß wir Fehler gemacht haben; ich doch auch. Ich will auch einmal zugunsten eines Kollegen, der betroffen ist, sagen: Wer das Arbeitspensum von Gerhard Stoltenberg miterlebt hat, und die spezielle Belastung, die er in seinem Heimatbereich in den letzten Monaten ertragen hat, der kann nur Respekt haben vor dem Mann.

(Beifall)

Nicht jeder von uns hat die gleiche Konstitution. Wer so oft wie ich erlebt hat, daß bestimmte Druckerzeugnisse den nahen Sturz prophezeiten, der ist in dieser Frage etwas abgeklärter; das gebe ich zu. Aber das ist nicht jedermanns Sache.

Aber meine Sache ist – und das sage ich hier –, zu Kollegen zu stehen, die in besonderen Schwierigkeiten sind. Ich bin damals nicht in einen Interessenverband eingetreten, als ich Mitglied der CDU wurde. Mich hat vielmehr ein bestimmtes Geschichtsbild geleitet, ein bestimmtes Bild vom Menschen – und das leitet mich heute noch.

Um das festzustellen, brauche ich keine Basiserfahrung, die ich natürlich auch habe: Ich war Ortsvorsitzender, Kreisvorsitzender, Bezirksvorsitzender, Landesvorsitzender. Etwas Ahnung habe ich von unserem „Geschäft“ auch. Nur: wenn eine Regierung in kurzer Zeit aus Gründen, die man bestreiten mag – doch ich stehe zu meiner Meinung –, so viele Entscheidungen treffen muß wie wir, ist nicht alles, wie ich zugebe, bis ins letzte Detail auf's beste gemacht.

Wir stehen weiterhin vor schwierigen Entscheidungen. Alles, was jetzt mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes zusammenhängt macht auch Probleme. Nur: wenn wir dann in die Bundestagswahl 1994 ziehen, werden uns die Wähler auch fragen, was wir in der CDU oder der CSU gemacht haben. Sie werden uns die Frage nach der Sicherung der Zukunft vorlegen – so wie es hier steht: ob wir in unserer Politik „grundsatztreu und zukunfts offen“ waren. Da werden wir noch viel umdenken müssen.

Einer der Delegierten hat vorhin darauf hingewiesen – er hat recht; er hätte sogar einen Parteitagbeschuß zitieren können –, daß wir etwa in der Frage der Ausbildungszeiten unseren Verpflichtungen nicht nachkämen. Ich möchte dazu ganz ruhig sagen: In ein paar Tagen werden wir uns in Hannover treffen. Wir werden dort auf dem EG-Gipfel über die Anerkennung von Zertifikaten und Diplomen zu reden haben. Die jungen Deutschen gehen mit schlechteren Karten nach der Vollendung des Binnenmarktes in die Konkurrenz mit ihren Altersgenossen in Europa. Das hängt mit unserem Ausbildungssystem zusammen.

Ein Junge kommt heute mit sechs Jahren in die Grundschule. Mit zehn Jahren kommt er auf das Gymnasium. Normalerweise verläßt er es mit 19 Jahren. Zukünftig muß er dann 18 Monate zur Bundeswehr. Ich füge hinzu: Wir brauchen auch Abiturienten, die Reserveoffiziere werden und zwei Jahre – "Z 2" – dienen. Dann studiert ein angehender deutscher Naturwissenschaftler – ich nenne als Beispiel diese wichtige Zukunftsgruppe –, bis er 30 Jahre alt ist.

Mit 60, 62 geht er in Pension. Andere sagen, er solle mit 58 in Pension gehen; ich sage das überhaupt nicht, damit kein Zweifel aufkommt.

(Heiterkeit)

Die Lebenserwartung des Mannes liegt in der Bundesrepublik bei ungefähr 76 Jahren. 30 plus 16 Jahre, d. h. Kindheit, Ausbildung und Pension umfassen zusammen 46 Jahre. 30 Jahre ist er hingegen nur im Beruf. Und dann soll Norbert Blüm eine Rentenrechnung aufmachen, die noch stimmt. Ja, meine Damen und Herren, lassen Sie uns umdenken, aber sagen Sie nicht nur: das muß der Helmut Kohl machen. Überall dort, wo Sie sitzen und Verantwortung tragen, z. B. in den Landtagen, müssen Sie dann sagen: Wir müssen unsere Ausbildungszeiten verkürzen.

(Beifall)

Wir können nicht erwarten, daß der junge Deutsche erst mit 30 seine Ausbildung abschließt, während der junge Franzose, Italiener oder Engländer mit 25 Jahren fertig ist. Es bleibt also noch viel zu tun.

Dann ist das Stichwort vom „Jugendkult“ gefallen. Ich bin da – hoffentlich unbewußt – fehlinterpretiert worden. Ich habe wirklich nichts gegen junge Leute. Ich würde mich ja selbst lächerlich machen, denn ich war in allen Ämtern immer der Jüngste – das wissen Sie vermutlich so gut wie ich. Nein, ich wende mich gegen etwas anderes. Ich habe diese Aussage festgemacht am Beispiel des 52jährigen Angestellten, der angeblich zu alt ist. Ich halte eine Gesellschaft für töricht, die jemanden, der über 50 ist, keine Lebensperspektive mehr im Beruf gibt.

Ich halte eine solche Gesellschaft im übrigen für verschwenderisch; denn sie wirft die Weisheit und die Lebenserfahrung einer ganzen Generation werden weg.

(Beifall)

Liebe Freunde, in einem Augenblick, in dem körperliche Arbeit in den meisten Betrieben immer weiter zurückgeht, in dem wir eine Umwandlung der Gesellschaft von der klassischen Arbeitergesellschaft in eine Angestelltengesellschaft erfahren – ich brauche Ihnen das alles nicht zu erläutern; Sie wissen das –, wird hierzulande so getan, als hätten wir auf Dauer einen Überschuß an Arbeitskräften. Den haben wir nicht. Ich bitte wirklich, das zu bedenken, wenn Sie weiter über Arbeitszeitverkürzung nachdenken. Wir haben diesen Überschuß nicht.

Unter diesem Gesichtspunkt bin ich um jeden unserer Landsleute froh, der aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa zu uns kommt. Manche glauben wohl, daß eine Gesellschaft möglich ist, in der nur noch Gastarbeiter „für's Größte“ gebraucht werden. Das ist eine Vorstellung des ausgehenden römischen Reiches, sie entspricht aber nicht den Vorstellungen, die wir in der Bundesrepublik Deutschland haben.
(Beifall)

In diesem Zusammenhang komme ich zum Thema Arbeitslosigkeit. Das ist ein bedrückendes Problem. Aber ich opponiere gegen den Begriff, den uns die anderen aufgedrängt haben: „Massenarbeitslosigkeit“. Ich sage hier einmal offen, wie mir bei dieser Debatte zumute ist.

Wir haben fast 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Wahr ist, daß jetzt – leider auf lange, lange Zeit zum letzten Mal –, der letzte geburtenstarke Jahrgang ins Berufsleben kommt.

Wahr ist auch, daß sich das Selbstverständnis der Frauen – gerade auch hinsichtlich ihres zweiten oder dritten Lebensabschnitts – und das Vertrauen in unsere Volkswirtschaft – das ist ein Kompliment an unsere Wirtschaftspolitik – dazu geführt haben, daß viele hunderttausend Frauen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt kommen.

Wahr ist schließlich auch, daß wir angesichts der Veränderungen in unserer Gesellschaft – Sie können das in jedem Betrieb erkennen – zunehmend vor dem Problem stehen, minder qualifizierte Leute in Arbeit zu bringen. Das eigentliche Problem der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ist vor allem auch ein Problem der Qualifikation. Da müssen wir mehr Geld einsetzen, da müssen wir mehr tun.

(Beifall)

Hier ist doch die Volkspartei CDU gefordert. In ihr ist doch der Handwerksmeister und der Unternehmer Mitglied. Reden Sie einmal in Städten, die eine Arbeitslosenquote von 12 % oder 14 % aufweisen, mit einem Meister. Der wird Ihnen dann erklären: Ich finde niemanden, wenn ich beim Arbeitsamt nachfrage. Auch das ist Realität.

Hier geht es doch nicht darum – wie einige meinen –, daß wir die Statistik irgendwie schönen wollen, weil wir mit dem Problem nicht fertig werden. Aber es ist doch wahr, daß unter den Arbeitslosen, die gezählt werden, eine Menge Leute sind, die entweder schwarz arbeiten oder die gar nicht die Absicht haben zu arbeiten. Beides gibt es, und auch das gehört zur Wahrheit in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche mit Norbert Blüm und anderen darüber geführt, was wir tun können, um die Qualifikation zu verbessern. Liebe Freunde, darin steckt natürlich ein weiteres Problem: Der klassische Hilfsarbeiter ist auf vielen deutschen Fabrikhöfen nicht mehr gefragt. Als ich als Schüler auf dem Bau zu arbeiten begann, hatte ich die Funktion eines Hilfsarbeiters wahrzunehmen. In vergleichbaren kleinen mittelständischen Bauunternehmen gibt es heute solche

Hilfsarbeiter überhaupt nicht mehr. Es sind völlig andere Qualifikationen gefragt. Wir sind in der Gesellschaft weit vorangekommen – weiter als es sich etwa bei den Analysen über den Arbeitsmarkt niederschlägt. Wir müssen umschichten und mehr Geld für die Qualifikation zur Verfügung stellen. Das halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben.

(Beifall)

Herr Professor Scheuch, ich gehöre nicht zu denen, die in der Politik immer neue Themen aufbringen. Aber jeden Tag werden neue Themen im Lande erfunden. Wir haben inzwischen in einem Teil der Medienlandschaft eine Situation, die kürzlich im deutschen Fernsehen zu Recht so charakterisiert wurde: Politik als Unterhaltung. Das Schlimme ist nur, daß viele Politiker nicht die nötige Würde haben, es abzulehnen, sich als Gegenstand solcher Unterhaltung gebrauchen zu lassen.

(Beifall)

Sehen Sie, wenn Politik Unterhaltung ist, dann darf man sich nicht wundern, daß alle möglichen Themen hochkommen.

Liebe Freunde, wir sind natürlich auch ein Land, von dem Konrad Adenauer einmal gesagt hat, daß es deswegen so schwer zu regieren sei, weil es leicht zur Hysterie neige. Ich gehe nicht so weit; ich bin übrigens ja auch noch nicht so alt wie er.

(Heiterkeit)

Aber, meine Damen und Herren, ich finde schon, daß es uns betroffen machen muß, wie etwa Woche für Woche irgendein anderes Thema hochgeblasen wird – und acht Tage später ist es völlig vergessen. Es hat zwischenzeitlich trotzdem die Medien und die Politik zutiefst beschäftigt.

Das heißt also: Wir dürfen uns nicht jedes beliebige Thema aufdrängen lassen. Aber wir müssen zu Themen, die einfach da sind, natürlich unsere Meinung sagen; denn wir stehen mitten in dieser Gesellschaft.

Herr Scheuch, ich habe nicht ganz verstanden, was Sie unter „moralisierenden Themen“ verstehen. Ich kann nur sagen: für einen Christlichen Demokraten gibt es einfach ein paar feste moralische Grundsätze.

Natürlich weiß ich auch, daß Politiker – aber das ist doch nicht nur ein Problem der CDU – dazu neigen zu sagen: „Dies ist eine Gewissensentscheidung.“ Wenn es beispielsweise um die eigene Kandidatur geht, ist es immer eine Gewissensentscheidung, daß die Delegierten sich dafür entscheiden.

(Heiterkeit)

Aber das ist doch keine Sache ausschließlich der CDU. Das ist doch auch nicht neu, das ist doch, seit es politische Wahlen gibt, immer so gewesen.

Eines beanspruche ich allerdings für uns: Wir sind in der Ordnungspolitik nicht schwankend geworden. Ich kann keine einzige Position erkennen, in der wir nicht die Soziale Marktwirtschaft zum Gütesiegel unserer Politik gemacht haben.

Nur, meine Damen und Herren, eines gebe ich zu – und das habe ich auch oft genug in Streitgesprächen gesagt –: Die Vertreter der ganz reinen Lehre der Marktwirtschaft – häufig ohne den Zusatz „sozial“ – haben es natürlich leichter, wenn sie von Universitätskathedern herab über unser Tun sprechen. Sie werden uns ermuntern, ganz konsequent vorzugehen, ganz tief ins soziale Netz zu schneiden. Und wenn dann die Wahl vorbei ist, dann kriegen wir einen Nachruf im Leitartikel – und das war's dann. Dies kann doch nicht Sinn unserer Politik sein – und dies zu sagen hat auch gar nichts mit Opportunismus zu tun.

Wir haben jetzt die Diskussion um den Dienstleistungsabend: eine Diskussion, die ich überhaupt nicht verstehen kann. Glauben Sie mir: Sie werden die Liberalisierung des Ladenschlusses bekommen – und zwar von der EG –, ob Sie es wollen oder nicht.

(Beifall)

Aber da ich jetzt nicht in der Lage bin, die Liberalisierung des Ladenschlusses bei uns durchzusetzen, mache ich halt einen ersten Schritt mit. Ich gebe zu: besonders elegant sieht das nicht aus. Aber ich finde es immer noch besser, ich bekomme das Tor ein kleines Stück auf und kann mit Sicherheit erwarten, daß es eines Tages ganz aufgerissen wird. – Das war sozusagen ein Stück Erhard'scher Strategie, die ich hier anwende.

Ich könnte die Liste beliebig erweitern. Beispiel Flexibilisierung der Arbeitszeit. Norbert Blüm hat dazu notwendige Gesetze vorgelegt. Wir haben aber dann mit Erstaunen festgestellt, daß im Handwerk vielfach nicht zur Kenntnis genommen wurde, daß sich hier etwas verändert hat.

Wir sind dabei, die Grundlinie auf Zukunft zu trimmen. Nur, meine Freunde – und das will ich halt doch hinzufügen –, das geht nicht über Nacht. Ich sage das oft in einem Beispiel: Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Schnellboot, das auf der Stelle drehen kann; sie ist ein schwerfälliger Riesentanker mit einem riesigen Wendekreis.

Die wichtigen Fragen, die jetzt anstehen, müssen bis zum Ende des Jahres 1989 bewältigt werden, damit wir unsere ganze Kraft auf 1990 konzentrieren können.

Ich bedanke mich herzlich für die Kritik, für die Anregungen, für das Mitdenken. Ich bedanke mich vor allem bei den vielen, die zwar die Faust in der Tasche ballen – aber nicht gleich losschlagen, sondern die wissen: Wir befinden uns in einer schwierigen Zeit, aber wir gehen hier durch.

Und so – nur so konnte es auch verstanden werden – habe ich das Zitat gemeint: „Die Karawane zieht weiter.“ Ich habe dabei niemanden als Kamel bezeichnet, denn ich gehe ja selbst an der Spitze dieser Karawane. Das Bild hat einen anderen Sinn – und den hat ja auch jeder, der es will, richtig verstanden –: Wenn man in einer schwierigen Zeit durch eine Wüste ziehen muß, dann teilt man, wenn man klug ist, den Wasservorrat ein, damit man am anderen Ende ankommt.

Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß wir an dem Ende, das wir uns wünschen, „grundsatztreu und zukunfts offen“ ankommen – wenn wir nur wollen. Wir können schimpfen, wir können kritisieren. Aber wir müssen Mut haben und standfest sein und das Richtige jetzt tun, auch wenn am nächsten Tag die Demoskopie sagt: es ist ganz falsch. Wenn Erhard und Adenauer in den Grundentscheidungen deutscher Politik, die Sie kennen, jeweils nach der Demoskopie gegangen wären, wären wir verloren gewesen; wir hätten jahrzehntelang noch Brotgutscheine gehabt, wir hätten Verteidigungsbeiträge im Bündnis nicht leisten können und vieles andere mehr nicht.

Wir zitieren gerne Adenauer und Erhard. Das ist nicht nur ein Thema für Festvorträge, etwa zum 40. Jahrestag der D-Mark. Das ist Alltag, liebe Freunde, manchmal bitterer Alltag. Aber es ist die Pflicht. So wie Sie mich mit Recht als Vorsitzenden in die Pflicht nehmen, will ich Sie in die Pflicht nehmen mit der Bitte, auf der Wegstrecke durch die Einöde weiterzugehen. Wir werden 1990 gewinnen, weil wir die bessere Politik, die bessere Überzeugung, die besseren Ideen haben – und weil wir dies wollen. Und darauf kommt es an!

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Bundeskanzler, für diesen kämpferischen Beitrag. Der Parteitag hat Ihnen dafür mit einer zweiten standing ovation gedankt.

Ich schließe damit die Aussprache zu den Berichten und komme zum Tagesordnungspunkt 15:

Beratung und Beschlußfassung des Antrages des Bundesvorstandes: „Unsere Verantwortung in der Welt“

Zur Generaldebatte zu diesem Antrag des Bundesvorstandes liegen bisher sechs Wortmeldungen vor. Ich erteile zunächst Frau Bundesminister Wilms das Wort.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es gehört zu einer alten und, ich denke, sehr guten Tradition der CDU, auf die der Bundeskanzler eben auch hingewiesen hat, immer wieder über Außen- und Sicherheitspolitik, über Europa- und Deutschlandpolitik programmatisch zu diskutieren. Meine Freunde, ich nenne diese Begriffe hier in einem Kontext, denn sie gehören in der Sache zusammen. Jeden Teil für sich alleine zu sehen, das wäre eine verkürzte Sicht, das wäre eine unhistorische Sicht, und das wäre auch wenig strategisch gedacht. Deshalb bin ich sehr froh, daß der Bundesvorstand uns hier einen Leitantrag vorgelegt hat, der alle diese Aspekte in Gemeinsamkeit umfaßt, zuzüglich auch der Entwicklungshilfepolitik.

Lassen Sie mich die allgemeine Diskussion zu diesem großen und umfassenden Leitantrag mit der Deutschlandpolitik beginnen, denn, meine Freunde, Deutschlandpolitik steht für uns Deutsche und steht für uns in der CDU immer noch und immer wieder im Mittelpunkt unserer strategischen Betrachtungen.

Es gehört nämlich auch zur Tradition der CDU, über Deutschland, über Deutschlandpolitik, über die offene deutsche Frage zu sprechen. Und die deutsche Frage ist offen. Wir müssen uns ständig um ihre Beantwortung bemühen. Wir setzen dabei auf eine Entwicklung, die in die Zukunft weist. Denn die deutsche Frage kann nicht mit dem Blick zurück gelöst werden. Wir setzen auf jenen dynamischen Prozeß, der zur Überwindung der europäischen und damit auch der deutschen Teilung führt.

Daß dieser Prozeß gegenwärtig im vollen Gange ist, kann jeder selber sehen. Europa strebt ja nicht auseinander, sondern Europa strebt zueinander. Das gilt offenbar für Westeuropa, wo die Integration immer dichter wird. Aber es gilt auch für den geteilten Kontinent, der seine Zukunft nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander sucht. Wenn wir die europäische Selbstbestimmung fordern, dann ist das auch ein Dienst an der deutschen Selbstbestimmung. Wenn wir unser nationales Anliegen mit dem gesamteuropäischen Anliegen verbinden, dann gewinnen wir Verbündete, und dann gewinnen wir politische Schubkraft.

Meine Freunde, wir brauchen die Unterstützung und das Verständnis unserer Nachbarn und Verbündeten für unser deutsches Anliegen. Wer wie wir Selbstbestimmung und Menschenrechte für alle Deutschen fordert, muß sie auch für alle Menschen und Völker jenseits der europäischen Trennlinie fordern, wenn er politisch und moralisch glaubwürdig bleiben will. Der Fortbestand der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas seit vierzig Jahren ist das Ergebnis des Gegensatzes zwischen kommunistischer Diktatur auf der einen Seite und freiheitlicher Demokratie auf der anderen Seite.

Nun gibt es in der deutschen Öffentlichkeit hie und da welche, die meinen, man müsse diesen europäischen Weg zur deutschen Einheit deshalb ablehnen, weil durch das Setzen auf einen Prozeß der europäischen Einigung das Ziel der Einheit Deutschlands aufgegeben oder gar blockiert würde. Meine Freunde, dieser Zielkonflikt, der da behauptet wird, existiert in Wahrheit nicht. Deutsche Einheit und europäische Integration sind kein Widerspruch. Ohne den Prozeß der europäischen Integration im freien Teil unseres Kontinents ist weder an die Überwindung der Teilung Europas noch an die Wiedererlangung der Freiheit und Einheit für alle Deutschen zu denken.

Meine Freunde, mit dem wachsenden Integrationsprozeß im westlichen Europa, mit dem europäischen Binnenmarkt werden die Grenzen durchlässiger. Je mehr die westeuropäische Integration fortschreitet, um so stärker werden auch Ausstrahlungskraft und Veränderungsdruck auf die Staaten im Ostblock für eine künftige Ordnung in ganz Europa im Zeichen von Freiheit, Menschenrechten und Selbstbestimmung. Die Signale der Veränderung, die wir aus der Sowjetunion und den anderen Staaten des RGW empfangen, sind auch ein Kompliment an uns, daß wir uns mit unserem Modell Europas im Sinne einer freiheitlichen Ordnung auf dem richtigen Wege befinden. Der Erfolg der Freiheit ist der Fixstern für die Einheit Deutschlands und Europas.

Die Einheit Deutschlands in der Einheit Europas zu suchen, das ist auch eine realistische Perspektive, die nichts aufs Spiel setzt, weder unsere Freiheit noch den Frieden, noch unsere Sicherheit. Deutsche Sonderwege, politische Alleingänge oder gar ein Abgleiten in einen Neutralismus führten politisch in jeder Beziehung zum Stolpern im Niemandsland zwischen Ost und West und würden ein Vakuum hervorrufen, das notwendigerweise auf kommunistische Hegemonialbestrebungen anziehend wirken würde.

Meine Freunde, aber eingebunden in diese westliche Wertegemeinschaft, in das Bündnis der freien Völker Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika erreichen wir im pragmatischen Dialog mit der DDR Verbesserungen für die Beziehungen der Menschen im geteilten Deutschland. Jeder Besuch von Ost nach West oder von West nach Ost, der stattfindet, ist ein Stück mehr Menschlichkeit und ist ein Stück mehr nationale Gemeinsamkeit.

Meine Freunde, wir sind Europäer, weil wir Deutsche sind. Wir haben allen Anlaß zu der Gewißheit, daß vor der europäischen Instanz Freiheit die Teilung unseres Vaterlandes auf Dauer keinen Bestand haben wird. Wir wissen – ich möchte es einmal mit dem Manifest der Pommerschen Landsmannschaft sagen –: Europas Zukunft ist unsere Zukunft, seine Kraft ist unsere Kraft, und seine Freiheit ist unsere Freiheit.

Der europäische Weg zur deutschen Einheit ist der Weg der Freiheit und Selbstbestimmung. Diesem Weg gehört die Zukunft. Mit Europa hat Deutschland Zukunft. Meine Freunde, deshalb lassen Sie mich auch mit Blick auf die Europawahl im nächsten Jahr sagen: Europapolitik ist ein Stück Deutschlandpolitik. Auch deshalb sollten wir die europäischen Wahlen im nächsten Jahr außerordentlich ernst nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Friedmann.

Dr. Bernhard Friedmann: Herr Tagungspräsident! Herr Generalsekretär! Meine lieben Parteifreunde und Gäste! Dieser Bundesparteitag hat sicherlich das Verdienst,

daß viele wichtige Probleme, die für unsere Gesellschaft und für den Staat entscheidend sind, hier aufgegriffen werden. Ich bin dankbar, daß in diesem Zusammenhang auch die Sicherheits- und Deutschlandpolitik angesprochen wird. Seit anderthalb Jahren, meine Damen und Herren, spricht man wieder über Deutschland. Ich halte das für gut.

Die Diskussion zeigt etwas ganz Erstaunliches. Die Diskussion über unsere Zukunft ist im Grunde genommen nur innerhalb von CDU und CSU möglich. SPD, teilweise FDP und GRÜNE sowieso entziehen sich dieser Diskussion. Es war für mich eine der betrüblichsten Feststellungen, als ich hören mußte: Nach Meinung der SPD ist der Beitrag der Deutschen zu Sicherheit und Frieden in Europa ihre Teilung. Man muß sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Deutschland muß, so sagt die SPD, geteilt sein, damit Frieden in Europa bleibe.

Herr Generalsekretär, ich bin auch dankbar, daß in dem Leitantrag des Bundesvorstands die Deutschlandpolitik nach vorne gerückt worden ist und damit einen entsprechenden Stellenwert bekommen hat. Mir kommt es in diesem Zusammenhang, meine lieben Parteifreunde, darauf an, daß es einen sehr direkten Zusammenhang zwischen Sicherheits- und Deutschlandpolitik gibt. Das ist keine Erfindung von mir. Das ist eine uralte Erkenntnis der NATO. Der Bundeskanzler hat heute darüber gesprochen, daß der INF-Vertrag – das ist jener Vertrag, der die doppelte Null-Lösung ermöglicht – ein Fortschritt sei: Das ist auf der einen Seite sicher richtig. Wer freut sich nicht, daß ein ganzes Waffensystem bei uns und im übrigen auch drüben verschwindet?

Aber wir wissen ja auch, daß damit genau jene Waffensysteme weggenommen werden, die für uns Deutsche ein wichtiges Gelenkstück innerhalb der flexiblen Abschreckungsstrategie des Westens sind. Insoweit erbringen wir jetzt eine Vorleistung, die natürlich ausgeglichen werden muß. Denn jetzt kommt das konventionelle Übergewicht des Ostens stärker zum Tragen. Insofern ist es richtig, wenn der Bundeskanzler heute feststellte – und auch Herr Scholz wird dies sicherlich tun –, daß der deutsche Beitrag für die konventionelle Verteidigung steigen muß. Das ist die logische Konsequenz aus dem Ganzen. Sicherheit und Deutschland gehören also zusammen.

Meine lieben Parteifreunde, Waffen sind immer dort, wo es Spannungen gibt; Waffen sind Ausdruck vorhandener Spannungen. Mithin bedeutet die Beseitigung von Waffen die Beseitigung einer Spannungsursache. Daß wir hier in Mitteleuropa so viele Waffen haben, hängt mit der Spannungsursache der Teilung Europas, Deutschlands und Berlins zusammen.

(Beifall)

Das heißt im Umkehrschluß: Wenn diese Spannungsursache beseitigt wird, kommt man mit viel weniger Waffen aus. Die Beendigung der deutschen Teilung ist also ein Sicherheitskonzept. Man kann auf die Waffen des INF-Vertrages gut und gerne verzichten. Man kann auf noch mehr Waffen verzichten, wenn man die Spannungsursache der Teilung unseres Kontinents beseitigt.

Nun gibt es darüber eine große Diskussion, ob diese Teilung Ursache oder Folge von Spannungen sei. Ich bin der Meinung, daß beides zutrifft. Natürlich ist die Teilung Folge des Ost-West-Gegensatzes. Aber sie ist auch zugleich Ursache von Spannungen. Ich bringe nur die Stichworte: Berlin-Blockade, Mauerbau und 17. Juni 1953, wo

die Spannung eben durch die deutsche Teilung hervorgerufen wurde. Diesen Zusammenhang muß man sehen.

Herr Generalsekretär, ich halte es für erwägenswert, vielleicht auch für bedenklich, wenn ein Antrag eines Kreisverbandes mit der Begründung zurückgewiesen wird, der Harmel-Bericht, auf den sich der Kreisverband beruft, müsse überarbeitet werden. Der Harmel-Bericht ist das Sicherheitscredo der NATO. Der Harmel-Bericht ist der Ausgangspunkt für die westliche Entspannungspolitik. Darin steht, daß es jederzeit wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa und in Deutschland kommen könne, solange die deutsche Frage nicht gelöst sei. Wer diese Passage herausgenommen haben will, der sagt doch im Grunde genommen: Man kann auch Entspannung betreiben, ohne die deutsche Frage zu lösen. Das kann doch, meine lieben Parteifreunde, nicht in unserem Sinne sein.

(Beifall)

Nun hat es im Vorfeld des Parteitages eine Diskussion gegeben, durch die schier gar Selbstbindungen eingebaut worden wären, die weder vom Völkerrecht noch von der Verfassung her notwendig wären. Zum Beispiel ist gesagt worden: Wir wollen die Wiedervereinigung nur im Einvernehmen mit unseren Nachbarn. Selbstverständlich liegt uns daran, daß wir die deutsche Einheit möglichst einvernehmlich mit den deutschen Nachbarn wollen, aber doch nicht in dem Sinne, daß es von der Zustimmung der Nachbarn abhängt, ob Deutschland seine Einheit wiedererhält. Unsere Vertragspartner sind die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Mit ihnen müssen wir in erster Linie offen reden. Wenn sich die anderen unseren Anliegen anschließen, freuen wir uns darüber, und darauf müssen wir auch hinarbeiten.

Eine zweite in meinen Augen unnötige Selbstfesselung war die Aussage, zuerst müsse ein vereintes Europa entstehen, bevor ein vereintes Deutschland wieder entstehen könne. Wir alle wollen Europa; das ist unbestritten. Wir sehen aber die Schwierigkeiten, die es auf dem Wege gibt. Niemand hat bis heute gesagt, welches Europa als Voraussetzung für ein einheitliches Deutschland gemeint sein soll.

Allein auf diesem Bundesparteitag ist einmal von einem Europa als Bundesstaat gesprochen worden, der vom Atlantik bis zum Ural reichen soll. Heißt das, die Sowjetunion soll am Ural in zwei Teile zerlegt werden? Bedeutet dies ein Europa mit kommunistischen Diktaturen einerseits und westlichen Demokratien andererseits?

Eben haben wir von Frau Minister Wilms gehört, Voraussetzung sei die Einheit des westlichen Europa. Auch das ist gut. Ich meine, warum nutzen wir den vorhandenen Rahmen der Europäischen Gemeinschaft denn nicht? Sie ist ja bereits eine politische Einheit, bei der die DDR als Trittbrettfahrer die Vorteile genießt, im übrigen mit Zustimmung der Sowjetunion.

Wir sollten uns also nicht festlegen, welche Art von Europa wir meinen, zumal wir gar nicht wissen, wie die Zukunft für uns eine Nische bereithalten wird. Wenn wir immer wieder sagen, unser Konzept für die Einheit Deutschlands sei die Einheit der Nation, so kann ich nur feststellen: Die Einheit der Nation haben wir auch heute. Darauf hat der Bundespräsident bei seinem Moskau-Besuch hingewiesen. Die Einheit der Nation deckt jede denkbare Lösung ab, sowohl die heutige wie auch jede künftige. Insoweit ist dieses Konzept noch nicht aussagefähig genug.

Mir liegt immer wieder daran zu erkennen: Die heutige Diskussion um Deutschland ist eine andere als in den fünfziger Jahren. Heute geht es darum, eine Spannungsursache

zu beseitigen. Heute ist es Aufgabe deutscher Politik, der Welt, vor allem den Siegermächten, klarzumachen, daß die Einheit Deutschlands auch in ihrem Interesse ist, weil mit der Beseitigung dieser Teilung Spannungsursachen genommen werden und dann weniger Waffen benötigt werden.

Ich weiß auch, meine lieben Parteifreunde, daß das nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Aber was hindert uns daran, bei den Debatten über die Abrüstung immer wieder darauf hinzuweisen: Hier ist noch ein Problem zu lösen, und zwar die deutsche Frage.

Ich bin überzeugt, die Abrüstung wird das beherrschende Thema der nächsten Jahre sein. Je mehr es gelingt, der Welt zu verdeutlichen, daß damit auch die deutsche Frage zusammenhängt, um so aktueller bleibt die deutsche Frage, und um so mehr kommen wir dem Ziel der deutschen Einheit entgegen.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich bitte die nachfolgenden Redner auf die Geschäftslage Rücksicht zu nehmen. Wir wollen versuchen, heute noch mit dem Antrag 1 fertigzuwerden. Alles andere würde uns zwingen, morgen früh den Antrag weiterzubearbeiten. Damit würde das gesamte Zeitprogramm ein wenig durcheinandergeraten. Insofern also meine Bitte an die Selbstdisziplin, bevor wir von den Möglichkeiten der Geschäftsordnung mit einer Redezeitbegrenzung Gebrauch machen.

Jetzt hat zunächst Bundesminister Professor Scholz das Wort. Ihm folgt der stellvertretende Bundesvorsitzende Volker Rühle.

Dr. Rupert Scholz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich freue mich, daß ich in meiner neuen Aufgabe das erste Mal einige Anmerkungen machen darf. Ich freue mich vor allem deshalb, daß dies im Zusammenhang mit diesem Leitantrag geschehen kann, der meines Erachtens wirklich grundlegende Bedeutung für die weitere Zukunft, für die weitere Gestaltung unserer Sicherheitspolitik, unserer Außenpolitik und unserer Deutschlandpolitik hat, d. h. derjenigen politischen Themen, die für uns – Frau Wilms hat darauf völlig zu Recht hingewiesen – im notwendigen Zusammenhang stehen. Wir haben die Zuständigkeit, wir haben die Kompetenz, und wir haben vor allem den Willen, auf diesem Feld gestaltend voranzukommen.

Meine Damen und Herren, ich habe die Verantwortung für unsere Sicherheitspolitik und für eine Bundeswehr übernommen, die den Prinzipien unserer freiheitlichen Demokratie verpflichtet ist, einer Demokratie, in der sie – der Bundeskanzler hat mit Recht in seiner Rede heute früh darauf hingewiesen – ein Recht darauf hat, respektiert, anerkannt und auch mit Dank für das, was sie hier leistet, aufgenommen zu werden.

Unsere Sicherheitspolitik ist konzeptionell geschlossen; sie ist wertbezogen, und sie sichert den Frieden. Das sind nach wie vor die entscheidenden Vorgaben und die entscheidenden Sätze für unsere Politik, selbst wenn der eine oder andere in anderen Lagern dies immer wieder in Zweifel zu ziehen sucht. Sicherheitspolitik ist für uns eine gesamtpolitische Aufgabe, so wie sie im Leitantrag umschrieben ist, in dem genannten Kontext mit Außen-, Deutschland- und Europapolitik.

Weder unser Staat noch unser Bündnis sehen und postulieren eine absolute äußere Sicherheit. Denn sie wäre nur zu Lasten der Sicherheit anderer und zu einem Preis, den ein sozialer Rechtsstaat wohl letztlich nicht zu zahlen bereit wäre, möglich. Sicherheit kann deshalb nur bedeuten: wechselseitige, gegenseitige und damit in der Konsequenz auch nur relative Sicherheit. Aber gerade deshalb gehört es heute mehr als je zuvor zu unseren vornehmsten Prinzipien, die notwendige äußere Sicherheit in hinlänglichem Maße zu gewährleisten. Im übrigen haben wir eine erfolgreiche Entspannungspolitik zu leisten.

Entspannungspolitik ist von der Sicherheitspolitik nicht zu trennen. Entspannungspolitik besteht aber nicht allein darin, daß man sich in Abrüstungspolitik ergeht. Abrüstung ist die Folge von Entspannung, ist nicht ihre Voraussetzung. Allein durch weniger Waffen ist Frieden nicht zu schaffen. Unser Ziel ist, Frieden mit weniger Waffen zu schaffen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Großmächte sind in einen erfreulichen Dialog, in einen intensivierten Dialog eingetreten. Dies begrüßen wir, und wir erhoffen uns davon gerade für unsere Ziele, für unsere Aufgaben für die kommenden Jahre wesentliche Fortschritte. Aber eines muß dabei immer im Blick behalten werden: Nach allen unseren historischen Erfahrungen sind die heutige Westbindung und die atlantische Orientierung unveränderliche Bestandteile unserer politischen Existenz. Alle Ideen denkbarer anderer Partnerschaften – bis hin zu jenem trügerischen Begriff der Sicherheitspartnerschaft, den uns die SPD so regelmäßig andient – mögen verführerisch klingen, führen aber auf den falschen Weg. Unsere geschichtliche Erfahrung lehrt, daß Deutschlands Zukunft und Sicherheit untrennbar mit der Zukunft des freien Westens verbunden sind und bleiben.

Meine Damen und Herren, wir haben den Moskauer Gipfel begrüßt, und wir haben vieles von dem sehr begrüßt, was der sowjetische Generalsekretär in der jüngsten Vergangenheit gesagt hat. Das, was er unternimmt, was mit den Schlagworten „Perestroika“ und „Glasnost“ umschrieben wird, haben wir – ich glaube, das ist auch an dieser Stelle deutlich zu unterstreichen – mit Sympathie aufzunehmen, denn was kann für uns wichtiger sein, als daß auch den Menschen in der Sowjetunion mehr Offenheit, mehr Demokratie und mehr Selbstbestimmung eröffnet wird?

Vor allem sind wir aber daran interessiert, daß die Sowjetunion ihren übermächtigen Militärapparat verändert und ihre konventionelle Überlegenheit sowie ihre Fähigkeit zur strategischen Überraschung in Europa abbaut. Deshalb richten wir an die sowjetische Führung große Erwartungen, vor allem im Bereich der konventionellen Abrüstung.

Meine Damen und Herren, Gorbatschow hat davon gesprochen, daß asymmetrische Abrüstung erfolgen muß. Das ist ein wichtiges, ein mutiges und, wie ich meine, ein nach vorn weisendes Wort. Er hat zugegeben, daß Disparitäten bestehen, Disparitäten vor allem dort, wo es um Truppen geht, wo es um Panzer geht, wo es um Geschütze geht. Lassen Sie uns doch an Gorbatschow das Wort richten, appellieren wir an ihn, daß er heute auf dem Feld, auf dem er jetzt schon nach eigenem Eingeständnis die Übermacht hat, auf dem die Disparität besteht, einen Stopp der weiteren Aufrüstung verfügt. Ein Aufrüstungsstopp in diesem Bereich wäre der richtige Einstieg in vertrauensvolle, in weiterführende Abrüstungsverhandlungen im konventionellen Bereich.

(Beifall)

Was wir brauchen, ist ein Konzept gegenseitiger ausgewogener Sicherheit, ein Konzept, das den Verzicht vor allem darauf impliziert, politische Probleme mit militärischen Mitteln lösen zu wollen. Wir brauchen das Gleichgewicht, wir brauchen ein System gegenseitiger vertrauensbildender Maßnahmen, und ich hoffe, daß wir hier in den kommenden Monaten auf einen wirklich weiterführenden Weg kommen können. Die Signale sind gesetzt; unsere Bereitschaft steht fest.

Meine Damen und Herren, wer Streitkräfte unterhält, muß auch dafür Sorge tragen, daß diese glaubwürdig ihren Zweck erfüllen. Das gilt für konventionelle wie für nukleare Mittel gleichermaßen. Ich bekräftige deshalb mit Nachdruck das, was hierzu im Leitantrag formuliert ist. Die transatlantische Bindung zwischen den Europäern und den nordamerikanischen Verbündeten bildet den Eckpfeiler unserer gemeinsamen Sicherheit. Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika macht es jedoch erforderlich, daß Europa mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernimmt, daß Europa wirklich der voll gleichberechtigte zweite Pfeiler im westlichen Gesamtbündnis wird.

(Beifall)

Dies fordert von uns mehr Anstrengungen, Anstrengungen, denen wir in den kommenden Jahren Rechnung tragen müssen, zu denen wir uns aber auch bekennen sollten.

Sicherheit kostet ihren Preis. Gerade deshalb wäre es unaufrichtig, Ausgaben für Waffen und Verteidigung den staatlichen Ausgaben für soziale, humanitäre oder ökonomische Aufgaben gegenüberzustellen. Die Wahrung der Sicherheit unseres gesamten Volkes und die Verhinderung eines Krieges sind – so formuliere ich bewußt zugespitzt – die wohl sozialste und humanste Aufgabe aller Politik.

Sicherheit kostet Geld und Opfer. Hier darf aber nicht gespart werden, auch wenn das manchem in der augenblicklichen Laune – oder in welcher Laune auch immer – besonders populär erscheinen mag. Wir zahlen hier für eine Sicherheitspolizei, die die wichtigsten Bedingungen unseres Lebens garantiert: die persönliche Freiheit, die Menschenrechte und den Frieden für uns wie für die kommenden Generationen.

(Zustimmung)

Um so mehr müssen wir im Bewußtsein unserer Bürger den Auftrag unserer Bundeswehr zur Sicherung des Friedens lebendig erhalten und überzeugend darlegen. Es ist und bleibt die größte soziale Leistung einer Regierung, ihre Bürger frei und am Leben zu erhalten, und dazu brauchen wir unsere, die Sicherheitspolitik der Union, und dazu brauchen wir eine verteidigungsfähige Bundeswehr. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Scholz!

Jetzt hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rühle das Wort.

Volker Rühle: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, es ist gut, daß sich die CDU mit diesem Leitantrag und mit einer hoffentlich stärker werdenden Diskussion wieder verstärkt um die Außenpolitik kümmert. Eine Partei, die ja immer noch 45 % der Stimmen der Bundesbürger repräsentiert, kann sich hier nicht abseits halten, sondern muß im Zentrum dieser Diskussion stehen. Ich finde es gut, daß wir dazu jetzt einen neuen Anlauf machen.

Es ist heute zu Recht davon gesprochen worden, daß es auf der Welt viel Wandel gibt. Vielleicht hat es in der Geschichte noch keinen Zeitpunkt gegeben, zu dem sich auf einmal so viel ändert. Denken Sie an die Sowjetunion, an China, aber auch an die westliche Welt, die hier, glaube ich, angesichts der faszinierenden Veränderungen in der Sowjetunion ein bißchen zu kurz gekommen ist. Wer immer der nächste amerikanische Präsident sein wird, es wird in den nächsten Jahren zu einer Neudefinition der Rolle Westeuropas innerhalb des Atlantischen Bündnisses kommen. In den nächsten Jahren wird es nicht mehr ausreichen, daß wir rhetorisch stark sind, daß wir rhetorisch von dem europäischen Pfeiler sprechen, sondern es werden klare Antworten erwartet werden, damit wir wirklich ein gleichberechtigteres partnerschaftliches Verhältnis erreichen, durch das Überabhängigkeiten abgebaut werden. Hierzu muß die CDU, die diesen Prozeß ja im Sinne einer Stärkung der atlantischen Partnerschaft beeinflussen will, ihren Beitrag leisten.

Was die Entwicklung in der Sowjetunion angeht, so ist es gar keine Frage, daß wir am Anfang stehen und daß diese Entwicklung, wenn sie weitergeht, eine solche von historischer Bedeutung werden kann. Ich meine, es kommt entscheidend darauf an, daß wir im Westen gemeinsam die Situation analysieren und auch eine gemeinsame Strategie verfolgen. Glasnost ist sehr real; Perestroika, vor allem die WirtschaftsUmgestaltung, ist noch sehr stark eine Revolution der Worte.

Wenn wir uns nach unseren eigenen Interessen fragen, habe ich keinen Zweifel daran, daß Veränderungen in der Sowjetunion in unserem Interesse liegen. Die Sowjetunion ist heute nur militärisch eine Weltmacht, und insofern hat sich aus der Sicht der sowjetischen Militärs und Politiker die Aufrüstung gelohnt. Nur durch die militärische Stärke ist sie gleichberechtigt mit den Vereinigten Staaten in die Weltpolitik getreten. Aber wir haben durchaus ein Interesse daran, daß die Sowjetunion auch andere Stärken entwickelt. Wir dürfen Gorbatschow allerdings die Alternative nicht ersparen, daß er dann, wenn er sein Land modernisieren will, wenn er seine Wirtschaft reformieren will – und das geht nur durch politische Reformen –, auch weniger Geld im Bereich der militärischen Ausrüstung und der militärischen Aufrüstung ausgeben muß. Also ein klares Ja zu den Reformen; sie sind dann in unserem Interesse, wenn der militärische Druck auf Westeuropa abgebaut wird, wenn Gorbatschow ernst damit macht, sein Land zu modernisieren, statt immer nur Waffen zu modernisieren.

Ich meine, daß wir aber keine Veranlassung haben, auf Gorbatschow kleinmütig zu reagieren und uns in die Defensive drängen zu lassen. Zunächst einmal ist Gorbatschow die Antwort der Sowjetunion auf die Erfolge des Westens und auf den totalen Mißerfolg des Kommunismus in der Sowjetunion und nicht nur dort. Das sollten wir auch sagen. Deswegen besteht kein Anlaß, jetzt unsererseits von einer Modernisierung des Denkens zu sprechen, wo heute in der Sowjetunion und noch mehr in den kleinen und den mittleren osteuropäischen Ländern westliches Denken und westliche Werte wie Markt und Demokratie so attraktiv sind wie niemals zuvor.

Deswegen sollten wir nicht defensiv auf Gorbatschow reagieren. Er ist auch die Antwort auf die Richtigkeit unseres politischen Grundsatzdenkens und ein Kompliment an die westlichen Erfolge.

Ich meine, daß wir die Länder wie Polen, Ungarn und Tschechoslowakei in unserer Betrachtung nicht vergessen und uns nicht zu einseitig auf die Sowjetunion konzentrieren sollten. Deshalb sollten wir auch in diesem Jahr versuchen, den

Schwung, der sich gerade in den schwierigen deutsch-polnischen Beziehungen entwickelt hat, zu nutzen. Wenn wir in dem Einigungsprozeß in Europa fortfahren, was wir alle tun wollen, dann müssen wir sensibel und offen auf den historischen Prozeß der Veränderung in Osteuropa reagieren, damit nicht von uns aus Gräben vertieft werden. Wir müssen im Gegenteil offen für die sich abzeichnenden positiven Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa sein.

Mit dem Mittelstreckenvertrag haben wir einen Einstieg bekommen. Viel wird davon abhängen, wie die Entwicklung weitergeht. Heute ist zu Recht gesagt worden, daß dieser Vertrag ohne die Gegenstationierung nicht möglich gewesen wäre. Deswegen wird der eigentliche Test für die neue Politik in Moskau mit den Verhandlungen über die konventionellen Ungleichgewichte in Europa kommen. Hier können wir eben nicht wie bei den Mittelstreckenraketen nach dem Motto verfahren: Wenn du nicht abrüstest, müssen wir aufrüsten. Wenn wir ehrlich sind, mußten wir ja im Zusammenhang mit dem Mittelstreckenvertrag einen Umweg gehen. Es wäre viel besser gewesen, die Null-Lösung wäre schon vor 1983 erreicht worden.

Wir sollten uns also in den nächsten Jahren auf die Beseitigung der konventionellen Ungleichgewichte in Europa konzentrieren, dabei aber darauf achten, daß wir unseren Begriff von Sicherheit nicht zu eng fassen. Sicherheit hat nicht nur mit Waffen zu tun. Wir dürfen Rüstungskontrolle auch nicht überfordern. Sicherheit hat sehr viel mit der Offenheit von Staaten und mit der Einhaltung von Menschenrechten zu tun. Deswegen brauchen wir einen erweiterten Sicherheitsbegriff. So wichtig das ist, daß es jetzt Verträge gibt, die es ermöglichen, daß sowjetische Offiziere amerikanische Manöver in Westeuropa beobachten und umgekehrt westliche Offiziere Manöver in der Sowjetunion und in den Warschauer Paktstaaten, so schön es ist, daß die Offiziere mehr Vertrauen während des Manövers zueinander finden, viel wichtiger ist noch, daß die junge Generation dieser Länder zusammengeführt wird, daß sich Feindbilder gar nicht erst entwickeln. Deswegen ist es so wichtig, etwas für den Schüleraustausch, den Studentenaustausch, den Lehreraustausch zu tun, und zwar in beide Richtungen. In diesem Bereich mangelt es noch sehr stark.

Ich meine, wir müßten Herrn Gorbatschow sagen, wir hätten viel mehr Vertrauen zur Sowjetunion, wenn er die junge Generation aus dem Land herauslassen würde, wenn es möglich wäre, daß endlich sowjetische Schulklassen zu uns ins Land kommen, daß sie bei uns in unseren Familien leben können und daß nicht sowjetischerseits die Bedingung gestellt wird, sie dürfen nicht in Familien untergebracht werden. Dieses Thema hat mindestens soviel mit Sicherheit und Vertrauen in Europa zu tun wie die Diskussion über Waffen. Hier liegen die westlichen Staaten in der Offenheit bei den Menschenrechten vorn. Deswegen tun wir gut daran, wenn wir in der Diskussion der nächsten Jahre den Sicherheitsbegriff erweitern.

Nun eine abschließende Bemerkung zum Thema Deutschlandpolitik und Europapolitik. Deutschland ist ein großes und geteiltes Land in der Mitte Europas. Ich glaube, daß wir deswegen begreifen müssen, daß die deutsche Frage uns nicht allein gehört. Wenn wir geopolitisch woanders lägen und wenn wir kleiner wären, hätten wir sehr viel weniger Schwierigkeiten. Aber wir Deutschen sollten klarmachen, daß wir uns keine Situation vorstellen können, in der wir nur für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR und nicht auch für das Selbstbestimmungsrecht der Polen, der Tschechoslowaken, der Ungarn und all der anderen Nationen in Mittel- und

Osteuropa eintreten. Deswegen ist die deutsche Frage auch eine europäische Frage. Niemand kann bestreiten, daß dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht voll und ganz allein gehört, aber, wie es im Leitantrag formuliert wird, bei der Verwirklichung dieses Selbstbestimmungsrechts brauchen wir das Einverständnis und das Mitwirken unserer Nachbarn in Ost und West. Wir würden uns keinen Gefallen tun, wenn wir dieses übersähen. Lassen Sie uns deswegen keinen künstlichen Streit über einen möglichen Gegensatz zwischen Deutschland und Europa führen. Nur wenn wir uns für die Überwindung der Teilung Europas einsetzen, für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts überall in Europa, können wir am ehesten unser deutsches Anliegen verwirklichen: Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, Überwindung der deutschen Teilung.
Vielen Dank.

(Beifall)

Jürgen Echemach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Rühle. Das Wort hat nun der Vorsitzende der Exil-CDU, Herr Dübel.

Siegfried Dübel: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir Christlichen Demokraten aus dem von der SED regierten Teil Deutschlands sind unserem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Helmut Kohl zu einem dreifachen Dank verpflichtet, und ich freue mich, daß ich ihm die Streicheleinheiten, von denen er gesprochen hat, heute abend zu später Stunde noch etwas anreichern kann. Wir danken ihm erstens für eine Politik, die unbeirrt am Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, die Einheit Deutschlands zu vollenden, festhält. Wir danken ihm zweitens für die erheblichen, in dieser Größenordnung unerwarteten menschlichen Erleichterungen für die Bevölkerung in der DDR. Wir danken Ihnen drittens, lieber Helmut Kohl, für das persönliche Engagement, das Sie dem Schicksal unserer Landsleute entgegenbringen. Ihr privater Besuch mit seinen bewegenden menschlichen Begegnungen ist ein weltweit beachteter Ausdruck dafür.

(Beifall)

Ich selbst war in den gleichen Tagen, lieber Helmut Kohl, in der DDR. Ich war wenige Tage vor Ihnen in Gotha, wäre Ihnen dort also beinahe begegnet. Ich habe mich in vielen Städten und Dörfern des Landes, meiner Heimat, umgesehen und mit vielen Menschen sprechen können. Dabei bewegte mich vor allem die Frage: Wie reagieren die Menschen dort auf die Ereignisse der sie zentral betreffenden Fragen der Weltpolitik, wie sie sich auf dem zugleich ablaufenden Gipfel in Moskau dargestellt haben?

Wir leben gegenwärtig in einer erregenden Zeit, in der sich neue wesentliche Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis ankündigen und, wie ich sagen möchte, auch verwirklichen. Präsident Reagan sprach von einem neuen Zeitalter und einer neuen Hoffnung für das Wohlergehen der Menschheit. Dabei geht es nicht nur um die Erhaltung des Friedens, der nach meiner Auffassung in Europa gesichert war und gesichert ist. Es geht vielmehr heute um Demokratisierung und Liberalisierung in der östlichen Welt. Die Kommunisten erleben gegenwärtig den geistigen Zusammenbruch ihrer ideologischen Welt. Dobrynin hat es etwas vorsichtiger formuliert, als er feststellte: Die Attraktivität des Sozialismus ist schwächer geworden.

Was sich im Osten gegenwärtig vollzieht und woraus Gorbatschow die ersten politischen Konsequenzen zieht, ist wirklich eine Götterdämmerung des Marxismus-Leninismus. Alles, was durch die kommunistische Ideologie und die Herrschaft der

Kommunisten an negativen Erscheinungen im Kapitalismus überwunden werden sollte, ist im Sozialismus nicht nur wieder da, sondern tritt teilweise in noch schlimmerer Form in Erscheinung, und dies zusätzlich zu den anderen mit der Unfreiheit verbundenen Problemen. Nicht die westliche Welt, die sicher noch viele Probleme zu lösen und weitere Verbesserungen nötig hat, bedarf einer grundlegenden Umgestaltung, sondern vielmehr der real existierende Sozialismus. Es ist schon bemerkenswert, wie umfassend und wie grundlegend Gorbatschow seine Umgestaltung vornimmt: Einschränkung der absoluten Herrschaft der KPdSU, Aufarbeitung von Stalinschen Fehlentscheidungen, Mitwirkung von Bürgern an der Gestaltung des politischen Lebens. Man muß einmal überlegen, was es für einen kommunistischen Ideologen bedeutet, wenn in dem Kommuniqué der Gespräche zwischen Gorbatschow und der jugoslawischen KP formuliert wird: „Die Menschenrechte und Grundfreiheiten können nicht aberkannt werden. Besondere Bedeutung haben die Rechte und Freiheiten, die dem Menschen ermöglichen, unmittelbar auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in seinem Lande einzuwirken.“

Man muß einmal überlegen, was es heißt, wenn Gorbatschow und Reagan sich gegenseitig „Freunde“ nennen, ist doch nach der leninistischen Ideologie die Feindschaft der Systeme keine Frage der persönlichen Einstellung, sondern eine Frage der Struktur des kapitalistischen Systems, das angeblich aus sich selbst heraus imperialistisch und aggressiv sei. Hier stürzen grundlegende Säulen des Systems ein.

Meine Freunde, wir haben seit längerem zur Kenntnis genommen, daß die DDR-Führung so tut, als ginge sie das alles gar nichts an. Was in Wahrheit eine Götterdämmerung ist, hat Hager einen „Tapetenwechsel beim Nachbarn“ genannt. Die DDR-Führung nimmt gegenwärtig eine ideologische Abschottung vor. Sie baut eine Abgrenzung nicht nur nach Westen, sondern jetzt auch noch nach Osten auf. Erich Honecker hat sich ausgerechnet in Bukarest von Ceausescu, dem letzten stalinistischen Herrscher des Ostblocks, bescheinigen lassen, daß jede kommunistische Partei das Recht habe, ihren Weg allein zu gestalten. Stalin ist sicher, wenn auch gemildert, in der DDR noch am Leben. Er ist dort manchmal lebendiger als Gorbatschow.

Für mich war bei meinen Begegnungen mit den Menschen am beeindruckendsten und zugleich am bedrückendsten, daß sie kaum eine Hoffnung auf eine Besserung haben. Sie glauben nicht daran, daß die DDR die Reformen aus der Sowjetunion übernimmt, ja sie glauben nicht einmal daran, daß sich die Reformen in der Sowjetunion selbst durchsetzen. Diese tiefe Resignation ist die Ursache für den immer mehr wachsenden Wunsch nach Ausreise aus der DDR. Die SED beklagt sich über das Ausmaß der Ausreisewünsche. Sie übersieht aber völlig, daß sie selbst es ist, die durch Reformverweigerung die Ursachen dafür schafft. Deshalb ist es Aufgabe aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, an die kommunistische Führung in der DDR zu appellieren, um sie dazu zu bewegen, endlich auch in der DDR demokratische Reformen nicht nur zuzulassen, sondern selbst einzuleiten,

(Beifall)

damit die Menschen in ihrer Heimat bleiben können, denn dort werden sie gebraucht.

Wir haben überhaupt kein Interesse daran, daß Menschen aus unserer Heimat in größerem Umfang nach hier abwandern. Wir wollen, daß sie dort bleiben, damit sie dort helfen können, so wie es im Potsdamer Abkommen für alle vier Besatzungszonen beschlossen war, Demokratie zu verwirklichen. Immerhin gibt es aber auch in der

DDR erste bescheidene Keime größerer Liberalität. Ein Beispiel dafür sind die erregenden autobiographischen Aufzeichnungen – ich bitte alle Parteifreunde, sie einmal zu lesen –, die der ehemalige DDR-Kultusminister und Dichter Johannes R. Becher kurz vor seinem Tode niedergeschrieben hat, und in denen er die politischen Grausamkeiten der Stalinzeit und seine eigene Verstrickung darin darlegt und beklagt. Ihr Abdruck in der DDR-Zeitschrift „Sinn und Form“ ist eine erste Schwalbe, die zwar noch keinen Sommer macht, die aber doch auf einen Sommer hoffen läßt.

Zum Schluß noch ein Wort zur deutschen Wiedervereinigung. Die Reformpolitik gibt uns auch hier Hoffnung. Was heute in Afghanistan geschieht, kann sich morgen in Angola und übermorgen in Europa und damit auch in Deutschland erneut vollziehen. Der Afghanistan-Rückzug ist ja nicht in erster Linie das Eingeständnis einer militärischen Niederlage, sondern vor allem Ausdruck einer ideologischen Revision. Erstmals räumt das System ein Land, das bereits marxistisch-leninistisch regiert worden ist. Die sowjetische Führung ist dabei, damit zu beginnen, Stalins Fehler aufzuarbeiten. Heute wird in der Sowjetunion schon offen darüber gesprochen, welche Fehler Stalin in der sowjetischen Außenpolitik gemacht hat. Helmut Kohl hat, ohne den Namen zu nennen, vorhin Wladislaw Daschitschew mit einem Satz zitiert, der Moskaus Hegemonialstreben in der Nachkriegszeit darstellt. Ich möchte noch einen zweiten Satz zitieren, der für unsere Deutschlandpolitik von noch größerer Wichtigkeit ist. Daschitschew sagt, nach dem Zweiten Weltkrieg habe Stalin seine Art von Sozialismus auszubreiten versucht, wo immer es ging, ohne sich um die nationalen Besonderheiten zu scheren. – Es wird sicher noch eine Weile dauern, bis die sowjetische Führung erkennt oder diese Erkenntnis, soweit sie sie möglicherweise heute schon hat, politisch verkündet, daß einer der größten Fehler der Stalinschen Außenpolitik die Teilung Deutschlands gewesen ist. Immerhin hat derselbe Daschitschew, der ja kein Dissident ist, sondern in der KPdSU einen hohen Rang einnimmt, bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn verlauten lassen – Luster hat es vorhin bereits zitiert –, die Berliner Mauer sei ein Relikt des kalten Krieges, und sie belaste das Dasein und die Psychologie der Menschen. Ich wiederhole das deshalb, meine Damen und Herren, weil man sich eigentlich eine größere Distanzierung von der offiziellen Lesart der DDR-Führung, daß die Mauer ein antifaschistischer Schutzwall sei, überhaupt nicht denken kann, ohne daß die KPdSU die Freundschaft zur DDR aufkündigt. Diese Äußerung zeigt die tiefe Kluft, die heute zwischen den Gorbatschow-nahen sowjetischen Reformpolitikern und der gegenwärtigen DDR-Führung besteht. Ich habe bei meinen Besuchen in der DDR ein Transparent nicht wiedergefunden, das früher in fast jeder Stadt zu finden war: „Von der Sowjetunion lernen heißt Siegen lernen“.

Meine Damen und Herren, die Reformpolitik ist ein Prozeß, der sicher längere Zeit dauern wird und in dem nicht alle Fragen zu gleicher Zeit gelöst werden können. Im übrigen ist es wohl sogar so, daß eine zu frühe Belastung mit einer Frage von solcher Dimension, wie sie die deutsche Wiedervereinigung hat, den Erfolg eines solchen Kurses gefährden könnte, denn Gorbatschow hat wichtige und prominente Widersacher. Ich nenne z. B. Herrn Ligatschow. Er hat sich zwar im Hinblick auf die zur Zeit laufende Fußball-Europameisterschaft nachhaltig für Perestroika und Glasnost beim sowjetischen Fußball eingesetzt; in der großen Politik betätigt er sich aber eher als Bremser. Wir müssen also Geduld haben und anerkennen, daß – auch wenn es uns schwerfällt – die deutsche Wiedervereinigung nicht am Anfang dieses Prozesses stehen kann.

Was aber heute schon möglich sein sollte, ist eine Liberalisierung und Demokratisierung in der DDR. Wenn Sacharow dieser Tage in einer öffentlichen und mehr oder weniger offiziellen Pressekonferenz davon sprechen kann, daß in der Sowjetunion sicher bald mehrere demokratische Parteien sein werden und sein müßten, dann muß und wird dies wohl auch für die DDR gelten, wo ja die demokratischen Alternativen zur SED, darunter auch die Christlich Demokratische Union, vorhanden sind und nur in ihrer demokratischen Struktur wiederbelebt werden müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freunde, bemerkenswert sind die christlichen Gruppen, die am Rande des Evangelischen Kirchentages in Görlitz nicht nur – vielleicht wäre es schön, auch diese Formulierung in unserem deutschlandpolitischen Antrag zu finden – vom „schreienden Unrecht der Teilung unseres Vaterlandes“ sprachen, sondern auch die Forderung nach Demokratisierung erhoben, nach Aufstellung eigener Kandidaten für die Kommunalwahlen, nach Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Ich möchte den Leninisten Erich Honecker daran erinnern, daß es Lenin war, der meinte, daß die Arbeiterklasse nicht in der Lage sei, ein eigenes politisches Bewußtsein zu entwickeln, sondern nur in der Lage sei, ein gewerkschaftliches Bewußtsein zu entwickeln. Wenn dies so ist, dann gibt es doch wohl auch für einen leninistischen Herrscher gar keinen Grund, freie und unabhängige Gewerkschaften in der DDR nicht zuzulassen. Mein Blick richtet sich auch an die Christlich Demokratische Union in der DDR und ihre von der SED abhängige Führung. Ich erinnere Gerald Götting an unsere gemeinsamen Versuche vor seiner Gleichschaltung, eine unabhängige christlich-demokratische Politik in der damaligen SBZ zu machen. Ich fordere ihn auf, in der CDU der DDR die Vorstände auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und DDR-Ebene frei wählen zu lassen und sich selbst einer freien Entscheidung der Mitgliedschaft der CDU der DDR zu stellen,

(Beifall)

so wie Gorbatschow dies heute in den Gremien der KPdSU verlangt, so wie er dort freie Kandidatenaufstellung, freie Wahl der Delegierten verlangt.

Meine Damen und Herren, Demokratie ist 1945 in Potsdam von den Alliierten für ganz Deutschland beschlossen worden. Selbst die offizielle Politik der KPdSU erkennt heute an, daß das, was Stalin machte, keine Demokratie war.

Also gilt es, heute die Konsequenzen zu ziehen, um endlich zu verwirklichen: Demokratie in ganz Deutschland.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich darf die nachfolgenden Redner noch einmal dringend bitten, sich kurz zu fassen,

(Beifall)

damit wir in der Lage sind, die Antragsberatung heute noch abzuschließen.

Zur Generaldebatte liegen jetzt noch Wortmeldungen von Herrn Brok, Herrn Klaas und von Bürgermeister Diepgen vor. Mit diesen drei Wortmeldungen schließe ich die Generaldebatte. Danach kommen wir zu den einzelnen Antragspunkten.

Das Wort hat jetzt zunächst Herr Brok.

Elmar Brok: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! In der Präambel des Grundgesetzes sind zwei gleichrangige Ziele beschrieben, nämlich daß das deutsche Volk von dem Ziel beseelt sei, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Und wir als

Europa-Abgeordnete merken, daß wir zunehmend in eine Diskussion hineinkommen, in der man die Gleichrangigkeit der Ziele leider Gottes zu Lasten der europäischen Einigung in Frage stellt.

Unsere Aufgabe muß es sein, daß wir deutlich machen, daß es die vertragliche Verpflichtung unserer Partner innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist – ich erinnere an die vertraglichen Absicherungen, die Konrad Adenauer zu den EWG-Verträgen vorgenommen hat, zum Protokoll zum EWG-Vertrag, ich erinnere an die Anlage zum innerdeutschen Handel –, für die deutsche Einheit einzutreten.

Wir müssen aber sehen, daß die deutsche Spaltung Teil der machtpolitisch-ideologischen Teilung ganz Europas ist. Natürlich haben die Deutschen das Selbstbestimmungsrecht. Aber die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts hat um so größere Chancen, je mehr Verbündete wir in Europa, in Ost und West, für dieses Ziel bekommen. Und wenn wir das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht ganz Europas eingliedern, dann bedeutet dies, daß wir die Völker West- und Osteuropas für dieses Ziel gemeinschaftlich gewinnen können, daß wir politische Verbündete für dieses große nationale Ziel haben.

Michael Stürmer hat einmal geschrieben: Die deutsche Frage war niemals Eigentum der Deutschen allein. Gerade auf Grund der Geographie ist es so gewesen, daß sich in Deutschland alle Einflußachsen gekreuzt haben. Deutschland war in der Geschichte oftmals Schachbrett oder Schlachtfeld. Ich meine, daß wir den Versuch unternehmen sollten, im Rahmen der westeuropäischen Wertegemeinschaft jetzt erst einmal die Freiheit zu verteidigen und von dieser Basis aus im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensarchitektur Freiheit und Einheit zu verbinden, was Deutschland, uns Deutschen in der Geschichte – im Gegensatz zu anderen Völkern – fast nie gelungen ist. Ich meine, daß nur so, von dieser Basis aus eine Synthese dieser beiden Ziele möglich ist.

Die Bundesrepublik Deutschland, auch ein geeintes Deutschland allein, neutralisiert, ist weniger als zuvor in der Lage, im Zeitalter der Supermächte die eigenen Interessen wahrzunehmen, weil dieses Deutschland zu klein ist. Nur derjenige ist souverän, der die Kraft hat, für die eigenen Interessen, für die eigene Sicherheit einzutreten. Und Westeuropa ist nur dann verteidigungsfähig, wenn dieses Westeuropa mit der Bundesrepublik Deutschland verteidigt wird. Die Herauslösung Deutschlands aus der westlichen Allianz läßt ein Vakuum entstehen, das nur zu Unfreiheit und Unfrieden führt.

Aber, meine Damen und Herren, es besteht auch die Geschäftsgrundlage der Partner in der Europäischen Gemeinschaft, die Geschäftsgrundlage für unsere Mitgliedschaft in der EG, daß sich diese Partner auch für das Ziel der deutschen Einheit, für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einsetzen. Aber dafür müssen wir werben. Leider Gottes müssen wir feststellen, daß seit der Ostpolitik Willy Brandts im Ausland oftmals der Eindruck entstanden ist, daß die deutsche Frage erledigt ist. Wir müssen deutlich machen, daß die deutsche Frage in diesem europäischen Konzept offen ist und die Deutschen ihr Selbstbestimmungsrecht zurückgewinnen wollen.

(Beifall)

Und dafür, meine Damen und Herren, haben wir Verbündete; dies haben die letzten Tage sehr deutlich gezeigt. 14 Jahre lang haben Moskau und der RGW versucht, mit

der Europäischen Gemeinschaft Kontakt aufzunehmen. Dies ist nicht gelungen, weil die Einbeziehung von West-Berlin nicht geregelt war. Nun ist – nach 14 Jahren – in der vergangenen Woche die gemeinsame Erklärung zwischen EG und RGW paraphiert worden, in der die Gebietsgeltungsklausel für West-Berlin drinsteht. Alle osteuropäischen Staaten, auch die DDR, müssen dies in ihren bilateralen Abkommen mit der EG akzeptieren.

(Beifall)

Die Europäische Gemeinschaft ist damit ein Interessenwahrnehmer deutscher Interessen geworden. Dies sollten wir auch einmal offen zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Ich will Ihnen zum Schluß noch eines sagen: Ich war vor zehn Tagen mit sechs nichtdeutschen Europaparlamentariern in der DDR und habe dort Gespräche auch mit Mitgliedern der DDR-Regierung geführt. Zum Thema Menschenrechte habe ich dort nicht einmal das Wort ergriffen. Es war ein englischer Kollege, der Regierungsmitglieder fragte: Wie ist das mit dem Schießbefehl? Es war ein holländischer Kollege, der fragte: Wie ist das mit der Mauer? Es war ein griechischer Kollege, der zum stellvertretenden Außenminister Niehr sagte: Sorgen Sie dafür, daß an Mauer und Stacheldraht nichts mehr passiert, daß die Menschen in der DDR nicht mehr verhaftet werden. Denn nur dann sind wir im Europäischen Parlament in der Lage, ein Abkommen mit der DDR zu ratifizieren.

Das sind Verbündete, auf die wir bauen sollten. Diese Politik, aktive Deutschlandpolitik sollten wir vorantreiben und nicht so tun, als könnten wir Deutsche in der Mitte Europas unser Schicksal allein bewältigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt Herr Klaas vom Bundesvorstand der Jungen Union.

Dirk-Uwe Klaas: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Kanzler hat in seiner Entgegnung recht beeindruckend aufgeführt, daß es in der Tat einer der ersten Erfolge unserer Regierung war, auch unpopuläre Maßnahmen – und ich meine den NATO-Doppelbeschluß – politisch zu realisieren. Wir haben dies auch in der Erwartung getan, daß unsere Ankündigung, die wir in allen Wahlkämpfen gemacht haben, nämlich „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“, eine Möglichkeit ist, unsere abrüstungspolitischen Vorstellungen durchzusetzen. Der Doppelbeschluß hat dazu geführt, daß wir den INF-Vertrag bekommen haben.

Unsere Wahlkampfworte vom Friedensschaffen mit immer weniger Waffen bedürfen angesichts dieser Situation, wie ich jedenfalls meine, einer neuen Dynamik. Wir müssen deutlich machen, daß es mit dem INF-Abkommen nicht sein Ende hat, sondern daß dieses Abkommen der Einstieg in weitere Verhandlungen ist. Deshalb ist es, glaube ich, sinnvoll, daß wir uns auch im Rahmen unserer programmatischen Diskussion Gedanken machen, wie wir erneut einen Fahrplan zur Abrüstung vorlegen können, der unsere Sicherheitsinteressen nicht beeinträchtigt. Um es kurz zu sagen: Ich glaube, eine Neuauflage, eine ähnliche Neuauflage des Doppelbeschlusses ist nötig, sinnvoll und auch angebracht. Damit meine ich, um es ganz konkret zu sagen, daß wir aus der defensiven Argumentation herausmüssen, aus der Situation herausmüssen, immer nur darauf zu verweisen, wir seien gerade dabei, ein neues Gesamtkonzept zu erarbeiten, und über dieses Gesamtkonzept existierten auch in unserer Partei die unterschiedlichsten Vorstellungen.

Ich meine also, daß es angezeigt wäre, zu sagen: Laßt uns der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt das Angebot machen, das wir bereit sind, über einen völligen Abbau landgestützter – ich betone: landgestützter – Nuklearwaffen zu verhandeln. Darüber hinaus sollten wir zu entsprechenden Abrüstungsvereinbarungen im konventionellen Bereich kommen und versuchen, diese beiden Punkte miteinander zu verbinden.

Ich glaube, daß diese Position ein Beitrag dazu wäre, unsere programmatische Aussage des Friedensschaffens mit immer weniger Waffen auch mit Inhalt und mit Leben zu füllen, daß sie dazu führen wird, daß wir etwas aus der Defensive herauskommen, in die wir – zumindest in den Augen der Öffentlichkeit – geraten sind, teilweise auch selbst verschuldet. Und ich glaube, daß diese Alternative auch unter Sicherheitsaspekten mehr als zu vertreten ist, wenn ich auf Dinge schaue, die es im see- und luftgestützten Bereich möglich machen, eine glaubhafte nukleare Abschreckung nach wie vor sicherzustellen. Lassen Sie uns also auch in diesen Dimensionen denken, wenn wir über den Antrag hier diskutieren.

Lassen Sie mich abschließend, weil hier viel von Wiedervereinigung und deutschen Interessen die Rede war, noch eines sagen:

Wenn denn die vielen kurzen Sätze „Je kürzer die Reichweite, desto deutscher ...“ und und und – ich will sie hier gar nicht alle wiederholen – auch nur im Ansatz etwas Wahres hatten, dann ist die Position, im landgestützten Nuklearbereich den Versuch zu machen, das einseitige Übergewicht der Sowjetunion ebenso zu beseitigen und zusätzlich asymmetrische konventionelle Abrüstung zu bekommen, auch ein Beitrag dazu, unsere ureigenen deutschen – damit meine ich die deutsch-deutschen – Sicherheitsinteressen verstärkt in Übereinstimmung zu bringen. Denn in der Tat gibt es hier, wie ich meine, zwischen unserem Deutschland und dem, wie wir es jenseits des Stacheldrahtes haben, von der sicherheitspolitischen Ausgangssituation her eine Menge Berührungspunkte. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir im Rahmen der Beratungen auch in dieser Richtung zumindest andenken könnten.

(Vereinzelter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Als letzter Redner in der Generaldebatte hat jetzt der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, das Wort.

Eberhard Diepgen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle werden sich erinnern können, daß vor noch nicht allzu langer Zeit in der öffentlichen Diskussion von tiefgreifenden Meinungsunterschieden in der Deutschlandpolitik, in der Berlin-Politik, in der Außen- und Sicherheitspolitik in der Union die Rede war. Ich nehme diese Gelegenheit gerne zum Anlaß, das aufzugreifen und nach der bisherigen Generalausprache Resümee zu ziehen. Nach dieser Generalausprache kann ich feststellen, daß, wie bei allen Rednern hier zum Ausdruck gekommen ist, die Union in den Grundfragen der Deutschlandpolitik eine einheitliche Position vertritt.

(Beifall)

Ich würde mich freuen, wenn das demnächst auch bei allen Kommentatoren deutlich nachzulesen wäre. Dabei gibt es selbstverständlich Akzente. Hier sind Forderungen aufgestellt, sind richtigerweise Zusammenhänge aufgezeigt worden.

Herr Kollege Friedmann, in der Deutschland- und Sicherheitspolitik ist es eine Binsenwahrheit, daß alles mit allem zusammenhängt. Die Frage ist nur, wo der erste Ansatzpunkt ist, ob die Sicherheitspolitik der Ansatzpunkt für Deutschlandpolitik sein kann oder ob hier nicht andere Punkte im Vordergrund stehen. Ich nehme ganz

bewußt eine Formulierung von Ihnen auf, die Sie allerdings etwas kritischer verstanden hatten. Sie sagten: Wir stellen doch immer die These auf: Unsere Deutschlandpolitik orientiert sich an der Einheit der Nation, und diese Einheit der Nation existiert. – Richtig. Wir können feststellen, daß die Menschen in Potsdam und Bonn, in Dresden und München ähnliche Überzeugungen, ähnliche Sehnsüchte haben, daß es eine deutsche Geschichte, eine deutsche Literatur gibt, daß also die Einheit der Nation besteht.

Was ist unsere Aufgabenstellung? Unsere Aufgabenstellung ist es, diese Einheit der Nation für Menschen erlebbar zu machen, denn nur wenn wir diese Einheit der Nation trotz der Grenze, trotz der staatlichen Teilung erlebbar machen, werden wir auch sicherstellen, daß sich diese Einheit in den entsprechenden Zeitabläufen auch in staatlichen Formen verwirklichen kann. Das heißt, unsere Vision ist die Überwindung aller Grenzen in Europa und damit die Sicherung auch der Einheit der Deutschen, das Zusammenkommen der Menschen in Deutschland, egal in welcher Stadt, in welcher Gemeinde sie in Deutschland leben. Das ist unsere Zielvorgabe.

Was wir heute mit großem Erfolg machen müssen – das ist ein wesentlicher Punkt der Deutschlandpolitik der letzten Jahre – ist, daß sie durch eine Vielzahl von Besuchen erlebbar wird, durch eine Vielzahl von gemeinsamen Projekten, durch das Anpacken von Problemen, die im geteilten Deutschland, im geteilten Europa nur gemeinsam gelöst werden können. Das ist es, was unsere Aufgabe hier heute ist.

Es sind vorhin eine Reihe von Forderungen an die DDR aufgestellt worden. Ich will sie ganz kurz zusammenfassen: Wir fordern von der DDR mehr Menschenrechte für die Bürger. Wir fordern von der DDR Berechenbarkeit im gesamten Bereich des Reise- und Besuchsverkehrs und auch bei den Ausreisefragen. Wir fordern von der DDR einen eigenständigen Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas. Doch ich glaube, bei einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands kommt es darauf an, daß wir uns auch an folgenden Sachverhalt erinnern: Abgesehen von den Vertretern der Exil-CDU können die Menschen aus Leipzig, aus Dresden hier nicht mitdiskutieren. Unsere Aufgabe ist es, vor allen Dingen darüber nachzudenken, wie sie denn unsere Debatten über Deutschland- und Sicherheitspolitik und über praktische Dinge im geteilten Deutschland verstehen werden.

(Beifall)

Ich kann einen Appell hier nur noch einmal wiederholen, der schon vorhin in der Generalaussprache ausgesprochen wurde: Unser Auftrag ist es, von uns aus alles zu tun, daß die Bürger aus den Ländern der Bundesrepublik Deutschland die Landsleute im anderen Teil Deutschlands stärker unmittelbar besuchen, daß die Schulklassen eben nicht zuerst nach Paris, sondern auch nach Dresden und Leipzig fahren. Das ist unsere unmittelbare Aufgabenstellung.

(Beifall)

Es ist unsere Aufgabenstellung, darüber nachzudenken, welche Rückwirkungen kontinuierliche Entwicklungen auch in der DDR für die Lebensbedingungen dort haben, beispielsweise bei der Infrastruktur, bei den Problemen des Umweltschutzes. Ich glaube, da gibt es eine starke Verbindung der europäischen Politik generell zu den Fragestellungen, ob es denn einen Gegensatz zwischen europäischer Integration und dem gibt, was wir deutschlandpolitische, europapolitische Zielsetzung im Sinne der Einheit nennen. Ich glaube, meine Freunde, es kommt sehr darauf an, daß wir uns

dazu bekennen, auch unsere Ressourcen, die Fähigkeiten sowohl unserer Technik, unserer Wissenschaft als auch finanziell mit zu nutzen, um das Deutschland insgesamt mitzugestalten, dort Hilfestellungen zu leisten. Es kommt darauf an – nur dann besteht kein Gegensatz zwischen der Politik der europäischen Integration und der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes –, daß wir im Rahmen von konkreter Strukturpolitik im Sinne von Vernetzung im Bereich von Energiepolitik, von Verkehrspolitik unseren Beitrag leisten, daß es Gemeinsamkeiten von Hannover bis hinüber nach Leipzig, nach Berlin gibt.

Damit meine ich nicht nur die Eisenbahnverbindungen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Worum wir uns in den nächsten Jahren besonders bemühen müssen, ist, daß nicht durch die Politik der europäischen Integration – für die wir auch aus den Aufgabenstellungen der Deutschlandpolitik eindeutig einstehen müssen – durch technologische Abgrenzungen, durch unterschiedliche Definitionen von Maßen und Gewichten und von Normen zusätzliche Grenzen aufgebaut werden. Ich gestehe hier: Ich ärgere mich immer maßlos, wenn ich bestimmte Aussagen auch im Bereich der Europäischen Gemeinschaft lese. Nehmen Sie einmal die schönen Plakate an den Litfaßsäulen über die Eisenbahnverbindungen in Europa: alles nur von Nord nach Süd. Wo bleiben die Trassen, die von Westen nach Osten führen und die Verbindungen innerhalb von Europa herstellen? Das ist es, was unser Auftrag ist, durch den wir allein sicherstellen können, daß es eben kein praktisches Gegeneinander in der Deutschlandpolitik gibt, in den Überlegungen zur Überwindung der Teilung Europas und den notwendigen Integrationsbemühungen zu einer politischen Vereinigung, aufbauend auf der Europäischen Gemeinschaft.

Mir geht es also darum: Wir müssen bereit sein, für Infrastruktur über die Macht- und Ideologiegrenzen hinweg Sorge zu tragen und unseren Beitrag zur Vernetzung zu leisten. Wir werden auch nur dadurch Wandel durch Offenheit erreichen, wir werden nur dadurch unseren Beitrag leisten können, daß die Teilung Europas immer geringer wird, wenn wir mehr Zusammenarbeit durch Offenheit erreichen und dabei einfach die Gesetzmäßigkeiten von wissenschaftlicher Arbeit, von kultureller Zusammenarbeit, von technologischer Zusammenarbeit unseres Gesellschaftssystems dann auch auf das übertragen, was in den Ostblockstaaten geschieht. Um es ganz konkret zu formulieren. Wir können Wandel im Bereich von Osteuropa nur durch Offenheit erreichen. – Ich glaube, das ist der Weg, zu dem wir uns insgesamt bekennen müssen.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, eine letzte Anmerkung zu Berlin. Die Berliner Union hat natürlich – wir empfinden und stellen uns dieser Verantwortung auch in besonderer Weise – immer auf das hinzuweisen, was östlich der Elbe geschieht, und insgesamt in den Hauptstädten daran zu erinnern.

Wir haben die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland nicht als eine Verlängerung der Rheinbundstaaten begreift, daß nicht Rheinbundmentalität in den Vordergrund gerückt wird. Das ist unsere Verpflichtung.

(Beifall)

Aber ich möchte noch einen anderen Punkt erwähnen, ein bißchen anknüpfend an die Debatte, die vorhin geführt worden ist. Meine Freunde, es wird immer davon geredet, daß in den 90er Jahren Wahlen sind. Helmut Kohl hat in einem Nebensatz auch darauf hingewiesen, daß im Januar 1989 in Berlin gewählt wird. Ich will jetzt keine

besonderen Aufforderungen hinsichtlich besonderer Leistungen und dergleichen gegenüber diesem Parteitag formulieren. Aber mir kommt es doch darauf an, hier einmal darauf hinzuweisen, daß wir erstens dort eine Aufgabe vor uns haben, die wir gemeinsam lösen müssen, die wir bestehen müssen. Ich sage Ihnen: Die Berliner Union wird diese Aufgabe bestehen, wenn Sie uns dabei mit der notwendigen Sensibilität hinreichend unterstützen.

(Beifall)

Übrigens habe ich keine Veranlassung, mich in diesem Zusammenhang über den Bundeskanzler wegen mangelnder Sensibilität zu beklagen. Im Gegenteil: Ich möchte ihm und dem Kanzleramt ausdrücklich danken für vielfältiges deutschlandpolitisches Engagement, und zwar auch in Gestaltung dessen, was in Ausformung des Viermächteabkommens möglich ist, nämlich die politischen Bindungen nach Westen zu verstärken, Institutionen und Funktionen nach Berlin zu holen. Ich würde mich freuen, wenn diese Sensibilität auch bei anderen Verwaltungen hinreichend vorhanden wäre. Dann hätten wir in der Vergangenheit das eine oder andere Problem vielleicht nicht gehabt.

(Beifall)

Es geht mir auch darum, deutlich zu machen, daß wir uns von Berlin aus leicht einem Mißverständnis aussetzen. Wir haben in der Vergangenheit in der Tat nicht primär über Standortnachteile geklagt, die es gibt. Wir haben vor allen Dingen nicht immer betont, welche Rechte wir eigentlich aus dem Überleitungsgesetz, aus Art. 92 des EG-Vertrags und dergleichen haben. Nur, wir haben in Berlin durch die geopolitische Situation eine ganze Menge Probleme.

Wir versuchen allerdings – das will ich sozusagen als Philosophie sagen; damit will ich auch begründen, warum wir als Berliner Union im Grunde sehr optimistisch den Auseinandersetzungen in den bevorstehenden Monaten entgegensehen –, die Probleme zu lösen, die Ärmel hochzukrempeln, aus Problemen Chancen zu machen. Das ist eine Philosophie, die ich auch anderen im Blick auf viele Diskussionen, die sie mit Bürgern immer wieder führen, anempfehle.

Meine Bitte ist also, nicht dem Mißverständnis zu unterliegen, das laufe da schon alles. Vielmehr ist es so, daß da hart gearbeitet werden muß. Ich bitte insoweit um die entsprechende Unterstützung.

Ich sage zweitens: Wenn man das mitträgt, was notwendig mitgetragen werden muß, wenn man dann nachher die notwendige Politik hinsichtlich der Gestaltungsmöglichkeiten auch in Solidarität machen kann, werden wir die Probleme in Berlin und insbesondere die Aufgabe im Januar mit Sicherheit lösen. Ich verspreche Ihnen also: Wir werden unseren Beitrag dafür leisten, daß die Union bereits eine gute Ausgangsposition im Jahr 1989 für die Europawahl hat.

Vielen Dank.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dieppen.

Ich schließe damit die Generaldebatte. Wir kommen nunmehr zur Beratung der einzelnen Ziffern des Antrages des Bundesvorstandes. Nach § 18 unserer Geschäftsordnung kann der amtierende Präsident die Redezeit auf fünf Minuten begrenzen. Damit bis 21 Uhr noch möglichst viele Kollegen die Möglichkeit haben, das Wort zu ergreifen, ist sich das Präsidium einig, von dieser Möglichkeit der Geschäftsordnung auch Gebrauch zu machen. Das heißt: Begrenzung der Redezeit auf fünf Minuten.

(Zustimmung)

Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Vorschlag der Antragskommission ist gefolgt.

Ich rufe jetzt Ziffer 1 des Antrages auf. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Vorschlag der Antragskommission ist gefolgt.

Ich rufe die Ziffer 2 auf. Dazu gehören die Anträge D 4 bis D 7. Dazu liegt eine Wortmeldung vor von Herrn Lögin aus Baden-Württemberg.

Franz Login: Herr Präsident! Meine Damen und meine Herren! Wir kommen nun zur Beratung der Einzelanträge. Im Zuge dieser Beratung möchte ich nun nicht eine Generaldebatte führen, aber doch einige Bemerkungen zu dem Antrag D 7 des Kreisverbandes Stuttgart machen.

Wir haben Gott sei Dank im zweiten Anlauf die Deutschlandpolitik in unserem Papier bewältigt. Diese Deutschlandpolitik verstehe ich nicht nur für die Landsmannschaften der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für die Pommern, für die Ostpreußen, für die Schlesier, für die Sudetendeutschen. In diesem Sinne gehört schon in die Präambel eine eindeutige Aussage. Das wird an manchen Stellen dieser Papiere – wir werden uns damit ja noch im einzelnen beschäftigen – überlagert von Sätzen, die den Eindruck hervorrufen, als ob wir nicht den Mut gehabt hätten, Klares auszusagen.

Deutschland ist nämlich für mich – innenpolitisch gesprochen – ein Schlüssel der Solidarität, wie wir sie in vielen Politikbereichen brauchen. Bekanntlich bringen wir sie oft wegen vorhandener Egoismen nicht zuwege. Deshalb ist dieses Deutschland die verbindende Kraft, auf die wir als Union viel mehr Rücksicht, viel mehr Kraft verwenden sollten.

Dieser Parteitag ist auch eine Schule, die zeigen kann, wie dem Volk Politik verkauft werden kann. Heute ist das Wort vom Verkaufen in bezug auf den Bundeskanzler gefallen. Wir haben als Partei heute die große Chance, Deutschlandpolitik vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Deshalb auch unser Antrag D 7.

Klar und deutlich wollen wir unseren Willen zur deutschen Einheit nicht nur als Wunsch, sondern auch mit Blick auf die Möglichkeiten der Macht, die wir damit heute verbinden können, festmachen. Wir wollen Deutschland verhandlungsfähig machen für einen zu erwartenden, zumindest für einen ersehnten Friedensvertrag. Das sind die Generalpositionen, die den Antrag D 7 des Kreisverbandes Stuttgart auszeichnen und die viel klarer sind als in dem Leitantrag D 8, alte Ziffer 3, unserem Antrag gemäß neue Ziffer 2. Deshalb empfehle ich Ihnen unseren Antrag zur Annahme.

Der klare Wortlaut „In einem freien und geeinten Europa die nationale und staatliche Einheit zu wahren ...“ entspricht dem letzten Satz des Leitantrages. Das ist die zentrale Aussage, zu der wir uns in den letzten zwei Stunden bekannt haben. Das gehört auch in den Antrag.

Zusammengefaßt – damit es nicht zu lang wird –: Die Formulierung im Antrag D 7 des Kreisverbandes Stuttgart ist besser als die im Antrag D 8, nunmehr Ziffer 2.

Ich danke Ihnen.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Herr Kropp für die Antragskommission.

Thomas Kropp, Antragskommission: Herr Login, im Materiellen stimmen wir Ihnen zu. Nur, die Präambel ist wirklich nicht geeignet, alle Detailfragen vorwegzunehmen.

Gerade die Deutschlandpolitik hat in den letzten Monaten die größte Aufmerksamkeit erregt. Wir haben gerade diesen Dingen in den Ziffern 11 ff sehr detailliert Rechnung getragen: Volksgruppenrechte den Deutschen in Ost-, Mitteleuropa und Ostdeutschland. Das ist alles berücksichtigt. Wir sind der Meinung, daß wir in der Präambel nicht das ganze Papier vorwegnehmen können.

Wir empfehlen deswegen die Ablehnung dieses Antrages.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission. Wer dem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Dem Antrag der Antragskommission ist gefolgt.

Ich rufe die Ziffer 3 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer dem Antrag der Antragskommission zu Ziffer 3 und den korrespondierenden Anträgen D 8 bis D 11 folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu der Ziffer 4 mit den Anträgen D 12 und D 13. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Es ist so, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat, beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 5 und den Anträgen D 14 bis D 16. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das ist so, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat, beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 6 und den korrespondierenden Anträgen D 17 bis D 22. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Es ist mit Mehrheit so beschlossen, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 7 mit den korrespondierenden Anträgen D 23 bis D 31. Zu Antrag D 23 liegt eine Wortmeldung von Herrn Stritzl aus dem Landesverband Schleswig-Holstein vor.

Thomas Stritzl: Ich glaube, es ist wichtig, daß in der Antragsvorlage, die dem Bundesparteitag der CDU vorliegt, eine, wie ich finde, nicht geringfügige Abwandlung eines Kanzlerwortes zu verzeichnen ist, und das erstaunt mich eigentlich ein wenig. Es steht nämlich drin: „Frieden schaffen mit weniger Waffen.“ Ich hatte nicht gedacht, daß wir hier in einen Streit um Worte eintreten müssen. Aber ich halte es schon für wichtig, daß die Junge Union mit ihrem Antrag insofern eine Änderung reingebracht hat, daß wir sagen: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“

Worum es dabei geht, ist, daß wir bei der Frage Rüstung, Abrüstung, Entspannung, Sicherheitspolitik die Dynamik erhalten und uns mit dieser Dynamik auch an uns selber wenden und sagen: aktiv eintreten für das Endziel – das ist wieder ein Stück Utopie, und wir haben ja heute mehrfach gehört, daß Illusionen nur sehr begrenzt gefragt sind – einer Utopie einer letztlich im militärischen Sinne wirklich waffenfreien Welt. Diesen Anspruch müssen wir als christliche Demokraten uns erhalten.

Deswegen würde ich herzlich darum bitten, daß wir hier, dem Kanzlerwort getreu, die Formulierung „immer weniger Waffen“ wieder aufnehmen. Denn wenn wir mit der

Abrüstung Ernst machen wollen, dann muß es weitergehen, dann darf es nicht die Festschreibung eines Status quo geben. Das kann nicht christliche Politik sein. Wir müssen vielmehr das Endziel anstreben, und das müssen wir heute schon festschreiben. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Danke schön. Wird das Wort von der Antragskommission gewünscht? – Nein.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Darf ich nochmals um das Handzeichen derer bitten, die der Antragskommission folgen wollen. – Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Wir sind uns einig, daß das erste die Mehrheit war.

(Widerspruch)

Es wird bestritten. Dann werden wir versuchen, durch Aufstehen von den Sitzen Klarheit herbeizuführen, damit es keinen Dissens gibt.

Wer dem Antrag der Antragskommission zu Ziffer 7 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Wir sind jetzt mit Mehrheit der Meinung, daß das zweite die Mehrheit war.

(Beifall)

Wir kommen damit zur Abstimmung über die einzelnen Anträge. Ich muß jetzt in der Reihenfolge D 23 bis D 31 sehen, welcher Antrag jeweils eine Mehrheit findet.

Ich rufe den Antrag D 23 auf, den ursprünglichen Antrag des Bundesvorstandes, ohne die entsprechenden Vorschläge der Antragskommission. Wer dem Antrag D 23 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Das erstere war die Mehrheit. Damit ist der Antrag D 23 – die ursprüngliche Vorlage des Bundesvorstandes – so angenommen worden.

(Widerspruch und Zurufe)

– Darf ich noch einmal festhalten: Es ist abgelehnt worden der Vorschlag der Antragskommission, eine Modifizierung der Fassung der Vorstandsvorlage vorzunehmen. Ich habe daraufhin jetzt einzeln über den Antrag D 23 abstimmen lassen. Soeben hat sich für den Antrag D 23 – alte Fassung – eine Mehrheit ergeben.

(Widerspruch und Zurufe)

Das Wort hat der Generalsekretär!

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen die Abstimmung richtig verstehen und den Antrag richtig lesen. Als Ergebnis des Antrages möchte ich, ohne eine inhaltliche Bewertung vorzunehmen, sagen, daß die Abstimmung, bei der die Mehrheit zunächst umstritten war, doch wohl ergeben hat, daß es jetzt heißen soll: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“

(Beifall)

Ich gehe davon aus, daß im übrigen der Parteitag mit dem Vorschlag der Antragskommission einverstanden ist, nur daß er diesen Zusatz erhält.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Dann schlage ich vor, wenn dies der Wille des Parteitages ist, daß wir zunächst über den Antrag D 27 des Kreisverbandes *Bitburg/Prüm* abstimmen. Wenn der angenommen wird, würden wir anschließend über den so modifizierten Antrag des Bundesvorstandes abstimmen. Können wir so verfahren? –

Dann lasse ich jetzt über den Antrag D 27 abstimmen, in dem das Wort „immer“ enthalten ist. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Der Antrag D 27 ist angenommen.

Nach der Maßgabe dieses Beschlusses lasse ich nun über den Antrag des Bundesvorstandes in der geänderten Fassung des Antrages D 27 abstimmen. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag Ziffer 8 mit den korrespondierenden Anträgen D 32 bis D 35. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erstere war eindeutig die Mehrheit. Damit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Ich rufe die Ziffer 9 mit den korrespondierenden Anträgen D 36 bis D 45 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Es ist so beschlossen, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Ich rufe die Ziffer 10 mit den Anträgen D 46 bis D 50 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich stelle fest, daß auch hier dem Votum der Antragskommission gefolgt ist.

Ich übergebe das Tagungspräsidium dem Kollegen Landowsky.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir kommen damit zum Kapitel II: „In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden ...“ Das sind die E-Anträge.

Ich rufe die Ziffer 11 auf. Dazu gehören die Anträge E 1 bis E 12 auf den Seiten 122 bis 124 der Broschüre. Ich darf daran erinnern, daß heute bereits zwei Generaldebatten auch zu diesem Themenbereich stattgefunden haben. Ich bitte die zahlreichen Redner, die sich zu den Punkten E gemeldet haben, das zu berücksichtigen.

Zu Ziffer 11 liegen zwei Wortmeldungen vor, zunächst Herr Mayer-Vorfelder.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fürchtet euch nicht, ich will die Generaldebatte nicht ausdehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht mir auch nicht darum, wie ein Oberstudienrat an einzelnen Formulierungen herumzumachen, sondern es geht mir um den Harmel-Bericht. Wenn wir den Harmel-Bericht als Grundlage aufnehmen – es liegen weitere Vorschläge der Antragskommission vor, die Grundzüge des Harmel-Berichts anzuerkennen –, dann müssen wir für die Leute draußen aber auch sagen, was in dem Harmel-Bericht steht.

(Vereinzelt Beifall)

Denn allein das Wort „Harmel-Bericht“ sagt dem Normalbürger überhaupt nichts, weil er ihn nicht kennt. Der wesentliche Satz in diesem Harmel-Bericht ist in unserem Antrag Ziffer 11 enthalten:

Eine stabile Regelung in Europa ... ist nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet.

Das andere sind Folgerungen daraus.

Wer sich also zum Harmel-Bericht bekennt, muß im Interesse einer größeren Transparenz auch sagen, was der wesentliche Inhalt des Harmel-Berichts ist.

(Vereinzelt Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Nächste Wortmeldung: Herr Stritzl aus Schleswig-Holstein.

Thomas Stritzl: Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich möchte meinen Vorredner unterstützen. Ich glaube, daß wichtig ist, daß wir in einem Antrag der CDU Deutschlands auch einmal eine aktive Rolle der CDU Deutschlands festschreiben. Was wir bisher gehört haben, ist eine sehr starke Verlagerung auf andere. Ich frage mich eigentlich, ob wir uns ein anderes Volk auf dieser Erde vorstellen können, das ähnlich verhalten für die eigene Selbstbestimmung kämpft, wie wir es tun.

Wenn wir heute viel über Europa gesprochen haben, dann will ich nicht bezweifeln, daß das ein Weg sein mag. Aber es ist mit Sicherheit nicht der einzige und mit Sicherheit auch nicht der Weg, der uns das erleichtert, was wir machen müßten: über unsere eigene deutsche Frage selbständig nachzudenken. Ich meine, was wir brauchen, ist eine operationale Deutschlandpolitik. Deswegen muß das zumindest im Willen grundsätzlich verankert werden. Denn der Weg, der uns heute nachmittag hier aufgezeichnet worden ist, westeuropäische Bindung, Verstärkung der Beziehungen zu Frankreich – ich will das nicht geringschätzen –, bedeutet in der jetzigen Situation jedoch die Zementierung der deutschen Teilung.

(Zuruf: Schwachsinn!)

– Ja, so sehe ich das.

Das heißt, wir müssen auch wieder in eine Situation kommen, wo wir aus freiem eigenen Willen die Modelle diskutieren, wo wir meinen, daß Selbstbestimmung in Form von Einheit und Freiheit für alle möglich ist.

Deswegen bitte ich den Antrag E 8 zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Ich kann mir vorstellen, daß die Antragskommission dazu etwas sagen will. Herr Hennig.

Dr. Ottfried Hennig, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst bin ich der Meinung, daß unser Kultusminister Mayer-Vorfelder aus Baden-Württemberg sicher zu den Kultusministern gehört, denen wir besonders dankbar dafür sein müssen, daß sie die deutsche Frage im Unterricht immer wieder nach vorne bringen und dort Vorbildliches tun. Ich möchte das an dieser Stelle so deutlich sagen.

(Beifall)

Ich habe dieses einleitende Lob auch deshalb gebracht, weil ich dem Rest nicht unbedingt folgen wollte.

(Heiterkeit)

Denn ich glaube, wir stehen vor einer schwierigen Aufgabe, lieber Herr Mayer-Vorfelder, wenn wir den Inhalt des Harmel-Berichts, der ja viele Seiten umfaßt, hier im wesentlichen skizzieren und wiedergeben wollen. Das sprengt den Rahmen. Ich glaube, es können jetzt wirklich alle Teile unserer Partei mit dem ausgewogenen Ergebnis, das in sehr mühseligen Beratungen zustande gekommen ist, leben.

Im Kern geht es bei dem, was Sie vorschlagen, möglicherweise auch um eine Wiederbelebung der Debatte über die Frage, ob die deutsche Frage Ursache oder Folge ist. Ich finde, an diesem relativ sinnlosen Streit sollte sich der Bundestag nicht unbedingt beteiligen. Ich meine, wir sollten bei dem bleiben, was Ihnen die Antragskommission zur Verabschiedung vorschlägt.

Bei der zweiten Wortmeldung geht es darum – wie gesagt wurde –, die aktive Rolle festzuschreiben oder Modelle zu diskutieren. Liebe Parteifreunde, nichts anderes tut dieser Antrag auf einer ganzen Reihe von Seiten. Das ist immer wieder gesagt und gefordert worden. Wir haben schließlich auch – das kommt allerdings an einer späteren Stelle in dem Papier – die aktive Deutschlandpolitik festgeschrieben, nicht nur mit der zweimaligen Wiederholung des Terminus, sondern auch mit der Aussage, daß wir jede vernünftige Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands nutzen sollten. Wir haben uns im Fachausschuß Deutschlandpolitik vorgenommen, das in der nächsten Sitzung mit verschiedenen Beiträgen zu konkretisieren. Aber das auf einem Parteitag aus dem Stand heraus tun zu wollen führt, glaube ich, nicht unbedingt zu positiven Ergebnissen.

Deswegen auch hier meine Bitte: Bleiben wir bei dem, was hier vorbereitet und Ihnen vorgelegt worden ist.
Schönen Dank.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erstere war die Mehrheit.

Ich rufe die Ziffer 12 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Ihnen, Herr Mayer-Vorfelder, vor.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zufall will es, daß ich jetzt beinahe das Attribut eines Dauerredner zuerkannt bekomme, weil ich mich schon wieder melde. Aber das hängt damit zusammen, daß mich diese Frage nicht zuletzt im Blick auf die Erfahrung des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg sehr beschäftigt.

Ich habe seinerzeit vor der Wahl in einer Veranstaltung von den „deutschen Ostgebieten“ gesprochen und habe mich damit auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bezogen, dessen Inhalt im Endergebnis kaum jemandem bekannt ist. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sagt nämlich klar, daß eine neue Grenzziehung erst durch eine friedensvertragliche Regelung erfolgen kann.

Deshalb geht es auch mir in diesem Antrag, der vom Kreisverband Stuttgart eingebracht worden ist, darum, zu präzisieren, was das Bundesverfassungsgericht sagt, um das auch im Bewußtsein der Menschen zu erhalten: daß es hier um Rechtspositionen geht, die wir nicht ohne weiteres aufgeben dürfen, auch wenn wir angegriffen werden. In diese Richtung geht es.

Ich bin in übelster Weise diffamiert worden, und auch viele Parteifreunde haben in dieser Frage nicht zu mir gehalten. Deshalb genügt es nicht, sich irgendwo verschämt auf das Bundesverfassungsgericht zu berufen, ohne auch deutlich zu machen, was das letzten Endes an Rechtspositionen in der deutschen Frage beinhaltet.

Deshalb haben wir den Antrag eingebracht, der in seinem ersten Satz klar ausdrückt, was dieses Urteil sagt und daß über Veränderungen dieses Deutschland in den Grenzen von 1937 erst durch einen Friedensvertrag befunden werden kann. Über

Einzelheiten in der Formulierung kann man mit Sicherheit streiten. Das ist auch nicht die Frage, sondern der entscheidende Punkt ist der, den ich hervorgehoben habe.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Von der Antragskommission hat jetzt Herr Hennig das Wort.

Dr. Ottfried Hennig, Antragskommission: Die Antragskommission, Herr Präsident, liebe Parteifreunde, ist der Meinung, daß der Kultusminister Mayer-Vorfelder mit seiner Wortmeldung völlig recht hat. Nur, der Antrag des Kreisverbandes Stuttgart geht ja darüber hinaus und fordert uns auf, in E 21 eine direkte Bezugnahme auf dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 in diesem Papier zu machen.

Nun bringen Sie natürlich den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen – ich bin im zehnten Jahr in dieser Funktion – in ein Problem, indem ich hier quasi dagegen plädiere, was ich gar nicht tun will. Ich möchte uns alle nur darauf aufmerksam machen, daß die Rechtslage Deutschlands, wenn man ins Detail geht, natürlich unendlich viel komplizierter ist, als Sie das hier in einem Satz zum Ausdruck bringen können.

Wir haben dieses Urteil erwähnt. Wir haben das Urteil von 1987, das vorzüglich ist, hinzugefügt und nicht nur die beiden früheren Entscheidungen erwähnt. Wir haben alle Dokumente aufgezählt. Wir haben im übrigen gesagt, lieber Herr Mayer-Vorfelder: Deutschland besteht fort. Wir sprechen von Deutschland in all seinen Teilen. Wir haben an einer anderen Stelle von Mittel- und Ostdeutschland gesprochen.

Ich meine, dies ist nun wiederum klar genug, und es bringt nichts Zusätzliches an Klarheit, wenn wir uns jetzt eine bestimmte Jahreszahl herausgreifen, mit der wir dann einen Teil der Ostpreußen zufriedenstellen und einen anderen nicht, weil wir die Memelländer nicht an Bord haben, und mit der wir einen Teil der Westpreußen zufriedenstellen, weil sie mitgemeint sind, und einen anderen Teil nicht, weil sie seit Versailles nicht dazugehören.

Deshalb warne ich davor, diese Diskussion mit einer Jahreszahl zu versehen. Wir sollten, wie wir es hier gemacht haben, in dieser Form vom ganzen Deutschland sprechen, aber nicht mit einem Satz in die Details eingehen, in der man sich dann verlieren kann. Ich glaube, das bringt nichts an zusätzlicher Klarheit. Deshalb mein Plädoyer: Bleiben wir bitte bei dem, was hier einvernehmlich verabredet worden ist. – Schönen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank für die Klarstellungen.

Ich bitte dann um die Abstimmung. Wer der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erstere war die Mehrheit.

Ich rufe die Ziffer 13 auf. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse also darüber abstimmen. Wer der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Diese Fassung ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 14. Dazu haben wir eine Wortmeldung von Herrn Wolters. Wollen Sie diese wahrnehmen, Herr Wolters?

Reinhard Wolters: Wenn der normative Deutschlandbegriff jetzt schon so schwierig zu fassen ist und wir dort gerade nicht weitergekommen sind, sollten wir zumindest nicht den Fehler machen, hier im operativen Teil zu sagen, daß wir uns jetzt in der deutschlandpolitischen Frage auf die DDR konzentrieren. Ich würde das für verhängnisvoll halten. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag des Kreisverbandes Steinfurth E 32a auf der Seite 127 unten zu folgen, der „mit der DDR“ und „die dort leben“ herausnehmen will und sich damit im Aktionsrahmen auf alle Deutschen bezieht und sich nicht nur auf die in der DDR begrenzt. – Herzlichen Dank.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Möchte die Antragskommission dazu sprechen? – Herr Hennig, ganz kurz dazu.

Dr. Ottfried Hennig, Antragskommission: In aller Kürze, liebe Parteifreunde. Es wird also vorgeschlagen, hier den Bezug auf die DDR zu streichen. Nur, der Bezug steht an der Stelle, an der es eindeutig um Abmachungen mit der DDR geht. Es ergibt wirklich keinen anderen Sinn, so daß wir es an dieser Stelle stehen lassen müssen. Ich glaube, das spricht logischerweise für sich. Ich bitte Sie, da beim Wortlaut zu bleiben.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Wir stimmen dann über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer dieser zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Damit ist die Empfehlung der Antragskommission mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 15 auf. Hierzu habe ich folgende Ergänzung der Antragskommission anzubringen. Die Antragskommission bittet Sie, eine nicht ausgelegte Ergänzung des Antrages – ich lese Ihnen das kurz vor – zur Kenntnis zu nehmen und sich zu notieren. Es geht um die Formulierung in dem Buch mit den Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 128. Der vorletzte Absatz fängt an mit: „Die CDU fühlt sich jenen Deutschen besonders verbunden“. Dieser Satz wird wie folgt ergänzt: „Die CDU fühlt sich jenen Deutschen besonders verbunden, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat in Mittel- und Ostdeutschland sowie im übrigen kommunistischen Machtbereich haben verlassen müssen.“ Das ist eine Ergänzung in der Mitte um einige Worte. Ansonsten bleibt die Empfehlung der Antragskommission gleich.

Zu der Ziffer 15 liegen zwei Wortmeldungen vor. Ich bitte Sie zu überprüfen, ob das nach der Ergänzung noch notwendig ist. Zunächst Herr Degenhardt.

Heinrich Degenhardt: Ich habe mich zur Generaldebatte gemeldet und bin leider nicht aufgerufen worden.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Das tut mir furchtbar leid; das war ein Mißverständnis. Wir entschuldigen uns namens des Präsidiums dafür. Ich gehe aber davon aus, daß Sie zu dieser Ziffer nicht das Wort wünschen. – Schönen Dank.

Nun haben wir Herrn Scharf aus Nordrhein-Westfalen.

Hubert Scharf: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Steinfurth plädiert – das sehen Sie im Antrag E 41a – für die ersatzlose Streichung des Zusatzes: „und allen nationalen Minderheiten“ am Ende des ersten Absatzes an dieser Stelle. Wir wollen hier in Klarheit Dinge ausdrücken. Nach Meinung unseres Kreisverbandes paßt dieser Zusatz in diesem Abschnitt an diese Stelle weder von der Systematik der Anordnung noch vom Inhalt der Aussagen her, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Dieses Kapitel, in dem die Ziffer 15 steht, hat die freie Selbstbestimmung der Deutschen zum Thema. In Ziffer 15 ist speziell von unserem Einsatz gegen die Gefahr des Verlustes der deutschen Identität bei unseren Landsleuten die Rede. Unser Parteivorsitzender und Bundeskanzler, Helmut Kohl, hat uns heute mittag aufgerufen, zuallererst für die Menschenrechte jener Deutschen einzutreten, denen diese Menschenrechte verwehrt werden. Sie können dies auf Seite 9 seines Redemanuskripts nachlesen.

Wir fordern nun diese Menschenrechte in einem wesentlichen Bereich für deutsche Landsleute ein und haben an dieser Stelle unseres Erachtens keine Veranlassung, diese völlig ohne Not auch dort als nationale Minderheiten einzustufen oder ihre Probleme in eine Gemengelage zu bringen, wo man eigentlich sagen müßte, wie sie in diese Minderzahl gekommen sind.

Wir sind von daher der Meinung, daß man – hier komme ich zum zweiten Teil meiner Begründung – über nationale Minderheiten im allgemeinen durchaus reden soll, aber an anderer Stelle. Die Reihenfolge, wie sie unser Parteivorsitzender heute mittag selber gefordert hat, stimmt erst wieder, wenn wir beachten, daß es ab Ziffer 73 ein eigenes Kapitel mit der Überschrift „Demokratie und Menschenrechten gehört die Zukunft“ gibt.

Dorthin gehört nach Meinung unseres Kreisverbandes zu Recht die Einforderung der Grund- und Menschenrechte für alle Bürger aller Staaten, also auch für nationale Minderheiten. Diese Grund- und Menschenrechte müssen an dieser Stelle nach Meinung unseres Kreisverbandes folgerichtig nicht nur für die wirtschaftliche und soziale, sondern auch für die kulturelle Entwicklung eingefordert werden. Beides wollen wir mit unserem Antrag, und daher muß unser Antrag I 22a in Ziffer 73 eingebaut werden. Der Landesverband Hamburg und der Kreisverband Altona haben in ihren Anträgen I 21 und 22 eine ähnliche Plazierung gefordert. Der jetzt erfolgte Zusatz „und Volksgruppen“ unter Ziffer 15 stellt unseres Erachtens keine wesentliche Änderung der jetzigen systematisch, inhaltlich und politisch unrichtigen Zuordnung dar und kann höchstens als eine Notlösung betrachtet werden.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank!

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, den Appell von Herrn Echternach zu beherzigen, sich in der Diskussion etwas zu konzentrieren. Wir haben zu diesem Punkt noch eine Wortmeldung, die von Herrn Jäger aus Baden-Württemberg, und dann nimmt die Antragskommission Stellung. Bitte!

Claus Jäger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil es mir notwendig erscheint, ein kritisches Wort zu meinem Vorredner zu sagen.

Ich weiß aus Erfahrung, wie außerordentlich wichtig und wie außerordentlich hilfreich es für unsere Deutschen in der Sowjetunion und anderswo in Osteuropa ist, daß wir ihre Nöte, Sorgen und Anliegen zusammen mit denen anderer nationaler und religiöser Minderheiten zur Sprache bringen können. Ich kann aus eigener Erfahrung sprechen. Es ist uns z.B. im Europarat gelungen, erstmals die Deutschen in der Sowjetunion zum Gegenstand eines großen, einmütig angenommenen Berichts zu machen, weil im gleichen Atemzug das Schicksal der eng verwandten Minderheit der jüdischen Volksgruppe in der Sowjetunion angesprochen werden konnte. Weil wir das zusammen behandelt haben und zusammen vorgetragen haben, haben wir auch die Deutschen ins Spiel bringen können.

Ich warne also davor, zu sagen: Wir behandeln hier nur die Deutschen; die anderen sind uns egal, die sollen hier wegbleiben. Wir schaffen für unsere deutschen Landsleute nur dann etwas, wenn wir für alle Minderheiten eintreten, und zwar gemeinsam und zusammen, und deswegen möchte ich dem Antrag meines Vorredners entschieden widersprechen.

(Zustimmung)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Jäger. – Bitte, Herr Hennig.

Dr. Ottfried Hennig, Antragskommission: Liebe Parteifreunde, die Antragskommission hält das für ausgesprochen richtig und beherzigenswert, was der Kollege Jäger (Wangen) eben gesagt hat. Ich will es an einem einzigen Beispiel verdeutlichen: Dem Bundeskanzler ist es im vergangenen Oktober gelungen, mit der ungarischen Regierung eine vorbildliche Minderheitenschutzregelung zu verabreden, und zwar auch deshalb, weil wir uns jetzt wiederum z.B. gleichfalls für die im rumänischen Machtbereich außerordentlich schlecht behandelte ungarische Minderheit einsetzen. Deswegen muß man an dieser Stelle sicher insgesamt sagen: wenn Menschenrechte, wenn Volksgruppenrechte, dann bitte für alle. Deswegen sollten wir den Text auch so stehenlassen.

(Zustimmung)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Wir stimmen jetzt über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war die große Mehrheit.

Ich rufe Ziffer 16 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu mache ich folgende Anmerkung. Entgegen der ausgedruckten Empfehlung soll auf Vorschlag der Antragskommission auch der Antrag E 45 angenommen werden. Ich korrigiere also das ausgedruckte Votum. Vielleicht erledigt sich dadurch die eine oder andere von den drei Wortmeldungen, die zu diesem Kapitel II noch vorliegen. Ich muß nämlich darauf hinweisen: Wir müssen in ganz naher Zukunft Schluß machen, um den Hessen-Abend zeitlich noch vernünftig zu gestalten.

(Zustimmung)

Ich erteile also, sofern er seine Wortmeldung aufrechterhält, Herrn Beckedorf aus Hannover das Wort. Bitte!

Rainer Beckedorf: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das, was ich jetzt sage, gilt auch gleichzeitig für die Ziffer 33.

Vorhin bei den Rechenschaftsberichten hat der Vorsitzende unserer Bundestagsfraktion, Herr Dr. Dregger, gesagt, wir dürften nicht versuchen, auf dem Wege zur Wiedervereinigung gleichzeitig zwei Wege wählen zu wollen. Das ist sicher richtig, aber man sollte sich doch zu Beginn einer Reise noch nicht endgültig auf eine von mehreren Möglichkeiten festlegen. Es kann doch durchaus sein, daß sich erst später herausstellt, daß es andere Wege gibt, die schneller und besser zum Ziel führen.

In bezug auf ihre deutschlandpolitischen Ziele läuft die CDU aber Gefahr, vorschnell Möglichkeiten auszuschließen, wenn sie in dem Leitantrag, den wir jetzt diskutieren, unter Ziffer 16 schreibt:

Die CDU wird keine Politik... unterstützen ..., die auf einen neutralistischen Sonderweg hinausläuft;

Liebe Parteifreunde, eine überzeugende Deutschlandpolitik braucht auch Visionen. Das bedeutet auch, daß unsere Partei immer wieder neue Denkmodelle entwickeln muß. In diesem Sinne kann ein deutscher Sonderweg durchaus eine brauchbare Möglichkeit zur Wiedervereinigung und zur Wiedererlangung der staatlichen Einheit sein, sofern er zur Einheit in Freiheit führt.

Aber auch wenn heute freiheitliche Alternativen nicht in Sicht sind, gebietet unsere Verantwortung für ganz Deutschland, alle denkbaren Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Deshalb dürfen wir uns nicht, wie dieser Antrag es nahelegt, bestimmte Lösungswege von vornherein selbst verbauen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur kurz darauf hinweisen, daß die Politik unserer Partei in den Anfangsjahren nicht nur von Konrad Adenauer, sondern auch von Jakob Kaiser entscheidend geprägt wurde. Wenn es in unserer Partei um Deutschlandpolitik geht, scheint es mir doch einige Tabus zu geben. Wenn wir aber das Motto unseres Parteitagés „grundsatztreu und zukunfts offen“ ernst nehmen wollen, dürfen wir uns nicht selbst irgendwelche Tabus auferlegen.

Deshalb möchte ich an Sie, liebe Parteifreunde, appellieren: Lassen Sie uns offen sein für alle Möglichkeiten, die die staatliche Einheit in Freiheit und eine gesamteuropäische Friedensordnung herbeiführen könnten. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung für die Anträge des Kreisverbandes Lüneburg. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Zustimmung)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich bitte Sie wirklich, sich jetzt sehr zu konzentrieren. Auf der Rednerliste habe ich noch Herrn Martin Schwarz aus Schleswig-Holstein und Herrn Niewerth aus Oldenburg. Bitte!

Martin Schwarz: Herr Präsident, ich will Ihre Aufmerksamkeit nur eine Minute in Anspruch nehmen. Ich unterstütze voll und ganz das, was mein Vorredner eben gesagt hat.

Meine Damen und Herren, der Punkt 16 ist der Kernpunkt der gesamten Deutschlandpolitik der Union. Er gibt Auskunft, ob wir als CDU Wiedervereinigung wollen oder nur darüber reden. Der vorliegende Text des Leitantrages will die Wiedervereinigung nicht; er ist nach meiner Auffassung gefährlich und doppelbödig. Denn er gibt vor, die Einheit zu wollen, aber jede Aussage, daß Freiheit vor Einheit geht, ist unzulässig, weil ein geteiltes Volk immer unfrei ist. Jedes Nachdenken über sämtliche verantwortbaren Möglichkeiten einer nationalstaatlichen Lösung wird abgeschnitten, und jeder konkrete Ansatz einer operativen Wiedervereinigungspolitik fehlt hier in diesem Antrag.

Die CDU, auch die Bundesministerin für gesamtdeutsche Fragen, muß akzeptieren: Wer Europa einigen will, muß zunächst Deutschland einigen. Wer die deutsche Einigung will, der muß über alle verantwortbaren Wege nachdenken dürfen. Wer die Teilung überwinden will, der muß 43 Jahre nach dem Krieg endlich ein konkretes Konzept zur Wiedervereinigung Deutschlands auf den Tisch legen. Wer die geistige Führung in Deutschland beansprucht, der muß sagen, wie er den Auftrag des Grundgesetzes verwirklichen will.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns Vordenker wie Lintner, Friedmann, Lummer oder von Schmude nicht ausgrenzen. Ich bitte Sie auch im Namen der OMV

Schleswig-Holstein, diesen Antrag des Bundesvorstandes abzulehnen und statt dessen den Antrag des Kreisverbandes Lüneburg zu nehmen.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelte Zustimmung)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Dr. Heinrich Niewerth. Er hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch seitens des Präsidiums!
(Beifall)

Dr. Heinrich Niewerth: Herr Präsident! Meine Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich für den Antrag E 50 des Kreisverbandes Oldenburg-Stadt einsetzen.

Wir haben von Eberhard Diepgen vorhin in der Generalausssprache gehört, daß unter den Rednern in der Generalausssprache im Grunde kein Gegensatz bestanden hat, sondern daß alle einander ergänzen haben. Sie werden sicher erkennen, daß sich hier u.a. auch Gedanken, die Bernhard Friedmann in der Generalausssprache soeben geäußert hat, wiederfinden.

Ich möchte mich vorsorglich dagegen verwahren, daß hier der Eindruck entstehen könnte, es würde ein sogenannter zweiter Weg beschritten. Ich meine vielmehr, was im Antrag E 50 zum Ausdruck kommt, ist im Sinne aktiver Deutschlandpolitik eine notwendige Ergänzung zu dem, was von der Antragskommission empfohlen worden ist. Wenn man nicht, wie der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr – ich zitiere aus der heutigen Ausgabe der Tageszeitung „Die Welt“ – in Erfurth betont hat, der Meinung ist, daß es offensichtlicher Quatsch sei, was sich in der Bundesrepublik an gelegentlichen Diskussionen über deutsche Wiedervereinigungspläne vollziehe, sondern wenn man der Meinung ist, daß im Gegensatz dazu die Christlich Demokratische Union die Partei der Wiedervereinigung ist, dann müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die zu einer Wiedervereinigung in Freiheit führen. Das führt mich dazu, Sie noch einmal herzlich zu bitten, diesen Antrag E 50 zu unterstützen.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat jetzt noch Herr Hennig.

Dr. Ottfried Hennig, Antragskommission: Liebe Freunde, an dieser Stelle bitte ich Sie besonders herzlich, diesen Anträgen nicht zu entsprechen, sondern bei den Voten der Antragskommission und den ausgearbeiteten Papieren zu bleiben.

(Beifall)

Wir sagen zwar in dem Antrag selbst, wir würden jede vernünftige Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands nutzen wollen, und das ist ja auch richtig, aber wer sich hier hinstellt und sagt, die CDU sollte gleichzeitig grundsatztreu sein und sich einen neutralistischen Sonderweg offenhalten, der argumentiert, wie ich glaube, auf einem außerordentlich dünnen Eis und in einer sehr gefährlichen Umgebung.

(Beifall)

Mit einer Vokabel – und das ist leider der Kernsatz des Lüneburger Antrags –: „Gegebenenfalls muß die CDU bereit sein, überkommene Vorstellungen aufzugeben und neue Pfade zu beschreiten“ würden wir eine Leerformel nehmen, die in Paris oder anderswo im westlichen Ausland außerordentliches Mißtrauen hervorruft, ohne uns irgendwo konkret weiterzubringen.

(Beifall)

Wir machen aktive Deutschlandpolitik, aber nicht auf diesem Wege.

Vielen Dank.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Hennig.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 16. Ich bitte um das Handzeichen derjenigen, die dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen wollen. – Die Gegenprobe. – Das war die große Mehrheit für die Antragskommission. Damit ist Ziffer 16 beschlossen.

Ziffer 17. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um die Fürstimmen für das Votum der Antragskommission. – Die Gegenprobe. – Das ist so beschlossen.

Ziffer 18. Es gibt ebenfalls keine Wortmeldungen. Ich bitte um das Votum für die Empfehlung der Antragskommission. – Die Gegenprobe. – Das ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 19 auf. Ebenfalls keine Wortmeldungen. Ich bitte um die Stimmen für das Votum der Antragskommission. – Die Gegenprobe. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 20 auf und bitte um die Stimmen für das Votum der Antragskommission. – Die Gegenprobe. – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ziffer 21, wozu auch keine Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte um die Stimmen für die Empfehlung der Antragskommission. – Die Gegenprobe. – Eine Gegenstimme. Damit ist diese Empfehlung der Antragskommission zum Beschluß erhoben.

Liebe Freunde, wir schlagen Ihnen vor, hier unsere Beratungen heute abzubrechen. Damit ist das Kapitel II geschlossen. Wir werden morgen früh von 9 bis 10 Uhr die Antragsdiskussion, beginnend mit III fortführen und werden dann, so hoffe ich, in der Lage sein, in einer guten Stunde diesen Antrag zu behandeln und zu beschließen.

Ich schließe damit den Parteitag für heute und berufe ihn für morgen früh um 9 Uhr ein.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Hessen-Abend.

(Schluß: 21.05 Uhr)

Dienstag, 14. Juni 1988

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.05 Uhr

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich begrüße Sie heute morgen und eröffne die 3. Plenarsitzung.

Wir wollen jetzt die Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes „Unsere Verantwortung in der Welt“ fortsetzen. Wir haben gestern beschlossen, daß wir uns diesem Thema heute morgen noch eine Stunde zuwenden und darüber diskutieren wollen. Danach wird unser verehrter Freund Willoch zu uns sprechen.

Danach werden wir mit den Beratungen über den zweiten Leitantrag des Bundesvorstandes beginnen. Heiner Geißler wird eine Einführung dazu geben. Danach werden wir miteinander die Diskussion über den zweiten Leitantrag führen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Kapitel III – Frieden in Freiheit bewahren, Sicherheit erhalten, Abrüstung fortsetzen – auf. Zu diesem Kapitel gehören die F-Anträge.

Ich rufe Ziffer 22 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge F 1 bis F 6, die Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 136 und 137 finden. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags des Bundesvorstandes. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 23 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge F 7 bis F 15. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt worden.

Ich rufe Ziffer 24 auf. Dazu gehören die Anträge F 16 bis F 22 und F 59 sowie ein Antrag aus der Sammlung der Initiativanträge I. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Der Empfehlung der Antragskommission ist bei einer Gegenstimme gefolgt worden.

Ich rufe Ziffer 25 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehört der Antrag F 23. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu folgen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Empfehlung der Antragskommission ist gefolgt worden.

Ich rufe Ziffer 26 auf. Dazu gehört der Antrag F 24. Die Antragskommission empfiehlt hier ebenfalls Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch hier ist der Empfehlung gefolgt worden.

Ich rufe Ziffer 26 auf. Dazu gehört der Antrag F 24. Die Antragskommission empfiehlt hier ebenfalls Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch hier ist der Empfehlung gefolgt worden.

Ich rufe Ziffer 27 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge F 25 bis F 28. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer ist für die Annahme? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch hier ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt worden.

Ich rufe Ziffer 28 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge F 29 und F 30. Es wird Annahme empfohlen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission nachkommen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Empfehlung wird gefolgt.

Ich rufe Ziffer 29 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge F 31 bis F 35. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. – Das Wort wird nicht gewünscht. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? Ich bitte um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer bemerkenswerten Gegenstimme ist der Empfehlung gefolgt worden.

Ich rufe Ziffer 30 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge F 36 bis F 46. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Peter Jacoby aus dem Landesverband Saar vor.

Peter Jacoby: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Bundeskanzler hat gestern davon gesprochen, daß wir dann, wenn es um unsere sicherheitspolitische, um unsere abrüstungspolitische Perspektive geht, bemüht sein sollten, selbstbewußt und offensiv zu sein. Ich denke, es ist unstrittig, daß wir auch in der Zukunft – so ist es gestern auch im Rahmen der Generaldebatte zu diesem Leitantrag zum Ausdruck gekommen – Erfolge in der Abrüstung wollen, allerdings nicht – das ist selbstverständlich – unter Preisgabe unseres Sicherheitsinteresses. Beides muß eben im Zusammenhang gesehen werden.

So haben wir die Zusammenhänge auch anläßlich der Verabschiedung der Berliner Erklärung vom Mai des Jahres 1982 gesehen, also vor der Stationierung. Ich möchte aus dieser Berliner Erklärung die Formulierung zitieren, die wir auch jetzt beschlossen haben. Dort heißt es:

Wir werden auf absehbare Zeit mit der nuklearen Grenzsituation leben müssen. Sie verpflichtet uns, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen könnte.

Das war damals unsere Antwort auf die Friedenssehnsucht vieler Menschen in unserem Lande, und dies bleibt auch nach der Beschlußlage von heute für die Zukunft eine entscheidende Perspektive.

Wenn wir demgegenüber – hierin sehe ich einen entscheidenden Widerspruch – heute in einem weiteren Grundsatzpapier der CDU Deutschlands apodiktisch und unverrückbar die Unverzichtbarkeit von Atomwaffen in Europa festschreiben, wie dies in Ziffer 30 erfolgen soll, dann wage ich die Prophezeiung, liebe Freunde, daß wir

schon heute die Rückzugsgefechte von morgen vorprogrammiert haben. Gerade die jetzt in Gang gekommene Dynamik in den Ost-West-Beziehungen, von denen der Bundeskanzler gestern gesprochen hat, die ganz konkreten Fortschritte im Abrüstungsbereich sollten für uns Veranlassung sein, im Hinblick auf die übergroße konventionelle Überlegenheit des Ostens die Verbindung zwischen konventioneller Ebene und nuklearer Ebene herzustellen.

Und in dieser Verbindung, meine Damen und Herren, die Bedingungen für Frieden, Sicherheit und Abrüstung zu nennen und dabei keinen Zweifel an unserer weiteren Abrüstungsbereitschaft aufkommen zu lassen – das ist, denke ich, selbstbewußter und offensiver, als sich lediglich auf das Aushandeln gleicher Obergrenzen zu beschränken.

(Beifall)

Darüber hinaus gebe ich zu bedenken, daß uns etwa auch die Meinung der beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland in einer solch wichtigen Frage nicht gleichgültig sein kann. Wenn z. B. das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken zu dieser Grundsatzthematik, um die es im Moment geht, formuliert, unser Abschreckungssystem sei grundsätzlich nur dann tolerierbar, wenn wir mit aller Kraft darauf hinarbeiten, substantielle Fortschritte in der Abrüstung zu erzielen, dann sollte ein Parteiprogramm der CDU Deutschlands, das ja für eine Perspektive von 10, 15 oder 20 Jahren gedacht ist, eben auf Aussagen verzichten, wonach die Abschaffung von Atomwaffen quasi undenkbar sei.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen kurzen Bezug zum Antrag der CDU Saar herstellen, der in diesem Zusammenhang zu beurteilen ist, der zweierlei vorsieht: erstens die Verbindung zwischen konventioneller und nuklearer Kurzstreckenproblematik herzustellen und zweitens das Angebot, daß unsere Abrüstungsbereitschaft in diesem Zusammenhang ohne Grenzen formuliert wird. Ich denke, das liegt auch in der Konsequenz der Formulierung, die wir gestern abend erneut aufgegriffen haben, indem wir gesagt haben: Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Volker Rühle.

Volker Rühle, Antragskommission: Es ist gestern davon gesprochen worden, daß Clausewitz überwunden worden ist, daß Krieg nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein kann. Franz Josef Strauß hat gesagt: Krieg ist kein Mittel der Politik mehr.

Dies ist durch den Eintritt in das nukleare Zeitalter geschehen. Die Nuklearwaffen haben die Vorstellung vom Krieg unmöglich gemacht. Krieg ist unvorstellbar und unmöglich geworden. Die Frage ist, warum gerade die Waffen abgeschafft werden sollen, die den Krieg unmöglich gemacht haben.

(Zustimmung)

Ich meine, daß es für uns nicht darauf ankommt, ein Europa ohne Nuklearwaffen zu haben, sondern, wie in den letzten 40 Jahren, ein Europa ohne Krieg, ein kriegsfreies Europa, eine kriegsfreie Welt. Das muß unsere Zielsetzung sein.

(Beifall)

Gerade angesichts der enormen konventionellen Bedrohung und des Sicherheitsinteresses der Deutschen, das darauf hinausläuft, daß der kleinste, begrenzte konventionelle Konflikt genauso undurchführbar ist wie ein großer Konflikt, haben wir keine Veranlassung, Nuklearwaffen in dieser Weise zu betrachten.

Wir können hier noch weiter reduzieren; das sieht auch die Politik der CDU vor. In diesem Antrag finden Sie ein modernes Konzept. Wir wollen uns auf ein Mindestmaß an Nuklearwaffen für die sichere Abschreckung auch in der Zukunft verständigen.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen: Wir leben hier in einem Bündnis, und wir leben nicht irgendwo am Rande dieses Bündnisses. Für eine Politik der Abschaffung der Nuklearwaffen gibt es nicht nur keine Mehrheit in diesem Bündnis, sondern mit einer solchen Politik würden wir uns auch an den Rand des Bündnisses begeben, würden wir das Bündnis vor die Gefahr der Spaltung stellen.

Ich möchte Sie also im Namen der Antragskommission sehr eindringlich bitten, dem Antrag der Kommission zu folgen und sicherzustellen, daß wir mit einem Mindestmaß an nuklearen Waffen auch in der Zukunft mit Sicherheit ein kriegsfreies Europa gewährleisten können.

Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort der Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im Anschluß an das, was Volker Rühle gesagt hat, eine kurze Bemerkung machen: Ich achte und respektiere die Motive der Antragsteller. Aber ich füge ebenso klar hinzu: Wenn wir diesen Antrag – und nicht den Antrag der Antragskommission – annehmen würden, dann würden wir unsere Politik in einem zentralen Punkt verändern – darüber muß sich jeder im klaren sein.

(Zustimmung)

Es geht um einen zentralen Punkt, bei dem niemand innerhalb der NATO eine Positionsänderung verstehen würde; einen zentralen Punkt – und das müssen Sie auch wissen –, der Gegenstand der nächsten Bundestagswahl 1990 sein wird.

Wir werden bei der Bundestagswahl 1990 – alle Tendenzen bei den deutschen Sozialdemokraten deuten darauf hin – eine Neuauflage der grundsätzlichen Auseinandersetzung aus dem Jahre 1983 bekommen. Wir werden die Forderung nach einer denuklearisierten Zone in Europa – oder vielleicht sogar auch die Forderung nach einem denuklearisierten Europa überhaupt – bekommen. Wer dies bejaht – und weite Teile der SPD tun dies –, der weiß sehr genau, daß er damit die Statik des Bündnisses und die Statik des Ost-West-Verhältnisses völlig verändert. Dies kann niemals unsere Politik sein.

(Beifall)

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, dem Antrag der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme dann zur Abstimmung.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit überwältigender Mehrheit ist der Empfehlung der Antragskommission, den Antrag des Bundesvorstandes anzunehmen, Folge geleistet.

Ich rufe dann die Ziffer 31 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge F 47 bis F 49.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags des Bundesvorstandes. Wird das Wort dazu gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.

Ich rufe dann die letzte Ziffer des Kapitels III auf, und zwar die Ziffer 32. Dazu gehören die Anträge F 50 bis F 58.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Matthias Kues vom Bundesvorstand der Jungen Union vor.

Matthias Kues: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler hat gestern in seinen beiden Reden mehrfach Bezug auf die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß genommen. Der Generalsekretär Heiner Geißler hat damals das Wort von den 10 000 Friedenstagern geprägt, die von der CDU veranstaltet werden sollten. Ich glaube, ich kann – auch für viele in der Jungen Union, die hier im Saale sind – davon sprechen, daß wir bei diesen 10 000 Friedenstagern begeistert mitgemacht haben, weil wir gesagt haben: Das sind nicht diese Einfachlösungen „Frieden schaffen ohne Waffen“, das sind keine illusionären Lösungen, sondern dieser NATO-Doppelbeschluß ist ein Fahrplan zur Abrüstung. Diesen Fahrplan wollen wir einhalten, und diesen Zug in Richtung Abrüstung wollen wir unterstützen.

Wir haben damals in Kirchengemeinden und überall dort, wo man Podiumsdiskussionen und anderes zu bestreiten hatte, viel Prügel kassiert. Wenn man heute in diese Kreise eingeladen wird – der Kreis ist jetzt in der Regel kleiner, weil sich die Aufregung gelegt hat –, ist es durchaus befriedigend zu sagen: Das Konzept des NATO-Doppelbeschlusses hat Erfolg gehabt, wir können erstmalig eine Verringerung von Waffen vorweisen und nicht die Begrenzung auf einem Niveau, das schon existiert.

Meine Damen und Herren, ich zitiere nicht oft Franz Josef Strauß und lehne mich auch nicht oft an ihn an, aber wenn er irgendwo recht hat, hat er da recht, wenn er sagt: Dieser Beschluß, das INF-Abkommen, kann doch nur der Einstieg in die Abrüstung sein. – Er hat auch recht, wenn er sagt: Das sind nur 3 % des weltweiten Nuklearpotentials.

Deshalb ist die Junge Union der Meinung und wir haben das im Antrag F 51 formuliert – ich glaube, sehr moderat, so daß man auch damit leben kann –: Es muß jetzt auch bei den Kurzstreckenraketen weitergehen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir haben nicht für den NATO-Doppelbeschluß gearbeitet, um dann bei einigen wenigen in der CDU, einigen in der Publizistik so ein bißchen durchschimmern zu sehen: Der Doppelbeschluß war ganz gut, aber wir haben uns ungeheuer erschrocken, als die Sowjets irgendwann darauf eingegangen sind. – Nein, wir sind von dem Doppelbeschluß überzeugt und sagen: Das war ein Einstieg, und es soll jetzt weitergehen, und zwar auch bei den atomaren Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite unter 500 km. – Auch hier soll wieder keine blinde Abrüstungssillusion

bestehen, sondern wir sagen: Abrüstung bei den atomaren Kurzstreckenraketen unter der Bedingung, daß sich die Sowjetunion zu einer asymmetrischen Abrüstung im Bereich der konventionellen Rüstung bereit erklärt.

Ich weiß nicht, ob der neue und erst seit kurzem im Amt befindliche Bundesverteidigungsminister im Saal ist. Er hat auf neue Äußerungen auch aus den Reihen der Sowjetunion Bezug genommen, und der sowjetische Außenminister hat es in der letzten Woche noch einmal gesagt, daß in der Sowjetunion – zumindest wenn man der Propaganda glaubt – eine gewisse Bereitschaft besteht, über asymmetrische Abrüstung auch im konventionellen Bereich nachzudenken. Der Bundesverteidigungsminister sagte gestern dazu: Wir haben vor allem das Wort von der asymmetrischen Abrüstung gern gehört. Wir werden die Politik der Sowjetunion daran messen. – Meine Damen und Herren, ich habe kein Recht, einen Bundesverteidigungsminister, der noch nicht einmal hundert Tage im Amt ist, zu messen. Nur sage ich auch: Wir müssen, wenn wir eine asymmetrische Abrüstung im konventionellen Bereich wollen, auch uns daran messen, ob wir denn eine Konzeption haben. – Wir können doch nicht sagen – das hat man bei anderen Diskussionen um die Mittelstreckenraketen gesehen –: Wir messen euch doch jetzt daran, und wir hören das mit Genugtuung. – Nein, wir müssen unsere Politiker auch daran messen, ob wir denn eine Konzeption entgegenzusetzen haben.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, sich die Zustimmung zum Antrag F 51 reiflich zu überlegen. Für diejenigen, die bei der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß die Prügel aus Überzeugung eingesteckt haben, ist es – ich sage das mit allem Ernst; das gilt auch für mich – eine sehr schwierige Sache, den Leuten auch in der Jungen Union jetzt zu sagen: Das soll es gewesen sein. – Wie gesagt, auch hier soll es keine illusionäre Abrüstung geben, sondern es muß unter klar umrissenen Bedingungen mit Franz Josef Strauß weitergehen: Das war nicht das Ende, das war nur der Einstieg in die Abrüstung.

Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Volker Rühle das Wort.

Volker Rühle, Antragskommission: In der Tat ist das Mittelstreckenabkommen ein Einstieg. Im nuklearen Bereich kommt es jetzt darauf an, 50 % der Interkontinentalraketen zu beseitigen. Das sind viele Tausende und sehr viel mehr, als das im Mittelstreckenbereich der Fall war. Weitergehen muß es in Europa in erster Linie durch einen Abbau der konventionellen Ungleichgewichte. Wir haben jetzt einen Vertrag über den Abbau von Nuklearwaffen. Nun brauchen wir endlich einen ersten Vertrag über den Abbau von Panzern, von Artillerie, von Flugzeugen, von Soldaten; daran mangelt es in Europa.

(Beifall)

Die westlichen Vorstellungen laufen darauf hinaus, nicht nur einmal 15 Jahre lang Soldaten zu zählen und uns zu streiten, wie viele es denn auf beiden Seiten gibt. In Wien wird im Augenblick noch um den Abzug von 11 000 Soldaten auf der östlichen Seite und 5500 Soldaten auf der westlichen Seite verhandelt; das ist völlig lächerlich. Wir wollen uns auf die gefährlichsten Systeme konzentrieren, die eine Invasionsfähigkeit bedeuten: Panzer, Artillerie. Hier gibt es ein westliches Konzept, unterhalb dessen zu reduzieren, was der Westen hat. Aber wer mehr hat, muß natürlich auch mehr

abrüsten. Wir können ja wohl nicht das wiederholen, was wir im Mittelstreckenbereich machen mußten, daß wir erst aufrüsten, um etwas zu haben, das wir abrüsten können. Deshalb ist bei den konventionellen Waffen die Sowjetunion gefordert.

Der Antrag der Jungen Union läuft aber auf den Abbau aller landgestützten Nuklearsysteme in Westeuropa hinaus. Wir haben uns gerade eben zur nuklearen Abschreckung bekannt. Durch den Mittelstreckenvertrag kommt es ohnehin zu einer Verschiebung des Schwergewichts der westlichen Nuklearabschreckung in Richtung luftgestützter, seegestützter Systeme, da zwei Kategorien landgestützter Systeme beseitigt werden.

Abrüstung wird es und muß es auch unterhalb 500 km Reichweite bei den Kurzstreckensystemen geben, aber erst einmal brauchen wir konkrete Ergebnisse bei den konventionellen Verhandlungen. Ich möchte aber sehr eindringlich davor warnen, daß von deutscher Seite, von seiten der CDU, beschlossen wird: Wir sind für nukleare Abschreckung, aber bitte keine Nuklearwaffen auf unserem Boden. – Wenn Sie diesem Antrag der Jungen Union folgen, dann bedeutet das, daß wir den Amerikanern sagen: Wir möchten uns bitte weiterhin auf euren Nuklearschutz verlassen, aber wir möchten keine landgestützten Nuklearwaffen auf unserem Boden haben. – So kann die Risikoteilung im Bündnis nicht funktionieren. Deswegen möchte ich ernsthaft dafür plädieren, daß wir uns dazu bekennen, in der Zukunft ein Mindestmaß von auch landgestützten Nuklearwaffen zu haben, und möchte Sie sehr herzlich bitten, diesen Antrag abzulehnen und der Antragskommission zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist in der Fassung der Antragskommission angenommen worden.

Damit ist das Kapitel III abgeschlossen.

Frau Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Damit, liebe Freunde, kommen wir zum Kapitel IV: Europa ist unsere politische Zukunft.

Ich rufe Ziffer 33 auf. Dazu gehören die Anträge G 1 bis G 4. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, gebe bitte das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme ist der Antrag angenommen worden.

Ich rufe Ziffer 34 auf. Dazu gehören die Anträge G 5 bis G 11. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags G 5.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 35 auf. Dazu gehören die Anträge G 12 und G 13. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags G 12.

Keine Wortmeldungen. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 36 auf. Dazu gehören die Anträge G 14 bis G 17. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags G 14.

Keine Wortmeldungen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 37. Dazu gehören die Anträge G 18 bis G 21. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags G 18.

Keine Wortmeldungen. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 38. Dazu gehören die Anträge G 22 bis G 36. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge G 22, G 23, G 24, G 25, G 28 und G 33 in der Fassung der Antragskommission.

Es liegen zwei Wortmeldungen vor. Zum Antrag G 26 und G 27 hat das Wort Frau Diemut Theato, Baden-Württemberg.

Frau Diemut Theato: Frau Präsidentin! Meine lieben Delegierten! Meine Damen und Herren! Der Antrag G 22 in der neuen Fassung beinhaltet vieles, was in den Einzelanträgen enthalten ist. Ich bin im Grunde genommen mit der Formulierung des Antrags G 22 einverstanden bis auf einen Nebensatz, der im Antrag G 26 des Landesverbandes Baden-Württemberg enthalten ist. Wir möchten in den Antrag eingefügt haben, daß das Demokratiedefizit abzubauen ist bzw. dadurch abgebaut werden kann, daß das Europäische Parlament mehr Befugnisse erhält.

Der Satz „mehr Befugnisse für das Europäische Parlament“ ist zu einer gewissen Standardforderung geworden, die insbesondere auch aus der Sicht der Europaparlamentarier verhält, ohne daß sie draußen den Rückhalt haben, wie sie ihn brauchen. Immerhin sind die Vertreter des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgern der einzelnen Mitgliedstaaten gewählt. Ich meine, daß mit dem Begriff mehr Befugnisse zuwenig ausgedrückt ist, als daß es in das Bewußtsein eines mehr und mehr zusammenwachsenden Europa eindringen könnte.

Wir haben die großartigen Reden zu Europa, insbesondere auch im Hinblick auf den Binnenmarkt ab 1992, gestern sehr wohl vernommen. Die Reden sind auf sehr viel Beifall gestoßen. Ich meine, die CDU sollte als eine ausgeprägte und ausgesprochene Europapartei auch deutlich bekennen, daß es eben in Europa zur Zeit noch an Demokratie mangelt, weil dieses Parlament noch zu wenige Befugnisse hat.

Wir müssen meiner Ansicht nach deutlich ausdrücken, daß wir mit der Forderung nach mehr Befugnissen für das Europäische Parlament dieses Demokratiedefizit abbauen wollen. Ich wäre deshalb dankbar, wenn Sie unserem Antrag folgen und diesem Teil des Antrages G 26 des Landesverbandes Baden-Württemberg zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Ich erteile das Wort Herrn Richard Heinzl, Nordrhein-Westfalen, zum Antrag G 35.

Richard Heinzl: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Die Antragskommission hat bei der Beratung der Anträge offensichtlich zugrunde gelegt, daß das Programm, das wir verabschieden, ein Langzeitprogramm ist. Ich hoffe nicht, daß zugrunde gelegt worden ist, daß nach einiger Zeit all das wieder vergessen sein soll, was wir uns mit vielen Mühen abgerungen haben.

Mit dem Antrag G 35 des Kreisverbandes Unna, der hier eingefügt werden soll, soll ein Zeichen gesetzt werden. Ich denke, daß dieser Parteitag dieses Zeichen auch setzen

sollte. Darum spreche ich gegen die Ablehnung dieses Antrages. Wir möchten gern, daß in dieses Langzeitprogramm etwas aufgenommen wird, was den Bürgern im Lande zeigt, daß wir sofort Veränderungen wünschen.

Das Problem, das viele Bürger in Deutschland mit Europa haben, besteht darin, daß sie glauben, es passiere dort nichts. Zwar gebe es in Europa ein Parlament, das viel diskutiere, aber effektiv, unter dem Strich komme dabei nichts heraus. So die Gedanken.

Darum meinen wir: Wenn wir hier ein Programm verabschieden, sollte das aufgenommen werden, was der Kreisverband Unna gefordert hat: „Dazu ist als Sofortmaßnahme nötig, daß im lückenhaften System der Mitentscheidungs- und Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments im Falle, daß verschiedene Vertragsnormen anwendbar sind, in Zweifelsfällen für mehr Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments entschieden wird.“ Und wie oft sind verschiedene Vertragsnormen anwendbar!

Ich meine, wir sollten dieses Präjudiz in unseren Leitantrag aufnehmen, um den Bürgern zu zeigen: Wenn dort Schwierigkeiten auftreten, hat auf jeden Fall das Parlament das Sagen. Ich denke schon, daß bei dem administrativen Gerangel, das vielfach in Europa stattfindet, den Bürgern so etwas nahegebracht werden könnte.

Wir täten gut daran, die Formulierung des Antrages G 35 in den vorgeschlagenen Text der Antragskommission aufzunehmen.

Herzlichen Dank.

Frau Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Herr Klepsch.

Dr. Egon Klepsch, Antragskommission: Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreunde! Ich habe für beide Anträge viel Sympathie, aber empfehle trotzdem, sie beide abzulehnen. Ich werde das kurz begründen.

Der erste Antrag, den Frau Theato eingebracht hat, bezieht sich auf einen Text, der an und für sich voll den Vorstellungen unserer Freunde aus dem Europäischen Parlament entspricht. Es wird nur durch diesen Antrag eine Wertung vorgenommen. Er spricht nämlich vom Demokratiedefizit. Dazu würde aber erst einmal gehören, daß man beschreibt, wie die ganze demokratische Struktur aussehen sollte, d. h. wie dieses Defizit aussieht. Es ist eigentlich eine Floskel, die nur deutlich macht, daß wir noch nicht eine voll ausgebildete demokratische Struktur in bezug auf die Mitwirkungsrechte des Parlaments haben, wie wir sie aus den meisten nationalen Parlamenten kennen.

Der Begriff Demokratiedefizit ist nur eine Formel. Die Aussagen, die wir hier machen, bringen durchaus sehr viel Weiterführendes. Das will ich jetzt an dem zweiten Antrag erläutern.

Der zweite Antrag, den Herr Heinzel eingebracht hat, ist sehr viel unkonkreter als das, was in der neuen Fassung steht.

Die neue Fassung, die die Antragskommission durch die Einbeziehung der Anträge geliefert hat, gibt nämlich dem Europäischen Parlament alle die Befugnisse, um die es streitet.

Was diese Sofortmaßnahme angeht, so bleibt sie hinter den gegenwärtigen Sofortforderungen weit zurück. Es ist zwar richtig, daß es seit der Einheitlichen Akte verschiedene Wege der Mitwirkung auf verschiedenen Gebieten der Gemeinschafts-

kompetenzen gibt. Aber diese verschiedenen Wege sind durch die abgeschlossenen Verträge bedingt. Da, wo die Zuständigkeiten des Parlaments nicht weitergehen können, hängt das davon ab, daß der Gemeinschaft selber nicht mehr Kompetenzen auf diesem Felde übertragen worden sind.

Also im Hinblick auf die präzisen Formulierungen, die die Antragskommission in ihrem geänderten Entwurf eingereicht hat und die Sie auf den Seiten 149 und 150 finden, würde ich Sie sehr herzlich bitten, diesen Wortlaut anzunehmen und deshalb die beiden Anträge wie die anderen abzulehnen, obwohl ihr wesentlicher Inhalt einbezogen ist.

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Ich sehe noch eine Wortmeldung. Bitte schön, Herr Scheuer, Baden-Württemberg, hat das Wort.

Dr. Gerhart Scheuer: Darf ich zu dem, was die Antragskommission soeben ausgeführt hat, eine Frage stellen: Es wurde gesagt, Herr Klepsch, das sei unpräzise, das sei eine Wertung. Gut, das kann man ja sagen. Aber dann würde ich den Vorschlag machen, daß der sehr konkrete Antrag G 27 zur Annahme empfohlen wird. Durch den Antrag G 27 werden zwei ganz konkrete Aufgaben an das Europäische Parlament gegeben. Wenn der Antrag G 27 angenommen wird, könnten wir vielleicht auf den Antrag G 26 verzichten.

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Herr Klepsch, wünschen Sie das Wort?

Dr. Egon A. Klepsch, Antragskommission: Ich habe das deshalb gesagt, weil der Inhalt des Antrags G 27 in vollem Umfange aufgenommen worden ist. Es heißt nämlich: „ . . . sowie das Recht erhalten, die Mitglieder der EG-Kommission zu wählen“. Nichts anderes fordert der Antrag G 27 als zusätzliche Kompetenz. Die Gesetzgebungsinitiativen sind sowieso vorhanden.

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Somit kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer wünscht zuzustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen wurde die Empfehlung angenommen.

Wir kommen somit zur Ziffer 39. Dazu gehören die Anträge G 37 und G 38. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge G 37 und G 38 in der Fassung der Antragskommission.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Empfehlung der Antragskommission wurde angenommen.

Ich rufe die Ziffer 40 auf. Dazu gehören die Anträge G 39 bis G 42. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages G 39.

Es liegt eine Wortmeldung vor. Bitte schön, Herr Sauter.

Franz Sauter (Epfendorf): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem Antrag G 39 geht es um ein Strukturproblem in der Europäischen Gemeinschaft. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung des Antrags G 40, der von Bitburg-Prüm eingebracht worden ist. In diesem Antrag wird schlicht und ergreifend gefordert, daß die strukturschwachen Gebiete besser unterstützt werden, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Ich möchte beantragen, daß der Antrag G 39 angenommen, aber auch der Antrag G 40 positiv beschieden wird. Es bedarf nämlich, wie ich glaube, auch eines Signales von diesem Bundesparteitag aus, daß wir uns solidarisch fühlen mit den strukturschwachen Gebieten in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Europa.

Zu letzterem lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben bei den Verhandlungen vom 11. und 12. Februar dieses Jahres durch den Herrn Bundeskanzler ein erfolgreiches Ende dieser Krise erleben dürfen. Damit verbunden war aber auch, daß die Mittel für die strukturelle Verbesserung der Situation in der Europäischen Gemeinschaft kräftig erhöht werden, und zwar vor allen Dingen in den südlichen Ländern.

Nun weiß ich nicht, ob es schon von seiten der Europäischen Gemeinschaft oder des Europäischen Parlaments ein Konzept gibt oder ob nicht die Gefahr besteht, daß mit diesen Mitteln etwas erreicht wird, was das Gegenteil dessen ist, was wir gemeinsam vorhaben. Es könnte nämlich sein, daß die Landwirtschaft in den südlichen Ländern auf den neuesten Stand gebracht wird und damit die Überproduktion, die wir zur Zeit bei uns mühsam versuchen abzubauen, erneut angeheizt wird. Deshalb, meine ich, ist eine Konzeption erforderlich, um zu erreichen, daß dort nicht unbedingt mehr Agrarprodukte erzeugt werden. Vielmehr sollen die Menschen in Spanien, in Portugal, in Griechenland und wo auch immer in den südlichen Ländern die Möglichkeit haben, in ihrer Heimat zu bleiben und dort ihr Brot zu verdienen. Die Maschinen müssen also zu den Menschen kommen, und nicht umgekehrt.

Dafür bitte ich um eine entsprechende Konzeption. Ich glaube, daß die Bundesregierung und das Europäische Parlament aufgefordert sind, hier möglichst schnell konkrete Vorschläge zu machen, damit das Geld nicht falsch verwendet wird und damit auch die ländlichen Regionen im Süden Europas eine wirtschaftliche Zukunft haben.

Geben Sie aber gleichzeitig auch mit der Annahme des Antrages G 40 ein Signal dafür, daß die strukturschwachen Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland nicht vergessen werden.

Ich füge hinzu, daß von unserem Generalsekretär eine Kommission unter Vorsitz von Ministerpräsident Albrecht eingesetzt wurde, die in ihrer Arbeit gut vorangekommen ist. Ich hoffe, daß wir im Verlaufe dieses Jahres noch an die Öffentlichkeit treten und Ihnen ein Konzept vorlegen können, wie wir uns die Zukunft der ländlichen Regionen vorstellen. Dies ist ein Feld, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, um das sich die Sozialdemokraten und auch die anderen Parteien nicht gekümmert haben. Die Menschen im ländlichen Raum müssen wissen und erfahren, daß wir diejenigen sind, die sich um ihre Anliegen kümmern.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Wünscht der Sprecher der Antragskommission das Wort? – Herr Klepsch, bitte sehr.

Dr. Egon A. Klepsch, Antragskommission: Werte Kollegen, ich möchte dazu folgendes sagen. Was die sehr bedenkenswerten Ausführungen des Vorredners über die Frage der südlichen Mitgliedsländer der Gemeinschaft und der Regionen im Süden der Europäischen Gemeinschaft angeht, möchte ich feststellen, daß er völlig recht hat. Das ist eben der Grund für die Verdoppelung der Strukturfonds, mit denen man sich bemüht, den bestehenden Unterschied zwischen den beiden Bereichen der Europäischen Gemeinschaft auszugleichen und die Zustimmung aller zu erlangen, damit wir den gemeinsamen Binnenmarkt erreichen, der natürlich für die nördlicheren Regionen in der Regel einen Vorsprung – zumindest für den Anfang – bedeutet.

Dem, was hier gewollt wird – es steht nicht in irgendeinem der Anträge – kann ich nur voll zustimmen. Die Absicht unserer Fraktion im Europäischen Parlament ist auch klar ausgedrückt. Wir haben uns nämlich darum bemüht, die Kommission zu bewegen, auch die nötigen Fachkräfte für Planungsarbeiten bei administrativ schwachen Mitgliedsländern zur Verfügung zu stellen, damit die Mittel wirklich zweckgerichtet genutzt werden können, und gleichzeitig für Kontrollmaßnahmen zu sorgen, damit sie nicht verschwendet werden. Das ist klar; denn sonst können wir die Zielsetzung, die mein Vorredner erläuterte, nicht erreichen.

Was nun den zweiten Antrag angeht, so gibt es keinen Grund, ihm nicht zuzustimmen, außer dem, daß der verehrte Bundesvorstand beschlossen hat, eine Kommission „Ländlicher Raum“, von der auch gesprochen wurde, einzurichten. Diese Kommission „Ländlicher Raum“ soll in einer geschlossenen Bearbeitung der Thematik die Gesamtkonzeption vortragen. Diese soll dann in einer eigenen Veranstaltung – ich nehme an, bei einem der nächsten Parteitage; so war es wohl beabsichtigt – hier besprochen und verabschiedet werden. Wir wollten also nicht ein Detail herausgreifen und hier willkürlich einfügen, während alles andere, was zu dem Themenkomplex „Ländlicher Raum“ gehören würde, dann außerhalb bliebe.

Das ist der einzige Grund, wieso die Antragskommission empfohlen hat, dem Antrag G 40 nicht zuzustimmen.

Sie kennen jetzt den Grund. Der Parteivorsitzende ist ebenso wie ich der Auffassung, daß wir diesen Antrag ohne weiteres annehmen können. Ich sage Ihnen nochmals: Wegen mir kann er ohne weiteres angenommen werden.

(Beifall)

Der Parteivorsitzende ist auch einverstanden. Das ist dann eine Vorgabe für die Kommission „Ländlicher Raum“.

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu folgen wünscht – das ist der weitergehende Antrag –, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist für Ablehnung? – Das zweite ist die Mehrheit.

Ich verstehe das Votum der Delegierten in der Weise, daß nun dem Antrag des Freundes Sauter stattgegeben werden sollte.

(Beifall)

Ich werde darüber informiert, daß der Antrag der Antragskommission plus dem Antrag von unserem Freund Sauter angenommen werden muß. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen wurde dieser Antrag angenommen.

(Beifall)

Ich rufe die Ziffer 41 auf. Dazu gehören die Anträge G 43 bis G 45. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge G 43, G 44 und G 45 in der Fassung der Antragskommission. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag wurde angenommen.

Ich rufe die Ziffer 42 auf. Dazu gehören die Anträge G 46 bis G 52. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag wurde angenommen.

Ich komme zur Ziffer 43. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags G 53. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe die Ziffer 44 auf. Dazu gehören die Anträge G 54 bis G 59. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags G 54.

Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Jäger, Baden-Württemberg, vor.

Claus Jäger: Frau Vorsitzende! Meine lieben Parteifreunde. In diesem Antrag geht es um die Frage der Liberalisierung u.a. des europäischen Verkehrsmarktes. Baden-Württemberg hat beantragt, das zu streichen. Aber wir sehen ein, daß ein Zurück nicht sinnvoll ist. Es geht um etwas anderes. Wir wollen nicht Liberalisierung ohne Harmonisierung.

(Vereinzelt Beifall)

Was heißt das? Liberalisierung heißt freie Konkurrenz. Das ist etwas Gutes, und das bejahen wir. Aber Konkurrenz kann nur funktionieren, wenn sie zu gleichen Wettbewerbsbedingungen erfolgt. Gerade auf dem Gebiet des Verkehrsmarkts haben wir heute durch ganz unterschiedliche und bei uns überwiegend höhere Besteuerung so verzerrte Wettbewerbsbedingungen, daß bei einer Liberalisierung ohne Harmonisierung ein großer Teil unserer weitgehend mittelständisch geprägten Verkehrswirtschaft auf der Strecke bleiben müßte. Das kann ja nicht der Sinn der Liberalisierung des Verkehrsmarktes sein.

Nun bin ich darüber informiert worden, daß der Antrag der Antragskommission das alles enthalten soll, obwohl dort nur von der Liberalisierung und nicht von der Harmonisierung die Rede ist. Aber er soll, so wurde mir gesagt – und ich will die Weisheit der Antragskommission hier nicht in Zweifel ziehen –, dies enthalten. Ich hätte nur die Bitte – ich möchte nicht gegen den Antrag sprechen –, daß die Antragskommission das durch eine sozusagen amtliche und authentische Interpretation noch einmal ganz deutlich klarstellt, daß wir Liberalisierung des Verkehrsmarkts nur akzeptieren können, wenn sie gleichzeitig eine Harmonisierung der Steuern, der Normen und der sonstigen Wettbewerbsbedingungen mit sich bringt.

Wenn das der Wille der Antragskommission ist und wenn ihr Text so interpretiert wird, plädiere ich für Annahme. Aber um diese interpretierende Äußerung bitte ich recht herzlich und dringend.

Ich danke Ihnen schön.

(Beifall)

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Dazu hat das Wort unser Bundesvorsitzender.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, der Kollege Jäger hat hier eines der wichtigsten Probleme auf dem Weg zum EG-Binnenmarkt aus deutscher Sicht angesprochen. Herr Jäger, Sie können versichert sein, daß für mich Liberalisierung und Harmonisierung zwingend zusammengehören.

(Beifall)

Ich habe am vergangenen Samstag ein langes Gespräch mit dem Präsidenten der Kommission u. a. auch zur Vorbereitung des bevorstehenden EG-Gipfels in Hannover über diesen Punkt geführt.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, um Sie alle einmal am Beispiel dieser Frage für die Schwierigkeiten auf dem Weg zum EG-Binnenmarkt zu sensibilisieren. Liebe Freunde, wir werden nicht 1992 den großen Markt erreichen nach dem Motto: „Am deutschen

Wesen muß die Welt genesen“ – und alle müssen sich auf allen Gebieten unserem Niveau, unseren Ansprüchen anschließen.

Wir werden in einer Reihe von Punkten schlicht und einfach Kompromisse machen müssen, die unter den bei uns in der Bundesrepublik geltenden Standards liegen. Aber es gibt auch Fälle, wo wir kämpfen müssen, weil wir nicht zulassen können, daß es hier zu einer Veränderung kommt; ich nenne als Beispiel im Ausbildungsbereich das duale System.

(Beifall)

Das duale System ist das beste Ausbildungssystem in der Welt. Es kann auf gar keinen Fall – ich sage es einmal pathetisch – auf dem Altar Europas geopfert werden. Es gibt eine Reihe von anderen wichtigen Punkten, für die wir eintreten müssen. Das Verkehrsgewerbe bei uns ist überwiegend mittelständisch. Es bleibt natürlich zum einen unsere Politik, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland an einer Gesellschaft weiterbauen, in der Arbeitsplätze bei Großbetrieben oder bei der öffentlichen Hand zu finden sind. Aber darüber vergessen wir eines nicht: Die Dynamik unserer Gesellschaft – das, was uns in der EG weiterhelfen wird – beruht auf den breiten mittelständischen Schichten und Existenzen in unserem Land.

(Beifall)

Weil das so ist, werde ich – das verspreche ich Ihnen – bei allen Fragen, die den Mittelstand berühren, darauf achten, daß wir hier Chancengleichheit bekommen.

Herr Jäger, das wahre Problem – das kann man hier offen aussprechen – besteht nicht darin, daß wir beispielsweise im Verhältnis zu den Niederländern ganz unterschiedliche Besteuerungsquoten je Lastzug haben; solche Probleme sind lösbar. Es gibt aber im Bereich der sozialen und Arbeitsschutzbedingungen Entwicklungen, über die man sprechen muß: Es geht nicht nur darum, ob für alle Länder am Ende auf dem Papier die gleichen Regelungen gelten, sondern auch ob sie sie überall in der EG einhalten. Darin liegt ein Teil der Schwierigkeiten. Hier werden wir uns auf eine lange Wegstrecke einrichten müssen. Aber wir wollen Liberalisierung und Harmonisierung in einem vernünftigen Zeittakt zusammen.

Noch einmal: Gehen Sie bitte davon aus, wir werden in den nächsten, zwei, drei, vier Jahren auf dem Weg zum großen Markt in vielen Bereichen eine Reihe von Kompromissen schließen müssen, bei denen unsere Maßstäbe nicht automatisch in der EG übernehmbar sind.

Ich nenne als ein Beispiel das Lebensmittelrecht: Auf Grund des ausgeprägten Umwelt- und Gesundheitsbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland haben sich bei uns sehr strenge Standards durchgesetzt, die andere nicht übernehmen werden. Ich füge ebenso offen hinzu: Dies ist für mich kein Punkt, bei dem ich mich bis zum letzten Komma verkämpfe.

Angesichts der Tatsache, daß 26 Millionen Bundesbürger in diesem Jahr ins Ausland fahren, dort essen und trinken und schließlich braungebrannt und gut erholt nach Hause kommen, bin ich nicht so sicher, ob etwa das Lebensmittelrecht wirklich wichtiger ist als das Lebensgefühl. Wenn wir hier etwas von den lateinischen Ländern übernehmen könnten, wäre es gut für uns alle.

(Beifall)

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu folgen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag wurde angenommen.

Im Hinblick auf die Zeit, meine Damen und Herren, rufe ich jetzt die Ziffern 45, 46, 47, 48, 49 und 50 auf. Das sind die restlichen Ziffern, die zu dem Abschnitt G gehören, und die dazugehörigen Anträge. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen bitte ich, wenn Sie mit den Empfehlungen der Antragskommission einverstanden sind, um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Den Anträgen der Antragskommission wurde stattgegeben. Damit ist dieses Kapitel beendet.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde! Ich rufe jetzt den Abschnitt V auf: „Den West-Ost-Dialog aktiv führen“. Das sind die Ziffern 51 bis 62. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Ich möchte im Sinne der Beschleunigung des Prozedere so verfahren, wie wir gerade vorgegangen sind, und die Ziffern insgesamt mit dem Antrag der Antragskommission zur Abstimmung stellen. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Vorschlägen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um sein Zeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Dann rufe ich den Bereich VI auf: „Unsere Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in der Welt“. Das sind die Ziffern 63 bis 74. Hier liegt dem Präsidium eine Wortmeldung vor. Das Wort hat unser Freund Jacoby; bitte schön.

Peter Jacoby: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sprechen uns im Leitantrag gegen Menschenrechtsverletzungen aus, ungeachtet der Systeme, unter denen diese Menschenrechtsverletzungen vorkommen, sei es die UdSSR oder sei es Chile, sei es Südafrika, oder sei es die DDR. Überall wo gefoltert und gemordet wird, überall wo Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder ihres Glaubens, wegen ihrer Weltanschauung oder ihrer Volkszugehörigkeit erniedrigt und in Unfreiheit gehalten werden, erheben wir als Christliche Demokraten unsere Stimme.

Ich denke, es ist unsere Glaubwürdigkeit, die uns auszeichnet, weil wir auf keinem der beiden Augen in diesem Zusammenhang blind sind.

Wir als Landesverband Saar haben im Zusammenhang mit der Verachtung des Apartheid-Systems, die im Leitantrag ausdrücklich zum Ausdruck gebracht wird, einen Zusatzantrag gestellt, wonach wir auch die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen für die Zukunft nicht ausschließen wollen. Wir wollen uns auf diese Maßnahme nicht festlegen; aber wir wollen auch niemandem einen Freibrief ausgestellt wissen, sich nicht in der Zukunft möglicherweise mit solchen Sanktionen des freien Westens konfrontiert zu sehen.

Ich erinnere daran, was der Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor wenigen Wochen anlässlich seines Besuches in Südafrika gesagt hat. Wir liegen mit unserem Antrag etwa in dieser Richtung. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich habe eine weitere Wortmeldung. Das Wort zu Ziffer 63 hat unser Freund Richard Heinzl aus Nordrhein-Westfalen.

Richard Heinzel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ziffer 63 beginnt hier in dem Antrag mit: „Die CDU sieht in einer freiheitlichen, sozial verpflichteten...“ Der Kreisverband Unna hat demgegenüber gefordert, daß diese Ziffer mit den Worten beginnen soll: „Die derzeitige Weltwirtschaftsordnung hat die wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt gehemmt. Die CDU fordert daher eine sozial verpflichtete, freiheitliche Weltwirtschaft, die den Wohlstand in den Industrienationen sichert.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, daß wir in einem Leitantrag wie diesem hier einmal ganz konkret sagen sollten, was wir aus der Situation bis jetzt erfahren haben und was wir wollen. Wir sollten es also nicht mit langatmigen Sätzen umschreiben, sondern wir sollten ganz konkret sagen, daß zum einen in der Dritten Welt gehemmt worden ist und daß wir zum zweiten fordern, daß dies geschieht. Das sollte in einen solchen Antrag hinein, damit jeder, der diesen Antrag liest, weiß, was die CDU will. Wir sollten es ganz konkret fassen, und dieser Parteitag sollte diese Forderung aufrechterhalten, was die Antragskommission auch immer sagen mag.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission das Wort? – Herr Kollege Schreiber, bitte schön.

Werner Schreiber, Antragskommission: Meine Damen und Herren, es geht jetzt etwas durcheinander. Ich spreche nun zunächst einmal zu der Wortmeldung des Kreisverbandes Unna zu Ziffer 63.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind uns darüber im klaren und waren das eigentlich auch im Vorfeld dieses Parteitages, daß der gesamte Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik der Ergänzung bedarf. Wir waren uns allerdings auch darüber im klaren, daß innerhalb eines solchen Leitantrages nur Akzente gesetzt werden können. Aus diesem Grunde sind wir von der Antragskommission der Auffassung, daß das, was wir vorgeschlagen haben, also Ziffer 63 ff., Bestandteil des Leitantrages werden sollte. Wir bitten herzlich darum, dabei zu bleiben. Die Punkte, die mit Sicherheit – ich könnte eine ganze Reihe weiterer Punkte nennen – diesen Leitantrag noch ergänzen könnten, sollten wir in der Tat einer vertieften entwicklungspolitischen Diskussion zuführen.

Ich bitte also darum, dem Antrag der Antragskommission zuzustimmen und es so zu belassen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde! Wir kommen zur Abstimmung zu Ziffer 63. Der Antrag der Antragskommission steht zur Abstimmung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Der Antrag der Antragskommission ist mit großer Mehrheit angenommen.

Dann rufe ich die Ziffern 64 bis 73 auf und stelle sie in der Antragstellung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Antragstellung der Antragskommission ist einstimmig angenommen.

Nun haben wir zu Ziffer 74 den Antrag I 26 des Landesverbandes Saar. Die Begründung haben wir eben gehört. Ich sehe keine Wortmeldungen der Antragskommission zu diesem Antrag.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich stelle die Ziffer 74 mit der Antragstellung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Der Antrag der Antragskommission ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich stelle dann die restlichen Ziffern bis zur Ziffer 77 in der Antragstellung der Antragskommission zur Abstimmung. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenprobe! – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann sind auch diese Ziffern in der Antragstellung der Antragskommission angenommen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, damit stehen wir am Schluß der Beratungen zu dem Leitantrag „Unsere Verantwortung in der Welt“. Ich darf Ihnen allen sehr herzlich für Ihre Beiträge und für Ihre Mitwirkung danken.

Ich möchte jetzt den durch die einzelnen Abstimmungen so beschlossenen Text in seiner Gesamtheit zur Abstimmung stellen und bitte alle diejenigen, die dem so beschlossenen Text ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – Herzlichen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe! – Dem Präsidium sind Gegenstimmen nicht ersichtlich. Ich darf dann noch fragen, ob es Stimmenthaltungen gibt. – Es gibt 1 Stimmenthaltung. Damit darf ich feststellen, daß der beschlossene Text zum Leitantrag „Unsere Verantwortung in der Welt“ einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall)

Ich danke sehr herzlich und übergebe die Leitung wieder an Präsident Wallmann.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, bevor ich den nächsten Antrag aufrufe, haben wir die Freude, unter uns Herrn Kaare Willoch zu begrüßen,

(Beifall)

den Vorsitzenden der Internationalen Demokratischen Union, den langjährigen norwegischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden unserer Partnerpartei in Norwegen.

Lieber Freund Willoch, wir freuen uns sehr, daß Sie heute zu uns gekommen sind und daß Sie jetzt ein Grußwort an uns richten werden. Ich darf Sie bitten, das Wort zu ergreifen.

Kaare Willoch (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender, lieber Helmut Kohl! Verehrte Delegierte! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine große Ehre, den Bundesparteitag der CDU von den vielen Mitgliedsparteien der weltweiten Internationalen Demokratischen Union ganz herzlich grüßen zu können. Auch ist es für mich persönlich, wie Sie wissen, Herr Bundeskanzler, immer eine besondere Freude, mit Ihnen und Ihren politischen Freunden zusammenzutreffen.

(Beifall)

Daß Sie in die schöne hessische Landeshauptstadt Wiesbaden einladen, kann unsere Freude nur vergrößern.

Die Internationale Demokratische Union ist eine verhältnismäßig junge Union von zum Teil alten Parteien aller Erdteile, die einen Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit suchen und – das möchte ich unterstreichen – Zusammenarbeit finden. Auch in dieser wichtigen internationalen Zusammenarbeit spielt die CDU eine äußerst gewichtige Rolle, nicht allein durch ihre Größe, sondern auch und vor allem durch ihre

beeindruckenden politischen Erfolge in mehr als 40 Jahren. In dieser langen Zeit ist die CDU eine Basis der politischen und sozialen Stabilität in Deutschland gewesen, und Deutschland ist zu einem grundlegenden Element der Stabilität in Europa geworden. Das ist eine historische Leistung, die immer wieder neu erkämpft werden mußte und erkämpft werden muß.

Meine Damen und Herren, für Sie sind die phantastischen Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft vielleicht etwas Selbstverständliches, etwas, worüber schon die Geschichtsbücher in Ihrem Lande berichten. Deshalb möchte ich Sie daran erinnern, daß die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Politik der CDU von Anfang an eine große Bewunderung anderer europäischer Parteien hervorgerufen haben, wie sie auch heute als Modell und Möglichkeit für demokratische Parteien in anderen Teilen der Welt gesehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier sehr wichtige Berichte und Diskussionen über Außenpolitik gehört, und auch ich möchte einige Worte darüber sagen. Von allen politisch Interessierten werden zur Zeit die Entwicklung in der Sowjetunion und vor allem deren Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Es ist uns klar, daß sich Generalsekretär Gorbatschow auf ein gewaltiges und für ihn auch riskantes politisches Experiment eingelassen hat. Er versucht, in Rußland, das nie wie die westlichen Teile Europas eine Zeit der Aufklärung durchgemacht hat und das nie eine selbständige bürgerliche Gesellschaft aufgebaut hat, einen gewissen sozialistischen Pluralismus und die Anfänge einer Demokratisierung herbeizuführen. Ob das nach seinem Modell möglich sein und gelingen wird, kann niemand wissen, auch Gorbatschow nicht. Wir hoffen natürlich auf einen Erfolg, der eine Erleichterung des Lebens für die Menschen in der Sowjetunion mit sich bringt, und wir hoffen auch auf eine Sowjetunion, die in der Außenpolitik Zurückhaltung übt und einen echten Willen zum Ausgleich und zur Kooperation zeigt.

Ein verantwortungsvoller Politiker kann aber nicht auf Hoffnungen bauen. Die Realitäten müssen stets der Ausgangspunkt unseres Handelns sein.

(Vereinzelte Zustimmung)

Im militärischen Bereich hat sich bis jetzt mit einer Ausnahme nichts geändert. Die sowjetische Überlegenheit bei den interkontinentalen Nuklearwaffen besteht noch. Das Übergewicht der Sowjetunion bei den konventionellen Waffen in Europa ist unverändert geblieben. Auch das Liefertempo für neue sowjetische Panzer und U-Boote hat sich bis jetzt nicht verringert. Die eine Ausnahme ist natürlich das Abkommen über die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen, eine erste echte Abrüstung von Atomwaffen und ein Beitrag, der ohne die Standhaftigkeit der bürgerlich-demokratischen Parteien in Westeuropa nicht zustande gekommen wäre.

(Beifall)

Wir würdigen auch in höchstem Maße – das möchte ich sehr gerne kräftig unterstreichen – den eigenständigen Beitrag der Bundesrepublik unter der Führung der Unionsparteien und der Regierung Kohl zur Verwirklichung dieses Vertrages.

(Beifall)

Der Streit um diese Raketen hat uns gelehrt, daß die scheinbar leichten Auswege wie einseitige Abrüstung, atomwaffenfreie Zonen oder eine reduzierte Solidarität in der Allianz nicht zu dem Ziel einer echten Abrüstung führen. Es wäre natürlich eine

vollkommene Illusion zu glauben, daß einige Länder aus dem nuklearen Zeitalter aussteigen könnten, obwohl sie durch einen versuchten Ausstieg an der Existenz atomarer Waffen nichts ändern können.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wenn sich die politische Landschaft in Europa jetzt langsam zu ändern beginnt, müssen wir behutsam vorgehen. Vor allem dürfen wir nicht übersehen, daß Generalsekretär Gorbatschow schnelle Änderungen in der internationalen Lage anstrebt, während er mit seinen inneren Reformen nur sehr viel langsamer vorankommt.

Wir sind nicht Gefangene von Feindbildern, wenn wir darauf bestehen, daß die Machtbalance und die Abschreckung, die uns eine beispiellose Periode des Friedens in Europa gewährt haben, weiter aufrechterhalten werden müssen.

(Beifall)

Das ist nur möglich, wenn wir die Gemeinschaft der politischen Werte, der Risiken und der Verteidigung in der Atlantischen Allianz bewahren und weiter ausbauen. In einer Zeit von High-Tech und Massenkommunikation ist der Atlantik weniger denn je eine Barriere. Täglich fliegen 70 000 Menschen über den Teich. Das entspricht einer mittelgroßen Stadt jeden Tag. Nirgends in der Welt gibt es ein vergleichbares Volumen von Kommunikationen aller Art wie zwischen Amerikanern und Westeuropäern. Unsere Freunde und Partner in den USA, auch wenn sie weltweiten Interessen nachgeben und sich stark für den Pazifik interessieren, sind denselben politischen und kulturellen Traditionen verbunden, wie wir in Europa. Präsident Reagan hat uns allen aus dem Herzen gesprochen, als er vor knapp zwei Wochen vor den Moskauer Studenten die grundlegenden Menschenrechte, den freien Unternehmergeist, das schöpferische Potential der Freiheit, die Bedeutung von Geborgenheit, Zuversicht und Glauben dargelegt hat.

Mit Ihrer Pflege deutscher Beziehungen zu Osteuropa und mit Ihrer aktiven Politik nach Osten hat die Bundesrepublik unter der Regierung Kohl sehr wichtige Beiträge zum Abbau der Barrieren und Spannungen in Europa geleistet.

(Beifall)

Diese Beiträge werden auch von den westlichen Partnern der Bundesrepublik hoch anerkannt. Das gilt nicht zuletzt für den Ausbau der deutsch-deutschen Kontakte, der für alle Europäer eine wichtige Änderung zu mehr Normalität in unserem Teil der Welt bedeutet.

(Beifall)

Es steht aber fest, daß die entscheidenden Schritte jetzt von der anderen Seite gemacht werden müssen, und zwar in Richtung der Selbstbestimmung aller Völker in Osteuropa.

(Beifall)

Ein sowjetischer Historiker hat vor wenigen Tagen die Abschottung der DDR durch Mauer und Stacheldraht als ein Relikt des Kalten Krieges bezeichnet. Er hat recht, und Relikte müssen abgetragen werden.

(Beifall)

Von einem endgültigen Ende des Kalten Krieges kann keine Rede sein, solange noch Mauer und Stacheldraht die zwei Teile Deutschlands und damit auch die zwei Teile Europas voneinander trennen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns heute über eine wachsende weltweite Unterstützung der Ideen unserer christlich-demokratischen und konservativen Parteien freuen, in der Dritten Welt, in unseren eigenen Ländern und im kommunistischen Machtbereich. Die klassischen sozialistischen Ideen marxistischer Prägung haben sich als untauglich erwiesen, praktisch und moralisch. Ein freier Meinungsaustausch, demokratische Vorgänge und ein offener freier und sozialer Markt werden von vielen früheren ideologischen Gegnern heute als nützlich und eben notwendig anerkannt. Niemand spricht mehr von Konvergenz zwischen Ost und West, sondern einer gegenseitigen Annäherung westlicher und kommunistischer Gesellschaften; denn es sind die anderen, die auf die Ideen unserer Parteien zukommen. In der Prägung und Verwirklichung dieser Ideen spielen die Unionsparteien Deutschlands eine grundlegende Rolle von weltweiter Bedeutung.

(Beifall)

Sehr verehrte Delegierte, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen auch in der Fortsetzung einen erfolgreichen Bundesparteitag hier in Wiesbaden.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Lieber Freund Willoch, Sie haben es eben am Beifall gespürt, wir danken Ihnen sehr, sehr herzlich nicht nur für das, was Sie uns gesagt haben, sondern auch dafür, wie freundschaftlich Sie sich uns zugewandt haben.

(Beifall)

Wir werden mit Ihnen auch in Zukunft zusammenarbeiten, und Sie dürfen und können davon ausgehen, daß die Christlich Demokratische Union sich nicht nur Ihnen persönlich, sondern auch Ihrer Partei in Zukunft verbunden weiß. Noch einmal sehr herzlichen Dank!

(Beifall)

Liebe Freunde, ich darf einen weiteren Gast in unserer Mitte begrüßen, einen langjährigen Freund, mit dem wir seit vielen Jahren verbunden sind. Ich begrüße ganz herzlich Dr. Alois Mock, den Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei, Vizekanzler und Vorsitzender der Europäischen Demokratischen Union. Ich darf Sie, lieber Herr Mock, um Ihr Wort bitten.

Dr. Alois Mock (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, liebe Freunde! Zuerst darf ich Ihnen sehr herzlich die Grüße der Österreichischen Volkspartei überbringen und Ihnen versichern, daß wir uns mit Ihnen in christlich-demokratischer Solidarität verbunden fühlen.

(Beifall)

Wenn ich heute hier vor allem als Obmann der Europäischen Demokratischen Union das Wort ergreife, so ist es vor allem ein Wort des Dankes, das ich gegenüber der CDU für die gute Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen möchte. Ich habe in dieser Funktion, liebe Freunde, schon einige Male auf Bundesparteitagern der CDU gesprochen. Wenn ich aber immer wieder als EDU-Präsident Worte des Dankes ausspreche, dann deswegen, weil die konkrete und substantielle Unterstützung durch Dr. Helmut Kohl und die Christlich Demokratische Union ein wesentlicher Bestandteil der Funktionsfähigkeit der Europäischen Demokratischen Union ist.

(Beifall)

In der Nachkriegszeit – und wer wissen will, wohin er geht, muß wissen, von wo er kommt – hat sich eine ständig vergrößerte Abhängigkeit der Staaten Europas voneinander gezeigt. Aus dieser Erkenntnis heraus kam es auch zum europäischen Einigungsprozeß. Ohne Christlich Demokratische Union und ihre Politik in der Nachkriegszeit hätte es keine europäische friedliche Nachkriegsordnung gegeben, ohne Christlich Demokratische Union hätte es keinen europäischen Versöhnungsprozeß gegeben, und ohne Christlich Demokratische Union hätte es keinen europäischen Einigungsprozeß gegeben.

(Beifall)

Wir bauen heute alle auf der Politik eines Adenauer, eines Alcide de Gasperi, eines Schuman und auch eines Winston Churchill auf, der ja mit seiner berühmten Züricher Rede aus dem Jahre 1946 einen wesentlichen politischen Impuls für die europäische Einigung gegeben hat. Eigentlich fragt man sich, warum wir bis zum Jahre 1978 gebraucht haben, bis zum Gründungsjahr der Europäischen Demokratischen Union, als sich die christlich-demokratischen, Zentrums- und konservativen Parteien eine gemeinsame Plattform für das internationale Wirken gegeben haben.

Diesem Prozeß der Zusammenarbeit und Integration der Länder folgte naturgemäß auch die wachsende Zusammenarbeit der Parteien. Das Gründungsjahr 1978 war der entscheidende Anstoß für die Gründung der Europäischen Demokratischen Union. Fünf Jahre später – Kare Willoch ist ja bei uns – folgte ja die Gründung der weltweiten Internationalen Demokratischen Union. Im Jahre 1982 wurde die Pazifische Demokratische Union gegründet. Schließlich gibt es auch außerhalb Europas eine CDU, die Karibische Demokratische Union.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, alles dies zeigt, daß wir auch auf Parteienebene die Zeichen der Zeit erkannt haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, jetzt könnte man sagen, daß Parteitage gelegentlich dazu da seien, um zu übertreiben. Ich bin mir dessen bewußt; ich möchte aber nicht übertreiben. Immer und überall war aber Helmut Kohl dabei, und das sollten wir anerkennen.

(Beifall)

Die politische Arbeit der Europäischen Demokratischen Union hat auch die innenpolitische Arbeit beeinflusst. In diesem Zusammenhang nur eine Bemerkung zu meinem Heimatland Österreich: Wir haben vor wenigen Monaten eine große Steuerreform beschlossen, die wesentlich von Vorarbeiten im Rahmen der Europäischen Demokratischen Union bestimmt war. Da wir eine viel schwächere Wirtschaftsstruktur als die Bundesrepublik haben, mußten wir uns auch kräftiger ins Zeug legen. Es ist uns gelungen, die Lohn- und Einkommensteuersätze von 62 % auf 50 % zu reduzieren, den Körperschaftsteuersatz von 37 % auf 30 % herabzusetzen

(Beifall)

und auch einen beträchtlichen Teil der Mindesteinkommensbezieher aus sozialen Gründen aus der steuerlichen Verpflichtung zu entlassen. Liebe Freunde, das ist für uns aber ein Ansatzpunkt, im europäischen Wettbewerb in der Wirtschaftsstärke etwas näher an die Bundesrepublik heranzukommen.

(Beifall)

Daß das natürlich mit einem sozialistischen Partner nicht immer sehr leicht war, können Sie sich vorstellen, weil eine sozialistische Partei noch nirgends auf der Welt irgendeine vernünftige Steuerreform durchgesetzt hat.

(Beifall)

Die Sozialisten wußten ja immer nur, wie man das Geld ausgibt, aber nie, wie man es schafft.

(Beifall)

Ich möchte mich bei Ihnen auch für die vorbildhafte – für uns ist das wirklich ein Vorbild – grundsatzpolitische Arbeit bedanken, die die Christlich Demokratische Union gerade in den letzten Jahren geleistet hat. Meine Damen und Herren, nur eine politische Gemeinschaft, die Wertvorstellungen hat, hat Profil.

(Vereinzelt Beifall)

Nur eine politische Gemeinschaft, die Wertvorstellungen hat, hat eine so starke Position, um Brücken zu anderen Gruppen schlagen zu können. Nur der, der keine eigene Überzeugung hat, muß künstliche Feindbilder aufbauen. Daher gratuliere ich Ihnen auch zu der Grundsatzarbeit, die hier geleistet wird. Die grundsatzpolitische Arbeit der Christdemokraten, Zentrumsparteien und Konservativen kann doch wirklich Anlaß zu Selbstbewußtsein sein.

Der Sozialismus hat doch als grundsatzpolitisches Orientierungsmodell abgedankt.

(Beifall)

Wer bekennt sich heute noch zur Verstaatlichung der Wirtschaft? Wer bekennt sich heute noch zur zentralen Verwaltungswirtschaft? Wer bekennt sich heute noch zur Vergemeinwirtschaftlichung möglichst vieler Bereiche? Sogar in den sogenannten Ländern des realen Sozialismus, des Kommunismus, redet man von, wie Kare Willoch vorhin gesagt hat, sozialistischem Pluralismus, von sozialistischer Demokratie, von sozialistischer Marktordnung. Meine Damen und Herren, je öfter sie uns das Wort „Sozialismus“ vorsetzen, um so rascher verabschieden diejenigen, die es gebrauchen, sich vom eigenen ideologischen Erbe, wollen das aber unter einem semantischen Schirm kaschieren. Das ist die Realität.

(Beifall)

Ich möchte Ihren Beratungen daher viel Erfolg wünschen und darf – vielleicht in zu großer Freiheit – der Christlich Demokratischen Union in Erinnerung rufen, daß schon von der Größe der Wirtschaftsstärke und der geopolitischen Position der Bundesrepublik her die Geschlossenheit der Christlich Demokratischen Union von gesamteuropäischer Ausstrahlung ist. Daß Ihnen dies bei Ihren Beratungen sicherzustellen gelingt, ist für mich als Präsidenten der Europäischen Demokratischen Union und Obmann der Österreichischen Volkspartei der herzlichste Wunsch.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Herr Vizekanzler, wir haben mit Ihnen einen guten alten Freund begrüßt, und wir haben es während Ihrer Rede so empfunden, daß wir mit unseren Freunden in der ÖVP über diesen Tag hinaus in einer engen und freundschaftlichen Verbindung sein werden. Herzlichen Dank für Ihr Grußwort. Grüßen Sie unsere Freunde in der ÖVP!

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 9:

**Bericht des Generalsekretärs
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 16:**

**Einführung zum Antrag des Bundesvorstandes:
„Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“**

auf. Ich erteile unserem Generalsekretär Heiner Geißler das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man Alois Mock gerade gehört hat, wie er über den Sozialismus geredet hat, kann man sich so richtig vorstellen, wie freundlich es im Kabinett einer Großen Koalition zugeht.

(Heiterkeit)

Es hat bezüglich einer Großen Koalition ja auch bei uns einige Erwägungen in der Vergangenheit gegeben, die aber mehr spekulativer Art waren. Nicht nur diese und ähnliche Äußerungen, sondern, wie ich glaube, auch die Situation in der Bundesrepublik Deutschland geben uns Anlaß, hier festzustellen: Mit den Sozialdemokraten ist in der Bundesrepublik Deutschland weder von den Inhalten noch von der Zielsetzung her eine Zusammenarbeit möglich, die die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland sicherstellen könnte. Ich will auf diese wichtige Frage nachher noch eingehen. Ich habe als Generalsekretär ja auch einen Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Gestern hat ein Diskussionsredner gesagt, es würden zu viele Papiere produziert. In Wirklichkeit hat er wahrscheinlich gemeint: zu viele Programme.

In einer Zeit, die durch einen tiefgreifenden Wandel gekennzeichnet ist, in der die Bundesrepublik Deutschland unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs steht,

in einer Zeit, in der wir grundlegende innenpolitische Reformen wie die Steuerreform, die Gesundheitsreform, die Strukturreform in der Rentenversicherung durchsetzen müssen,

in einer Zeit, in der es deswegen zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen in der Bevölkerung und auch mit dem politischen Gegner über den richtigen Weg und die Ausgestaltung dieser Reformvorhaben kommt,

in einer solchen Zeit gibt es selbstverständlich viele, die sagen: Nun konzentriert euch doch lieber auf die Gegenwart, auf die richtige Information und die Darstellung der Reformen.

Manche meinen sogar, wer mit der Gegenwart nicht fertig wird, flieht in die Zukunft, und laßt deswegen die Finger davon, auf einem Parteitag einer Regierungspartei weitere Streitthemen der Zukunft in die Diskussion zu bringen; habt ihr denn noch nicht genug Probleme?

Und warum sollte man einer solchen Auffassung auf den ersten Blick nicht sogar recht geben? Aber wahr ist eben auch etwas anderes: Natürlich müssen wir unsere Gegenwartsaufgaben erfüllen. Aber gerade weil unsere Zeit von diesem tiefgreifenden Wandel erfaßt ist, gerade weil wir als Regierungspartei, und zwar als größte Regierungspartei, die Aufgabe haben, diesen Wandel in unserem Sinne zu gestalten, den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland zu sichern und gleichzeitig eine

menschliche Gesellschaft zu ermöglichen, gerade weil in einer solchen Zeit aus der Gegenwart täglich Zukunft wird, und wir es mit werdenden Wirklichkeiten zu tun haben, dürfen wir die Zukunft nicht aus dem Auge verlieren: Denn sonst würden wir morgen möglicherweise die Regierung verlieren.

Wir müssen uns 1990 mit dem Wähler nicht nur darüber unterhalten, was wir getan haben, sondern auch darüber, was wir tun werden.

(Beifall)

Dies ist eine zwingende Voraussetzung.

Ich will etwas zu dem sagen, was wir getan haben: Über manche Formen des Pessimismus in Deutschland kann man sich eigentlich nur wundern. Wenn ich das richtig verfolgt habe, haben alle drei Präsidentschaftskandidaten in Frankreich, Francois Mitterrand, Raymond Barre, Jacques Chirac, während des Wahlkampfes erklärt, daß sie dann, wenn sie die Regierung in Frankreich übernehmen, genau eine Politik realisieren würden, wie sie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Helmut Kohl und der Christlich Demokratischen Union in der Bundesrepublik Deutschland realisiert werde.

Und in der Tat, man kann es nicht oft genug sagen: Wir haben bei uns die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub. Wir haben die stabilste Währung, die niedrigsten Preise, die höchsten Sozialleistungen. Aber wenn man bei manchen Veranstaltungen über die Gesundheitsreform anwesend ist, dann hört man: „Wir gehen gleich am Bettelstab.“ Aber dieselben, die so etwas sagen, oder zumindest ihre Verbandsvertreter, fliegen dann im Jet zu Fachkongressen, trinken im Flugzeug ihren Sekt, lesen die „FAZ“ und schimpfen dann anschließend über die Regierung.

(Heiterkeit und Beifall)

Und deswegen hatte es gestern schon seinen Sinn und seine Berechtigung, daß wir uns auf unsere eigene Kraft besonnen haben und daß wir uns hier miteinander und mit dem Bundeskanzler solidarisiert haben. Aber so richtig der Satz ist: Man kann anderen nur imponieren, wenn man sich selber imponiert, so richtig ist es auch: Es reicht nicht, daß wir uns gut finden. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger außerhalb des Saales müssen uns auch gut finden.

(Beifall)

Und in der Tat, der normale Zeitungsleser, der normale Mitbürger oder derjenige, der ins Fernsehen guckt, ist ja nun nicht jemand, der sich ständig – wie die Profis – von morgens bis abends mit der Politik beschäftigt. Es wäre ja auch ganz schlimm, wenn das so wäre; das wäre eine ganz grausame Vorstellung. Die normalen Mitbürger sind vielmehr Leute, die ihrem Beruf nachgehen, die sich mit ihrer Frau, mit ihrer Familie, mit dem Garten, mit dem Hund usw. beschäftigen.

(Heiterkeit)

Und wenn sie dann morgens die Zeitung lesen, dann beschäftigen sie sich vielleicht ein paar Minuten, meistens im Lokalteil, mit der Politik. Und abends beschäftigen sie sich dann vielleicht erneut 10 oder 15 Minuten mit der Politik, wenn sie „Heute“ oder die „Tagesschau“ einschalten.

Dann ist es allerdings natürlich schon so, daß sich diesem Fernsehzuschauer manches darbietet, was er nicht versteht. Er liest in der Zeitung von Beitragserhöhungen und gleichzeitig von der notwendigen Gesundheitsreform, die die Beiträge

stabilisieren soll. Er liest von der großen Steuersenkung und gleichzeitig von Steuererhöhungen.

Wir können als Partei – auch auf diesem Parteitag – nicht den Regierungsalltag ersetzen. Aber wir sollten als Partei – zusammen mit der Fraktion und der Regierung – heute, so wie wir das auch in der Außenpolitik getan haben, die Zusammenhänge darstellen, erkennbar machen und versuchen, den vielen einzelnen Entscheidungen einen Sinn zu geben. Unsere Bürgerinnen und Bürger sind zu vielem bereit, auch zu Opfern, wenn wir ihnen den Sinn dessen begrifflich machen, was notwendig ist.

(Beifall)

Und wir müssen in Rechnung stellen, daß viele Menschen vieles anders sehen, daß sich viele Menschen trotz Wohlstand betroffen fühlen: von ungelösten Problemen des Hungers in der Welt, von weltweiten Umweltproblemen, der Sicherung des Friedens, der Abrüstung, der Arbeitslosigkeit, um nur einige Probleme zu nennen. Zur Sinnggebung gehört, daß wir den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen – und Steuersenkung und Steuererhöhung, das kann man schon klarmachen –, daß wir nicht allein im Wohlstand leben können, sondern z. B. unseren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Einheit Europas leisten müssen. Wir müssen ihnen z. B. auch klarmachen, daß wir unseren Beitrag zu gleichen Chancen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland zu leisten haben.

(Lebhafter Beifall)

Die Sinnzusammenhänge darzustellen – das scheint mir notwendig zu sein.

Es ist für eine große Partei richtig und notwendig, daß wir die Reihen auch in schwierigen Zeiten enger schließen. Aber wir dürfen uns nach außen nicht abschließen. Wir müssen die Menschen erreichen; denn wir sind ja nicht für uns selber da. Unsere Gedanken, Ideen und Erfolge sind in einer Demokratie nur so viel wert, zumindest was die politische Wirkung und die Zahl der Mandate anlangt, wie die Menschen sie mit uns teilen.

(Zustimmung)

Wir haben ja nicht nur das Super-Wahljahr 1990 mit fünf Landtagswahlen und der Bundestagswahl, sondern im nächsten Jahr auch die Landtagswahl in Berlin und die Europawahl im Juni vor uns. Wir haben kein wahlfreies Jahr vor uns. Ich will denen durchaus recht geben, die sagen: Wir dürfen unsere großen politischen Entscheidungen nicht immer von der Tatsache abhängig machen, daß in jedem Jahr mehrere Wahlen stattfinden.

(Zustimmung)

Das ist alles richtig. Aber ich meine dennoch, daß wir darauf achten müssen, daß z. B. im nächsten Jahr Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und im Saarland stattfinden. Das heißt: In ungefähr zwei Dritteln der Republik werden die Kommunalparlamente, die Kreistage und die Gemeinde- und Stadträte neu gewählt. Die Vorbereitung dafür beginnt nicht im nächsten Jahr, sondern sie beginnt heute, sie beginnt unmittelbar nach der Sommerpause. D. h., wir müssen uns schon zusätzliche Gedanken machen – und das gehört auch schon zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl –, wie wir denn die Mehrheiten erhalten, ja, wie wir die Mehrheiten ausbauen wollen. Es ist doch klar, daß dies nicht ohne Stammwähler geht, aber ohne neue Wähler auch nicht. Wir sollten endlich aufhören, die Stammwähler gegen die Wechselwähler auszuspielen zu wollen.

(Lebhafter Beifall)

In der „Politischen Meinung“ hat Hans-Joachim Veen auf – Unterlagen der Adenauer-Stiftung beruhend – einen Bericht über Konfessionen und Wahlverhalten der Generationen gegeben. Da müssen wir nicht nur einen dramatischen Rückgang der kirchlichen Bindungen – von großer Bedeutung für die Christlich Demokratische Union – zur Kenntnis nehmen, sondern auch den Verlust eines besonders wichtigen traditionellen Rekrutierungsfeldes auch für den politischen Nachwuchs unserer Partei. Das sind wichtige, zum Teil dramatische Entwicklungen gegenüber der Situation in den 50er und 60er Jahren, die die Christlich Demokratische Union gar nicht allein beeinflussen kann. Vor diesem Hintergrund kann man sich doch nur wundern, und man ist manchmal geneigt, ironisch zu werden – auch gestern ist es in dem einen oder anderen Beitrag angeklungen –, wenn manche sagen, wir sollten keine neuen Wähler gewinnen, denn das würde Stammwähler verprellen. Da kann ich nur sagen: aufpassen! Ich glaube, es ist gerade umgekehrt: Die Stammwähler freuen sich am meisten, wenn neue Wähler hinzukommen; dann sind sie nicht so einsam.

(Heiterkeit und Beifall)

Im Ernst: Warum soll denn ein Bauer oder ein Vertriebener uns eigentlich nicht mehr wählen, weil wir uns um Arbeitnehmer und moderne Technologien kümmern? Weder Konrad Adenauer noch Ludwig Erhard hätten ihre Mehrheiten bekommen, wenn man nach den anderen Rezepten, die ich gerade karikiert habe, vorgegangen wäre.

Wir haben gute Beispiele dafür, wie man es richtig macht: Walter Wallmann hier in Hessen. Der Wahlsieg der CDU – das ist zwar nicht die einzige Erklärung, aber eine richtige Erklärung dafür – fand in den modernen Dienstleistungszentren von Offenbach, Hanau über Frankfurt bis nach Wiesbaden statt. Arbeitnehmer mit modernen Technologien haben uns gewählt und haben, das wissen wir, eine Vorliebe für die CDU, weil und solange wir eine moderne Partei sind, die technologischen Fortschritt und wirtschaftspolitische Kompetenz mit sozialer Verantwortung verbindet. Walter Wallmann!

(Beifall)

Beispiel Nummer zwei: Eberhard Diepgen, der zusammen mit seinen Freunden die CDU zu einer erfolgreichen Großstadtpartei gemacht hat, und dem wir helfen und den wir unterstützen wollen, daß er am Anfang des nächsten Jahres seine erfolgreiche Politik in Berlin fortsetzen kann.

(Lebhafter Beifall)

Und natürlich Lothar Späth,

(Beifall)

der nicht zuletzt im Großraum Stuttgart, und zwar nicht nur bei den Arbeitnehmern in Großunternehmen, sondern auch in modernen mittelständischen Betrieben die absolute Mehrheit der CDU gesichert hat.

Die Sozialdemokraten haben in diesen Wählerschichten die größten Probleme, und darin liegt eine große Chance für uns, wenn wir es inhaltlich richtig machen. Die Infas-Wahlanalyse zur letzten Bundestagswahl hat festgestellt – ich zitiere –:

„Die Sozialdemokraten sind offenbar dem Tempo des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses bisher nicht gewachsen.

...

Für die CDU ist das Feld langfristig besser bestellt. Sie verfügt über eine gute Verankerung in der Mittelschicht, hohe Anteile bei Arbeitnehmern, im Kernbereich der Wirtschaft, viel Vertrauen bei den High-Tech-Angestellten. Die Union dürfte es daher leichter verkraften, wenn sich durch Modernisierungsprozesse der Gesellschaft die Bindungen ihrer Traditionswählerschaft abschwächen.“

Wir sollten dies als Hilfsmittel für unsere politischen Entscheidungen zur Kenntnis nehmen. Das hat nichts damit zu tun, daß man angeblich oder wirklich dem Zeitgeist nachläuft.

Ich habe am Anfang gesagt, wir müssen den Menschen bei der Bundestagswahl nicht nur sagen, was wir getan haben, sondern wir müssen den Menschen auch sagen, was wir tun werden. Da ist doch etwas klar – darüber sollten wir doch offen reden –: Die Steuerreform war notwendig, und der Bundesfinanzminister sagt, abgestützt auf das Gutachten des unabhängigen Finanzbeirats zu Recht, daß diese Steuerreform mit ihrer Steuersenkung die einzige seit 1949 ist, die diesen Namen wirklich verdient. Denn dies ist die Wahrheit, lieber Gerhard Stoltenberg.

(Beifall)

Aber – dies tut der Steuerreform keinen Abbruch – mit ihr allein werden wir bei der Bundestagswahl die Köpfe und die Herzen der Menschen nicht erreichen. Dies muß bei den kommenden Haushaltsberatungen mit berücksichtigt werden.

Wir sagen im Leitantrag, daß die Sozialpolitik die finanzielle Leistungsfähigkeit und das wirtschaftliche Wachstum berücksichtigen muß. Das ist ein selbstverständlicher und wohlbegründeter Grundsatz, aber er kann für eine Partei, die ihre Politik auf dem christlichen Menschenbild als Grundlage ihrer Politik aufbaut, natürlich nicht nur dann gelten, wenn es um Familien oder um pflegebedürftige alte Menschen geht. Vielmehr muß dieser Grundsatz für alle anderen haushaltsrelevanten Entscheidungen genauso gelten, vom Jäger 90 angefangen, über den Airbus

(Vereinzelter Beifall)

bis zu den 30 Milliarden DM Subventionen, also für alles, was außer den Familien oder dem Bundeszuschuß zur Rentenversicherung auch noch Geld kostet. Ich sage, es gilt für alle.

(Vereinzelter Beifall)

Wir sollten die Erwartungen der Menschen in unsere Politik nicht falsch einschätzen. Das heißt, wir brauchen Antworten auf Fragen, die über das Materielle hinausgehen; z. B. auf die Frage – auch das müssen wir auf diesem Parteitag doch ansprechen –, ob wir die Kraft und das Geld haben, die Nordsee wieder gesund zu machen. Das ist doch eine Forderung, die wir ansprechen müssen.

(Lebhafter Beifall)

Oder ob wir die solidarische Kraft haben, den strukturschwachen Regionen wirksam zu helfen, denn Ernst Albrecht hat eine richtige Frage gestellt.

(Lebhafter, anhaltender Beifall)

Oder ob wir die Kraft und auch die wirtschaftspolitische Konzeption haben – auch das gehört dazu; das ist, wenn Sie von der humanen Bedeutung dessen ausgehen, was ich sage, etwas, was über das rein Materielle hinausgeht –, unsere Unternehmen, vor allem die Handwerker und die Mittelständler, so zu entlasten, daß sie wettbewerbsfähig bleiben. Denn wenn man einmal genauer hinsieht, dann weiß man, wer an der Front die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft. Von 1977 bis 1987 sind in der Bundesrepublik Deutschland von den Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten ungefähr 585 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden,

(Beifall)

von den Betrieben mit 20 bis 500 Beschäftigten plus minus Null, und von den Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten sind über 200 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Seit 1983/84 hat sich dieser Trend eher verschärft.

Große gehen mit ihren Investitionen ins Ausland und können dort nach wie vor ihre Gewinne machen. Die kleinen und mittleren deutschen Betriebe können das nicht. Das heißt, wer an der Front gegen die Arbeitslosigkeit etwas gewinnen will, muß nicht die großen, sondern unsere mittelständischen Betriebe unterstützen.

(Beifall)

Zu den Fragen, die über das Materielle hinausgehen – auch wenn das auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein scheint –, gehört aber auch, ob wir die Kraft und den Willen haben, Geld für das zur Verfügung zu stellen – nicht nur Sprüche, sondern Geld –, was wir versprochen und in der Koalition vereinbart haben, nämlich den Erziehungsurlaub zu verlängern und das Erziehungsgeld zu verbessern,

(Beifall)

und ob wir die Kraft und den Willen haben, die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau im Lebensalltag so zu realisieren, wie es der Parteitag in Essen beschlossen hat. Deswegen ist Rita Süßmuth so wichtig für unsere Partei, aber auch für die Sache, um die es uns geht.

(Lebhafter, anhaltender Beifall)

Es ist doch wahr: Sie hat die Frauenfrage aus der Sektiererecke, aus der linken Ecke in die politische Mitte gebracht.

(Lebhafter Beifall)

Sie hat wie kaum eine andere Frau den Frauen, auch unseren Frauen in der Christlich Demokratischen Union, Selbstbewußtsein gegeben. Niemand braucht sich zu genießen, wenn er über die CDU-Frauenpolitik spricht.

Rita Süßmuth ist für viele das Symbol einer Politik des neuen Stils, des Aufeinanderzugehens, der Sensibilität, der Offenheit geworden. Die Wähler, vor allem die Frauen, werden genau darauf achten, wie frauenfreundlich wir eigentlich sind und wie wir mit solchen Frauen bei uns umgehen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben immer, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, dann Zustimmung gefunden, wenn wir unseren Grundsätzen treu geblieben sind und gleichzeitig offen für die Zukunft waren. Wer sich der Zukunft verschließt, wird reaktionär und meldet sich aus der Geschichte ab.

(Zustimmung)

Viele unserer Mitbürger haben Angst – begründet? – unbegründet? – vor der Zukunft. Umweltkatastrophen, die atomare Apokalypse, die Konstruktion eines künstlichen Menschen – ein Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen – sind, um nur einige Beispiele zu nennen, existentielle Bedrohungen, die wir nur überwinden können, wenn wir diese Gefahren realistisch einschätzen, fähig sind zu Innovationen, Mut haben, aber auch die richtigen Wertvorstellungen haben.

Da möchte ich dem Bundeskanzler recht geben. Ich habe auf vielen Begegnungen im Ausland, auf Symposien der Alpenvereine z. B. immer wieder erlebt, daß diese Leute gesagt haben – Alois Mock wird es bestätigen können –: Ihr seid 1982, 1983 die ersten gewesen, die innerhalb Europas auf der nationalen Ebene mit dem Umweltschutz angefangen habt. Wir haben hier Hervorragendes geleistet mit dem abgasarmen Auto, dem bleifreien Benzin und mit der Großfeuerungsanlagen-Verordnung. Ich brauche das im einzelnen nicht auszuführen.

Aber ich habe vorhin einen Punkt genannt: Unser Umweltminister Klaus Töpfer braucht für die Zukunft auch unsere uneingeschränkte Unterstützung.

(Beifall)

Im Vorfeld dieses Parteitages hat es ja eine Diskussion darüber gegeben, ob wir den Umweltschutz nicht doch in dem Leitantrag behandeln sollten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag der Antragskommission berücksichtigt das, indem vorgeschlagen wird, der Bundesparteitag möge beschließen, daß der Umweltschutz Bestandteil dieses Leitantrages – Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes – wird, allerdings dann verabschiedet vom Bundesparteiausschuß, was nach meiner Auffassung keine Herabsetzung der Bedeutung des Themas ist.

(Zuruf: Doch!)

Täuschen wir uns nicht: Die Folgen von Tschernobyl bis hin zum Robbensterben in der Nordsee gehen den Menschen unter die Haut. Wir müssen darauf drängen, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe weltweit zu verbieten, um die Ozonschicht zu schonen.

(Beifall)

Das haben wir in der Koalitionsvereinbarung angesprochen.

Ich rufe noch etwas in Erinnerung – nicht etwas, das wir neu erfinden, sondern etwas, was vereinbart worden ist –:

Führen wir denn nun in dieser Legislaturperiode die Umwelthaftpflichtversicherung ein oder lassen wir uns vom Justizminister blockieren?

Wenn wir schon etwas für die Nordsee tun wollen, dann müssen wir uns doch überlegen, ob wir nicht bereit und fähig sind, der DDR oder der Tschechoslowakei zu den Kläranlagen zu verhelfen, die dafür sorgen, daß die Elbe in Hamburg und in der Nordsee wieder sauber ankommt.

(Beifall)

Ich weiß das alles wohl, ich bin nur der Auffassung, das gehört zum Sinn und zum Zusammenhang: Wenn wir jetzt die Entscheidungen treffen, dürfen wir nicht selektiv vorgehen.

Ich weiß nicht, welches Ergebnis wir haben werden. Ganz sicher ist aber – da unterstützen wir den Finanzminister –: Niemand kann 1 DM ausgeben, wenn er nur 50 Pf in der Tasche hat. Das ist wahr; alles richtig. Ich bin nur der Meinung, daß wir dann, wenn wir die 50 Pf ausgeben, alles in Erwägung ziehen und alles im Auge behalten müssen, was für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft von Bedeutung ist. Mehr will ich nicht. Es muß alles im Zusammenhang gesehen werden!

(Lebhafter Beifall)

Wir müssen die geistige und moralische Kraft des Menschen herausfordern, aber auch daran glauben, mit großen Herausforderungen fertig zu werden. Die großen Herausforderungen, die wir auch in diesem Leitantrag ansprechen – es sind nicht alle, aber es sind wichtige – können wir ohne einen – ich will es jetzt einmal etwas akademisch so nennen – anthropologischen Optimismus nicht gestalten. Dieser anthropologische Optimismus setzt allerdings ein Menschenbild voraus, in dem der Mensch seine Würde nicht von der Gesellschaft und nicht von anderen Menschen, sondern von Gott bezieht, und aus dem resultiert, daß nicht alles, was dem Menschen möglich ist, ihm auch gemäß ist.

Die Genspaltung ist die weitreichendste und folgenschwerste Fähigkeit geworden, die der Mensch seit der Spaltung des Atoms erlernt hat. Glaubt denn jemand – um nur diese beiden Beispiele zu nennen –, daß die Beherrschung dieser Fähigkeiten gewährleistet werden kann ohne einen Kompaß der Werte, ohne ein der Politik zugrunde liegendes Menschenbild?

Unser Kompaß ist das christliche Menschenbild. Aber ich habe es vorhin schon angedeutet – mit der Frage müssen wir uns auseinandersetzen –: Wir sind eine Partei, die Wahlen gewinnen will. Folgen uns denn die Bürger auf diesem Weg?

Wenn in manchen großen Städten wie zum Beispiel in Hamburg sich die Christen beider Konfessionen zahlenmäßig bereits in der Minderheit befinden, sind dann das „C“ in unserem Namen und das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik noch mehrheitsfähig, ist das „C“ Abschreckung oder Anziehung? Und wenn heute 80 % der Bevölkerung nur noch eine lockere oder gar keine Bindung an die Kirche mehr haben, nützt dann das „C“ oder schadet es uns? Muß man da nicht berücksichtigen, was Richard von Weizsäcker einmal gesagt hat: dieser Parteiname biete „keine höheren Wahlchancen, sondern allenfalls Angriffsflächen“ ?

Was ist das „C“ in unserem Namen? Es ist in dieser sehr weitgehend säkularisierten Welt das, was es von Anfang an war: Provokation, Ärgernis, es ist unbequem, Herausforderung, Stein des Anstoßes. Aber es ist – so wie schon immer – eben gleichzeitig auch Signal in einer Zeit des Wertewandels, Hoffnung in einer angsterfüllten Zeit, Maßstab in einer Zeit grenzenloser Freiheit, menschliches Gegengewicht zu einer entfesselten Technik und Wissenschaft.

Deswegen haben Erhard Eppler und die Sozialdemokraten unrecht, wenn sie in ihrem Entwurf zum Irseer Grundsatzprogrammentwurf sagen, eine Partei könne und dürfe kein verbindliches Menschenbild haben; dies sei Privatsache.

Privatsache?

Humanes Sterben ohne verbindliches Menschenbild?

Schutz des ungeborenen Kindes ohne verbindliches Menschenbild? Soziale und personale Menschenrechte ohne verbindliches Menschenbild?

Ja sogar Marktwirtschaft ohne verbindliches Menschenbild?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wer ein verbindliches Menschenbild zur Privatsache erklärt und es als Voraussetzung für die Politik ablehnt, nimmt jeder Gesellschaft und jedem Staat die Orientierung an der Würde des Menschen und seinen Rechten.

(Beifall)

Wer das Menschenbild zur Privatsache erklärt, macht den Menschen verfügbar und stürzt die Gesellschaft und den Staat in den Nihilismus der Willkür und Beliebigkeit.

Eine wahrhaft freiheitliche Gesellschaft braucht eine Idee, die sich auf den ganzen Menschen bezieht, ohne allerdings den Menschen zu unterwerfen. Und diese Idee ist für die Christlich Demokratische Union das christliche Menschenbild, das heißt die Idee der Würde des Menschen als der von Gott geschaffenen Person.

Deswegen bleibt der Kern unseres Programms richtig, unabhängig davon, ob es in Hamburg 45 oder 75 % Christen gibt, und unabhängig davon, wie viele Leute sonntags in die Kirche gehen. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind für Wählerinnen und Wähler erlebbar und nachvollziehbar, unabhängig davon, ob sie die religiöse Begründung teilen oder nicht. Dies ist die Perspektive für das Gewinnen von Mehrheiten.

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wendet sich aber auch gegen die selbstherrliche Auffassung, durch Politik könne man jedes Problem lösen, jede Gefahr abwenden, ja das Paradies auf Erden herstellen. Daß wir daran nicht glauben, das unterscheidet uns vor allem auch von anderen Parteien.

(Beifall)

Wir versprechen nicht das Paradies auf Erden. „Wer den Himmel auf Erden sucht, hat in der Schule in der Erdkunde gefehlt.“

(Heiterkeit)

-- Das stammt nicht von mir;

(Erneute Heiterkeit)

es ist trotzdem gut.

(Fortgesetzte Heiterkeit und Beifall)

Das sagt der polnische Schriftsteller Stanislaw Lec: „Wer den Himmel auf Erden sucht, hat in der Schule in Erdkunde gefehlt.“ Ich füge hinzu: auch im Religionsunterricht.

Durch die SPD-Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen besteht allerdings die Gefahr, daß diese Irrtümer sich weit verbreiten.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Sozialdemokraten lassen in Nordrhein-Westfalen inzwischen wöchentlich 28 000 Stunden Religionsunterricht ausfallen und organisieren über die Studentafel eine möglichst geringe Teilnahme am Religionsunterricht. Also, wer wie Johannes Rau ständig Bibelzitate im Munde führt und gleichzeitig den Religionsunterricht in seinem Land ausfallen läßt, wie glaubwürdig ist der Mann eigentlich auf Kirchentagen?

(Lebhafter Beifall)

Genauso unglaubwürdig sind die Sozialdemokraten, wenn es darum geht, das ungeborene Kind besser zu schützen als bisher. Wir fordern Johannes Rau und die Sozialdemokraten auf, statt frommer Sprüche endlich – so wie in den CDU/CSU-regierten Ländern – eine Landesstiftung Mutter und Kind einzurichten.

(Beifall)

Für Christen ist der Schutz des ungeborenen Kindes ein brennendes Problem. Ich möchte hier unserem Freund Bernhard Vogel einmal dafür danken, daß er sich in ganz besonderer Weise für uns um diese Frage gekümmert hat. Er hat die Last der Auseinandersetzung, die uns alle tief beschäftigt, in besonderer Weise getragen. Dies möchte ich hier einmal sagen.

(Beifall)

Ein brennendes Problem ist die hohe Zahl der Abtreibungen. Das ist eine schwere Belastung des Gewissens. Zu Recht stellen die Menschen Forderungen an uns, wir selber stellen Forderungen an uns. Die Menschen stellen diese Forderungen in erster Linie, weil sie besondere Erwartungen an eine Partei richten, die sich zum christlichen Menschenbild bekennt.

Nur, was ist die entscheidende Frage in der Politik? Die entscheidende Frage lautet doch: Was können wir tun, damit das ungeborene Kind besser als bisher geschützt werden kann? Da vertreten manche die Auffassung, daß nur durch eine Änderung der geltenden Gesetze ein besserer Schutz der Ungeborenen erreicht werden kann. Andere sind der Auffassung – und diese Haltung vertritt der Bundesvorstand der CDU –, daß eine Verschärfung und eine Veränderung der geltenden Gesetze das ungeborene Kind nicht schützt.

Die ursprüngliche Fassung des § 218 war die schärfste strafrechtliche Form, die wir kennen. Hat es damals weniger Abtreibungen gegeben als heute? Aber lassen wir diese Frage dahingestellt, denn es handelt sich nicht um ein Problem der Quantität. Wir sind davon überzeugt, daß eine Verschärfung des § 218 das ungeborene Kind nicht schützt. Wir sind statt dessen der Meinung, daß nur durch eine Änderung des

Bewußtseins und durch eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen für die Frauen und für die Familien mit Kindern sowie durch eine Verbesserung der Beratung und der Hilfsangebote eine wirksame Verringerung der Abtreibungszahlen und damit ein besserer Schutz der ungeborenen Kinder erreicht werden kann.

(Beifall)

Der Wissenschaftler Ernst Haeckel hatte 1866 in seinem sogenannten „Biogenetischen Grundgesetz“ die Vorstellung vertreten, der Mensch wiederhole im Laufe seiner individuellen Entwicklung in diesen neun Monaten in verkürzter Form die aufeinanderfolgenden Stadien der Evolution. Diese Meinung ist längst widerlegt. Heute wissen wir, naturwissenschaftlich erwiesen, daß wir es mit menschlichem Leben von Anfang an zu tun haben.

Deswegen stellt auch das geltende Recht den Abbruch einer Schwangerschaft unter Strafe. Was wir mißbilligen, sind der Mißbrauch und die Umgehung des geltenden Rechts. Das geltende Recht billigt nicht die Abtreibung. Aber der Gesetzgeber respektiert, daß es Situationen der Ausweglosigkeit gibt, die die Frau subjektiv nicht mehr bewältigen kann und in denen daher der Abbruch einer Schwangerschaft nicht bestraft werden soll. Das sagt auch das Bundesverfassungsgericht.

Ich warne davor, in dieser ernstesten Diskussion die soziale Verpflichtung, sich solchen Frauen und Familien helfend zuzuwenden, gering zu achten. Daß es durch den von uns eingeführten Erziehungsurlaub für 4,2 Millionen berufstätige Frauen – zum erstenmal in der Geschichte des Arbeitsrechts – möglich wurde, daß Frauen ihren Wunsch nach einem Kind und die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes vereinbaren können, daß diesen Frauen nicht mehr gekündigt werden kann, das ist nach meiner festen Überzeugung ein wesentlich wirksamerer Schutz des ungeborenen Kindes als eine Verschärfung des Strafrechts.

(Beifall)

Glauben Sie mir, daß ich nach dem, was gestern auf Plakaten an die Adresse der Christlich Demokratischen Union an Inhalten ausgesagt worden ist, persönlich etwas betroffen bin. Ich war immerhin als der Vorgänger von Frau Süßmuth drei Jahre lang Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, d.h. der zuständige Bundesminister und war vorher zehn Jahre Sozialminister in Rheinland-Pfalz. Wir kennen die ganze Geschichte der Auseinandersetzung auch mit den anderen Parteien. Es hat in den Jahren zuvor diese Auseinandersetzungen in dieser Form nicht gegeben. Die Betroffenheit rührt daher – ich behaupte das, und es entspricht der Wahrheit –, daß noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland soviel zum Schutz des ungeborenen Kindes getan wurde wie seit 1982 unter diesem Bundeskanzler und unter der Führung der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Die Bundesstiftung Mutter und Kind, die inzwischen von über 130 000 Müttern in Anspruch genommen wurde, Erziehungsurlaub und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie – beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag 1975, damals von einigen noch als sozialdemokratisches und kommunistisches Gedankengut und was weiß ich alles abgetan –, Erhöhung der Kinderfreibeträge und Kindergeldzuschlag und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung – eine Revolution in der Rentengeschichte –, Herabsetzung der Wartezeit von 15 auf 5 Jahre und Anerkennung eines Erziehungsjahres für jedes Kind – wenn eine Mutter 3 Kinder

hat, dann braucht sie noch 2 Versicherungsjahre, dann hat sie eine eigenständige, vom Mann unabhängige Rente –, das alles und vieles andere mehr hat eine Änderung der Lebensbedingungen der Frauen und der Familien herbeigeführt und ist nicht von der SPD, sondern von uns, den Christlichen Demokraten, durchgesetzt worden.

(Lebhafter Beifall)

Helfen statt Strafen, haben wir gesagt, ist die eigentliche Aufgabe eines Christlichen Demokraten. Achten wir diese Verpflichtung. Wenn eine schwangere Frau an Röteln erkrankt, muß sie mit einiger Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß sie ein behindertes Kind zur Welt bringt. Nur wenige können ermessen – ich glaube, wir sollten es uns alle miteinander nicht wünschen –, in welche Konfliktsituation diese Frau und dieser Mann persönlich kommen können. Wir können ja nicht nachvollziehen, wie es subjektiv im Innern dieser Menschen aussieht. Wenn eine Frau in einer solchen Konfliktsituation die Schwangerschaft abbricht, dann können wir das als objektiv rechtswidrig verurteilen. Aber die für uns relevante Frage lautet doch, wenn wir es hinsichtlich des Strafrechts auf den Punkt bringen: Sollen wir sie deswegen ins Gefängnis bringen?

Ist nicht umgekehrt etwas anderes viel wichtiger? Werden sich diese Eltern nicht für dieses Kind entscheiden, auch wenn sie befürchten müssen, daß es behindert ist, wenn sie wissen, daß dieses Kind in eine Gesellschaft, in eine Welt hineingeboren wird, die behindertenfreundlich ist, wo dieses behinderte Kind Ausbildungschancen erhält, wo es einen Arbeitsplatz erhält; vor allem, wenn diese Eltern wissen, daß dieses Kind eines Tages, wenn es groß ist, wenn es erwachsen geworden ist und die Eltern vielleicht nicht mehr da sind, trotzdem betreut wird, daß für dieses Kind gesorgt wird?

(Beifall)

Das heißt, eine behindertenfreundliche Politik, die diesen Namen wirklich verdient, ist genauso wie kinderfreundliche Politik eine Politik für ungeborene Kinder.

Streiten wir uns auf diesem Parteitag nicht um positiv rechtliche Regelungen, deren Wirkungen ungewiß sind, sondern sorgen wir gemeinsam dafür, daß von diesem Parteitag ein Signal ausgeht, damit sich das Bewußtsein aller Menschen zugunsten des ungeborenen Kindes entscheidend verändert.

Die Bundesregierung hat für die Information über die Krankheit AIDS zu Recht viele Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Ich begrüße diese Entscheidung ebenso uneingeschränkt wie die gesundheitspolitische Linie der Ministerin in diesem Zusammenhang. Das will ich hier einmal sagen.

(Beifall)

Aber ich unterstütze sie auch in der anderen Frage, und ich leite diesen Appell an den Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister weiter: Wenn wir schon Millionen Mark für die Information über AIDS ausgeben – ich wiederhole: das ist richtig –, dann dürften uns mindestens ebenso viele Millionen Mark für die Aufklärung über das ungeborene Kind nicht zuviel sein.

(Lebhafter Beifall)

Zum zweiten Teil des Leitantrages kann natürlich die Frage gestellt werden, was denn nun eigentlich Wettbewerb und Industriestandort Bundesrepublik Deutschland, Tarifautonomie, Jobsharing und Megachips mit dem christlichen Menschenbild zu tun haben. Für die Väter der sozialen Marktwirtschaft war das kein Diskussionspunkt, und dementsprechend nennt das Grundsatzprogramm als geistiges Fundament der

sozialen Marktwirtschaft die zum Menschenbild des Christen gehörende Idee der verantworteten Freiheit.

Aber vielleicht gibt es noch einen anderen Aspekt. Nach 40 Jahren Aufbau in der Bundesrepublik Deutschland drohen sich heute Strukturen von Privilegien, Besitzständen und Subventionen zu verfestigen, die zum Teil ihre innere Legitimation verloren haben und die die Zukunftsfähigkeit der freiheitlichen Gesellschaft in Frage stellen können.

Schon vor 2000 Jahren, ebenfalls in einer Zeit des Umbruchs, hat Johannes der Täufer etwas gefordert. Er sagte: „meta-noeite.“ Luther hat dies übersetzt mit: „Tuet Buße, kehret um.“ Die Griechischkundigen können mir bestätigen, daß dies richtig übersetzt heißt: „Denket um.“ Umdenken scheint mir das richtige Thema zu sein, wenn wir über die Zukunft reden.

Warum ist denn die Standortfrage in der Bundesrepublik zu einem Thema geworden? Doch nicht deswegen, weil unsere Wirtschaft schlechter geworden ist, sondern weil wir drauf und dran sind, es uns im Status quo der Besitzstände und Subventionen bequem zu machen, während die anderen Länder besser werden.

Wenn es richtig ist, daß im Sinne der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit das Anwachsen der Arbeitskosten abgebrems werden muß, dann begreife ich nicht, daß Arbeitgeberverbände gleichzeitig die Gesundheitsreform, die den Anstieg der Lohnnebenkosten stoppen soll, bekämpfen; das begreife ich nicht.

(Beifall)

Wenn es richtig ist, daß von der Höhe der Arbeitskosten gleichzeitig die Fähigkeit für Investitionen abhängt, dann begreife ich nicht, daß ausgerechnet in Krisenbranchen die höchsten Löhne in den Tarifverhandlungen vereinbart werden.

(Beifall)

Wenn es richtig ist, daß wir zuviel Staat und Reglementierung haben und mehr Flexibilität für die Zukunft brauchen, dann ist es nicht zu verstehen, warum die betroffenen Unternehmer zusammen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eine Änderung des Ladenschlußgesetzes bekämpfen.

(Beifall)

Wenn es richtig ist – wir können das alles weitermachen; das hat etwas mit dem Christlichen Menschenbild in der Wirtschaftspolitik zu tun –, daß die Kapitalkraft der Unternehmen für mehr Investitionen genutzt werden soll, dann halte ich es für unverantwortlich, daß viele ihr Geld lieber auf der Bank, vor allem im Ausland, anlegen, statt in neue Produkte zu investieren.

(Beifall)

Wer die ganze Gewerkschaftsstrategie – dies ist an die andere Adresse des Tarifpartners gerichtet – seit Jahren auf die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich konzentriert, der soll aufhören, zu behaupten, er wolle in erster Linie die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

(Beifall)

Was war denn eigentlich neu und so bemerkenswert an den Vorschlägen von Oskar Lafontaine? Neu war in der Sache gar nichts. Neu war, daß endlich einer aus dem linken Lager zwei Wahrheiten aus den Stuttgarter Leitsätzen der CDU bekanntgegeben hat,

(Lebhafter Beifall)

nämlich, daß Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich nicht möglich sind und wirtschaftlichen Unsinn darstellen – Helmut Kohl hat einmal von „dumm und töricht“ gesprochen –

(Beifall)

und daß die Gewerkschaften – das hat viel weher getan – eine Mitverantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben.

Manche Kommentatoren haben der Christlich-Demokratischen Union unterstellt, wir hätten eine hämische Freude über das gehabt, was Oskar Lafontaine gesagt hat. Wir haben keine hämische Freude gehabt, sondern eine zutiefst biblische Freude, indem wir uns – der Bibel entsprechend – über einen reuigen Sünder mehr gefreut haben als über 999 Gerechte in der Bundesrepublik Deutschland; wir haben eine biblische Freude empfunden.

(Anhaltender Beifall)

Aber die Freude war kurz.

(Heiterkeit und Beifall)

DGB- und SPD-Führung haben diese Seifenblase – das war ein richtiger Flop – zum Platzen gebracht. Was blieb denn eigentlich von dem Lafontaine-Vorschlag am Ende übrig? Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich für alle diejenigen, die mehr als 5000 DM verdienen, die aber bekanntlich gar nicht Gegenstand von Tarifverhandlungen sind. Bei der Sache ist Null herausgekommen; es wird Null gespart; es gibt Null Arbeitsplätze; Null plus Null gibt Null:

Oskar Lafontaine – der Adam Riese der Null-Summe.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Interessant ist ja:

Vogel und Steinkühler haben ihn auf Null gebracht.

Oskar Lafontaine und die SPD befinden sich jetzt wieder – steingekühlt – in der Beugehaft der IG Metall.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist die Situation. Wenn etwas klar ist, dann dieses: Die SPD ist keine selbstbestimmte, sondern eine von der Führung der IG Metall fremdbestimmte Partei.

So wie es unsere Väter und Mütter nach dem Zusammenbruch vor über 40 Jahre getan haben, so müssen wir im Gegensatz zu diesen Leuten auch heute mit neuen Ideen die Dynamik und die Leistungskraft einer freiheitlichen und Sozialen Marktwirtschaft mobilisieren, technische und soziale Innovationen freisetzen und so dafür sorgen, daß wir im internationalen Wettbewerb Spitze bleiben.

Nur so und nicht durch Technikfeindlichkeit können wir neue Arbeitsplätze schaffen, die die Renten auch in der Zukunft sichern, den Umweltschutz finanzieren und unserer sozialen Verantwortung gegenüber den Ländern in der Dritten Welt gerecht werden. Aussteigen, Verweigern und Technikfeindlichkeit, das sind die großen Irrtümer der Sozialdemokraten, der GRÜNEN und von Teilen des DGB.

Die Technologieblockadepolitik der Sozialdemokraten – so unsinnig sie ist, so hat sie doch Methode. Die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens – Christian Schwarz-Schilling setzt sie durch –, die lebenswichtig für unseren Wettbewerb ist: SPD: nein.

Neue Medien: SPD: nein.

Weltraumforschung: SPD: nein.

Investitionen in den Hermes-Raumgleiter: SPD: nein.

Deutsche Beteiligung an der Weltraumfähre Columbus: SPD: nein.

Karl Kaiser, Professor und SPD-Mitglied, meinte dazu lakonisch – ich zitiere –: „Die SPD hat eine grundlegende Aversion gegen Hochtechnologien.“

Wenn der alte Kaiser Wilhelm noch lebte, wäre er heute der technologiepolitische Sprecher der Sozialdemokratischen Partei.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Ich kann es auch begründen. Er hat nämlich, als das Automobil erfunden wurde, gesagt: „In fünf Jahren wird keiner mehr vom Auto reden, ich setze aufs Pferd.“

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat im Zusammenhang mit dem Leitantrag in den letzten Wochen auch eine Diskussion über die Arbeitslosenstatistik gegeben, die am Anfang jeden Monats von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht wird. Ich will hier ein klares Wort sagen: Es ist unbestritten: Die Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden und nicht die Statistik. Dies ist ganz klar.

(Beifall)

Es geht aber um die bessere Auswertung und um eine bessere Darstellung. Wenn aus der differenzierten Statistik der Bundesanstalt für Arbeit – sie ist differenziert – die Pauschalzahl von 2,1 Millionen Arbeitslosen fast ausschließlich in den Vordergrund gestellt wird, dann wird, und zwar im Ergebnis zum Nachteil der Betroffenen, ein absolut falscher Eindruck vermittelt, und es werden, was noch schlimmer ist, daraus die falschen politischen Konsequenzen beim politischen Gegner gezogen.

Bei diesen 2,1 Millionen in der Statistik erfaßten Arbeitslosen handelt es sich ja nicht, wie fast alle glauben, nur um Familienväter mit Kindern, die vor einem Monat oder zwei Monaten ihren Arbeitsplatz bei Thyssen oder bei der Vulkanwerft in Bremen verloren haben, sondern hinter dieser Globalzahl verbergen sich ganz unterschiedliche Lebenslagen und soziale Situationen.

Hinter dieser Zahl verbergen sich Qualifizierte und Unqualifizierte, Teilzeitarbeitslose, Leute, die gar keine Arbeit suchen, sondern soziale Ansprüche wahren wollen, aber auch Langzeitarbeitslose und Frauen und Männer, die sich bei einem Halbtagsjob ein Zubrot verdienen wollen, während der Ehepartner einen Vollzeitarbeitsplatz hat.

Wer trägt eigentlich – das war neben der Frage nach den richtigen Konzepten, die wir aus einer richtigen Analyse entwickeln müssen, die Frage, die uns auch bekümmert hat – die politische Last dieser Pauschalierung, dieser informativen Fehlsteuerung? Niemand anders als die Bundesregierung! Das Ergebnis besteht darin, die Bundesregierung und den Arbeitsminister auf die Anklagebank zu setzen, die Verantwortung der Tarifpartner zu verdrängen, falsche Beschäftigungs- und Konjunkturprogramme zu fordern und zu vernebeln, daß in Wirklichkeit in den letzten vier Jahren 750 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Niemand darf die Arbeitslosigkeit verharmlosen. Aber wer den Arbeitslosen wirklich helfen will, der darf auf komplexe Situationen des Arbeitsmarktes nicht mit dem Holzhammer antworten, sondern muß sich schon bemühen, differenzierte Angebote zu entwickeln, nämlich durch die Anwendung des Beschäftigungsförderungsgesetzes einen besseren Teilzeitarbeitsmarkt zu schaffen, die Qualifizierungsprogramme der Bundesregierung fortzusetzen, die Schwarzarbeit zu bekämpfen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, ohnehin geplante wirtschaftliche Investitionen nach Möglichkeit vorzuziehen und den Langzeitarbeitslosen, vor allem den

älteren, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes langfristig zu sichern, mit einem Wort: die Politik von Norbert Blüm und der Bundesregierung fortzusetzen und ein klares Nein zu den falschen Alternativen des DGB und der Sozialdemokratischen Partei zu sagen.

(Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, in einem anderen wichtigen Kapitel des Leitantrages nehmen wir zu etwas Stellung, was Professor Trutz Rendtorff, Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, in einem bemerkenswerten Artikel über unseren Parteitag und über unseren Anspruch hinsichtlich des „C“ gesagt hat. Er sagte, daß das „C“ in unserem Namen vor allem durch das sozialpolitische Engagement der Partei geprägt ist. Wir werden darüber reden, wie wir dieser Herausforderung in einer neuen Zeit angesichts der Zahl der älteren Menschen, angesichts der steigenden Lebenserwartung, angesichts der größer werdenden Ansprüche an das Gesundheitswesen usw. gerecht werden können. Die Kosten dieser ungelösten Probleme, auch der ökologischen Probleme, wachsen. Wer versucht, diese gewaltigen gesellschaftspolitischen Aufgaben allein mit den herkömmlichen Instrumentarien und Strukturen lösen zu wollen, der muß scheitern.

Das heißt, nach der Periode des Ausbaus des Sozialstaates, gekennzeichnet durch leistungsbezogene Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Mitbestimmung, nach diesem Ausbau muß ein Umbau des Sozialstaates erfolgen, der die Strukturelemente der bisherigen Sozialpolitik bewahrt, aber neue Elemente und ehrenamtliches Engagement in den sozialpolitischen Aufgabenkatalog verstärkt einbezieht und die Mittel auf diejenigen konzentriert, die der Hilfe wirklich bedürfen. Das ist die Neue Soziale Frage, von uns im Grundsatzprogramm beschlossen!

Dieser Umbau wird auch den Mut von uns fordern, Prioritäten zu setzen und überholte Besitzstände in Frage zu stellen. Gruppen und Verbände schulden eine Begründung, ob ihre Ziele weiterhin die frühere soziale Berechtigung besitzen; sonst bleiben die Notstände anderer und neue soziale Probleme ungelöst, und wir haben trotz ständig steigender Sozialausgaben nicht ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, sondern eher ein Minus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier brauchen wir eine Umbesinnung. Zu Recht stellen manche die Frage, ob es richtig ist, daß ein Arbeitnehmer neben seinem durchschnittlich sechswöchigen Urlaub pro Jahr alle zwei oder drei Jahre zusätzlich Anspruch auf eine vierwöchige Kur hat, die voll von der Kasse finanziert wird – was ich gar nicht bestreiten will –, während Frauen, die in der Familie arbeiten, oft – und das ist es, was ich kritisiere – überhaupt keinen Urlaub machen können.

(Lebhafter Beifall)

Und ist es denn richtig – ich sage: es ist nicht richtig; da hat doch Norbert Blüm völlig recht –, daß bisher jeder einen Anspruch hat, unabhängig – so muß man fast sagen – von der medizinischen Notwendigkeit und von seinen finanziellen Möglichkeiten, Taxikosten für die Fahrt zum Arzt oder ins Krankenhaus von der Solidargemeinschaft bezahlen zu lassen, wenn gleichzeitig Pflegebedürftige, die zu Hause versorgt werden, von der Solidargemeinschaft keinen Pfennig bekommen? Das kann nicht in Ordnung sein!

(Lebhafter Beifall)

Ich will Ihnen noch etwas sagen: In der Bundesrepublik Deutschland mit 60 Millionen Einwohnern werden jährlich 14 t Zahngold, in den USA mit 240 Millionen Einwohnern 11,6 t Zahngold und in Japan mit 120 Millionen Einwohnern 11,1 t Zahngold verbraucht. Stimmen denn da eigentlich noch die Relationen, wenn bei uns das alles von der Kasse mitfinanziert wird, aber für die Versorgung psychisch Kranker zu wenig Geld da ist? Diese Frage müssen wir doch einmal stellen, wenn wir das Christliche Menschenbild ernst nehmen!

(Beifall)

Deswegen sage ich: Mögen die Verbände dagegen Sturm laufen, daß wir von den 14 Milliarden Einsparungen, die die Gesundheitsreform bringt, 7 Milliarden für die Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen ausgeben – klassische Folge unserer Erkenntnis der Neuen Sozialen Frage –, mögen Firmen im Gesundheitsbereich noch so viele Anzeigen mit ihren Millionen gegen uns finanzieren, mögen SPD und Gewerkschaften vom Sozialabbau reden, soviel sie wollen: Es wird ihnen nicht gelingen, uns, den Bundeskanzler und Norbert Blüm daran zu hindern, eine neue, gerechtere soziale Ordnung zu schaffen.

(Beifall)

Dies ist in der heutigen Zeit auch die Visitenkarte einer Volkspartei der Mitte.

Richard von Weizsäcker, unser Bundespräsident, und der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz, Edzard Reuter, haben unabhängig voneinander zu Recht darauf hingewiesen, daß wegen der zunehmenden Zahl von alten Menschen die Betreuungsaufgaben überproportional wachsen und daß bei den Humandienstleistungen große Beschäftigungsreserven vorhanden sind. Wolten wir all diese Aufgaben in der herkömmlichen Form und nach den alten Mustern finanzieren, der Sozialstaat müßte explodieren! Daher können diese wachsenden Probleme nur gelöst werden durch mehr Teilzeitarbeit, aber auch durch mehr Mitverantwortung und soziales Engagement der Bürgerinnen und Bürger selber, der Familienangehörigen und der Nachbarn, und durch ehrenamtliche Selbsthilfe.

Aber zu den alten Denkstrukturen gehört es eben auch – darüber werden wir uns ja heute nachmittag unterhalten –, zu glauben, diese freiwillige soziale Arbeit könnte so wie früher um Gotteslohn – das heißt: zum irdischen Nulltarif – geleistet werden. Wenn eine 40jährige Frau, die genau wie ihr Mann ihren Beruf erlernt hat, die eine qualifizierte Ausbildung hat und berufstätig ist, sich dazu entschließt, ihre pflegebedürftige Mutter oder ihren pflegebedürftigen Vater zu Hause zu versorgen, statt sie ins Altersheim oder ins Altenpflegeheim abzugeben, dann gibt sie nicht nur ihren Beruf auf, sondern verliert gleichzeitig auch ihre Anwartschaften für ihre Altersrente. Wenn wir das Engagement dieser Frau für wichtig und für richtig halten – und es ist richtig, außerdem ist es menschlicher, und es ist für die gesamte Gemeinschaft auch kostengünstiger –, dann müssen wir wenigstens auch dafür sorgen, daß ihr die Jahre, in denen sie die eigenen Eltern versorgt und pflegt, für ihre Altersrente nicht verlorengelassen, sondern anerkannt werden. Das ist das mindeste, was wir hier an Beitrag leisten können!

(Beifall)

Dieser Umbau des Sozialstaates, dieser mit den Familienleistungen und den Pflegeleistungen verbundene Begriff der neuen Arbeit – unser Begriff, nicht der Begriff der anderen –, das ist eine zukunftsweisende Leitlinie für die 90er Jahre. Meine sehr

verehrten Damen und Herren, wir befinden uns hiermit in der Nachfolge unserer bisherigen großen Entscheidungen. Wir haben mit der Neuen Sozialen Frage auf dem Mannheimer Parteitag 1975, mit dem Grundsatzprogramm und mit unserem Zukunftsmanifest die Leitlinien für die Arbeit der kommenden Jahre festgelegt, und dies müssen wir auch mit den Beschlüssen des heutigen Tages tun. Wir müssen die gesellschaftspolitischen Weichen für die 90er Jahre für unsere Regierungsverantwortung stellen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir in diesem Sinne grundsatztreu und zukunfts offen heute auf diesem Parteitag unsere Aufgabe erfüllen, dann werden wir 1990 auch die Wahl gewinnen.

Ich bedanke mich.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall – die Delegierten erheben sich)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Heiner Geißler.

Unser Generalsekretär hat auf überzeugende und verständliche, zum Teil auch heitere Weise dargelegt, was unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls geleistet wurde und geleistet werden soll und was die Opposition allemal schlechter machen würde, aber er hat auch auf eindrucksvolle Weise dargelegt, was die Christlich Demokratische Union unter Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes versteht. Für seinen Bericht, aber auch für seine unermüdliche verdienstvolle Arbeit für die Christlich Demokratische Union Deutschlands danken wir unserem Generalsekretär.

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zu Tagesordnungspunkt 17:

**Beratung und Beschlußfassung über den
Antrag des Bundesvorstandes: „Politik auf
der Grundlage des Christlichen Menschenbildes“**

Hier liegt eine Vielzahl von Wortmeldungen vor. Ich darf alle Rednerinnen und Redner herzlich bitten, so kurz wie möglich zu reden. Die angemessene Zeit wird natürlich zur Verfügung gestellt werden.

Die Debatte soll so verlaufen, daß wir eine Aufteilung in drei Kapitel vornehmen:

Kapitel I: Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden.

Kapitel II: Soziale Marktwirtschaft sichert Zukunft und Solidarität.

Kapitel III: Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Wir beginnen also mit der Aussprache zu Kapitel I. Ich darf, bevor wir damit starten, noch einmal zum Ausdruck bringen, daß es sich bei dieser Frage um Themen handelt, die das Fundament des menschlichen Lebens, auch unserer parteipolitischen Arbeit, angehen. Nicht zuletzt kann man bei diesem Thema auch Gewissensfragen für sich in Anspruch nehmen.

Es sind Hunderte von Anträgen gestellt worden. Ich gehe davon aus, daß alle Antragsteller bemüht sein werden, noch einmal zu verdeutlichen, wie sie sich ihren Antrag gedacht haben. Hierbei kommt es insbesondere darauf an, daß wir gerade bei diesem Thema, was Tonlage und Wortwahl angeht, fair und tolerant miteinander

umgehen. Wenn wir es so halten, dann kann dieser Parteitag gerade mit dieser Thematik auch in die Bevölkerung unseres Landes ausstrahlen, was wesentlich zu einer entsprechenden Bewußtseinsänderung beitragen könnte.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Aussprache. Das Wort hat Frau Verhülsdonk.

Frau Roswitha Verhülsdonk: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin ganz sicher, hier ist niemand im Saal, den die hohe Zahl der Abtreibungen nicht im Gewissen bedrückt, aber ich denke, wir sind uns auch darüber im klaren, daß es sich hier um ein sehr schwieriges, komplexes Problem handelt, das mit den Mitteln der Gesetzgebung und der Politik allein nicht zu lösen ist. Auch zu Zeiten, als es in unserem Lande ein sehr viel strengeres Strafrecht gab, war die Zahl der illegalen Abtreibungen hoch. Heiner Geißler hat eben daran erinnert. Viele haben das offensichtlich vergessen.

In den letzten zehn Jahren haben wir viele neue Erkenntnisse gewinnen müssen über das, was sich da abspielt. Je mehr man sich mit den Gründen, die zu Abtreibungen führen, beschäftigt, um so mehr erkennt man, daß wir vielfältige Wege gehen müssen, wenn wir Erfolg haben wollen. Dazu gehört sicher auch, daß wir das Thema nicht isoliert, sondern ganzheitlich betrachten, so wie wir es hier mit dem Kapitel I getan haben, die Bedrohung am Anfang und am Ende des Lebens generell ins Auge zu fassen.

Rund um diesen Parteitag sind uns die gesellschaftlichen Gegensätze in dieser Frage wieder deutlich vor Augen geführt worden. Da demonstrieren autonome und politische Frauengruppen aus dem linken Spektrum gegen das Beratungsgesetz und fordern das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Da appellieren christliche Gruppen an uns, für einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens zu sorgen. Es gibt auch im Denken und im Fühlen der Menschen heute Widersprüche, die wir sorgfältig analysieren müssen. Einerseits haben die Fortschritte der Fortpflanzungsmedizin und der Gentechnologie in breiten Bevölkerungsschichten zu einer größeren Sensibilisierung hinsichtlich der Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens geführt, andererseits macht die Bewußtseinsbildung zugunsten des ungeborenen Kindes nur langsame Fortschritte – mir scheint am ehesten bei der jungen Generation, und das ist hoffnungsvoll. Der Widerspruch ist am deutlichsten bei den Grünen festzustellen. Sie propagieren den totalen Embryonenschutz im Reagenzglas und fordern die Streichung des § 218 aus dem Strafrecht.

Diese Widersprüche zeigen uns, wie groß die Verunsicherung der Menschen im Wertebereich ist. Am deutlichsten wird das, wenn ein konkreter Konflikt zwischen ethisch-moralischen normativen Vorgaben und Entscheidungen besteht, die die eigene Lebensführung betreffen. Wir Menschen tun uns immer leichter mit absoluten Forderungen, wenn sie unser persönliches Leben nicht berühren. Für den Embryo im Reagenzglas einzutreten ist eben einfacher, als ja zu sagen zum ungeborenen Kind, wenn eine ungewollte Schwangerschaft besteht und sich die betroffene Frau die Folgen der Geburt eines Kindes im Positiven wie im Belastenden sehr konkret vorstellen kann.

Es bringt uns nicht weiter, wenn wir über den bestmöglichen Schutz des ungeborenen Kindes nur prinzipiell, grundsätzlich und juristisch diskutieren, aber die Menschen, ihr

Bewußtsein, ihre Einstellungen und vor allem ihre konkreten Probleme nicht berücksichtigen. Wenn wir beide Sichtweisen miteinander verbinden, kann unsere Debatte für die Menschen draußen Orientierungshilfe sein.

Vor welcher Situation stehen wir? Zwölf Jahre nach dem Inkrafttreten des jetzt geltenden § 218 haben wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Situation, die von weitverbreiteter Unkenntnis über das geltende Strafrecht bis zur gezielten Verfälschung dieses Rechts reicht. Nicht wenige leisten einer mißbräuchlichen Anwendung des Strafrechts sogar bewußt jeden Vorschub – in der öffentlichen Meinung, auch in manchen Beratungsstellen und auch bei der Indikationsstellung. Mangelnde Akzeptanz und mißbräuchliche Anwendung des § 218 sind für mich eine ganz wesentliche Ursache für die viel zu hohen Abtreibungszahlen.

In interessierten Fachkreisen, unter Juristen, in christlichen Zirkeln wird seit Jahren über die geltende Rechtslage diskutiert. Mit Leidenschaft wird darüber gestritten, ob es sich bei den vier Indikationen um Strafausschließungs- oder um Rechtfertigungsgründe handelt. Das sind wichtige Fragen, aber sie erreichen die Menschen nicht.

Wie wenig die Menschen in unserem Lande das geltende Recht überhaupt kennen, konnten wir in den letzten Wochen doch sehr deutlich an der Diskussion um das Beratungsgesetz erkennen. Da wird in den Medien so getan – zum Teil geben sich auch sogenannte Fachleute dafür her –, als hätten wir heute eine Fristenlösung, als sei der Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich legal und legitim, als gäbe es einen individuellen Rechtsanspruch für die betroffene Frau. Wenn es aber in vielen Fällen am Unrechtsbewußtsein fehlt, dann müssen wir eben an diesem Punkt ansetzen.

(Beifall)

Die Diskussion über das Beratungsgesetz gibt uns vielfältige Gelegenheit, das gute und sehr wichtige Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1975 zum Lebensrecht des ungeborenen Kindes und zur Aufgabe der Beratung unter die Menschen zu bringen. Ich wäre froh, wenn sich daran auch Männer beteiligen würden und es nicht nur uns wenigen Frauen in der Union überlassen würde, diese Abwehrschlacht zu schlagen und diese Argumente draußen vorzutragen.

(Beifall)

Wenn gleichzeitig, wie es im Leitantrag gefordert wird, eine breit angelegte öffentliche Überzeugungsarbeit zum Schutz des ungeborenen Kindes von uns allen – ich beziehe dabei auch wieder die Männer ein – geleistet wird, dann – dessen bin ich sicher – werden wir die Menschen erreichen. Unsere Familienministerin Frau Professor Süßmuth hat uns mit der ersten Anzeigerserie ja gezeigt, wie schön und wie positiv die Freude am Kind dargestellt werden kann. Daß sie mit den Vätern angefangen hat, ist goldrichtig.

(Beifall)

Wenn der Vater zu dem ungeborenen Kind steht, erwägen Frauen in aller Regel keinen Schwangerschaftsabbruch.

(Beifall)

Dies berichten einmütig alle Beratungsstellen.

Die Forderung nach einer Verschärfung des Strafrechts oder nach einer Präzisierung der Notlagenindikation löst nicht nur, wo immer sie erhoben wird, schlimme polemische Diskussionen aus. Diese Forderung trägt nicht nur dazu bei, daß wir weiterhin Probleme mit der Akzeptanz des geltenden Rechts behalten werden. Am Ende der Diskussion wird die Gesellschaft in dieser Frage noch weiter auseinander sein, und das hilft sicher nicht weiter.

Ich habe mir persönlich oft die Frage gestellt: Was wäre denn, wenn die Notlagenindikation im Gesetz gestrichen würde und danach dann festgestellt werden müßte, daß die Zahl der Abtreibungen trotzdem nicht sinkt? Was würde ein strengeres Strafrecht nützen, wenn keine Akzeptanz dafür zu erreichen ist? Wir wissen ja, daß der Staat in diesem Intimbereich nur sehr wenige Möglichkeiten der Kontrolle hat.

Dagegen bietet die heute schon verpflichtend vorgeschriebene Beratung die Chance, der einzelnen Frau in ihrem persönlichen Konflikt Perspektiven für ein Leben mit ihrem Kind zu eröffnen. Hier erreichen wir ja im Einzelfall die Frau in der Entscheidungsphase. Wir wissen, daß viele Frauen unter erheblichem Druck stehen – alleingelassen vom Partner, auch von den Eltern – und daß sie allein aus dieser Situation keinen Ausweg finden können. Nicht alle Frauen sind ja so eigenständig, emanzipiert und wirtschaftlich unabhängig, wie das die Gegnerinnen des Beratungsgesetzes der Gesellschaft weismachen wollen.

Der Begriff „soziale Indikation“ hat vielen suggeriert, daß es hier vorwiegend um wirtschaftliche Probleme geht. Die Wahrheit ist aber – das lesen wir in allen Berichten der Beratungsstellen –, daß der Konflikt meist ein Komplex von psychischen und materiellen Nöten ist. Häufig sind Beziehungskonflikte involviert. Deshalb ist es gut, wenn bundeseinheitlich genügend qualifizierte Beratung bereitgestellt wird und diese auch über die Geburt des Kindes hinaus beansprucht werden kann.

Das wichtigste aber ist, daß die Beraterin alles tut, um das Leben des Kindes zu erhalten. Erfolg wird sie dann haben, wenn sie der Frau sehr konkrete Hilfe anbieten kann, auch sehr konkrete menschliche Hilfe.

(Beifall)

Hier sind wir alle gefordert. Es ist kein Zufall, daß die Aktion „Kleine Hände“ der Frauen-Union hier präsentiert wird. Wenn viele Menschen, für die dies ein belastendes Problem ist, sich als Helfende erweisen würden, wenn sie bereit wären, Patenschaften zu übernehmen und Frauen jahrelang zu begleiten, statt juristische Diskussionen zu führen, wären wir schon ein großes Stück weiter.

(Beifall)

Ich komme zum Schluß. Die Union hat viel getan, um die Lage der Familien und auch die Hilfen in der Schwangerschaftsberatung zu verbessern. Trotz der Stiftung „Mutter und Kind“ und trotz Erziehungsgeldes und anderer sozialer Leistungen fehlt es aber immer noch an vielem. Dies ist das Feld, wo die Union ihre Glaubwürdigkeit im Einsatz für das ungeborene Leben immer wieder beweisen muß. Wir Frauen in der Union werden weiterhin sehr konkrete Vorschläge machen, damit Beratungsstellen mehr Hilfe anbieten können, als es heute vielerorts möglich ist. Der beste Lebensschutz ist gute Familienpolitik, und zwar auf allen Ebenen, nicht nur durch den Bund, sondern auch durch die Länder und Gemeinden. Überall trägt diese Partei ganz wesentliche Verantwortung.

(Beifall)

Wenn es uns nicht gelingt, ein kinderfreundliches Klima im Lande zu erzeugen, werden alle unsere Bemühungen ohne Erfolg bleiben. Vom kinderfreundlichen Klima – das müssen wir beklagen – sind wir aber trotz großer Anstrengungen immer noch sehr weit entfernt.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Verhülsdonk. Als nächste spricht Johanna Gräfin von Westphalen zu uns. Ich darf alle Anwesenden ganz herzlich bitten, den Rednern die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.

(Beifall)

Wir wollen hoffen, daß ab 14 Uhr hier dann auch eine bessere Beteiligung gegeben sein wird.

Das Wort hat Johanna Gräfin von Westphalen.

Johanna Gräfin von Westphalen: Wir, die „Christdemokraten für das Leben“, eine Initiative in der CDU, sind dankbar, daß der Bundesvorstand der CDU heute endlich die langerwartete Diskussion über die Unverfügbarkeit des Lebens von Anfang an führen will. Wir sind froh darüber.

Das Interesse an diesen Beratungen und an unseren Beschlüssen geht weit über unsere Partei hinaus. Diese Diskussion, die ja vor knapp 20 Jahren mit der Diskussion zum Thema „Abtreibung“ begann, hat nun die Dimension „Schutz des Menschen“ bzw. „Schützt den Menschen“ erreicht. Wir stellen fest, daß der Mensch heute in allen Lebensbereichen, in allen Lebenssituationen außergewöhnlich gefährdet ist. Wie könnten wir die Zukunft gewinnen, ohne dies erkannt zu haben? Es findet heute eine Diskussion über Abtreibung, eine Diskussion über die künstliche Erzeugung von Menschen und über Gentechnologie und die vom CDU-Vorsitzenden, Herrn Dr. Kohl, bereits beim Parteitag 1975 prophezeite Euthanasie-Diskussion statt.

Die CDU ist die einzige Partei, die dieses Thema – „Schützt den Menschen“ – aufgreift, obwohl es auch alle anderen, eben die gesamte Gesellschaft, angeht. Wir begrüßen das und betrachten es als große Chance, daß hier heute in aller Breite diskutiert wird.

Die große Zahl der Änderungsanträge zeigt ja, wie breit die Diskussion angelegt und wie beunruhigt unsere Partei im Grunde ist. Sonst wäre das heute hier nicht so munter, sonst würden hier nicht so viele Delegierte Redemeldungen abgeben, sonst wäre die Diskussion in den Vorhallen gestern nicht so gewesen. Es ist offenbar doch eine große Beunruhigung da. Es ist also wirklich notwendig, daß unsere Partei hier zu klaren Aussagen kommt.

(Beifall)

Es darf nicht bei einer unverbindlichen Erklärung zum Schutz des Menschen bleiben. Zum einen muß die Partei ihren Standort definieren, zum anderen – und das ist sehr, sehr wichtig – die politischen Konsequenzen herausarbeiten.

Jede Partei ist auf politisches Handeln angelegt. Der Bürger kann sich mit ihr, mit der Partei nur identifizieren, wenn der Kurs klar erkennbar ist – nicht sowohl/als auch –, das Ziel klar erkennbar ist.

(Beifall)

Auch Koalitionsabsprachen können wir hier nicht als Entschuldigung gelten lassen. Nur wenn eine Partei weiß, was sie will und wohin sie will, können wir uns, also ihre Mitglieder, für die Parteiziele einsetzen und auch unsere Mitbürger überzeugen. Nur so wird man auch den Koalitionspartner überzeugen können, und das müssen wir ja versuchen.

Wir haben als Christen – das hat Dr. Geißler vorhin ja schon klargemacht – einen ganz anderen Ausgangspunkt als die materialistischen Parteien. Da wir mit Maßstäben messen, die uns von Gott gegeben sind, kann es in dieser Diskussion heute nicht Sieger oder Besiegte geben, sondern nur das, was richtig ist.

(Beifall)

Es geht uns übrigens um Schutz und Hilfe, Herr Dr. Geißler. Wir sehen hierin keinen Gegensatz. Schutz kann auch Hilfe sein,

(Beifall)

so wie der Bundesvorstand ja der Meinung ist, daß Hilfe den rechtsstaatlichen Schutz ersetzt. Die Gewährung von Schutz und Hilfe ist notwendig; das eine bedingt das andere. Hilfe unter Verzicht auf staatlich garantierten Schutz – wie könnten wir uns denn damit abfinden?

Unter diesem Gesichtspunkt bitte ich Sie auch, die Arbeit der „Christdemokraten für das Leben“ zu sehen. Wir haben nichts anderes im Sinn, als das Lebensrecht zu verteidigen, Hilfen anzuregen und zu geben und den Grundkonsens in unserer Gesellschaft wiederherzustellen.

Diese große Chance einer zukunftsorientierten Neubesinnung sollte die CDU heute nutzen. Wir alle wollen dazu beitragen.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Als nächster hat Frau Minister Rita Süßmuth das Wort.

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde hier im Saal! Angesichts der Beratungen, die uns jetzt zum Leitantrag „Christliches Menschenbild“ gestellt sind, ist unsere erste Frage: Was wollen wir? Wir wollen aus christlicher Überzeugung, aus humanen Überzeugungen heraus gemeinsam – ich denke, hier gibt es keinen Unterschied in den Zielen – einen wirksamen Schutz des menschlichen Lebens, des geborenen wie des ungeborenen Lebens.

(Beifall)

Wenn wir in unserem Leitantrag sagen, menschliches Leben ist unverfügbar, dann gilt das von allem Anfang bis hin zum alternden und sterbendem Leben.

(Beifall)

Ich glaube, daß es hier gerade auf die Klarheit der Zielaussagen ankommt. Ich nehme nicht wahr, daß wir uns in den Zielen unterscheiden. Vielleicht mag es Unterschiede in den Wegen geben.

Es gibt auch nicht die Aussage, Hilfe sei ein Ersatz für rechtsstaatlichen Schutz.

(Beifall)

Wir wollen und wir brauchen – ja, wir sind dazu verpflichtet – klare Rechtsnormen.

(Zustimmung)

Es kann nicht darum gehen, das Recht zu beugen oder zu relativieren. Es geht allerdings wohl darum, wie das im Recht Gefaßte von Menschen angenommen und umgesetzt wird. Dies scheint mir die zentrale Frage zu sein.

(Beifall)

Was wir möchten, ist, zum Leben einzuladen, uns helfend und schützend vor das Leben stellen, Menschen feinfühlig zu machen für das, was es heißt, klein und ungeboren, klein und geboren zu sein. Wir möchten vermitteln, daß dies nicht nur die Aufgabe von Müttern, sondern von Müttern und Vätern, leiblicher und sozialer Elternschaft ist.

(Beifall)

Mir hat soeben sehr zugesagt, als unser Generalsekretär von der christlichen Botschaft und dem Christentum heute als Provokation sprach. Christentum ist nicht bequem. Aber es ist eine Botschaft der Versöhnung und der Erlösung, die wir leben und weitergeben dürfen und sollen. Für mich ist das „dürfen“ genauso wichtig wie das „sollen“.

(Beifall)

Jede Politik, wo immer sie steht, ist dem Leben verpflichtet – das scheinen wir manchmal zu vergessen –: dem Leben in seiner Einzigartigkeit und Würde, der Entfaltung des Lebens. Und wir Christen sind den Menschen in Liebe verbunden. Wir wollen zum Wohl der anderen dasein. Und in diesem Sinne gilt: Nicht zu richten, zu lieben sind wir da.

(Beifall)

Das möchte ich auch jenen draußen vor der Halle zurufen. Laden wir zum Leben ein! Machen wir den Menschen durch unsere Überzeugung und unsere Hilfe Mut, auch durch das Entspanntsein und Frohsein unserer Gesichter. Denn an unserem eigenen Leben wird abgelesen, wie wir zum Leben stehen.

(Beifall)

Der Gott der Christen ist kein Gott der Angst, der Abschreckung und der Strafe. Er ist ein liebender und ein helfender Gott, der auch dies von uns einfordert.

(Beifall)

Wir wollen den Schutz des Lebens, die Sicherung durch klare Rechtsnormen. Auch wenn es kein Verfassungsgerichtsurteil gäbe, auch wenn es kein Gesetz gäbe, wären wir aufgefordert und verpflichtet, das Leben zu schützen. Wir tun es doch nicht um der Gesetze willen, sondern um der Menschen willen, um ihrer Werte und Achtung willen.

(Beifall)

Wir haben in der Bundesrepublik die Erfahrung machen müssen – oder machen sie noch –, daß das Strafrecht – wir haben eines der strengsten in bezug auf den Schutz des Lebens – diesen Schutz des ungeborenen Lebens noch nicht gewährleistet. Es kommt entscheidend darauf an, die Menschen selbst zu erreichen, sie zu überzeugen von der unbedingten Schutzbedürftigkeit, von der Kraft, die vom Leben ausgeht, und von der Hilfe, die wir einander bringen können und durch die wir uns wechselseitig bereichern. Bringen wir diese Vorstellung über, daß wir dem Leben auf der Spur sind und es jedem Menschen ermöglichen wollen, Leben auch weiterzugeben.

(Beifall)

Heute sind mehr Menschen für diese Botschaft ansprechbar. Aber vergessen wir nicht: Es handelt sich immer wieder um sehr schwerwiegende Konfliktsituationen, Konflikte, die zum einen darin begründet sind, daß wir unsere Werte nicht mehr in der Weise überbringen, wie es ihnen gebührt, zum anderen aber auch darin, daß Menschen einander nicht beistehen, wie es sein sollte; denn in 50 % aller Abbrüche handelt es sich um Abbrüche bei Verheirateten.

Deswegen sage ich wie Frau Verhülsdonk: Männer, seid Väter und Partner und laßt die Frauen nicht allein!

(Beifall)

Es ist für Mutter und ungeborenes Kind menschenverächtlich, ihr zu erklären: Wenn du schon nicht verhütet hast, dann Sorge jetzt, daß das schleunigst in Ordnung kommt. Dies stützt nicht Partnerschaften, sondern läßt sie zerbrechen, und fördert auch nicht das Vertrauen in die Mitmenschlichkeit.

(Beifall)

Unsere Antwort auf ungeplante oder ungewollte Schwangerschaft kann nicht lauten: Laßt den Abbruch vornehmen! – Das ist in doppelter Weise ein Unrecht, ein Unrecht gegenüber dem ungeborenen Kind und ein Unrecht gegenüber der Frau.

(Vereinzelter Beifall)

Allzulange haben wir die Spätfolgen von Schwangerschaftsabbrüchen gar nicht oder nur am Rande thematisiert. Wir wissen heute, wie quälend die nachfolgenden Konflikte für einen ganz erheblichen Teil der Frauen sind. Deswegen haben wir im vorgelegten Referentenentwurf zum Beratungsgesetz, das die Beratung im Schwangerschaftskonflikt verbessern soll, darauf geachtet, daß der Bereich der Nachsorge und der damit verbundenen Familienplanung verstärkt wird, denn wir wissen, daß es in der Bundesrepublik um beides nicht gut steht.

(Vereinzelter Beifall)

Wir wissen, daß in anderen Ländern weniger Abbrüche stattfinden, weil Sexualaufklärung und Familienplanung besser gelingen, als das bei uns der Fall ist.

(Vereinzelter Beifall)

Wir fühlen uns verpflichtet, mehr für den Lebensschutz zu tun. In der Tat heißt unser Grundsatz: Helfen statt strafen. – Es kommt darauf an, sich ganz entschieden auf die Hilfe im Konflikt einzustellen. Wir wollen, daß sich die Frauen in der Beratung angenommen wissen, daß sie auf Menschen treffen, die ihnen verständnisvoll begegnen, die ihnen zuhören und helfen wollen, den Konflikt abzuwenden, ja, wenn möglich, zu bewältigen.

Es ist schon infam zu behaupten, wir wollten unter Druck Leben erzwingen, in der Beratung Frauen manipulieren, andere Personen in die Beratung einbeziehen, um im Privatleben der Schwangeren herumzuschnüffeln. Diesen infamen Behauptungen kann ich nur die Antwort entgegenstellen: Wenn es kein besseres Argument gegen das Beratungsgesetz gibt, dann müssen sich diejenigen verantworten, die Frauen in Not lassen, statt ihnen durch Beratung und andere praktische Hilfen diesen Konflikt abzunehmen.

(Beifall)

Es ist in den letzten Wochen und Monaten so viel an unglaublichen Informationen verbreitet worden, daß wir in der Tat befürchten müssen, daß die Angstschwellen gegenüber der Beratung heraufgesetzt worden sind. Auch aus diesem Grunde sage ich nachdrücklich: Wir brauchen sehr rasch das Ende auch der parlamentarischen Beratungen, um das Beratungsgesetz in Kraft zu setzen, damit diese Verleumdungen ein Ende finden, aber gerade auch die Angstschwellen für Frauen herabgesetzt werden.

(Beifall)

Dies scheint mir um so wichtiger, als auch die Beraterinnen und Berater selbst nicht in Mißkredit zu geraten drohen. Häufig wurde die Vermutung geäußert, wir trauten den Ärzten keine verantwortliche Entscheidung zu. Dazu muß ich sagen, daß wir allerdings denken, daß medizinische Ausbildung nicht genügt, um die verantwortungsvolle Aufgabe der Beratung und sozialen Indikation wahrzunehmen.

(Beifall)

Beratung braucht Zeit, Zeit für persönliche Zuwendung, um die Situation nachzuvollziehen, verstehen zu können. Beraterinnen und Berater müssen Frauen dort abholen, wo sie gerade stehen. Viele Frauen erfahren erstmalig in der Beratungssituation, daß

es Menschen sind, die sich ihrer annehmen. Ich denke, es gilt heute auch all denjenigen zu danken, die in dieser wohl schwierigsten Konfliktsituation Menschen beraten und in Tausenden von Fällen Frauen und ungeborenen Kindern geholfen haben.

(Beifall)

Wir wollen die entlastende Unterstützung. Wir treten für ein sich veränderndes Bewußtsein ein. Das eine ist eine breite Kampagne für das Leben, das andere sind die praktischen Hilfen für Menschen in Not. Wenn heute morgen vom Umbau die Rede war, dann denke ich hier an jene Frauen als Alleinerziehende und Verheiratete, die sich in oft schwierigster wirtschaftlicher und sozialer Situation für Kinder entscheiden. Da muß unser Engagement das größte sein, denn auf diese Weise werden wir zu glaubwürdigen Helfern für das Leben.

(Beifall)

Wir haben dies in der Familienpolitik begonnen, aber wir müssen das herumgerissene Ruder fest im Griff behalten und das Schiff in der gleichen Richtung weiterfahren. Für die Alleinerziehenden, für die Familien ist entscheidend, ob sie erleben: Die CDU will die Zukunft der Familien; wir bauen nicht nur das Haus Europa, wir bauen auch das Lebenshaus für die Menschen, in dem Platz für Familien und für den Zusammenhalt der Generationen ist und in dem es für die Gesellschaft wieder selbstverständlich wird, mit Kindern zu leben. – Es ist vielleicht unsere größte Herausforderung, daß wir genau dies verlernt haben.

(Beifall)

Deswegen werde ich die Kampagne mit allen weiterführen, die sich engagieren, Mut zum Leben zu machen, zum Leben einzuladen, den Menschen vor Augen zu führen, wie arm ein Leben ohne Kinder ist. Aber helfen wir auch den Betroffenen, insbesondere unseren Frauen, damit sie erfahren, daß dieses Leben, das manchmal sehr ausweglos ist, voller Hoffnung sein kann, damit sie das Ja zum Leben erwartungsfroh und mit praktischen Hilfen versehen auch leben können.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall –

Die Delegierten erheben sich von den Plätzen)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Als nächster spricht der Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel zu uns.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist ein Ereignis von hohem Rang, daß dieser Parteitag heute über das menschliche Leben diskutiert. Und gerade wenn man in diesen Wochen und Monaten mit der Christlich Demokratischen Union manche Last tragen muß, dann, glaube ich, muß man heute einmal sagen: Man kann stolz sein, der Christlich Demokratischen Union anzugehören, die diesem Thema diesen Rang einräumt.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei den Männern und Frauen, die die Debatte bewirkt haben, ich bedanke mich beim Bundesvorsitzenden. Ich bedanke mich ganz besonders beim Generalsekretär, bei Heiner Geißler, wie er dieses Thema vorhin eingeführt hat.

(Vereinzelter Beifall)

Wir Christlichen Demokraten aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz fühlen uns dadurch für viele Jahre intensiven Bemühens in dieser Frage bestätigt. Wir haben 1985, vor drei Jahren, eine Initiative zur Änderung der Reichsversicherungsordnung ergriffen. Wir haben damals für unsere Bundesratsinitiative viel Zustimmung gefun-

den, aber auch die Erfahrung gemacht, daß der alte Landsergrundsatz immer noch gilt, wenn man Unterstützung braucht: Kamerad, schieß' du, ich hol' inzwischen Verpflegung.

Immerhin hat diese Initiative am Ende zu einem Entschließungsantrag des Bundesrates und zu einer fast wortgleichen Entschließung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU geführt.

Es ist ein gutes Zeichen, daß der Leitantrag des Bundesvorstands gerade zum Kapitel „Leben“ Hunderte von Änderungsanträgen bewirkt hat. Es spricht für die Sensibilität der Partei gegenüber diesem Thema. Daß über 300 Anträge zu diesem Kapitel und über 160 Anträge zum Abschnitt „ungeborenes Kind“ eingegangen sind, ist ein erfreuliches Zeichen dieser Sensibilität unserer Mitglieder.

Die Anträge konzentrieren sich im wesentlichen auf drei Schwerpunkte: auf die Frage, ob man § 218 ändern soll; auf die Frage, ob es bei der Finanzierung durch die Kasse bleiben soll; auf die Frage, ob man von Schwangerschaftsabbruch oder von Tötung sprechen soll. Zu diesen drei Schwerpunkten möchte ich etwas sagen.

Ich möchte mich, meine Freunde, nach intensiver und reiflicher Überlegung gegen eine Änderung des § 218 aussprechen, d. h. gegen eine Strafverschärfung. Richtig gelesen und vor allem richtig gehandhabt, macht § 218 Sinn; denn er betont die umfassende Schutzpflicht des Staates für das menschliche Leben. Er billigt nicht den Schwangerschaftsabbruch. Er stellt ihn straffrei, und er verzichtet auf den staatlichen Strafanspruch, allerdings unter ganz bestimmten Umständen. Der medizinische Abbruch steht im Mittelpunkt.

Aber § 218 geht davon aus, daß es Situationen gibt, in denen Abwägung notwendig ist. Er tut das, meine Freunde, in einem Staat, der die Grundregeln für das Zusammenleben aller gibt, der aber das Recht einzelner Gruppen unberührt läßt, höhere Maßstäbe zu setzen, ohne sie deswegen schon zum Inhalt des Strafgesetzbuches zu machen. Strafandrohung darf nicht Rat und Hilfe behindern, auf die Schwangere in besonderen Notsituationen vor allem angewiesen sind.

Worauf es ankommt, was Gesetzgeber und vor allem Bundesverfassungsgericht tatsächlich gewollt und gesagt haben: Es muß zu einem ernsthaften Abwägen zwischen untragbarer Bedrängnis der Mutter und dem Leben des ungeborenen Kindes kommen. In der Tat, meine Freunde, die tägliche Praxis draußen entspricht diesen hohen Anforderungen nicht.

Es kann nicht sein, und es kann nicht hingenommen werden, daß einhundertfünfzigtausendmal oder öfter den Krankenkassen in Deutschland bescheinigt wird: Mutter und Kind waren gesund, aber es lagen andere, nicht abwendbare Notlagen vor. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall)

Der Gesetzgeber sieht deswegen folgerichtig eine intensive Beratung vor, damit es zur ernsthaften Güterabwägung kommen kann.

Eine solche Beratung findet statt, ausführlich und situationsgerecht. Den Männern und Frauen, die diese Beratung situationsgerecht und ausführlich durchführen, gebührt in der Tat unser außerordentlicher Dank.

(Zustimmung)

Aber es gibt auch Fälle, wo Beratung zur oberflächlichen Erfüllung einer lästigen Pflicht gerät und wo das Ziel der Beratung aus dem Blick verloren wird. Ziel muß sein der Schutz des Lebens des ungeborenen Kindes und der Schutz des Lebens der Mutter.

Bedauerlicherweise verfügen nur zwei Länder in Deutschland über ein Beratungsgesetz: Rheinland-Pfalz seit 1977, Bayern seit 1977. Jeder weiß, daß die Beratungspraxis in den elf Ländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird.

Die zentrale Vorschrift des rheinland-pfälzischen Beratungsgesetzes lautet: Die soziale Beratung dient vorrangig dem Schutz des ungeborenen Lebens und wird mit dem Ziel angeboten, die Bereitschaft der Schwangeren zur eigenverantwortlichen Annahme der Schwangerschaft zu stärken und zu erhalten. Ziel der Beratung muß das Leben sein, meine Freunde.

(Beifall)

Wir müssen darauf bestehen, daß Beratung ernst genommen wird. Wir wollen deswegen, daß es im Bund ein solches Beratungsgesetz gibt. Vielleicht ist es gut, daß der Gesetzentwurf noch nicht verabschiedet ist; denn das gibt uns Gelegenheit, als Partei unseren Standpunkt unmißverständlich deutlich zu machen. Es mag sein, daß man in einer Koalition zu Kompromissen finden muß. Aber am Anfang muß die klare Aussage der CDU stehen, was nach ihrer Meinung Ziel der Beratung von Schwangeren zu sein hat.

(Beifall)

Zur Kassenfinanzierung: Es gibt, meine Freunde, gewichtige Gründe, die Kassenfinanzierung der Notlagenindikation in Frage zu stellen. Und in der Tat sprach die erste Fassung des Leitetrags von einer Finanzierung aus Steuermitteln. Die Diskussion darum zeigt meines Erachtens das Dilemma. Wir empfinden Unbehagen darüber, daß die häufig mißbräuchlich angewandte Notlagenindikation durch die Solidargemeinschaft der Versicherten oder durch den Staat mitfinanziert werden soll. Es ist verständlich, daß sich dagegen Widerspruch regt.

Ich sehe aber auch, daß es einer sachgerechten Abwägung schädlich ist, wenn die Finanzierung in den Mittelpunkt rückt. Wir wollen, meine Freunde, eine wertgerechte Abwägung. Wir wollen bessere Beratung, wir wollen mehr Hilfe. Dazu paßt es nicht, die Finanzierung in Frage zu stellen und schon von daher viele Schwangere in die Illegalität zu treiben.

(Zustimmung)

Die Hilfe muß das beherrschende Kriterium sein; Frau Süßmuth hat das vorhin überzeugend begründet.

Und schließlich, meine Freunde, verlangen mehrere Anträge, die klare Aussage in den Leitetrags aufzunehmen, daß Schwangerschaftsabbruch Tötung ist. Ich halte diese Verdeutlichung für richtig

(Vereinzelter Beifall)

und ich begrüße es, daß die Antragskommission diesbezüglich den Antrag der CDU Trier und anderer Antragsteller übernommen hat. Denn, meine Freunde, für uns handelt es sich um Leben, und zwar um Leben von der Verschmelzung von Ei und Samenzelle an, und für uns steht Leben von Anfang an unter dem Schutz des Staates. Immer, wenn ein solches Leben abgebrochen wird, handelt es sich um Tötung, und wir sollten den Mut haben, das auch so zu bezeichnen.

(Beifall)

Meine Freunde, diese Diskussion wird zu Beschlüssen führen, und das ist gut. Aber durch diese Diskussion wird mehr bewegt, als nur ein Papier verabschiedet. Es ist ein Stein ins Wasser geworfen, und die See wird in dieser Frage nicht wieder zur Ruhe kommen. Das Thema war jahrelang, ja, es war jahrzehntelang tabu. Weil es aber heute wieder Diskussionsthema ist, fühlen sich immer mehr Menschen ermutigt und bestärkt, dazu Stellung zu nehmen. Es gibt eine große deutsche Tageszeitung, die seit Wiederbeginn dieser Diskussion im Sommer 1985 keine Woche hat vergehen lassen ohne Leserbriefe zu dieser Frage in ihren Spalten.

Wir wollen Beschlüsse. Aber wir wollen mit dieser Diskussion mehr. Wir wollen, daß dies ein Thema in der ganzen Gesellschaft und in der ganzen Bevölkerung wird. Dazu fühlen wir uns dadurch ermutigt, daß das Thema insonderheit von vielen jungen Leuten aufgegriffen worden ist, insbesondere von sehr vielen Kreisverbänden der Jungen Union in unserer Partei. Wir wollen, daß es eine Kampagne zum Schutze des ungeborenen Lebens gibt.

Wir wollen die Gesetze richtig machen und die Beschlüsse richtig fassen. Vor allem wollen wir aber eine Änderung in der Gesinnung und im Bewußtsein der Menschen unserer Bevölkerung erreichen. Meine Freunde, heute stößt sich mancher an der CDU und an denen in der CDU, die über dieses Thema reden. Morgen werden sie uns vorwerfen, daß wir es nicht nachdrücklicher und lauter getan haben.

(Beifall)

Wir sollten in aller Behutsamkeit, wie es diesem Thema angemessen ist, in aller Sensibilität auch für andere Standpunkte hier von Wiesbaden nicht nur mit Beschlüssen, sondern mit der Entschlossenheit abreisen, daß dieses Thema nicht zur Ruhe kommt, bevor in unserem Land der Schutz des Lebens, des sterbenden, des manipulierbaren und vor allem des ungeborenen Lebens wieder eine gesellschaftspolitische Selbstverständlichkeit ist. Und darum bitte ich Sie.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Bernhard Vogel. Als nächster spricht Dr. Peters, Nordrhein-Westfalen.

Dr. Leo Peters: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So richtig und begrüßenswert das prinzipielle Bekenntnis zum Schutz und zur Unverfügbarkeit des ungeborenen Kindes im Leitantrag ist, unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität sind wir heute in der Gefahr, die Abkehr von mindestens zwei Grundpositionen der 70er Jahre gleichsam parteiintern zu kodifizieren. Die Ablehnung der Krankenkassenfinanzierung von Abtreibungen und der sozialen Indikation waren 1974 bzw. 1976 die Kernpunkte des Widerstandes der CDU gegen die diesbezüglichen SPD/FDP-Gesetzesvorhaben. Der Leitantrag aber stellt sie nicht einmal in Frage.

Es lohnt sich, für einen Moment hinzuhören, was Helmut Kohl dazu auf dem 23. Bundesparteitag der CDU 1975 sagte. Ich zitiere:

Wenn wir hier nicht eine klare grundsätzliche Position beibehalten und entschieden verteidigen, geraten wir bei einem der zentralen Grundprinzipien menschlicher Freiheit völlig und rettungslos in ein verschwommenes System des Nicht-mehr-Überschaubaren.

(Vereinzelter Beifall)

Der flüchtige Zeitgeist ist jeder Diskussion über Prinzipien kein guter Ratgeber, denn er kommt und geht, wie immer er will.

Der Bundesvorsitzende sagte dies nicht zu irgendeinem Zeitpunkt, sondern kurz nach der strikten Ablehnung der Krankenkassenfinanzierung von Abtreibungen durch die CDU und vor der Schlußdebatte über eine Indikationenregelung, insbesondere über die Gesetz gewordene soziale Indikation, die die CDU/CSU mit 180:1 Stimmen so gut wie einmütig ablehnte. Die Krankenkassenfinanzierung hatte sie mit 189:1 Stimmen abgelehnt.

Beifall spendete die CDU/CSU-Fraktion, als Frau Verhülsdonk im Bundestag für die Fraktion sagte – ich zitiere –:

Es versteht sich von selbst, daß die Fraktion der CDU/CSU eine solche fragwürdige gesetzliche Regelung ablehnt.

(Beifall)

Die CDU/CSU applaudierte auch dem Abgeordneten Köster, der am 12. Februar 1976 im Bundestag sagte:

Wer in ein Gesetz schreibt, daß etwa zur Vermeidung einer sozialen Notlage ungeborenes Leben getötet werden darf, zerschlägt unseren sozialen Rechtsstaat.

(Vereinzelter Beifall)

Alle Warnungen und Prognosen, die die CDU damals mit der SPD/FDP-Reform verband, sind eingetreten. Die CDU hat leider auf breiter Front recht behalten: weniger Lebensschutz für das ungeborene Kind, weniger Bewußtsein seiner Menschenwürde, weniger Einsicht in seine Unverfügbarkeit, weniger Hemmung, jetzt auch die Verfügbarkeit des Menschen in seiner letzten Lebensphase zu diskutieren.

Unter dem Schutz dieses Gesetzes wurden seit 1976 ca. zwei Millionen Kinder straffrei getötet. Das ideologischste, den emanzipatorischen Gedanken in der inhumansten Form praktizierende Gesetz der SPD ist gescheitert.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn dieser Parteitag, meine Damen und Herren, die Kernpunkte der seinerzeitigen sogenannten Reform nicht wenigstens in Frage stellt, nämlich die bewußtseinsbildende Krankenkassenfinanzierung und die mit der sozialen Indikation faktisch eingetretene Fristenlösung, dann vollzieht die Partei einen empfindlichen, einen kapitalen Kontinuitätsbruch, den wohl erst nach längerem Abstand Historiker in seinem ganzen Ausmaß werden würdigen können.

(Beifall)

Mit der Berufung auf eine nur unterstellte, aber keineswegs gesicherte Erfahrung versucht der Leitantrag, jeden rechtspolitischen Handlungsbedarf in bezug auf § 218 a zu negieren. Wer dagegen die Bundestagsprotokolle von 1976 und den Sturmlauf der CDU gegen die soziale Indikation mit der Umgehung dieser Frage im Leitantrag vergleicht, der kommt an der Feststellung nicht vorbei: was wir einst wie Teufelswerk bekämpften, gilt der CDU heute nahezu als sakrosankt, als unantastbar.

(Vereinzelter Beifall)

Solange in diesem Land täglich 700 lebensfähige und lebenswillige Kinder im Mutterleib getötet werden, kann ich selbst im Wahlkampf nicht mit dem Slogan leben: „Weiter so, Deutschland“.

(Beifall)

Solange haben wir eben keine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Mir wäre schließlich auch wohler, wenn wir weniger mit dem Wort von der „Gnade der späten Geburt“, als vielmehr mit dem Wort vom „Recht auf Geburt“ in Verbindung gebracht würden.

(Beifall)

Ich fasse zusammen: Die Gesetzesreform von 1974/76, insbesondere in ihren Kernpunkten Krankenkassenfinanzierung und soziale Indikation, zeichnet sich durch viele Superlative aus. Es war das ideologischste Gesetzeswerk der SPD/FDP. Es ist das auf makabre Weise gescheitertste Gesetzeswerk der SPD/FDP. Es war das von der CDU einst am heftigsten bekämpfte Gesetzeswerk der SPD/FDP. Es droht heute das von der CDU akzeptierte Gesetzeswerk der SPD/FDP zu werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Ernst Albrecht.

Dr. Ernst Albrecht: Liebe Parteifreunde! Ich denke, ich bin der erste evangelische Christ, der sich hier zu Worte meldet. Ich glaube, es ist in unserer Debatte wichtig, daß ganz klar wird: Dies ist nicht eine Frage von katholisch oder evangelisch,

(Beifall)

sondern jeder Christ ist hier zutiefst berührt. Ich denke, es wird sehr schnell deutlich werden, daß es in der Art, wie wir denken und wie wir uns Sorgen machen und leiden, keine Unterschiede nach Konfessionen gibt.

Ich möchte beginnen, indem ich – ich bitte dafür um Verständnis – zunächst meinen Gefühlen freien Lauf lasse. Wir alle wissen inzwischen, daß – von der Wissenschaft nicht mehr bestritten – menschliches Leben in dem Augenblick beginnt, wo die Befruchtung stattfindet. Jedes Kind im Mutterleib ist von Anfang an Mensch

(Beifall)

und hat deshalb eine unverzichtbare Würde. Alles, was wir sagen – daß menschliches Leben unverzichtbar ist –, gilt in gleicher Strenge für das ungeborene Leben wie für das geborene Leben.

Vergleichen wir damit unsere erschreckende Wirklichkeit. Wie sieht es denn aus? Hunderttausende von Kindern, mindestens über 200 000, so sagt man uns, werden jedes Jahr in unserer Mitte getötet. Da kann man doch nicht ruhig schlafen. Da kann man nicht hingehen und sagen: Das berührt mich nicht; das ist halt so. Wenn es in unserer Gesellschaft irgend etwas gibt, was uns leiden lassen muß, unglücklich stimmen muß, zum Handeln aufrufen muß, dann ist es die Tatsache, daß Menschen, in ihrer Menschenwürde unverfügbar, jedes Jahr zu Hunderttausenden in Deutschland getötet werden.

(Beifall)

Was ist das eigentlich für eine Gesellschaft, die sich wochenlang darüber aufregen kann – obwohl ich das begrüße –, daß die Robben an Lungenentzündung sterben, und in den öffentlichen Medien, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dieses Thema konsequent totschweigt?

(Vereinzelt Beifall)

Es ist ein unbequemes Thema. In Wahrheit möchte unser gesamtes Volk das Thema am liebsten nicht berührt haben. Aber meine Überzeugung ist: Wenn wir Christliche Demokraten sind, wenn wir das große C zu Recht in unserem Namen tragen, dann müssen wir davon reden. Das tun wir heute, aber wir dürfen es nicht nur heute tun.

Nun möchte ich hinzufügen: Es ist uns Menschen nicht erlaubt, nur Gefühle zu haben, sondern wir müssen auch den Versuch machen, Erkenntnis zu gewinnen und danach zu handeln. Fragen wir uns doch einmal. Wenn wir den Gefühlen folgten und sagten, menschliches Leben im Mutterleib darf nicht getötet werden: Ist damit schon die Lösung gefunden? Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, daß das nicht der Fall ist, daß ziemlich unabhängig davon, wie die Gesetze formuliert sind, Abtreibung im großen Stil in der Bundesrepublik, in der westlichen Welt, in Europa, in Amerika und anderswo, praktiziert wird.

Ich glaube, daß wir es uns zu leicht machen, wenn wir nicht begreifen, daß das tiefere Gründe hat. Es liegt nicht an unserer Unvollkommenheit, klare und gute Gesetze zu machen. Meine Überzeugung ist, es hat tiefere Gründe. Dazu möchte ich einiges sagen.

Ich habe im Theologiestudium in meiner Jugend gelernt, daß Jesus Christus durch seinen Kreuzestod die Menschen erlöst hat und daß das Reich Gottes denen zugesprochen ist, die an ihn glauben und ihn als ihren Herrn anerkennen. Ich habe aber auch gelernt, daß wir noch nicht im neuen Jerusalem – biblisch gesprochen – leben, daß wir noch nicht den neuen Himmel und die neue Erde haben, sondern wir leben im alten Äon, wie die Theologen sagen, und der steht immer noch unter dem Gesetz der Erbsünde. Wenn es eine Erfahrung gibt, die ich in zwölf Jahren Regierungsverantwortung gemacht habe, dann ist es diese: wie tief diese Erbsündestruktur überall wieder durchschlägt. Es ist eine Schlußfolgerung, die ich daraus gezogen habe – es ist ja eine Diskussion, die wir mit unseren Kirchen, vor allen Dingen gelegentlich mit der evangelische Kirche, führen müssen –: Wer glaubt, die Erbsündestruktur der Welt mißachten zu können, der schafft nicht das Gute, sondern das Unheil. Wer glaubt, Friedenssicherung machen zu können, indem er sich auf den guten Willen aller Menschen verläßt und nicht die Erbsündestruktur ernst nimmt, der schafft den Krieg.

(Beifall)

Auch bei diesem schweren Problem müssen wir uns fragen, wie wir mit der Erbsündestruktur, der wir nicht entweichen können, tatsächlich fertigwerden. Ich möchte deshalb auch nicht harmonisieren. Wenn ich eine leise Kritik, Rita Süßmuth, an den Ausführungen, die Sie gemacht haben – die großartig waren –, habe, dann ist es, daß mit dem Begriff der Liebe nach meiner Überzeugung das nicht gelöst werden kann. Es ist ein wichtiger Beitrag. Aber es bleibt etwas Ungelöstes. Es muß auch das sittliche Gebot klar sein.

(Beifall)

Es darf keinen Zweifel daran geben, daß es sich hier um unverfügbares Leben handelt. Es ist auch die Aufgabe eines Staates, der Rechtsstaat sein will, daß er alles einsetzt, was in seiner Macht ist,

(Beifall)

um dieses Leben zu schützen. Nur – nun kommt wieder die anderen Seite – müssen wir auch erkennen, daß unsere Macht begrenzt ist. Ist es wirklich ein Problem der Änderung des § 218? Ich habe ihn mir nochmals angeschaut und mitgebracht. Da heißt es in der umstrittenen Notlagenindikation, daß der Abbruch der Schwangerschaft straffrei bleibt, wenn er geschieht, „um die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft

nicht verlangt werden kann“ und – als zweite, zusätzliche Bedingung, die erfüllt sein muß – „daß die Notlage nicht auf eine andere, für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann“. Die Wahrheit ist doch, daß fast nie eine Situation entsteht, vor allem wenn wir für die Menschen so viele Hilfen bereitstellen, wo die Notlage nicht auf andere Weise abgewendet werden könnte.

(Beifall)

Aber das heißt doch wohl, daß es nicht so sehr der Gesetzestext in seiner Formulierung ist, sondern daß wir mit der Tatsache konfrontiert sind, daß er nicht angewandt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Warum wird er nicht angewandt? Das hat, glaube ich, doch etwas mit dem Bewußtsein unserer Bevölkerung zu tun. Deshalb meine ich in der Tat, daß die wichtigste Aufgabe, die wir haben – das kann uns hier alle zusammenführen –, ist, daß wir versuchen, Bewußtsein zu ändern.

(Vereinzelt Beifall)

Ich werde deshalb für den Antrag des Bundesvorstands stimmen. Ich füge hinzu: Ich werde an diesem Problem nach diesem Antrag weiter leiden. Denn ich weiß genau, daß der Antrag für sich das Problem auch nicht löst. Aber ich hoffe doch, daß wir ein wenig Bewußtsein ändern können. Vielleicht – um mit einer optimistischeren Note zu schließen – tut sich jetzt doch etwas in unserer Gesellschaft. Es kommt ja nicht allein die Diskussion über menschliches Leben. Es ist in Wahrheit die Diskussion über die Natur, über die Schöpfung, über die Ehrfurcht vor dem Leben schlechthin, wie Albert Schweitzer es gesagt hat, die uns eine Chance gibt, den Schutz des ungeborenen Lebens zu verbessern.

Denn – das sage ich noch einmal zum Schluß; das ist ja einer der stärksten Punkte, die wir in der Diskussion haben – es geht nicht an, daß man unentwegt unterwegs ist, das Leben der Tiere zu schützen, und daß man das Leben der ungeborenen Kinder mißachtet.

(Beifall)

Wenn wir dies erreichen, dann haben wir vielleicht als Christliche Demokraten in unserem Volk doch etwas bewirkt. Ich möchte es uns wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ernst Albrecht.

Bevor wir jetzt in die Mittagspause gehen, darf ich mich noch einmal ganz herzlich bei den bisherigen Rednern für die Art und Weise bedanken, wie hier diskutiert wurde. Ich hoffe, daß sich das ab 14.00 Uhr so fortsetzen wird.

Ich erkläre nun die dritte Plenarsitzung für beendet und berufe die vierte Plenarsitzung für 14.00 Uhr ein.

(Schluß: 13.03 Uhr)

Dienstag, 14. Juni 1988

4. Plenarsitzung

Beginn: 14.12 Uhr

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die heutige Nachmittagsitzung eröffnen, zwar mit ein wenig Verspätung, aber das sollte der guten Sache keinen Abbruch tun.

Bevor wir nun mit den Beratungen fortfahren, mache ich noch einmal darauf aufmerksam, daß wir schon gestern beschlossen haben, für heute nachmittag 18 Uhr den Antragsschluß für alle sonstigen Initiativanträge festzulegen. Bis 18 Uhr können also noch Anträge eingereicht werden.

Schon jetzt darf ich alle noch nachfolgenden Redner herzlich darum bitten, sich so kurz wie möglich zu fassen. Wir wollen, solange es eben geht, keine Zeitbegrenzung einführen. Je mehr sich die ersten Redner jetzt selber im Zaum halten, gestatten sie es den folgenden Rednern, die Zeit auszuschöpfen, die sie nötig haben, um das Gewünschte vorzutragen.

Ich würde mich auch freuen, wenn alle Rednerinnen und Redner hier weiter in dem Stil vorzutragen, wie es heute vormittag auf angenehme Art und Weise der Fall gewesen ist.

Als nächster Redner spricht zu uns Dr. Ottfried Hennig.

Dr. Ottfried Hennig (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Es ist nicht ganz leicht, an den Vormittag anzuschließen, der eine Reihe von Höhepunkten enthalten hat. Ich möchte da beginnen, wo Ernst Albrecht mit seiner sehr beherzigen-werten, nachdenklichen Rede aufgehört hat, die weit davon entfernt war, uns zu sagen: All das ist bereits gut geregelt und kann so bleiben, wie es ist. Vielmehr hat er uns eigentlich dazu aufgerufen, uns immer wieder zusätzliche Gedanken darüber zu machen, was wir tun können, um diesen Sachverhalt zu verändern.

Ich möchte auch an Heiner Geißler anknüpfen. Der entscheidende Satz, den unser Generalsekretär uns gesagt hat, hieß: Streiten wir uns auf diesem Parteitag nicht um positivrechtliche Regelungen, deren Wirkung ungewiß ist, sondern sorgen wir gemeinsam dafür, daß von diesem Parteitag ein Signal ausgeht, damit sich das Bewußtsein aller Menschen zugunsten des ungeborenen Kindes entscheidend verändert. Das ist in der Tat der Punkt. Nur, positivrechtlich ist natürlich auch das Beratungsgesetz. Wenn man das so formuliert, gilt es also nach allen Seiten, und da wollen wir ja etwas ändern; darin sind wir – jedenfalls in diesem Saal – einig.

Das Zweite, was ich in diesem Zusammenhang nicht so gut fand, ist das Beispiel mit der Mutter mit den Röteln

(Zustimmung)

und mit dem behinderten Kind, das aus einer solchen Schwangerschaft hervorgehen könnte. Das ist nun der Paradefall einer medizinischen Indikation, und an der will überhaupt niemand etwas ändern.

(Zustimmung)

In diesem Zusammenhang zu fragen „Sollen wir deswegen jemanden ins Gefängnis bringen?“ empfand ich als eine Argumentation ein bißchen neben der Sache, meine Freunde.

(Beifall)

Unser verehrter Altbundespräsident Professor Carstens hat vor einigen Monaten bei der Jungen Union besonders viel Beifall bekommen, als er uns aufforderte, wieder

öfter zu beten. Ich glaube, dieser Beifall war berechtigt. Gestern morgen haben wir dann in einem eindrucksvollen Gottesdienst, in dem beide Bischöfe uns vieles Bedenkenswerte und Eindrucksvolle über das christliche Menschenbild auf den Weg gegeben haben, gemeinsam gebetet. Bischof Kamphausen hat in einer mich sehr ansprechenden Form von der Gottesebenbildlichkeit auch des ungeborenen Menschen gesprochen.

Unser Bundeskanzler und Parteivorsitzender hat gestern gefordert, dies müsse wieder ein kinder- und familienfreundliches Land werden. Ich habe ihm an dieser Stelle aus besonders vollem Herzen zugestimmt, denn ich habe in den letzten dreieinhalb Jahren mit einem heranwachsenden Sohn erleben können, daß wir das bisher nur in sehr eingeschränktem Maße sind und daß auf diesem Wege noch viel zu tun bleibt.

Liebe Freunde, der böseste Teil dieser Problematik, der Teil, der so nicht bleiben kann und darf, ist die Tatsache, daß rund ein Drittel der in diesem Lande heranwachsenden Kinder vor der Geburt getötet wird. Ob es ein bißchen mehr oder ein bißchen weniger als ein Drittel ist, wissen wir alle nicht so genau, aber das ist doch in etwa der Sachverhalt, vor dem wir stehen. Das geschieht oft aus zwingenden medizinischen Gründen oder wegen anders wirklich nicht lösbarer Konflikte, aber jeder weiß, daß dies für viele und vielleicht sogar für die Mehrzahl der Fälle nicht gilt, daß hier also eine vom Gesetz eingeräumte, übrigens seinerzeit gegen unsere Stimmen geschaffene Möglichkeit vielfältig mißbraucht wird. Das ist das Problem, vor dem wir stehen.

In der Zeit, die dieser Parteitag dauert, in diesen drei Tagen, werden in der Bundesrepublik Deutschland wieder etwa 2 000 bis 3 000 ungeborene Kinder getötet. Darum geht es, liebe Freunde!

Das ist der Sachverhalt, um den es geht und für den wir alle irgendwo eine letzte politische Mitverantwortung tragen, wir alle, ich auch. Wir möchten, daß die Zahl der Abtreibungen so weit abgebaut wird, wie es irgend geht. Dies kann so nicht bleiben! Das ist unsere gemeinsame Aussage auf diesem Parteitag.

(Beifall)

Was ist zu tun? Das Beratungsgesetz ist gut und muß kommen. Aber was ist eigentlich, wenn es an den verheerenden Zahlen nichts Wesentliches ändert? Was machen wir dann? Ich gehöre nicht zu denen, die das Strafrecht für ein Allheilmittel halten. Ich weiß auch, daß es auch früher schreckliche Zahlen gegeben hat; ob ganz so hohe wie heute, entzieht sich im wesentlichen unserer Nachprüfung, weil es damals ein anderes Meldesystem gab.

Aber worum geht es eigentlich im Kern? Können wir uns mit dem Leitsatz „Helfen statt strafen“ wirklich zurücklehnen und meinen, wir hätten alles in unserer Macht Stehende getan, um diesen Skandal unserer Zeit wirklich so weit wie irgend möglich einzugrenzen?

(Beifall)

Ich meine, nein.

(Beifall)

Wie in der Deutschlandpolitik – da gilt das auch –, hilft im Zweifel ein Blick in unser Grundgesetz. Es ist hier wie dort ganz klar: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ steht in Art. 2. Jeder hat das Recht auf Leben, und in keinem Fall darf nach Art. 19 des Grundgesetzes dieses Grundrecht in seinem Wesen

beeinträchtigt werden. Kann es da eigentlich noch zweifelhaft sein, daß die Tötung Unschuldiger rechtswidrig ist, von ganz gewissen und wirklich zwingenden Ausnahmen abgesehen?

Professor Geiger, einer der verehrungswürdigen Karlsruher Richter, die unser Land hervorgebracht hat, hat in diesem Zusammenhang die Politiker an den Eid erinnert, jedermann gegenüber, auch dem Ungeborenen, das Recht zu wahren. Wissen wir nicht eigentlich ziemlich genau, wie das Verfassungsgericht über die gegenwärtig eingerissene Praxis entscheiden würde, wenn wir ihm dies zur Entscheidung vorlegen würden, sei es in der Frage der Finanzierung auf Krankenschein oder sei es in der Grundsatzfrage? Liebe Parteifreunde, diese Grundsatzfrage hat das Bundesverfassungsgericht bereits einmal entschieden, 1975, und es hat formuliert: „Das sich im Mutterleib entwickelnde Leben steht als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung.“ Jeder hat das Recht auf Leben: Können wir es angesichts dieses klaren Wortlautes wirklich dabei belassen, daß soziale Gründe in einem der reichsten Länder dieser Erde die Tötung ungeborenen Lebens rechtfertigen können?

(Beifall)

Es geht übrigens gar nicht um eine Verschärfung des Strafrechts. Ich möchte mich gegen diese Formulierung zur Wehr setzen. Das trägt zur Verwirrung der Geister bei.

(Beifall)

Niemand will das Strafrecht verschärfen. Abtreibung ist grundsätzlich strafbar, und weder daran noch am Strafraum will irgend jemand etwas ändern. Es geht um etwas anderes: „Die Schutzpflicht des Staates verbietet nicht nur unmittelbare staatliche Eingriffe in das sich entwickelnde Leben, sondern gebietet dem Staat auch, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen.“ So sagt das Bundesverfassungsgericht, und darum geht es, daß wir uns schützend und fördernd vor dieses ungeborene Leben stellen. Tun wir dies in ausreichendem Maße angesichts von 200- oder 300 000, die nicht geboren werden pro Jahr, meine Freunde? Tun wir dies in ausreichendem Maße? Im Kampf gegen Aids geben wir viele Millionen jährlich aus. Das ist wichtig, und ich begrüße das. Das müßten wir eher noch ausbauen zur Aufklärung gegenüber Aids. Noch sehe ich allerdings nicht die damit vergleichbare auch finanzielle Anstrengung im Kampf für das ungeborene Leben. Mit einigen vereinzelt Anzeichen ist der Bewußtseinswandel nicht zu erreichen, meine Freunde. Um einen Wandel zu erreichen, müssen wir wirklich noch viel mehr tun als bisher.

Im Grunde steht all das bereits in der Entscheidung von 1975. „Der Lebensschutz der Leibesfrucht genießt grundsätzlich für die gesamte Dauer der Schwangerschaft Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren. Der Gesetzgeber kann,“ so heißt es wörtlich, „die grundsätzlich gebotene rechtliche Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruchs auf andere Weise zum Ausdruck bringen als mit dem Mittel der Strafdrohung. Entscheidend ist“ – das ist in der Tat der entscheidende Satz –, „ob die Gesamtheit der dem Schutz des ungeborenen Lebens dienenden Maßnahmen einen der Bedeutung des zu sichernden Rechtsgutes entsprechenden tatsächlichen Schutz gewährleistet. Im äußersten Fall, wenn der von der Verfassung gebotene Schutz auf keine andere Weise erreicht werden kann, ist der Gesetzgeber verpflichtet, zur Sicherung des sich entwickelnden Lebens das Mittel des Strafrechts einzusetzen.“ Das ist das geltende Recht, meine Freunde, in der Auslegung des

höchsten deutschen Gerichts. Mein Petitum, meine Bitte an Sie ist, sich in der Frage, auch im Ergebnis dessen, was wir beschließen, so offen zu verhalten, wie wir das heute hier offen miteinander diskutiert haben:

Wenn sich die Zahlen nun nicht verändern, wenn das Beratungsgesetz und die beginnende Werbung nun nicht die durchgreifende Änderung bringen, was tun wir dann? Was tun wir, wenn die Mißbrauchsrate bei der sozialen Indikation etwa so hoch bleibt, wie sie ist? Sagen wir dann immer noch: „Am Wortlaut des Paragraphen ändern wir ein für allemal nichts“? Das ist meine nachdenkliche und besorgte Frage, die ich Ihnen hier zusammen mit Ernst Albrecht stellen muß und die wir am Ende zu entscheiden haben. Meine Bitte ist, binden wir den Sack nicht endgültig zu, indem wir mehrheitlich sagen, eine bestimmte Maßnahme kommt für uns überhaupt nicht in Frage, sondern bemühen wir uns, ohne Sieger und Besiegte am Ende, um eine parlamentarische Mehrheit, wie es der Gütersloher Antrag sagt, für die Änderung eines Sachverhalts, der so nicht bleiben darf.

Herzlichen Dank.

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Es spricht nun Frau Ruth Hieronymi aus Nordrhein-Westfalen.

Ich darf mit Freude feststellen, daß nicht allzu viele Damen und Herren im Saale rauchen. Eben ist gewünscht worden, daß wir einen Geschäftsordnungsantrag stellen, aber das haben wir – mit großer Güte natürlich – abgewehrt. Ich darf Sie aber herzlich bitten, möglichst wenig zu rauchen, damit es alle hier bis zum Abend aushalten können.

(Beifall)

Frau Ruth Hieronymi: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehöre wie viele von Ihnen zu denjenigen, die in den letzten Wochen unterwegs sind, um auf Podiumsdiskussionen den Entwurf für ein Beratungsgesetz zu erläutern, zu vertreten und um dafür um Zustimmung zu werben. Ich sage in diesen Veranstaltungen immer sehr deutlich, daß jeder, der sich grundsätzlich gegen ein solches Beratungsgesetz zugunsten ungeborenen Lebens ausspricht, sich nach seinem Verfassungsverständnis fragen lassen muß. Ich sage aber genauso deutlich, daß jeder, der glaubt, dem Verfassungsauftrag alleine oder vorrangig durch eine Verschärfung des Strafrechts genüge zu tun, auch zu kurz nach den Problemen fragt, die uns alle belasten, und zwar deshalb, weil das ungeborene Kind wie das geborene Kind mehr braucht als den Schutz des Strafrechts.

Es braucht den Schutz unserer Verfassung, und es braucht auch den Schutz des Strafrechtes. In dieser Hinsicht sind wir überhaupt nicht auseinander. Wir alle wissen aber, daß Kinder mehr zum Leben brauchen. Sie brauchen das Ja ihrer Eltern für ihre gemeinsame Zukunft. Sie brauchen das Ja ihrer Eltern dazu, das Kind in Liebe und Verantwortung anzunehmen und in das Leben hineinzuführen. Das Strafrecht alleine reicht nicht aus.

(Beifall)

Deshalb appelliere ich dringend an Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen, denn er beinhaltet beides: den Schutz des Strafrechtes und das Werben um das Ja der Eltern. Es reicht dabei auch nicht, nur an das Bewußtsein zu appellieren.

Meine Damen und Herren, ich finde, es ist eine immense Leistung der Union, daß sie als einzige der großen politischen Parteien die Diskussion über den Schutz des ungeborenen Lebens in dieser Weise in die Öffentlichkeit gebracht hat.

(Beifall)

Unsere Partei und wir alle haben damit, wie ich glaube, schon sehr viel zur Stärkung des Bewußtseins beigetragen, daß das ungeborene Leben von Anfang an menschliches Leben ist. Wenn die Frage gestellt wird, wie wir den ungeborenen Kindern helfen können, appelliere ich an Sie alle dringend: Sprechen Sie mit den Beraterinnen in den Beratungsstellen. Dort sind im Einzelfall unendlich schwere Entscheidungen zu treffen. Es reicht nicht aus, bei den Müttern und Vätern – in aller Regel erscheinen in den Beratungsstellen allein die Mütter – das Bewußtsein geweckt zu haben. Wir müßten den Müttern und Vätern vielmehr auch sagen können, daß ihre Eltern, die gegen das Kind sind, bei der Unterhaltspflicht für die Sozialhilfe nicht herangezogen werden. Wir müßten ihnen sagen können, daß sie auch nach dem ersten Jahr des Erziehungsurlaubs einen Platz für angemessene Betreuung ihres Kindes mit Sicherheit werden finden können, daß sie eine Wohnung finden, wo sie mit ihrem Kind leben können.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie dringend, diesem Antrag heute zuzustimmen und damit die Weckung des Bewußtseins für die Probleme und den unzureichenden Schutz des ungeborenen Lebens weiter in die Öffentlichkeit zu tragen. Dabei müssen wir aber der Verantwortung für die eigenen und für die politischen Rahmenbedingungen, für die wir sehr viel Verantwortung tragen, gerecht werden. Ich möchte mit Dank gegenüber der von der CDU geführten Bundesregierung auch darauf hinweisen, daß sich diese Aufgaben in Bund, Länder und Gemeinden stellen, daß wir dort alle irgendwo Mitverantwortung tragen und wir uns nicht darauf beschränken dürfen, den Schutz des ungeborenen Lebens zum Gegenstand von Parteitagsgesprächen zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Mans-Joachim Jentsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Hieronymi. Nun hat Herr Peter Hintze, Landesverband Nordrhein-Westfalen, das Wort.

Peter Hintze: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! 200 000 mal im Jahr sieht eine Frau keinen anderen Ausweg aus ihrer Situation als den, zu einem werdenden Kind nein zu sagen, oft gedrängt vom Vater, der nicht bereit ist, seinen Teil seelisch und materiell zu tragen. 200 000 mal im Jahr sind ein Mann und eine Frau daran gehindert, sich auf ihr Kind zu freuen. 200 000 mal ist da eine Frau, die wir mit ihren Problemen alleinlassen. 200 000 mal können wir nur feststellen: ausweglos.

Mich erschreckt das. Damit hier aber kein falscher Eindruck entsteht: Mein Erschrecken ist keine Frage der Zahl. Auch wenn es nur 100 000 oder 20 000 oder 2000 Fälle wären, dürfte uns das nicht ruhig lassen.

Ich verstehe diesen Parteitag so, daß die Unruhe, die uns befallen hat, uns in diese Diskussion hineinführt. Das finde ich gut und wichtig. In jedem einzelnen Fall sieht ein Mensch und sehen die Menschen in seiner Nähe keine Chance für ein Ja. In jedem dieser einzelnen Fälle müssen wir uns fragen, was wir getan haben, was wir tun und wo wir helfen können.

Der CDU-Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen hat sich mit diesem Thema intensiv beschäftigt. Unsere Hauptfrage war: Wie können wir als Christen in der Frage des ungeborenen Lebens verbindliche Antworten finden? Ernst Albrecht hat vor dem Mittagessen diese Frage aufgegriffen. Ich möchte kurz darauf eingehen. Für mich gelten in der Frage des ungeborenen Lebens zwei biblische Gebote, erstens das Tötungsverbot, das uns sagt, daß niemand das Recht hat, menschliches Leben anzutasten – wer einen Menschen um sein Leben bringt, verletzt sich damit auch selbst körperlich und seelisch –, und zweitens das Liebesgebot, das uns sagt, daß wir die seelische Not ernst nehmen müssen, die Frauen zu einer so schwerwiegenden und – davon bin ich fest überzeugt – immer schwer erlittenen Entscheidung führt. Diese Entscheidung ist nie leichtfertig und nie folgenlos.

Nun hat Ernst Albrecht in Auseinandersetzung mit Rita Süßmuth sittliches Gebot gegen Liebe gestellt und hier einen Gegensatz gefunden und formuliert. Ich muß Ihnen sagen: Ich sehe diesen Gegensatz nicht!

(Beifall)

Für mich gibt es keinen Gegensatz von sittlichem Gebot und Lieben, sondern für mich als Christen ist das sittliche Gebot ein Ergebnis der Liebe, und die Liebe hilft mir, das sittliche Gebot zu verstehen und zu leben.

(Beifall)

Das ist für mich die Botschaft des Neuen Testaments. Erlauben Sie mir als evangelischem Theologen, Ernst Albrecht in aller Höflichkeit ein wenig zu korrigieren. Das Dasein des neuen Aons, der neuen Zeit, in der wir nicht einfach hilflos Opfer der Erbsünde sind, hat uns Jesus versprochen. Dazu macht er Mut. Er lädt uns zur Liebe und dazu ein, andere Menschen dafür zu gewinnen.

(Beifall)

Es geht, ethisch gesprochen, bei unserem komplizierten Thema eben um das Verhältnis von Norm, von sittlicher Norm, die hier in diesem Saal hoffentlich wohl niemand auch nur einen Millimeter verrücken will, zu der Situation, auf die sie zu beziehen und auf die sie anzuwenden ist. Und bei der Verhältnisbestimmung von Norm und Situation leitet uns die Liebe an. Das ist jedenfalls meine ethische Überzeugung.

Was ist unser Ziel, was wollen wir mit dem Antrag, den Diskussionen und den vielen Wortmeldungen, die einigen schon zu viel sind, die aber vielleicht doch nötig und wichtig sind? Mein Ziel ist eine Welt, in der jedes Kind leben darf, in der wir die Bedingungen so gestalten, daß Männer und Frauen ja sagen können und ja sagen, verantwortlich umgehen: verantwortlich mit der Sexualität, verantwortlich mit dem Leben, mit dem werdenden Leben und mit den Lebenschancen für Frauen und Männer.

Es wird nun von einigen Rednern eingeführt, unsere sittliche Überzeugung käme dann am besten zum Ausdruck, wenn wir das im Strafrecht klarstellten. Ich kann diesen Gedanken ein Stück weit verstehen, weil das Strafrecht Ausdruck unseres sittlichen Willens ist. Aber wir haben bei unserer Frage erlebt, daß das Strafrecht seinen Schutzcharakter eingebüßt hat. Woran liegt das? Das liegt daran, daß das Strafrecht keine Notlagen beseitigt, daß das Strafrecht keine Ursachen beseitigt, daß das Strafrecht an den Symptomen und nicht an den Zwangslagen ansetzt, an denen es nichts ändert, sondern Frauen, die unter Druck sind, vielleicht noch stärker unter Druck setzt, was hier im Saale, denke ich, keiner will.

Deswegen wäre der Weg zurück für mich ein falscher Weg, ein Irrweg, den wir nicht beschreiten sollten. Wir sollten einen Weg nach vorn beschreiten, der Frauen und Männern Mut macht, Mut macht, ja zu sagen.

Setzen wir uns also dafür ein, lassen wir darin unsere Beratung einfließen, und lassen wir denen, die unsere Hilfe brauchen, die Hand dazu reichen. Das wäre ein wichtiger Beitrag hier aus Wiesbaden in dieser uns alle bewegenden Frage.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Hans-Joachim Jentsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hintze.

Als nächste Rednerin hat Frau Editha Limbach aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Frau Editha Limbach: Meine lieben Parteitagsdelegierten! Wir besprechen heute ein Thema, das eigentlich ganz an die Existenz geht, weil wir über menschliches Leben sprechen, über menschliches Leben, über das niemand von uns verfügen darf: keiner allein und keiner mit anderen.

Dennoch brauchen wir hier eine Lösung für die Frauen, die sich in Konflikten befinden, die, wie das Bundesverfassungsgericht gesagt hat und wie es auch meiner persönlichen Überzeugung entspricht, auf andere zumutbare Weise nicht zu lösen sind. Wenn wir hier – und ich gehe davon aus, daß wir das alle wollen – den Schutz des Lebens wirklich verstärken wollen, dann müssen wir helfen, zumutbare Auswege aus diesem Konflikt zu finden.

Dazu ist ein ganz wichtiger Schritt das Beratungsgesetz, das vorbereitet wird und das wir dringend brauchen, damit Frauen frei und mündig, aber in Kenntnis aller Möglichkeiten ihre Entscheidung suchen, finden und überprüfen können.

Dazu ist aber auch nötig, daß wir im täglichen politischen und im persönlichen Handeln dazu beitragen, Bedingungen zu schaffen, in denen es leichter fällt, ja zu sagen zu dem Leben, das sich angekündigt hat, das da ist, zu dem Leben, das auch geboren werden soll, das aber, wenn es geboren ist, auch etwas vorfinden muß. Ich glaube, daß viele Mütter, die geglaubt haben, das Kind nicht bekommen zu können, das deshalb so empfunden haben, weil sie hinsichtlich der Frage verzweifelt waren: Was wird aus dem Kind, wie kann ich das verantworten, was wird aus mir?

Da ich weiß, daß viele von uns auf den verschiedensten Ebenen politische Verantwortung tragen – wir tragen sie in der Gemeinde, im Land, im Bund, also, wie gesagt, auf verschiedenen Ebenen –, müssen wir uns natürlich auch fragen: Was tun wir – jeder einzelne von uns und wir alle gemeinsam – dafür, daß wir Bedingungen haben, die das Ja zum Leben erleichtern, ermöglichen, ja, die sogar ein freudiges Ja zum Leben erlauben?

Wir reden hier im Grunde doch über etwas, was ganz wichtig ist, nämlich Leben anzunehmen, Leben zu bejahen und dabei zu helfen, daß das geht. Und da stellt sich in einer Gemeinde eben unter Umständen auch einmal die Frage, was Priorität haben muß: die 70 000 DM Personalkosten für eine ganztägige Versorgung von Kindern, die von ihren Eltern oder Müttern nicht versorgt werden können, oder der Anbau am Rathaus, damit bessere Arbeitsbedingungen da sind?

Und wir müssen Prioritäten auch in unserem eigenen Verhalten setzen und uns fragen, ob wir selbst einmal bereit waren, jemandem in einer solchen Notsituation einen Nachmittag, mehrere Nachmittage oder regelmäßig, was das beste wäre, persönlich

beizustehen. Und die Aktion „Kleine Hände“, die ja eng mit dem Namen von Frau Süßmuth verbunden ist, soll ja dazu ermuntern und organisatorische Hilfe geben.

Ich meine, jeder, der jetzt vielleicht vor die Frage gestellt ist „Wie hältst du es denn mit deiner Gewissensentscheidung?“, hat eine schwierige Entscheidung zu treffen. Ich gebe Ihnen ehrlich zu, auch ich habe mir die Frage gestellt. Ich fürchte, daß man eine lupenreine Entscheidung hier nicht treffen kann. Ich könnte für mich persönlich Abtreibung niemals als Lösung akzeptieren. Denn ich weiß persönlich, weil ich vier Kinder haben durfte, wieviel Freude Kinder bereiten.

Ich selbst befinde mich in einer Lage, in der es mir schwerfällt, zu entscheiden. Aber ich glaube, daß wir uns hier auf das berufen können, was in dem „C“ unseres Namens steht, daß nämlich über allem die Liebe steht.

(Beifall)

Dr. Hans-Joachim Jentsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Limbach.

Das Wort hat Herr Dr. Jahn (Nordrhein-Westfalen).

Dr. Friedrich-Adolf Jahn: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Keine Partei hat zum Schutz des Ungeborenen ein so umfassendes Papier vorgelegt wie wir. Deshalb sollten wir dies auch beschließen, und zwar unabhängig von der politischen Durchsetzbarkeit. Wir müssen den Mut haben, das zu formulieren, was wir tun würden, wenn wir im Deutschen Bundestag allein das Sagen hätten; denn sonst verlieren wir unsere Identität.

(Beifall)

Kein Parteitag kann alles leisten. Auch dieses Papier läßt noch einige Fragen offen, die wir im offenen Miteinander diskutieren müssen.

Norbert Blüm und Heiner Geißler haben beide immer wieder – und das ist gut so – betont: Abtreibung ist Tötung. Aber die entscheidende Frage „Ist die Tötung Recht oder Unrecht?“ haben wir noch nicht in voller Klarheit beantwortet.

(Zustimmung)

Denn davon hängt dann auch ab, ob auf Krankenschein abgetrieben werden darf. Die Frage lautet: Ist das, was da geschieht, subjektiv entschuldigt oder objektiv gerechtfertigt? Das ist eine entscheidende Frage, die wir noch klären müssen. Nicht jetzt, dafür reicht auch die Zeit nicht, aber wir müssen im Interesse der Werteordnung hierzu eine Meinung bilden.

Wenn wir in der pluralistischen Gesellschaft das Ideal nicht verwirklichen können, dann müssen wir vom Ideal Abstand nehmen. Wir dürfen uns aber nicht anmaßen, das Ideal auch noch der Wirklichkeit anzupassen.

Zum Streit sittliches Gebot Liebe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, für das, was im subjektiven Bereich geschieht, sind wir nicht der letzte Richter. Aber, Herr Pfarrer Hintze, auch wenn wir das im subjektiven Bereich stehenlassen – ob wir das wollen oder nicht –, sind wir aufgefordert zu sagen, ob wir das, was da geschieht, Recht oder Unrecht nennen, denn dies verlangt die Werteordnung von uns.

(Beifall)

Ein Zweites: Das Ziel der Beratung. Frau Minister Süßmuth hat sich in Bonn beim Aushandeln eines Kompromisses mit dem Koalitionspartner wirklich geschlagen, und wir bestärken sie, auf diesem Weg weiterzugehen. Meine Bitte ist, daß wir, wenn wir Beratungsziele diskutieren, sie möglichst nicht alle gleichzeitig sehen, sondern das Ziel zugunsten des Lebens voranstellen.

(Vereinzelter Beifall)

Das Dritte. Meine lieben Parteifreunde, in diesem Papier steht der Schutz des Embryos. Unser Generalsekretär hat sich zu Recht dafür eingesetzt, daß strafrechtlicher Schutz sein muß. Die Regelung der „medizinischen Erkenntnisse“ bedarf aber einer Änderung. Das ist genau der Punkt, denn ich sage es ganz offen: Der Schutz des Embryos im Mutterleib kann nicht geringer sein als der Schutz im Reagenzglas.

(Vereinzelter Beifall)

Dies ist eine Aufgabe, die wir lösen müssen, die aber dieser Parteitag nicht lösen kann. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Meine Schlußbemerkung. Der Mensch ist nicht Gott; er hat kein einziges Naturgesetz geschaffen. Weil der Mensch nicht Schöpfer und Gott ist, darf er sich auch nicht in Träumen von göttlicher Allmacht selbst überheben, sondern muß sich als Teil der Schöpfung bescheiden. Es ist nun einmal so: Nicht alles, was technisch machbar ist, ist sittlich erlaubt.

(Vereinzelter Beifall)

Unser Bundeskanzler hat gestern gegen den Zeitgeist gesprochen. Ich möchte mit einem Zitat aus meiner Heimatstadt Münster gegen den Zeitgeist schließen. Es heißt:

Fest bleiben

Wir sind nicht immer Hammer, sondern manchmal auch Amboß. Fragt den Schmiedemeister und laßt es euch von ihm sagen. Was auf dem Amboß geschmiedet wird, erhält seine Form nicht nur von dem Hammer, sondern auch von dem Amboß. Der Amboß kann nicht und braucht auch nicht zurückzuschlagen, er muß nur fest, nur hart sein. Wenn der Amboß hinreichend zäh, fest und hart ist, dann hält meistens der Amboß länger als der Hammer. Wie hart der Hammer auch zuschlägt, der Amboß steht in ruhiger Festigkeit da und wird noch lange dazu dienen, das zu formen, was neu geschmiedet wird.

Clemens August Graf von Galen

(Beifall)

Dr. Hans-Joachim Jentsch, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Jahn.

Jetzt hat Frau Annemarie Engelhardt, Landesverband Baden-Württemberg, das Wort.

Frau Annemarie Engelhardt: Liebe Parteifreunde! Liebe Parteifreundinnen! Keine andere Frage, die in den vergangenen Monaten oder Jahren in dieser Partei diskutiert wurde, hat mich innerlich so bewegt wie das Thema des Schutzes des ungeborenen Lebens. Die neue Initiative in dem vorgelegten Antrag zielt darauf ab, das Bewußtsein in der Bevölkerung zu sensibilisieren. Wir könnten uns diese Diskussion vermutlich sparen, wenn wir mehr Frauen und Mütter und auch Mädchen hätten, die positiv berichten würden, wie sie in dieser Konfliktsituation leben, welche Chancen sie gehabt haben, wenn sie Zeugnis geben würden, daß es geht.

(Beifall)

Ich vermag auch nicht auseinanderzuidividieren, daß das Sterben der Robben an der Nordsee dieser Bestrebung in irgendeiner Form gegenübergestellt wird. Für mich ist auch dies ein Beispiel dafür, daß es möglich ist, daß sich Bewußtsein wandelt, daß Bewußtsein dem Leben generell gegenüber sensibler wird. Da sehe ich auch eine Chance für die Zukunft für das ungeborene Leben.

Ich habe selbst sechs Kinder und ein Enkelkind.

(Beifall)

Ich kenne die Fragen und habe viele Fragen auch selbst gestellt. Ich engagiere mich seit 20 Jahren in dieser Union als Mutter. Ich würde mir wünschen, es würden mehr tun.

(Vereinzelter Beifall)

Was ich mir jetzt wünsche, das ist nicht mehr Unruhe, sondern das ist mehr Ruhe, denn ich meine, Sensibilität dem Leben gegenüber läßt sich nicht durch schärfere Gesetze verordnen, läßt sich nicht erstrafen. Ich wünsche mir Geduld. Wir Frauen und Mütter mußten sie mit dieser Partei auch aufbringen. Wir haben 15 Jahre lang um das Erziehungsgeld gekämpft, heute sieht es so aus, als wäre es selbstverständlich gewesen.

(Beifall)

Ich wünsche mir nicht Ausgrenzung aus der Solidargemeinschaft für Frauen in dieser Situation, denn es würde die Schwächsten treffen. Ich wünsche mir auch nicht – ich bin froh, daß das aus dem Antrag fiel –, daß das mit Bundesmitteln bezahlt wird, und schon gar nicht, daß Väter hierzu herangezogen werden würden, denn dann, meine ich, würden wir die Frauen auf einen Weg schicken, der sehr mühevoll wäre.

Wir hatten in Baden-Württemberg einen großen Parteitag zu diesem Thema. Ich meine, die Gründung von Helferkreisen im Jahr danach sieht sehr bescheiden aus. Seit 15 Jahren – seit 15 Jahren haben wir das Programm Mutter und Kind, das wir damals mit Frau Minister Griesinger in Baden-Württemberg durchgesetzt haben – begleite ich Mütter. Meine Damen und Herren, waren Sie schon einmal mit einer jungen Frau mit Kind auf Wohnungssuche?

(Beifall)

Wo sind die Service-Häuser? Die CDU hat als Oppositionspartei mit Engagement darum gestritten. Ich stelle fest, daß man Frauen mit Kindern zur Zeit mit Vorliebe in Wohngebieten einquartiert, deren soziale Infrastruktur für die Entwicklung des Kindes und für das Leben der jungen Frauen alles andere als zuträglich sind.

(Beifall)

Wo sind die CDU-Arbeitgeber, die diesen Frauen aus dem Programm eine Ausbildung und einen Arbeitsplatz anbieten?

(Beifall)

Wo ist in dem Antrag – das ist der einzige Kritikpunkt, den ich dem Bundesvorstand hier vorhalten würde – der Ansatz für eine gezielte Männerbildung in bezug auf das Veantwortungsbewußtsein für das Kind?

(Beifall)

Ich kenne Gesetzesinitiativen – ich glaube, Herr Bruno Heck hat sie noch mitgetragen –, und zwar gab es früher vom Bund finanziert für freie Träger Zuschüsse für – so nannte man es damals – Kurse für Mädchenbildung.

Ich habe selbst solche Kurse geleitet. Ich würde sie mir heute wünschen in bezug auf die Entwicklung von Partnerschaft und verantwortungsbewußter Vaterschaft.

(Beifall)

Wo sind die familienergänzenden Einrichtungen in den Kommunen oder beispielsweise an den Hochschulen? Jetzt möchte ich einmal ein Beispiel aus Bayern nennen, die Hochschule in Würzburg: Die jungen Studenten, die jungen Eltern haben die Kinderbetreuung selbst initiiert. Sie hetzen von den Vorlesungen zu den Kindern und wieder zurück. Man ist nicht einmal in der Lage, dort eine AB-Maßnahme zu finanzieren, sondern überläßt das den Eltern, und die kommen oft in große Konflikte, weil sie sich nicht aufteilen können.

Die Tagesschule – ich bin froh, daß der Herr Minister da ist –: Als Mutter von sechs Kindern mit fast zwanzigjähriger Erfahrung im Hausaufgabenhelfen würde ich mir jetzt wirklich eine schwungvolle Abkehr von der Halbtagschule wünschen.

(Zustimmung)

Wir haben Modellschulen, und wir haben auch Eltern, die sich wirklich eine Tagesschule leisten können. Aber man muß sie sich leisten können. Dann wird das auch positiv bewertet. Aber, meine Damen und Herren, ich wünsche mir, daß es nicht vom Geldbeutel abhängt, um den Müttern und Familien Erleichterung zu verschaffen. Es wird gesagt, wir sind ein reicher Staat. Und warum sind wir auf diesem Gebiet so arm?

(Beifall)

Es ist erst drei Jahre her, daß die Erziehung von Kindern – Stichwort Erziehungszeiten – einen Anspruch im Rentenrecht begründet. Das war nicht 1982, das war 1984, 1985 und 1986. Und Sie erwarten schon einen so schwungvollen Gesinnungswechsel. Haben wir doch ein bißchen Geduld. Ich sehe die Chancen, daß sich hier etwas wandelt. Ich sehe, daß man den Menschen gegenüber sensibler wird.

Ich möchte die Bundesregierung und auch den Ministerpräsidenten – er ist gerade nicht da – ganz dringend bitten, dafür zu sorgen, daß das Erziehungsgeld für das zweite Kind in den Haushaltsberatungen nicht wackelt. Ich wünsche mir, daß das zweite Jahr kommt. Ich wünsche mir auch, daß das zweite Jahr im Rentenrecht kommt. In der Opposition haben wir für drei plädiert.

(Beifall)

Sie sehen, meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu tun. Der vehementen Forderung nach dem Ja zum Leben, nach dem Ja zum Kind möchte ich vehemente Forderungen an die Politiker auf Bundes-, Landes- und vor allem auch auf kommunaler Ebene entgegenstellen. Dort haben wir nämlich sehr viele CDU-Betonfraktionen, die dazu beitragen, daß sich im persönlichen Umfeld so wenig ändert im Hinblick auf bessere Lebensbedingungen für Mütter, Kinder und Familien.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Hans-Joachim Jentsch, Tagungspräsidium: Frau Engelhardt, der Parteitag dankt Ihnen für den so persönlichen und eindrucksvollen Beitrag. Herzlichen Dank.

Das Wort hat der hessische Ministerpräsident, unser Freund Dr. Walter Wallmann.

Dr. Walter Wallmann: Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich glaube, die Antworten, die wir zu geben haben, sind sehr viel schwerer, als es vielleicht der eine oder andere annimmt.

Verehrte Gräfin von Westphalen, ich habe das, was Sie uns vorgetragen haben, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Ich stimme eigentlich in allen Ihren Aussagen mit Ihnen überein.

Sie haben an einer Stelle gesagt: Wir müssen den Grundkonsens für den Schutz des ungeborenen Lebens in der Gesellschaft wiederherstellen. Wir alle möchten das. Nur fürchte ich, verehrte Gräfin von Westphalen, das wird sehr viel schwerer sein, als viele von uns vielleicht annehmen. Wir werden das nicht mit Beschlüssen erreichen, die wir hier fassen. Wir werden das nicht erreichen – sage ich zu Herrn Dr. Jahn –, indem wir schärfere Strafvorschriften in das Strafgesetzbuch einfügen. Wir werden es nur erreichen z. B. durch engagierte wie nachdenkliche Diskussionen heute auf unserem Parteitag, dadurch, daß wir draußen über unsere Unruhe und auch über unsere Not sprechen, auch mitteilen, wie sprachlos wir häufig sind.

Es reicht übrigens nicht aus, daß man z. B. das tut, was wir als erstes in Hessen getan haben, als wir die Landesregierung übernommen haben, nämlich unsererseits die Stiftung „Mutter und Kind“ finanziell zu dotieren. Das reicht noch nicht aus, meine sehr verehrten Damen und Herren; denn – ich sage das in aller Ehrlichkeit und Offenheit – die sittliche Verwerflichkeit des Schwangerschaftsabbruches gehört in unserer Zeit nicht mehr zum gesicherten sittlichen Gemeingut, zur Überzeugung in unserer Gesellschaft. Laufen wir vor dieser Wahrheit bitte nicht weg. Da sind viele, die glauben, man kann sich so oder anders entscheiden: entweder das Kind annehmen oder eben abtreiben lassen.

Es beginnt bereits mit der Sprache. In letzter Zeit wird doch sicherlich nicht zufällig vom Abbruch gesprochen. Wir sagen alle miteinander, denke ich: Hier darf nicht mit der Semantik etwas verdrängt werden, was nichts anderes als Tötung menschlichen Lebens ist.

Wir haben die Frage gestellt bekommen: Können wir denn in unserer Lage in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt ernsthaft über die sozialen Indikationen sprechen? Nein. Ich glaube, wir alle sind miteinander der Überzeugung: Wie kann in der Bundesrepublik Deutschland eine soziale Indikation – etwa aus materiellen Gründen – gedacht werden, wenn in anderen Ländern mit sehr viel weniger Wohlstand der Schutz des ungeborenen Lebens viel nachdrücklicher vertreten und gesichert wird.

(Zustimmung)

Ich bin Rita Süßmuth dankbar für das, was sie heute vorgetragen hat. Liebe Frau Süßmuth, dieses Beratungsgesetz wird nach meiner Überzeugung von überragender Bedeutung sein, wenn es sich darum handelt, öffentliches und privates Bewußtsein in dieser Frage wiederherzustellen. Wir alle müssen darüber auch draußen reden, vor Ort, nicht nur in Parlamenten und nicht nur auf diesem Parteitag.

Ich sage noch einmal: Diese Frage wühlt uns auf. Nur behaupte ich, meine lieben Freunde: Gleichgültig, welche Antwort wir auch finden, es wird ein großer Rest übrigbleiben.

Es gibt keine Antwort, die uns etwa erlaubte, anschließend an diesen Parteitag nach Hause zu gehen und zu erklären: das Problem ist damit gelöst. Das ist nicht möglich.

Lieber Herr Dr. Jahn, Sie haben juristisch argumentiert. Sie haben die Frage gestellt: was würden wir denn tun, wenn wir die absolute Mehrheit hätten? Ich nehme für mich in Anspruch, lieber Herr Dr. Jahn: ich diskutiere so, als hätten wir die absolute Mehrheit.

(Beifall)

Die Frage der Zumutbarkeit spielt für mich in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Das sagt Ihnen jemand, meine lieben Freunde, der in einem Lande wohnt, das mit einem Begriff wie „Abtreibungstourismus“ in Zusammenhang gebracht wird, in dem es sogenannte Abtreibungskliniken gibt.

Wenn wir die Probleme wirklich kennzeichnen wollen, in aller Ehrlichkeit und übrigens mit ganzer logischer Stringenz, lieber Herr Dr. Jahn, dann muß – aber das ist nicht mein letztes Wort – jede Abtreibung nach dem Strafgesetz geahndet werden, wenn ich Ihre Argumentationskette übernehme.

Das beginnt bereits, meine verehrten Freunde, bei der medizinischen Indikation. Da wird nämlich Leben gegen Leben abgewogen. Das Reichsgericht hat darüber entschieden, lieber Herr Dr. Jahn. Ich erinnere mich aber daran, daß vor 25, 30 Jahren die Juristen, zu denen ich gehöre, ausgerechnet von einem Geisteswissenschaftler, dem Neukantianer Ebbinghaus, daran erinnert wurden, daß hier doch der sogenannte übergesetzliche Notstand nicht tragen kann, weil sich eben die Abwägung Leben gegen Leben verbietet.

Noch weiter, meine sehr verehrten Damen und Herren: Trotz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 wird heute von vielen der Eindruck erweckt – und ich lasse die soziale Indikation beiseite –, bei der kriminologischen Indikation oder der eugenischen Indikation sei ein Rechtfertigungsgrund für die Juristen, die Richter bei ihrer Entscheidung gegeben. Aber, meine Damen und Herren, die Logik und unsere Einsicht sagen uns unerbittlich: auch das ist Tötung menschlichen Lebens. Wenn ich in dieser Argumentationskette bleibe und hier die Tötung erlaube, dann heißt das – weiter gedacht – mit anderen Worten, daß dieses Leben weniger schutzwürdig ist als das sogenannte gesunde Leben.

Die juristische Argumentation, meine Damen und Herren, hilft uns nicht. Sie hilft uns wirklich nicht, sage ich als Jurist, als früherer Richter.

(Beifall)

Die Frage ist vielmehr, in welcher menschlichen Situation sich Menschen befinden können, Mütter, die Kinder tragen. Weil ein ungeborenes Kind geisteskrank zu werden droht, weil ein Leben durch Notzucht begründet worden ist, darf es anders bewertet werden? – Das kann doch wohl nicht sein. Die Frage ist doch: Was darf der Staat von dem einzelnen unter Strafandrohung verlangen?

Über die Strafe hat es über die Jahrhunderte hinweg immer wieder leidenschaftliche Diskussionen gegeben: das Talionsprinzip, das Vergeltungsprinzip. Wir können das verfolgen bis zu Hegel hin. Strafe ist die Negation der Negation des Rechts, so drückt es Hegel dialektisch aus. Aber wir wissen doch längst, daß Strafe, staatlicher Strafanspruch, *ius puniendi*, nicht etwa nur Vergeltung sein soll. Wir haben doch dazu gelernt: das Rechtsgut soll durch die Strafandrohung geschützt werden.

(Vereinzelter Beifall)

Mit anderen Worten: diejenigen, die für eine Verschärfung des § 218 plädieren und argumentieren, scheinen dieses Argument auf ihrer Seite zu haben.

(Zuruf: Nein!)

– Ich sagte: scheinen dieses Argument auf ihrer Seite zu haben.

Ich bin dagegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, einer ganz anderen Überzeugung: daß es menschlich unhaltbare Situationen geben kann, daß Menschen in Grenzsituationen geworfen sein können, in denen der Staat sich seines Strafanspruches zu begeben hat. Es gibt Situationen – und ich meine, das hat Rita Süßmuth deutlich gemacht –, in denen man nicht mit der Strafe drohend vor dem Rechtsgenossen stehen darf, sondern in denen wir unseren Nächsten in Liebe begegnen müssen,

(Vereinzelter Beifall)

weil wir ihm helfen wollen, in dieser schweren Situation mit sich selbst fertigzuwerden.

Ich habe mehr als einmal gehört, daß gesagt worden ist: die Fälle, über die Sie sprechen, gibt es doch nahezu überhaupt nicht. Aber, meine verehrten Freunde, was sagen wir Väter denn, wenn wir zum Beispiel eine Tochter haben und diese Tochter ein krankes Kind unter ihrem Herzen trägt? Was sagen wir denn, wenn durch eine Notzucht die Schwangerschaft herbeigeführt worden ist? Argumentieren wir, lieber Herr Dr. Jahn, dann mit dieser juristischen Präzision und mit dieser juristischen Stringenz, wenn wir unmittelbar vor den Betroffenen stehen?

Ich sage noch einmal: die juristische Argumentation hilft uns nicht weiter. Wenn wir in diesem Zusammenhang über juristische Fragen und über Strafrecht miteinander diskutieren, dann sollten wir uns auch die Frage vorlegen: sind wir nicht vielleicht, indem wir auf das Strafrecht zurückgreifen und es als das probate Mittel hier erklären, in der Gefahr, Probleme von uns selbst wegzuschieben, sie von uns privat auf den Staat zu verlagern, der dann damit fertigwerden soll?

(Beifall)

Ich will noch zwei Dinge sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es gibt eine berühmte Schrift von Wolf Naujocks mit dem Titel: „Die Rechtsfähigkeit des Nasciturus.“ Darin wird nicht nur unter juristischen, sondern auch unter medizinischen Kategorien klargemacht, daß es eine wie auch immer geartete Unterscheidung in mehr oder weniger schutzwürdiges Leben, noch nicht geborenes oder geborenes Leben nicht geben kann.

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen dann auch folgendes zur Kenntnis nehmen: Wenn es sich also, wie wir wissen, in jedem Fall um qualitativ nicht unterscheidbares Leben handelt, wie ist es eigentlich zu erklären, daß selbst das alte Strafgesetzbuch, über hundert Jahre alt, die vorsätzliche Tötung des geborenen Lebens ganz anders mit Strafandrohung versehen hat als die Tötung des ungeborenen Lebens? Sogenannter privilegierter Tatbestand, wie jeder Jurist weiß!

Das heißt, die Rechtsfolge, die im Strafgesetzbuch bereits früher vorgesehen war, hat in Tötung von geborenem und ungeborenem unterschieden. Ich möchte darauf aufmerksam machen. Und schließlich: Unterschlagen wir doch bitte nicht: Auch heute, meine lieben Freunde, ist die Tötung ungeborenen Lebens, ist die Abtreibung unter Strafandrohung gestellt.

Wovor wir wirklich stehen, meine sehr verehrten und lieben Parteifreunde, ist doch das: Wir erleben einen unglaublichen Mißbrauch unter der Überschrift „soziale Indikation“.

(Vereinzelt Beifall)

Das Land, in dem ich lebe, weist aus: Über 90 % aller Fälle werden unter diesem Begriff zusammengefaßt, in dieser Bundesrepublik Deutschland mit diesem unglaublichen Wohlstand. Hüten wir uns davor – das ist meine Bitte – anzunehmen, es könnte hier eine eindeutige, eine leichte Antwort geben. Wir werden mit diesem Problem noch lange zu ringen haben. Eine Verschärfung des § 218, eine Herstellung alten Zustandes hilft uns überhaupt nicht, öffentliches Bewußtsein zu schaffen und dem einzelnen klarzumachen, daß auch wir Politiker diesen Menschen in seiner Situation nicht allein lassen wollen. Das, glaube ich, ist es, worauf es ankommt.

(Beifall)

Dr. Hans-Joachim Jentsch, Tagungspräsidium: Es spricht nun zu uns Frau Julia Schätzle, Landesverband Baden-Württemberg.

Julia Schätzle: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr aufmerksam habe ich heute morgen den Ausführungen der Damen und Herren zur Grundsatzdiskussion Beachtung geschenkt. Mehrere Male wurde dabei betont, daß es keine Veränderung des § 218 geben soll oder braucht. Ich darf Sie fragen, ob Ihnen allen bewußt ist, daß Sie dort einen Passus befürworteten, den die CDU-Fraktion damals in der Diskussion um die Reform des § 218 selbst als Fristenlösung durch die Hintertür angeprangert hat.

Ich spreche von der 22-Wochen-Frist, wo durch den Passus in § 218 Abs. 3 Satz 2 des Strafgesetzbuches die Möglichkeit eingeräumt wird, daß mit dem Beratungsschein einer deutschen Beratungsstelle ohne Indikation – ich wiederhole: ohne Indikation – die Tötung eines Kindes straffrei bleibt, also bis zum sechsten Monat, wenn der Eingriff nur von einem Arzt vorgenommen wird und im Ausland stattfindet. Hier haben wir die Fristenlösung durch die Hintertür. Das hat Frau Funcke von der FDP erst jüngst in Gummersbach zugegeben, als sie sagte, sie seien sich damals der Tatsache durchaus bewußt gewesen, daß sie eine Fristenlösung durch die Hintertür schaffen, als sie diese Möglichkeit geschaffen hätten.

Die straffreie Tötung reicht also hier an die zeitliche Grenze heran, wo das Kind eigenständig leben könnte. Der Hintergrund ist klar. Bei negativem Ausgang der Beratung oder Nichtfeststellen einer Indikation ist hier der Weg zur Tötung des Kindes dennoch geschaffen. Wenn wir um diese äußerst bedrückende Tatsache wissen, können wir dann wirklich jede Veränderung des Strafrechts ablehnen, trotz der mahnenden Stimmen der Verfassungsrichter, die damals die Fristenlösung ablehnten, weil sie nicht dem Grundgesetz entspricht? Sind wir uns dessen bewußt, daß damals dem heute so viel genannten Abtreibungstourismus in Wirklichkeit Tür und Tor geöffnet wurde?

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aufmerksam machen, in welche furchtbaren Konflikte Frauen durch diese Möglichkeit gebracht werden. Wir alle tragen die Verantwortung für die verheerenden Folgen eines solchen Vorgehens für die Frauen. Abtreibung ist für mich das Frauenfeindlichste, was es gibt.

(Beifall)

Sie steht so völlig konträr zum Wesen der Frau. Die Frau gerät psychisch in Kollision mit ihrer weiblichen Identität. Sie verliert bei der Abtreibung ihr Kind, nicht ein Schwangerschaftsgewebe oder einen Zellklumpen, wie man ihr das manchmal einreden will. Was muten wir unseren Frauen eigentlich zu, wenn wir weiterhin die ganze Verantwortung und Last in dieser Frage auf ihre Schultern laden?

(Beifall)

Ich bin selbst Mutter von drei Kindern, weiß also um die Pflichten und auch um die Opferbereitschaft, die Mutterschaft oder Vaterschaft von uns verlangen. Aber ich weiß auch um das Glück der Mutterschaft. Ich denke, es bedeutet nicht das größte Glück für uns Frauen, alle Strände dieser Welt zu kennen. Es bedeutet aber Glück, Mutter oder Vater sein zu dürfen.

(Beifall)

Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Und da bleibt noch viel zu tun, wie Frau Engelhardt es vorhin schon sagte. Besonders, finde ich, bleibt in den Bundesländern viel zu tun, die noch kein „Mutter und Kind“-Projekt haben wie wir in Baden-Württemberg.

Also noch einmal am Schluß die Frage an Sie, meine Damen und Herren: Sind Sie wirklich der Meinung, wenn wir von „Hilfe statt Strafe“ sprechen, daß es nur mit Hilfe zu einer tatsächlich positiven Veränderung in dieser Problematik kommt? Ich begrüße deshalb das Beratungsgesetz und die Informationskampagne, die bei uns in Baden-Württemberg gerade vorbereitet wird. Ich hoffe von Herzen, daß mit der besseren Information und der besseren Schwangerschaftsberatung die Bürger unseres Landes immer mehr erkennen, daß Schwangerschaftsabbruch nichts Harmloses ist.

(Beifall)

Dr. Rudolf Sprung, Tagungspräsidium: Ich gebe das Wort weiter an Herrn Manfred Carstens, Landesverband Oldenburg.

Manfred Carstens: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst mit dem Bekenntnis anfangen, daß ich persönlich eine Abtreibung nur aus medizinischen Gründen für gerechtfertigt halten könnte und daß selbst meine Frau große Probleme hätte, dazu ja zu sagen.

Aber es geht heute nicht darum, Einzelfälle zu klären, sondern es besteht die Frage: Was sagen wir als Bundesparteitag der CDU zu der Gesamtproblematik, und was beschließen wir? Mit absoluter Sicherheit kann man sagen, daß sich alle Parteitagsdelegierten riesig freuen, falls es gelänge, zu Beschlüssen zu kommen, mit denen wir diesem Gesamtproblem beikommen könnten.

Es ist ein bedrückendes Gefühl, sich überhaupt nur vorstellen zu müssen, daß wir auch weiterhin in unserem Lande 200 000 oder 300 000 Kindestötungen im Mutterleib hinnehmen sollten. Insofern müssen wir nun versuchen, konkret Auskunft über das zu geben, was wir tun müssen, tun sollen und tun können.

Dazu gehört zunächst einmal eine klare Begriffsbestimmung. Es kann z. B. nicht angehen, wenn man noch hier auf dem Parteitag von „werdendem Leben“ spricht. Das ist kein werdendes Leben; das ist Leben.

(Beifall)

Ich bin dankbar, daß der Bundesvorstand zu diesem Punkt eine ganz klare Aussage vorschlägt. Er sagt ja beispielsweise, daß es sich um die Tötung menschlichen Lebens handelt. Man kann auch sagen, es handele sich um die Tötung eines Menschen, eines Kindes. Es wird zudem klar herausgestellt, daß es schon bei der Verschmelzung von Ei und Samen zum Menschen gekommen ist. Ich glaube, das ist ein erheblicher Fortschritt gegenüber allem, was es sonst in Deutschland zu dieser Frage bei Parteien gibt und auch vorher bei uns gegeben hat.

Es gehört dann aber auch weiter dazu, daß es zu einer Klärung eines Rechtsanspruchs dieses ungeborenen Kindes kommt. Dazu wird gesagt, es gebe einen Vorrang des ungeborenen Kindes vor dem Selbstbestimmungsrecht der Mutter. Es gebe grundsätzlich ein gleiches Recht für Geborene wie für Ungeborene. Im Strafrecht steht ja – Walter Wallmann hat es eben zitiert –, daß in einer besonders schweren Notlage im Prinzip die Abtreibung nicht erlaubt ist, aber daß der Staat in diesem Falle von einer Bestrafung absehen will. Ich meine, mit dieser Rechtslage als solcher kann man doch leben.

Es kommt jetzt darauf an, dafür zu sorgen, daß eben nicht Mißbräuche geschehen und daß es nicht Stellen in Deutschland gibt, in denen es für selbstverständlich erklärt wird, aus welchen Gründen auch immer, leichthin abtreiben zu können.

Wir können, meine ich, also schon darauf verzichten, zu einer Änderung des Strafrechts zu kommen. Nur, wenn man davon Abstand nimmt, das Strafrecht zu ändern – ich bin durchaus dafür, daß man davon Abstand nimmt –, dann muß es aber hinreichende andere Möglichkeiten geben, ungeborenes Leben zu schützen. Darauf sollten wir uns bei unseren Betrachtungen konzentrieren.

Ich möchte noch auf zwei kleine Punkte im Zusammenhang mit dem Strafrecht eingehen. Wir müssen dann konsequent bleiben. Erinnern Sie sich bitte an die Bemühungen einiger, die Vergewaltigung in der Ehe mit Strafe zu bedrohen. Es ist ja hochinteressant, daß oftmals von denen, die das betreiben, gesagt wird: Ja, wir wollen mit dem Strafrecht drohen, um darüber das Bewußtsein der Männer zu ändern,

(Beifall)

während auf der anderen Seite von den gleichen Leuten beim § 218 gesagt wird: Wir brauchen die Strafandrohung nicht zu verstärken, da das beim Bewußtsein ohnehin nichts hilft.

Ich will nur sagen: Hier muß man konsequent bleiben. Wir können dann auf keinen Fall dazu kommen, das Strafrecht bei dem anderen Fall neu einzuführen und dort mit Strafe zu drohen.

Zweitens vermag ich die Formulierung von Walter Wallmann in einem Punkt nicht anzuerkennen; in fast allen anderen Punkten stimme ich ihm vollständig zu. Er weist zu Recht darauf hin, daß es in der Vergangenheit fast immer unterschiedliches Recht zwischen Geborenen und Ungeborenen gegeben hat. Das war ja auch in der Vergangenheit noch verständlich, wenn man von geleertiger Masse, und was auch immer, sprach. Das ist aber heute nicht mehr möglich; diese Klärung ist ja herbeigeführt.

(Beifall)

Insofern kann man diese Argumentation auch nicht heranziehen.

Also wenden wir uns dem anderen Thema zu: Was können wir machen? Zuallererst sagen wir, daß das Bewußtsein verändert werden muß. Das ist genau meine Meinung. Nur, meine Damen und Herren, es ist verflixt schwierig, in dieser Frage das Bewußtsein in der Bevölkerung zu ändern, solange Abtreibung auf Grund der sozialen Indikation über die Krankenkasse bezahlt wird und sogar im öffentlichen Dienst dafür Beihilfe abgerechnet werden kann.

(Beifall)

Es ist schwierig, in diesem Zusammenhang bei der Bewußtseinsänderung etwas zu machen. Also konzentrieren wir uns zunächst auf die Hilfsmöglichkeiten. Ich meine – hier möchte ich unseren Bundeskanzler und Parteivorsitzenden persönlich ansprechen, sofern es möglich ist –: Wir sollten als erstes eine wirklich groß angelegte Kampagne starten, und zwar möglichst noch in diesem Jahr, die deutlich macht, worum es beim Schutz des ungeborenen Lebens geht. Wir sollten dies in Verbindung mit einer groß angelegten Kampagne dafür tun, daß wir in Deutschland endlich wieder ein kinderfreundliches Land werden.

(Beifall)

Wir sollten auch ohne weiteres bereit sein, noch in diesem Jahr beim Nachtragshaushalt das Geld dafür zur Verfügung zu stellen, damit Rita Süßmuth und das Presse- und Informationsamt schon jetzt beginnen können, um die Kampagne am Ende des Sommers, spätestens im Herbst starten zu können. Das ist eine Empfehlung von mir an die Bundesregierung. Ich bin sicher, daß wir das im Haushaltsausschuß gerne mittragen würden.

(Beifall)

Wir haben des weiteren Hilfsmöglichkeiten bei der Stiftung „Mutter und Kind“, wobei ich hinzufügen möchte – ich weiß das sehr gut einzuschätzen –, daß wir gerade in den Jahren, in denen Heiner Geißler Familienminister war, und jetzt, wo Rita Süßmuth Familienministerin ist, auf diesem Gebiet in all den Fragen von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern unheimlich viel getan haben. Aber das muß noch weiter fortgesetzt werden.

Ich bin auch der Meinung, daß wir noch die Möglichkeiten nutzen sollten, die jetzt am Ende des Jahres bei Vorhandensein eines finanzpolitischen Spielraums gegeben sind, um noch in dieser Legislaturperiode etwas Zusätzliches für Familien und Alleinerziehende mit Kindern zu beschließen.

(Beifall)

Wir sollten darüber hinaus – das muß gut überdacht sein – ein Wahlprogramm auflegen, allerdings erst für 1990, und zwar mit Blick auf Familien und Alleinerziehende mit Kindern für den Anfang der neunziger Jahre, damit auch in der Bevölkerung erkannt wird, was wir perspektivisch für Kinder, für Familien und für Alleinerziehende tun wollen. Das alles müßte eigentlich möglich sein.

Aber ein solches Programm müßte auch die Länder und Kommunen mit einbeziehen. Frau Engelhardt hat hierzu besonders Eindrucksvolles gesagt. Dabei muß z. B. auch die Frage nach den Öffnungszeiten für Kindergärten und nach Ganztagschulen aufgeworfen werden. So etwas muß doch geklärt werden. Hier geht es nicht nur um eine Geldfrage. Vielmehr kann man auch auf diesem Gebiet eine Menge tun.

Dann kommt natürlich das Bedeutsamste, das Beratungsgesetz. Meine Damen und Herren, nehmen wir bitte die Debatte über das Beratungsgesetz ernst. Denn nur über ein Beratungsgesetz können wir auf den Punkt kommen, der heißt: Wie kann man sicherstellen, daß es nur zu Abtreibungen kommt, die aus einer besonders schweren Notlage heraus entstehen? Wenn man da wirklich ansetzen könnte – ich bezweifle jedoch sehr stark, daß uns das gelingt; aber man muß zumindest anfangen –, dann könnten wir einen ganzen Schritt weiterkommen.

Ich möchte die ganze Bundesregierung, insbesondere auch wieder den Bundeskanzler, der sich, wie ich weiß, schon massiv eingesetzt hat, auffordern, auch in den Koalitionsgesprächen dafür zu sorgen, daß wir gerade in dem Punkt „Beratungsgesetz“ als dem ersten wichtigen Schritt auf dem richtigen Weg weiterkommen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich meine auch, daß wir diese Debatte nicht nur hier und jetzt auf dem Parteitag fortsetzen sollten, und zwar in etwa in der Tonlage, in der es bislang gelungen ist, sondern daß wir mit der Behandlung dieses Themas auch in die Kreisparteien, in die Landesverbände, in die Vereine und Vereinigungen, in denen wir tätig sind, gehen müssen,

(Zustimmung)

denn das ganze Volk muß zu einer Bewußtseinsänderung geführt werden, und nur auf diesem Wege können wir letzten Endes zu dem angestrebten Erfolg kommen, nämlich dazu, Deutschland wieder zu einem Land zu machen, das ungeborene Kinder schützt und das insgesamt zu einem kinderfreundlichen Land wird.

(Beifall)

Dr. Rudolf Sprung, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Manfred Carstens, für Ihren Beitrag!

Ich gebe das Wort nun an Herrn Mayer-Vorfelder weiter. Bitte!

Gerhard Mayer-Vorfelder: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will mich auf einige wenige Bemerkungen beschränken, denn vieles, was gesagt worden ist, kann man auch aus seinem eigenen Gewissen heraus nur unterstreichen.

Erstens. Ich bin stolz darauf, daß ich aus Baden-Württemberg komme, dem einzigen Land, das ein Landeserziehungsgeld hat.

(Beifall – Zuruf von Hanna-Renate Laurien)

– Ja, aber nicht so viel!

(Heiterkeit)

Berlin also auch, aber nicht so viel wie wir!

Der Ministerpräsident dieses Landes hat trotz schwieriger Haushaltsproblemen – –

(Lachen)

– Ja, die haben wir auch! Sie müßten einmal Kultusminister sein und Chefgespräche mit dem Ministerpräsidenten führen, dann wüßten Sie, wie schwierig die Situation ist.

(Zustimmung)

Der Ministerpräsident dieses Landes hat dieses Landeserziehungsgeld auch für die nächsten Jahre fortgeschrieben, obwohl das über 200 Millionen DM pro Jahr ausmacht.

Ich bin auch stolz darauf, daß ich aus einem Landesverband komme, der einen Parteitag genau zum gleichen Thema mit genau der gleichen Fragestellung durchgeführt hat, wo wir die gleichen Diskussionen geführt haben und wo wir es erreicht haben, daß wir mehr zur Bewußtseinsbildung beitragen, was nun in dieses Papier des Bundesvorstandes Eingang gefunden hat. Darauf bin ich stolz!

Meine Damen und Herren, ob das, was das Land getan hat, etwas bewirkt, können wir nicht mit Sicherheit nachweisen, aber immerhin ist Baden-Württemberg das einzige Land mit einer positiven Geburtenrate.

(Beifall)

Das ist etwas, was man vorzeigen kann und woran man sieht, daß hier auch etwas bewegt werden kann.

Zweitens. Bei den Diskussionen, die wir geführt haben, haben die gleichen vor den Toren der Versammlungshalle gestanden wie heute.

Ich habe es denen, die dort draußen standen und die heute draußen stehen, nicht übelgenommen, daß sie kein fröhliches Gesicht gemacht haben, denn wenn wir über diese Fragen diskutieren, können wir kein fröhliches Gesicht machen.

(Zustimmung)

Was ich ihnen aber ein Stück übelnehme, ist die Aggressivität, mit der sie gerade die CDU meinen an den Pranger stellen zu müssen, die Partei, die sich als einzige mit dieser Frage, einer Schicksalsfrage unserer Gesellschaft, beschäftigt.

(Beifall)

Die dritte Bemerkung: Bewußtseinsbildung ist eingefordert, und selbstverständlich geschieht Bewußtseinsbildung auch in den Schulen. Dort müssen wir vieles tun, mehr tun als bisher.

(Zustimmung)

Wir müssen das aber in einer positiven Darstellung tun, nicht mit Bildern, die die Kinder nicht verkraften können, sondern mit dem positiven Bild davon, was ein Kind an Glück bringen kann, was ein Kind als lebendes Wesen in eine Familie mitbringt. So bauen wir das auf.

Liebe Frau Engelhardt, wenn ich über Bewußtseinsbildung in den Schulen rede, so bin ich dennoch gegen die Ganztagschule.

(Zustimmung)

Ich bin für Angebote in sozialen Brennpunktbereichen. Aber wenn wir einmal die Ganztagschule einführen, nehmen genau die falschen Mütter sie in Anspruch, nämlich diejenigen, die nicht verstehen, daß es auch eine Erziehungsaufgabe ist, ein Kind zu haben, daß es ein eigenständiger Erziehungsauftrag der Familie ist.

(Beifall und Widerspruch)

Ich füge noch hinzu: Wer sich zum Kind bekennt, kann nicht einfach den Staat für alles und jedes in Anspruch nehmen, was mit diesem Kind zusammenhängt.

(Zustimmung)

Es geht auch um ein Stück eigenen Verzicht. Ich füge auch hinzu – sogar als Kultusminister –: Es gibt für die Erziehung der Kinder bessere Dinge als die Schule! Bessere Dinge gibt es dort, wo die Familie sich selbst verwirklicht,

(Beifall)

dort, wo das Kind ein Stück Freiheit hat, und zwar bessere Freiheit, als wenn es den ganzen Tag in der Schule wäre.

(Zustimmung)

Die vierte Bemerkung: Jeder muß mit sich selbst die Frage austragen, wie er sich in seinem Gewissen entscheidet. Ich bin gegen die Verschärfung des § 218.

(Zustimmung)

Ich begründe das aber nicht metaphysisch, liebe Frau Kollegin Süßmuth. Es gibt nicht nur den liebenden Gott, es gibt nicht nur den Gott, der verzeiht, sondern es gibt für diejenigen, die die Gebote mißachten und die Hilfe zurückweisen, auch den strafenden Gott.

(Zustimmung)

Deshalb kann ich metaphysisch beides begründen, eine Verschärfung und den Verzicht auf eine Verschärfung.

Ich bin deshalb gegen eine Verschärfung, weil das Gesetz ja schon sagt, was eigentlich zulässig ist, und das, was nicht zulässig ist, stellt einen Mißbrauch dieses Gesetzes dar.

(Zustimmung)

Hinsichtlich der Konsequenzen allerdings gibt es seit Friedrichshafen einen Wandel in meiner persönlichen Meinung, und zwar nach vielen Diskussionen, nach vielen Gesprächen, die ich mir nicht einfach gemacht habe. Das Abschieben auf die Krankenversicherung muß auf wirkliche Indikationsfälle beschränkt sein und darf den Mißbrauch nicht mit abdecken.

(Beifall)

Das kann nicht sein! Hier habe ich mich gewandelt und habe meine Meinung geändert. Wenn wir Bewußtseinsbildung ernst nehmen, dürfen wir nicht dort ein falsches Bewußtsein entstehen lassen, wo Mißbrauch stattfindet.

(Beifall)

Deshalb bin ich dafür, daß, wenn nachher über die Anträge diskutiert wird – und es sind viele Anträge da, die diese Frage mit beinhalten –, dies nicht einfach in einer Beerdigung zweiter Klasse irgendwie an die Fraktion abgeschoben wird, sondern daß wir den Mut haben, in dieser Frage die richtige Entscheidung zu treffen.

(Beifall)

Dr. Rudolf Sprung, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mayer-Vorfelder.

Ich gebe das Wort jetzt an Frau Gertrud Johannknecht.

Frau Gertrud Johannknecht: Liebe Parteifreunde! In unserem Staat ist das Leben und die Würde des ungeborenen Kindes nicht unantastbar, sondern durch ungenaue gesetzliche Regelungen der Willkür ausgeliefert. Die ungeborenen Kinder werden durch Abtreibung getötet, und dies wird von der Gesellschaft nicht nur geduldet, sondern auch bezahlt.

Liebe Parteifreunde, eine Abtreibung, was ist das? Eine Abtreibung ist nach naturwissenschaftlichen Erkenntnissen die Tötung einer Person. Eine Person ist ein einmaliger, zu Freiheit und Vernunft begabter Mensch. Immanuel Kant, ein deutscher Philosoph, der Begründer der Aufklärung, sagt: Da wir durch den Akt der Zeugung eine Person ohne ihre Einwilligung eigenmächtig auf die Welt geholt haben, sind wir dazu verpflichtet, diesem Kind das Leben lebenswert zu machen, soweit das in unseren Kräften steht. Wir dürfen es nicht als etwas Gemachtes, als unser Eigentum, zerstören. Denn etwas Gemachtes kann eine Person nicht sein. Mit der Verletzung der Rechte des ungeborenen Kindes, der ungeborenen Person, werden die Menschenrechte ganz allgemein verletzt.

Wie sieht es in unserem Staat im Zusammenhang mit dem § 218 aus? Die Art. 1 und 2 unseres Grundgesetzes sagen: Die Würde des Menschen ist unantastbar, und jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Ein Recht auf Leben besteht aber nicht, wenn das Leben des einen dem anderen nicht zugemutet werden kann. Vor dem Gesetz sind alle gleich, nur die ungeborenen Kinder nicht.

Liebe Parteifreunde, da heute die Folgen der Tat der Zeugung nicht akzeptiert werden, weil sie nicht gewollt werden, wird das ungeborene Kind zur Notlage. Es wird verdrängt, daß sich die Eltern selbst in diesen Konflikt gebracht haben, und diese Verdrängung ist möglich, weil Abtreibung machbar und finanzierbar ist. Ich frage Sie: Darf das Elternpaar, das ein ungewolltes Kind zeugt, sagen: „Du wirst dich ohne dein Leben begnügen müssen, weil unser Lebensentwurf gefährdet ist“? Darf das Elternpaar sagen: „Du wirst auf dein Leben verzichten müssen, weil die Gesellschaft kinderfeindlich ist“? Liebe Parteifreunde, die Tötung ungeborener Kinder ist die extremste Form der Kinderfeindlichkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, kein Paar in diesem Lande ist gezwungen, ein Kind zu zeugen. Ich sage als Frau, ein ungewolltes Kind zu bekommen kann heute nur noch die Folge ungenügender Lebensplanung oder einfach als Gedankenlosigkeit betrachtet werden.

(Beifall)

Die Folgen von Gedankenlosigkeit müssen getragen werden, so schwer sie auch sind. Wir können sie nicht der Gesellschaft auflasten. Ich nehme doch an, daß die 250 000 Abtreibungen pro Jahr in diesem Staat nicht als Versagerquote von Verhütungsmitteln deklariert werden können. Es wird abgetrieben, weil es machbar ist, abzutreiben. Die Änderung des § 218 im Jahre 1976 hat uns, die Gesellschaft, dazu gebracht, uns selbst zu belügen und zu täuschen. Die Selbsttäuschung ist, daß wir von einer Notlage sprechen, die die Frau dazu zwingt, ihr Kind zu töten. Im Falle des ungeborenen Kindes muß das Leben des Kindes der Mutter zumutbar sein. Liebe Parteifreunde, Zumutbarkeit ist nun die Zulassung zum Leben.

Nochmals, eine Schwangerschaft ist keine unvermeidbare Infektion, keine nicht zu verhindernde Naturgewalt. Eine Schwangerschaft ist vermeidbar, schwanger wird man durch die Tat der Zeugung.

Was bezeichnen wir als Notlage? Vergleichen Sie das, was wir als Notlage definieren, mit der Notlage in der Dritten Welt. Wir geben 300 Millionen DM pro Jahr für Abtreibungen aus und mindestens noch einmal das Doppelte zur Herstellung der Gesundheit der durch Abtreibung erkrankten Frauen. Unser Denken ist verführt worden durch eine Idee, und durch diese Idee kam es auch zur Änderung des § 218 im Jahre 1976, und zwar durch die Idee der Simone de Beauvoir. Sie propagierte in den 50er Jahren: Mutterschaft ist die Versklavung der Frau; ich habe abgetrieben und fordere das Recht für jede Frau.

Diese Idee, liebe Parteifreunde, hat allein in der Bundesrepublik mehr als zwei Millionen Kinder das Leben gekostet. Diese Idee hat vor allem die Frauen erpreßbar gemacht. Viele Frauen werden auf Grund der jetzigen Fassung des § 218 von ihren Männern zur Abtreibung erpreßt, und diese Idee hat sehr, sehr viele Frauen krank gemacht, leidend an Seele und Körper. Sehr viele Mitglieder verstehen nicht, daß das Gesetz, das 1976 von der CDU bekämpft wurde, nun so vehement verteidigt wird. Liebe Parteifreunde, wir verlieren nicht nur unser Gesicht, wir verlieren auch viele, sehr viele unserer besten Parteimitglieder,

(Beifall)

wenn wir für den Schutz des ungeborenen Lebens nur den Slogan haben: Helfen statt Strafen. Das müßte zumindest heißen: Schützen statt Töten.

(Beifall)

Wir wollen nicht die Verschärfung des § 218. Ich sage das noch einmal in aller Deutlichkeit. Ich kenne niemanden, der den § 218 verschärfen will. Es gibt aber Bestrebungen von Freunden, die den Paragraphen verändern wollen. Eine Veränderung z. B. wäre für mich, daß in dem Gesetz ausdrücklich erwähnt wird, daß der, der eine Schwangere zur Abtreibung zwingt oder nötigt, unter Strafe gestellt wird.

(Beifall)

Es reicht auch nicht zu sagen, Abtreibung ist Tötung. Wenn wir die Abtreibung über Krankenkassenbeiträge finanzieren, relativieren wir das Lebensrecht des Kindes. Wir schaffen damit ein neues Menschenrecht, das die Lebenden auf Kosten der Ungeborenen privilegiert. Wir müssen dazu kommen, liebe Parteifreunde, daß im Programm der CDU, in unserem Handeln, aber auch im Gesetz wieder ohne jede Einschränkung das Lebensrecht des ungeborenen Kindes gilt, also auch im Zweifel für das Leben.

(Beifall)

Herr Wallmann, ich danke Ihnen dafür, daß Sie gesagt haben, es müsse „Abtreibung“ heißen statt „Abbruch“. Im Leitantrag des Bundesvorstandes wird allerdings nur von Abbruch geredet. Ich würde mich freuen, wenn wir das noch ohne Initiativantrag ändern könnten.

(Beifall)

Dr. Rudolf Sprung, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Johannknecht. Ich bitte jetzt Herrn Doppmeier ans Rednerpult.

Hubert Doppmeier: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bischof Kamphaus von Limburg schloß gestern morgen seine Predigt im ökumenischen Gottesdienst in der St. Bonifatiuskirche mit den Worten: „Alles steht auf dem Spiel, wenn's ums Leben geht, erst recht wenn's ans Leben geht.“ Meine Damen und Herren, es ist sehr gut, daß wir erstmals in dieser Ausführlichkeit über den Schutz des ungeborenen Kindes diskutieren. Ich will einmal kurz die Stationen in Erinnerung rufen, die die Bundespartei durchgemacht hat, um die Kraft zu einer solch ausführlichen Diskussion zu haben. Bei der Verabschiedung des Grundsatzprogramms 1978 bedurfte es noch einer Kampfabstimmung auf diesem Bundesparteitag, um in Ziffer 6 des Grundsatzprogramms ausdrücklich auch den Schutz des ungeborenen Lebens zu erwähnen – damals gegen das Votum der Antragskommission und gegen den Leitantrag des Bundesvorstandes.

Dann gab es weitere Bemühungen, in dieser Frage einiges zu unternehmen. Gott sei Dank haben wir 1986 auf dem Parteitag in Mainz beschlossen, diese ausführliche Diskussion zu führen. Wir sind uns darin einig, daß der Schutz des ungeborenen Kindes noch wesentlich verbessert werden muß, daß das eine ideelle Frage, eine materielle Frage ist. Ich erinnere nur an die großartige Rede unseres Bundespartei-vorsitzenden gestern um diese Zeit, als er darauf hinwies, daß es ein unerträglicher Zustand ist, wie sich die Geburtenzahlen in den letzten Jahren entwickelt haben. Dies hängt damit zusammen, daß wir noch keine kinderfreundliche Gesellschaft haben, daß es also Zeit ist, das Bewußtsein zu erzeugen und auch materiell zu unterstützen, daß es die Menschen als einen Glücksfall und als einen Reichtum empfinden, Kinder zu haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Herr Hintze sprach von den 200 000 Frauen – gemeint waren die 200 000 Frauen, die jährlich abtreiben –, sie hätten sich in einer ausweglosen Situation befunden. Da ich nicht nur politisch tätig bin, sondern im Zivilberuf Anwalt bin und zu mir auch sehr viele Frauen gekommen sind, die schon abgetrieben haben, weiß ich zumindest aus diesen Gesprächen, daß sehr viele Frauen erst Jahre nach der Abtreibung sehr große Probleme haben, insbesondere dann, wenn sie ihr erstes und zweites Wunschkind ausgetragen haben.

Ich kann mich nicht der Meinung von Herrn Hintze anschließen, daß diejenigen, die bisher abgetrieben haben, alle subjektiv glaubten, in einer ausweglosen Situation zu sein. Aus meinen Gesprächen weiß ich, daß viele eben glaubten, die Abtreibung sei nichts anderes als ein zusätzliches Mittel einer Art Empfängnisverhütung, also ein Mittel, um das, was man mit Pille und anderen Maßnahmen nicht erreichen wollte oder nicht erreicht hat, nachträglich noch korrigieren zu können.

Dabei spielt ganz eindeutig auch die Frage des Strafrechts eine wichtige Rolle. Wir sind uns sicherlich darin einig, daß es darum geht, das Bewußtsein aller Menschen – ob jung oder alt – zugunsten der Kinder zu ändern – und das heißt auch, es zugunsten der Austragung einer Schwangerschaft zu ändern. Meine Damen und Herren, in dieser Hinsicht sind alle aufgefordert: Politiker, Pfarrer, Journalisten, aber auch Lehrer, Eltern, Verbandsfunktionäre und wer immer sich an der Meinungsbildung in seinem Bereich intensiv beteiligt. Wer die Position vertritt, daß wir über eine wie auch immer geartete Änderung des Strafrechts nicht nachzudenken brauchen, sondern ausschließlich mit Hilfen materieller und ideeller Art eine Bewußtseinsänderung erreichen, wird die Erfahrung machen – wenn sie nicht jetzt schon gemacht worden ist –, daß dieses ein Trugschluß ist.

(Beifall)

Wir müssen aufpassen, daß wir als CDU Deutschlands letztlich nicht an Glaubwürdigkeit verlieren.

Wir werden uns verstärkt auch der Frage stellen müssen, ob wir zu großen Teilen nicht eine Partei geworden sind, die immer nach dem Motto handelt: den Daumen nach machen, ihn hochhalten und dann sehen, woher der Wind weht. – Ich erinnere nur an die Ziffern 5, 7 und 8 des Leitantes, die wir gleich beraten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Anträge A 51, A 78 und A 85. In diesen Ziffern des Leitantes des Bundesvorstandes werden strafverschärfende Maßnahmen im Zusammenhang mit der extrakorporalen Befruchtung und dem, was mit den Embryonen passieren kann, gefordert. Also geht der Bundesvorstand doch davon aus, daß das Strafrecht mindestens auch eine wichtige bewußtseinsbildende Funktion hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich doch an, welche Diskussionen auch zu Zeiten dieser Bundesregierung geführt worden sind, seitdem wir zusammen mit der FDP die Mehrheit im Deutschen Bundestag haben. Denken Sie etwa an den Bereich des Straßenverkehrs. Ich nenne das Stichwort „Führerschein auf Probe“. Dies ist doch auch ein Sanktionsmechanismus, der dazu beitragen soll, daß es bestimmte Dinge, die man jetzt im Straßenverkehr beobachtet hat, in Zukunft nicht mehr gibt. Oder nehmen Sie Bußgeldvorschriften oder ähnliches mehr. Nehmen Sie den Bereich des Umweltschutzes, für den Herr Töpfer zuständig ist. Dort wird doch versucht, mit neuen Straftatbeständen das Bewußtsein zu ändern, mindestens aber auszuschließen, daß bestimmte Umweltvergehen in Zukunft weiter vorkommen. Die Begründung, daß es auch früher, bevor § 218 in der jetzigen Form beschlossen wurde, Abtreibungen gegeben hat, kann nicht überzeugen. Ich habe bisher noch niemanden gehört, der für die Abschaffung von § 211 StGB eingetreten ist, obwohl wir tagtäglich in den Zeitungen lesen, daß Menschen ermordet werden. Das kann also nicht die tragende Begründung sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen aufpassen. Wir nehmen hier eine Gratwanderung vor.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wenn wir in bestimmten Bereichen das Strafrecht einsetzen, aber in Fällen, in denen es darum geht, die höchsten Schutzgüter zu schützen, diese strafrechtlichen Möglichkeiten von vornherein ausklammern, wie es Ziffer 10 des Leitantes eindeutig vorsieht, dann laufen wir Gefahr, daß unsere rechtsstaatlichen Positionen

zunehmend in Frage gestellt werden. Wir werden dann, anders formuliert, früher oder später auch über die Frage diskutieren müssen, ob es nicht konsequent ist, das Strafgesetzbuch sozusagen insgesamt abzufassen, wenn dieses die dauerhafte Linie der CDU Deutschlands sein sollte.

(Beifall)

Deshalb möchte ich Sie sehr herzlich bitten, in den Detailberatungen, die wir gleich durchführen, die vom Bundesvorstand vertretene Meinung noch einmal sehr sorgfältig zu durchdenken. Wir tun alles im Bereich der materiellen und immateriellen Hilfe. Ich halte das Motto „Hilfe statt Strafen“ für ein bedenkliches Motto. Es klingt so, also ob diejenigen, die jetzt über § 218 reden, die Linie vertreten, wir wollten strafen und nicht helfen. Es geht hier darum, zu helfen und – u. a. mit den Mitteln des Strafrechts – die Bewußtseinsänderung zugunsten des Schutzes des ungeborenen Lebens in der Bundesrepublik wirksam voranzutreiben.

Dr. Rudolf Sprung, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Doppmeier. Nun hat Herr Bundesarbeitsminister Blüm das Wort.

Dr. Norbert Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, daß das Thema, über das wir heute nachmittag diskutieren, das wichtigste Thema auf diesem Parteitag ist.

(Beifall)

Ich weiß, daß Verteilungsfragen und Sicherheitsfragen ganz wichtig sind. Eine Partei muß aber trotz aller Meinungsverschiedenheiten Identität in Grundsatzfragen bewahren, wenn sie die Meinungsverschiedenheiten in der Tagespolitik bewältigen will. Deshalb brauchen wir auch in dieser Frage die Identität im Ziel. Worüber wir uns streiten, sind die Wege zu diesem Ziel. Ich finde es ganz wichtig, daß wir uns nicht in solche, die das Leben zur Verfügung stellen wollen, und solche, die es schützen wollen, auseinanderdividieren lassen. Wir diskutieren nur über die Wege, wie wir das Ziel erreichen.

(Beifall)

Deshalb würde ich mich mit Leidenschaft dagegen wehren, hier eine Diskussion zu führen, wer die bessere Moral auf seiner Seite habe. Das wäre eine Pharisäerdiskussion.

(Beifall)

Beide Positionen, die hier vertreten werden, haben unter dem Dach der CDU das gleiche Heimatrecht. In Gewissensfragen kann niemand auch nicht mit Mehrheiten festgelegt werden. Beide Positionen haben unter dem Dach der CDU Heimatrecht. Wir diskutieren über den besten Weg.

Meine Damen und Herren, neu an dieser Diskussion ist dies. Ich glaube, zu keiner Zeit war der Abstand zwischen dem, was die Menschen können und dem, was sie dürfen, größer als heute. Es gab Jahrtausende, in denen die Menschen viel weniger gekonnt haben, als sie gedurft haben. Heute können wir so gut wie alles. Deshalb brauchen wir zur Erhaltung unserer Humanität mehr Moral als in jeder anderen Zeit.

(Beifall)

Moral ist nicht ein schöner Luxus für gehobene Bedürfnisse. Sie ist Sicherung der Humanität in einer Zeit, in der der Mensch mit sich so gut wie alles anstellen kann.

Wir sind in der Lage, Frösche zu klonieren, tausend identische Frösche herzustellen. Warum sollten wir nicht auch tausend identische Menschen herstellen können? Wir sind in der Lage, den Menschen bis in seine Erbsubstanz hinein zu erobern, ihn nach

Programm und Wunsch der Mächtigen – wer immer das ist – herzustellen. Wenn alles erlaubt ist, was machbar ist, dann wandern wir in eine Gesellschaft glücklicher Idioten. Wer das nicht will, muß die Frage stellen, was der Mensch soll, was er darf. Und ich sehe das als unsere Pflicht an.

Wenn wir die Frage erlauben „Wann ist der Mensch schon Mensch?“, dann können wir die Frage nicht mehr abschneiden: „Wann ist er noch Mensch?“

(Beifall)

Wer ihn am Anfang zur Disposition stellt, wird auch das Ende der Willkür anheimgegeben.

Wir sind in der Lage, den Menschen von der Natur absolut abzunabeln, zu verkünstlichen. Wir haben den Vater schon anonymisiert. Wir können auch noch die Mutter anonymisieren. Wir können den Menschen programmieren und als Kunstprodukt produzieren.

Wollen wir eine solche Zukunft? Ich glaube, wir können uns diesen Gefahren nur durch eine Rückkehr zu einem alten, fast magischen Begriff entziehen, zu dem des Tabus. Wir müssen das Leben tabuisieren.

(Zustimmung)

Es muß der Verfügbarkeit des Menschen, auch seinem wissenschaftlichen Forschungstrieb und seinen Manipulationsbedürfnissen entzogen werden.

(Zustimmung)

Wir müssen den Menschen vor sich selber retten.

Daß der Mensch Verantwortung vor Gott hat, daß er Rechenschaft über sein Leben ablegen muß, ist, so denke ich, keine reine Erbaulichkeit, sondern ist die Sicherung seiner Selbständigkeit, ihn aus den Klauen der Manipulateure zu befreien. Laßt uns – über alle Unterschiede – heute nachmittag festhalten, daß wir in dieser Grundposition in der Christlich Demokratischen Union restlos übereinstimmen.

(Beifall)

Das darf über diese Diskussion, so finde ich, zu keinem Augenblick vergessen werden.

Und jetzt wenden wir uns der Frage zu: Welcher Weg? Ich bekenne – Bruno Heck wird es wissen –, daß ich zu denen gehört habe, die im Deutschen Bundestag seinerzeit dafür plädiert haben, nur die medizinische Indikation der Straffreiheit anheimzugeben. An meiner Grundposition hat sich überhaupt nichts verändert. Nur, wenn sich Recht und Bewußtsein auseinanderentwickeln, wenn eine große Kluft entsteht, frage ich mich: Wie überbrücke ich diese Kluft? Wenn die Kluft so ist – und die Zahlen der Abtreibung beweisen es, daß zwischen Recht und Bewußtsein eine Kluft ist –, dann überbrücken wir, so fürchte ich, die Kluft nicht durch Verschärfung des Strafrechts; sie wird nur größer. Deshalb setze ich beim Bewußtsein an.

Es gab in der christlichen Soziallehre einen alten Kampf, ganz dogmatisch geführt, was wichtiger sei: Gesinnungsreform oder Zuständereform. Ich glaube, daß man diesen Streit nicht dogmatisch entscheiden kann. Aber in der Situation, in der wir sind, in der die Sensibilität im Vergleich zu anderen Zeiten abgenommen hat, kommt es, glaube ich, auf eine große Sympathiewerbung, eine Rückbesinnung auf das Leben an. Und den, der sich für Verschärfung des Strafrechts ausspricht, bitte ich, nicht mißzuverstehen, wenn ich sage, daß er den bequemeren Weg gewählt hat. Wer aber

für das Bewußtsein und seinen Wandel eintritt, muß alles tun, damit das Bewußtsein in dieser Gesellschaft verändert wird. Die CDU muß für diese Position auf die Straßen gehen, sie muß dafür werben und bekennen. Das ist nicht im stillen Kämmerlein zu machen.

(Beifall)

Ich ziehe mich auch auf die alte Moralposition der christlichen Soziallehre zurück, daß nicht alles, was sittlich gesollt ist, rechtlich sanktioniert werden muß. Deshalb: Hinsichtlich des sittlichen Sollens habe ich gegenüber früheren Zeiten überhaupt keine Korrektur vorzunehmen. Ich denke nur: Zur Glaubwürdigkeit der Position Bewußtsein gehört auch, daß wir uns selber prüfen, zu welchen Opfern wir bereit sind, um diese Position glaubwürdig darstellen zu können.

Wer die Mutter, die uneheliche Mutter verachtet, hat aus meiner Sicht überhaupt kein Recht, an dieser Diskussion teilzunehmen.

(Beifall)

Wir können nicht mit zweierlei Strafen arbeiten: die Mutter, die ihr Kind abtreibt, durch Gesetz bestrafen, und die Mutter verachten, die es austrägt. Beides geht nicht. Dann muß diese Gesellschaft bereit sein, auch der unehelichen Mutter ihren Platz zu lassen, sie nicht zu diskriminieren, ihr zu helfen. Das gehört zur Glaubwürdigkeit dieser Position.

(Beifall)

Und damit wir den anderen Teil nicht vergessen: Der Begriff „unehelicher Vater“ ist so gut wie unbekannt. Wieso eigentlich?

(Beifall)

Wieso hat die Gesellschaft hier zwei Platzkarten verteilt? Der Vater ist in dieser Frage moralisch genauso gefordert wie die Mutter.

(Beifall)

Es läßt sich hier sehr leicht, bekenntnishaft darüber reden. Praktiziere es jeder in seiner Nachbarschaft, in seiner Familie.

(Zustimmung)

Es ist leichter, hier darüber zu reden, als als Vater und Mutter der eigenen Tochter und dem Sohn treu zu bleiben, wenn sie in Schwierigkeiten gekommen sind, und ihr nicht die falschen Ratschläge zu geben, sie zu Hause zu halten.

(Beifall)

Die Position, die wir hier vertreten, kann nicht der bequeme Ausweg des Verdrängens sein.

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich das noch hinzufügen: Die Diskussion, ob es moralischer sei, Abtreibung durch die Krankenversicherung oder durch das Finanzamt bezahlen zu lassen, habe ich nie verstanden. Ich halte sie für eine Verdrängungsdiskussion.

(Zustimmung)

Der Beitrag zur Krankenversicherung ist nicht moralischer als die Pflicht des Steuerzahlers. An dieser Stelle wird diese Frage nicht entschieden. Das ist eher eine Ablenkung von den eigentlichen Fragen, um die wir uns kümmern müssen.

(Beifall)

Und ich will die Diskussion auch von dem Verdacht befreien, sie nehme Rücksicht auf die Koalition. Ich würde diese Position, die ich hier einnehme, genauso einnehmen, wenn wir die absolute Mehrheit hätten. Das hat doch nichts mit Meinungsbefragung, mit Koalition zu tun.

(Zustimmung)

Ich glaube, in der Situation, in der wir sind, geht es um eine neue Sympathiewerbung mit viel Liebe und Verständnis für die, die in Not sind.

(Beifall)

Es geht um eine neue Bewegung für die Schwachen; das ist christlich. Und die Schwächsten ohne Stimme sind die Ungeborenen. Wer das ungeborene, behinderte Leben zur Disposition stellt, der entzieht auch dem behinderten Geborenen Schutz. Insofern darf es hier keine Verweigerung, keine Einteilung geben: Jeder Mensch ist Gottes Kind, ob behindert oder nicht behindert, ob schwarz, ob weiß, ob intelligent oder nicht intelligent. An solchen Fragen muß die CDU ihre Grundsatzposition beweisen. Auch wenn wir hier gegen den Wind, gegen den Sturm rudern müssen, hier müßten wir, so meine ich, diese Position gemeinsam vertreten. Demgegenüber reduzieren sich die Fragen, auf welchem Wege wir diese Position konkretisieren, auf nachgeordnete Fragen.

Ich habe diese Diskussion heute nachmittag als wohltuend empfunden, weil sie mit großem Respekt, mit großer wechselseitiger Achtung ausgetragen wurde. Lassen Sie uns diesen wechselseitigen Respekt erhalten! Wer Sympathie für Leben und Liebe hat, der kann es nicht fanatisch vortragen. Und manchmal habe ich beim Austragen solcher Konflikte weniger Gefühle des Mitleids und mehr den harten Willen zur Verurteilung gespürt. Entziehen wir uns dieser Art von Diskussion! Bleiben wir als christliche Demokraten die großen Sympathisanten der Schwachen. Und die Schwächsten sind die Ungeborenen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Rudolf Sprung, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Blüm.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich darauf hinweisen, daß wir noch eine lange Tagesordnung vor uns haben. Zur allgemeinen Aussprache, in der wir uns im Augenblick befinden, liegen noch etwa zehn Wortmeldungen vor. Darf ich davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir die Rednerliste zur allgemeinen Aussprache schließen? –

(Beifall)

– Ich sehe, daß dies allgemeine Zustimmung findet. Wir werden dann so verfahren.

Jetzt darf ich Herrn Busch bitten.

Gottfried Busch (Bonn): Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Nach dieser Rede eben und an dieser Stelle plaziert, bin ich versucht, eine Formel zu gebrauchen, die der Apostel Paulus häufig verwendet: Was sollen wir hierzu sagen? – Ich kann eigentlich nur sagen: In allen Punkten, die Herr Blüm angesprochen hat, und in der Art, wie er sie angesprochen hat, kann ich ihm nur meine volle Zustimmung geben und könnte jetzt auch wieder an meinen Platz gehen.

(Beifall)

Das Schicksal der Regie hat sie aber so geführt, mich mit einer Wortmeldung aufzurufen, die sich gar nicht ganz speziell auf das eben Diskutierte bezieht. Vielmehr hatte ich sie in der Meinung abgegeben, daß wir über den Leitantrag jetzt auch „general“ sprechen können. Ich hatte mir vorgenommen, auf ein Defizit hinzuweisen, dies allerdings mit einer Bemerkung verschränkt, die auch zu dem augenblicklichen Diskussionsstand gehört.

Es geht darum, daß sich unser Leitantrag aus, wie ich meine, gutem Grund auf wenige Politikfelder beschränkt, daß es, wie wir als Verheißung gehört haben, aber noch eine Fortschreibung mit den Themen der Ausländerpolitik und der Umweltpolitik geben wird. Ich hatte nur anregen wollen, daß noch ein drittes Politikfeld hinzukommt, nämlich das der Rechtspolitik. Der christliche Glaube, dem wir verpflichtet sind, besitzt für die ethischen Grundlagen der in unseren Themen angesprochenen Fragen kein Monopol. Schutz des Lebens, Würde des Menschen, die Zuwendung zu den Schwachen und zu den Behinderten, zu den Kindern, die sich nicht selbst helfen können, das ist zwar alles Geist aus dem Evangelium, aber längst nicht mehr ihm allein vorbehalten; auch das humanistische Menschenbild fühlt sich diesen Gedanken verpflichtet.

Die Frage nach dem schuldig gewordenen Menschen ist demgegenüber doch noch eines der ganz spezifischen Themen des christlichen Menschenbildes, das ja darin sein Zentrum hat, daß es fragt, wie Gott den Menschen sieht, daß es danach fragt, in welcher Perspektive wir in den Augen Gottes stehen. Ich meine darum, daß sich eine Politik, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlt und sich an ihm orientiert, auch darüber Auskunft geben muß, wie sie den schuldig gewordenen Menschen ansieht. Es gibt meines Wissens in der Partei gute Papiere darüber, die in eine solche Fortschreibung des Leitantrags Eingang finden könnten.

Meine zweite Anmerkung – ich sagte es vorhin – bezieht sich auf den Themenschwerpunkt, den wir jetzt diskutieren. Wenn man versucht – ich will damit auch mein eigenes Dilemma etwas deutlich machen –, das noch ungeborene und von Gott gewollte und geliebte Menschenwesen, das im Leib seiner Mutter heranwächst, mit seinen Augen zu sehen, dann kann man daraus – manche unter uns tun es – im Hinblick auf die Strafbestimmungen des Gesetzes eigentlich nur die radikalsten Konsequenzen ziehen. Ich möchte ein klein wenig in Korrektur zu dem, was Herr Mayer-Vorfelder sagte, den Menschen draußen vor der Halle meinen Respekt für ihre Leidenschaft bezeugen, mit der sie für ihre richtig erkannte Meinung eintreten.

(Vereinzelter Beifall)

Auch wenn ich selber empfinde, daß sie bei uns in gewisser Weise an der falschen Adresse sind, verdienen ihre Leidenschaft und ihr Ausharren da draußen alle Ehre und allen Respekt.

Aber – das ist nun oft gesagt – wir entgehen mit all dem den bestehenden Problemen nicht. Es wird – das ist heute vielfach zum Ausdruck gekommen – niemanden unter uns geben, der diesen Saal heute abend mit einem völlig unverletzten Gewissen verläßt. Es geht nicht um Sieger oder Besiegte, es geht darum, daß es hier für niemanden eine Problemlösung geben kann, die ausschließt, daß das geschieht, was Herr Hennig am Anfang der Nachmittagsdiskussion mit seiner Frage befürchtete: Was kommt dann hinterher, wenn es sich herausstellt, daß weiter abgetrieben wird? – Ich fürchte, es wird in jedem Falle weiter abgetrieben werden, mit oder ohne Strafverschärfung. Nur werden wir es, falls es eine Strafverschärfung einmal geben sollte, nachher nicht so genau wissen, weil die Dunkelziffer wieder größer ist.

Ich meine, es gibt aus diesem Dilemma – im Moment schon gar nicht – keinen bequemen, auch keinen anderen Ausweg, als alle Entschlossenheit darauf zu richten, die Bedingungen an allen Fronten, an allen Möglichkeiten, die es gibt, zu verbessern, daß sich der Mut zum Leben und der Mut zum Kind verstärkt und sich die Bedingungen dafür verbessern. Da läßt sich wirklich einiges tun. Da läßt sich im übrigen auch an der Bundesstiftung Mutter und Kind einiges verbessern. Ich richte meine Hoffnungen und Erwartungen jetzt aber im besonderen auf das Beratungsgesetz. Ich möchte meine eigene, die evangelische Kirche, in deren Dienst ich als Pfarrer stehe, auch von dieser Stelle aus ganz dringend bitten, hier nach Kräften zu helfen und zu fördern und nicht etwa in den Chor derer einzustimmen, die schon jetzt an diesem Gesetz nichts Gutes und Sinnvolles mehr sehen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich sage das, weil ich weiß, daß sich solche Stimmen bereits andeuten. Es wäre noch Zeit, hier in dem Sinne, wie es Herr Geißler heute früh sagte, umzukehren.

Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Christa Thoben, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich darf jetzt Frau Rita Waschbüsch bitten.

Frau Rita Waschbüsch: Liebe Freunde! In der Broschüre, die der Bundesvorstand der SPD aus Anlaß der zehnjährigen Bilanz des § 218 herausgegeben hat, wird die bemerkenswerte Feststellung getroffen, daß konservatives Trommelfeuer den Frauen immer noch einzureden versuche, Schwangerschaftsabbruch sei strafbar. Nun brauchen wir hier überhaupt nicht zu wiederholen, daß Schwangerschaftsabbruch strafbar ist. Aber ich meine, diese Broschüre weist doch aus, daß die Regelungen des geltenden Rechts gesetzestechnisch so miserabel gemacht sind, daß sie zu solchen Mißdeutungen führen können.

(Vereinzelter Beifall)

Darum, meine ich, meine Freunde, tun wir auch uns keinen Gefallen, wenn wir nicht zugeben, daß wir dieses Recht in der Vergangenheit, als wir in der Opposition waren, zu Recht als änderungsbedürftig bezeichnet haben. Wir sollten uns nicht selber ins Knie schießen und so tun, als sei das alles in Ordnung. Wir ziehen aber auch Konsequenzen, indem wir – ich hoffe, daß wir das wirklich gemeinsam durchhalten – Verbesserungen dadurch zu erreichen versuchen, daß wir ein Beratungsgesetz alle gemeinsam tragen.

Wenn wir über dieses Beratungsgesetz reden, hören wir ja immer wieder, wie schrecklich wir seien, daß wir die Frauen bedrängen wollten, daß wir reaktionär seien und eine Wiederherstellung der früheren Praxis haben wollten. Ich denke, wir wollen mit dem Beratungsgesetz all das reduzieren, was mit einem schlecht gemachten Gesetz aus der Vergangenheit möglich ist. Ob wir es in den Griff bekommen, wissen wir nicht.

Ich möchte an meinen Vorredner anschließen. Wenn wir nicht wissen, wie es weitergeht, dann müssen wir zumindest die Frage stellen, wo wir – ich bin sehr, sehr dankbar für die Feststellung von Frau Professor Süßmuth, auch von Heiner Geißler – im Ziel einig sind. Wenn wir im Ziel einig sind, daß es eine skandalöse Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen gibt, wenn wir darin einig sind, daß Leben unverfügbar ist, dann brauchen wir im Grunde nicht sonderlich darüber zu streiten, ob die Ziffer 10

mit der Feststellung bleiben soll, daß es sich gezeigt habe, daß das Strafrecht nicht viel bringe. Dann können wir denjenigen Rechnung tragen, die da sagen: Das wissen wir zur Zeit nicht definitiv, und deshalb lassen wir das unter Umständen raus. Dann sehe ich einen ganz breiten Konsens in der Sache für uns alle.

Aber ich wollte im Grunde noch etwas anderes sagen. Meine Freunde, was ich ein bißchen an dieser Diskussion heute bedaure, ist, daß wir in dieser Frage die Schlachtordnung etwas aus dem Blick lassen. Wir sind doch nicht in der Frage der Erhaltung des Lebens untereinander Meinungsgegner, sondern die Gegner sitzen doch ganz woanders. Es sind doch jene, die uns etwa einreden wollen, es sei sozial oder gar liberal, wenn man überhaupt keine Ziele der Beratung bestimmt. Darüber müssen wir doch auch reden.

Wir müssen doch sehen, daß sich die Bataillone z. B. ausgerechnet in der Initiative „Frauen für den Frieden“ sammeln, die in sehr unfriedlicher Weise sogar vom Schwangerschaftsabbruch als von einem Akt weiblicher Kreativität sprechen; auf einer Versammlung dieser Gruppe in Nürnberg, nachzulesen in vielen Zeitungen. Da müssen wir doch ansetzen und ganz massiv und deutlich zeigen: Menschliches Leben ist nicht verfügbar, es gibt keinen Gegensatz zwischen Recht der Frauen auf weibliche Kreativität einerseits und dem Recht des Ungeborenen auf Leben andererseits.

Für das Ungeborene und die Mutter – beide sind Menschen – gilt, daß ihnen gemeinsam die Wege geebnet werden müssen, um in dieser Welt so wie andere Leute gemeinsam leben zu können. Das ist doch unser Ziel.

Meine Freunde, es sind doch die gleichen Leute, die in den 70er Jahren das Wort Kind nur im Zusammenhang mit dem Wort Last in den Mund genommen haben; zum Teil sind es auch deren Töchter oder unsere. Dürfen wir uns, da wir so etwas haben durchgehen lassen, eigentlich darüber wundern, daß das Kind heute auch wiederum bei vielen nur unter der Rubrik Last eingeordnet wird? Haben wir nicht auch zu fragen, ob wir es verpaßt haben, über das Kind auch unter dem Stichwort Chance, Glück, Chance zur Selbstverwirklichung zu diskutieren?

(Zustimmung)

Es gibt auch heute kein größeres, kein glücklicheres Abenteuer – auch für die Selbstverwirklichung eines Menschen –, als einem Kind in langen Jahren den Weg ins Leben mit bahnen zu helfen.

(Beifall)

Wir sind doch herausgefordert wie bei keiner anderen Tätigkeit, unsere eigenen Egoismen zurückzustellen, unsere Phantasie anzustrengen, unsere Kreativität zu entwickeln, wenn wir den Kindern ein vernünftiges Leben sichern und die Zukunft gestalten wollen. Wo, bitte schön – das möge man mir sagen –, gibt es größere Chancen zur Selbstverwirklichung? Wenn wir unsere Phantasie anstrengen, dann können wir sehr wohl die verschiedenen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung unter einen Hut bringen, etwa bezüglich des Erwerbslebens, der gesellschaftlichen Teilnahme und der Kindererziehung. Wir haben heute doch gute Beispiele gehört, wie wir das sehr wohl machen können.

Die positive Herausforderung Kind müssen wir wieder ins Bewußtsein junger Menschen bringen. Wir müssen auch klarmachen – das haben wir ja noch vor uns bei der Debatte um die kinderfreundliche Gesellschaft –, daß diejenigen, die sich dafür entscheiden, ein Kind großzuziehen, eine menschliche Gesellschaft und nicht eine kleinkarierte Welt haben wollen. Nicht diejenigen sind progressiv, die den Frauen einreden, Schwangerschaftsabbruch, Abtreibung sei frauenfreundlich, sondern diejenigen sind frauenfreundlich, die eine Welt wollen, die für Eltern, Kinder, Familien und Alleinerziehende eine gute ist.

(Beifall)

Die CDU ist doch die einzige Partei – ich muß das immer wieder sagen, und wir müssen es auch nach draußen tragen und uns hier nicht nur gegenseitig bestätigen –, die etwas getan hat, damit die Kinderfeindlichkeit in unserer Gesellschaft beseitigt wird. Diejenigen sind doch frauenfeindlich, die im Grunde die Kinderfeindlichkeit nur vertuschen, indem sie den für Frauen weiß Gott nicht guten Ausweg anbieten, das Kind zu beseitigen. Daran ist doch die Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft in den letzten Jahren in so harter Weise sichtbar geworden.

Wir müssen die Frage stellen, wer denn wirklich frauenfeindlich und wer denn frauenfreundlich ist. Ist es frauenfeindlich, wenn wir Eltern über längere Jahre Hilfe anbieten, wenn sie eine Beratungsstelle aufsuchen? Ist es frauenfeindlich, wenn wir sagen, diejenigen, die diese Frauen beraten sollen, sollen dazu auch sachlich und fachlich in der Lage sein, sollen besser qualifiziert sein?

Diejenigen sind doch frauenfeindlich, die dieses Gesetz als Bedrängungsgesetz verleumden. Diejenigen sind frauenfeindlich, die die Stiftung unter dem Stichwort Gebärprämiën abtun.

Wir wissen heute mehr denn je – besser als 1974 oder 1976 –, daß ein Menschenleben mit der Keimzellenverschmelzung beginnt. Wir wissen, daß die Geburt kein Einschnitt ist, sondern daß sie nur deutlicher sichtbar macht, was ein Mensch eigentlich ist. Abtreibung ist menschenfeindlich; das wissen wir. Weil es menschenfeindlich ist und Frauen Menschen sind, ist es auch frauenfeindlich, wenn wir der Abtreibung nicht wehren.

Frauenfeindlich sind diejenigen, die den Frauen heute noch einreden, es gebe da Zellklumpen oder Fötalgewebe; denn damit betrügt man Frauen, leitet man Unwissende in die Irre. Darum ist es frauenfeindlich.

Frauenfeindlich ist, wenn man den Frauen den Abbruch der Schwangerschaft als Konfliktlösung anbietet, obwohl diese Frauen in Wirklichkeit in den unmenschlichen Konflikt Mensch gegen Mensch gestürzt werden. Obendrein läßt man diese Frauen dann noch alleine oder überläßt es anderen, sich mit all den psychischen und körperlichen Folgen zu beschäftigen, mit denen es diese Frauen zu tun haben. Die Frauen, die Mütter alleine zu lassen, ist, glaube ich, das Frauenfeindlichste.

Wer das Beratungsgesetz, wer die Anträge liest, wird feststellen, daß die Union bei allen Schwächen, bei allen Mängeln, die wir auch haben, die frauenfreundlichste Partei ist, die es in dieser Republik gibt. Wir müssen aber, liebe Freunde – das ist auch schon gesagt worden; ich will es dennoch wiederholen –, auch durch unsere ganz persönliche Haltung klarmachen, daß wir nicht nur Frau Professor Süßmuth oder Heiner Geißler oder Ministerpräsidenten in diesem oder jenem Lande kämpfen lassen. Vielmehr müssen wir uns entsprechend verhalten.

Es war vom Beton in den Stadträten die Rede. Ich bin sicher, es haben auch „betonierte“ Stadträte – verzeihen Sie, wenn ich es so hart sage – geklatscht. Wir sind aber heute dazu da, dafür zu sorgen, daß Beton auch aufgelöst wird; denn wenn wir nach Hause gehen und nicht wissen, was wir denn in unseren Kommunen, aber auch in unseren Vereinen, in unseren Familien tun können, hat das Ganze von heute nachmittag und heute abend wenig genützt. Wir werden an dem gemessen, was wir tun, und nicht nur an dem, was wir reden.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Christa Thoben, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Waschbüsch.

Als nächster Rednerin gebe ich Frau Gisela Büttner das Wort.

Frau Gisela Büttner: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar für die Diskussion auf diesem Bundesparteitag. Es hat sich im Laufe der Diskussion erwiesen, daß wir uns in der Kernfrage einig sind, auf die es ankommt: daß menschliches Leben höchster Wert ist und von der Gesellschaft, dem Staat geschützt werden muß. Der Satz, daß menschliches Leben für Menschen unverfügbar sein muß, muß mit ehernen Lettern in unser Gedächtnis eingeschrieben werden.

Ich hoffe, daß dieser Bundesparteitag nur ein Anfang ist und daß wir, aufbauend auf den Ergebnissen der heutigen Diskussion, nach Jahren sagen können, daß diese Diskussion zum Erfolg geführt hat und es Schwangerschaftsabbrüche in einer Größe von mindestens 200 000 Fällen – mit einem Anteil von 80 % Notlagenindikationen – nicht mehr zu verzeichnen sein werden.

Ich bedanke mich auch dafür, daß die Antragskommission bei Ziffer 10 des Leitantrages eine Formulierung vorschlägt, die grundsätzlich Schwangerschaftsabbruch als Tötung menschlichen Lebens bezeichnet.

Ich bin auch dankbar dafür, daß der Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 12 lautet: Ungeborene Kinder genießen grundsätzlich Vorrecht vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau. Hier ist in den letzten Jahren in unserer Gesellschaft eine falsche Diskussion gelaufen, und sie ist von uns nicht genügend aufgegriffen worden. Auch das sollte herausgestellt werden. Frauen, die von Natur aus dafür bestimmt sind, Menschenleben zu schenken, sind von Natur aus auch stets bereit, menschliches Leben zu erhalten.

(Vereinzelter Beifall)

Nur hätte man Frauen dabei ein wenig mehr Unterstützung angedeihen lassen müssen.

Ich sprach eben davon, ich freute mich über die Passagen, die die Antragskommission in den Ziffern 10 und 12 vorsieht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist geltendes Recht, was wir hier in den Leitantrag hineinschreiben. Es ist geltendes Recht, das qua Urteil des Bundesverfassungsgerichts bereits seit 1975 für uns alle verbindlich sein sollte. Da hat es eigentlich wenig Sinn, von einer Verschärfung zu reden, denn dieser Gedankengang des Bundesverfassungsgerichts muß ja auch dem Strafgesetzbuch zugrunde gelegt sein.

Der hohe Wert menschlichen Lebens – ein Wort zum Rechtlichen – kann nicht dazu führen, Strafandrohung überhaupt aufzuheben. Es hieße ja Angriffe auf ungeborenes

Leben so zu klassifizieren, daß dieses ungeborene Leben kein so besonders schutzwürdiges Rechtsgut mehr ist. Das kann ja wohl nicht sein. Deshalb muß es Bestimmungen geben, die Angriffe auf ungeborenes Leben mit Strafe bedrohen.

Für mich ist die Frage, ob die geltenden Bestimmungen der §§ 218 ff ausreichen, um das, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, auch auszufüllen. Ich rede dennoch nicht der Verschärfung der geltenden Bestimmungen das Wort. Ich bin nämlich der Auffassung, daß wir überhaupt noch nicht genügend Anstrengungen unternommen haben, um den §§ 218 ff überhaupt Geltung zu verschaffen.

Deshalb bin ich der Meinung, daß in unserer Gesellschaft nicht nur Bewußtsein für das menschliche Leben verstärkt geweckt werden muß, sondern auch Bewußtsein für das Recht. Hier haben wir erheblichen Nachholbedarf. Ich habe den Eindruck, es ist in unserer Gesellschaft gar nicht so schwierig, Bewußtsein zu manipulieren, Emotionen und Sinn für das zu wecken, was sein sollte. Ich denke zum Beispiel daran, wie es in der Vergangenheit gelungen ist, unsere Gesellschaft für notleidende Tiere und den Tierschutz zu mobilisieren. Wenn wir uns also anstrengen, darauf hinzuweisen: menschliches Leben ist unverfügbar, und wenn von diesem Parteitag eine Kampagne für das Leben ausgeht, dann bin ich mir sicher, daß wir einiges erreichen werden.

Nur sollten wir wissen, daß der Schutz des Lebens – und da bin ich Norbert Blüm dankbar – nicht nur die Fragen und Probleme des ungeborenen Lebens einschließt. Wir haben vielmehr ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das die Fragen des ungeborenen Lebens, aber auch die Fragen der Gentechnologie und der Fortpflanzungsmedizin einschließt, die uns noch vor viel, viel größere Aufgaben stellen werden. Hier müssen wir uns auf sicherem Boden bewegen, wenn wir diese Probleme lösen wollen. Ich meine einen sicheren Boden unserer Überzeugung, wie wir es mit der Verfügbarkeit oder Unverfügbarkeit menschlichen Lebens halten. Deshalb ist es so wichtig, daß wir heute diese Diskussion führen.

(Beifall)

Es ist ganz wichtig, daß wir ein Beratungsgesetz haben werden. Ich kann manche Formulierung, die gefallen ist, gar nicht verstehen. Im neuesten Spiegel spricht eine Spiegel-Redakteurin sogar vom „gesellschaftlichen Veitstanz um die Abtreibung“. Dies sollten wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen,

(Beifall)

weil dies eine Formulierung ist, die dem Thema überhaupt nicht angemessen ist.

Ein Beratungsgesetz ist kein Gesetz zur Bevormundung von Frauen. Das Beratungsgesetz basiert auf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das seinem Wortlaut nach das Ziel vorgibt, die Bereitschaft der Frauen, menschliches Leben, das ungeborene Leben, zu akzeptieren, zu fördern, zu stärken und gegebenenfalls zu wecken. Also ist das Beratungsgesetz, das Frau Professor Süssmuth vertritt, im Grunde genommen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts völlig konform.

Darin steht, es solle mit Zustimmung der Schwangeren dafür gesorgt werden, daß ihr Umfeld einbezogen wird. Dafür plädieren sogar wissenschaftliche Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts, die dies befürworten. Wir sollten diese Chance ergreifen; denn die Väter einzubinden, halte ich für eine nicht nur wichtige Forderung, sondern ich

halte das für so wichtig, daß wir das realisieren müssen. Wenn die Väter zu dem zu erwartenden Kinde stehen, wird es mit Sicherheit nicht mehr diese Schwangerschaftsabbrüche geben, wie wir sie haben.

Meiner Auffassung nach ist auch die Forderung des Beratungsgesetzes zu akzeptieren, eine räumliche und zeitliche Trennung vorzunehmen. Denn nichts ist so schädlich wie eine Beratung, zu der man antritt und praktisch den Freigabeschein schon in der Hand hat. Das kann nicht Sinn der Beratung sein. Aber so vollzieht sie sich vielfältig – nicht überall – in unserem Lande, in der Bundesrepublik. Es wird auch in vielen Fällen – das möchte ich herausstellen – verantwortungsvoll beraten. Denn sonst hätten wir sicherlich noch eine weit größere Zahl an Schwangerschaftsabbrüchen.

Es ist auch richtig, eine Qualifizierung der Ärzte zu fördern. Das Bundesverfassungsgericht sagt im Zusammenhang mit der Beratung der Ärzte bei sozialer Notlagenindikation, daß das den Ärzten nicht zuzumuten sei, weil sie dafür nicht die entsprechende Ausbildung und auch nicht die Zeit haben. Also müssen wir sie qualifizieren und vorbereiten für die ganz entscheidende Aufgabe, die sie haben.

Im übrigen ist auch nach dem geltenden § 218 b neben der Beratungsstelle stets ein Arzt zu konsultieren, der seine Stellungnahme abzugeben hat.

Ganz wichtig erscheint mir, daß wir auf unserem Weg fortfahren, schwangeren Müttern Hilfe zu gewähren. Das ist eine ganz entscheidende Aufgabe unserer Gesellschaft. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich selbst habe 1983 einen Verein „Aktion Baby-Korb“ gegründet, um schwangeren jungen Frauen zu helfen – Beratungsfälle aus „Pro Familia“. Ich weiß um die Nöte in den Fällen der Notlagenindikation, die auch in unserer reichen Gesellschaft heute noch bestehen. Wir sollten dies nicht leugnen. Unsere Aufgabe ist es zu helfen. Mir scheint, daß es nicht die materiellen Hilfen sind, die so ganz wichtig sind, sondern vor allen Dingen die begleitende seelische Unterstützung, die auf keinen Fall fehlen darf.

Ich möchte nicht Frau Engelhardt wiederholen; aber sie hat recht: Wir sollten überlegen, ob nicht der Wohnungsbau aktiviert werden muß, damit passender Wohnraum für alleinstehende Mütter mit ihren Kindern zur Verfügung gestellt werden kann.

Wir sollten uns eine Vielfalt an Hilfen überlegen, die notwendig sind. Vielleicht sollten wir auch einmal darüber nachdenken, was wir bisher nicht getan haben: Mütter, die fünf oder sechs Kinder haben, steuerlich zu begünstigen, wenn sie eine Haushaltshilfe beschäftigen. Damit könnten wir auf dem Arbeitsmarkt für Entlastung sorgen.

Was mir wichtig erscheint, ist, daß wir zunehmend mehr Geld zur Verfügung stellen, um unsere Hilfen im Bund und in den Ländern verstärken zu können. Heute morgen fiel hier an dieser Stelle der Satz, man sollte Geld für Aufklärungsbroschüren aufwenden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum dann nicht diese Gelder direkt für Hilfen für unsere in Not geratenen Mütter einsetzen?

Einen Bereich lassen Sie mich bitte zum Schluß noch ansprechen, der mir ebenso wichtig erscheint. Das ist die Erziehung in unserer Gesellschaft, die, meine sehr verehrten Damen und Herren, mitnichten nur dem Schulbereich zuzuordnen ist. Die Erziehung hat sich zunächst in der Familie zu vollziehen. Dort, wo Eltern vorleben, daß

die Kinder, die sie haben, Glück sind – ich vermisse im übrigen unter den Spiegelstrichen, die wir im Leitantrag haben, daß Kinder Glück sind; vielleicht können wir das noch auffüllen –, wenn Kinder das Gefühl haben, in einer glücklichen Familie groß zu werden, in der Vater und Mutter, wenn es geht, miteinander verheiratet sind, habe ich keine Sorge, daß sie später selber in ihrem eigenen Leben den Wunsch haben, ihr Leben durch Kinder zu krönen.

Ich bin der Auffassung, daß wir verstärkt darauf hinwirken müssen, daß Kinder eben nicht etwas Lästiges sind, und daß die materiellen Leistungen dafür aufgewogen werden müssen. Kinder sind Glück. Kinder sind die Sinnerfüllung unseres Lebens. Sie bedeuten die Zukunft, die Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft und des Staates. Daher bitte ich Sie und rufe Sie zu einer neuen Kampagne zum Schutz des Lebens auf.

(Vereinzelt Beifall)

Christa Thoben, Tagungspräsidium: Eine Meldung zur Geschäftsordnung, bitte schön.

Michael Eble: Meine Damen und Herren, ich beantrage, die Redezeit der Beiträge in der Generalausssprache auf drei Minuten zu beschränken.

(Beifall)

Ich befürchte sonst, daß wir weder die Zeit noch die Ausdauer haben, uns mit gebührender Aufmerksamkeit den Einzelanträgen zu widmen.

(Vereinzelt Beifall)

Christa Thoben, Tagungspräsidium: Hier ist ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt. Möchte jemand gegen diesen Antrag sprechen? – Bitte schön.

Gerhard Pfeffermann: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Recht wurde vorhin festgestellt, daß wir uns im Moment in einer Aussprache zu einem Thema befinden, das wahrscheinlich zum Wichtigsten gehört, über das wir auf diesem Parteitag zu befinden haben. Ich denke nicht, daß wir uns mit einer Verkürzung der Redezeit, wie sie jetzt beantragt worden ist, im nachhinein bescheiden sollten, wir hätten über etwas geredet, wofür die Zeit eigentlich zu schade sei.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke auch, daß es noch einige Redner gibt, von denen ich will, daß sie in die Lage gesetzt werden, das auszuführen, was sie zu diesem Thema beitragen möchten. Da wird es zur Toleranz gehören, daß wir bei einem solchen Thema unsere Freunde in Gänze anhören, auch wenn es heute abend etwas schwerer wird.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will Ihnen ehrlich gestehen: Ich habe heute nachmittag hier manches gehört, was mir gar nicht geschmeckt hat.

(Zuruf: Das gehört nicht zur Sache!)

Ich habe mich trotzdem nicht zu Wort gemeldet. Aber ich meine, wir sollten in der Lage sein, eine solche Debatte in Gänze und in Respekt vor der gegenseitigen Meinung zu ertragen. Deswegen bitte ich Sie, dem Geschäftsordnungsantrag, der hier gestellt worden ist, nicht zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Christa Thoben, Tagungspräsidium: Es hat einen Redner für den Antrag gegeben, einen gegen diesen Antrag. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß noch acht Wortmeldungen zur Generalausssprache vorliegen, und darf jetzt darum bitten, über den Geschäftsordnungsantrag abzustimmen. Wer für eine Begrenzung der Redezeit in der Generaldebatte ist, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Wir kommen hier oben zu dem Ergebnis, daß das erstere die Mehrheit war.

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Widerspruch)

Da wir aber möchten, daß sich alle mit diesem Ergebnis einverstanden erklären, weil sie es auch so sehen, darf ich Sie bitten, noch einmal abzustimmen, und zwar durch Aufstehen. Wer der Verkürzung der Redezeit zustimmen möchte, den bitte ich, sich jetzt von den Plätzen zu erheben. – Gegenprobe! – Ich muß Ihnen sagen: Ich kann das Ergebnis von hier oben aus nicht feststellen. – Bitte schön, der Generalsekretär bittet um das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht darf ich Ihnen einen Kompromißvorschlag machen.

Erstens. Alle, die noch reden, können sich auf das, was notwendig ist, konzentrieren,

(Vereinzelt Beifall)

so daß die wesentlichen Punkte vorgetragen werden.

Zweitens habe ich mich informieren lassen: In der Generaldebatte sollen noch drei Delegierte zu Wort kommen.

(Zurufe: Acht!)

– Wie viele sind es? – Noch acht. Entschuldigung, dann bin ich falsch informiert.

Dann schlage ich vor, daß wir in der Generaldebatte keine Redezeitbeschränkung vornehmen,

(Vereinzelt Beifall)

daß wir aber die Redner bitten, Dinge, die schon gesagt worden sind, nicht unbedingt zu wiederholen,

(Beifall)

daß wir uns aber dann, wenn es zur Beratung der Einzelanträge kommt, auf die in der Satzung mögliche Redezeitbeschränkung einigen.

Ich glaube, das ist ein vernünftiger Kompromißvorschlag. Ich erhebe ihn auch zum Geschäftsordnungsantrag.

Christa Thoben, Tagungspräsidium: Darf ich in Kenntnis des Kompromißvorschlags des Generalsekretärs nochmals bitten, über den Geschäftsordnungsantrag abzustimmen. Wer sich nach diesem Kompromißvorschlag weiterhin für eine Redezeitbegrenzung aussprechen möchte – –

(Zurufe)

– Bitte schön.

Leo Lennartz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Dann wird darüber debattiert und abgestimmt. Ich habe aber noch nie gehört, daß eine Abstimmung nicht ausgezählt und an die Stelle der Auszählung ein neuer Geschäftsordnungsantrag gestellt worden ist. So machen wir es aber nicht, Herr Generalsekretär.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Christa Thoben, Tagungspräsidium: Ich darf um Ruhe bitten. Der Vorschlag des Generalsekretärs lief darauf hinaus, daß die acht noch vorliegenden Wortmeldungen zur Generaldebatte ohne jede Redezeitbegrenzung abgewickelt werden sollen. Insofern müßten sich die, die auf eine ausführliche Debatte Wert legen, in einem solchen Kompromißvorschlag wiederfinden.

Darf ich jetzt noch einmal bitten – wenn es vom Verfahren her akzeptiert wird –, über den Antrag des Generalsekretärs zu votieren, die acht Wortmeldungen so abzuwickeln, daß wir ohne Redezeitbegrenzung hinkommen, und sich nachher bei den Einzelanträgen mit einer Redezeitbegrenzung einverstanden zu erklären. – Bitte schön.

Hermann-Josef Kremer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gehen Sie davon aus, daß der eine oder andere Delegierte – ich zähle mich dazu – bewußt nur zu einem Punkt sprechen wollte. Ich habe mir darüber Gedanken gemacht und habe bewußt auf die Generalaussprache verzichtet, obwohl sehr viele Argumente noch nicht gebracht worden sind. Ich meine, jetzt zu sagen, jeder, der sich respektvoll zurückgehalten habe, solle mit drei Minuten hinkommen, ist schlecht. Ich kann mir vorstellen, daß auch andere noch so rücksichtsvoll waren wie ich.

(Beifall)

Christa Thoben, Tagungspräsidium: Darf ich Sie trotzdem jetzt um Ihre Zustimmung dafür bitten, daß wir über den Vorschlag des Generalsekretärs, den ich geschäftsleitend für die weitere Debatte am Abend für sinnvoll halte, hier votieren. Wer der Abwicklung der acht Wortmeldungen ohne Redezeitbegrenzung, aber mit der von hier oben ausgesprochenen Bitte, sich doch auf das zu beschränken, was möglicherweise noch nicht deutlich geworden ist, vielleicht sogar noch gar nicht vorgetragen worden ist, zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich bedanke mich und darf dann Herrn Jäger (Wangen) das Wort geben.

Claus Jäger (Wangen): Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Ich bedanke mich zunächst beim Generalsekretär dafür, daß er mir die Möglichkeit gibt, nicht im Zwange des Drei-Minuten-Korsetts hier sprechen zu müssen. Aber ich werde seine Aufforderung ernst nehmen, sich kurz zu fassen.

Gleichwohl muß ich mich, lieber Heiner, als allererstes an Dich wenden und sagen: Hier ist eine Richtigstellung erforderlich. In Deiner einführenden Rede heute vormittag hast Du davon gesprochen, daß es vor der sogenannten Reform der sozialliberalen Koalition zum Abtreibungsstrafrecht mehr Abtreibungen gegeben habe als danach und heute. Dies ist mit Sicherheit ein Irrtum.

Wir haben eine einzige seriöse wissenschaftliche Hochrechnung aus jener Zeit. Sie kommt übrigens aus Bremerhaven, einer Stadt, die wahrhaftig nicht im Verdacht steht, daß dort schwarze Hochburgen falsche Expertisen liefern. Dort wurde damals in einer Hochrechnung festgestellt, daß 70 000 bis 75 000 Abtreibungen vorgenommen würden. Das ist die einzige seriöse Hochrechnung, die wir haben. Heute gehen wir von zwischen 250 000 und 300 000 Abtreibungen aus. Das bedeutet eine Vervierfachung.

Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß diese sogenannte Reform der sozialliberalen Koalition die Situation dramatisch verschärft hat. – Soviel als korrigierende Feststellung.

Dann habe ich zwei Fragen. Die erste Frage richtet sich an unsere verehrte Bundesministerin Frau Süßmuth. Es ist ja bekannt, daß Sie, Frau Süßmuth, empfehlen, eine neue Strafnorm zu schaffen, die die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe stellt. In der Presse ist auch wiedergegeben worden, daß Sie Ihren Kritikern, die fragen: Wie soll man mit den Beweisschwierigkeiten fertigwerden? Wie soll man in die Schlafzimmer hineinleuchten? entgegenhalten, was das Bundesverfassungsgericht zur Fernwirkung von Strafnormen sagt.

Das Bundesverfassungsgericht sagt dazu: Die Fernwirkung einer Strafnorm, schon die bloße Existenz einer solchen Strafandrohung hat Einfluß auf die Wertvorstellungen und die Verhaltensweisen der Bevölkerung. So lautet Ihr Argument.

Jetzt meine Frage an Sie: Wie können Sie uns den Widerspruch erklären, daß Sie dies zwar als Argument für die Einführung einer neuen strafverschärfenden Maßnahme auf dem Gebiet des Sexualstrafrechts verwenden, daß Sie jedoch das gleiche Argument nicht gelten lassen, wenn es um die Bewußtseinsbildung auf dem Gebiet des Schutzes ungeborener Kinder geht? Das habe ich noch nie begriffen, und das werde ich erst begreifen, wenn Sie uns das hier klar und deutlich erklärt haben.

(Beifall)

Die andere Frage richtet sich an den Bundesvorstand, wer auch immer sich da angesprochen fühlt. Auch der Bundesvorstand sagt uns: Es soll keine Verschärfung des Strafrechts geben. Meine Frage: Was heißt „Verschärfung des Strafrechts“? Ist schon die verfassungskonforme Anwendung des geltenden Strafrechts, die ja in der Praxis eine Verschärfung bewirken muß, weil dann tatsächlich Fälle bestraft werden, die heute unter Mißbrauch des Gesetzes nicht bestraft werden, eine von uns abzulehnende Verschärfung?

Indem ich dies frage, stelle ich die weitere Frage: Weshalb sagt der Bundesvorstand: Wir wollen keine Verschärfung der Strafnormen –, wenn er selber solche vorschlägt? Er tut dies z. B. in der Ziffer 5 des Leitantrages, in der gefordert wird, daß in den ersten Wochen bis zur Nidation des befruchteten Eis künftig eine strafbare Handlung vorliegt, wenn dieser Keim getötet wird. Das hat ganz konkrete Folgerungen, z. B. für die Pille danach und für andere Dinge. Hier wird doch vom Bundesvorstand eine Verschärfung des Strafrechts gefordert. Das gilt auch für die Frage des Genmißbrauchs in Ziffer 7 unseres Leitantrages.

Wie kann also der Bundesvorstand – das bitte ich mir zu verdeutlichen; diese Frage stelle ich – sagen: Wir sind gegen eine Verschärfung des geltenden Strafrechts, wenn er selber solche Verschärfungen vorschlägt? Warum sind dann diejenigen im Irrtum, die wie wir sagen, auch der § 218 müsse zumindest einmal überprüft werden, und zwar daraufhin, ob er noch stimmt? Warum sind diejenigen nicht im Irrtum, die sagen, hier müsse eine Verschärfung kommen, aber dort nicht?

Diese beiden Fragen bitte ich zu klären. Sie dienen dem sachlichen Weiterkommen in der Frage, um die wir hier miteinander in allem gegenseitigen Respekt ringen. – Danke schön.

(Beifall)

Christa Thoben, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jäger. Als nächstes darf ich Herrn Günter Schwank aus Niedersachsen bitten.

(Günter Schwank: Ich habe mich zu etwas anderem gemeldet!)

Dann erteile ich Frau Barbara John das Wort.

Barbara John: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte ohne jeden Schnörkel auf einen Punkt hinweisen, der in der Debatte noch zu wenig beachtet worden ist. Wir haben gehört, daß über 50 % der Frauen, die sich zu einer Abtreibung entschließen, Mütter sind. Sie haben ein Kind oder mehrere Kinder. Zu diesen Müttern gehören natürlich auch Väter.

Diesen Frauen, meine Damen und Herren – so glaube ich –, müssen wir keinen Nachhilfeunterricht in puncto Lebens- und Kinderfreundlichkeit erteilen. Das haben sie gewiß nicht nötig. Aber man fragt sich natürlich, warum gerade auch diese Frauen in so großer Zahl zu diesem Mittel greifen.

Hier gibt es eine Erklärung: Für diese ist die Abtreibung ein bequemes Mittel zur Verhütung von Schwangerschaften. Woher kommt das? Diese Frauen, meine Damen und Herren, sind Opfer einer falschen Propaganda, die in den siebziger Jahren entstanden ist, und zwar als Protestpropaganda gegen die damals noch zu starre Form des § 218, also gegen das Verbot jeder Abtreibung, auch in Notlagen.

Wir müssen gegen diese törichte Einstellung, daß Abtreibung ungefährlich ist, vorgehen. Damals ist behauptet worden, eine Abtreibung habe die Dauer eines Kaffeeeklatsches, und eine Abtreibung sei weniger schmerzhaft als ein Zahnarztbesuch. Wir müssen diese Einstellung selber abtreiben. Dann, glaube ich, wird sich auch viel ändern. Es beginnt jetzt, meine Damen und Herren, zu dämmern – bei uns schon längst, aber auch bei anderen Parteien, etwa bei den Grünen oder bei der SPD –, daß Abtreibung barbarisch ist, daß sie ein medizinischer und sozialer und moralischer Rückschritt ist und kein Fortschritt, daß sie Tötung ist und daß sie für die Frauen Verletzung ist, und zwar Verletzung von Leib und Seele. Deshalb glaube ich: Dann, wenn wir diese falsche Einstellung bekämpfen können, werden wir viel erreichen, und dazu kann vor allem die Kampagne, die wir vorhaben, eine Menge beitragen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Christa Thoben, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Herr Böhr.

Christoph Böhr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dem sehr schwierigen Streit über den richtigen Weg hin zu einem besseren Schutz des ungeborenen Lebens bin ich persönlich in der Diskussion der letzten Jahre zu dem Ergebnis gekommen, daß der Skandal der Abtreibung in unserem Land kein juristisches Problem ist. Insbesondere Ernst Albrecht und Walter Wallmann haben heute mittag auf eine für mich sehr eindrucksvolle und überzeugende Weise darauf hingewiesen.

Wer den Gesetzestext des § 218 liest oder auch einmal genau die Formulierung der in der Diskussion ja sehr umstrittenen sogenannten Notlagenindikation studiert, wird in der Tat feststellen, daß das Problem hier nicht liegt. Natürlich hat Hubert Doppmeier recht, wenn er sagt, daß unser Recht und unsere Gesetze auch bewußtseinsbildend

wirken. Aber, meine Damen und Herren, unser Recht stellt die Abtreibung eben nicht straffrei, und schon gar nicht rechtfertigt es die Abtreibung, sondern das Gegenteil ist der Fall, und deshalb ist es keine Lösung, jetzt die Gesetze zu verändern.

(Zuruf: Wer will das denn?)

Die Frage stellt sich, so denke ich, anders, und wir alle müssen uns diese Frage sehr persönlich stellen. Wir dürfen sie nicht nur in der Zuspitzung im Hinblick auf den § 218 und die Entscheidung über Leben und Tod stellen, sondern müssen sie, glaube ich, perspektivisch etwas öffnen, weil sie sich in einem größeren Zusammenhang auch im Bewußtsein unserer Gesellschaft bewegt.

Was meine ich damit? Wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft, in einer Gesellschaft, in der der größte Teil der Menschen in unserem Lande materielle Not nicht leidet. Und wir leben in einer Gesellschaft, in der beispielsweise die Zahl der Kindesmißhandlungen von Jahr zu Jahr ständig steigt. Ich denke, das ist im Zusammenhang mit der Diskussion über eine kinderfreundliche Gesellschaft auch ein Skandal, und es ist auch eine Anfrage an das christliche Menschenbild, die wir uns stellen müssen.

(Beifall)

Natürlich ist es unsere Aufgabe, Anwalt des Lebens zu sein, Anwalt des Lebens dort zu sein, wo immer dieses Leben gefährdet ist. Es ist heute in vielfältiger Weise gefährdet. Es ist dort gefährdet, wo es um den Erhalt der Schöpfung geht. Es ist als ungeborenes Leben gefährdet, und es ist im Hinblick auf die neuen Möglichkeiten der Medizin gefährdet; zu denken ist an Fortpflanzungsmedizin, Embryonenschutz und Gentechnologie.

Das sind Fragen, die natürlich in einem sehr unmittelbaren Zusammenhang mit dem Bewußtsein in unserer Gesellschaft stehen. Denn in der Tat, meine Damen und Herren, wir dürfen und sollen bei dieser Diskussion nicht vergessen, daß es viele Bürger in unserem Land gibt, die meinen – und davon, so möchte ich sagen, guten Willens überzeugt sind –, daß das Selbstbestimmungsrecht der Eltern bzw. das Selbstbestimmungsrecht der schwangeren Frau gegen das Lebensrecht des Kindes ausgespielt werden könnte. Unsere Antwort in diesem Zusammenhang ist klar: Eine solche Abwägung darf es nicht geben, und eine solche Abwägung kann es nicht geben; das Lebensrecht eines Menschen hat immer Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Eltern bzw. der Frau.

Maßgeblich ist für uns aber die entscheidende Frage, über die wir diskutieren müssen, wenn wir uns dem Problem politisch nähern. Die entscheidende Frage ist, was der Staat in diesem Zusammenhang zu tun hat und was Aufgabe des Staates bei der Regelung auch eines besseren Schutzes des ungeborenen Lebens ist. Ich wende mich dagegen, daß wir – dieser Eindruck entsteht gelegentlich – von unserer persönlichen Verantwortung alzu viel an den Staat delegieren und meinen, der Staat sei im wesentlichen gefordert, und dann könnten wir uns mit unserer persönlichen Verantwortung weitgehend zurücknehmen. Politisch entschieden werden kann aber nur über das, was wir vom Staat erwarten dürfen. Weit mehr als der Staat sind wir persönlich gefordert.

Das, was uns da abverlangt wird, ist nicht wenig. Denn beispielsweise wird uns in unserem persönlichen Verhalten und in unserer persönlichen Einstellung der Verzicht auf jede Form der Verurteilung abverlangt, der Verurteilung der schwangeren Frau, der Verurteilung der Umstände und des Lebensumfeldes.

Es ist sicher richtig, daß der christliche Gott ein liebender Gott und zugleich ein strafender Gott ist, aber, meine Damen und Herren, als Christen haben wir nicht das Recht, für ihn und an seiner statt zu strafen, sondern für uns als Christen stellt sich die Aufgabe anders; von uns als Christen wird die helfende Solidarität erwartet. Wir dürfen die Eltern bzw. die schwangere Frau in ihrer Not nicht alleinlassen. Wir müssen uns an ihrer Seite fühlen, und das nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten praktischer Solidarität.

Dazu gehört, daß wir das Beratungswesen neu ordnen, was jetzt von dieser Bundesregierung beabsichtigt ist. Denn der Skandal der Abtreibung in unserer Gesellschaft ist eben ein Skandal der Praxis des § 218. Der Skandal der Abtreibung ist vor allem und zunächst ein Skandal einer fehlgeleiteten Beratung, wie sie in unserem Lande in den letzten Jahren mehr und mehr erfolgte.

Deshalb brauchen wir eine Beratung, die sich nicht gegen das Lebensrecht des Kindes ausspricht. Wir brauchen eine Beratung, die ganz unzweideutig und ganz unmißverständlich zugunsten des Lebens, zugunsten des Schutzes des ungeborenen Kindes tätig wird.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Offensive für das Leben in unserer Partei, in unserer Gesellschaft, und wenn dieser Parteitag seinen Sinn erfüllt, dann geht diese Offensive für das Leben von diesem Parteitag und von dieser Diskussion aus. Das ist meine Bitte.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

Frau Christa Thoben, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Böhr.

Bevor ich Herrn Kroll-Schlüter das Wort erteile, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß wir im Anschluß an diese Generaldebatte die Generaldebatte zu Punkt 2 aufrufen werden, danach die Generaldebatte zu Punkt 3 und anschließend die Einzelberatung.

Bitte, Herr Kroll-Schlüter!

Hermann Kroll-Schlüter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Keine Partei hat so viel getan, keine Partei tut so viel, keine Partei wird so viel für das ungeborene Leben tun wie die Union, wie die CDU. Um so wichtiger wäre es, auch auf den untersten Ebenen der Gemeinden durch praktische Taten zu überzeugen. Es dürfte in den kommenden Monaten und Jahren keine einzige Gemeinde, die eine CDU-Mehrheit hat, kein einziges CDU-geführtes Rathaus mehr ohne einen Fonds zur Solidarität mit dem ungeborenen Leben, ohne einen Fonds für Familien in Not, ohne einen Familienpaß, ohne eine besonders familienfreundliche Förderungsstruktur geben.

(Zustimmung)

Meine zweite Bitte ist: Wir sollten das notwendige Bewußtsein nicht gegen möglicherweise notwendige gesetzgeberische Maßnahmen ausspielen. Es gibt durchaus

Gesetze, die das Bewußtsein prägen, es gibt durchaus Gesetze, mit denen man vorangeht, um ein bestimmtes Bewußtsein zu erreichen, und es gibt durchaus Gesetze mit Signalwirkung. Warum nicht auch in diesem Bereich? Das von vornherein auszuschließen wäre falsch, zumal wir ein Gesetz haben, mit dem wir, wenn es eingehalten würde, auch eine viel bessere Situation zum Schutz des ungeborenen Kindes hätten.

Das Dilemma besteht darin: Wir haben ein Gesetz mit Indikationenregelung, das für eine Fristenregelung mißbraucht wird. Das ist das Dilemma, und das muß auf Dauer korrigiert werden, wenn nicht durch Gesetzesänderung, dann durch praktische Taten wie z. B. durch ein entsprechendes Beratungsgesetz. Aber so, wie es ist, kann und darf es nicht bleiben, wenn wir ernstgenommen werden wollen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich habe eine dritte Bitte. Viele neue Herausforderungen beantworten wir mit neuen Gesetzen. Warum nicht auch da, wo es fundamental um das Leben geht? Deswegen, wenn wir es jetzt nicht machen wollen, weil wir noch in einem Prozeß sind – und wir sind in einem guten Prozeß –, bitte nichts für alle Zeit ausschließen, denn es könnte an uns die Frage gerichtet werden: Warum habt ihr, wo ihr auf anderen Gebieten Änderungen vorschlagt, nicht auch diese Frage geprüft? Und bitte, unterstellen Sie uns, die für eine Änderung plädieren, nicht, wir wollten eine Verschärfung. Es geht um eine Verbesserung und nicht um eine Verschärfung. Eine Verschärfung wäre tatsächlich keine Verbesserung.

(Vereinzelt Zustimmung)

Eine letzte Bitte. Es ist gesagt worden und es steht geschrieben – leider –, alle internationalen Erfahrungen besagten, daß Verschärfungen von Gesetzen nicht zur Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Kindes führen. Meine lieben Freunde, diese Aussage ist nicht haltbar, sie ist teilweise falsch. Mit ihr sollten nicht neue Irrtümer aufgebaut werden. Sie würde eine weitere fruchtbare Diskussion, wie wir sie heute nachmittag geführt haben, nur belasten. Es gibt solche, aber es gibt auch andere internationale Erfahrungen, die durchaus nahelegen, daß zumindest durch eindeutigere Gesetze der Schutz des Lebens verbessert werden kann. Meine Bitte ist also, diese These nachher auch im Antrag aufzugeben. Sie ist nicht stichhaltig genug. Sie bedarf der soliden Prüfung, wenn man in einer so solide geführten Diskussion damit bestehen will.

Meine Bitte ist also, daß Sie aus dieser Diskussion lernen, von keiner Verschärfung sprechen, Bewußtsein nicht gegen das Gesetz richten, die internationalen Erfahrungen sorgfältiger untersuchen, um daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen zu können. Im übrigen können wir stolz auf eine solche Diskussion sein, denn wir sind in der Tat die einzige Partei, die derweil in der Lage ist, eine solche Diskussion zu führen und sie – dort schließt sich der Kreis – in den Rathäusern mit praktischen Taten fortzuführen. Das wäre das Überzeugendste, was von diesem Parteitag ausgehen könnte.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Grundsatztreu und zukunfts offen
Die Volkspartei der Mitte

CDU
Die Zukunft

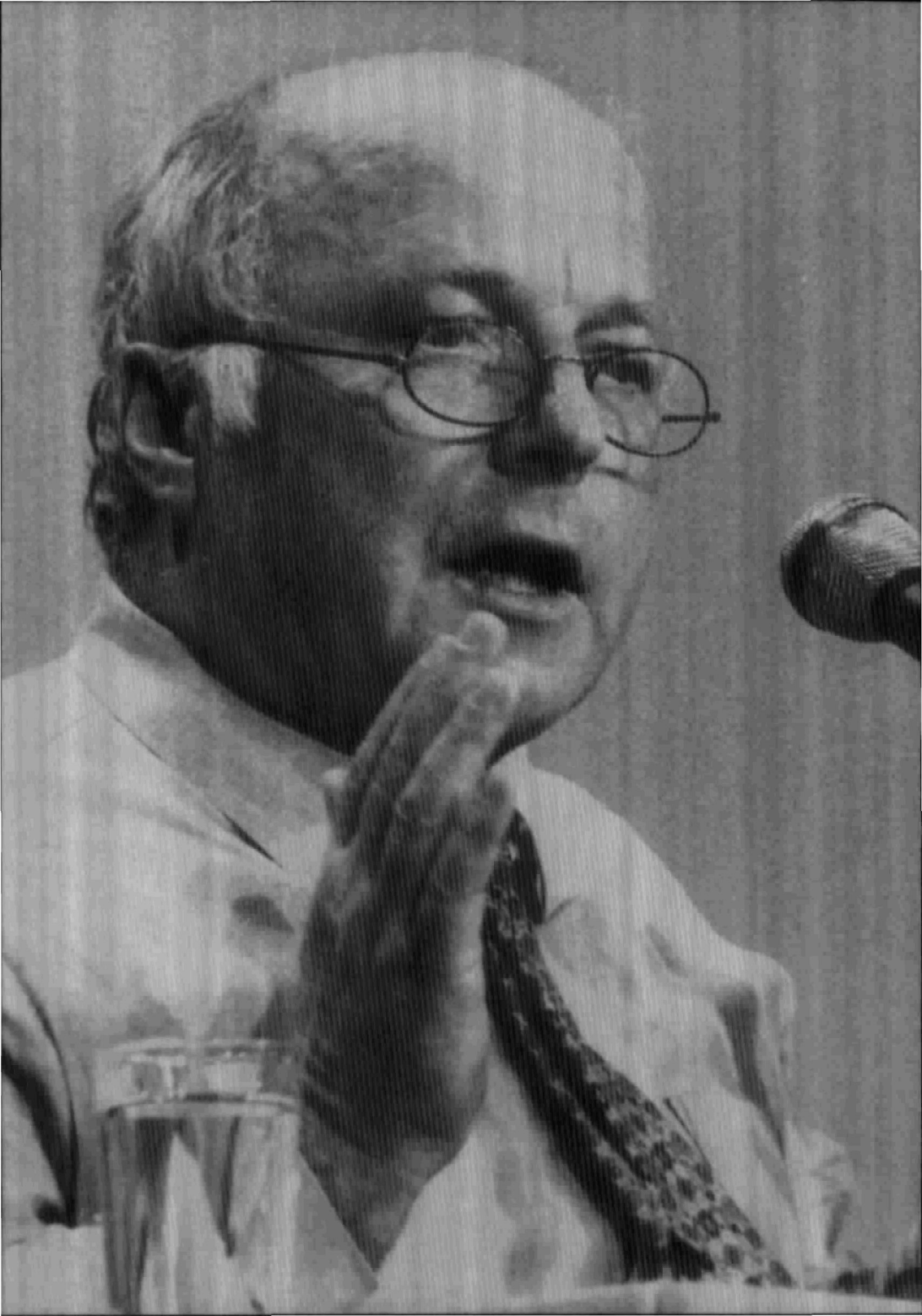




















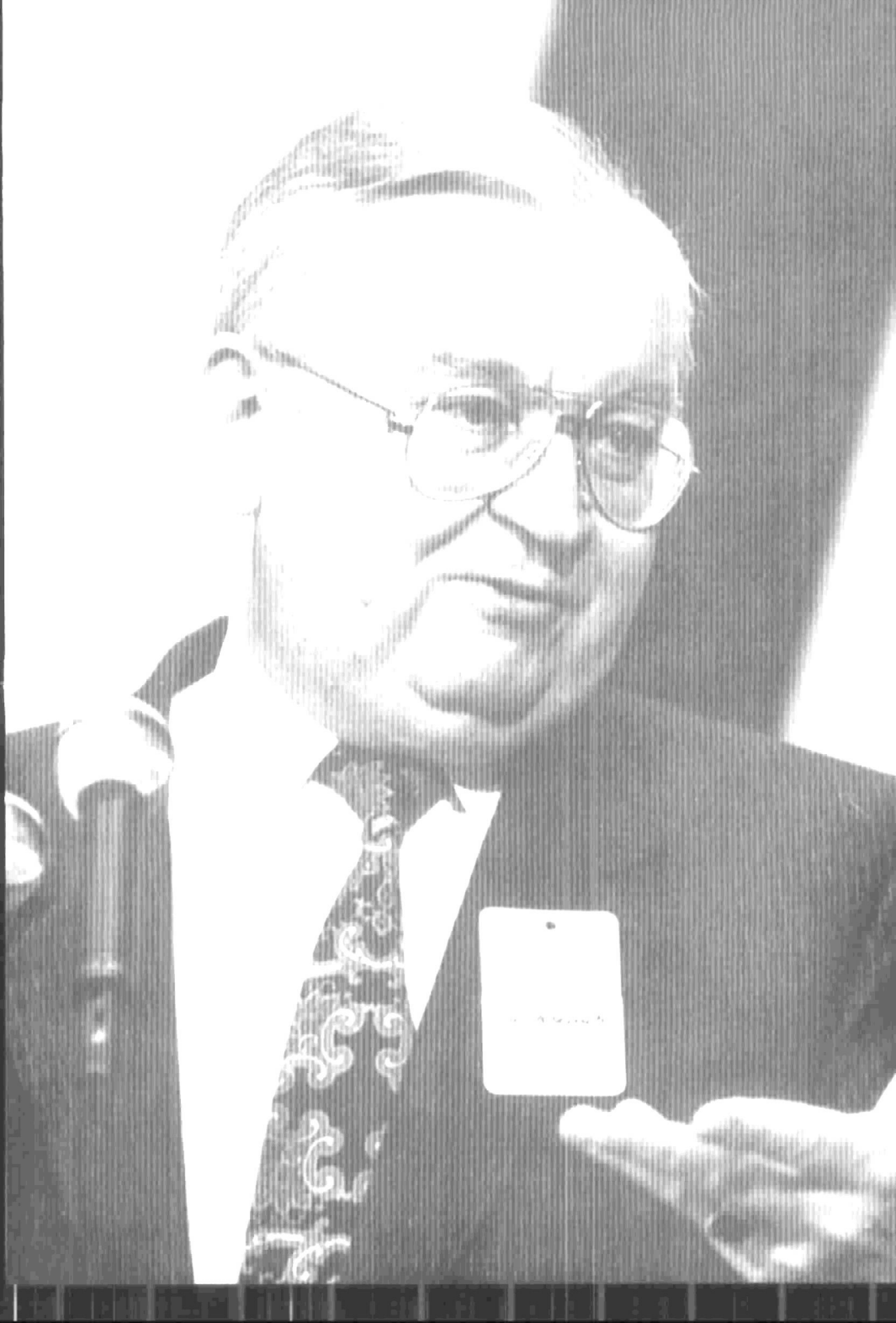




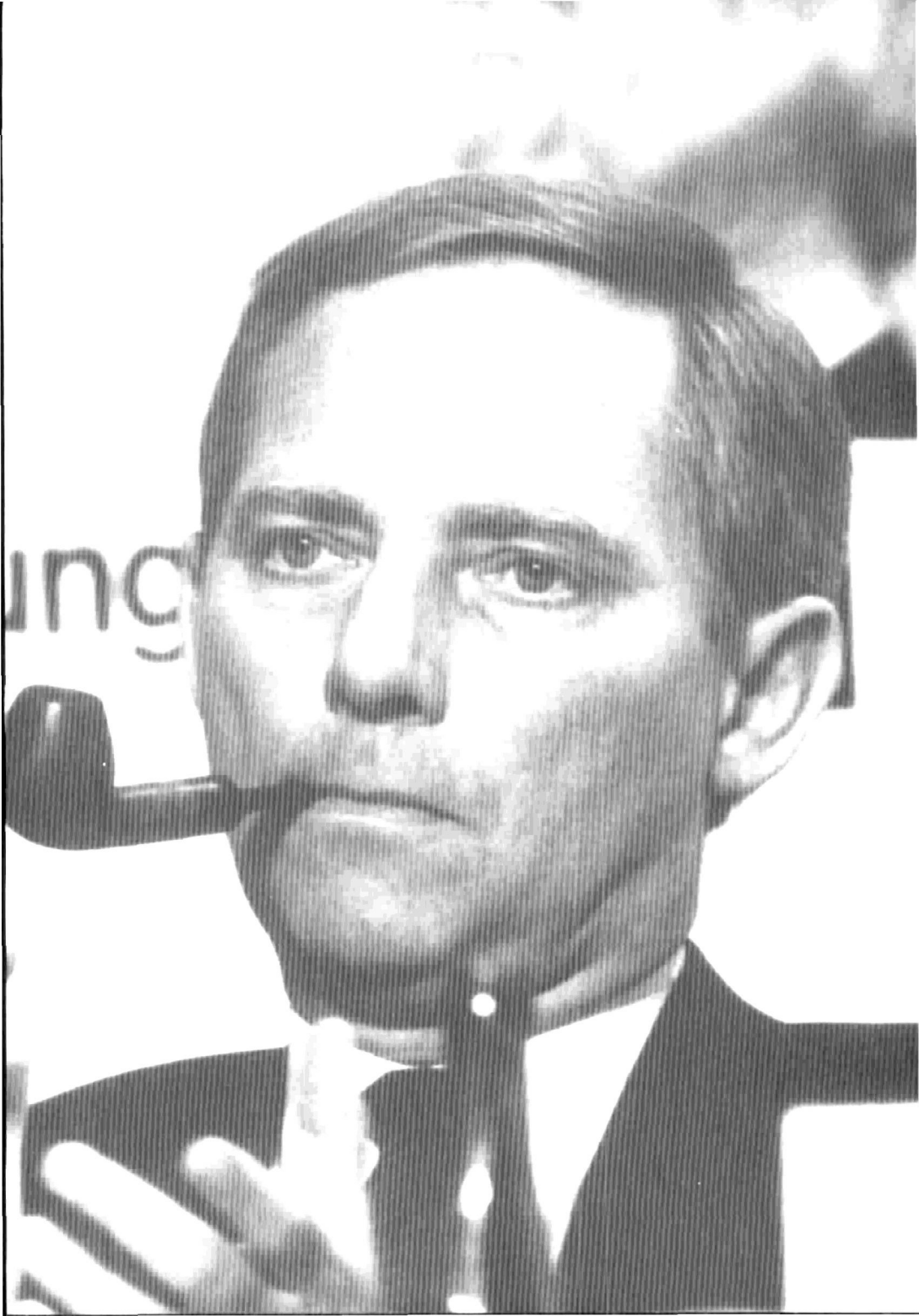




CDU





















Frau Christa Toben, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich darf nunmehr Herrn Dr. Jahn bitten.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! In Absprache mit Herrn Ministerpräsidenten Wallmann möchte ich ein Mißverständnis ausräumen. Herr Ministerpräsident Wallmann ist in seinem Wortbeitrag davon ausgegangen, daß ich für eine Strafverschärfung des § 218 eingetreten wäre. Dies ist nicht der Fall. Er hat mich gebeten, daß ich das hier klarstelle und mit seinem Einvernehmen mitteile, daß er von der Situation ausgegangen ist, daß ich für die Verschärfung sei. Ich bin gegen eine Strafverschärfung und möchte das noch einmal zum Ausdruck bringen.

Ein zweiter Satz. Wenn in einer pluralistischen Gesellschaft das Ideal schon nicht erreicht werden kann, dann haben wir die Situation, daß wir Abschied nehmen vom Ideal. Wir sind nicht die letzten Richter und im subjektiven Bereich erst recht nicht. Dazu stehe ich. Deshalb muß man Verständnis für alle Konfliktsituationen haben. Davon unabhängig plädiere ich allerdings dafür, daß das, was geschieht, im objektiven Bereich nicht als Recht bezeichnet werden kann. Herr Ministerpräsident Albrecht hat heute morgen von der sittlichen Norm gesprochen. Er hat einen Unterschied zwischen der subjektiven Seite und dem objektiven Bereich gemacht. Was objektiv geschieht, muß dann natürlich auch beim Namen genannt werden. Wir dürfen uns nicht anmaßen, das Ideal der Wirklichkeit anzupassen. Deshalb noch einmal: Ich plädiere für die Annahme des Leitantrages. Wir bringen im subjektiven Bereich Verständnis auf. Im objektiven Bereich ist Abtreibung nicht nur Tötung, sondern auch Unrecht.

(Beifall)

Frau Christa Thoben, Tagungspräsidium: Zum Schluß dieser Generaldebatte hat Frau Minister Süßmuth das Wort. Bitte schön!

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Frau Präsidentin! Ich möchte nicht lange reden, aber Herr Jäger hat eine Frage gestellt. Diese Frage zieht sich durch unsere Diskussion wie ein roter Faden. Ich stelle hier noch einmal klar und wiederhole es: Die Suche nach einem hilfreichen Weg, die Zahl der Abbrüche zu verringern, ist nicht zu verwechseln mit der Notwendigkeit klarer, das Leben schützender Rechtsnormen. Niemand verzichtet oder will auf Rechtsnormen oder sittliche Gebote verzichten. Es gehört nicht nur zum Grundgesetz, sondern auch zu unserem Strafrecht, daß klar ist, daß das menschliche Leben geschützt werden muß und unverfügbar ist. Das geht hier nämlich laufend durcheinander. Es geht nicht darum, sittliche Normen aufzugeben, es geht auch nicht darum, Rechtsnormen aufzugeben, aber es geht sehr wohl um die Frage, wie die Rechtsnorm auf der einen Seite und menschliche Einstellung und menschliches Handeln auf der anderen Seite besser miteinander in Einklang gebracht werden kann. Herr Wallmann hat das heute nachmittag auch noch einmal gesagt. In der Bundesrepublik fehlen nicht die Rechtsnormen. Die Rechtsnormen sind da. Sie werden nur nicht in der Weise eingehalten, wie es das Recht fordert.

Nun zu der Frage der Vergewaltigung in der Ehe. Hier liegt kein Widerspruch vor, denn so, wie es gilt, Kinder durch Rechtsnormen zu schützen, gilt es auch, Frauen nicht nur außerhalb, sondern auch in der Ehe vor Vergewaltigung zu schützen. Das verlangt die Würde der Person, hier die Würde der Frau. Damit ist das hoffentlich klar.

(Beifall – Zuruf: Die Frage ist nicht beantwortet!)

Frau Christa Toben, Tagungspräsidium: Damit ist die Generaldebatte zum ersten Teil des zweiten Leitantrages abgeschlossen. Ich rufe den zweiten Teil des Leitantrages auf.

(Zuruf)

– Ja, bitte schön.

Volker Kauder: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte eine Anregung machen, ob es nicht sinnvoller wäre, jetzt die Einzelanträge, die zum ersten Teil vorliegen, zu beraten und zu verabschieden, statt in eine neue Generaldebatte einzutreten und morgen mit all den Themen wieder anzufangen. Wir verlieren den Bezug. Es bietet sich an, die §-218-Diskussion mit den Anträgen abzuschließen, und dann das nächste Thema zu behandeln.

(Beifall)

Ich stelle diesen Antrag.

Frau Christa Toben, Tagungspräsidium: Ich darf geschäftsleitend vortragen, daß heute morgen niemand widersprochen hat, als der zu dem Zeitpunkt amtierende Tagungspräsident das so vorgeschlagen hat, wie wir es hier jetzt abwickeln.

(Widerspruch)

– Selbstverständlich!

(Weitere Zurufe)

– Ist das ein formeller Geschäftsordnungsantrag, den Sie gestellt haben?

(Volker Kauder: Ja!)

– Dann muß ich fragen, ob jemand gegen diesen Antrag sprechen möchte. – Dann darf ich Sie bitten, über diesen Antrag abzustimmen. Wer dafür ist, dem Votum des Tagungspräsidiums zu folgen und die Generaldebatte fortzusetzen, den darf ich um ein Kartenzeichen bitten.

(Lebhafter Widerspruch)

– Ich höre gerade, die Antragsteller haben Anspruch darauf, daß Ihr Antrag als erster zur Abstimmung gestellt wird. – Herr Ministerpräsident Späth.

Lothar Späth: Hier ist eine Geschäftsnotlage, um das Ding beim Namen zu nennen. Ich halte es für nicht ganz unbedenklich, wenn im Hinblick auf die Idealkonkurrenz von Fußball und Abstimmungslage zu überlegen ist, ob nicht bei den Abstimmungen zu allen Punkten möglichst eine große Präsenz sein sollte.

(Beifall)

(Zuruf von Volker Kauder)

– Da wir beide anwesend sind, brauchen wir uns das nicht vorzuwerfen. Ich habe mich auch erst nach der dritten Pause zu Wort gemeldet und handle gewissermaßen im nicht bekannten Auftrag. Mir persönlich, der ich hier die ganze Zeit über anwesend sein werde, ist es egal, wie verfahren wird. Ich weise aber darauf hin – das gehört zum Stil –, daß es nach außen nicht gut aussieht, wenn die einen vor dem Fernsehschirm sitzen und ein Fußballspiel verfolgen und die anderen nach einer so guten Debatte, wie wir sie geführt haben, hier an der Abstimmung teilnehmen. Insofern kann man über die Frage nachdenken, ob man in der nächsten Stunde nicht die Generaldebatte über die anderen Punkte führen und danach zur Abstimmung kommen sollte. Man kann es so oder so machen. Grundsatztreu ist das Verfahren, das die anderen

verlangen. Praktisch und in der Wirkung nicht schlecht wäre es, das andere Verfahren zu erwägen, ohne sich dabei zu verkrampfen. Mir ist es egal, wie die Abstimmung ausgeht. Ich habe es nur übernommen, die Gegenposition vorzutragen, die hier niemand vortragen wollte. Vielleicht erleichtert dies das Nachdenken.

(Beifall)

Frau Christa Thoben, Tagungspräsidium: Wir stimmen jetzt über den Geschäftsordnungsantrag ab. Wer dafür ist, jetzt in die Einzelberatung und nicht in die Generaldebatte über die folgenden Abschnitte des Leitantrages einzutragen, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit.

Wir treten damit in die Einzelberatung des ersten Abschnittes des Antrags des Bundesvorstandes ein. Dazu gehören die Anträge A 0 bis A 10. Sie sind auf den Seiten 3 bis 5 der Antragsbroschüre zu finden. Wird dazu das Wort gewünscht? – Als erster hat Herr Hans, Kreisverband Neunkirchen, Saar, das Wort.

Peter Hans: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich spreche zu Antrag A 5, den Sie auf Seite 4 der Antragsbroschüre finden. Wir haben Ihnen darin eine Neuformulierung der Präambel vorgelegt, und zwar ganz einfach deshalb, weil wir der Meinung sind, daß die ursprüngliche Form der Präambel im Kommissionsentwurf wesentlich besser ist als das, was uns der Bundesvorstand jetzt vorgelegt hat. Zunächst einmal stört uns, daß – anders als im Entwurf angegeben – der Begriff „Präambel“ gar nicht mehr auftaucht. Der Leitantrag wird also nicht mehr von einer Präambel eingeleitet. Am Anfang des Leitantrages steht vielmehr eine Einleitung oder ein Vorwort. Wir meinen, daß gerade der Begriff „Präambel“ suggeriert, daß im folgenden etwas Wichtiges abgehandelt wird. Deshalb haben wir auch unser Grundsatzprogramm und alle folgenden Programme mit einer Präambel eingeleitet. Das ist für uns allerdings nur ein formaler Aspekt. Inhaltliche Punkte sind wesentlich wichtiger.

Im Kommissionsentwurf tauchte zum erstenmal in einem Programm der CDU eine explizite Definition dessen auf, was der Begriff „christliches Menschenbild“ eigentlich beinhaltet. Dieser Begriff ist jeweils nur im Rahmen der dazu geleisteten Diskussionsbeiträge, die in den Protokollen ihren Niederschlag gefunden haben, erläutert und definiert, nie aber in einem Programm selber. Wir schlagen deshalb vor, diesen Begriff wenigstens in einem Halbsatz zu definieren, damit die Adressaten – diese können das sicherlich erwarten – zumindest wissen, was wir unter diesem zentralen Begriff verstehen. Im Antrag des Kreisverbandes Neunkirchen haben wir diese Passage aufgenommen und das christliche Menschenbild als den Glauben an die Gottesebenbildlichkeit jedes Menschen definiert.

Unser Antrag beläßt es aber nicht bei dieser Definition. Wir sind ja zuweilen in der Gefahr, den Begriff des christlichen Menschenbildes wie eine Monstranz vor uns herzutragen, ohne ihn näher zu hinterfragen. Deshalb schließen wir konkrete Ableitungen aus dieser Definition an und deklinieren auf der Basis meines Beitrages auf dem letzten Bundesparteitag durch, was christliches Menschenbild bedeutet, was es für die Alten, für die Behinderten, kurz, für all die Gruppen bedeutet, die wir in unserem Papier ansprechen.

Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde, in diese Ableitungen haben wir aus dem Kommissionsentwurf auch die Achtung vor dem politischen Gegner mit aufgenommen. Ich meine, die CDU kann es sich gerade in der gegenwärtigen Diskussion nicht leisten, eine solche Passage aus dem ursprünglichen Entwurf einfach zu streichen. Wenn diese Passage in dem Kommissionsentwurf nicht enthalten gewesen wäre, könnte man sicherlich darauf verzichten. Wenn wir die Passage jetzt aber streichen, gibt dies sicherlich zu Mißdeutungen Anlaß.

Im nächsten Abschnitt haben wir dann versucht aufzuzeigen, was uns von den anderen Parteien unterscheidet. Wir stellen zur Zeit fest, daß es in der Mitte des politischen Spektrums ein erhebliches Gedränge gibt, weil CDU, SPD und FDP sich dort angesiedelt sehen. Unsere Parteifreunde fragen uns immer wieder: Worin unterscheidet sich eigentlich der Begriff der christlichen Freiheit vom Freiheitsbegriff der Liberalen oder vom sozialistischen Freiheitsbegriff? Wir haben versucht, auch darauf eine Antwort zu geben.

Die Stellungnahme der Antragskommission zu unserem Antrag besagt, daß unser Antrag durch die Beschlußfassung des 26. Bundesparteitages zum Grundsatzprogramm als erledigt zu betrachten sei. Ich halte diese Begründung gewissermaßen für charmant, wenn ich mir vorstelle, daß der uns jetzt vorgelegte Entwurf des Bundesvorstandes zu drei Vierteln aus einer Übernahme dieses Grundsatzprogramms besteht. Wenn diese Übernahme durch das Grundsatzprogramm nicht erledigt ist, verstehe ich die Welt nicht mehr.

Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde, zum Schluß noch ein Wort an die Kolleginnen und Kollegen aus den Kreisverbänden. Als unterste antragsberechtigte Gliederung stellen wir hier sozusagen die Basis dar. Wir vertreten die Parteilbasis in besonderer Weise. Warum sollte es einem kleinen Kreisverband nicht einmal möglich sein, die Präambel zu einem wichtigen Parteiprogramm zu schreiben? Das muß nicht immer der Bundesvorstand tun. Das müssen nicht immer Kommissionen, in denen erlauchte Köpfe versammelt sind, tun.

Aus all diesen Gründen darf ich Sie bitten, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen und dem Antrag des Kreisverbandes Neunkirchen Ihre Zustimmung zu geben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Hans. Als nächster hat sich Herr Schwank aus Niedersachsen gemeldet. Er möchte zu Antrag A 3 sprechen.

Günter Schwank: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag A 3 und bin mir darüber im klaren, daß ich Sie eigentlich schon aus methodischen Gründen – es geht letzten Endes ja nur um ein Zitat in der Präambel – nur schwer dafür gewinnen kann, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen. Dennoch möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß ich mich nur schwer mit der zitierten Textpassage aus dem Jahr 1978 – bei allem Respekt vor unserem Grundsatzprogramm – einverstanden erklären kann. Hier liegt für unser Gefühl doch eine sehr einseitige Betonung der freien Entfaltung vor.

Wenn schon von einem christlichen Menschenbild gesprochen wird, muß nach unserer Überzeugung von vornherein der Aspekt der Verantwortung für den anderen mit genannt werden, einerseits um die Richtung anzudeuten, in der Freiheit sich zu entfalten hat, andererseits um damit, wie wir meinen, einem zu individualistischen Verständnis – in Klammern sei angemerkt, daß es in der bemerkenswerten Debatte der letzten Stunden durchaus Abgrenzungen in der konkreten Sachfrage gab – von Anfang an entgegenzutreten und außerdem darauf hinzuweisen, daß Freiheit auch durch die Verpflichtung gegenüber dem anderen begrenzt oder relativiert wird.

Wir meinen also, daß das in unserem alten – oder vielleicht auch: alt gewordenen – Programm zu individualistisch klingt.

In Anknüpfung an meinen Vorredner würde ich darüber hinaus noch gern anfügen, daß außer unserem Kreisverband noch insgesamt neun Verbände Vorschläge zur Präambel unterbreitet haben. Zweierlei ist dem sicher zu entnehmen: Wie immer Sie entscheiden, es wird erstens sinnvoll sein, daß Zitate aus unserem Grundsatzprogramm zukünftig nicht so undifferenziert in einen Leitantrag übernommen werden, und zweitens ist es vielleicht auch sinnvoll, den Bundesvorstand anzuregen, daß man über eine Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms nachdenken kann.

Danke schön.

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Schwank.

Als nächster hatte sich Herr Gerhard Hörz gemeldet.

Gerhard Hörz: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Esslingen hat den Antrag gestellt, die Perspektiven, die die CDU hier aufweist, auf die internationale Ebene weiterzutragen, und zwar mit der Begründung, daß uns ja immer wieder der Vorwurf des Abtreibungstourismus gemacht wird. Denn der Holland-Tourismus, um dieses Wort einmal zu nehmen, beinhaltet ja, daß wir unsere Gedanken auch auf europäischer Ebene zu vertreten haben. Was für den Artenschutz gilt, muß auch für die Menschen gelten.

(Zustimmung)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für alle fleißigen Delegierten, die auch im Plenum des Bundesparteitages mitarbeiten, darf ich den vorläufigen Stand des Fußballspiels Deutschland : Dänemark bekanntgeben: Es steht 1 : 0 für Deutschland.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung der Anträge A 0 bis A 10. Wünscht ein Sprecher der Antragskommission das Wort? – Bitte schön, Herr Teufel.

Erwin Teufel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission und der Bundesvorstand haben sich für ein Zitat aus dem Grundsatzprogramm der Union als Präambel entschieden. Ich glaube, das kann man nur ganz verändern, man kann aber nicht einzelne Sätze verändern.

Grund war, daß wir glauben, daß man etwas, wenn es gut formuliert ist, nicht unbedingt ändern muß. Wir glauben, daß wir ein gutes Grundsatzprogramm haben, das auch heute noch auf der Höhe der Zeit ist.

(Zustimmung)

Wir sollten zwar nicht bei den anderen Passagen, wohl aber in der Präambel auf dieses Grundsatzprogramm zurückgreifen.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Präambel bei einer Gegenstimme angenommen.

Wir kommen nun zu Kapitel I: Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden. Das sind alle A-Anträge.

Ich rufe die Ziffer 1 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 11 bis A 23, Seite 5 bis 7 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Dem Tagungspräsidium liegen keine Wortmeldungen vor. Wird von seiten der Antragskommission das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Abschnitt einstimmig angenommen.

Ich rufe nun die Ziffer 2 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 24 bis A 34, Seite 7 und 8 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wird dazu von seiten der Antragskommission das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Auch dazu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei vier Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe nun die Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 35 bis A 46, Seite 8 bis 10 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags.

Es liegen dazu einige Wortmeldungen vor. Das Wort zum Antrag A 38 und A 39 hat zunächst Herr Lennartz.

Leo Lennartz: Schönen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren, wir sind heute nachmittag in der Diskussion vor allen Dingen immer wieder der Frage des Schutzes des ungeborenen Lebens, der Frage des Schutzes des ungeborenen Kindes und den ganzen damit zusammenhängenden Fragen nachgegangen.

Der Antrag A 38 bezieht sich auf einen Sonderfall, nämlich auf die Formulierung in der Ziffer 3:

Besteht eine Unfruchtbarkeit unter Ehepartnern, so ist eine künstliche Befruchtung durch Übertragung des Samens wie auch – sofern notwendig – eine Übertragung des außerhalb des Mutterleibes erzeugten Embryos als Heilverfahren ethisch und rechtlich vertretbar, wenn Keimzellen der Ehepartner verwendet werden.

Hier wird praktisch in einem Nebenteil eine explosive Situation angesprochen, nämlich die ganze Frage der außerkörperalen Befruchtung. Es wird zwar gesagt: außerkörperale Befruchtung nur für den Fall, daß ein Ehepaar vorhanden ist, das aus bestimmten, gesundheitlich bedingten Gründen ein Kind nicht haben kann.

Aber wenn ich das hier zulasse, stellt sich mir doch die Frage, ob ich das denn überhaupt darf. Und das ist ja der Punkt, worüber wir heute morgen schon gesprochen haben. Was auch in der Diskussion herauskam, insbesondere wieder bei Norbert Blüm, ist die Frage: Darf man Menschen machen?

Wir müssen uns die Frage stellen: Was geht hier vor? Wir wissen, wir haben das eindeutig klargestellt. Ich bin dankbar dafür, daß es auf diesem Parteitag endlich einmal mit dieser Klarheit gesagt worden ist, denn wir haben dazu ja schon eine Reihe von Parteitagen gehabt: Der Mensch beginnt im Augenblick seiner Zeugung. Es ist ein Mensch, es ist eine Person, und es ist jemand, der eine unsterbliche Seele hat.

Und das ist der Punkt, der gestern morgen – das wußte ich gar nicht – in der Predigt von Bischof Kamphaus angesprochen worden ist, der uns darauf hingewiesen hat, daß hier ja wohl eine Grenze für das menschliche Tun ist, die zu überschreiten nicht erlaubt ist.

Ich war an sich etwas erstaunt, daß wir der einzige Kreisverband sind, der zu diesem Punkt einen Antrag gestellt hat. Das ist zwar vielleicht etwas im Juristendeutsch formuliert, damit man den Antrag hinbekommt. Aber das, was wir mit Antrag 38 zu streichen beantragt haben, beinhaltet nichts anderes, als daß wir sagen: Außerkörperale Befruchtung ist unzulässig. Es ist dem Menschen nicht erlaubt – aus welchen wohlgemeinten Gründen auch immer –, einen Menschen zu zeugen, durch einen Arzt praktisch herstellen zu lassen. Wir haben hier eine Situation, über die wir uns hier schlüssig werden müssen.

Wenn Sie dem Antrag A 38 folgen, dann haben Sie zu diesem Punkt abschließend noch nichts gesagt. Wenn Sie der Vorlage zu Ziffer 3 folgen, dann haben Sie allerdings für die CDU erklärt, daß die CDU die außerkörperale Befruchtung zuläßt.

Und dann frage ich Sie in der Öffentlichkeit, was ich in den letzten zwei Tagen einige Damen und Herren hier gefragt habe: Wer wird denn dann unterscheiden, ob eine extrakörperale Befruchtung im Sinne des Parteitagsbeschlusses unter Eheleuten oder eine extrakörperale Befruchtung zu ganz anderen Zwecken stattfindet?

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir, wenn wir den Menschen dem Arzt, einem Dritten, in die Hand geben, keine Möglichkeit mehr haben, ihn so zu schützen, wie wir ihn schützen müssen; denn dann kommen wir in die gesamte Problematik dessen hinein, was sich in den folgenden Anträgen widerspiegelt, der Frage nämlich: Was geschieht denn mit Embryonen, die überzählig sind? Die können wir ja wohl nicht ewig im Kühlschrank verwahren. Wenn wir davon ausgehen, daß das Menschen sind, dann ist es eine völlig inhumane Art, damit so umzugehen. An irgendeiner anderen Stelle heißt es dann: Embryonen dürfen aber nicht nur zum Zwecke der Forschung erzeugt werden. Dies zeigt doch, meine Damen und Herren, auf welchem gefährlichen Trip wir sind. Wir können hier nur sagen: Es ist erlaubt, oder es ist nicht erlaubt. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

Wir haben die Diskussion mit diesem Antrag so zugespitzt, um Sie zu bitten und Sie aufzufordern, über diesen Punkt nachzudenken. Wir halten es für unbedingt notwendig, daß dieser Punkt jetzt geklärt wird, denn es hat niemand von uns die Möglichkeit, sich morgen oder übermorgen zu entschuldigen, wenn Sie die Nummer 3 angenommen haben. Dann wird Sie jeder fragen: Hast du nicht gewußt, worüber du abstimmt?

Wenn wir wissen, wie extrakorporale Befruchtungen heute durchgeführt werden und zu welchen Zwecken die gesamte Technik dieser Dinge überhaupt entwickelt worden ist, dann, so muß ich Ihnen sagen, ist die Vorstellung des Bundesvorstandes, einem kinderlosen Paar zu helfen, sicherlich ehrenwert. Wenn es alleine darum ginge, jemandem ohne ethische Schwierigkeiten zu helfen, dann wäre ich der letzte, der dem nicht zustimmen würde. Aber es geht hier nicht darum – das muß ich dem Bundesvorstand sagen –, einem kinderlosen Paar zu helfen. Wenn man diese Möglichkeit eröffnet, dann werden Sie Dämme einreißen, die jetzt noch bestehen, dann werden Sie das ungeborene Kind nämlich vor allen Dingen denen in die Hand geben, die ein Interesse – ich muß es sagen – an geschäftlicher, industrieller Ausnutzung des Lebensrohstoffes Mensch haben. Das ist eine Situation, die Sie heute überlegen müssen und vor der wir uns auch nicht drücken können.

Die Situation ist die, daß wir bereits heute ganz spezielle Verfahren der Manipulation haben. Ich will vielleicht eines noch dazu sagen: Jeder dieser künstlichen Menschen, ob er im Leib einer Mutter zum Geborenwerden heranreift oder nicht, ist ja von vornherein durch einen Dritten manipuliert. Er ist nicht auf Grund der natürlichen Entwicklung entstanden, sondern er ist von Anfang an selektiert und manipuliert. Ich kann mir vorstellen, daß mir jemand widerspricht, aber ich glaube nicht, daß Sie mir, wenn Sie das ruhig überdenken, nicht doch zustimmen werden: Dieser Mensch ist von Anfang an manipuliert. Der Embryo – das sage ich zum Schluß –, der übrigbleibt und in die verbrauchende Forschung geht, dieser Mensch ist in einem Maße – jetzt muß ich das böse Wort von Honecker benutzen – aus dieser Gesellschaft ausgegrenzt, wie wir es uns schlimmer nicht vorstellen können, denn wir lassen ihn zu dieser Gesellschaft ja überhaupt nicht zu. Wenn wir auf dem Hintergrund dessen, was wir heute diskutiert haben, mit Menschen so umgehen, dann, meine Damen und Herren, kommen wir natürlich in ganz große Schwierigkeiten.

Ich möchte Sie mit dem Antrag von Euskirchen auffordern, daß wir die Frage der extrakorporalen Befruchtung in dieses Papier auf keinen Fall aufnehmen, dann aber das Papier, das sich auf diese Punkte erstreckt, an den entsprechenden Stellen auch ändern. In dieser Weise verhält sich Antrag A 39, mit dem wir gesagt haben: Wenn man sich dazu entschließt – insofern widerspricht Antrag A 39 dem Antrag A 38 –, dann kann es in der Ehrfurcht vor einem einzelnen Embryo, einem einzelnen Menschen nur richtig sein, daß man dann eben nur einen Menschen der Mutter einpflanzt, und nicht etwa vier, fünf oder sechs, wie das heute die Regel ist.

Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Lennartz.

Ich rufe nun Professor Buchkremer auf.

Herrmann Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben bei dem letzten Beitrag gesehen, was uns in nächster Zeit bevorsteht. Ich bin weder Theologe, weder Philosoph, ich bin nicht Mediziner, auch nicht Jurist – ich bin Naturwissenschaftler. Sie können sich nicht vorstellen, was da für Probleme auf uns zukommen. Wenn Sie sich den Bericht der Enquete-Kommission durchlesen, die im Bundestag eingesetzt worden ist, dann ist das nur ein Teil dessen, was in dieser Richtung in nächster Zeit auf uns zukommt.

Nun eine Bemerkung an Sie, Herr Lennartz. Es klingt jetzt vielleicht etwas hart – erlauben Sie es einem Naturwissenschaftler –: Solche Menschen gibt es schon. Wir müssen davon ausgehen – ich begrüße sie, wenn sie da sind –, daß sie demnächst als Delegierte hier sitzen. Ich hoffe nicht, daß wir denen dann irgendwann einmal Protokolle oder Tonbandaufzeichnungen vorstellen, für die wir uns schämen müssen. Ich weiß nicht, wie man dieses unheimliche Problem löst.

(Beifall)

Die Diskussion um § 218 ist dagegen ein Kinderspiel. Ich halte es für sehr gefährlich, wenn wir jede Einzelheit versuchen zu erklären. Da kommen wir, wie man so schön sagt, in Teufels Küche. Dies war meine allgemeine Bemerkung dazu.

Ich habe mich zum Antrag A 39 gemeldet, weil auch ich die Bedenken sehe: Was machen wir mit den überzähligen Embryonen? – Es wird von der Antragskommission nahegelegt, daß mit Antrag A 35 der Antrag A 41 erledigt wäre. Ich halte ihn nicht für erledigt, weil er genau wie die Anträge A 39 und A 40 danach fragt: Was ist mit den Embryonen, die nach irgendeinem therapeutischen Verfahren als überzählig übrigbleiben? – Es gibt ja Verfahren, bei denen man sagt, man braucht etwa fünf, um bei einem sicher zu sein. Was passiert mit den anderen vier? Ich bitte, sich die Entscheidung nicht leicht zu machen. Es wäre für mich sehr angenehm, wenn uns die Antragskommission sagen könnte: Solche Verfahren wünschen wir nicht. – Das wäre im Sinne der Anträge A 39, A 41, A 42 u. a.

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Ich rufe nun Frau Johannknecht aus Nordrhein-Westfalen auf.

Frau Gertrud Johannknecht: Herr Präsident! Ich glaube, wir müssen, bevor ich vortrage, über den Antrag von Herrn Lennartz abstimmen, weil meine Anträge andere Punkte betreffen.

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Frau Johannknecht, Sie hatten sich zum Antrag A 43 gemeldet. Herr Lennartz hat sich um Antrag A 38 geäußert. Das ist ein Abstimmungs paket. Die Abstimmung nehmen wir gleich vor.

Frau Gertrud Johannknecht: Okay.

Der Hochsauerlandkreis beantragt die Streichung der Worte „als Heilverfahren ethisch und rechtlich“. Wir halten den Begriff „Heilbehandlung“ für die Zeugung eines Menschen für falsch. Ein so gezeugtes Kind wird sich auch nicht als Ergebnis einer Heilbehandlung der Mutter oder der Eltern verstehen. Wir meinen also, daß diese Worte gestrichen werden sollten.

Einen Satz weiter halten wir auch für falsch: „Auch ein so gezeugtes Kind ist Ausdruck und Folge einer unmittelbaren personalen Zuwendung der Ehepartner zueinander.“ Ein außerhalb des Mutterleibes gezeugter Embryo ist eines nicht: die Folge einer unmittelbaren Zuwendung der Ehepartner. Deshalb meinen wir, wir sollten „und Folge einer unmittelbaren personalen“ streichen.

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge A 35 bis A 46. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Bitte schön.

Erwin Teufel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand geht in seiner Vorlage bei der extrakorporalen Befruchtung nicht außerordentlich weit, sondern nimmt die denkbar größte Einschränkung vor. Das bitte ich doch zu sehen. Er läßt eine extrakorporale Befruchtung nur in einem einzigen Fall zu, nämlich unter Eheleuten.

Wenn man weiß, wie viele Eheleute sich darum bemühen und was sie auf sich nehmen, sich wirklich den Wunsch nach einem Kind zu erfüllen, dann meine ich, daß die Aussage in den Papier richtig ist, daß ein so gezeugtes Kind Ausdruck und Folge einer unmittelbaren personalen Zuwendung der Ehepartner zueinander ist und daß die künstliche Befruchtung deshalb auch zulässig ist.

(Beifall)

Die Behauptung, daß hier eine Selektion stattfindet, ist nicht richtig.

Bleibt die Frage nach den überzähligen Embryonen. Das ist eine sehr berechtigte Frage. Hierzu ist die Aussage gemacht worden, daß Embryonen nur in der Anzahl erzeugt werden dürfen, wie zur Herbeiführung einer Schwangerschaft durch einzeitige Übertragung erforderlich ist. Das ist medizinisch möglich. An anderer Stelle ist gesagt, daß Embryonen zu Forschungszwecken nicht erzeugt werden dürfen. Damit sind die Grenzen abgesteckt, innerhalb derer eine extrakorporale Befruchtung sittlich vertreten werden kann.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Teufel.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge A 35 bis A 46. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit sind die Anträge angenommen.

Ich rufe Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 47 bis A 50. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes.

Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei 1 Gegenstimme angenommen.

Ich rufe nun Ziffer 5 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 51 bis A 68. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages in der Fassung der Antragskommission.

Hierzu liegen Wortmeldungen vor. Zunächst hat Herr Dr. Bickel aus Rheinland-Pfalz das Wort.

Prof. Dr. Heribert Bickel: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Es geht mir bei meinem Diskussionsbeitrag darum, einen Widerspruch aufzuzeigen und damit zugleich auch zu verhindern, daß ein solcher Widerspruch in unsere Beschlußfassung Einzug hält.

Es geht dabei um die Forschung mit Embryonen. Auch bei der verbrauchenden Forschung mit Embryonen – allein darum handelt es sich – geht es um den Schutz des Lebens – dieser Lebensschutz hat sich wie ein roter Faden durch die Diskussion gezogen –, das mit der Vereinigung von Ei und Samenzelle entsteht, das – das war der zweite große Gedanke – unverfügbar und unantastbar ist. Das und nichts anderes schließt, wie ich meine, den Begriff der Menschenwürde ein.

Vor diesem Hintergrund ist der Antrag der Antragskommission zu lesen. Dort heißt es: „Es ist jedoch zu verbieten, daß menschliche Embryonen zu Forschungszwecken erzeugt werden.“ Damit wird der Lebensschutz der Embryonen von seiten der Antragskommission gegenüber dem Vorschlag des Bundesvorstandes wesentlich verschlechtert, wenn man eine Gesamtbetrachtung vornimmt. Ein Textvergleich belegt das.

In dem Vorschlag des Bundesvorstands heißt es zu diesem Punkt: „Es ist zu verbieten, daß menschliche Embryonen ausschließlich zu Forschungszwecken erzeugt und verwendet werden.“ Es ist also einmal das Wort „ausschließlich“ weggefallen, und ebenfalls ist der Begriff „verwendet werden“ gestrichen worden.

Die Streichung des Wortes „ausschließlich“ bedeutet – das räume ich ein – eine Verbesserung des Lebensschutzes; denn die Reichweite des Forschungsverbotes wird durch die Streichung dieses Wortes ausgedehnt. Auch wenn der Forschungszweck Nebensache ist, gilt das Verbot. Diese Verbesserung wird jedoch durch die Streichung des Begriffes „verwendet werden“ in sein Gegenteil verkehrt. Das bedeutet im Klartext gesprochen, daß der Antrag der Antragskommission so zu lesen ist: erzeugen zu Forschungszwecken nein, verwenden zu Forschungszwecken ja.

Damit werden die sogenannten überzähligen Embryonen – sie sind eben angesprochen worden –, die im Rahmen der In-vitro-Fertilisation entstehen können, der Forschung freigegeben – die Gefahr besteht auf jeden Fall –, weil sie zum Zwecke des Embryotransfers gezeugt worden sind und damit eben nicht zu Forschungszwecken. Überzählige Embryonen sind in diesem Bereich der Verwendung dann schutzlos. Ihnen geht es alsdann – lassen Sie mich den Gedanken noch einmal aufgreifen – ans Leben.

In dieser Frage kann es kein Wenn und Aber geben. Der Lebensschutz verträgt keine Relativierung. Er muß absolut sein. Und ich füge hinzu: Wehren wir den Anfängen in diesem Bereich. Deswegen, meine ich, sollte man wieder zurückkehren zur ursprünglichen Formulierung. Noch besser ist die Formulierung, die im Antrag A 53 des

des Landesverbandes Rheinland-Pfalz enthalten ist. Dort heißt es klar und unmißverständlich: „Es ist jedoch zu verbieten, daß menschliche Embryonen zu Forschungszwecken erzeugt oder verwendet werden.“ Nur das stellt den Lebensschutz, um den es uns geht, einwandfrei sicher.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Bickel.

Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen – ich bitte Sie insoweit um Ihre Mithilfe –, daß der Parteitag beschlossen hat, bei der Beratung der Einzelanträge eine Redezeitbegrenzung von fünf Minuten vorzunehmen. Ich glaube, es liegt in unser aller Interesse, wenn diese fünf Minuten auch eingehalten werden.

Nun hat das Wort Herr Werner Stolz aus Nordrhein-Westfalen.

Werner Stolz: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zum zweiten Absatz der Ziffer 5, des Antrags A 51 sprechen. Ich habe eine Frage, die auch schon Herr Jäger in der Generalausprache gestellt hat. In diesem Kapitel geht es im Grunde genommen ja noch nicht um den Schwangerschaftsabbruch. Gleichwohl wird hier § 219 d angesprochen. Es wird gesagt – das ist ja richtig –, angesichts des mangelnden Schutzes von Embryonen zur Zeit müsse hier eine Änderung vorgenommen werden.

Meine Frage an den Bundesvorstand – es ist weniger eine Anregung –: Welche Art von Änderung ist hier denn eigentlich gemeint? Wenn allerdings gemeint sein sollte, § 219 ergestalt zu ändern, daß man eine Vorverlagerung macht, würde das bedeuten – das hat Herr Jäger zu Recht angemerkt –, daß alle nidationshemmenden Mittel wie z. B. die Pille danach oder auch die Spirale, also auch die mechanischen Mittel, demnächst verboten werden müssen. Ich halte es im Sinne des Embryonenschutzes nicht für gerechtfertigt, § 219 d mit § 218 gleichzustellen, wo es um den Schwangerschaftsabbruch geht.

Wenn das gemeint sein sollte, möchte ich dazu eine ganz kurze Anmerkung machen. Ich meine, daß hier von der Natur der Sache her kein Strafrechtsschutz möglich ist. Auch kriminalpolitisch wäre das nicht einmal zweckmäßig; denn die nidationshemmenden Mittel stehen den empfängnisverhütenden so nahe, daß es nicht angemessen wäre, sie in strafrechtlicher Hinsicht unterschiedlich zu behandeln.

Der Embryonenschutz muß in der Tat verankert werden. Zur Zeit gibt es keine Definition des Lebens, weder im Bürgerlichen Gesetzbuch noch im Strafgesetzbuch. Hier brauchen wir eine Änderung. Aber ich frage mich, ob es gerade eine Änderung des § 219 d sein muß. Ich bitte um Klarstellung.

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Dr. Heinz Janning aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Dr. Heinz Janning: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Thema zurückkommen, das der Vorredner schon angesprochen hat: Schutz vor verbrauchender Embryonenforschung. Das ist scheinbar Wortklauberei, aber hier haben wir eine wichtige Wegemarke.

Ich kann zunächst in der Kritik dessen, was die Antragskommission vorgeschlagen hat, uneingeschränkt dem Herrn Bickel zustimmen. Die Streichung des Wortes „ausschließlich“ ist eine Verbesserung, weil hier eine unnötige Relativierung des Embryonenschutzes aufgehoben wird. Die ersatzlose Streichung des Wortes „verwendet“ ist aus meiner Sicht eine grundlegende Entscheidung, die man sehr wohl überdenken sollte.

Der Kreisverband Steinfurt hat sich in seinem Antrag A 65 allerdings nicht für ein generelles Verbot von Embryonenforschung ausgesprochen. Er hat vielmehr versucht, eine Ausnahme zu formulieren. Das entspricht, soweit wir das wissen, in etwa dem Stand der Beratung zum Embryonenschutzgesetz. Es geht hier nicht um ein absolutes Nein der Verwendung für Forschungszwecke. Aber man beschränkt sich hier auf eine klare Ausnahme, nämlich nur auf Embryonen mit solchen Anomalien, mit solchen Unregelmäßigkeiten, die ein menschliches Leben letztlich nicht entstehen lassen können. Wir meinen, daß es vertretbar ist, wenn man solche Embryonen für Forschungszwecke verwendet und damit im Grunde genommen Krankheitsursachen aufdecken und Heilmethoden entwickeln kann.

Ich würde Sie also bitten, dem Antrag des Kreisverbandes Steinfurt A 65 zuzustimmen.

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Janning, Herr Lennartz.

Leo Lennartz: Der Kreisverband Euskirchen hat dasselbe Anliegen wie der Landesverband Rheinland-Pfalz. Wir können also unseren Antrag zugunsten des Antrags A 53 von Rheinland-Pfalz aufgeben, denn auch uns geht es darum, daß die verbrauchende Forschung an Embryonen auf jeden Fall verhindert wird.

Sie haben hier erklärt, daß Sie die extrakorporale Befruchtung zulassen würden. Ich habe Sie auf die Risiken und die Ausweitungen, die sich daraus ergeben können, hingewiesen. Jetzt müssen Sie natürlich dafür sorgen, daß die Embryonen, die erzeugt werden, auch zum Leben kommen, und zwar zu dem Leben nach der Geburt. Alles andere ist an diesen Embryonen verboten.

Sie müssen vor allen Dingen darauf achten, daß es dann wieder nicht nur um die lebenden Embryonen geht, sondern auch um die toten Embryonen. Die Embryonen, die verbraucht werden, sind ja im Zweifel erst dann für die Forschung wieder interessant, wenn sie tot sind, weil sie dann weiter zerlegt und untersucht werden können. – Meine Damen und Herren, ich rede ja nicht von Dingen, die wir nicht studiert haben.

Es geht also darum, sicherzustellen, daß ein Embryo nicht zu Zwecken der Forschung erzeugt wird und daß er vor allen Dingen – sei er tot, sei er lebend – nicht zu solchen Zwecken verwendet wird. Das müssen wir sicherstellen.

Ich würde Sie also herzlich bitten, den Antrag von Rheinland-Pfalz zu akzeptieren oder auch unseren Antrag A 57. So, wie die Formulierung der Antragskommission ist, ist sie noch nicht kritisch genug, um das zu verhindern, was wir alle verhindern wollen.

Eckard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich gebe nun das Wort an Herrn Hüppe.

Hubert Hüppe: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie nochmals darauf aufmerksam machen, worüber wir überhaupt reden.

Die Antragskommission sagt, daß Embryonen nicht zielgerichtet für die Forschung erzeugt werden dürfen. Gleichzeitig sagt sie aber, daß Embryonen, die aus irgendwelchen anderen Gründen entstanden sind, verwendet werden dürfen. Das bedeutet, daß wir für viele kleine Menschen – und wir haben ja festgestellt, daß sie es sind – den Schutz aufgeben. Es bedeutet, daß wir Menschen zu Forschungszwecken für andere Menschen töten und an ihnen forschen dürfen. Das darf, meine Damen und Herren, nicht christdemokratische Politik sein.

Es gilt auch, so denke ich, wenn es sich um Kinder handelt, die krank sind. Auch für kranke Embryonen muß gelten, daß sie uneingeschränkt unseren Schutz genießen.

Deshalb möchte ich Sie bitten: Stimmen Sie dafür, daß keiner dieser Embryonen verbraucht wird. Sonst treten wir als CDU mit dem christlichen „C“ hinter das Programm der GRÜNEN. – Vielen Dank.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Hüppe. Ich gebe nun das Wort der Antragskommission.

Erwin Teufel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal sagen, daß nicht eine einzelne Ziffer für sich gesehen werden sollte. Sie sollten bitte die einzelnen Ziffern im Zusammenhang mit dem sehen, was wir vorher schon verabschiedet haben.

Zum zweiten möchte ich sagen, daß es der Antragskommission mit ihrem Vorschlag keineswegs darum ging, den Schutz einzuschränken. Bitte sehen Sie, daß wir durch den vorherigen Beschluß ebenso ein Verbot bei überzähligen Embryonen vorgesehen haben wie das Verbot der Erzeugung von Embryonen ausschließlich zu Forschungszwecken. Deswegen war die Antragskommission der Meinung, daß das Wort „verwendet“ entfallen kann. Denn wir haben keine überzähligen Embryonen.

Aber ich möchte klar sagen, daß ich die Zielsetzung der Freunde, die hier das Wort genommen haben, in vollem Umfange teile und deswegen überhaupt keine Bedenken habe, daß wir die Worte „oder verwendet“ – „oder“ wäre im übrigen in diesem Zusammenhang besser als „und“ – wieder aufnehmen.

Zweitens würde ich vorschlagen, daß wir das Wort „ausschließlich“ streichen, weil das dann eine Verbesserung bedeutet.

Ich würde also für die Antragskommission vorschlagen, daß wir das Anliegen aufnehmen. Wir haben nie etwas anderes gewollt – um das klarzustellen.

(Beifall)

Zum zweiten ist die Frage gestellt worden, warum der § 219 d an dieser Stelle erscheint. Sachlich, inhaltlich ist ja der Diskussionsredner damit einverstanden. Das ist deshalb so, weil es an dieser Stelle um den Lebensschutz von Embryonen geht, und weil wir eingangs schon festgestellt haben, daß mit der Verbindung von Ei und Samenzelle menschliches Leben entsteht. Deswegen ist der § 219 d in seiner jetzigen Form überholt, und er muß geändert werden.

Drittens möchte ich dem Diskussionsredner und Antragsteller aus dem Kreisverband Steinfurt sagen: Ja, wir gehen weiter. Die Vorlage des Bundesvorstandes und der Antragskommission geht weiter als das Begehren des Kreisverbandes Steinfurt. Sie geht weiter im Schutz. Wir meinen, daß überhaupt keine Embryonen zu Forschungszwecken verwendet werden dürfen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir sind nämlich der Auffassung, daß es überhaupt keinen Zweck geben darf, der es rechtfertigt, daß menschliches Leben, das entstanden ist, zerstört wird.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Teufel.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Anträge A 51 bis A 68. Wer der Empfehlung der Antragskommission in der geänderten Fassung zuzustimmen wünscht, die der Sprecher der Antragskommission vorgetragen hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist mit großer Mehrheit die Fassung der Antragskommission angenommen worden.

Ich rufe die Ziffer 6 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 69 bis A 77 auf den Seiten 12 und 13 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Es hat sich dazu Herr Benno Erhard aus Hessen gemeldet.

Benno Erhard: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in den letzten Punkten, über die wir abgestimmt haben, mit dem Schutz des Lebens in seinem Anfang beschäftigt; wir werden das in den Ziffern 7, 8 und 9 ebenso tun.

Die Ziffer 6 des Leitantrages fällt aus dieser Systematik heraus; sie beschäftigt sich mit der Zeugung.

Daß die Zeugung und die Befruchtung heute schon mehrfach als eine Einheit angesehen worden sind und so behandelt wurden, halte ich für biologisch falsch. Der Zeugungsakt setzt nur die Voraussetzungen für die spätere Befruchtung. Das befruchtete Ei ist dann die Voraussetzung dafür, daß sich ein Mensch voll entwickelt.

Ich wehre mich dagegen – das ist persönlich und hat nichts mit dem Kreisverband Rheingau-Taunus zu tun –, das unreflektiert alles in eine Würsthaut packen. Ich halte es durchaus für angebracht, zwischen einem befruchteten Ei und einem zum voll entwickelten Menschen gewordenen Ei zu unterscheiden. Das ist in der ganzen Natur so. Ich würde sonst kein Hühnerei mehr essen können.

Doch zu Punkt 6. Dieser Punkt 6 beschäftigt sich mit der Zeugung, und zwar ausnahmslos damit, daß Zeugung eigentlich und insbesondere nur in der Ehe erfolgen dürfe und auch nur durch Verwendung der Keimzellen von Mann und Frau. Das ist eine gute Grundvoraussetzung eines christlichen Menschenbildes. Nur: Dieses Bild und die Wirklichkeit klaffen in unserer Zeit und klaffen zu allen Zeiten, in denen es Menschen gegeben hat, weit auseinander.

Die Befruchtung durch den Samen eines Mannes, der mit der Frau, die befruchtet wird, nicht verheiratet ist, mit einer Befruchtung einer Frau gleichzusetzen, die überhaupt nicht verheiratet ist oder einer solchen, die gar nicht zum Geschlechtsverkehr fähig ist, ist sachlich einfach nicht gerechtfertigt. Wenn man aber schon alles zusammenpackt, dann, meinen wir, sollte man wenigstens sorgfältiger unterscheiden zwischen der Befruchtung in der Ehe, der Befruchtung zwischen Partnern und der Befruchtung von alleinstehenden Frauen.

Wir haben einen weiteren Teil der Befruchtung hier in Ziffer 6. Die normale, die De-rite-Befruchtung, die, wie ich hoffe, möglichst immer den beiden Beteiligten eine gewisse Freude bereitet – aus der Liebe zueinander soll ja der Mensch entstehen –, ist durchaus nicht immer der Fall.

Wenn man nur die Dinge etwas differenziert betrachten will, dann möchte ich schon darauf hinweisen, daß die eingesetzte Bund-Länder-Kommission ausdrücklich empfohlen hat, die heterologe Insemination, d. h. die Verwendung von Samen eines Mannes, der mit der Frau, für die der Samen verwendet wird, nicht verheiratet ist, ausdrücklich zuzulassen. Sie wird in ganz Europa und in den modernen Staaten dieser Welt überall angewendet, auch in der Bundesrepublik schon seit Jahrzehnten. Die Gynäkologen haben auf dem Gynäkologentag 1970 beschlossen, daß das die ärztliche Praxis nicht verletzt. Der Deutsche Juristentag hat 1986 beschlossen, daß die Systematik, diese Art von Entstehen eines menschlichen Lebens in dem zivilrechtlichen Bereich unterzubringen, nicht zu verurteilen sei. Das sind erhebliche Stimmen, die man nicht überhören sollte.

Ich möchte für den Kreisvorstand darauf hinweisen, daß man zu diesem Problem besser schweigen sollte. Wenn wir dazu in unserem Papier nichts hätten, würde das Papier davon nicht schlechter, sondern, wie wir glauben, besser.

Die Aussagen der Begründung in der Ziffer 6, die die These rechtfertigen sollen, bedürfen einer wesentlich größeren Differenzierung. Wir meinen, weil diese Begründung nicht haltbar ist, dazu einige Anmerkungen machen zu sollen.

Die Aufspaltung von biologischer und sozialer Herkunft des Kindes ist abzulehnen; so lesen wir. Wir alle haben eben zu Ziffer 2 des Leitanteschlusses beschlossen, daß diese

Ablehnung nicht apodiktisch zu erfolgen hat, sondern der Zusammenhang möglichst gewahrt werden sollte. Selbstverständlich. Aber eben haben wir auf Antrag der beiden Landesvorstände von Hessen und Rheinland-Pfalz beschlossen, daß es auch andere Fälle geben kann. Wenn wir wissen, daß Tausende von Menschen in der Bundesrepublik leben, die auf diese Weise entstanden sind, werden wir uns hüten, sie oder ihre Eltern als minderwertig zu bezeichnen. Ich denke wenigstens, daß wir das nicht wollen. Denn unverwechselbar wie jeder von uns ist jeder von ihnen, mit der unsterblichen Seele, die ganz gewiß nicht jemand selbst geschaffen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Herr Erhard, ich möchte in aller Freundlichkeit an die Begrenzung der Redezeit auf fünf Minuten erinnern.

Benno Erhard: Ich bin noch nicht ganz fertig. Ich bitte um Nachsicht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich bin aber der Meinung, daß man zu konkreten Dingen wirklich auch etwas sagen können sollte.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt immer mehr Ehepaare, die nur als Ehepaare zusammenbleiben, weil sie durch die Fortpflanzungsmedizin zu einem Kind gekommen sind. Ebenso gibt es sehr viele, die das Glück hatten, ein Kind adoptieren zu können. Die Kinder, die wir hier verbieten wollen, sind aber solche, die wenigstens zur Hälfte mit den Eltern genetisch verwandt sind und mit Zustimmung des ehelichen Vaters entstehen sollen. Die Lebenswirklichkeit und die Rechtsordnung garantieren in erheblichem Ausmaß gute Lebens- und Familienverhältnisse beim Auseinanderfallen der genetischen und sozialen Herkunft. Ich nenne Ihnen Beispiele.

Das aus einem Ehebruch empfangene Kind ist ehelich, auch wenn der Ehemann die Nichtehelichkeit kennt, aber nicht anführt. Er braucht nicht anzufechten. Er verliert aber das Recht anzufechten nach kurzer Zeit. Dann bleibt das Kind ehelich. Der Mutter ist die Anfechtung verwehrt.

Ein weiteres Beispiel. Das nichtehelich gezeugte Kind verpflichtet die Mutter nicht, den Vater zu nennen – Gott sei Dank. Sie kann schweigen.

Nach Kenntnis von namhaften Gynäkologen, die auf dem Gynäkologentag ihre Auffassung gesagt haben, sind von den in der Bundesrepublik geborenen ehelichen Kinder mehr als 5 % nicht vom ehelichen Vater gezeugt. Sollen wir sie alle mit Verdikt versehen?

Der Ärztetag hat das 1970 beschlossen, der Juristentag 1986. In der Bundesrepublik befassen sich Hunderte von Ärzten mit dieser Methode der Überwindung der Unfruchtbarkeit. In den Fällen, in denen auf diese Weise Schwangerchaft entstanden ist, meine lieben Parteifreunde, ist noch nicht eine einzige Abtreibung bekanntgeworden. Das ist Schutz von sehr gewolltem Leben.

Wenn wir mit dem, was wir sagen sollen oder wollen, nicht so sicher sind, dann ist es besser, wir schweigen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, hier hat die Bundesregierung recht gehabt, indem sie dazu in ihrem letzten Beschluß noch in diesem Frühjahr geschwiegen hat. Sie hat das ausgeklammert. Das ist die richtige Methode, die Dinge reifen zu lassen. Wir dürfen nicht über Leute eine Moral ausbreiten, über die wir uns lange, lange, lange streiten könnten. Die Begründungen, die wir hier hören, sind jedenfalls nicht überzeugend.

Ich bitte Sie, dem sehr sorgfältig beratenen Beschluß des Vorstandes des Rheingau-Taunus-Kreises Folge zu leisten. Wenn wir den ganzen Absatz 6 streichen, ist nichts anderes zu tun, als die Numerierung der nachfolgenden Absätze zu verändern. Das Papier bleibt in seiner übrigen Substanz, der wir voll zustimmen, unangefochten erhalten.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Ich bitte meinen Hinweis auf die Redezeit auch vor dem Hintergrund zu verstehen, daß wir zu den Einzelanträgen noch 57 Wortmeldungen haben.

Meine Damen und Herren, ich gebe nun das Wort dem Sprecher der Antragskommission.

Erwin Teufel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich widerspreche nur sehr ungern Herrn Dr. Erhard, den ich ganz außerordentlich schätze und mit dem ich sonst in allen Grundsatzfragen übereinstimme. Aber der Vorschlag des Bundesvorstands und der Antragskommission in Ziffer 6 liegt in der Grundlinie der vorher gefaßten Beschlüsse. Wir lehnen die heterologe Insemination ab.

(Vereinzelt Beifall)

Die Begründung steht bereits in dieser Ziffer drin. Ich brauche sie nur zu zitieren:

Die Anwendung der Verfahren der Fortpflanzungsmedizin auf nichteheliche Lebensgemeinschaften oder auf Alleinstehende ist auszuschließen. Derartige Verfahren führen zu einer Aufspaltung von biologischer und sozialer Herkunft. Die Ausschließlichkeit der Bindung in Ehe und Familie gerät in Gefahr, und einer eugenischen Selektion wird der Weg geöffnet.

Meine Damen und Herren, es gibt in Amerika bereits Samenbanken, wo unter Qualitätsgesichtspunkten ausgewählt werden kann, so z. B. ein Nobelpreisträger oder ein Spitzensportler. Dies wollen wir ganz bewußt nicht. Deswegen, glaube ich, sollten wir zu dieser Frage nicht schweigen, sondern eine Aussage machen.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Teufel.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen worden.

Ich rufe die Ziffer 7 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 78 bis A 84 auf den Seiten 13 und 14 der Antragsbroschüre.

Dazu hat sich Herr Professor Buchkremer aus Nordrhein-Westfalen gemeldet.

Prof. Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Antrag A 78 mit Berücksichtigung des Antrags A 81 sprechen.

Mir fallen bei dem Antrag A 78 drei Dinge aus unterschiedlicher Richtung auf. Dies gilt zunächst für den Ausdruck „nicht therapeutisch begründeten“. Es ist heute schon sehr viel therapeutisch begründbar; in Zukunft wird es noch viel mehr sein, und zwar im Hinblick auf Hormongaben usw. Wir waren bei uns im Kreise der Meinung, daß der Ausdruck „nicht therapeutisch begründeten Konservierung“ zu gering ist. Wir waren der Meinung, daß schon schwerwiegende medizinische Gründe dafür sprechen müßten, wenn überhaupt. Das ist der erste Punkt, der uns aufgefallen ist. Wir möchten also eine deutlichere Formulierung.

Das zweite, was uns aufgefallen ist, war, daß „Keimzellen und Embryonen“ in einem Satz erscheinen. Ich halte das für problematisch. Für mich ist zwischen Keimzelle und Embryo – genau dazwischen – der Punkt, an dem das Leben beginnt. Ich habe mit Verlaub etwas den Eindruck, daß dies hier ruhig in einem zusammengefaßt werden kann. Es fällt mir schwer, so etwas nach außen zu verkaufen. Hier hatte ich Bedenken, daß wir vielleicht von der Sprache her etwas zum Ausdruck bringen, was wir an und für sich ganz gravierend trennen sollten.

Das dritte, was mich dabei stört, ist der letzte Satz, d. h. „Alle Verfahren, die geeignet sind . . . , sind nachdrücklich abzulehnen und strafrechtlich zu ahnden.“ Ich freue mich, daß das Strafrecht noch eine Funktion bei uns hat. Nur, ein Verfahren können wir nicht unter einen strafrechtlichen Rahmen stellen.

Ich will Ihnen als Beispiel bringen, daß Otto Hahn die Kernspaltung entdeckt hat. Das kann man nicht bestrafen; das kann man auch nicht nachdrücklich ablehnen. Es gibt heute schon die Möglichkeit, etwas tiefgekühlt zu halten. Das ist z. B. ein Verfahren, welches prinzipiell in der Lage ist, Embryonen oder Keimzellen so lange aufzubewahren, bis man eine Möglichkeit des Verkaufens findet. In diesem Sinne wäre die physikalische Entdeckung einer tiefen Temperatur schon ein Verfahren, welches wir ablehnen. Ich habe den Eindruck, daß man das in einer anderen Sprache zum Ausdruck bringen sollte, daß man also von Personen ausgehen sollte, die etwas zu einer Handelsware degradieren oder Zuchtobjekte aus diesen Embryonen machen. Wenn man das zum Ausdruck bringen will, sollte man es auch sprachlich deutlich machen. – Danke schön.

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön.

Nun folgt Herr Hüppe aus Nordrhein-Westfalen.

Hubert Hüppe: Meine Damen und Herren! Ich möchte darum bitten, daß Sie sich den Antrag A 84 des Kreisverbandes Unna vor Augen führen. Wir beantragen, den Ausdruck „und Embryonen“ zu streichen. Die Formulierung, so wie wir sie jetzt haben, läßt zu, daß die Konservierung und Lagerung von Embryonen erlaubt sein sollen. Wenn wir aber eben festgestellt haben, daß wir gegen jedes Verfahren sind, das überzählige Embryonen überhaupt entstehen läßt, dann frage ich mich, wieso wir sie denn jetzt auf einmal konservieren und warum wir sie jetzt auf einmal lagern sollen.

Therapeutisch kann es zumindest für den Embryo nicht sein. Denn die Erfahrung zeigt, daß die Technik, so wie sie heute ist, immer noch dazu führt, daß ungefähr 50 % der Embryonen dabei sterben. Deswegen möchte ich Sie bitten, das Wort „Embryonen“ in diesem Zusammenhang zu streichen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön.

Wünscht der Sprecher der Antragskommission das Wort? – Bitte sehr, Herr Teufel.

Erwin Teufel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne die Anregung zu einer sprachlichen Verbesserung, die gemacht worden ist, wie folgt aufgreifen: Der zweite Satz von Ziffer 7 würde dann lauten: „Alle Verfahren, die geeignet sind, menschliches Leben zur Handelsware zu degradieren oder zum Zuchtobjekt zu machen, sind nachdrücklich abzulehnen, und entsprechende Handlungen sind strafrechtlich zu ahnden.“ Es würden also die drei Worte „entsprechende Handlungen sind“ neu aufgenommen werden.

Eckhard Uhlenberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Teufel.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe die Ziffer 8 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 85 bis A 93 auf den Seiten 14 und 15 der Antragsbroschüre. Dazu hat sich Herr Professor Buchkremer gemeldet.

Prof. Hermann-Josef Buchkremer: Auch hier hat mich wieder eine sprachliche Regelung bedrückt, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. In dem Antrag A 85 wird in der zweiten Zeile vom „Kindeswohl!“ und in der dritten Zeile von der „Würde der Frau“ gesprochen. Für mich ist das Wohl etwas Personales, das der Mensch auf Grund seiner selbst hat. Das Wohl ist etwas, was man von außen bekommt. Mir wäre es angenehm, wenn wir auch die Würde des Kindes berücksichtigen würden. Das Wohl des Kindes wäre mir wenig.

Wir hatten dazu einen Antrag gestellt; das ist der Antrag A 88. Wir waren der Meinung, daß es in erster Linie auf die Würde des Kindes und auf die Würde der Frau und dann erst auf das Kindeswohl ankommt.

Vielleicht noch als Begründung: Bei der Adoption entsteht ja im Prinzip die gleiche Frage. Kommt es da nur auf das Wohl des Kindes an, oder kommt es bei der Adoption auf die Würde des Kindes an, oder kommt es dabei nur auf die Würde der Frau an? Das waren unsere Bedenken. Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, daß man auch mit Sprache Verhalten ändern kann.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Jetzt kommt die nächste Wortmeldung, bitte, Herr Lennartz.

Leo Lennartz: Ich habe den Eindruck, daß ich die Bundesregierung in Gefahr bringe, wenn ich noch öfter hier durchlaufe.

Meine Damen und Herren, zu Ziffer 8 der Vorlage: Sie können, wenn Sie mich eben gehört haben, natürlich davon ausgehen, daß unser Kreisverband der Auffassung ist, daß wir das ganze Problem der Leihmütter nicht wollen, und zwar wegen der ganzen damit zusammenhängenden ethischen Fragen. Das ist völlig selbstverständlich.

Wir haben bisher schon ganz üble Auswirkungen dieser Leihmutterschaft gehabt. Nur, unser Ansatzpunkt ist ein anderer. Es ist der Ansatzpunkt, der sich aus Ihrer Beschlußfassung zu Ziffer 3 ergibt. Nehmen wir einmal an, es wird ein Verfahren eingeleitet, einem kinderlosen Ehepaar zu einem Kind zu verhelfen. Es kommt zu einer Erzeugung eines Embryos. Jetzt tritt ein Umstand ein, daß dieser Embryo der natürlichen Mutter nicht mehr eingepflanzt werden kann.

Was machen wir denn dann? Dann können wir doch nicht ein Papier hochheben und sagen: Die CDU ist gegen die Leihmutterschaft. Dann werden wir doch nach unseren Ausführungen heute morgen zuerst einmal über das Lebensrecht dieses Kindes oder dieses Embryos nachdenken müssen. Nur das bezweckt unser Antrag A 87. Wir sagen: Eine Fremdmutterschaft in einem solchen Fall muß ja wohl gestattet sein oder sogar gefordert werden, um dieses Kind zur Welt zu bringen. Für alle anderen Fälle gilt dies natürlich nicht.

Ich möchte wirklich herzlich bitten, daß wir über die Konsequenzen dessen, was wir eben beschlossen haben, nachdenken. Dann müssen wir auch die Leihmutterschaft in diesem besonderen Falle akzeptieren.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Die nächste Wortmeldung; bitte, Herr Benno Erhard.

Benno Erhard: Liebe Parteifreunde! Der Vorstand des Kreisverbandes Rheingau-Taunus will sich mit dem Inhalt der Ziffer 8 durchaus zufriedengeben, wenn dort eine Veränderung vorgenommen wird, die in der Sache wohl zweckmäßig wäre. Wir meinen, daß diese Ziffer 8 lauten sollte:

Ebenso sind alle Formen der Fremdmutterschaft abzulehnen. Ersatzmutterschaften gefährden das Wohl des Kindes, weil sie die durch die Schwangerschaft entstandenen Bindungen zwischen Mutter und Kind mißachten.

Der übrige Text soll so erhalten bleiben, wie er im Antrag des Bundesvorstandes steht. Wir bleiben also mit dem Vorschlag bei der Meinung, daß Ersatzmutterschaften abzulehnen sind. – Ich persönlich stimme der vorher gemachten Äußerung von Herrn Lennartz zu, aber es ist nicht meine Aufgabe, das hier zu sagen.

Sehen Sie, wenn die Bundesregierung die Begründung, die sie dem Bundestag schriftlich vorgelegt hat und die wir in einem eigenen weiteren Beschluß mit Weisung an die verschiedensten Ministerien wiederfinden, so formuliert hat, hat sie mit ihren vielen Beratern gewiß nicht leichtfertig gehandelt, und ich hoffe, daß die Minister, die den Beschluß gefaßt und ihn dem Bundestag zugeleitet haben, heute dazu auch stehen; dann müßten sie nämlich unserem Antrag folgen.

Was ist bei der Ersatzmutter das eigentliche Problem? Während der Schwangerschaft entwickelt sich nach allem, was wir wissen, ein anderes Verhältnis zwischen Mutter und werdendem Kind als bei der Befruchtung.

(Zuruf: Kind!)

Das Kind wächst allmählich – wie sagen wir? – der Mutter ans Herz. Andere sagen, es wächst unter dem Herzen, aber damit ist etwas anderes gemeint.

Das Problem, das wir bei der pränatalen Adoption, also bei der vorgeburtlichen Adoption; in unseren Diskussionen immer wieder nicht zu lösen vermochten, ist genau dieser Vorgang. Das Kind wird zunächst abgelehnt; deswegen läuft man zur Abtreibungsklinik, und wenn man Erfolg hat, gibt es nachher keine Schwangerschaft mehr. Hat man aber die Schwangerschaft über diese Zeit hinaus durchgehalten, entwickelt sich in sehr, sehr, sehr vielen Fällen ein ganz anderes Verhältnis der Mutter zu ihrem Kind.

Weil das so ist, sagt die Bundesregierung mit Recht: Wenn die werdende Mutter schon während der Schwangerschaft genau weiß, daß sie das Kind nicht als ihr Kind haben wird, wenn das, was da heranwächst, für sie ein fremdes Wesen sein und bleiben wird – fremd im wahrsten Sinne des Wortes –, dann können auch psychische Verbindungen zwischen Mutter und Kind während der Schwangerschaft Schädigungen für das werdende Kind zur Folge haben. Um dies zu vermeiden, sagen wir: Die Fremdmutterschaft ist abzulehnen.

Ich bitte Sie, folgen Sie der Weisheit der Bundesregierung, die der Vorstand des Kreisverbandes Rheingau-Taunus aufgenommen hat; dann bleiben wir wenigstens mit unserer eigenen Regierung d'accord.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen zu Ziffer 8 liegen nicht vor. Für die Antragskommission hat Erwin Teufel das Wort.

Erwin Teufel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann jedem Satz, den Herr Dr. Erhard gesagt hat, zustimmen. Das ist auch gemeint, wenn der Bundesvorstand von der Würde der Frau und vom Kindeswohl spricht. Aber es geht mir überhaupt nicht um das Rechthaben der Antragskommission, wenn ein Vorschlag gemacht wird, der keine Änderung in der Sache bedeutet. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir diesen Satz aus dem Antrag des Kreisverbandes Rheingau-Taunus mit aufnehmen.

Durch die Annahme wäre dann der Begriff „Kindeswohl“, der auch angesprochen worden ist, aufgelöst und durch „Wohl des Kindes“ ersetzt. Ich bitte Sie, bei diesem Begriff zu bleiben. Es ist ein feststehender Begriff der Gesetzessprache und auch der Rechtsprechung.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission mit der Ergänzung, die gerade von Erwin Teufel vorgetragen worden ist, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 9 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 94 bis A 96. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge A 94 und A 95. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 10 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 97 bis A 136 auf den Seiten 15 bis 20 der Antragsbroschüre.

Ich möchte darauf hinweisen, daß dieses Kapitel sozusagen ein Kernstück, ein Herzstück des Leitantrages ausmacht und daß im Rahmen der Generaldebatte dazu ja schon vieles an Argumenten ausgetauscht worden ist. Dennoch sind jetzt, bezogen auf die Änderungsanträge, hier noch einmal eine ganze Menge Wortmeldungen eingegangen. Unter dem Gesichtspunkt der Zeit, die uns zur Verfügung steht, möchte ich darum bitten, daß sich diejenigen, die jetzt aufgerufen werden, im Rahmen ihrer Argumentation möglichst auf das konzentrieren, was an Argumentation noch nicht in die Debatte eingeflossen ist.

(Zustimmung)

Das Wort hat nunmehr Herr Dr. Miltner.

Dr. Karl Miltner: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich möchte bei diesem Kapitel zu einigen Rechtsfragen im Zusammenhang mit den Fragen Stellung nehmen, welche Antworten und Hilfen wir der schwangeren Frau geben und wie wir der Leibesfrucht zum weiteren Leben verhelfen.

Für die CDU muß es klar sein: Es geht nicht nur um die Not der schwangeren Frau, sondern auch um die Not des ungeborenen Lebens.

(Zustimmung)

Auf der einen Seite geht es also um die umfassende Hilfe für die schwangere Frau. Ich möchte das auch voranstellen, weil ich natürlich weiß, daß man nur mit diesen Hilfen

und der umfassenden Sorge auch das moralische Recht und die Legitimation hat, die Rechtsfragen zu beantworten.

Aber, wie gesagt, es geht auf der anderen Seite auch um den Schutz des Lebens, um eine klare Aussage zum Schwangerschaftsabbruch, zur Abtreibung. Hier spielt tatsächlich auch das Recht eine große Rolle. Es geht darum, eine Bewußtseinsänderung herbeizuführen, um das Rechtsbewußtsein zugunsten des ungeborenen Lebens zu stärken.

Was tut der Staat, was tun z. B. wir, um dieses Rechtsbewußtsein zu stärken? Wir müssen jeden Eindruck vermeiden, daß die Tötung von menschlichem Leben etwa in irgendeiner Weise – auch von seiten des Staates – gebilligt werden könnte.

Hier komme ich zu folgender Überlegung. Wir verlangen ja von den Versicherten durch die Reichsversicherungsordnung, daß sie z. B. den Abbruch bei der Notlagenindikation mitfinanzieren. Ich glaube, damit geben wir in die Öffentlichkeit hinein ein falsches Signal.

(Zustimmung)

Kann sich die CDU überhaupt ein solches falsches Signal leisten?

(Zustimmung)

Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, daß bei der medizinischen Indikation, wo es ja um das Leben der Mutter geht, der Eingriff rechtmäßig ist. Anders ist es meiner Auffassung nach bei der Notlagenindikation. Da geht es ja nicht um das Leben der Mutter. Wir können also dann nicht sagen, daß der Eingriff rechtmäßig ist, wenn wir der Überzeugung sind: Die Tötung der Leibesfrucht ist ein Unrecht, auch wenn der Staat auf seinen Strafanspruch verzichtet hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat es ganz deutlich gesagt: Die Tötung einer Leibesfrucht ist und bleibt Unrecht. Es ist falsch, wenn manche behaupten, der Gesetzgeber habe die Notlagenindikation zu einem Rechtfertigungsgrund ausgestaltet. Die überwiegende Auffassung in der Fachliteratur dazu geht davon aus, daß die Notlagenindikation im Gegensatz zur medizinischen Indikation kein Rechtfertigungsgrund ist. Nun steht in der Reichsversicherungsordnung in § 200 f, daß die gesetzlichen Krankenkassen nur nicht rechtswidrige Eingriffe zu zahlen haben.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Frage zurückkommen, wie § 218 a Strafgesetzbuch auszulegen ist. Meines Erachtens kann er nur verfassungskonform ausgelegt werden. Lassen Sie mich einige Punkte dazu nennen:

Erster Punkt, der in der Verfassung zum Ausdruck kommt: Auch der ungeborene Mensch hat ein verfassungsrechtlich geschütztes Grundrecht auf Leben.

Zweitens: Er ist von Anfang an der Menschenwürde teilhaftig.

Drittens: Gegenüber dem Recht der Frau auf freie Entfaltung der Persönlichkeit hat der Lebensschutz des Nasciturus einen Vorrang.

Viertens: In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

Fünftens: Die Schutzpflicht gebietet dem Staat auch gegenüber der Mutter, sich schützend und fördernd vor das ungeborene Kind zu stellen.

Sechstens: Der Staat hat grundsätzlich von einer Pflicht zur Austragung der Schwangerschaft auszugehen und ihren Abbruch grundsätzlich als Unrecht anzusehen und zu bezeichnen.

Wir haben gar keine andere Wahl, als daß wir auch das Strafrecht verfassungskonform auslegen, eine bestimmte Wertung zugrunde legen. Meine Damen und Herren, der Staat – wir – hat bereits eine Entscheidung getroffen, nämlich die Entscheidung im Grundgesetz, und das einfache Gesetz, z. B. das Strafgesetz, geht dem Grundgesetz nicht vor. Wir können also nur die Auslegung der Verfassung unterstellen. Das einfache Gesetz kann nicht die Verfassung überspielen.

Die Schlußfolgerung daraus ist: Eine Änderung des Strafgesetzbuches ist in diesem Falle überhaupt nicht notwendig.

Zweitens: Die Tötung des ungeborenen Lebens ist Unrecht, und die Abtreibung auf Grund einer Notlagenindikation ist kein Rechtfertigungsgrund, und weil es kein Rechtfertigungsgrund ist, ist auch beim Eingriff nicht davon auszugehen, wie es die Reichsversicherungsordnung vorsieht, daß es sich um einen nicht rechtswidrigen Eingriff handeln müsse. Also ist die Konsequenz daraus, daß unsere Kassen hier natürlich nicht zu zahlen haben und auch nicht gezwungen werden können. Ich möchte an all diejenigen appellieren, die mit der Rechtsaufsicht einer gesetzlichen Krankenkasse zu tun haben oder die in einer Vertreterversammlung sitzen, und ihnen sagen, sie müßten sich eigentlich dieser Rechtsauffassung anschließen.

Das wäre die rechtliche Position, die die Union zu beziehen hat. Damit hätten wir auch einen Beitrag zur Stärkung des Rechtsbewußtseins geleistet.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Wir sind jetzt gehalten, uns im Zuge der Debatte zu Ziffer 10 zu ganz konkreten Änderungsanträgen zu äußern, die gestellt sind.

(Beifall)

Wir können an dieser Stelle unmöglich die Argumente, die wir schon im Rahmen der Generaldebatte ausgetauscht haben, noch einmal wiederholen.

(Erneuter Beifall)

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß wir eine Redezeitbegrenzung vereinbart haben. Ich bitte die nachfolgenden Redner darum, dies entsprechend zu berücksichtigen.

Das Wort hat jetzt Herr Hoffacker, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Dr. Paul Hoffacker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind in der Einzelberatung zu Ziffer 10. Ich möchte zum Antrag A 110 sprechen, nämlich zu der Streichung des Satzes: „Die Erfahrung zeigt, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führt.“ Ich mache mir die Meinung des Kreisverbandes Gütersloh zu eigen und plädiere für die Streichung dieses Satzes aus drei Gründen:

Erstens: Dieser Satz ist mißverständlich gefaßt, denn eine Verschärfung des Strafrechts generell ist ja nicht vorgesehen. Wenn man daran denkt, § 218 a nicht zu verändern, dann sollte man dies hier deutlich und klar sagen.

Zweite Bemerkung: Wir erwecken mit dieser Ablehnung den Eindruck, als wenn wir die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung nicht kennen. Wir sollten hier nicht ohne Grund etwas strapazieren, was wir möglicherweise in naher Zukunft wieder revozieren müssen. In Ziffer 4 des Verfassungsurteils von 1975 heißt es:

„Der Gesetzgeber kann die grundsätzlich gebotene rechtliche Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruches auch auf andere Weise zum Ausdruck bringen als mit dem Mittel der Strafdrohung. Entscheidend ist, ob die Gesamtheit der dem Schutz des ungeborenen Lebens dienenden Maßnahmen einen der Bedeutung des zu sichernden Rechtsgutes entsprechenden tatsächlichen Rechtsschutz gewährleistet. Im äußersten Falle, wenn der von der Verfassung gebotene Schutz auf keine andere Weise erreicht werden kann, ist der Gesetzgeber verpflichtet, zur Sicherung des sich entwickelnden Lebens das Mittel des Strafrechts einzusetzen.“ Ich möchte daran erinnern, daß hier in der Debatte keine Not besteht, sich auch gegen das zu wenden, was uns bereits vom Bundesverfassungsgericht als Leitlinie aufgegeben worden ist.

Dritte Bemerkung: Ich bin auch nicht davon überzeugt, daß wir, wenn wir diesen Satz so stehen lassen, wie er hier steht, die Diskussion, die wir in den eigenen Reihen führen, damit zu Ende bringen. Ich bin gegenteiliger Meinung. Wenn er in dieser anfechtbaren Form stehenbleibt, wird es provozierend wirken, und wir werden leider eine breite Diskussion zu diesem Punkt haben. Dagegen wende ich mich. Ich meine, daß wir Ruhe brauchen, daß wir uns den Hilfen zuwenden müssen, daß die Selbstverpflichtung, die wir auch in den Beschlüssen ausgesprochen haben, von uns ernst genommen wird und wir nicht dauernd das Strafrecht fixieren sollen. Wir sollten diese für meine Begriffe überflüssige Diskussion nicht fortsetzen. Ich bin dafür, daß wir diesen Satz wegen seiner Anfechtbarkeit streichen, und zwar ersatzlos.

Danke schön.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Lange, Exil-CDU.

Hans-Joachim Lange: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich hatte mich eigentlich schon zu einem anderen Punkt gemeldet, der sich mit dem Herrn Generalsekretär befassen sollte, aber aus unerfindlichen Gründen ist das abhanden gekommen. Es ging um die, wie ich meine, recht überflüssige und recht ungeschickte Äußerung zu den Stammwählern von heute morgen, die aber auch hier hineinpaßt, denn auch in diesem Punkt geht es um Stammwähler.

Im übrigen spreche ich zu den Anträgen A 97 ff., betreffend Ziffer 10. Wenn hier immer wieder dargestellt wird, als ginge es nur darum, Helfen oder Bestrafen, so hat das gar kein Mensch gesagt. Ich habe das nirgendwo gefunden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe es auch nirgendwo in den sich mit Ziffer 10 befassenden Anträgen der Kreisverbände gefunden. Ich habe nachgezählt, von 40 Anträgen, die alleine zu Ziffer 10 abgedruckt sind, befassen sich acht, also 20 %, damit, daß in irgendeiner Form auch an strafrechtliche Konsequenzen gedacht werden soll, aber *a u c h*, meine Damen und Herren, und mehr nicht.

Wie stehen wir denn da, wenn wir die Tötung eines Menschen auf ein Deliktchen herunterstilisieren? Das kann doch nicht angehen. Wir werden doch unglaubwürdig, wenn wir auf der einen Seite von Tötung sprechen und auf der anderen Seite sagen, daß sich keine Konsequenzen ergeben sollen.

Wenn hier gesagt wird, daß bei der sozialen Indikation in sehr, sehr vielen Fällen manipuliert und geschwindelt wird, dann gerät man auf diese Weise doch in ein Fahrwasser, wo es um Tötung aus niederen Beweggründen geht, nämlich aus materiellen Beweggründen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin kein Jurist. Ich war viele Jahre Polizist, und darauf bin ich stolz. Soviel Rechtsbewußtsein, um es so zu empfinden, wie ich es dargestellt habe, hat man mir schon als jungem Polizisten beigebracht.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Süssmuth hat gesagt, 50 % dieser Fälle träten in Ehen ein. Dann hat es doch aber mit der sozialen Indikation schon so seine Schwierigkeiten. Es sagt doch kein Mensch, daß nur Strafandrohungen sozusagen hochgefahren werden sollen. Es gibt doch z. B. auch die Möglichkeit, die Manipulation etwas mehr unter Strafe zu stellen.

(Vereinzelt Beifall)

150 000 aller Indikationsfälle sollen nichtmedizinische Indikationsfälle sein. Das betrifft dann die Hälfte, im Zweifelsfall mehr als die Hälfte der Fälle, in denen kleine Menschen umgebracht werden.

Schauen Sie sich doch die Bilder draußen vor der Halle an. Herr Wallmann – leider ist er im Moment nicht anwesend –, es hilft doch nicht weiter, wenn man auf das Strafgesetz von 1871 abhebt. Damals hat man noch nicht die medizinischen Möglichkeiten gehabt, festzustellen, was im Körper eines Menschen – in unserem Falle: im Körper einer Frau – vorgeht. Heute wissen wir das. Man kann heute hineinfotografieren. Ich finde es wirklich sehr schade, daß der Film, den es in Amerika gibt, hier nicht hinreichend gezeigt wird. In diesem Film wird gezeigt, wie so ein kleiner Mensch im Mutterleib abgestochen wird und wie der Embryo vor der kommenden Nadel zu fliehen versucht.

Ich habe Ihnen das alles nicht nur gesagt, weil ich persönlich es sagen wollte; vielmehr hat meine Frau mich auch gebeten: Sage etwas.

(Beifall)

Ich habe heute mit ihr telefoniert. Sie hat gefragt: Warst Du schon dran? Was hast Du gesagt? Außerdem habe ich einen zehneinhalbjährigen Jungen. Ein Junge in diesem Alter kommt und fragt, was eine Abtreibung ist. Er fragt doch nicht nur, wie ein Kind zustande kommt. Er will mehr wissen. Wir haben ihm gesagt, was eine Abtreibung ist. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere jungen Menschen davon weggeführt werden.

Meine Damen und Herren, die Aussage, daß etwas Unrecht ist, gewinnt doch ihre Glaubwürdigkeit nur dadurch, daß das Unrecht auch Konsequenzen hat. Sonst ist der Ausdruck „Unrecht“ schlicht unglaubwürdig. Dann werden unrechtmäßige Vorgänge zum Deliktchen, zum Kavaliersdelikt. Kavaliere aber sind diese Herren, die so etwas anrichten, beileibe nicht.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Nun hat Frau Steib, Landesverband Nordrhein-Westfalen, das Wort.

Frau Olga Steib: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Überzeugung des Bundesvorstandes kann auch ich mich leider nicht anschließen, weil ich aus vielen Gesprächen mit Frauen weiß, daß gerade die Krankenhausfinanzierung als Druckmittel gegen sie verwandt wird. Ich möchte heute auch keine Änderung. Vielmehr schließe ich mich der Meinung von Herrn Hoffacker an, daß wir die Sätze 3 und 4 aus Ziffer 11 herausnehmen und die Diskussion weiterführen sollten. Auch ich halte Aufklärung, Beratung und Hilfen für die wirksamsten Mittel. Wir sollten aber keine Tür

zuschlagen, sondern immer die Möglichkeit offenlassen, zumindest die Menschen zur Verantwortung zu ziehen, die die Frauen dazu zwingen, das Kind im eigenen Körper zu töten.

(Vereinzelt Beifall)

Die Diskussion im Vorfeld dieses Parteitages und insbesondere auch in Nordrhein-Westfalen, wo wir schon seit ungefähr einem Jahr über dieses Thema diskutieren, hat gezeigt, wie sehr das Thema „Schutz des Menschen“ die Menschen berührt. Diskutieren wir also weiter. Sollte sich herausstellen, daß Aufklärung, Beratung und Hilfen nicht zu dem gewünschten Erfolg führen, sollten wir wieder zusammenkommen und darüber reden, welche Schritte wir dann unternehmen sollten.

Meine Damen und Herren, heute wissen die Frauen, daß sie ihr Kind töten. Darum sind sie in einer besonders schweren Lage, wenn sie dazu gezwungen werden. Deshalb möchte ich Sie auch im Namen dieser Frauen bitten, alles zu tun, damit sie nicht dazu gezwungen werden. Ich bitte Sie auch, für das Beratungsgesetz einzutreten, das schon sehr kontrovers diskutiert wird. Ich glaube, es wäre sehr gut, wenn auch alle Herren Minister zum Ausdruck bringen würden, daß sie hinter diesem Gesetz stehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Die nächsten fünf Redner sind Herr Karl-Josef Laumann, Frau Gertrud Johannknecht, Herr Jäger aus Baden-Württemberg, Herr Dr. Fell und Graf Waldburg-Zeill. Zunächst hat Herr Laumann, Landesverband Nordrhein-Westfalen, das Wort.

Karl-Josef Laumann: Liebe Parteifreunde! Meine Wortmeldung betrifft Satz 4 von Ziffer 10 des Antrags des Bundesvorstandes. Ich bin der Meinung, daß der von der Antragskommission zur Annahme empfohlene Satz

Wir sind der Überzeugung, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führt.

für sehr viele in dieser Partei nicht tragfähig ist. Wir haben heute in den vergangenen Stunden in der Generaldiskussion festgestellt, daß wir über dieses Papier in vielerlei Hinsicht – egal, ob wir für eine Verschärfung des Gesetzes sind oder nicht – einer Meinung sind. Wir haben doch gespürt, daß wir – ob wir nun für eine Änderung des jetzigen § 218 sind oder nicht – alle gleich stark in der Frage engagiert sind, wie wir Abtreibungen in der Bundesrepublik Deutschland verhindern können. Liebe Freunde, wir können doch aber nicht durch eine Abstimmung sagen, was ab heute unsere Überzeugung sein soll. Grenzen wir damit nicht viele, die der Auffassung sind, daß eine Änderung des § 218 vor allen Dingen im Bereich der sozialen Indikation uns vielleicht auch weiterhilft, zu sehr aus? Es weiß doch niemand in diesem Saal, wie sich eine Veränderung auswirken wird. Beweisen können wir es nicht. Weder die Befürworter, noch die Gegner können es beweisen.

Es ist daher meine herzliche Bitte, dem Antrag des Kreisverbandes Gütersloh zu folgen und den angesprochenen Satz zu streichen. Ich glaube, dann wird es für viele in dieser Partei – gerade auch in den Landkreisen – einfacher, dieses Papier mitzutragen.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Nun hat Frau Johannknecht das Wort.

Frau Gertrud Johannknecht: Der Kreisverband Hochsauerland hat beantragt, den Satz, der mit den Worten „Die Erfahrung zeigt . . .“ beginnt, zu streichen. Nun sind wir

sehr erstaunt, daß dieser Satz jetzt mit den Worten „Wir sind der Überzeugung . . .“ eingeleitet werden soll. Wir sind nicht dieser Überzeugung. Wir bitten, Satz 4 ersatzlos zu streichen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Jäger, Baden-Württemberg.

Claus Jäger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Eigentlich würde ich am allerliebsten Antrag A 115 des Kreisverbandes Hildesheim vertreten, der da sagt, die Erfahrung zeige, daß eine Entschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes geführt habe. Zwischen diesem Standpunkt und dem Standpunkt des Bundesvorstandes ist aber wohl auch eine Kompromißlösung möglich. Eine solche Kompromißlösung findet sich in verschiedenen Anträgen, u. a. in dem Antrag A 99 des Landesverbandes Baden-Württemberg, die alle auf die Streichung der entsprechenden Passage im Antrag des Bundesvorstandes abzielen.

Ich meine, daß die Anträge auf Streichung dieses ganzen Passus vom Parteitag in einer schlüssigen Handlung längst beschlossen worden sind. Denn soeben hat der Parteitag in den Ziffern 5 und 7 des Papiers bereits Verschärfungen des Strafrechts empfohlen, und zwar für Embryonen. Und wir stellen ja fest, daß auch der Embryo, der durch Vereinigung von Ei- und Samenzelle gezeugte Embryo, ein Mensch ist, ein ungeborener Mensch. Dessen Schutz sollen ja diese Strafvorschriften, die wir da verlangen, dienen.

Also, wir haben eine Verschärfung des Strafrechts bereits beschlossen. Das heißt: Wir setzen uns mit diesem eigenen Handeln in Widerspruch, wenn wir hier eine gegenteilige Feststellung treffen.

(Beifall)

Ich meine daher, daß die Streichungsanträge, die da verlangt worden sind, der wirklich vernünftige und sinnvolle Ausweg aus diesem Dilemma sind.

(Zustimmung)

Ich möchte der Klarstellung halber noch hinzufügen, daß der baden-württembergische Antrag und wohl auch die anderen Anträge, die auf Streichung gehen, nicht den letzten Teil umfassen, in dem die Aussage gemacht ist, daß der Abbruch eine Tötung menschlichen Lebens ist. Das ist ja erst durch die Antragskommission hineingekommen. Auf diesen Punkt beziehen sich ja die Streichungsanträge samt und sonders nicht; der bliebe also wohl erhalten.

Dann habe ich zum Schluß noch einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen, Herr Präsident, nämlich den, daß Sie in diesem Punkte – abweichend vom bisherigen Verfahren – so verfahren, daß Sie zunächst einmal über diese Streichungsanträge abstimmen lassen.

(Beifall)

Denn wenn Sie das nicht machen, dann zwingen Sie alle, die dafür sind, von vornherein alles abzulehnen, was die Antragskommission in den ersten beiden Sätzen beschlossen hat. Das aber sind Dinge, die wir alle unterstreichen und die wir nachher vielleicht auch mitbeschließen, wenn der Streichungsantrag nicht durchgeht, während wir sonst gezwungen wären, positiven Aussagen nicht zustimmen zu können, die wir unterstützen.

Ich stelle also den Antrag, in diesem Fall über diese Streichungsanträge zuerst, vorab gesondert abzustimmen. Sollten die dann abgelehnt werden, was ich nicht befürworte, dann könnten wir ja über den Antrag der Antragskommission abstimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, daß wir, bevor wir zur Abstimmung kommen, noch 13 Wortmeldungen abzuhandeln haben, und zwar allein zu Ziffer 10. Ich bitte daher noch einmal darum, jetzt nur die Argumente in die Debatte einzubringen, die wirklich neu sind, damit wir das bewältigen, was wir uns vorgenommen haben.

(Beifall)

Wenn diese Wortmeldungen abgehandelt sind, werden wir uns dann auf der Basis des bisherigen Verfahrens auch über den Geschäftsordnungsantrag des Kollegen Jäger unterhalten.

Die nächste Wortmeldung kommt von Dr. Fell, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Dr. Karl Fell: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich melde mich zu den Anträgen A 110 und A 113 zu Wort, wenngleich ich nicht verschweigen möchte, daß meine Sympathie eigentlich den ersten beiden Sätzen des Antrags A 106 gehört. Denn ich habe etwas für die bewußtseinsbildende Wirkung auch des Strafrechts übrig, weil sich ja nach der Gesetzesänderung in den 70er Jahren landläufig die Vorstellung durchgesetzt hat: Faktisch ist die Bestrafung aufgehoben; was nicht bestraft wird, ist erlaubt.

Aber man muß ja die Stimmungslage realistisch beurteilen. Deshalb unterstütze ich nachdrücklich das, was Herr Kollege Hoffacker zur Streichung des Satzes 4 im Antrag A 97 gesagt hat.

Ich möchte drei Argumente hinzufügen: Satz 3 läßt die Frage, ob das Strafrecht geändert werden soll, offen. Wenn wir jetzt Satz 4 anfügen würden: „Wir sind der Überzeugung, daß...“, würden wir damit zwei in sich widersprüchliche Sätze hier hinstellen.

(Beifall)

Die Option in Satz 3 gehört hierhin, die sollte stehenbleiben.

Sie sollte – zweitens – hier deswegen stehenbleiben, weil in den Ziffern 12 und 15 ausdrücklich vom Mißbrauch, der unterbunden werden muß, gesprochen wird. Wie anders als möglicherweise auch durch strafrechtliche Bestimmungen wollen wir denn diesen Mißbrauch in den Griff bekommen? Das „ob“ in Satz 3 sollte deshalb stehenbleiben, Satz 4 sollte fallen.

Das dritte Argument, das für dieses Streichen spricht, ist: Der Erfahrungswert oder auch die Überzeugung ist mit nichts zu beweisen.

(Beifall)

Es sind Annahmen, die aus einer Zeit stammen, in der zwar strafrechtlicher Schutz, aber so gut wie keine Flankierung bestand. Heute haben wir sehr viele flankierende Maßnahmen – Gott sei Dank haben wir sie –, aber wir sollten nicht so tun, als ob wir uns wegen dieser flankierenden Maßnahmen über die Wirkung eventuell auch strafrechtlicher Maßnahmen hinwegsetzen könnten.

Deshalb noch einmal mit Nachdruck: Streichung des Satzes 4, aber im übrigen den Text voll erhalten. Die Konsequenz für die Antragskommission, Herr Präsident, wäre: Wir müßten im nächsten Satz nicht „Wichtiger ist, ...“, sondern „Wichtig ist, ...“ formulieren.

Im übrigen schließe ich mich dem Verfahrensantrag des Herrn Kollegen Jäger an. Wir müßten zunächst, wenn die Antragskommission das nicht übernimmt, über die Streichung des Satzes 4 und danach über die ganze Ziffer abstimmen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Die nächste Wortmeldung kommt von Graf von Waldburg-Zeil.

Bevor ich Graf von Waldburg-Zeil das Wort erteile, gebe ich Ihnen bekannt, daß das Spiel Deutschland : Dänemark mit 2 : 0 für Deutschland geendet hat.

(Beifall)

Graf von Waldburg-Zeil.

Alois Graf von Waldburg-Zeil: Herr Vorsitzender! Wir sollten in diese Diskussion nicht mehr hineingeheimnissen, als im Moment drin ist. Drin ist die Beantragung der Streichung von zwei Sätzen – ich spreche jetzt für den Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg, auf einem Landesparteitag beschlossen –, der Streichung von zwei Sätzen, die eine falsche Begründung darstellen. Der beste Antrag – und es ist ein hervorragender Antrag – ist nicht mehr so gut, wenn er falsch begründet wird. Schon Thomas von Aquin sagt: Ein Dreisatz kann nicht stimmen, wenn die Voraussetzung nicht stimmt.

Das eine ist – an diesem Ziel muß sich auch die Frage ausrichten –, ob das Strafrecht geändert werden soll. Darüber haben wir ja vorhin in der Grundsatzdiskussion sehr lange diskutiert. Es kann nicht nur um die Zahl gehen, sondern der Sinn von Strafrecht ist gleichzeitig, Normen zu setzen, also: Schutz für das Kind und Schutz für die Mutter.

Das andere ist die Zahlendiskussion: Auslösend für die Zahlendiskussion ist, glaube ich, das Gutachten der Max-Planck-Gesellschaft. Wenn man die Frage einmal umgekehrt stellt, dann ergibt sich, meine ich: Die Liberalisierung des Strafrechts hat dazu geführt, daß sich – ab da haben wir ja erst statistisch verwertbare Zahlen – die Zahlen der Abtreibung Jahr für Jahr, jedenfalls bis zu einem gewissen Stand, erhöht haben. Also ist es einfach ein sehr fragwürdiger Satz.

Ich meine, man sollte einen guten Antrag nicht durch zwei fragwürdige Begründungen obsolet werden lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Hubert Doppmeier.

Hubert Doppmeier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Satz 3 übernimmt genau das, was das Bundesverfassungsgericht in seinem 75er Urteil geschrieben hat. Satz 4 des Bundesvorstandes ist der Versuch, die CDU Deutschlands darauf festzuschreiben, daß das Thema Strafrechtsänderung hier nicht mehr zur Debatte steht. Dasselbe ist in einer leicht modifizierten Form in der Formulierung der Antragskommission enthalten.

Ich bitte die Antragskommission, sich auf Grund der Diskussion, die wir in der Generaldebatte hatten, doch einmal einen Ruck zu geben, das Bundesverfassungs-

gerichtsurteil, insbesondere die Gründe, ernst zu nehmen und ebenfalls für die Streichung dieses Satzes 4 einzutreten. Dann ist die Debatte hier sehr schnell zu Ende.

Danke schön.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Julia Schätzle, Landesverband Baden-Württemberg.

Frau Julia Schätzle: Sehr geehrter Präsident! Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission ist der Meinung gewesen, daß unser Antrag 106 vom Kreisverband Emmendingen mit der Neuformulierung der Ziffer 10 Satz 4 erledigt sei.

Das hatte uns zunächst gefreut. Aber nach Überprüfung der Vorlage waren wir nicht mehr ganz so erfreut. Wir hatten ab Absatz 3 der Ziffer 10 eine Neuformulierung gefordert, wo der Satz steht, daß die Erfahrung gezeigt habe, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes geführt habe. Wir halten diese Behauptung für nicht belegt. Statt dessen hatten wir auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß der § 218 klarer und verständlicher formuliert werden müsse und die Intentionen des Bundesverfassungsgerichtsurteils im Gesetzestext eingebaut werden sollten. Dadurch wollten wir sichergestellt wissen, daß die Ausnahmebestimmungen des Gesetzes durch Mißbrauch nicht zur Regel werden.

Verstehen Sie mich bitte richtig. Auch uns geht es nicht um Verschärfung oder stärkere Bestrafung der Frauen, wie man es uns gern unterschieben will. Uns geht es um eine bessere Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, die durch die Aushöhlung der sozialen Indikation unterlaufen werden. Dadurch würde auch das Rechtsbewußtsein der Menschen wieder eine Orientierung finden, die einem christlichen Menschenbild gerecht würde.

Die Antragskommission muß sich fragen lassen, ob es im Sinne unserer Partei und des Bundesvorstandes ist, daß Anträge aus fast 20 Kreisverbänden, die die Streichung des vierten Satzes der Ziffer 10 fordern, übergangen werden, indem formuliert wird:

Wir sind der Überzeugung, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führt.

Dies müssen wir gerade heute in dieser säkularisierten Zeit sehr in Frage stellen. Achten wir mit einem solchen Verfahren die Arbeit an der Basis unserer Partei? Ich bitte daher den Parteitag, die Neuformulierung der Ziffer 10 Satz 4 des Kreisverbandes Emmendingen anzunehmen und gegen den Vorschlag der Antragskommission zu votieren.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Peter Hintze.

Peter Hintze: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Wir stehen an einem ganz wichtigen Punkt und vor einer ganz zentralen Frage. Das mag durch die Vielzahl der Anregungen, Streichungsvorschläge und unterschiedlichen Wünsche untergehen. Wir stehen vor der Frage: Welches Signal geht von diesem Parteitag in dieser wichtigen Grundsatzfrage aus?

(Vereinzelter Beifall)

Das entscheidet sich hier. Setzen wir, wie die sieben Vorredner es gefordert haben, auf die Wirkung eines verschärften, veränderten oder semantisch sonstwie begründeten Strafrechts?

(Buh-Rufe – vereinzelter Beifall)

– Mein Temperament ist vielleicht etwas lebhaft, aber es geht tatsächlich darum. Ich will es erklären. – Oder setzen wir darauf, daß wir in dieser wichtigen Frage auf Begleitung, auf Hilfe, auf Beratung, auf das Ja zum Leben setzen?

(Vereinzelter Beifall)

Denn wenn der Satz gestrichen werden soll,

Wir sind der Überzeugung,

– wie die Antragskommission richtig vorschlägt –

daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führt.

dann würde von uns das Signal ausgehen, daß das Strafrecht der eigentliche Ort ist, wo diese Frage zu entscheiden ist.

(Vereinzelter Beifall – Widerspruch)

Das halte ich für ausgesprochen falsch.

(Vereinzelter Beifall – Zurufe)

– Ich erhalte hier lauter Zwischenrufe, das stimme nicht. Entschuldigen Sie, wenn Sie dem Vorschlag der Antragskommission nicht folgen und den Satz streichen,

Wir sind der Überzeugung, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führt.

dann/drücken Sie damit umgekehrt aus, daß Sie dieser Überzeugung sind.

(Widerspruch)

Das wäre schade, das entspräche nicht – – Lassen Sie mich doch bitte auch ausreden. Es haben sich eben sieben Redner dafür ausgesprochen, daß das richtig wäre. Ich bin eben der Meinung, daß es nicht richtig ist.

Ich bin der Meinung, daß wir dem Vorschlag des Bundesvorstands und der Antragskommission folgen sollten und von diesem Parteitag das Signal ausgeht, daß wir Hilfe, Beratung und Begleitung zu unserem Ziel machen und daß das unser Ansatz aus unserem christlichen Selbstverständnis in dieser wichtigen Frage ist. Da bitte ich Sie um Unterstützung.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Herr Bernhard Büchner, Landesverband Baden-Württemberg:.

Bernhard Büchner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags A 109 des Kreisverbandes Freiburg in einer Fassung, die zum einen der Intention des Antrages widerspricht, zum anderen einen ganz wesentlichen Punkt des Antrags nicht berücksichtigt.

Wir haben in unserem Antrag die Forderung nach einer sogenannten Verschärfung des Strafrechts nicht erhoben, aber ebenso bewußt den Satz gestrichen, in dem unter Berufung auf eine angebliche Erfahrung behauptet wird, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führe. Ich frage mich, meine Damen und Herren, über welche gesicherten Erfahrungen man hierbei verfügt und worauf sich gar eine Überzeugung, von der jetzt die Rede ist, stützen kann.

(Vereinzelter Beifall)

Hierzu ist bereits vieles ausgeführt worden; deswegen will ich mir weitere Bemerkungen zu diesem Punkt ersparen.

Ich kann nur eines feststellen: Die Aussage zum Schutzeffekt des Strafrechts, die hier getroffen wird, ist äußerst fragwürdig, auf jeden Fall verfrüht und nach dem derzeitigen Erkenntnisstand nicht zu verantworten.

Jetzt kommt der zweite Punkt unseres Antrags, der von der Antragskommission nicht berücksichtigt wurde. Wir haben in unserem Antrag formuliert, daß der Schwangerschaftsabbruch Tötung menschlichen Lebens ist – insoweit sind wir uns inzwischen alle einig. Dann kommt aber der wichtige Zusatz: „Mißachtung seiner Verfügbarkeit und deshalb Unrecht ist.“ Herr Dr. Jahn hat hier völlig zu Recht ausgeführt, daß die Frage nach Recht oder Unrecht von Abtreibungen eine ganz zentrale Frage ist, die in dem Leitantrag leider praktisch überhaupt keine Rolle spielt. Ich frage mich: Wie ist es möglich, daß sich die CDU über die Frage „Ist das, über das wir diskutieren, eigentlich Recht oder ist das Unrecht?“ keine Gedanken macht. Herr Dr. Jahn hat völlig zu Recht ausgeführt: Wenn wir von der Unverfügbarkeit und der Gleichwertigkeit allen menschlichen Lebens ausgehen, dann kann man allenfalls im Falle der strengen medizinischen Indikation, bei der es um die Abwägung von Leben gegen Leben geht, davon sprechen, daß eine Abtreibung gerechtfertigt ist, in allen anderen Fällen nicht.

Zu dieser Erkenntnis ist auch Herr Ministerpräsident Wallmann gekommen. Aber ich muß sagen, daß ich außerordentlich verblüfft war, zu welcher Schlußfolgerung Herr Dr. Wallmann gekommen ist. Er sagt nämlich, wenn das so sei, dann zeige das, daß uns die juristische Argumentation nicht weiterhelfe. Ich finde diese Schlußfolgerung erstaunlich. Liebe Parteifreunde, wir leben in einem Rechtsstaat, und die erste Aufgabe eines Rechtsstaats ist es, in einer Frage von Leben und Tod klar zu sagen und auch in das Gesetz hineinzuschreiben, was hier Recht und was Unrecht ist. Ich glaube, darüber sind wir uns doch alle einig.

(Vereinzelter Beifall)

Um diese Frage hat sich unser Staat inzwischen herumgedrückt. Bei dieser Frage geht es insbesondere auch darum – das hängt mit der Frage der Finanzierung durch die Kassen zusammen –, ob der Staat Unrecht, d. h. die Tötung eines ungeborenen Kindes, fördern darf. Das ist der Kernpunkt bei der Kassenleistung.

Meine Damen und Herren, wir legen deshalb großen Wert darauf, gerade weil wir hier immer von der Bewußtseinsänderung und der Stärkung des Rechtsbewußtseins sprechen, daß hier die Feststellung getroffen wird, daß der Schwangerschaftsabbruch, die Abtreibung, nicht nur Tötung, sondern Mißachtung der Unverfügbarkeit des Lebens und deshalb Unrecht ist.

Wir stellen bereits in der Überschrift des ersten Abschnitts fest: „Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden.“ – In die Sprache unseres Rechtsstaats übersetzt, heißt das doch nichts anderes, als daß das Verfügen über menschliches Leben, die Mißachtung seiner Unverfügbarkeit Unrecht ist.

Das sollten wir, wenn wir in unserer Bevölkerung Rechtsbewußtsein schaffen wollen, auch in diesem Beschluß des Parteitages deutlich zum Ausdruck bringen.

Ich fasse zusammen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag 109 des Kreisverbandes Freiburg mit der Maßgabe zuzustimmen, daß erstens Satz 4 im Antrag des Bundesvorstandes ersatzlos gestrichen wird und zweitens im letzten Satz der Ziffer 10 hinter die Worte „Tötung menschlichen Lebens“ die Worte „Mißachtung seiner Unverfügbarkeit und deshalb Unrecht“ eingefügt wird. Ich bitte das Präsidium, gerade über diesen zweiten Punkt – der erste Punkt ist ja auch Gegenstand anderer Anträge – unseres Antrages gesondert abstimmen zu lassen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich habe Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nur Delegierte das Recht haben, sich zu Wort zu melden.

Das Wort hat jetzt der Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich bin auf Grund der Diskussion, die jetzt geführt worden ist, dafür, daß wir in dieser wichtigen Frage zu einem klaren Abstimmungsergebnis kommen über das, worum es eigentlich geht. Es geht nicht um die Frage Strafrechtsänderung oder soziale Hilfen und Beratung. Das ist nicht das Problem. Da sind wir überhaupt nicht auseinander. Auch von denjenigen, die diese Änderung wollen, weiß ich, daß sie mit derselben Überzeugung wie alle anderen in der Partei alle wichtigen sozialen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen unterstützen und für richtig halten.

(Beifall)

Es geht um etwas anderes.

Das Problem besteht doch offenbar darin, daß der Eindruck entsteht, als ob durch die Formulierung „Wir sind der Überzeugung, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führt“ Delegierte zu etwas gezwungen werden sollen im Sinne einer Mehrheitsentscheidung, wozu sie gar nicht gezwungen werden können, nämlich zu einer Überzeugung.

(Zustimmung)

Es geht, wenn man die Sache genau nimmt, um etwas ganz anderes. Ich bin schon dafür, daß wir uns darüber unterhalten, daß wir darüber diskutieren, daß wir dann aber auch darüber abstimmen. Ich glaube, wir brauchen hier auch eine ehrliche Diskussion. Es geht darum: Wollen wir eine Strafrechtsänderung oder wollen wir keine? Wenn wir die Sache wirklich auf den Punkt bringen wollen, ist das die entscheidende Frage. Das ist der Kern der ganzen Sache.

Jetzt bitte ich darum, die Seite 25 des Antragsbuches aufzuschlagen. Da kann man nach meiner Auffassung unter rechtlichen Gesichtspunkten klar sehen, worum es

ginge, wenn man eine Strafrechtsänderung befürworten würde. Es handelt sich ja nicht um den Embryonenschutz, sondern es geht bei dieser Frage – Verschärfung des Strafrechts oder nicht – um die immer wieder so genannte, aber falsch zitierte soziale Indikation.

Ich nehme nicht an, daß jemand im Saale ist, der der Auffassung ist, daß die kriminologische oder die eugenische Indikation in Frage gestellt werden soll, geschweige denn die medizinische. Wenn etwas diskutiert wird, dann ist es doch vielmehr die sogenannte soziale Indikation. Jetzt bewegen wir uns aber auf der Rechtsebene, d. h. es geht nicht um die Frage: Wird das geltende Recht mißbraucht oder richtig angewendet? Hier ist doch ganz klar zu sagen, daß das geltende Recht eine soziale Indikation nicht kennt. Das geltende Recht kennt vielmehr eine schwere Notlagenindikation.

Wenn Sie auf Seite 25 den Antrag des Bundesvorstandes in Verbindung mit dem lesen, was die Antragskommission empfiehlt, geht daraus klar hervor, daß nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Notlagenindikation ein Unterfall der medizinischen Indikation ist; denn das Bundesverfassungsgericht setzt ausdrücklich das Vorliegen einer schweren Notlage voraus, die so schwer wiegt, daß sie mit der medizinischen Indikation kongruent ist.

Was heißt kongruent? Es kommt von congruere; das heißt übereinstimmen. Das heißt also, daß es sich im Grunde genommen um dieselbe Form der Indikation handeln muß. Daß es in der Praxis anders aussieht, ist eine Frage der Rechtsanwendung, aber doch nicht eine Frage der Norm.

Wie ein Gesetz und wie ein Bestandteil des Gesetzes – der Begriff einer gesetzlichen Norm – zu interpretieren sind, wie also die ratio legis ist, dafür gibt es verschiedene Gesichtspunkte: historische und solche, die sich aus den Gesetzesmaterialien ergeben. Die brauchen wir hier nicht zu untersuchen, denn: wir haben eine authentische Interpretation, die für die Anwendung in der Praxis so authentisch ist, daß sich alle daran halten müssen. Das ist die authentische Interpretation des Bundesverfassungsgerichtes.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese schwere Notlagenindikation als eine Notlage definiert, die kongruent sein muß mit der medizinischen. Wenn das so ist – und es ist so –, dann ist doch die Änderung des Strafrechts hinsichtlich der schweren Notlagenindikation unter rechtlichen und verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten genauso zu sehen wie hinsichtlich der medizinischen Indikation.

Aus diesem Grunde glaube ich, daß es ein schwerer Fehler wäre, wenn wir durch eine Entscheidung auf dem Bundesparteitag der Öffentlichkeit gegenüber den Eindruck erwecken wollten, als wäre diese Frage bei uns unklar. Wir würden, wenn wir so verfahren, wie das beantragt ist, dem Mißverständnis und der Mißinterpretation Tür und Tor öffnen. Nichts wäre schädlicher für unsere gemeinsame Sache, nämlich für den Schutz des ungeborenen Kindes, als eine solche offene Situation, die, wie gesagt, der Mißinterpretation Tür und Tor öffnen würde.

(Zustimmung)

Aus diesem Grund schlage ich vor, Satz 4 zu ändern und zu sagen: „Wir wollen keine Verschärfung des Strafrechts, sondern wir wollen, daß im öffentlichen Bewußtsein

wieder fest verankert wird,". Dann geht es im Text so weiter, wie es die Antragskommission empfiehlt. Wir haben dann eine Aussage, über die wir in aller Klarheit abstimmen können. Wir können dann in dieser Frage auf dem Bundesparteitag eine Entscheidung nach unserem eigenen Gewissen; nach unserer eigenen Überzeugung treffen und haben am Ende ein Ergebnis, bei dem die Bevölkerung auch weiß, was die Christlich Demokratische Union in dieser Frage für richtig hält.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich denke, es ist für jedermann nachvollziehbar, daß wir jetzt darauf angewiesen sind, gemeinsam auch den Beschluß zu dieser wichtigen Ziffer in irgendeiner Weise zustande zu bringen, daß dem Rechnung getragen ist, wovon Generalsekretär Dr. Geißler gesprochen hat.

Jetzt liegen zur Ziffer 10 noch 13 Wortmeldungen vor. Ich möchte jetzt nach den Klarstellungen und Darlegungen des Generalsekretärs einmal den Vorschlag machen, zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, daß der eine oder andere auf seine Wortmeldung verzichtet im Sinne der Umsetzung dessen, was wir jetzt über Stunden hinweg an Argumenten ausgetauscht haben. Wir sind ja gehalten, zum Themenbereich des christlichen Menschenbildes am heutigen Abend noch weitere Zusammenhänge zu diskutieren und zu entscheiden.

(Beifall)

Ich stelle die Frage, ob wir nach den Darlegungen des Generalsekretärs in eine Abstimmung zu Ziffer 10 eintreten können.

(Beifall)

Ich bin mir natürlich darüber im klaren, daß über einen solchen Vorschlag abgestimmt werden muß. Aber ich denke, der Parteitag ist hinsichtlich einer solchen Entscheidung souverän, und wir sollten diese Entscheidung hier treffen.

Zur Geschäftsordnung Kollege Volker Kauder aus Baden-Württemberg.

Volker Kauder: Herr Tagungspräsident, über Ihren Vorschlag bin ich mehr als betroffen.

(Vereinzelter Beifall)

Mir brennt diese Frage genauso wie vielen anderen auch im Herzen. Ich habe einen ganz konkreten Antrag gestellt. Ich habe mich nicht mit allgemeinen Äußerungen eingelassen, weil ich mir gesagt habe: ich spreche zu meinem Antrag, und dann nur in wenigen Minuten, und ich will diesen Antrag begründen. Es wäre das erste Mal auf einem Parteitag, daß mir als Antragsteller das Wort zur Begründung eines Antrages nicht gegeben würde.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Bitte, Professor Buchkremer.

Prof. Hermann-Josef Buchkremer: Im Moment nur zur Geschäftsordnung! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß meine Wortmeldung seit heute morgen 10 Uhr vorliegt. Ich habe eben schon einmal gesagt, daß ich mich in der allgemeinen Debatte zurückgehalten habe, weil ich das für den Kernpunkt halte. Ich

halte es für sehr unglücklich, wenn man uns jetzt abschneidet. Ich werde mich allerdings bemühen, nur auf den neuen Tatbestand einzugehen.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich habe einen Geschäftsordnungsantrag formuliert. Es ist gegen diesen Geschäftsordnungsantrag gesprochen worden. Wir sollten jetzt entscheiden, ob wir zur Beschlußfassung kommen oder ob wir weiterdiskutieren. Deshalb möchte ich über meinen Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen.

Wer dafür ist, daß wir die Diskussion zu Ziffer 10 jetzt beenden und in eine Beschlußfassung in der Sache eintreten, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Zuruf: Das Präsidium kann doch selbst keinen Geschäftsordnungsantrag stellen!)

Wer ist dagegen? – Das letztere ist die Mehrheit.

(Beifall)

Dann werden wir in der Sache weiterdiskutieren. Das Wort hat Herr Balke.

Franz-Josef Balke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion, die wir jetzt führen, hat der Kreisverband Gütersloh seit vielen Jahren mitbegleitet. Ich komme auf den Punkt: Für uns als Kreisverband Gütersloh ist die Frage, heute mit der Streichung des Satzes 4 die Sache offenzuhalten, auf einen Minimalkonsens heruntergeschraubt. Ich möchte alle bitten, die Sache so zu sehen und nicht so, wie es Herr Hintze und natürlich auch der Generalsekretär anders dargestellt haben.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dautzenberg, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Leo Dautzenberg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß mich schon etwas darüber wundern, wie Herr Hintze und andere Diskussionsredner hier die Diskussion wiedergegeben haben, nämlich so, wie sie im Grunde gar nicht gelaufen ist. Kein Diskussionsredner und auch nicht Herr Miltner, als er noch einmal zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts gesprochen hat, hat eine Verschärfung des Strafrechts gefordert. Kein Antrag, der hier aus den Gliederungen der Partei vorliegt, fordert eine Verschärfung des Strafrechts.

(Beifall)

Ich verstehe alle diese Anträge so, daß sie die Rechtsprechung und die daraus kodifizierte Gesetzgebung eingehalten haben und stärker angewandt haben wollen. Sie wollen aber nicht eine Verschärfung des Strafrechts.

(Beifall)

Somit, Herr Generalsekretär, verfälscht der Satz 4 in Ziffer 10 tatsächlich unsere Diskussionsgrundlage. Wenn ich sehe, wie Sie jetzt diesen Satz interpretieren, dann ist er natürlich berechtigterweise hier hineingenommen worden. Deshalb wollen wir ihn im Grunde nicht drinhaben, sondern wir wollen ihn gestrichen haben. Dies fordern auch die meisten Anträge zu diesem Komplex.

Ich kann den Vorschlag Geißler nicht akzeptieren, weil er im Grunde eine Verschlimmbesserung des Vorschlages des Bundesvorstandes darstellt. Die Antragskommission hat aus einer Erfahrung eine Überzeugung gemacht. Herr Geißler macht jetzt aus seinem Vorschlag im Grunde eine konkrete politische Forderung dieser Partei, der ich nicht folgen kann.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb sollte man der Streichung des Satzes 4 hier folgen, aber nicht dem Antrag der Antragskommission. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Professor Buchkremer.

Prof. Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident, ich danke für das Wort. Ich will meine Argumente etwas kurz fassen. Darf ich vielleicht folgendes Beispiel mit Ihnen einmal durchspielen, um zu zeigen, wo ich meine Bauchschmerzen habe, die ich auch nach dem neuen Antrag unseres Generalsekretärs nicht verloren habe.

Ich nehme ein Beispiel von einem Herrn Popper; vielleicht dem einen oder anderen bekannt. Es handelt sich um die weißen Schwäne. Ich wandle das etwas ab: Ich habe die Erfahrung gemacht, es gibt nur weiße Schwäne. Angenommen, man würde diese Erfahrung machen, dann muß man immer noch einschließen, daß es auch schwarze gibt. Daraus hat die Antragskommission gemacht: Wir sind der Überzeugung, daß es nur weiße Schwäne gibt. Das ist von einem naturwissenschaftlich Ausgebildeten nicht nachzuvollziehen. Erstens habe ich bisher andere Erfahrungen gemacht und in den letzten 20 Jahren intensiv mit diesen anderen Erfahrungen gekämpft, und, ich glaube, mit ganz großem Erfolg vor jungen Leuten. Ich habe mich nie vor einer Diskussion gedrückt. Ich habe vor 14 Tagen eine Diskussion mit jungen Leuten geführt und war erstaunt, wie weit die sind. Die sind schon wesentlich weiter. Ich bin der Meinung, der Zeitgeist läuft hinter uns her.

So, jetzt hat die Antragskommission gemacht: Ich bin der Überzeugung, daß nur weiße Schwäne existieren. Dem kann ich nicht folgen, weil ich noch nicht einmal die Erfahrung gemacht habe.

(Zuruf)

Dritter Punkt ist: Wir wollen, daß nur weiße Schwäne bestehen. –

(Vereinzelter Beifall)

Das ist für mich eine noch größere Verschlimmbesserung.

(Beifall)

Aus dem Grunde habe ich da Bedenken. So, glaube ich, wird das auch draußen von denen verstanden werden, die uns da nicht so ganz wohl sind.

Aus dem Grunde – und jetzt kommt ein Appell an den Bundesvorsitzenden – –

(Zuruf von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl)

– Nein, ich will das Strafrecht im Moment nicht ändern.

(Zurufe)

Darf ich ein kleines Zitat aus Ihrer Rede vor den Juristen der CDU am 6. Mai bringen; da heißt es:

Was die Werte unserer Verfassung sind und wie wir ihnen Geltung verschaffen können, darüber nachzudenken, ist unsere ständige Aufgabe.

Wenn ich sage: Wir wollen nicht!, dann habe ich hier – ich gebe zu: verkürzt – verboten, darüber nachzudenken. Es bringt ja nichts; ich will ja nichts ändern.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind als Christen aufgerufen

– ein weiteres Zitat aus dieser Rede –,

darin mitzuarbeiten, daß unsere freiheitliche Rechtskultur

– Einschub von mir: dazu gehört auch das Strafrecht –

sich weiterentwickelt.

Damit bin ich einverstanden. Wenn wir im Moment nicht ändern, egal aus welchen Gründen: einverstanden. Aber für die Zukunft zu sagen, wir wollen nicht ändern, halte ich für eine Verschlimmbesserung. Entschuldigen Sie mir das Beispiel mit den Schwänen.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich eine Bemerkung anschließen. Sie sehen, daß hier sehr viele Leute nicht damit einverstanden sein wollen oder können. Wenn dieser Satz drin bleibt, sehe ich in unserer eigenen Partei die Probleme auf uns zukommen, die ich glaubte gegen die andere Partei vor zwölf Jahren beendet zu haben. Nach dem Motto „Wir üben erst das Helfen, dann retten wir“ möchte ich mit jungen Leuten nicht argumentieren. Ich möchte jungen Leuten sagen: Wir retten zuerst, und dann steht diese Warnung vor uns. Ein Mensch, dem nicht geholfen wird, motiviert mich wenigstens nicht mehr zu helfen. Ich will nicht sagen: Solange ich nicht helfen kann . . . Lassen Sie mich weitere Äußerungen dazu vermeiden.

Ich glaube, daß wir dadurch einen großen Teil in unserer Partei verlieren, eine große Anzahl von Mitgliedern unserer Partei und Leuten, die uns wählen, wenn wir diesen Satz stehenlassen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir verlieren keinen unserer Wähler, wenn wir den Satz weglassen.

(Vereinzelt Beifall)

Daß diese Diskussion jetzt geführt wird, ist nicht unsere Schuld. Wir waren unangenehm berührt, als diese Diskussion auf uns zukam.

(Zuruf: Laßt ihn doch!)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundeskanzler

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Ich bin zitiert worden, und ich bin korrekt zitiert worden. Ich habe dem, was ich vor dem Forum der Bundesarbeitsgemeinschaft Christlich Demokratischer Juristen gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Aber ich finde, wir sollten hier genau zum Punkt sprechen und nicht Beispiele wählen, die uns möglicherweise davon entfernen.

Wir treffen hier als CDU Deutschlands eine Entscheidung über diesen Leitantrag – nach einer intensiven Diskussion der Partei. Die Öffentlichkeit und unsere Mitglieder, die nicht hier dabei sind, werden uns nach der Debatte fragen: Was wollt ihr? Deswegen hat Heiner Geißler eben diesen Vorschlag gemacht. Der letzte Debattenredner hat eine Antwort gegeben, die jedenfalls bei mir den Eindruck hinterließ, daß er eine Änderung des Strafrechts zwar jetzt nicht will, aber daß er sie möglicherweise in absehbarer Zeit will oder wann immer die Zeit gekommen sein mag. Das ist doch die konkrete Antwort auf meinen Zwischenruf gewesen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich schulde Ihnen eine Antwort. Jeder kann hier denken, wie er will. Ich sage klipp und klar: Ich will keine Veränderung des Strafrechts vornehmen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Detlef Irmen, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Detlef Irmen: Meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich zu dem Antrag aus dem Kreisverband Mönchengladbach sprechen, den Satz 4 zu streichen. Ich hatte mir aber eben schon überlegt, meine Wortmeldung zurückzuziehen, weil dazu die wesentlichen Argumente ausgetauscht sind. Aber Ihre Wortmeldung, Herr Generalsekretär, hat mich dazu gebracht, meine doch aufrechtzuerhalten, weil dazu doch einige Dinge noch zu sagen sind, wie ich meine.

Sie haben Gott sei Dank klargestellt, daß alle heute hier den Part, der als Signal nach draußen gesendet werden soll, daß wir Hilfe wollen, gemeinsam tragen. Ich glaube, in diesem Punkt besteht kein Dissens. Es geht wirklich nur noch um die Frage – das haben Sie mit schöner Offenheit gesagt –: Wollen wir eine Strafrechtsänderung, ja oder nein? Aber da, meine ich, haben Sie einen Denkfehler gemacht und auch etwas inhaltlich Falsches wiedergegeben.

Sie haben gesagt, es gäbe eine authentische Interpretation des Bundesverfassungsgerichts zur sozialen Indikation. Herr Generalsekretär, das ist falsch. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bezog sich auf die Fristenlösung.

(Vereinzelt Beifall)

Die jetzige Gesetzeslage ist erst im nachhinein auf Grund des Verfassungsgerichtsurteils geschaffen worden. Aber ob die jetzige Gesetzeslage der Intention des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom Februar 1975 entspricht, ist damit noch nicht gesagt. Das heißt, sich in diesem Punkt auf das Bundesverfassungsgericht zu beziehen, ist logisch nicht möglich.

Inhaltlich stimme ich Ihnen zu. Der Kern ist die Frage nach der sozialen Indikation. Inhaltlich wäre sehr, sehr viel damit gewonnen, wenn man der Intention dessen, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, folgen könnte. Aber ob man das, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, in die Rechtswirklichkeit umsetzt, liegt nicht nur an der Rechtsanwendung. Wenn ein Gesetz mißbraucht wird, ist es zumindest

möglich – das ist zu überprüfen –, ob es daran liegt, daß das Gesetz selbst schwammig, unklar formuliert und gefaßt ist.

(Vereinzelt Beifall)

Was ist denn, wenn man z. B. hingeht und sagt: Die Notlagenindikation als solche akzeptieren wir; aber sie wird heute häufig mißbraucht? Das sagen wir in dem Papier. Dann können wir das Gesetz vielleicht klarer fassen. Auch das wäre eine Änderung des Strafrechts.

Sie sagen hier per se, daß die Umsetzung dessen, was wir in dem Papier wollen, die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils, nicht durch Gesetze erreicht werden kann. Diesen Schritt möchte ich nicht mitmachen. Ich sage nicht, daß ich hier und heute eine Verschärfung des Strafrechts fordere. Wenn wir die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils – ich glaube, das kommt auf Seite 25 – bewerkstelligen wollen, dann brauchen wir die Option, eventuell strafrechtliche Änderungen herbeizuführen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bitte ich Sie, dem Vorschlag von Herrn Generalsekretär Geißler nicht zu folgen, sondern dem Vorschlag aus den vielen Kreisverbänden, diesen Satz zu streichen. Dann haben wir die Option. Es geht auch kein falsches Signal von diesem Bundesparteitag hinaus. Das Signal, daß wir Hilfe anbieten wollen, ist von heute morgen bis heute abend in allen Wortmeldungen permanent zum Ausdruck gekommen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Parteifreund Kauder.

Volker Kauder: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe einen Antrag für den Kreisverband Tuttlingen auf Änderung des § 218 – nicht Verschärfung – eingereicht. Denn Verschärfung bedeutet immer eine höhere Strafe. Die Sprachverwirrung ist bei uns schon groß. Wir müssen wieder präzise reden,

(Vereinzelt Beifall)

damit wir wissen, was wir eigentlich meinen.

Ich habe den Antrag 131 eingebracht. Ich will gar nicht dazu sprechen, sondern ganz konkret zu dem, was der Generalsekretär gesagt hat. Er muß im übrigen noch den Antrag 161 des Landesverbandes Baden-Württemberg einbeziehen. Dieser Antrag ist ganz ähnlich: Wenn sich nichts ändert, muß das Gesetz geändert werden. Dieser Antrag gehört zur Abstimmung mit dazu.

Lassen Sie mich eines sagen. Der Herr Generalsekretär hat gerade vor aller Öffentlichkeit gesagt, daß es nur darum geht, daß der § 218 so, wie er jetzt besteht, richtig angewandt wird. Dem stimme ich im Grundsatz zu. Wenn dem aber so ist, wie der Herr Generalsekretär gesagt hat, daß der § 218 nicht richtig angewandt wird, dann hat die deutsche Staatsanwaltschaft ihren Auftrag nicht ernst genommen. Sie hätte dann Strafanzeigen stellen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage mich: Wo sind eigentlich die Justizminister unserer Länder gewesen? Wenn das Gesetz nicht richtig angewandt wird, sind Straftaten passiert, wie der Herr Generalsekretär sagt: in 80 % der Fälle der Sozialen-Notlagen-Indikation.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn es uns also mit der Aussage ernst ist, daß das Gesetz nicht richtig angewandt wird, dann will ich wissen, wie viele Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind, in ganz konkreten Fällen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde nun herzlich darum bitten – die Diskussion war gut und auf hohem Niveau –, daß man diejenigen, die bereit sind, auf die strafrechtliche Passage zu verzichten, keine Veränderung zu fordern, nicht dadurch von einer Zustimmung zum Antrag herausnimmt, indem man nun sagt, es solle keine strafrechtliche Veränderung stattfinden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor etwa zehn Jahren zu diesem Thema eine ganz andere Auffassung vertreten.

(Vereinzelt Beifall)

Sie wollte nämlich ein anderes Gesetz. Woher wollen wir jetzt eigentlich wissen, daß wir in weiteren zehn Jahren nicht zu einer wieder anderen Auffassung kommen? Eine solche Möglichkeit wird uns genommen, wenn wir uns heute binden: Wir wollen nie eine strafrechtliche Änderung.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen: Der kleinste gemeinsame Nenner, der Kompromiß ist, daß wir auf diese strafrechtliche Passage ganz verzichten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Thorsten Schmitter.

Thorsten Schmitter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht gerade weil ich einer der jüngsten Delegierten auf dem heutigen Parteitag bin, kann ich bei dem Thema der sozialen Indikation, aber auch bei anderen Indikationen nicht ruhig sitzen bleiben.

Unser Generalsekretär Heiner Geißler hat heute morgen beklagt, daß der Nachwuchs der CDU nicht mehr, wie noch in den fünfziger Jahren, aus der christlichen Jugendarbeit kommt. Wir alle können uns doch nicht ernsthaft darüber wundern. Wie sollen wir den jungen Leuten, insbesondere den Jungverheirateten oder denen, die sich schon zu den glücklichen Eltern zählen können, klarmachen, daß das christliche Menschenbild bei der CDU schon beim ungeborenen Kind unklar wird?

Wir haben heute morgen, und zwar ebenfalls von unserem Generalsekretär, gehört, wie gut es uns in der Bundesrepublik doch geht. Das Plenum hat dazu applaudiert. Aber gerade weil dies so ist, halte ich es für ein Armutszeugnis für unseren Sozialstaat, daß wir die Tötung von ungeborenen Kindern aus sozialen Gründen zulassen wollen. Selbst dann, wenn sich die CDU/CSU in der Koalition nicht gegen die FDP durchsetzen könnte, müssen wir uns als Christdemokraten trotzdem treu bleiben. Denn dann, wenn wir uns selber treu bleiben, kommen wir auch wieder an die jungen

Leute heran, die vor dem Eingang stehen und Transparente mit der Aufschrift halten: „Wir müssen das Problem beseitigen, nicht die Kinder.“

(Beifall)

Dem habe ich eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, außer der Bitte, den Antrag A 131 anzunehmen, zumindest aber den vierten Satz, der hier so umstritten ist, ganz zu streichen. – Danke schön.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Hüppe das Wort.

Hubert Hüppe: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal vorwegstellen, daß ich jemand bin, der nächstelang mit Frauen gesprochen hat, die bereits abgetrieben haben, und der mit einer katholischen Beratungsstelle eng zusammenarbeitet. Dadurch habe ich schon viele Leben retten können, nicht nur das Leben der Kinder, sondern auch das Leben der Frauen. Ich möchte alle bitten, auch diejenigen, die sich für einen rechtlichen Schutz einsetzen, nicht in die Ecke zu stellen, als wenn sie diejenigen wären, die nicht helfen wollen.

Wenn hier gesagt wird, daß wir noch nicht einmal über eine strafrechtliche Änderung nachdenken dürfen, dann stellen wir irgendwo auch den Sinn des Strafrechtes grundsätzlich in Frage. Was das bedeutet, wird z. B. in Frankreich deutlich. Dort hat man inzwischen einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem behinderte Kinder nach der Geburt nicht mehr weiter versorgt werden sollen. Sollen wir irgendwann auch dieses akzeptabel und tolerabel und hinterher noch rechtmäßig machen, oder wollen wir das nicht?

Wenn hier gesagt wird, das Gesetz müsse nicht geändert werden, will ich nur mal drei Feststellungen machen; dann höre ich auf.

Wenn 70 % der Bevölkerung auf Befragen glauben, Abtreibung sei grundsätzlich erlaubt, dann muß irgend etwas mit diesem Gesetz nicht in Ordnung sein. Wenn es sogar passieren kann, daß sich ein Mann wie Peter Maffay hinstellt und sich damit brüstet, daß er sein Kind hat umbringen lassen, dann kann mit diesem Recht etwas nicht in Ordnung sein, wenn dies nicht geahndet wird, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn man Ärzte zum Unterhalt verurteilt, weil sie eine Abtreibung, zu der sie sich vorher verpflichtet haben, nicht ordnungsgemäß durchgeführt haben und das Kind überlebt hat und es inzwischen ein Urteil des Bundesgerichtshofes gibt, das sagt, dieser Mann müsse Unterhalt zahlen, weil er das Tötungsversprechen, das er vorher abgegeben habe, nicht eingehalten habe, dann stimmt irgend etwas mit unserem Recht nicht.

(Beifall)

Wenn die CDU – ich betone: die CDU, nicht die Koalition – sogar will, daß man bis zur 22. Woche, wie es im § 218 Abs. 3 Satz 2 steht, ohne Indikation straffrei abtreiben lassen kann – ich betone dies; dies steht in diesem Gesetz –, dann bin ich sehr wohl für eine Änderung dieses Gesetzes, nämlich in diesem Punkte. Das hat mit der sozialen Indikation überhaupt nichts zu tun.

Ich will nur zu bedenken geben, was dies bedeutet. In Frankfurt gibt es eine Uni-Klinik, die Frühgeburten bereits ab der 24. Woche am Leben erhalten kann. Gleichzeitig werden dort Abtreibungen bis zur 22. Woche vorgenommen.

Meine Damen und Herren, diese Klinik hat bisher immer mit Prostagandin abgetrieben. Das bedeutet, die Frühwehen setzen ein, und dieses Kind kommt lebend zur Welt. Jetzt hat man natürlich Angst, daß sie nicht nur lebend zur Welt kommen, sondern daß sie auch überleben. Was macht man also? Man geht hin und wendet wieder die alte Kürettage-Methode an. Das heißt, man reißt erst die Beine ab; dann reißt man die Arme ab, bis schließlich nach einiger Zeit das Kind tot ist und man sicher ist, daß dieses Kind tot aus dem Mutterleib kommt. Wollen wir das als Christdemokraten? Wollen wir das wirklich? Darüber müssen Sie sich jetzt entscheiden.

(Dr. Heiner Geißler: Nein!)

– Wenn Sie Nein sagen, Herr Geißler, dann ändern Sie wenigstens diesen Punkt.

(Beifall – Zuruf von Herrn Dr. Heiner Geißler)

– Dann ändern Sie den Punkt, Herr Geißler. Dann bin ich einverstanden. Damit haben wir ein Zeichen gegeben. Dieser Antrag liegt ja konkret vor.

Wenn Sie sagen, Zahlen seien nicht wichtig, entgegne ich: Wir haben jetzt 250 000 bis 300 000 Abtreibungen. Das sind 300 000 Opfer bzw. 600 000 Opfer, wenn man die Frauen hinzuzählt. Wenn wir die Zahl der Opfer mit einer dieser Regelungen nur um 10 000 verändern können, dann haben wir etwas erreicht, weil jedes Opfer eine Tötung bedeutet, und auch die Frau immer zum Opfer wird.

Ich denke auch, daß gerade die Männer hier mitsprechen müssen; sonst sind nämlich die Frauen alleine gelassen. Ich sage zum Schluß, daß es für die Männer immer noch das Beste ist. Denn sie können die Frau auf den Stuhl schicken. Dann ist das Kind tot, und die Männer haben sich herausgehalten. Das wollen wir als Christdemokraten doch wirklich nicht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Dr. Bernhard Vogel.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heftig über die richtige Fassung der Ziffer 10. Aber das darf doch nicht dazu führen, daß wir den Eindruck erwecken, als ob wir uns in einer Sache nicht wirklich völlig einig sind, und zwar jeder, der hier als Delegierter anwesend ist.

Lieber Herr Kollege Hüppe, wir wollen zum Leben verhelfen, und wir wollen nicht, daß Leben-~~getötet~~ wird.

(Beifall)

Wir ringen darum, wie wir die richtige Textwahl treffen. Aber in dieser Sache ist nach so vielen Stunden Diskussion klargeworden: Wir alle wollen Leben erhalten, und keiner, welche Formulierung er auch immer vorschlägt, will, daß getötet wird.

Meine Damen und Herren, es gab das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Fristenlösung; das war eindeutig. Es gibt in diesem Urteil einen klaren Tenor. Dieser Tenor hat in das jetzt geltende Recht Eingang gefunden.

Wir haben uns sehr viel Mühe gemacht. Ich habe überlegt, nach Karlsruhe zu gehen und für die Landesregierung von Rheinland-Pfalz gegen den § 218 zu klagen. Wir sind zu dem klaren Ergebnis gekommen, daß der § 218 mit dem Urteilspruch, wie er von Karlsruhe kam, übereinstimmt. Womit wir in Fehde liegen, ist das, was in Ausübung von § 218 im einzelnen heute Praxis ist. Das muß geändert werden. Das ist unser Ziel.

(Beifall)

Wenn ich das vorausschicke, dann habe ich das Bedürfnis, nach dieser langen Diskussion noch einmal klar und für jedermann nachvollziehbar zu sagen: Es gibt den Antrag A 97 Ziffer 10 Satz 4. Hier schlägt der Bundesvorstand laut der Drucksache vor: „Die Erfahrung zeigt, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führt.“

Die Antragskommission schlägt vor: „Wir sind der Überzeugung, daß eine Verschärfung des Strafrechts nicht zu einem besseren Schutz des ungeborenen Kindes führt.“

Der Herr Generalsekretär hat gerade vorgeschlagen, diesen Satz neu zu fassen und weder davon zu sprechen, daß die Erfahrung zeigt noch daß wir der Überzeugung sind, sondern zu formulieren:

Wir wollen keine Verschärfung – es geht um das Wort „Verschärfung“ – des Strafrechts, sondern wir wollen, daß im öffentlichen Bewußtsein wieder fest verankert wird, daß von der Vereinigung der Eizelle mit der Samenzelle an menschliches Leben sich nicht erst langsam entwickelt, sondern von Anfang an voll vorhanden ist und – wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat – ein Schwangerschaftsabbruch somit Tötung menschlichen Lebens ist.

Ich möchte zu diesem Vorschlag des Generalsekretärs, sich nicht auf die Erfahrung zu beziehen und nicht Überzeugung festzuschreiben, sondern klar zu sagen, daß wir keine Verschärfung des Strafrechts wollen, ausdrücklich sagen, daß ich diese Meinung teile, weil wir uns in der ganzen Diskussion immer wieder auf den Standpunkt gestellt haben: Nicht Verschärfung des Strafrechts, sondern Verbesserung der Hilfe ist der Weg, mit dem wir Leben am besten retten können. Deswegen habe ich mich gemeldet, um darum zu bitten, den Antrag des Generalsekretärs zu unterstützen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Lothar Späth.

Lothar Späth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, daß wir jetzt noch einen ganz wichtigen Ansatz haben, für den wir uns auch noch ein paar Minuten Zeit nehmen müssen. Zeit nehmen müssen wir uns für die Frage, wie weit wir die Vorstellungen zusammenführen können. Da will ich noch einmal genau an dem Punkt ansetzen, an dem Bernhard Vogel gerade war.

Wir in Baden-Württemberg haben dieses Thema ja sehr kontrovers diskutiert, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir gesagt haben: Wir wollen gegenwärtig keine Änderung des Strafrechts, aber wir wollen – so haben wir am Debattenende gesagt – auch nicht, daß auch dann, wenn alle Anstrengungen nicht helfen, gewissermaßen für alle Zeit gesagt ist, dies sei sakrosankt.

(Beifall)

Nun haben wir uns in dieser Diskussion für eine Weile in eine gewisse Gefahr begeben, und unter der leiden wir im Augenblick bei der Suche nach dem Abstimmungsverhalten. Wir sind uns nämlich weitestgehend über zwei Dinge einig: zum einen darüber, daß wir denjenigen, die sagen „Wir glauben innerlich, daß eine Veränderung des Strafrechts helfen könnte“, nicht den Satz zumuten können, daß die Erfahrung zeigt, daß das nicht geht. Zum anderen kann ich die Alternative, daß wir der Überzeugung sind, als Kompromiß auch mindestens dem nicht zumuten, der dieser Überzeugung eben nicht ist.

Wir müssen also sehen, wie nahe wir zusammenkommen. In der Debatte hatten wir jetzt ein paar Ausführungen, die die Sache deshalb so schwierig machen, weil sich jemand, der heute „nein“ sagt, dies aber nicht so ganz abschließend sagt, dem Verdacht aussetzt, daß er durch die Hintertür andeuten will: Jetzt gerade geht es nicht, aber ich behalte mir vor, und zwar bald . . . Dann setzen wir uns einer Diskussion aus, in der es heißen wird: Die haben sich nicht klar ausgedrückt.

Die Position des Bundeskanzlers und unseres Vorsitzenden habe ich so verstanden, daß er gemeint hat: Ich vertrete hier meine Position, und ich will klarstellen, daß für mich eine Gesetzesänderung nicht in Frage kommt.

(Beifall)

Jetzt will ich an einem weiteren Punkt ansetzen. Ich will, daß wir jetzt am Gesetz nichts machen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir etwa in den nächsten zwei Jahren Erkenntnisse sammeln könnten, die zu einer Änderung der Rechtspositionen führen können. Ich weiß aber auch, daß ich will, daß wir jetzt nicht kleckern. Ich komme damit auf das zurück, was Heiner Geißler heute morgen gesagt hat. Ich möchte, daß ich einmal so viele Fernsehsendungen sehe und so viele Illustriertenanzeigen zum werdenden Leben in einer fast kinderlosen Gesellschaft lese, wie ich sie zur Bekämpfung von AIDS zur Kenntnis nehme.

(Beifall)

Ich möchte auch, daß wir nicht nur verbal sagen, daß wir alles tun wollen, sondern daß auch sichtbar ist: Auf dem Wege, auf dem die CDU jetzt seit 1982 ist, hat niemand so viel getan. Wir müssen beim Thema „Hilfe und Unterstützung“ alles tun, und wir müssen dazu auch sagen, daß wir in der eigenen Partei gegen die Heuchelei kämpfen, die darin besteht, daß viele den Frauen Ratschläge geben und sich dann davonschleichen, wenn sie selber in diese Entwicklung mit involviert sind.

(Beifall)

Dies alles gehört zusammen, und dann sind wir nur noch an einem Punkt auseinander. Deshalb sage ich: Ich kann diese Formulierung tragen. Ich habe auch noch nach anderen gesucht, z. B.: Wir gehen davon aus, oder: Wir versprechen uns . . . Ich sage denen, die gegen die Formulierung des Generalsekretärs sind, daß ich damit leben kann, daß man die Sache herausnimmt. Jetzt haben wir aber so viel darüber diskutiert, daß dann, wenn wir sie nur herausnehmen, die Verdachtdiskussion beginnt: Den Satz haben sie herausgenommen, und das war die eigentliche Entscheidung; sie begeben sich jetzt nämlich doch auf den Pfad . . . Das macht die Sache so schwer.

Deshalb gebe ich für mich folgendes zu Protokoll. Ich kann dem Vorschlag Geißler zustimmen, aber dann, wenn ich in fünf Jahren in Baden-Württemberg trotz aller Anstrengungen noch die gleiche Zahl von Abtreibungen habe, werde ich mir mit meiner Partei die Freiheit nehmen, noch einmal laut darüber nachzudenken, was jetzt Rechtssituation ist und was möglich ist. Ich plädiere also dafür, daß wir die Lösung Geißler annehmen, und ich sage auch dem Bundeskanzler, daß ich für die nächsten Jahre keine andere Möglichkeit sehe. Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir alle anderthalb Jahre eine Diskussion um das Strafrecht beginnen sollten. Vielmehr sollten wir jetzt unsere ganze Kraft einsetzen, alles dafür zu tun, die Situation zu verbessern.

(Beifall)

Aber, wie gesagt, ich füge für mich und für den Landesverband Baden-Württemberg hinzu: Ich habe auch den Mut, nach fünf Jahren bei einer Erfolgskontrolle, wenn ich dann sehe, daß sich überhaupt nichts geändert hat und daß diese Gesellschaft nichts dazulernt, zu sagen, daß wir dann über diese Frage neu müssen diskutieren können. So verstanden, meine ich, daß wir uns jetzt weit aufeinander zubewegt haben, und ich denke, daß wir so die Formulierung von Heiner Geißler akzeptieren können.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben vor über einer Stunde entschieden, die Debatte fortzusetzen. Ich denke, daß wir nach dem Debattenverlauf und nach den Klarstellungen, die gerade jetzt in den letzten 20 Minuten von dieser Stelle aus gegeben worden sind, eigentlich noch einmal darüber nachdenken sollten, wie wir diese Debatte jetzt beenden und auch eine Entscheidung in der Sache treffen können.

(Vereinzelt Zustimmung)

Mir liegen zur Zeit noch sieben Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

Ich stelle fest, daß hier der eine oder andere registriert ist, der schon mehrfach zur Sache gesprochen hat. Ich denke, wir sollten zumindest vereinbaren, daß es zu einer Beendigung der Rednerliste kommt. Im übrigen stelle ich anheim, daß diejenigen, die sich noch gemeldet haben, ihre Wortmeldung zurückziehen.

Ich lese jetzt die Namen derjenigen vor, die sich noch zu Wort gemeldet haben, und dann werden wir weitersehen. Gemeldet haben sich noch: Herr Lennartz, Landes-

verband Nordrhein-Westfalen, Frau Limbach, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Dr. Schröder, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Frau Hieronymi, Landesverband Nordrhein-Westfalen,

(Unruhe)

Frau Johannknecht, Landesverband Nordrhein-Westfalen,

(Anhaltende Unruhe)

Herr Kues, Junge Union, und Frau Süßmuth, Landesverband Niedersachsen.

Ist unter denen, die ich genannt habe, jemand, der bereit ist, seine Wortmeldung zurückzuziehen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. – Doch, wie ich sehe, ist Frau Süßmuth bereit, ihre Wortmeldung zurückzuziehen.

(Beifall)

Ich frage Herrn Lennartz: Erhalten Sie Ihre Wortmeldung aufrecht? – Er erhält sie aufrecht.

Bevor ich weiter frage, ob die Wortmeldungen aufrechterhalten werden, möchte ich die Grundsatzfrage klären, ob wir zum Schluß der Rednerliste kommen.

(Zustimmung)

Wer ist für Schluß der Rednerliste? – Das ist die Mehrheit.

Das Wort hat nun Herr Lennartz.

Leo Lennartz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die hektische Entwicklung der letzten Stunde ist nicht von Delegierten verursacht worden.

(Vereinzelt Zustimmung)

Die Entwicklung der letzten Stunde beruht auf dem Vorstoß des Bundesvorstandes, der in der Ziffer 10 einen anderen Text als in der Ausgabe des UiD 6/88 gebracht hat, in dem ein anderer Text stand, wenn Sie sich noch genau erinnern. Da hieß der Text am Anfang: „Die CDU tritt ein für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Kindes. Unser Ziel ist es, das ungeborene Kind besser zu schützen und alles zu tun, daß die hohe Zahl der Abtreibungen zurückgeht.“ Jetzt kommt die Änderung: „Menschenwürde ist nicht teilbar. Die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens gilt für das Leben vor und nach der Geburt. Deshalb muß im öffentlichen Bewußtsein wieder fest verankert werden, daß der Schwangerschaftsabbruch Tötung menschlichen Lebens ist.“ Das ist die Ursprungsfassung. In UiD 12 und in der heutigen Vorlage kommt die Sache mit der Erfahrung. Die Sache mit der Erfahrung ist vom Bundesvorstand hineingekommen. Dem Bundesvorstand ist seit Wochen klar, daß das Wort von der Erfahrung überhaupt nicht zu halten ist.

Das zweite.

(Zuruf aus der Mitte: Sag doch mal was zur Sache, Mensch!)

– Moment, ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß wir uns alle vorgenommen haben, fair miteinander umzugehen.

(Beifall und Zurufe in der Mitte: Ja!)

Fair heißt –

(Zuruf: Nicht viermal reden! Mach Schluß! – weitere Zurufe)

– Entschuldigen Sie, ich bekomme hier den Zuruf „viermal reden“: Was heißt das denn? Ich habe noch niemals zu einem anderen Thema gesprochen.

(Weitere Zurufe)

Es heißt, wir wollen fair miteinander umgehen, und das heißt, daß wir auf dem aufbauen, was wir heute morgen besprochen haben. Heute morgen haben wir nicht nur die Bewußtseinsänderung besprochen, da haben wir nicht nur die Anwendung von Hilfen besprochen, sondern da haben wir auch die Notwendigkeit eines strafrechtlichen Schutzes besprochen. So ist die Situation, und das ist die Geschäftsgrundlage dieser Diskussion.

Wenn jetzt Herr Geißler mit einem Antrag kommt, der von dem nicht haltbaren Wort „Erfahrung“ übergeht auf das völlig schwammige Wort „Überzeugung“ und damit praktisch Leute, die nicht seiner Meinung sind, einbindet,

(Widerspruch)

– wunderbar, wir sind ja einig – und dann hingeht und den Ärger der Delegierten über diesen Versuch dazu benutzt, das in der Sache festzuklopfen, dann ist es doch Zeit, daß wir ein paar Takte dazu sagen, und die paar Takte will ich gerne sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bedauere es außerordentlich, daß der Herr Bundeskanzler bzw. der Herr Bundesvorsitzende im Augenblick hier nicht zu sehen ist. Ich habe in den Vorbesprechungen unseren Delegierten gesagt, ich habe als Rechtsanwalt einen Eid auf die Verteidigung der Rechtsordnung abgelegt, und der Bundeskanzler und sein Minister haben einen Eid auf die Verteidigung der Rechtsordnung und des Staates Bundesrepublik abgelegt. Es ist völlig unmöglich, daß Herr Dr. Kohl in seiner Eigenschaft als Vorsitzender und noch weniger in seiner Eigenschaft als Kanzler sagt: Ich will das Strafrecht nicht ändern. Hier hat keiner einen Antrag auf Strafrechtsänderung gestellt, aber wir haben noch nie gesagt, wir wollen etwas nicht ändern, wenn wir nicht wußten, wie die Sache ausgeht. Wir wissen überhaupt nicht wie die Sache ausgeht. Niemand kann sagen, ich ändere das Recht nicht.

(Zurufe)

Das Strafrecht muß sich danach richten, was notwendig ist. Das Strafrecht darf nicht zu lasch sein, dann wird es nicht beachtet, und das Strafrecht darf nicht zu schwer sein, dann ist es ungerecht. Das Strafrecht muß sich an den Lebenssachverhalten orientieren. Das ist der Punkt, das müssen wir in der Diskussion festhalten. Deshalb können wir hier nicht erklären: Wir wollen keine Änderung des Strafrechts. Wir wollen derzeit keine Änderung, aber wie sich die Dinge entwickeln, können wir noch nicht absehen. Wenn ein Bundeskanzler hier sagt, er wolle keine Änderung, ist das nicht eine Meinungsäußerung, sondern die Aussage seines politischen Willens, und das wollen wir zur Kenntnis nehmen. Deshalb muß der Satz 4 heraus und die alten Sätze 3 bis 5 müssen wieder hinein.

(Teilweise Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Limbach, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Frau Editha Limbach: Der Antrag, den Heiner Geißler hier eingebracht hat, daß wir unseren politischen Willen erklären sollen mit dem Satz, wir wollen keine Verschärfung des Strafrechts, sondern wir wollen eine Verstärkung der Hilfe, ist genau der Satz, der einem Parteitagbeschuß zugrunde gelegt werden kann, weil er das ausdrückt, was auch der Bundeskanzler und Parteivorsitzende ausgedrückt hat, nämlich den politischen Willen.

(Beifall)

Den politischen Willen, den wir heute mehrheitlich haben, können wir durch Ja oder Nein zu diesem Antrag ausdrücken, und ich meine, wir sollten das auch tun.

(Lebhafter Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Dr. Schröder, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Dr. Peter Schröder: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar Sätze sagen. Bevor der Parteitag darüber abstimmt, muß er noch eine Sachinformation zur Kenntnis nehmen, nämlich die: Wir haben bei der Frage, ob wir eine Änderung des Strafrechts wollen oder nicht, bislang immer nur die §§ 218 und 218a angesprochen. Mit den Formulierungen der §§ 218 und 218 a kann ich gut leben. Das Problem sitzt aber in § 219 StGB. Ich möchte Ihnen sagen, was dort drinsteht.

Dort steht, daß eine Frau, die eine Abtreibung auf Grund einer Indikation vornehmen will, die Bescheinigung eines Arztes haben muß, ob eine Indikation vorliegt. Der Arzt kann bescheinigen, es liegt keine Indikation vor, trotzdem kann sie mit diesem Papier zu einem anderen Arzt gehen, der sagt, nach seiner Auffassung liege eine Indikation vor: „Ich nehme die Abtreibung vor und bekomme dafür auch noch das Honorar.“ Das Verfahren zur Notlagenindikation ist auch im StGB geregelt, meine Damen und Herren. Wenn wir den Mißbrauch bekämpfen, müssen wir wahrscheinlich irgendwann das Verfahren im StGB ändern. Wenn wir die Formulierung des Bundesvorstandes annehmen, schneiden wir uns diesen Weg ab, obwohl in § 219 das eigentliche Problem liegt. Ich möchte nur, daß Sie das noch zur Kenntnis nehmen.

(Teilweise Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Matthias Kues.

Matthias Kues: Meine Damen und Herren! Die Diskussion, die wir hier seit Stunden führen, trifft, soweit sie die strafrechtliche Änderung angeht, nicht den Kern des Problems. Der Kern des Problems sind die Ärzte, die die soziale Indikation gegen die Intention des Gesetzes und des Gesetzgebers annehmen. Ändern wir nun das Strafrecht und schaffen die soziale Indikation ab, dann gehen diese Ärzte hin und stellen ihren Patientinnen eine medizinische Indikation, weil sie sagen: Der psychische Druck auf diese Patientin ist so stark, daß sie sonst psychisch und damit gesundheitlich gefährdet wäre. Wir haben also mit einer Abschaffung der sozialen Indikation am

Problem überhaupt nichts geändert. Deshalb hat der Generalsekretär recht, wenn er sagt, es macht keinen Sinn, über eine Strafrechtsänderung nachzudenken.

(Teilweise Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Ruth Hieronymi, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Frau Ruth Hieronymi: Meine Damen und Herren, drei Punkte. Erstens. In vielen Diskussionen und in der Öffentlichkeit wird ständig das klare Profil der Union eingefordert. Hier haben wir einen wichtigen Punkt, sollen aber ausdrücklich eine wichtige Frage offenlassen, um kein Profil zu zeigen. Ich halte dies nicht für richtig und bin der Meinung, daß wir nach langer Beratung auch die Aufgabe haben, klar nach draußen zu sagen, was wir in einer solch wichtigen Frage wollen. Ich halte deshalb den Antrag des Generalsekretärs, der dies einfordert, für richtig.

(Beifall)

Zweiter Punkt. Wir sollen sagen, was wir wollen. Dies ist heute ständig angesprochen worden. Wir wollen den Mißbrauch verhindern. Dann sollen wir aber auch klar sagen, daß wir keine Strafrechtsänderung wollen, sondern den Mißbrauch verhindern wollen.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist, wie der Mißbrauch verhindert werden kann. Fragen Sie die Beratungsstellen. Fragen Sie die Initiative „Hoffnung für das Leben“. Wir alle wissen miteinander, daß man den Menschen, den Müttern helfen muß. Ich bitte allerdings – ich denke, das ist auch die Aufgabe eines Christenmenschen – ehrlich zu fragen: Wo sind Hilfen nötig? Wie oft stehen wir in unseren CDU-Fraktionen als Frauen – zusammen mit wenigen Männern, die uns unterstützen – alleine, wenn es darum geht, Beschlüsse über Hilfen für diese Frauen, über Kindertagesstätten, Wohnungen usw. zu beschließen. Wir stehen dann allein. Es fehlen dann viele von Ihnen, die hier gesprochen haben.

(Beifall)

Lassen Sie uns deshalb das beschließen, was wir wollen, nicht die Strafrechtsänderung, sondern die Beseitigung des Mißbrauchs, und helfen Sie uns alle dabei mit.

Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Als letzte Rednerin hat Frau Verhülsdonk für die Antragskommission das Wort.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Heiner Geißler ist Vorsitzender der Antragskommission. Er hat einen Änderungsvorschlag gemacht, den die Antragskommission sich nach vorheriger Abstimmung insgesamt zu eigen gemacht hat. Ich möchte Ihnen jetzt den Text, über den wir gleich abstimmen werden, im vollen Wortlaut vorlesen. Ich lese also die ganze Ziffer 10 vor, damit sich jeder noch einmal alle Inhalte dieser Ziffer vor Augen führen kann. Im Namen der Antragskommission bitte ich Sie, dieser Ziffer 10 in der geänderten Fassung sodann Ihre Zustimmung zu geben. Ziffer 10 in der geänderten Fassung lautet wie folgt:

Die CDU tritt für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Kindes ein. Unser oberstes Ziel ist, das ungeborene Kind besser zu schützen und alles zu tun, damit die hohe Zahl der Abtreibungen zurückgeht. An diesem Ziel muß sich auch die Frage ausrichten, ob das Strafrecht geändert werden soll. Wir wollen keine Verschärfung des Strafrechts, sondern wir wollen, daß im öffentlichen Bewußtsein wieder fest verankert wird, daß von der Vereinigung der Eizelle mit der Samenzelle an menschliches Leben sich nicht erst langsam entwickelt, sondern von Anfang an voll vorhanden ist und, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, ein Schwangerschaftsabbruch somit Tötung menschlichen Lebens ist.

Ich bitte Sie, dieser ausgewogenen Passage Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir kommen auf der Basis des Vorschlages der Antragskommission zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Formulierung ist, die Frau Verhülsdonk eben vorgetragen hat, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist es so beschlossen.

(Beifall)

Ich rufe Ziffer 11 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 137 bis A 159. Fundstelle sind die Seiten 21 bis 24 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 139, A 142 und A 143 erst im Zusammenhang mit Ziffer 12 zu behandeln.

Als erster hat Herr Jäger, Landesverband Baden-Württemberg, zu Ziffer 11 das Wort.

Claus Jäger: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich unterstütze den Antrag A 148 des Kreisverbandes Hochsauerland und den Antrag A 153 des Kreisverbandes Trier-Stadt, die übereinstimmend eine klare Aussage zur Frage der Rechtmäßigkeit einer Abtreibung machen, die nicht strafbar ist.

Es geht bei diesen Anträgen im Kern um die Frage der Krankenkassenfinanzierung der Abtreibungen. Zu einer späteren Ziffer liegen Anträge vor, die diese Finanzierung ausdrücklich beseitigen wollen. Nach Auffassung der Antragskommission und des Bundesvorstandes soll hier nichts geändert werden. Zeitweilig gab es die Auffassung, die Finanzierung auf den Bundeshaushalt zu verlagern. Diese Auffassung steht heute aber nicht mehr zur Debatte.

Die Frage von Recht oder Unrecht ist unter grundsätzlichen Gesichtspunkten bereits erörtert worden. Ich möchte darauf nicht zurückkommen. Die Vorredner haben dazu bereits sehr eingehend und sehr wohlbegründet Stellung genommen.

Ich meine aber, daß eines doch gesagt werden muß, was noch nicht deutlich genug herausgekommen ist, nämlich daß der geltende § 200 f der Reichsversicherungsordnung ausdrücklich normiert, daß nur solche Schwangerschaftsabbrüche oder, wie wir als CDU-Leute sagen, Tötungen ungeborener Kinder aus der Sozialversicherungskasse finanziert werden, bei denen ein nicht rechtswidriger Schwangerschafts-

abbruch vorliegt. Das sind, wie hier schon mehrfach gesagt worden ist, die Fälle der medizinischen Indikation.

In dieser Frage muß die CDU, wie ich meine, einen klaren Kurs einschlagen. Ich empfehle daher, die Anträge A 148 und A 153 anzunehmen. Im übrigen unterstütze ich durchaus die Ziffer 11 in der vorliegenden Fassung. Herr Präsident, ich möchte den Antrag wiederholen, über diese Anträge vorweg abzustimmen und sie nicht dadurch von vornherein beiseite zu schieben, daß nur über die Empfehlung der Antragskommission abgestimmt wird. Herr Präsident, ich bitte, darüber nicht einfach – wie beim letztenmal – hinwegzugehen; andernfalls sehe ich mich genötigt, mich nachher zur Geschäftsordnung noch einmal zu Wort zu melden. Ich beantrage also hiermit ausdrücklich, über die beiden genannten Anträge vorab abstimmen zu lassen.

Vielen Dank.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Herr Lennartz aus Nordrhein-Westfalen. Danach spricht Frau Marienfeld aus Nordrhein-Westfalen. Ihr folgt Herr Büchner aus Baden-Württemberg. Bitte, Herr Lennartz.

Leo Lennartz: Meine lieben Parteifreund! Wir beantragen in dem Antrag A 144, die Worte „in gesetzlich klar umrissenen Fällen“ ersatzlos zu streichen. Wir sind nämlich der Auffassung, daß in § 218 a StGB die Fälle nicht mit hinreichender Klarheit bestimmt sind. Sonst könnte es ja nicht geschehen, daß § 218 in derartiger Weise mißbraucht worden ist, wie es bisher geschehen ist. Wir haben festgestellt, daß das Recht offenbar nicht richtig angewendet wurde. Das sollten wir hier dann auch sagen.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Nächste Rednerin ist Frau Marienfeld aus Nordrhein-Westfalen. Ich mache darauf aufmerksam, daß Herr Büchner, der sich hier zu Wort gemeldet hat, soweit uns bekannt ist, nicht ordentlicher Delegierter ist und daher kein Rederecht hat.

Frau Claire Marienfeld: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich unterstütze den Antrag des Kreisverbandes Freiburg, weil ich mir dadurch eine Hilfe für die Frauen erwarte. Es ist heute schon mehrfach – allerdings, wie ich meine, nicht mit dem notwendigen Nachdruck – gesagt worden, daß durch die liberale Handhabung des § 218 und nicht zuletzt durch die Bezahlung durch Krankenkassen Frauen ständig dem Druck des Mannes ausgesetzt sind.

Wir wissen das aus Untersuchungen, und wir wissen auch, daß jede zweite Partnerschaft innerhalb eines Jahres nach Abtreibung in die Brüche geht.

Ich meine, das muß uns zu denken geben. Ärzte warnen vor den Spätfolgen, die wir im Moment noch gar nicht absehen, die wir aber dann auskurieren müssen. Mir sagte der Leiter der Bad Driburger Klinik: Sie müssen uns dabei unterstützen, Sie müssen uns dabei helfen. Das heißt: Er erwartet die Unterstützung von der CDU. Er sagte: Ich habe die Frauen zu behandeln, die unter dem Druck des Partners abgetrieben haben, die den Partner dann verloren haben, weil sie nicht mehr die alten waren, weil sie sich

nicht mehr so verhalten konnten, wie sie das früher getan haben, und die dann vor dem Nichts standen. Wie gesagt, das muß uns zu denken geben.

Ich finde, wir sind aufgefordert, dort zu handeln. Ein erster Schritt wäre, in der Richtung etwas zu tun, daß nur noch der Abbruch bei medizinischer Indikation bezahlt wird.

Über die anderen Fragen, warum z. B. 90 % aller Abtreibungen nach sozialer Indikation durchgeführt werden, ist lange genug diskutiert worden. Ich möchte Sie bitten, doch dort anzusetzen und zumindest dort anzufangen, ein Umdenken zu erreichen und die Frauen letztlich zu unterstützen. Denn das ist das, was wir, so meine ich, alle wollen: Wir wollen, daß Frauen in ihrer Not nicht alleingelassen werden. Und das wäre ein Schritt dazu.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Wir haben zu diesem Punkt noch drei Redner. Ich gehe davon aus, daß wir die Rednerliste dann zu diesem Punkt schließen können.

Jetzt bitte Herr Stolz, Nordrhein-Westfalen.

Werner Stolz: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, wir haben heute morgen einen ganz interessanten Disput zwischen Herrn Dr. Wallmann und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Justizministerium, Herrn Dr. Jahn, zu dem Problem Rechtfertigung oder Billigung der Abtreibung gehabt.

Ich möchte in dem Zusammenhang, weil mehrfach angesprochen wurde, daß die Rechtsprechung offensichtlich in die Richtung gehe, die Indikationen könnten keine Rechtfertigungsgründe sein, einmal folgende Antwort der Bundesregierung zu diesem Punkt verlesen. Es war eine Anfrage von Herrn Dr. Czaja, die Herr Dr. Kinkel am 21. Januar 1988 im Deutschen Bundestag für die Bundesregierung beantwortet hat. Die Frage lautete: Stellen die Indikationen Rechtfertigungsgründe dar? Die Antwort der Bundesregierung war:

Nach Auffassung der Bundesregierung steht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. 2. 1975 zur Fristenlösung der Bewertung der Notlagenindikation im Sinne des § 218 a Abs. 2 Nr. 2 StGB als Rechtfertigungsgrund nicht entgegen.

Und der Minister selbst hat am 30. März 1988 im Deutschen Bundestag auf die gleiche Frage geantwortet:

Die Bundesregierung hält an ihrer bereits mehrfach geäußerten Auffassung fest, daß es sich bei sämtlichen Indikationen des § 218 a StGB um Rechtfertigungsgründe handelt.

Vielleicht kann man das in diesem Zusammenhang zur Kenntnis nehmen

Danke schön.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Jetzt hat Herr Hüppe das Wort.

Hubert Hüppe: Meine Damen und Herren, die Anfrage, die Herr Czaja gestellt hat, ist mir bekannt. Mir ist auch die Antwort bekannt. Nur, meine Damen und Herren, diese Antwort wurde von der CDU/FDP gegeben. Der Rechtsausschuß des Bundestages unter CDU-Vorsitz hat aber ganz deutlich klargestellt, daß die Indikationen kein Rechtfertigungsgrund sind. Das heißt also: Wenn Sie heute darüber entscheiden, ob es rechtmäßig ist, abzutreiben, oder nicht, stellen Sie sich gegen die CDU-Bundestagsfraktion und entscheiden sich für die FDP-Lösung. Ich denke, daß wäre unsinnig.

Wir haben gerade zum ersten Mal beschlossen, daß Abtreibung Tötung genannt wird. Wir haben dann beschlossen, daß Abtreibung straffrei bleibt. Wenn wir jetzt noch beschließen, daß Abtreibung rechtmäßig ist, dann haben wir wirklich den letzten Punkt verspielt, den wir als CDU damals als Kritikpunkt genannt haben.

Jetzt läuft – auch in der Praxis – Abtreibung unter Gesundheitsvorsorge, so, als wenn man irgendeinen Zahn ziehen würde. Jeder von uns, meine Damen und Herren, wird damit in dieses Tötungssystem mit einbezogen, ob er will oder nicht. Deswegen ist es schon – es ist sicherlich nicht die entscheidende Frage dieses Parteitages, aber für das Bewußtsein doch eine Frage von erheblicher Bedeutung – eine wichtige Frage: Wie soll ich denn einem 17jährigen Mädchen oder einer 20jährigen Frau klarmachen, daß Abtreibung Tötung ist, es aber scheinbar nichts Wichtigeres gibt, als daß die CDU daran festhält, diese Abtreibung zu finanzieren?

Was würde wirklich passieren, wenn wir die Abtreibungsfinanzierung, zumindest bei der sozialen Indikation, wegfällen lassen würden? Es würde keine einzige illegale Abtreibung mehr stattfinden, weil illegale Abtreibungen immer teurer sind als die legalen Abtreibungen. Und die Frauen, die es sich wirklich nicht leisten können, bekommen ja nach § 37 a BSHG die Abtreibung sowieso finanziert, die müssen sowieso zum Sozialamt gehen, weil sie nämlich nicht krankenversichert sind.

Und was ich mich noch frage, ist: Wieso meinen wir eigentlich, daß der Abbruch nach einer sozialen Indikation von der Beamtenbeihilfe gezahlt werden soll? Ich denke, es gibt immer noch die Fürsorgepflicht für den Beamten. Und ist der Arbeitgeber Staat, die Kommune oder das Land wirklich nicht fähig, diese Fürsorgepflicht wahrzunehmen? Oder löst die das Problem mit 300 DM für die Abtreibung? Ich glaube, wir sollten hier die Notlage verhindern und nicht das Töten bezahlen.

Und wenn wirklich einer meint, er müsse sich gegen das Versicherungsrisiko Abtreibung unbedingt versichern lassen, dann bleibt ihm das ja unbenommen. Er kann sich dann ja freiwillig versichern, wenn wir § 200 RVO ändern, so wie z. B. beim Sterbegeld. Es wird doch immer gefordert, daß wir Fremdleistungen herausnehmen. Warum nicht auch das?

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Herr Kollege, ich darf darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist.

(Beifall)

Hubert Hüppe: Gut. – Ich beziehe mich bei der Finanzierung jetzt nicht nur auf die soziale Indikation, sondern es geht auch um die eugenische Indikation, und will ein letztes Wort sagen: Herr Wallmann, Sie haben vorhin gesagt: Ich wüßte nicht, was ich

meiner Tochter antworten würde, wenn sie ein behindertes Kind unter dem Herzen tragen würde. Würden Sie ihr sagen, sie solle es töten, oder würden Sie ihr sagen: Ich gebe dir alle-Hilfe, um auch diesem Kind ein Recht auf Leben zu geben?

Vielen Dank.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich halte es für nicht dem Gebot der Fairneß entsprechend, wenn selbst in direkter Rede eine solche Frage unter Namensnennung des Adressaten hier gestellt wird.

(Beifall)

Herr Pfeffermann, bitte.

Gerhard O. Pfeffermann: Meine Damen und Herren, nach der Diskussion zu Ziffer 10 vorhin habe ich wenig Hoffnung, daß man noch etwas verändern kann. Die Karawane zieht weiter – mit aller Unempfindsamkeit, wie ich ausdrücklich einmal feststellen will, in bezug auf eine Reihe junger Menschen, die sich in den letzten Jahren mit diesem Thema zunehmend befaßt haben. Und ich sage Ihnen: Da haben wir eben nicht die richtige Antwort gefunden.

Ich will hinzufügen, daß ich das aus der Situation heraus sage, daß ich in 16jähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag ein einziges Mal eine Gewissensentscheidung für mich in Anspruch genommen habe. Das war bei der damaligen Gesetzgebung zum § 218 StGB. Aber damals befand ich mich noch immer in Loyalität zu meiner Partei, weil das, was dann endgültig verabschiedet wurde, ja nicht von meiner Partei, sondern vom politischen Gegner formuliert wurde.

Dieser Loyalitätskonflikt ist für mich heute abend einer mit neuer Dimension geworden. Und so habe ich auch überlegt, ob ich zu dieser Ziffer 11 überhaupt noch spreche, vor allen Dingen deshalb, weil es inhaltlich vorgetragen worden ist, oder ob ich darauf nicht ganz verzichten soll.

Der Antrag A 141 aus Darmstadt macht im Wortlaut deutlich, worum es uns dort geht. Ich will ihn aber zurückziehen – er ist eh abgelehnt – zugunsten des Antrags A 144 aus Euskirchen, daß die Worte „in gesetzlich klar umrissenen Fällen“ entfallen.

Meine Damen und Herren, wir haben – Sie sind an diesem Tage verwöhnt worden – in der Grundsatzdebatte zu diesem Thema außerordentlich Herausragendes, Philosophisches, Juristisches und dergleichen gehört. Wird es uns gelingen, all dies der deutschen Bevölkerung nahezubringen, würden wir vielleicht ein wenig mehr Nachdenken erzielen können. Ich fürchte nur, vieles davon wird in diesem Saale bleiben, auch wenn es gedruckt wird. Aber vielleicht wird das eine oder das andere nachgelesen und auch zum Gegenstand der Argumentation werden. Der Satz, um den es dabei geht, heißt:

Der in § 218 a StGB festgelegte Verzicht des Staates auf Strafe in gesetzlich klar umrissenen Fällen ...

Dieser Satz heißt im Verständnis der Mitbürger, denen es um die Sache geht, die aber nicht die tragende Bildung haben, die wir heute bei vielen Grundsatzrednern erfahren durften, wir seien der Auffassung, § 218 a sei klar umrissen.

Da erinnere ich mich an die Diskussion – es wurde eben schon einmal darauf aufmerksam gemacht – im Deutschen Bundestag; Herr Kollege Jäger, Sie waren dabei. Frau Verhülsdonk, ich habe Ihre damalige Rede zum entsprechenden

Tagesordnungspunkt noch einmal nachgelesen. Da haben die Sprecher der Bundestagsfraktion darauf aufmerksam gemacht, daß diese Definition des § 218 a dem Mißbrauch Tür und Tor öffnen wird. Meine Freunde, zehn Jahre später haben wir zu konstatieren: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit ihrer Voraussage leider recht gehabt. Nur: Der Bürger, der dies lesen wird, wird den Eindruck gewinnen, jetzt fänden wir uns auch damit ab, dies sei ein klar umrissener Text.

Ich weiß sehr wohl, daß die Väter und Mütter dieser Formulierung etwas ganz anderes meinen. Ich werde in diese Debatte nicht mehr eingreifen, weil ich nach dem, was unter dem Gesichtspunkt, wer in die Debatte eingegriffen hat, zu Ziffer 10 gemacht worden ist, erst einmal ein wenig Zeit der Besinnung brauche. Ich will nur auf eines hinweisen: Denken Sie auch einmal an den ganz normalen Bürger, der weder Juristerei, noch Philosophie noch ähnliches studiert hat, und geben Sie ihm nicht den Eindruck, Sie würden den § 218 a so begreifen, wie es hier scheinbar zum Ausdruck kommt. Am Inhalt des Grundsätzlichen, das hier ausgeführt wird, würde sich nur dann etwas verbessern, wenn wir die Formulierung „in gesetzlich klar umrissenen Fällen“ herausnehmen würden.

Ich bedanke mich für Ihre Geduld und für die Geduld des Präsidenten, mehr als drei Minuten reden zu dürfen.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Jahn, Nordrhein-Westfalen.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster): Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Wir sind hier in der Tat an einem neuralgischen Punkt. Die Bundesregierung ist angesprochen worden. Die Bundesregierung hat bei Anfragen im Deutschen Bundestag erklärt – wie Herr Pfeffermann gesagt hat –, daß die Abtreibung auf Indikationen beruhend objektiv gerechtfertigt ist. Dies hat die Bundesregierung in Koalition mit der FDP getan.

Wir sind hier auf einem Parteitag und formulieren unsere Beschlüsse davon unabhängig. Ich möchte sagen, daß es unserem Generalsekretär zu verdanken ist, daß hier ein entscheidender Satz steht:

Der im § 218 a StGB festgelegte Verzicht des Staates auf Strafe in gesetzlich klar umrissenen Fällen bedeutet keine Billigung der Abtreibung.

Dies hat die CDU bisher nicht gesagt; sie sagt es hier. Das ist ein Schritt mit Sicherheit in die richtige Richtung. Ich werbe dafür, daß wir es hierbei dann auch belassen.

Wenn Sie jetzt konkret fragen, „Was heißt denn Billigung?“, dann, meine ich, sollten wir so ehrlich sein, daß hier jeder von uns seine Auffassung subsumieren kann. Nichtbilligung heißt für die einen: Das ist objektiv nicht gerechtfertigt. Und Nichtbilligung heißt für die anderen: Das halten wir subjektiv nicht für gerechtfertigt. Beide Seiten können also hier ihre Meinung subsumieren. Ein Parteitag kann nicht alles leisten. Wenn aber der Generalsekretär hier die wichtigen Worte „keine Billigung“ eingefügt hat, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Die Frage, ob die Abtreibung auf Krankenschein finanziert werden darf, kann man, wenn man es so interpretiert, hier offenlassen; das muß zu einer späteren Zeit noch weiter vertieft und entschieden werden. Ich werbe also dafür, daß wir hier einen Punkt gefunden haben, wo der Generalsekretär, der Verantwortung für die ganze Partei trägt, auch eine Formulierung wählt, die einen breiten Konsens findet.

Ich gebe zu – das sage ich ganz offen –, persönlich wäre es mir lieber, da stünde „Rechtfertigung“. Ich bin aber der Meinung, daß wir im Interesse des Ganzen und auch, um Brücken zu bauen und uns nicht weiter in verschiedene Richtungen zu bewegen, auf der Grundlage, die der Generalsekretär und die Antragskommission vorgelegt haben, auch hinterher abstimmen. Ich empfehle Ihnen, dies mit großer Mehrheit zu beschließen.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Frau Verhülsdonk.

Frau Roswitha Verhülsdonk: Meine lieben Parteifreunde! Es ist sehr dankenswert, daß Herr Dr. Jahn klargelegt hat, um was es in diesem zweiten Satz geht. Wenn wir den Einschub „in gesetzlich klar umrissenen Fällen“ herausholen würden, dann stände hier:

Der in § 218 a StGB festgelegte Verzicht des Staates auf Strafe bedeutet keine Billigung...

Das würde erst recht falsch interpretiert und dann denen Wasser auf die Mühlen geben, die so tun, als ob es gar keine Normierung, keine Strafandrohung gäbe. Wir beschreiben hier das Gesetz und nichts anderes. Deswegen muß, wie Herr Dr. Jahn gesagt hat, der Einschub bleiben.

Ich meine auch, daß wir an den Worten „keine Billigung“ festhalten sollten und an dieser Stelle nicht eine Juristendiskussion um Rechtfertigung oder Strafausschließung versuchen sollen. Wir müssen doch ein Papier machen, das die Menschen draußen verstehen. Ich denke, der Satz, so wie er hier mit „keine Billigung“ steht, ist eine Aussage, die die Menschen verstehen. Den Juristenstreit haben wir trotz vieler Bemühungen bisher nicht unter die Leute bringen können.

Ich möchte auch noch dem Kollegen Pfeffermann sagen, daß unsere Befürchtungen in den Beratungen des Strafrechtssonderausschusses in den Jahren 1974/75/76 nicht nur an der Frage der Definition einer Notlagenindikation festgelegt worden waren; dazu hatte das Verfassungsgericht Aussagen gemacht, die uns bekannt waren und die wir durchaus ernst genommen haben. Vielmehr waren wir damals so sehr darüber betroffen, daß die Koalition nicht bereit war, bei der Beratung und bei der Indikationsfeststellung Verfahrensregelungen zu treffen, die den Mißbrauch des geschriebenen Gesetzes verhindern. Genau das ist dann eingetreten, weil weder in der Beratung noch bei der Indikationsfeststellung verfassungskonform verfahren wird. Diesen Punkt wollen wir aber gerade jetzt mit dem Beratungsgesetz angehen.

Ich bitte Sie angesichts dieser Argumente, der Ziffer 11 in der vorgelegten Fassung zuzustimmen.

Vielen Dank.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Damit ist die Rednerliste zu Ziffer 11 erschöpft.

Herrn Kollegen Jäger muß ich zu seinem Antrag darauf hinweisen, daß nach §§ 15 und 21 unserer Geschäftsordnung der Antrag der Antragskommission bei der Reihenfolge der Abstimmung immer am Anfang steht.

Wer Ziffer 11 in der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer geringen Zahl von Gegenstimmen ist Ziffer 11 angenommen.

Ich rufe Ziffer 12 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge A 139, A 142, A 143, A 160 bis A 196 und M 14. Sie finden das auf den Seiten 21 bis 22, 24 bis 29 und 79 der Antragsbroschüre.

Es liegen auch zu diesem Tagesordnungspunkt eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor.

Ich möchte doch folgendes zu bedenken geben: Zu den jetzt folgenden Anträgen haben sich zum Teil jeweils für jeden einzelnen Antrag dieselben Redner zu Wort gemeldet. Ich habe viel Verständnis dafür, daß man in diesem Abschnitt einen Kernpunkt der eigenen Überzeugung sieht. Aber ich bin der Auffassung, daß zum fairen Umgang miteinander, wie wir ihn bis jetzt wirklich praktiziert haben, auch gehört, auf die Kräfte und das Fassungsvermögen der Delegierten etwas Rücksicht zu nehmen.

(Zustimmung)

Bevor ich das Wort Herrn Bruno Heck erteile, möchte ich noch darauf hinweisen, daß der Antrag A 161 des Landesverbandes Baden-Württemberg auf Grund des vorhin beschlossenen Antrags erledigt ist. Ich bitte alle Redner, die sich vorsorglich zu diesem Antrag gemeldet haben, das zu beachten.

Bitte schön, Herr Heck.

Dr. Bruno Heck: Herr Präsident! Meine Damen und meine Herren! Ich möchte vorab sagen, daß ich mich heute vormittag zur Generaldebatte gemeldet hatte. Aber meine Wortmeldung ist auf dem Weg von meinem Platz zum Präsidium verlorengegangen. Ich habe mich dann am Spätnachmittag erneut gemeldet. Ich bin dann an den Schluß der Rednerliste geraten, so daß ich es nicht mehr für sinnvoll hielt zu sprechen.

Ich habe mich zu dieser Ziffer vor allem deshalb gemeldet, weil dazu ein Antrag meines Kreisverbandes vorliegt.

Was ich zu sagen gehabt hätte – wenn ich das noch anfügen darf –, ist eigentlich in vorzüglicher Weise in erster Linie von Frau Johannknecht, dann von Herrn Staatssekretär Hennig und von Herrn Pfeffermann gesagt worden. Im übrigen möchte ich mich dem anschließen, was Herr Pfeffermann zum Schluß gesagt hat, weil ich mich in der gleichen Lage fühle und genauso empfinde.

In der Stellungnahme der Antragskommission ist darauf verwiesen worden, daß der Antrag des Kreisverbandes Tuttlingen mit der Neufassung als erledigt betrachtet werden könne. Der Antrag des Kreisverbandes Tuttlingen zielt darauf ab zu beschließen, daß sich die Partei in einer großen, bundesweit repräsentativen Veranstaltung an dem beteiligt, was hier als eine große Kampagne gefordert worden ist. Ich bin überrascht – ich gehe eigentlich davon aus, daß es sich um ein Versehen handelt –, daß wir hier nur beschließen, was die Bundesregierung und die Landesregierungen tun sollen, und damit als erledigt erklären, was die Partei tun soll.

(Zustimmung)

Ich stelle mir schon vor, daß das Thema so gewichtig und so fundamental ist, daß die Partei die Pflicht hat, eine bundesweite Kampagne in jedem Kreisverband, in jedem Ortsverband durchzuführen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich erinnere mich, daß einmal in einer sehr wichtigen Frage an die 80 % der Bevölkerung gegen eine Entscheidung war, die wir für existentiell wichtig gehalten haben. Das war 1950, 1951 die Entscheidung für den Verteidigungsbeitrag.

Es ist viel von christlicher Verantwortung die Rede gewesen, von Politik auf christlicher Grundlage. Mir hätte hier eigentlich ein einziger Satz genügt, nämlich der Satz: Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Aber, meine Freunde, an diesen Satz müßten wir uns allerdings auch in jeder Weise halten.

Wenn es uns jetzt darum geht, eine Änderung im öffentlichen Bewußtsein, eine Änderung im Bewußtsein der Ärzte, eine Änderung im Bewußtsein der betroffenen Frauen herbeizuführen, so ist das sicher etwas, was auf dem Wege über das Gesetz, das von Frau Süßmuth ausgearbeitet worden ist, bewirkt werden kann. Aber ich meine schon, daß zu dieser Beratung zunächst die Information und dann die Aufklärung darüber gehören müssen, was es eigentlich auf sich hat, ein empfangenes Kind aus irgendwelchen Gründen zu töten.

Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß ein großer Teil der Frauen, die in den vergangenen elf Jahren ihre empfangenen Kinder haben töten lassen, dies nicht getan hätten, wenn sie wirklich gewußt hätten, was sie tun.

(Zustimmung)

Deswegen meine ich: Wenn mit der Beratung diese Aufklärung nicht verbunden ist, wird die Beratung so wenig bewirken wie die, die ohnedies bereits im Gesetz vorgeschrieben ist.

Wir sollten nicht nur fordern, daß der Bund und die Länder Aufklärungsarbeit betreiben, sondern wir sollten auch fordern, daß wir uns an dieser Aufklärungsarbeit in jeder möglichen Weise, mit aller Kraft und mit allem Engagement beteiligen.

Meine Damen und Herren, nach 1945, nach den schauerlichen und schrecklichen Erfahrungen darüber, wie man mit dem menschlichen Leben im Tausendjährigen Reich umgesprungen ist, waren in allen Gegenden Deutschlands christliche Frauen und christliche Männer davon überzeugt, daß dann, wenn die christliche moralische Kraft in der liberalen Demokratie nicht zur Wirkung komme, diese nicht gelingen könne.

Vor gut einem Jahr hat Professor Lübke ein Buch zum Thema Religion nach der Aufklärung veröffentlicht. Am Schluß dieses Buches stellt er die Frage, welches eigentlich die Chancen, die Zukunft der Errungenschaften der Aufklärung seien, wenn die Religion in der Kultur nicht präsent sei. Es ist interessant, daß wir von einem großen Aufklärer, dem es darum geht, die Errungenschaften der Aufklärung zu bewahren, jetzt die Aussage hören, daß die Errungenschaften der Aufklärung – und das sind die liberale Demokratie, die Liberalität in der Gesellschaft – keine Zukunft hätten, wenn die Religion in der Kultur nicht präsent bleibe.

Das muß eigentlich das Fundament sein, auf dem wir, meine Freunde, uns mit aller Kraft an der von Bund und Ländern geforderten Kampagne beteiligen.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Das Präsidium vermerkt mit großem Dank, daß Herr Doppmeier seine Wortmeldung zurückgezogen hat.

Das Wort hat Graf Waldburg.

Alois Graf von Waldburg-Zeil: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich um einen Irrtum, wenn Sie meinen, daß dieser Antrag erledigt wäre. Es geht hier nicht mehr um das Thema Verschärfung, sondern um etwas ganz anderes.

Ich möchte Ihnen zur Vorgeschichte dieses Antrages folgendes berichten. Wir haben uns damit in Baden-Württemberg dreimal auf einem Landesparteitag befaßt, und wir sind genau zu demselben Ergebnis gekommen, zu dem wir hier gekommen sind. Wir haben gesagt: keine Änderung der Gesetze, sondern eine intensive Bemühung um eine Verbesserung des Lebensschutzes der Ungeborenen auf den drei Säulen: Hilfe, Beratung und Information. Die Abstimmungsergebnisse waren aber jeweils so, daß das eine Mal eine knappe Mehrheit, das andere Mal eine Mehrheit von zwei Drittel zu einem Drittel vorhanden war. Das hat gezeigt, daß ein Teil immer sehr unbefriedigt geblieben ist.

Dieser Teil hat einfach folgende Sorge gehabt: Er hat gesagt: ihr kündigt jetzt allerhand an, aber was wird daraus? Kommt das Beratungsgesetz wirklich? Findet diese Information statt? Findet sie in dem Umfang statt, wie die AIDS-Information angelaufen ist? Was ist, wenn es nicht so ist? Was ist, wenn es doch so bleibt?

Daraufhin haben wir versucht, einen Kompromiß zu finden, der, Herr Vorsitzender der Satzungscommission und Generalsekretär, nicht das Prinzip ausgehöhlt hat: keine Verschärfung. Er sagt folgendes aus, und ich darf das einmal vorlesen:

Sollte es sich künftig allerdings zeigen, daß in der Praxis die rechtlichen Bestimmungen der Notlagenindikation auch angesichts der geforderten Maßnahmen nach wie vor nicht entsprechend den Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichts angewandt werden, sollte nach Auffassung der CDU der Wortlaut des § 218 mit dem Ziel überprüft werden, daß auch in der Praxis die Gleichgewichtigkeit von medizinischer Indikation und Notlagenindikation zweifelsfrei gewährleistet wird.

Also die Übereinstimmung mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil.

Ich möchte der Antragskommission nur die Anregung geben, zu überlegen, ob es nicht auch dem Landesparteitag gut anstünde, hier einen Kompromiß zu finden, der die Minderheit zufriedenstellt.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Danke schön. Herr Sauter.

Franz Sauter (Epfendorf): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag A 161 ist durch die vorherige Debatte nicht erledigt. Ich habe deshalb die herzliche Bitte, nochmals das zu bedenken, was Graf Alois gerade vorgelesen hat, und zu überprüfen, ob Sie diesem Antrag nicht doch Ihre Zustimmung geben können.

Es geht um eine Option. Wir wollen uns damit eine Option für den Fall offenhalten, daß das, was wir heute gemeinsam beschlossen haben, nicht greifen sollte. Wir haben ja leider Gottes keine Garantie, daß das so sein wird.

Es ist hier gesagt worden: helfen statt strafen. Könnten wir nicht auch noch sagen: helfen und schützen? Das muß man, glaube ich, auch überlegen.

Wir hatten ja bei der heutigen Diskussion, wenn ich das richtig sehe, einen Schwachpunkt. Im Naturschutz und beim Umweltschutz haben wir eine Verschärfung des Strafrechts, um diese Güter stärker zu schützen. Ich kann aber niemandem draußen die Frage beantworten, warum bei dem höchsten Rechtsgut diese Schutzfunktion des Strafrechts eigentlich nicht greifen soll.

(Beifall)

Ich will damit sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde: niemand in diesem Saale ist in der Lage, definitiv zu sagen, ob wir durch verstärkte Hilfen – wir haben ja schon einiges getan – diesem Ziel eigentlich näherkommen, möglichst viele ungeborene Menschenleben zu retten. Deshalb haben wir diesen Antrag vorsorglich gestellt. Es handelt sich um eine Option, die sehr zurückhaltend formuliert ist, damit wir dann, wenn wir zu der festen Überzeugung kommen, daß das alles, was wir heute gemacht haben – die Kampagne –, nicht ausreicht, die Möglichkeit haben, das, was heute schon vielfach als Mißbrauch erkannt wird, auf seine Verfassungskonformität hin überprüfen zu lassen.

Bitte, liebe Parteifreunde, sind Sie so liebenswürdig, so freundlich, diesem zurückhaltenden Antrag – ich wiederhole es nochmals – Ihre Zustimmung zu geben, damit wir uns diese Option offenhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zu dem Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg A 161 möchte ich folgendes bemerken. Vorhin wurde die Ziffer 10 in dem vom Generalsekretär vorgeschlagenen und vom Plenum angenommenen Wortlaut durch den Landesvorsitzenden des Landesverbandes Baden-Württemberg Herr Späth in einer Weise interpretiert, daß sie inhaltlich zweifelsohne mit dem Antrag A 161 übereinstimmt. Der Parteitag hat diese Interpretation mit voller Zustimmung zur Kenntnis genommen. Sie ist Teil des Protokolls. Insofern bin ich tatsächlich der Auffassung, daß durch diese Interpretation der Ziffer 10 in der Substanz der Antrag A 161 erledigt ist.

(Vereinzelter Beifall – Zurufe: Nein!)

Bitte schön, Herr Jäger.

Claus Jäger: Herr Präsident, genau zu dem Punkt möchte ich noch ein Wort sagen. Wenige Minuten, bevor Sie diese Erledigung hier feststellten, habe ich mit dem Herrn Ministerpräsidenten gesprochen. Da hat er nicht von einer Erledigung gesprochen, sondern seinen Wunsch ausgedrückt, daß dieser Antrag angenommen werden und daß dafür alles Mögliche getan werden möge.

(Beifall)

Ich kann auch nach dem, Herr Präsident, was Sie soeben sagten, keinen Grund sehen, so zu verfahren, wie Sie vorgeschlagen haben. Wenn es so ist, wie Sie gesagt haben, dann kann es doch gar keinen Grund dafür geben, warum wir das, was Sie über den Umweg eines Protokollvermerks für richtig halten, nicht gleich durch die unmittelbare Annahme dieses Textes ausdrücklich hier bekunden.

(Beifall)

Deswegen möchte ich bitten – das wäre auch ein Akt der Fairneß gegenüber Ministerpräsident Späth, der sich vorhin für die Geißlersche Formulierung stark gemacht hat –, daß seine Interpretation jetzt auch ausdrücklich in den Text des Parteitagbeschlusses aufgenommen wird. Ich bitte darum, so zu beschließen.

(Vereinzelter Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Herr Dr. Stoltenberg!

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ausführungen unseres Tagungspräsidenten als den Versuch eines Brückenschlages verstanden; ich respektiere sie auch. Nur sage ich als meine Position, daß ich genauso die Interpretation von Herrn Ministerpräsidenten Späth als seine persönliche Auffassung respektiere. Ich kann aber nicht sagen, daß das meine Interpretation des Beschlusses zu Ziffer 10 ist. Ich möchte das hier nur zu Protokoll klarstellen.

(Vereinzelter Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Als nächstes Frau Baumeister.

Ich gehe davon aus, daß nach Herrn Lennartz, Herrn Stolz, Herrn Kauder, Herrn Kessler und Herr Ministerpräsidenten Späth die Rednerliste geschlossen ist.

Brigitte Baumeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der späten Stunde möchte ich mich ganz kurz halten. Meine Stimme versagt mir auch etwas den Dienst. Ich möchte mich aber doch in kurzen Worten zu dem Antrag meines Kreisverbandes Böblingen äußern.

Mein Kreisverband votiert gegen die breitangelegte Kampagne zum Schutz des Lebens. Das tun wir nicht deshalb, weil wir gegen den Schutz des ungeborenen Lebens wären, sondern einfach deshalb, weil wir in Frage stellen, ob dieser finanzielle Aufwand gerechtfertigt ist, der ebenso groß sein soll wie bei anderen Kampagnen, zum Beispiel der gegen AIDS.

(Zurufe: Pfui!)

– Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, auch mich wie andere Redner ausreden zu lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Begründung liegt darin, meine Damen und Herren, daß wir nicht unbedingt glauben, daß die Bewußtseinsänderung auf diese Art und Weise vonstatten gehen kann. Wir glauben vielmehr, daß der Familie ein größeres Gewicht zukommen sollte. Ich gehe mit Ihnen einig, Herr Kultusminister Mayer-Vorfelder, daß die Schule hier einen Nachholbedarf hat.

Zweitens erscheint uns wichtig, daß bei diesem Antrag die praktischen Hilfen nicht zu kurz kommen dürfen. Diese praktischen Hilfen, meine Damen und Herren, sind dringend nötig und müssen ausgebaut werden. In unserem Ballungsraum Böblingen ist das gravierendste Problem, daß Mütter oder Väter mit Kindern oder Familien mit mehreren Kindern fast keine Chance haben, eine Wohnung zu finden.

Es ist wichtig, daß wir uns für flexible Kindergartenöffnungszeiten einsetzen. Es ist wichtig, daß wir uns für Teilzeitmodelle, für Job-sharing-Modelle einsetzen. Ich glaube, wenn wir uns für diese praktischen Hilfen einsetzen, erzwingen wir das Ja zum Kind. Und das ist das, was wir alle wollen.

Deshalb bitte ich Sie, zu überprüfen, in welche Richtung die finanziellen Aufwendungen dafür gehen sollten.

Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Herr Lennartz. – Ich erinnere an die Redezeitbegrenzung.

Leo Lennartz: Herr Präsident, ich glaube, ich habe meine Redezeit noch nicht voll in Anspruch genommen.

(Vereinzelt Heiterkeit oder Widerspruch)

– Nein.

Der Kreisverband Euskirchen hat sich, wie Sie wissen, immer bemüht, recht präzise Anträge zu stellen. Ich stelle den Antrag A 171. Er bezieht sich auf den dritten Satz im Absatz 1 von Ziffer 12. Dort heißt es:

Die Ausnahmebestimmung des § 218 a StGB darf nicht durch Mißbrauch zur Regel werden.

Wir beantragen, daß festgestellt wird, daß der durch Mißbrauch längst zur Regel geworden ist. Das entspricht ja dem, was alle Leute wissen.

Ich mache Ihnen aber einen Kompromißvorschlag. Ich kann diesen Antrag fallenlassen, wenn Sie sich dazu verstehen, dem Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg stattzugeben. Denn könnte man diesen Satz gerade noch ertragen, um den Übergang auf den Antrag aus Baden-Württemberg zu bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Herr Kesseler, bitte.

Dr. Wolfram Kesseler: Meine Damen und Herren, ich will es kurz machen. Ich finde den Vorschlag des Landesvorsitzenden Lothar Späth, die Mittel für die Aufklärungskampagne genauso umfangreich wie bei AIDS zu gestalten, gut. Ich würde vorschlagen, daß mir das Bundesratsmitglied Lothar Späth zustimmt, der Frau Süßmuth die Mittel ab dem Bundeshaushalt 1989 zur Verfügung zu stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann werden wir glaubwürdig, daß für uns der Schutz des ungeborenen Lebens den gleichen Stellenwert wie die Bekämpfung von AIDS hat.

(Vereinzelt Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Herr Ministerpräsident Späth.

Lothar Späth: Zunächst zu meinem Vordredner die Bemerkung, daß im Haushalt von Baden-Württemberg zu der Kampagne „Schutz des ungeborenen Lebens“ mehr Geld enthalten ist als für die AIDS-Bekämpfung.

(Vereinzelt Beifall)

Für beides ist viel enthalten, aber für das eine mehr. Wenn das alle machen, wenn alle Länder etwas dafür tun und der Bund noch einen Betrag einsetzt, können wir anfangen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich halte es für wichtig, daß wir anfangen. Ich sage gleich dazu: Es wäre für mich sehr enttäuschend, wenn wir das alles beschließen würden und dann würde zehn Monate lang nichts passieren.

(Beifall)

Ich will eine letzte Friedensbemühung zu machen, um auch diese Kuh vom Eis zu kriegen. Hier gibt es einen Konflikt. Das ist gar keine Frage. Das sollte man ehrlich einräumen. Die formelle Überprüfung ist abgelehnt worden. Ich habe zu Protokoll gegeben – aber nicht als Beschlußempfehlung –, daß ich der Meinung bin, niemand

wird mich oder meine Freunde in Baden-Württemberg hindern können, wenn sich in ein paar Jahren zeigt, daß das alles nicht erfolgreich war – das ist auch ein Bemühensdruck –, diese Frage erneut aufzuwerfen.

Wir könnten in dem Antrag A 161 statt „der Wortlaut des § 218 StGB“ „die Rechtspraxis“ schreiben. Ich wäre auch bereit, weil ich einsehe, daß dies nicht in den Text der Ziffer 12 paßt, wenn wir den Antrag A 161 mit der eben genannten Änderung als Protokollnotiz beschließen und zum Antrag geben würden. Das wäre vielleicht ein Weg, den wir gehen könnten. Dann wäre unserem Anliegen, daß die Rechtspraxis gegebenenfalls überprüft werden muß, Rechnung getragen. Auf der anderen Seite wird es nicht formell in die Ziffer 12 – dort paßt es nicht hinein – aufgenommen. Sonst würde man Widersprüche zwischen den Ziffern 10 und 12 entdecken.

Wenn wir das so zu Protokoll nehmen, dann würde das auch das verstärken, was ich vorher zu der Position Baden-Württembergs gesagt habe. Das ist eine Brücke. Begehen Sie sie. Dann können wir das abschließen.

(Vereinzelt Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Die Antragskommission.

Roswitha Verhülsdonk, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Zum Beitrag von Bruno Heck möchte ich anmerken, daß wir im Abschnitt 3 der Ziffer 12 klar stehen haben:

Die CDU ist aufgefordert, Eltern und Kinder in bedrängter Lebenslage zu unterstützen.

Dann verweisen wir auf die Aktion „Kleine Hände“ der Frauen-Union. Wir haben Sie alle heute morgen schon aufgefordert, diese Aktion zu unterstützen. Wenn das alle Parteimitglieder täten, vor allen Dingen die, denen das ein Anliegen ist, dann würden wir eine Welle der Hilfsbereitschaft erzeugen

(Vereinzelt Beifall)

und besser als über jeden anderen Weg Bewußtsein bilden. Denn nichts ist überzeugender als Hilfe, viel wirksamer als Gerede.

Ich wollte die Gelegenheit nutzen, Sie gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß Nordrhein-Westfalen schon vorzüglich damit begonnen hat. Es hat seine Aktion draußen ausgestellt und vorgestellt.

(Vereinzelt Beifall)

Nordrhein-Westfalen ist für diese Aktion mit beachtlichem Erfolg auf die Straße gegangen. Es hat auch von Andersdenkenden dafür Respekt bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, das sollten wir hier zur Kenntnis nehmen. Ebenso wissen wir, daß Baden-Württemberg bereit ist, mit Landesmitteln in diese Aktion der positiven Werbung für das Kind und für das Leben einzusteigen. Ich habe heute vor der Mittagspause darauf hingewiesen, daß auch Frau Süßmuth mit den Mitteln, die sie zur Zeit hat, bereits in vorzüglicher Weise begonnen hat, die Freude am Kind darzustellen. Sie hat das ganz besonders geschickt damit begonnen, daß sie einen

Vater sagen läßt: Gut, daß du da bist. Ich denke, da wird uns noch vieles einfallen. Insoweit ist dem Anliegen von unserem Parteifreund Heck Rechnung getragen.

Die Antragskommission übernimmt den Vorschlag von Herrn Ministerpräsident Späth, eine Protokollnotiz aufzunehmen, die den Antrag A 161 mit der genannten Änderung enthält. Es heißt somit:

... sollte nach Auffassung der CDU die Rechtspraxis mit dem Ziel überprüft werden, daß auch in der Praxis die Gleichgewichtigkeit von medizinischer Indikation und Notlagenindikation zweifelsfrei gewährleistet wird.

Wir definieren in der veränderten Ziffer 12 auf der Seite 25 die Notlagenindikation so, wie das Bundesverfassungsgericht sie gemeint hat, und wollen das in der Rechtspraxis auch angewandt wissen. Insoweit ist diese Protokollnotiz mit dem identisch, was wir in dem Leitantrag des Bundesvorstands versuchen.

Ich bitte Sie aus all diesen Gründen, der Ziffer 12 ohne Einschränkung zuzustimmen und den Antrag A 161 mit der Änderung der von mir eben vorgelesenen Passage als Protokollnotiz beizufügen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung Herr Schwarz.

Herr Schwarz: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich widerspreche nur sehr ungern, weil das einem erfolgreichen Ministerpräsidenten gegenüber nicht schicklich ist. Aber wenn wir jetzt zwei Stunden debattiert haben und sich Lothar Späth hier sehr gut hingestellt und den Gordischen Knoten durchgeschlagen hat, dann finde ich es einfach nicht fair, wenn er versucht, durch die Hintertür in einer Protokollnotiz oder sonstwie etwas zu plazieren. Das ist keine Brücke, das ist ein Kuckucksei. Ich bitte dem nicht zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Das war eben ein Beitrag zur Sache. – Ich frage die Antragskommission, ob sie auf Grund des Votums eben ihren Vorschlag revidiert oder verändert.

Möchten Sie als Vorsitzender der Antragskommission noch das Wort haben? – Bitte, Herr Dr. Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich es exakt und genau nehme, dann ist natürlich in der Tat der Vorschlag, daß die Rechtspraxis überprüft werden soll, etwas anderes, als wenn der Wortlaut des Gesetzes überprüft werden soll. In der Ziffer 10 haben wir uns über den Wortlaut des Gesetzes unterhalten; das ist wahr. Insofern ist durch diese Änderung, die hier vorgeschlagen worden ist, inhaltlich etwas anderes ausgesagt als in der Ziffer 10. Das muß man fairerweise sagen.

Eine ganz andere Frage ist, ob wir mit einem solchen Verfahren politisch etwas Richtiges tun. Ich darf einmal an die Adresse der Freunde aus Baden-Württemberg etwas sagen. Es ist ja nun nicht so gewesen, als ob bei der gesamten Diskussion um die Frage, ob das Strafrecht verschärft werden soll oder nicht, nicht ausreichend Zeit gewesen wäre, die Meinungen auszutauschen.

Ich will einen Gesichtspunkt nennen, lieber Lothar Späth. Das muß man einmal in einer Art Werkstattgespräch hier abklären können. Auch die Antragskommission versucht, in einer solchen Frage zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. In ein paar Minuten überlegt man sich vieles. Wenn ich es mir jetzt so überlege, dann muß ich auf der anderen Seite auch wieder sagen: Wir haben intensiv und ausführlich über diese Frage geredet. Der Bundestag hat mit einer sehr großen Mehrheit zum Ausdruck gebracht, daß das Strafrecht nicht verschärft werden soll. Daß dies auch nicht mit einer zeitlichen Konditionierung verbunden sein soll, hat der Landesvorsitzende von Baden-Württemberg für sich und seinen Landesverband ausdrücklich gesagt. Er hat es aber nicht verbindlich für die übrigen Teile der Christlich Demokratischen Union gesagt.

Wenn wir in dieser wichtigen Frage Klarheit schaffen und nicht wieder Fragen ausgesetzt werden wollen, die jeder nachher unterschiedlich interpretierend wiedergeben kann, dann würde ich jetzt eigentlich im nachhinein sagen: Es ist besser für die Sache und für die CDU – vor allem weil die Masse der Mitglieder dann wieder nicht zwischen Gesetzestext und Rechtspraxis unterscheiden kann und nachher alles durcheinander geht und kein Mensch hinterher mehr weiß, was beschlossen ist – bei der klaren Linie zu bleiben und insofern einfach den Mut zu haben, jetzt noch einmal zu probieren, den Antrag der Antragskommission, so wie er jetzt vorliegt, zur Abstimmung zu bringen.

Wenn dieser Antrag angenommen ist, dann ist nach meiner Auffassung damit auch der Antrag des Landes Baden-Württemberg abgelehnt. Ich finde, wir haben doch nicht umsonst diskutiert.

(Beifall)

Ich finde, es gehört auch zur Fairneß gegenüber allen, die sich hier auf dem Bundestag in dieser Frage große Mühe gegeben haben.

Aber ich muß auf der anderen Seite auch noch etwas anderes sagen: Ich habe heute vormittag dazu Stellung genommen. Ich habe, auch in der Diskussion innerhalb der letzten zwei Stunden, einiges hören müssen. Ich habe schon auch dargestellt, wie meine Position ist. Ich lasse mich ungern, auch nicht obiter dictu oder nebenher, in eine Position hineinbringen, als ob man dann, wenn man eine bestimmte Meinung zum Strafrecht hat, unbedingt dafür sei, daß, wie der Film es zeige, dies oder jenes geschehe; ich will es einmal vorsichtig ausdrücken.

Ich nehme für mich in Anspruch: Ich habe zu der Strafrechtsfrage eine klare Position bezogen. Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich es mit dem Schutz des ungeborenen Kindes mindestens genauso ernst meine wie diejenigen, die in der Strafrechtsfrage eine andere Auffassung gehabt haben.

(Beifall)

Es ist ja auch nun der Wille des Parteitages gewesen, und wir haben darauf verzichtet, eine zeitliche Konditionierung hineinzubringen, aber doch nicht deswegen, weil es so abwegig und unsinnig ist. Das ist ja gar nicht so unsinnig. Natürlich muß man immer

wieder das Recht an Hand der Praxis überprüfen; das ist wahr. Aber es hat politisch wenig Sinn, einen Beschluß zu fassen, der auf einer Eventualität aufbaut, von der kein Mensch weiß, wie sie eintritt, und die hinterher in der politischen Auseinandersetzung und Interpretation in dieser wichtigen Frage nur Anlaß für Desinformation und Mißinterpretation gibt und uns nicht hilft und dem ungeborenen Kind auch nicht.

Deshalb muß ich, liebe Frau Verhülsdonk, sagen – ich spreche jetzt für mich als Vorsitzender der Antragskommission, aber vielleicht darf ich es einmal so sagen –: Ich bin der Meinung, wir sollten jetzt über den Antrag der Antragskommission, wie er in der Ziffer 12 festgelegt ist, abstimmen. Ich bin der Meinung, daß dann auf dem Hintergrund dessen, was hier diskutiert worden ist, der Antrag von Baden-Württemberg eo ipso dadurch abgelehnt ist. Ich bitte, so zu verfahren.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Lothar Späth.

Lothar Späth: Auch ich bin zu später Stunde dafür, daß wir es ohne Emotionen lösen sollten. Das sage ich vor all denen, die gleich leidenschaftlich klatschen, sobald Stimmung aufkommt.

Ich suche nach Wegen, wie man das Problem lösen kann. Man kann es lösen. Ich will deshalb der ablehnenden Position von Heiner Geißler wenigstens eine richtige Begründung geben.

(Heiterkeit)

Ruhe verhilft ja dazu, daß man es noch einmal liest und daß man sich das Ganze noch einmal ansieht. Es soll nicht so laufen, wie es jetzt gelaufen ist. Das hängt nur mit der späten Stunde und mit der Aufregung zusammen.

Deshalb habe ich zuerst mit der Antragskommission geredet. Dann hatten wir den Kompromiß. Dann wurde der Kompromiß von der Antragskommission akzeptiert. Dann haben wir gemerkt, daß irgend etwas nicht stimmt. Dann haben wir von einer zusätzlichen Protokollnotiz gesprochen. Dann haben wir gesagt, daß eine zusätzliche Protokollnotiz die Öffentlichkeit irritiere. Deshalb haben wir anschließend die Kommission wieder gefragt, ob sie jetzt auch noch mit einig sei. Deswegen mußte das jetzt alles ein bißchen durcheinander gehen.

Die Sache hat aber einen logischen Ansatz. Wenn man schon von dem Wortlaut des § 218 heruntergeht und zur Überprüfung kommt und die Ziffer 12 im Eingang liest, dann steht dort: „Unerträglich und bedrückend ist die Tatsache... Es gibt die begründete Annahme, daß diese hohe Zahl auf Verstößen gegen das Gesetz beruht. Die Ausnahmebestimmung des § 218 a StGB darf nicht durch Mißbrauch zur Regel werden.“ Die CDU setzt sich für die Bekämpfung des Mißbrauchs ein und sagt, daß das „Recht entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes angewandt wird.“ Nun muß er ehrlich sagen: Damit ist natürlich der Begriff Rechtspraxis abgedeckt. Insoweit kann ich jetzt sogar die Begründung für den Heiner Geißler liefern.

(Beifall)

Es ist wirkliche Fairneß, Loyalität und Offenheit, wenn ich noch sage: Ihr könnt es ablehnen, aber nehmt eine andere Begründung, nämlich die, daß der Teil, den ich jetzt vorgetragen habe, in der Ziffer 12 enthalten ist.

Ich bin bereit, auf dieser Basis zu sagen: Dann ist der Antrag Baden-Württembergs erledigt, weil die Seite des § 218 durch die erste Beschlußfassung erledigt ist und weil die Rechtspraxis durch die Formulierung des ersten Teils der Ziffer 12 erledigt ist.

Wenn ich für den Landesverband Baden-Württemberg noch einmal etwas bekunden darf, dann erkläre ich meine vorherige Erklärung noch einmal zu Protokoll: Wir behalten uns vor, daß wir, wenn sich die Dinge nicht ändern – das ist unsere gemeinsame Aufgabe – dann noch einmal entsprechend unserem Parteitagebeschuß in dieser Frage initiativ werden.

Wenn wir so zu einem klaren Abschluß kommen, ist es für alle vernünftig. Die, die schon gierig die Auseinandersetzung suchen, sollten sich noch einmal zurückhalten. Auch zu später Stunde sind Emotionen nicht immer die beste Lösung.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Ziffer 12 in der Formulierung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dies ist bei einer Anzahl von Ablehnungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 13 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 197 bis 217 und die Anträge M 11 und M 12. Sie finden das auf den Seiten 30 bis 32 und 178/179 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Um das Wort haben drei Rednerinnen gebeten, zunächst Frau Christa Thoben. – Ich sehe, sie ist nicht da. Dann erteile ich Frau Schätzle, Baden-Württemberg, das Wort.

Frau Ortrun Schätzle: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte den Parteitag, den Antrag A 204 des Kreisverbandes Esslingen, der das Lebensrecht des ungeborenen Kindes in der Beratung durch einen Lebenspfleger vertreten wissen will, anzunehmen. Ich möchte das folgendermaßen begründen:

Der strafrechtliche Schutz der Ungeborenen ist nicht mehr vorhanden. Es muß daher ein Ersatz geschaffen werden, der dem Gewicht des Lebensrechts des Kindes als eines verfassungsmäßig anerkannten selbständigen Rechtsgutes endlich Recht verschafft. In der Beratung sollte daher ein Vertreter des Kindes, ein Anwalt, das Lebensrecht des Kindes vertreten, weil nach dem derzeitig praktizierten System sowohl die Beratungsstellen wie auch die Ärzte überfordert sind. Keiner hat die Möglichkeit, das soziale Umfeld der Schwangeren exakt zu prüfen, und keiner kennt die Ergebnisse des anderen.

Der Einsatz des Lebenspflegers ist eine Rechtsfrage. Es geht um die Freiheit des Lebensrechts eines Menschen. Ich denke, dagegen kann selbst die FDP nichts haben, oder was soll ich sonst unter liberaler Politik verstehen?

Liebe Parteifreunde, wir alle sind bedrückt durch die Tatsache, daß jedes dritte Kind in unserem Land im Mutterleib getötet wird. Diese kleinen Menschen werden zur Disposition gestellt, weitgehend im Verborgenen, ohne Anwalt und ohne Erinnerung.

In der letzten Nummer des UfD wird nochmals darauf hingewiesen, daß gerade in Phasen der Hilflosigkeit – wie vor der Geburt – die vornehmste Aufgabe jeder Rechtsordnung darin besteht, die Schwachen zu schützen. Lassen Sie uns den ersten

Schritt dahin tun, indem wir einen Anwalt für das ungeborene Kind sprechen lassen, weil es selbst noch ein paar Jahre zu jung ist, um sein Recht auf Leben einfordern zu können.

(Zustimmung)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Denzel.

Frau Irmina Denzel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag A 197 sollte nicht in der geänderten Fassung der Antragskommission angenommen werden. Es fehlt dann ein ganz besonders wichtiger Absatz der ursprünglichen Fassung, oder es fehlen die Anträge A 207 und A 208. Es muß laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts einfach zugunsten des Lebens beraten werden; Herr Dr. Vogel hat heute morgen darauf bereits hingewiesen.

Außerdem muß zum Antrag A 197 der Antrag des Kreisverbandes Hochtaunus komplett übernommen werden. Es muß sichergestellt werden, daß die Schwangere nicht nur über die möglichen physischen, sondern auch über die psychischen Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs hinreichend aufgeklärt wird. Schwangerschaftsabbrüche dürfen einfach nicht verharmlost werden, denn so helfen wir den Frauen nicht. – Danke.

(Vereinzel Zustimmung)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat nun Gräfin Walderdorff, Baden-Württemberg. Damit ist dann die Rednerliste zu Ziffer 13 erschöpft. Bitte!

Mechtild Gräfin Walderdorff: Ich spreche für den Kreisverband Ravensburg.

Unsere Forderung in Antrag A 215, die Möglichkeit einer Ultraschalluntersuchung in das Beratungsgesetz aufzunehmen, soll der Bewußtseinsbildung für den Schutz des ungeborenen Lebens dienen. Für alle, die sich weniger als ich mit der Frage beschäftigen, sei gesagt: Ultraschalluntersuchungen sind ungefährlich; sie veranschaulichen aber auch in diesem frühen Stadium, daß – für die Frau noch nicht spürbar – sich Leben in ihr entwickelt.

Nachdem die CDU für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Lebens, des sich entwickelnden Kindes, eintritt, ist es für mich wenig einsichtig, wenn einer Forderung nach medizinischen und technischen Möglichkeiten, die der Bewußtseinsbildung dienen, eine Absage erteilt wird.

Unsere Diskussionen haben ergeben, daß Bewußtseinsveränderungen ein ganz entscheidender Weg zum Ja zum Kind sind. Deshalb sehen wir in der Erweiterung des Beratungsgesetzes um eine Ultraschalluntersuchung einen guten Ansatz, und ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen. – Danke sehr.

(Vereinzel Zustimmung)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat die Vertreterin der Antragskommission.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Ich bitte Sie, den Antrag A 197 in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Zu den Beiträgen, die sich auf gestellte Anträge beziehen, möchte ich folgendes sagen. Wir wollen ja im Beratungsgesetz den Berater zum Anwalt des Kindes machen. Der Berater soll ja, wie dort steht, zum Leben beraten. Er soll das Interesse des Kindes und sein Lebensrecht in der Beratung vertreten. Er soll die Frau damit konfrontieren, daß sie weiß: Sie entscheidet über das Leben ihres Kindes.

Nun wird vorgeschlagen, noch kompliziertere weitere Verfahren vorzusehen, etwa, nachdem die Frau in der Beratung war, einen Juristen oder eine Person, die Anwalt des Kindes ist, zu benennen. Da frage ich mich: Wie gehen wir denn mit Frauen in einer Konfliktsituation um, wenn wir so etwas vorschlagen?

(Zustimmung)

Man muß sich doch darüber im klaren sein, daß man im Ernstfall das Kind nicht gegen seine Mutter schützen kann, sondern mit der Mutter zusammen Perspektiven dafür entwickeln muß, daß sie zu dem Kind ja sagt.

(Zustimmung)

Wir sind ja jetzt schon in der Gefahr, daß durch die neuen Verfahren, die wir vorschlagen, also dadurch, daß Beratung so gemacht werden soll, wie das Gesetz es vorsieht, Frauen eventuell auf die Idee kommen, sich der Beratung zu entziehen. Wir können da nicht noch weitere Akte hineinbringen. Ich bin also sehr nachdrücklich der Meinung, daß wir den Antrag A 204 ablehnen müssen und ihn nicht annehmen können.

Der Antrag A 197 lautet in seiner ersten Passage:

Die Beratung in einem Schwangerschaftskonflikt muß zum Ziel haben, das Leben des ungeborenen Kindes zu erhalten . . .

Eine Erweiterung ist hier nicht erforderlich.

Der Antrag A 215 fordert, daß generell bei jeder Schwangerschaft in der frühen Phase Ultraschalluntersuchungen durchgeführt werden. Auch diesen Antrag können wir nicht zur Annahme empfehlen. In der Regel werden heute sowieso rechtzeitig vor der Geburt des Kindes Ultraschalluntersuchungen gemacht, damit man über die Lage und den Zustand des Kindes informiert ist.

Im übrigen könnte das auch ein sehr zweischneidiges Schwert werden. Es gibt nicht selten Fälle, in denen sich durch Ultraschalluntersuchungen ergibt, daß das Kind irgendwie doch nicht so ist oder daß Gefährdungen bestehen, und das führt dann in aller Regel sogar zu noch mehr Abtreibungen. Deswegen meine ich, wir müßten auch diese Forderung ablehnen.

Wir sollten also die Ziffer 13 in der Fassung der Antragskommission annehmen. Ich bitte Sie nachdrücklich darum.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Wer der Ziffer 13 in der Formulierung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist die Ziffer in der Formulierung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe Ziffer 14 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 218 bis A 234. Sie finden das auf den Seiten 33 und 34 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer Ziffer 14 in der Form der Antragskommission zustimmen will, gebe bitte das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Ich rufe Ziffer 15 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 235 bis A 259 sowie der Antrag M 10. Sie finden das auf den Seiten 35 bis 38 und Seite 178 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages. Dazu liegen sieben Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, daß damit die Rednerliste abgeschlossen ist. Das Wort hat zunächst Herr Jäger, Baden-Württemberg.

(Claus Jäger: Ich ziehe meine Wortmeldung zurück!

(Beifall)

Herr Dr. Schröder.

Dr. Peter Schröder: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um einige Minuten Aufmerksamkeit für den Antrag A 238 des Kreisverbandes Coesfeld. Danach soll eine Ziffer 15 a eingefügt werden, die bestimmt, daß die Finanzierung der Abtreibung auf Grund sozialer Indikation durch die gesetzlichen Krankenkassen entfällt und in die Finanzierung der Vater einzubeziehen ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz begründen, warum wir diesen Antrag stellen. In § 204 der Reichsversicherungsordnung dürfen die gesetzlichen Krankenkassen die Finanzierung einer Abtreibung auf Grund einer Notlagenindikation dann vornehmen, wenn die Abtreibung nicht rechtswidrig ist. So ist das im Gesetz festgelegt. Die gesetzlichen Krankenkassen verhalten sich so, daß, wenn eine Notlagenindikation nach dem StGB angenommen wird, sie der Auffassung sind, daß dann die Abtreibung nicht rechtswidrig ist. Das ist im strafrechtlichen Bereich äußert umstritten. Da wird die Auffassung vertreten, daß die Annahme einer Indikation einen Rechtfertigungsgrund darstellt. Es wird aber auch die Auffassung vertreten, daß es nur einen Entschuldigungsgrund darstellt. Dann wäre die Vornahme der Abtreibung weiterhin rechtswidrig, wenn auch persönlich nicht schuldhaft. Es wird aber auch die Auffassung vertreten, daß die Abtreibung auf Grund einer Indikation sowohl rechtswidrig als auch schuldhaft ist, nur straflos.

Das StGB, das wir nicht ändern wollen – das haben wir heute beschlossen –, schreibt in § 218 a vor, daß eine Abtreibung auf Grund einer Indikation straflos bleibt. Es sagt also nicht, daß sie nicht rechtswidrig ist. Gleichwohl verhalten sich unsere gesetzlichen Krankenkassen so, als ob die Nichtstraflosigkeit die Nichtrechtswidrigkeit begründet. Das halten wir für sehr zweifelhaft.

Ich finde es eigentlich sehr schade, daß nicht einmal eine Krankenkasse die Erstattung verweigert, um sich vor dem Sozialgericht verklagen zu lassen, ob sie denn eigentlich einfach rechtlich verpflichtet ist, diese Zahlung überhaupt zu leisten. Ich weiß auch nicht, warum die gesetzlichen Krankenkassen nicht einmal im Wege der Aufsicht angewiesen werden, den Rechtsweg beschreiten zu lassen. Da das nicht passiert, meinen wir, wir müssen diese gesetzliche Änderung hier vorsehen.

Meine Damen und Herren, diese Regelung ist auch mit unserem Versicherungssystem nicht vereinbar.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Herr Dr. Schröder, ich bitte, sich kurz zu fassen.

Dr. Peter Schröder: Das muß ich nun schon noch ausführen dürfen.

Es ist ein Grundprinzip unseres Versicherungsrechts, daß der Versicherungsfall nicht durch den Versicherten herbeigeführt werden kann. Das ist aber hier gerade so. Der Versicherungsfall ist der Entschluß der Mutter, abtreiben zu lassen. Gleichwohl muß die Versicherung eintreten.

Dann kommt noch etwas hinzu. Nach unserem gesetzlichen Krankenkassenversicherungsrecht ist es so, daß die Versicherung nicht zahlt, sondern sie leistet medizinische Hilfe. Sie stellt die Krankenhausbehandlung zur Verfügung, den Arzt, die Medizin und bezahlt sie. Das heißt im Klartext, die gesetzliche Krankenkasse nimmt die Abtreibung vor, und das ist eine mittelbare staatliche Organisation.

Meine Damen und Herren, Professor Issensee, einer der führenden Sozialrechtler in der Bundesrepublik, hat in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ vor einem Jahr einen Aufsatz geschrieben – das ist die größte Fachzeitschrift auf dem Rechtsgebiet, in dem er zu dem Ergebnis kommt: Der Staat tötet, er ist am Vernichtungseingriff durch eine Institution unmittelbar beteiligt.

(Vereinzel Zustimmung)

Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die wir überlegen müssen. Wir sind mehrheitlich der Meinung, strafrechtlich wollen wir nichts ändern. Wenn wir auch dieses festschreiben, daß die gesetzlichen Krankenkassen die Abtreibung auf Grund sozialer Indikationen finanzieren sollen, befürchten wir, daß der Weg sehr schwierig wird, eine Bewußtseinsänderung herbeizuführen, –

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Herr Dr. Schröder, bitte!

Dr. Peter Schröder: – damit wir das Ziel, das wir alle wünschen, nämlich die Abtreibung einzuschränken, erreichen. Deswegen darf ich Sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen.

(Vereinzel Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Als nächster Redner Herr Lennartz, bitte.

Leo Lennartz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fange an mit Satz 4 der Ziffer 15. Da heißt es: „Angesichts der Tragweite der zu fällenden Entscheidung müssen Beratung, Indikationsstellung und Abbruch räumlich und personell getrennt erfolgen.“ Das ist ein ganz zentraler Satz. Wir wollen, daß die Dinge auseinandergezogen werden, einmal die Beratung, einmal die Indikationsstellung, einmal Abbruch, und daß dazwischen genügend Zeit liegt, damit die Mutter, die das alles verarbeiten muß, wirklich Zeit hat, alles zu prüfen, Informationen zu sammeln und ihre Entscheidung sorgfältig zu überlegen. Aus diesem Grunde erscheinen uns Satz 2 wie Satz 3 zu unscharf gefaßt. Mein Kreisverband schlägt Ihnen deshalb die Formulierung in Antrag A 241 vor. Da heißt es: „Deshalb muß eine umfassende Information und Beratung vor der Indikationsstellung erfolgen.“ Wir möchten auch hier ganz klar zwischen Information und Beratung und einer nachfolgenden Indikationsstellung unterscheiden. Wir meinen, wir sollten das zur Klarstellung deutlich aussprechen.

Der zweite Punkt, den wir hier angreifen, betrifft den Satz 3, wo es heißt: „Die Feststellung einer schwerwiegenden Notlage muß eingehend schriftlich begründet werden.“ Für die Frage, ob eine Indikation zu einem Abbruch führt oder nicht, ist es am Schluß völlig gleichgültig, welche Indikation gewählt wird. Der Erfolg ist derselbe: der Tod des Kindes. Wenn Sie jetzt dem Arzt nur aufgeben, im Falle einer sozialen Indikation eine schriftliche Begründung zu geben, wird er ohne weiteres in der Lage sein, auch auf andere Indikationen auszuweichen, die dann keine schriftliche Begründung brauchen. Es ist hier mit Recht bemängelt worden, daß die Ärzte überhaupt nicht dahin kontrolliert werden, ob wirklich eine Indikation vorgelegen hat

oder daß eine Indikation vorgelegen hat. Eben wurde schon gesagt, im Gesetz heißt es, daß der Arzt zu prüfen hat, ob eine Indikation vorliegt, und daß die Antwort sowohl ja wie auch nein lauten kann. Wir sind der Auffassung, daß die Formulierung hier lauten muß, daß der Arzt das Vorliegen einer Indikation als weiteren Schritt zu einem etwaigen Abbruch zunächst einmal feststellen muß. Das halten wir für ganz wichtig, denn sonst könnte ein Arzt, der negativ entschieden und gesagt hat, es liege keine Indikation vor, von dem nächsten Kollegen überstimmt werden, der sagt: Ich halte eine Indikation für gegeben.

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Danke schön. Frau Johannknecht.

Frau Gertrud Johannknecht: Der Kreisverband Hochsauerland bittet, die Ziffer 16, die im Leitantrag ersatzlos gestrichen wurde – ohne Begründung übrigens –, in der von uns vorgeschlagenen Formulierung zu übernehmen. Wenn Abtreibung Tötung ist, kann es sich nicht um eine Heilbehandlung handeln. Nach der Gesundheitsreform soll das medizinisch Notwendige bezahlt werden. Eine Abtreibung auf Grund einer Notlagenindikation ist medizinisch nicht notwendig. Wir bitten um Annahme des Antrages.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Herr Hüppe ist nicht anwesend. Herr Irmen zieht seine Wortmeldung zurück. Dann hat jetzt Frau Schätzle das Wort.

Frau Ortrun Schätzle: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich denke, daß ich den Weg hierhin nach Wiesbaden gemacht habe, um als Delegierte zu verschiedenen Anträgen Stellung nehmen zu können, ohne daß ich mir sagen lassen muß: Frau Schätzle schon wieder.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Entschuldigen Sie bitte, Frau Schätzle. Ich habe nicht gesagt: Frau Schätzle schon wieder, sondern ich habe gesagt: Frau Schätzle noch einmal.

Frau Ortrun Schätzle: Das ist für mich ungefähr dasselbe.

Ich möchte zu dem Antrag A 240 des Kreisverbandes Esslingen Stellung nehmen, in dem gefordert wird, die Ärzte zu einer verfassungs- und gesetzeskonformen Indikationsstellung anzuhalten, die letztlich auch dem hippokratischen Eid entsprechen würde. Wenn es nämlich nicht gelingt, die Ärzte – insbesondere diejenigen, welche in großem Ausmaß oder gar ausschließlich abtreiben – in die Pflicht zu nehmen, werden alle Bemühungen mehr oder weniger umsonst sein. In unserem Gesundheitssystem, in dem die Selbstverwaltung eine dominierende Rolle spielt, führt der notwendige Weg über die Kammern und deren Rechtsaufsicht. Selbst wenn gesetzeskonform beraten würde, nützt dies nicht viel, weil der indizierende Arzt vom Beratungsinhalt nichts weiß. Er kann daher keine eindeutige Diagnose stellen.

Meine Damen und Herren, wir sollten die Ärzte in dieser Frage nicht alleinlassen. Sie haben in vielen Gesprächen mit uns klare Worte der Politiker hierzu gefordert. Sind wir uns eigentlich dessen bewußt, wie stark hier ein ganzer Berufsstand diskriminiert wird?

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Bitte schön, Frau Verhülsdonk.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Ich bitte um ein deutliches Votum für die von der Antragskommission in Antrag A 235 zur Annahme vorgeschlagene Fassung. Wir sind uns sicherlich darüber im klaren, daß die Union hier sagt, wie sie die Verfahren haben möchte. Wir gehen damit über das hinaus, was in der Koalitionsvereinbarung mit der FDP durchsetzbar war, indem wir uns hier für eine räumliche und personelle Trennung einsetzen. Ich denke, das ist für die weiteren Verfahren wichtig.

Ich muß Ihnen allerdings folgendes sagen. Wenn versucht wird, gewissermaßen immer noch neue Komplikationen daraufzusatteln, dann wird das am Ende dazu führen, daß wir nicht zu einem Gesetz kommen. Das kann hier im Saale niemand wollen.

(Beifall)

Durch die räumliche und personelle Trennung ergeben sich sowieso schon zeitliche Zwischenräume, da sich die Frau ja mehreren Verfahren unterziehen muß. Wir müssen das hier also nicht noch einmal ausdrücklich bekräftigen.

Die zur Annahme vorgeschlagene Fassung beginnt mit dem Satz:

Die Ausnahmeregelung des § 218 a StGB darf nicht mißbraucht werden.

Dies deckt die Anliegen einiger, die hier gesprochen haben, ab.

Zu der Finanzierungsfrage will ich nur noch anmerken, daß wir uns eben darauf verständigt haben, eine klare Definition der Notlagenindikation vorzunehmen, und zwar so, daß diese Indikation mit der medizinischen Indikation als vergleichbar anzusehen ist, wie es auch im Urteil des Verfassungsgerichtes getan wurde. Wir wollen damit den Mißbrauch beseitigen. Das Problem der Finanzierung resultiert ja aus den Mißbrauchsfällen, nicht aus den Fällen, in denen echte Notlagen gegeben sind, die in ihrer Schwere mit derjenigen im Falle von medizinischen Indikationen vergleichbar sind. Wir sollten die Probleme weiß Gott nicht den Vätern aufoktroyieren. Die Frauen würden in noch größere Bedrängnis gebracht, wenn wir sie in dieser Frage den unwilligen Vätern auslieferten. Deswegen bitte ich darum, dieses Thema durch die vorherigen Beschlüsse zu Ziffer 12 als erledigt zu betrachten und der Ziffer 15 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 15 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer größeren Anzahl von Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist Ziffer 15 angenommen.

Ich rufe Ziffer 16 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 260 bis A 266, die Sie auf den Seiten 38 und 39 der Antragsbroschüre finden. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der von ihr vorgeschlagenen Fassung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Ziffer 16 in der Formulierung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Ich rufe Ziffer 17 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 267 bis A 283, die Sie auf den Seiten 39 bis 42 der Antragsbroschüre finden. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der vor ihr vorgeschlagenen Fassung.

Das Wort wünschen Herr Dr. Janning aus Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Fell aus Nordrhein-Westfalen und Herr Lennartz aus Nordrhein-Westfalen. Ich gehe davon aus, daß die Rednerliste damit geschlossen ist. Bitte schön, Herr Dr. Janning. – Ist Herr Dr. Janning nicht anwesend? – Offensichtlich nicht. Bitte, dann haben Sie das Wort.

Frau Ottilie Hüls: Ich spreche zu dem Antrag A 280 des Kreisverbandes Steinfurt. Die Antragskommission empfiehlt, unseren Antrag für erledigt zu erklären.

Ich komme nun auf den letzten Satz im ersten Absatz von Ziffer 17 zu sprechen, der lautet:

Obligatorische gendiagnostische Reihenuntersuchungen (Screening) z. B. von Neugeborenen sind abzulehnen.

Mit dieser Formulierung halten wir unseren Antrag nicht für erledigt. Ich möchte aber zunächst noch eine Korrektur in unserem Antrag vornehmen. In der dritten Zeile muß es statt „genetische“ heißen: „gentechnische“.

Nach der von der Antragskommission zur Annahme empfohlenen Formulierung sind obligatorische gendiagnostische Reihenuntersuchungen abzulehnen. Es geht uns entschieden zu weit, jede gendiagnostische Reihenuntersuchung von Neugeborenen ausnahmslos und unbedingt abzulehnen. Nach Aussagen von Experten wird in etwa drei bis fünf Jahren ein allgemeines Screening einzelner Erkrankungen mit gentechnischen Methoden möglich sein. Am Screening-Prinzip wird hierdurch nichts geändert. Lediglich die Methode der Krankheitserkennung ist anders. Statt z. B. einen biochemischen Parameter zu messen, erfolgt die Krankheitserkennung auf der Ebene der Erbinformation. Hierzu ist keine Analyse des gesamten Genoms notwendig. Es sind lediglich Analysen der vergleichsweise kleinen Genabschnitte notwendig, die für die Diagnostik relevant sind. Um gezielt nach behandelbaren Erkrankungen bei Neugeborenen suchen zu können, ist die vorgeschlagene Ausnahme unbedingt erforderlich. Ich denke, daß es auf Grund der genannten Korrektur – „gentechnisch“ statt „genetisch“ in Zeile 3 unseres Antrags – der Antragskommission möglich ist, unseren Antrag doch zur Annahme zu empfehlen.

Für den Fall, daß die Antragskommission ihn weiterhin für erledigt erklärt, können wir nur dann zustimmen, wenn die Antragskommission nicht zuläßt – und dies auch im Protokoll festgehalten wird –, daß solche gentechnischen Neugeborenenuntersuchungen dadurch einfach ausgeschlossen werden.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Dr. Fell.

Dr. Karl Fell: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns mit der Genomanalyse an einem Punkt, bei dem wir das Risiko des Mißbrauchs – im Antrag ist jetzt gesagt, die eugenische Selektion sollte vermieden werden – nicht ausschließen können, bei dem – ich gehe ein Stück weiter – wir der Gefahr des Mißbrauchs ausgesetzt sind, daß vorweg darüber entschieden wird, ob künftig überhaupt noch behinderte Kinder geboren werden oder nicht.

(Beifall)

In dem Augenblick, in dem über die Genomanalyse festgestellt werden kann, daß eine schwerwiegende Behinderung vorliegt, und wir diese Genomanalyse zulassen, kommt ein doppelter Mechanismus in Gang.

Der eine Mechanismus bezieht sich auf das Elternpaar, das sich vor den Konflikt gestellt sieht: Bleiben wir bei dieser Schwangerschaft, oder brechen wir ab, um Weiterungen zu entgehen? Der andere Mechanismus ist der – und das ist noch schlimmer –, daß die Umwelt, daß das Umfeld dieses Elternpaars den Druck auf es erhöhen wird, wenn denn das Kind behindert geboren wird. Denn dann wird die Entsolidarisierung in der Weise Platz greifen, daß man ihnen sagt: Warum habt ihr nicht . . . ? Ihr hättet doch verhindern können, daß wir jetzt für euch und mit euch hier ringen müssen.

Deshalb meine ich, Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir müßten mindestens die einschränkende Formulierung aus dem Antrag A 271 des Kreisverbandes Bonn in den Antrag des Bundesvorstandes und der Antragskommission mit einbauen. Ich verhehle nicht: Mir wäre lieber, wir würden gerade in der Frage der Genomanalyse, bei der vorgeburtlichen Genomanalyse klipp und klar nein sagen, weil wir den Mißbrauch nie ausschließen werden.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Als letzter zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Lennartz.

Leo Lennartz (mit Beifall begrüßt): Danke schön, Herr Mannstein. – Meine lieben Freunde, ich darf nahtlos an das anschließen, was Herr Dr. Fell soeben gesagt hat. Das ist hier ein ganz schwerwiegender Punkt, den wir trotz der fortgeschrittenen Abendstunde noch einmal überlegen müssen.

Schauen wir uns den zweiten Satz der Ziffer 17 an, in dem von der vorgeburtlichen Diagnostik gesprochen wird, die auf begründete Fälle beschränkt bleiben muß. Da fragt man sich: Auf welche Fälle? Das ist genau der Punkt, den Herr Dr. Fell angesprochen hat. Satz zwei in seiner jetzigen Fassung enthüllt, daß die in Satz ein angesprochenen therapeutischen Maßnahmen auch eine Abtreibung umfassen können. Und wir wissen, daß diese Situation auch heute schon die Abtreibung umfaßt. Wäre es anders, müßte man natürlich therapeutische Maßnahmen generell fordern und dürfte nicht sagen, das soll nur auf begründete Fälle beschränkt bleiben. Dann müßte man sagen: Wenn wir diese Mittel haben, einem ungeborenen Kind zu helfen, dann wollen wir das auch generell tun.

(Beifall)

Es geht dabei dann nämlich um die Heilung einer Krankheit.

Aber auch dann wäre noch der zweite Satz des ersten Absatzes unverständlich. Denn wenn hier von Selektion gesprochen wird, dann kann es eben nur eine Selektion sein, die zur Tötung des Kindes vor der Geburt durch Abtreibung führt. Und diese Situation

dürfen wir – nach unserer Auffassung jedenfalls – nicht zulassen. Wir sollten diesen Satz deshalb streichen, damit man gar nicht auf die Idee kommt, daß die CDU derartiges in irgendeiner Weise billigt, fördert oder gar gutheißt.

Zu dem dritten Satz des ersten Absatzes der Ziffer 17, obligatorische gendiagnostische Reihenuntersuchungen, kurz folgendes: Es mag durchaus sinnvoll sein, gendiagnostische Reihenuntersuchungen in dem einen oder anderen Fall durchzuführen – dazu müssen Mediziner etwas sagen –, aber davor, das obligatorisch zu machen mit dem Ziel, die Bevölkerung ab einem gewissen Zeitpunkt, von der Geburt an, durch Untersuchungsverfahren zu ziehen und von da an schon die ersten Verletzungen des Datenschutzes zu begehen, nämlich den geröntgten gläsernen Menschen zu produzieren, müssen wir warnen.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Wünscht die Antragskommission das Wort? – Bitte schön, Herr Eyrich.

Dr. Heinz Eyrich, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir können die Einwände, die hier vorgebracht worden sind, ganz kurz einer Prüfung unterziehen.

Im letzten Satz des ersten Absatzes der Ziffer 17 steht, daß obligatorische gendiagnostische Reihenuntersuchungen abzulehnen sind. Ich glaube, mit diesem Satz wird ganz deutlich dargelegt, daß wir eben nicht wollen, daß jemand dazu gezwungen werden kann, eine gentechnische Untersuchung, eine Genomanalyse vornehmen zu lassen.

Wer dann den Antrag A 267 weiter liest und auch die Anträge A 269 und A 270 liest, die die Antragskommission ja zur Annahme empfohlen hat, weiß, daß hier eine erhebliche Einschränkung der Genomanalyse und der daraus resultierenden Ergebnisse festgemacht wird. Mit anderen Worten: Sie wird auf eine Arbeitsplatzuntersuchung, auf die Frage eingeschränkt, inwieweit das Gesundheitsprofil den einen oder anderen dazu befähigt, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen, ohne in die Gefahr zu kommen, auf Grund einer Veranlagung bei dieser Arbeit krank zu werden.

Und natürlich – dies gebe ich zu – stellt sich hinsichtlich des Satzes „Im Rahmen der vorgeburtlichen Diagnostik muß diese Methode . . . auf begründete Fälle beschränkt bleiben;“ die Frage: Was geschieht, wenn ein Elternpaar auf Grund dieser Analyse erkennt, daß das Kind mit einer schweren Krankheit behindert zur Welt kommen wird? Natürlich ist da die Gefahr gegeben – das muß man fairerweise zugeben –, daß die Eltern dann möglicherweise an eine Abtreibung denken; dies ist sicher. Es ist aber ebenso sicher, meine Freunde, daß die Eltern in einem solchen Fall die Möglichkeit haben, zur rechten Zeit, frühzeitig Mittel und Möglichkeiten auszuschöpfen, die möglicherweise dazu führen, daß das Kind gesund zur Welt kommt. Ich glaube, bei all dem, was wir zum Mißbrauch sagen: Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß den Eltern, denen dadurch geholfen werden kann, daß ein behindertes Kind nicht zur Welt kommt, die Möglichkeit gegeben werden soll, alle Mittel zu ergreifen.

Bei einer Abwägung muß ich sagen: Das, was vorgeschlagen worden ist, was in der Ziffer 17 steht, ist in der Tat abgewogen und wird auch dem Schutz des Embryos tatsächlich gerecht.

Von daher bitte ich, diese Ziffer 17 anzunehmen.

(Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Ziffer 17 in der Formulierung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltung? – Bei einigen Gegenstimmen ist Ziffer 17 mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, ich mache nur schon darauf aufmerksam, daß das Tagungspräsidium den Abschnitt über die Soziale Marktwirtschaft noch am heutigen Abend behandeln wird.

(Zurufe)

Ich darf nun den Vorsitz an Frau Braun-Moser übergeben.

Frau Ursula Braun-Moser, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe die Ziffer 18 des Antrags des Bundesvorstandes mit den Anträgen A 284 bis A 288 auf der Seite 42 auf.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission wünscht auch nicht das Wort.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 19 des Antrags des Bundesvorstandes mit den Anträgen A 289 bis A 294 auf.

Keine Wortmeldungen.

Auch die Antragskommission hat sich hier nicht zu Wort gemeldet.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission hier zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 20 des Antrags des Bundesvorstands mit den Anträgen A 295 bis A 304 auf den Seiten 43 und 44 der Antragsbroschüre auf.

Es hat sich Herr Dr. Burggraf, Hessen, gemeldet.

Dr. Hans Burggraf: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Ziffer 20 behandelt, während wir die ganze Zeit den Beginn des Lebens und den Schutz des beginnenden Lebens erörtert haben, praktisch das, was am Ende des Lebens genauso noch als Schutz für uns Verpflichtung ist. Der Bundesvorstand hat deshalb mit Recht formuliert:

Aus christlichem Verständnis kommt dem Menschen nicht das Recht zu, über Leben und Tod zu verfügen.

Es wird dann weiter formuliert:

Wo der Tod unabwendbar geworden ist, muß aber die Entscheidung des Kranken respektiert werden, auf lebensverlängernde Maßnahmen zu verzichten.

Meine lieben Freunde, das könnte eventuell zu Mißverständnissen führen, ist teilweise auch nicht rechtens.

Ich darf auf den Antrag A 296 des Landesverbandes Hessen verweisen, bei dem es im zweiten Satz heißt:

Die Tötung eines Menschen ist auch dann strafbares Unrecht, wenn sie auf Verlangen eines Schwerkranken oder Sterbenden erfolgt.

Übrigens gibt es da die Grenzfälle. Nehmen Sie an – ich bin Arzt –, es tritt ein Herzstillstand auf. Der Patient ist innerhalb von etwa fünf Minuten tot. Das heißt, der Arzt muß hier handeln; es bleibt gar nichts anderes übrig; er ist dazu verpflichtet. Das gleiche gilt übrigens für eine in selbstmörderischer Absicht etwa beigebrachte Schlafmittelvergiftung. Auch hier muß der Arzt handeln, selbst wenn er eine Nachricht des Betreffenden hat, daß keine Therapie durchzuführen sei.

Man kann nun kompromißweise – deshalb richte ich mich an die Antragskommission – die beiden Anträge aus Essen und Frankfurt für erledigt erklären, wenn man sich dazu bereit findet zu sagen:

Wo der Tod unabwendbar geworden ist, muß aber die Entscheidung des Kranken respektiert werden, ausnahmsweise auf lebensverlängernde Maßnahmen zu verzichten.

Ich glaube, das ist ganz klar ein Ausnahmefall, und das sollten wir hier dann auch so hineinschreiben; dann kann es keine Mißverständnisse geben.

Vielleicht kann sich die Antragskommission dem anschließen. Ich wäre dankbar.

Recht schönen Dank.

(Beifall)

Frau Ursula Braun-Moser, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Burggraf. Im Grunde genommen haben Sie sich angeschlossen.

Das Wort hat noch einmal die Antragskommission.

Dr. Heinz Eyrich, Antragskommission: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann ist Ihre Sorge die, daß durch den Antrag A 295, also Ziffer 20, die Gefahr besteht, daß wir hier ein Tor zur Tötung auf Verlangen öffnen. Ich glaube, daß dies so in etwa der wesentliche Inhalt dessen war, was Sie besorgt hat. Ich bitte Sie noch, Ihr Augenmerk einmal auf Antrag A 317, also die Ziffer 23, zu lenken. Wir haben dort ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die Tötung eines Menschen auch dann strafbares Unrecht ist, wenn sie auf Verlangen des Schwerkranken oder Sterbenden erfolgt. Dies will besagen, daß wir in diesen Bereich, der unseren endgültigen Betrachtungen und auch Beurteilungen ein Stück weit entzogen ist, natürlich nicht Ausnahmetatbestände einführen sollten, um eine Verunsicherung des Arztes und derer, die um den Kranken herum sind, zu vermeiden.

Ich sehe natürlich, daß wir, wenn wir die Disposition über das Leben eines einzelnen diesem einzelnen überlassen, in die Gefahr kommen, daß sich jemand bereit findet, dieser Disposition in einem aktiven Tun möglicherweise nachzukommen und das Leben nicht zu verlängern, sondern es zu unterbrechen. Das, meine ich, sei durch den klaren Wortlaut allerdings geklärt.

Wir stehen vor der Situation, daß der Sterbende sagt: Laßt mich nun ohne eine weitere lebensverlängernde Behandlung, laßt mich nun – wenn ich es einmal übersetzt sagen darf – meinen Frieden finden! – Genau diesem Wunsch sollte man nachkommen, weil später ganz klar zum Ausdruck gebracht wird, daß es strafbares Unrecht ist, wenn jemand in das Leben eines Menschen eingreift. Ich meine deshalb, wir sollten davon absehen, das Wort „ausnahmsweise“ einzufügen und den Antrag A 295 annehmen.

Frau Ursula Braun-Moser, Tagungspräsidium: Ich bitte darum, keine weiteren Wortmeldungen mehr anzuschließen.

Herr Dr. Burggraf, wir haben jetzt gehört, daß der Antrag zur Disposition steht.

Wir haben hier einen Antrag des Bundesvorstandes. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist Ziffer 20 des Antrags des Bundesvorstands angenommen.

Ich rufe Ziffer 21 des Antrags des Bundesvorstands mit den Anträgen A 305 bis A 308 auf den Seiten 44 und 45 der Antragsbroschüre auf.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 22 des Antrags des Bundesvorstands mit den Anträgen A 309 bis A 316 auf den Seiten 45 und 46 unserer Antragsbroschüre.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Ziffer 23 des Antrags des Bundesvorstands mit den Anträgen A 317 bis A 323 auf Seite 46 Antragsbroschüre auf. Das Wort wird nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so angenommen.

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 17, soweit es die Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes betrifft, abgehandelt. Ich darf Ihnen herzlich danken, auch wenn wir über acht Stunden diskutiert haben.

Wir kommen zum nächsten Abschnitt.

Ich darf Herrn Dr. Kohl das Wort geben.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Wir müssen jetzt einmal einen Moment innehalten und die Geschäftslage prüfen.

Zunächst möchte ich Ihnen allen dafür danken, daß wir nach zehn Stunden einer schwierigen, auf hohem Niveau stehenden Debatte bei sehr kontroversen Meinungen und Ansichten – wie dies aus der Natur der Sache heraus auch gar nicht anders zu erwarten war – jetzt in einem, wie ich finde, großen Gemeinschaftswerk diese Schlußabstimmung vornehmen konnten.

Es ist hier in der Debatte gegen Abend einmal der Satz gesagt worden, der mir sehr gut gefallen hat: Bei einer solchen Grundsatzdebatte kann es keine Sieger und Besiegte geben, sondern hier geht es darum, daß man versucht, gemeinsam den Weg zu finden.

Ich habe nie einen Zweifel daran gehabt: Bei diesem Thema, das zu Recht viele Bürger und vor allem auch viele in unserer Partei aufwühlt, geht es um eine Gewissensentscheidung. Das ist so nur bei wenigen politischen Themen der Fall – obwohl man in der Politik ja oft auch dann von Gewissensentscheidung spricht, wenn es um Fragen der Zweckmäßigkeit geht.

Nicht wenige der Damen und Herren Delegierten, die sprachen, haben sich hier bis zur physischen Erschöpfung engagiert. Ich bedanke mich dafür. Die hinter uns liegenden zehn Stunden waren für die Partei ein Gewinn. Das will ich klar aussprechen, auch wenn mancher die Debatte als sehr lang empfunden haben mag.

(Beifall)

Da immer zu Recht gesagt wird, wir seien eine diskutierende Partei, füge ich auch hinzu: Dann darf man es nicht bei guten Vorsätzen bewenden lassen, sondern man muß auch danach handeln.

Die Geschäftslage ist jetzt so, daß wir das Kapitel II „Soziale Marktwirtschaft sichert Zukunft und Solidarität“ und das Kapitel III „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ noch nicht beraten haben. Morgen müssen wir unbedingt um 9 Uhr beginnen, weil die Termine das verlangen. Die wenigen, die nicht Mitglied des Deutschen Bundestages sind, will ich daran erinnern: Die Termine im Bundestag sind auf diesen Parteitag so abgestimmt, daß es wenigstens noch zwei Sitzungstage in dieser Woche gibt. Das heißt, morgen sind Sitzungen der Fraktion sowie der Fraktionsgremien. Die nächste Woche ist die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause. Ich brauche nicht zu sagen, was das für die Gesetzgebung bedeutet; ich brauche in diesem Zusammenhang nur das Stichwort Steuergesetzgebung zu nennen.

Wir sind morgen also gehalten, nicht vom Zeitplan abzuweichen. Gegen 13 Uhr muß aus all den Gründen Schluß sein, die ich genannt habe. Im übrigen haben sich die meisten Delegierten darauf eingerichtet.

Ich schlage vor – auch auf die Gefahr hin, daß das nicht jedermann gefällt –, daß wir als eine diskutierende Partei jetzt mit großer Konzentration das Kapitel II „Soziale Marktwirtschaft sichert Zukunft und Solidarität“ in Angriff nehmen.

(Zustimmung)

Wenn wir bei der Diskussion Wiederholungen vermeiden, wenn das Tagungspräsidium auch ganz entschlossen hinsichtlich der Redezeiten verfährt, dann muß es, glaube ich, möglich sein, die Beratung dieses Kapitels noch heute abzuschließen.

Ich stelle anheim, dann den Teil III nicht mehr zu beraten. Aber darüber braucht erst am Ende entschieden zu werden. Auf jeden Fall können wir die Tagesordnung morgen nicht ändern. Wir brauchen morgen die Zeit für die wichtigen Dinge, die die Partei betreffen. Bitte überlegen Sie das noch einmal. Das muß jetzt nicht sofort entschieden werden. Für den Fall Ihrer Zustimmung werde ich den „kleinen Parteitag“, d. h. den Bundesparteiausschuß, auf den 12. September 1988 einberufen, um die Schlußberatung des Teils III durchzuführen.

Ich will diesen Beschluß nicht jetzt herbeiführen. Ich will das einfach zu bedenken geben. Wir sollten jetzt sofort mit der Beratung des Teils II beginnen und sie konzentriert führen. Dann werden wir, glaube ich, sehr rasch ein gutes Stück vorankommen.

Im übrigen: Es gibt eine andere deutsche Volkspartei, die schon Parteitagdiskussionen bis lange nach 0 Uhr geführt hat. Auch die Christlich Demokratische Union hat unter meinem Vorsitz schon Debatten bis um 1 Uhr geführt. Wir kommen so oft nicht

zusammen. Und wenn diejenigen, die in den couloirs davon geredet haben, es werde zuwenig diskutiert, jetzt noch alle im Saal sind, dann sind wir sogar komplett.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Der Vorschlag des Bundesvorsitzenden läuft darauf hinaus, daß wir uns konzentrieren auf den Abschnitt II: „Soziale Marktwirtschaft sichert Zukunft und Solidarität“. Ich habe den Vorschlag des Bundesvorsitzenden auch so verstanden, daß wir jetzt nicht in eine große Generaldebatte eintreten – es liegen zwar 19 Wortmeldungen für eine Generaldebatte vor –, sondern gleich zur Beratung der Anträge selbst kommen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen. Wir werden also keine Generaldebatte führen, sondern gleich zur Beratung der Anträge selbst kommen.

Ich darf Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind, genauso wie bei Kapitel I eine Redezeitbegrenzung von drei Minuten vorzunehmen? Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit ist eine Redezeitbegrenzung von drei Minuten beschlossen worden.

Ich rufe Ziffer 24 des Antrages des Bundesvorstandes mit der vorangestellten Präambel auf. Dazu gehören die Anträge B 1 bis B 16 auf den Seiten 47 bis 49 der Broschüre. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich diejenigen, die dem Antrag der Antragskommission folgen wollen, um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 25 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 17, B 18 und B 41. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Möltgen, Landesverband NRW, vor.

Klaus Möltgen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben an diesem Tage, vor allem auch heute morgen in der Einführung durch den Generalsekretär, sehr viel über das gesprochen, was über das Materielle hinausgeht, was die geistige Grundlegung betrifft. Nur, in diesem Teil des Antrages, der sich mit der Sozialen Marktwirtschaft beschäftigt, finden wir eigentlich gar nichts davon.

Ich bin der Meinung, daß wir auch das beherzigen sollten, was Lothar Späth und Walter Wallmann gesagt haben, nämlich daß die Geisteswissenschaft eine wichtige Rolle spielt. Wenn nicht das wieder passieren soll, was bei der Bildungsreform eingetreten ist und was von einem Naturwissenschaftler, Herrn Picht, aufgezeigt worden ist, sollten wir am Schluß des Antrages B 17, in dem von der Vielfalt und Lebendigkeit des kulturellen Lebens die Rede ist, einen Zusatz dahingehend machen, daß die Geistes- und Kulturwissenschaften mit ihren bürgerlichen Inhalten Humanität, Partnerschaft und Familie zu verstärken sind.

Es kann nicht angehen, meine Damen und Herren, daß wir an den Hochschulen geisteswissenschaftliche Lehrstühle umwandeln in Informatiklehrstühle und daß wir die volkswirtschaftlichen Lehrstühle pausenlos umwandeln in betriebswirtschaftliche Lehrstühle. Es genügt nicht, wenn wir uns nur auf die Zukunftswissenschaften und auf die Technologie beschränken. Die Soziale Marktwirtschaft muß auch eine Sinnggebung erhalten.

Deswegen bitte ich die Antragskommission, der Aufnahme dieses Zusatzes zuzustimmen.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Matthias Wissmann.

Matthias Wissmann, Antragskommission: Meine Damen und Herren, wir haben keinen schriftlichen Antrag der Antragsteller vorliegen. Vom Verfahren her halte ich es aber durchaus für möglich, die Antragsteller zu bitten, die Idee zu Papier zu bringen. Diesen Punkt könnten wir dann am Ende der Beratung noch einmal aufrufen. Auf Grund eines schriftlichen Antrags könnten wir dann entscheiden. Ich meine, die Idee, die Herr Möltgen vorgetragen hat, hat ihre Berechtigung. Das muß bloß ordnungsgemäß eingebracht werden.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Die Antragskommission hat die Empfehlung ausgesprochen, die Beschlußfassung über Ziffer 25 bis zum Schluß der Beratung dieses Kapitels zurückzustellen.

Ich rufe Ziffer 26 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 19 bis B 26. Ich verweise auf die Seiten 50 und 51 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe Ziffer 27 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 24 bis B 27. Ich verweise auf Seite 51 der Antragsbroschüre.

Dr. Norbert Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme dem Antrag zu, weil er das zentrale Thema des Arbeitsmarktes – Flexibilität auch in der Arbeitszeit, Arbeitszeiten, die wieder stärker mit dem Lebensrhythmus verbunden sind, und damit auch ein Stück Humanisierungsschub – auslöst. Dem stimme ich ausdrücklich zu. Ich will nur klarstellen, daß der letzte Absatz dieses Antrages aus meiner Sicht verzichtbar ist, weil wir das gerade gemacht haben. Wir haben am 1. Mai 1985 das Vermittlungsmonopol für die Ausbildungsstellenvermittlung gelockert und am 1. Januar 1988 innerhalb der 8. Novelle für die Arbeitsvermittlung. Ich möchte also zu Protokoll geben, daß aus meiner Sicht für den letzten Absatz kein Handlungsbedarf vorliegt.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Herr Wissmann.

Matthias Wissmann, Antragskommission: Der Bundesvorstand, Herr Kollege Blüm, und die Antragskommission waren der Auffassung, daß wir die Bestrebungen, durch mehr Wettbewerb frischen Wind in die Arbeitsverwaltung zu bringen, unterstützen sollten.

(Beifall)

Wir wissen ja, daß die Arbeitsverwaltung bei allem Engagement nicht gerade zu den effizientesten unserer Verwaltungen gehört und daß mehr Wettbewerb dringend notwendig ist. Meine Damen und Herren, wir wissen ja, daß die Arbeitsverwaltung in der Vergangenheit häufiger nichtgewerbsmäßige Initiativen behindert hat. Wir wollen,

daß in Zukunft nichtgewerbsmäßige, aber auch andere Initiativen, durch den Willen der CDU unterstützt, die Chance haben, sich im Wettbewerb mit der Arbeitsverwaltung zu behaupten.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Das Wort hat nochmals Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Wenn Sie die Praxis verbessern wollen, dann müssen Sie sich nicht an den Gesetzgeber wenden, sondern an die Selbstverwaltung, in der bekanntlich die Tarifpartner sitzen. Sollten Sie allerdings damit gemeint haben, private gewerbliche Agenturen im Wettbewerb mit der Bundesanstalt zur entgeltlichen Vermittlung zuzulassen, so würde das in Widerspruch zu einem internationalen Abkommen stehen, das wir geschlossen haben und das ich nicht bereit bin zu brechen. Keine gewerbliche entgeltliche Vermittlung in Konkurrenz zur Bundesanstalt! Ich sage Ihnen auch voraus: dann würde die Bundesanstalt nur noch die schlechten Risiken vermitteln, und die besseren Risiken würden dann dem Konkurrenzdenken von Geschäftemachern überlassen. Das lehne ich ab. Sollten Sie das gemeint haben, werde ich diesen Antrag ablehnen.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Ich habe zwei weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Ministerpräsident Späth, anschließend Herr Hauser.

Lothar Späth: Lieber Norbert Blüm, ich bin nicht dafür, daß wir eine gewerbliche Vermittlung ins Auge fassen. Aber ich meine sehr wohl, daß es zum Problem wird, wenn beispielsweise der Ministerpräsident eines Landes sagt: Ich mache das nicht mehr länger mit, daß mir montags die Massenarbeitslosigkeit serviert wird, dienstags die Handwerksmeister kommen und sagen: wir kriegen keine Lehrlinge, mittwochs der Ministerpräsident und seine Regierung für beide Vorgänge von der Öffentlichkeit beschimpft werden und sich donnerstags alle zurücklehnen und sagen: das ist wirklich ein großes Problem.

(Heiterkeit und Beifall)

Freitags gehen sie dann alle zum Parteitag und beschließen: der Sache muß abgeholfen werden, aber ohne jede Veränderung der bestehenden Strukturen.

(Zuruf)

– Sonntags machen wir Pause, denn da müssen wir Wahlen gewinnen.

(Heiterkeit)

Aber ich will das noch einmal in aller Ernsthaftigkeit sagen. Die Diskussion entsteht doch durch folgendes. Beispielsweise gehe ich jetzt daran und sage zu meinen Mitarbeitern: wir gehen mal durch alle Regionen. Es kann doch nicht wahr sein, daß wir Tausende von arbeitslosen Jugendlichen haben, und ich kriege die nicht zu Gesicht. Ich will die jetzt einfach mal sehen. Und zwar will ich die zusammen mit den Handwerksmeistern sehen, die die Stellen konkret anbieten, die die angeblich nicht kriegen. Also irgend etwas stimmt nicht. Entweder sind die Stellen nicht da, und die behaupten das nur. Da die das aber mir gegenüber behaupten, nehme ich die jetzt mit. Dann muß es doch die arbeitslosen Jugendlichen geben, und wenn es die gibt, will ich die sehen. Dann kann nicht das Arbeitsamt sagen: du kannst mir einen Brief schreiben – ohne Absender –, den reiche ich unauffällig weiter, wenn die Post funktioniert. Dann

gibt es vielleicht eine Vermittlung, weil die sich begegnen, wobei die sich möglichst bei der Begegnung nicht sehen dürfen, damit der Datenschutz und die Anonymität gewahrt sind.

(Heiterkeit)

Also da will ich mal reinlangen und wissen, was los ist.

(Beifall)

Ich verspreche: ich nehme kein Honorar, und alle, die da mitmachen, wollen kein Honorar. Aber ich will nicht, daß mir am Schluß die Arbeitsvermittlung sagt: auf Grund der Gesetze, die du verabschiedet hast, können wir dir leider bei deinem Anliegen nicht helfen. Deshalb muß das so bleiben.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstem erteile ich Herrn Hauser das Wort. Ich verweise darauf, daß wir vorhin eine Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten vereinbart haben.

Hansheinz Hauser: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident Späth hat hier schon wichtige Dinge vorgetragen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es hier gar nicht darum geht, gewerbsmäßige Arbeitsvermittlung zu garantieren. Es steht ja ausdrücklich hier drin: „die nicht gewerbsmäßig arbeiten“.

Ich bin Handwerksmeister, und ich weiß, was es bedeutet, in einem Gebiet mit einer Arbeitslosigkeit von 13 % nicht einen Spezialisten in einem ganz besonderen Beruf zu bekommen, sondern einen simplen Bäckergesellen für meinen Betrieb. Da brauche ich vier, fünf Wochen, bis das Arbeitsamt in der Lage ist, mir einen zu benennen. Einen Meister kann ich schon gar nicht über das Arbeitsamt bekommen.

Ich bin der Meinung, es wird höchste Zeit, daß die Monopolstellung des Arbeitsamtes aufgelockert wird und wir denjenigen die Möglichkeit geben, die bereit wären, auf freiwilliger Basis solche Dinge zu machen. Wir haben zum Beispiel in Krefeld in der CDU, Norbert Blüm, den Theo Ranz, der als früherer Betriebsrat freiwillig in einem Beratungsbüro der CDU solche Vermittlungen vornimmt. Wir können ihm aber nicht zumuten, daß er immer mit einem Bein vor dem Kadi steht, weil er gegen das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt verstößt. Darum muß dieser letzte Absatz stehenbleiben.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Scharrenbroich das Wort.

Heribert Scharrenbroich: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielleicht können wir uns alle etwas beruhigen. Es geht hier nicht darum, daß wir jetzt wieder etwas Neues verlangen, vielleicht, um uns selber zu befriedigen, was wir gerade in der 8. AFG-Novelle beschlossen haben. Ich habe viel Verständnis dafür, daß manch einer sich über ein Arbeitsamt ärgert. Ich möchte Sie aber auch bitten, Herr Wissmann, etwas zu differenzieren. In jeder Behörde gibt es Arbeitnehmer, die fleißig und intelligent sind, und andere, die weniger gut sind. Das ist doch keine Spezialität des Arbeitsamtes. Ich erinnere auch daran, wie viele Aufgaben wir permanent durch immer neue Novellen – etwa jetzt wieder durch die 8. Novelle – des Arbeitsförderungsgesetzes den Mitarbeitern auflasten.

Ich mache folgenden Vorschlag. Es spricht nicht gerade von unserer Fachkunde, wenn wir jetzt wieder etwas fordern, was bereits erlaubt ist und auch praktiziert wird. Deswegen unterstütze ich den Vorschlag von Norbert Blüm, auf diesen letzten Absatz zu verzichten, um uns nicht zu blamieren. – Danke schön.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hält Senator Pieroth das Wort

Elmar Pieroth: Liebe Freunde, jeden Monat zelebrieren wir in Nürnberg die große Zahl der Arbeitslosen, und jeden Tag erleben wir in Betrieben und hören von Betriebsräten, daß es so schwer ist, Arbeitskräfte zu finden. Das paßt doch nicht mehr zusammen. Wir müssen jetzt einmal mit Tabus brechen und nicht so tun, als wäre die Welt noch so einfach, wie sie früher war.

(Beifall)

Wir haben kompliziertere Berufe, komplexere Zusammenhänge in der Wirtschaft. Da sollten wir auch neue Wege gehen. Norbert, das ist doch auch sonst immer dein Wollen, neue Wege zu gehen, wie wir Menschen, die Arbeit suchen, mit Arbeit zusammenbringen. Das darf uns doch jetzt keine Schwierigkeiten machen.

Und wenn sich da private Entwicklungen ergeben – warum denn nicht! Ist es denn schlimm, wenn Private helfen, daß Menschen in Arbeit kommen? Ich meine, es ist besser, durch private Initiativen schnell in Arbeit zu kommen, als behördlich betreut, länger arbeitslos zu bleiben. Deshalb bin ich für die Fassung der Antragskommission.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Meine Freunde, ich habe gegenwärtig noch vier Wortmeldungen. Können wir uns darauf verständigen, daß damit Schluß der Rednerliste ist? – Gut, Herr Ministerpräsident Späth kommt noch hinzu.

Herr Blüm, bitte!

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte uns vor einem bewahren, vor einer alten deutschen Krankheit, nämlich zu meinen, man müßte nur pausenlos Gesetze verändern, und dann wäre auch die Welt verändert.

Das, was Sie fordern, haben wir vor wenigen Monaten in Kraft gesetzt. Wenn Sie damit nicht zufrieden sind, müssen Sie der Bundesanstalt Dampf machen, daß sie aus den gesetzlichen Möglichkeit Wirklichkeiten macht. Aber mit einem neuen Paragraphen ist die Welt nicht verändert. Sie können nach der 8. Novelle eine 9., 10. und noch fünfzehn weitere anfügen, ohne daß auch nur ein Iota verändert würde. Das, was Sie in diesem Antrag fordern, haben wir gemacht.

Ich kann diesem Antrag zustimmen. Der Schwerpunkt dieses Antrag ist Flexibilität. Ich habe mich nur gegen die Interpretation der Antragskommission gewandt. Wenn die mit den Texten in Übereinstimmung kommt, dann kann ich ihm zustimmen. Herr Wissmann hat nämlich den Eindruck erweckt, als wollten wir mit der Lockerung die gewerbsmäßige Vermittlung zulassen. Sollte das gemeint sein, dann lehne ich den Antrag ab. Machen wir uns da nichts vor. Die gewerbsmäßige Vermittlung lehne ich ab. Sie ist im übrigen nicht Inhalt dieses Antrags.

Sie haben mich auf den Vorstand hingewiesen. Der Vorstand hat gesagt: „die nicht gewerbsmäßig arbeiten“. Nur damit wir anschließend keinen Hudel bekommen und jeder eine andere Interpretation hat: Die Interpretation von Herrn Wissmann ist die

nichtamtliche. Sie steht nicht im Text. Wenn der Herr Wissmann seine Interpretation korrigiert und mit dem Text in Übereinstimmung bringt, dann kann ich dem Antrag zustimmen. Gewerbsmäßige Vermittlung: nicht mit mir.

(Vereinzelt Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstem erteile ich das Wort Herrn Pinger.

Dr. Winfried Pinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf den Antrag der Bundeskommission. Darin heißt es: „Besonders private Initiativen . . . sind zuzulassen.“ Also die Privaten besonders, aber dann eben auch andere, dann auch gewerbsmäßige: Das entspricht dem Wortlaut und dem Sinn dieses Antrags.

Ich möchte aber weitergehen und den Antrag der Mittelstandsvereinigung B 25 befürworten. Ich meine, wir müssen von dem Tabu weg, daß Arbeitsvermittlung grundsätzlich nur nicht gewerbsmäßig erfolgen sollte. Es wird keiner den Bundesarbeitsminister auffordern, gegen internationale Bestimmungen oder Abkommen zu verstoßen. Aber das sind schließlich Abkommen, die auch einmal zur Disposition stehen können. Wir müssen mit dem Tabu brechen, daß eine wichtige, wertvolle, auch im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeit nur unentgeltlich besorgt werden dürfte, weil sonst die Gefahr eines Mißbrauchs oder eines Fehlverhaltens da ist.

Meine Damen und Herren, wenn die wichtigste Tätigkeit für einen Menschen durchgeführt werden soll, etwa daß sich jemand um seine Gesundheit kümmert, dann geschieht das gegen Entgelt. Wir sagen: Honorar. Wenn andere ganz wichtige Tätigkeiten durchgeführt werden, dann eben auch gegen Entgelt. Warum soll eine Tätigkeit der Arbeitsvermittlung gegen Entgelt etwas sein, was von vornherein von Übel ist? Ich meine, daß wir über diese Dinge diskutieren sollten. Wenn die Bundesanstalt für Arbeit und wenn die Arbeitsämter so überlastet sind, daß sie zu einer intensiven Vermittlungstätigkeit nicht kommen, dann sollten auch gewerbsmäßig tätige Unternehmer zugelassen werden, deren Bedingungen man natürlich gesetzlich festlegen sollte. Insofern plädiere ich für den Antrag B 25.

Danke schön.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstem erteile ich das Wort Herrn Köppinger.

Dr. Peter Köppinger: Liebe Parteifreunde, wenn dieser Antrag so, wie er in der Fassung des Bundesvorstands steht, als ein Signal gedacht ist, darauf hinzuweisen, daß da, wo es Möglichkeiten der Ergänzung durch nicht gewerbsmäßige private Initiativen gibt, um die Vermittlung zu erleichtern und zu verbessern, wenn er als Signal gedacht ist, um das zu betonen, was rechtlich schon möglich ist, dann ist das sicher eine Sache, über die man streiten kann, wo es aber keinen Grund gibt, das unbedingt abzulehnen, auch wenn wir das schon jetzt machen können.

Norbert Blüm hat gesagt, er kann zustimmen, wenn damit ausschließlich private Initiativen gemeint sind, die nicht gewerbsmäßig arbeiten. Hansheinz Hauser hat gesagt: Wir fordern keine entgeltlich arbeitenden gewerbsmäßigen Vermittlungsinitiativen. Deshalb stelle ich, weil ich eine Übereinstimmung in der Sache sehe, den Antrag, daß der Text so verändert wird, daß im zweiten Absatz lediglich das Wort „besonders“ gestrichen wird.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstem erteile ich das Wort Herrn Stritzl aus Schleswig-Holstein.

Thomas Stritzl: Ich gehöre nicht der Mittelstandsvereinigung an. Aber ich möchte doch meine Sympathie für diesen Antrag ausdrücken.

(Zuruf: Bravo!)

Denn ich verstehe nicht, daß wir nicht in der Lage sein sollen, in unserem hochentwickelten Rechtsstaat – wir haben heute eine Menge über Recht, Rechtsstaat, Sozialstaatlichkeit und Verpflichtung gehört – die Möglichkeit einer gewerblichen Form der Arbeitsvermittlung zu entwickeln, die auch unserem Rechtsempfinden entspricht.

(Vereinzelt Beifall)

Tun wir doch nicht so, als seien wir heute nicht in der Lage, durch unsere Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit den möglichen Fehlentwicklungen – die kann ich mir vorstellen – entgegenzuwirken. Wir tun immer so, als wären wir in unserer Rechtsentwicklung vor vierzig Jahren stehengeblieben.

Wenn es darum geht, jungen Menschen Arbeit zu geben, das heißt Arbeitsplatz und Arbeitsplatzsuchende zueinander zu führen, dann sind doch wir, die wir sonst überall für freie Marktwirtschaft, wo auch immer, eintreten, gefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und nicht Tabuzonen zu errichten.

Ich will ein ganz einfaches Beispiel nennen. Mir hat neulich ein Zahnarzt eine sehr schöne Geschichte erzählt. Er hat eine Zahnarzttechnikerin einstellen wollen. Er geht zum Arbeitsamt. Ein halbes Jahr lang passiert gar nichts. Dann setzt er eine Anzeige in die Zeitung. Bereits nach drei Wochen mußte er einer jungen Dame mit der Begründung absagen: Tut mir leid; Sie sind mittlerweile die 52., die sich bei mir beworben hat.

Wenn das System, das wir heute haben, nicht so effektiv ist, daß derjenige, der Arbeit sucht, auch Arbeit findet, dann müssen wir bitte schön unbequeme Wege gehn. Deswegen bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächster erhält Ministerpräsident Späth das Wort.

Lothar Späth: Meine Freunde! Ich glaube, daß es schon wichtig ist, daß wir zu diesem Punkt eine klare Auffassung äußern. Ich will nicht internationale Abkommen verletzen, lieber Norbert Blüm. Bei mir steht auch nicht irgendeine gewerbliche Tätigkeit im Vordergrund. Aber etwas muß klar sein: Wir werden jetzt das große Problem der Jugendarbeitslosigkeit gehen müssen.

Ich halte es z. B. für unerträglich, wenn ich in einem Land wie Baden-Württemberg – ich rede jetzt nicht vom Emsland oder vom Ruhrgebiet – eine Situation habe, bei der ich langsam beobachte, daß etwa dreimal so viele offene Stellen angeboten werden wie Bewerber da sind – ich spreche jetzt nicht mehr nur von Lehrlingen –, und wo die gewerbliche Wirtschaft genau weiß, daß sie von den kleinen Jahrgängen nicht einmal mehr genügend Lehrlinge kriegt. Sie überlegt jetzt sogar, ob sie die Leute nicht unterhalb des Niveaus eines Lehrlings qualifizieren kann, z. B. zum Fachhelfer.

Ich suche jetzt die jungen Leute und kriege dauernd eine Statistik, ich hätte soundso viele jugendliche Arbeitslose. In jeder politischen Debatte über Arbeitslosigkeit haut mir die Opposition um die Ohren: In Ihrem reichen Land sind angeblich soundso viele Arbeitslose, und Sie tun nichts. Nichts tut ihr Politiker.

Jetzt zeigt sich aber beispielsweise an einem praktischen Fall, wo wir jetzt anfangen, daß mir Facharbeiter aus dem Sozialbereich sagen: Du erreichst diese Arbeitslosen gar nicht mehr auf dem normalen Weg. Du mußt in die Jugendhäuser. Du mußt die Leute in bestimmten sozial problematischen Gebieten suchen, weil die Briefe gar nicht annehmen. Das heißt, ich erreiche diese Leute durch das Arbeitsamt und auf dem Postweg nicht.

Jetzt stelle ich mir im Moment die Vermittlungsstruktur der Arbeitsverwaltung vor und frage mich, wie ich an die Gruppe herankomme, bei der ich wahrscheinlich eines Tages feststellen muß – das ist unsere Diskussion über Arbeitslosenstatistik –, daß es einen bestimmten Prozentsatz von jungen Menschen gibt, die gar nicht vermittelbar sind, weil sie dem Arbeitsmarkt ohne Vorbereitung nicht zur Verfügung stehen.

Wenn das so ist, will ich es genau wissen. Dann will ich mich mit dieser Frage unter anderen Aspekten befassen. Dann will ich mich um diese Jugendlichen kümmern. Aber dann will ich die nicht in der Statistik als Arbeitsuchende haben, damit jeder glaubt, die stehen vor dem Werktor und kommen nicht hinein, und hinter dem Werktor steht einer und sagt, er sollte einen haben, aber der ist noch nicht vorbeigekommen.

Jetzt muß ich alle möglichen Instanzen der Sozialpolitik einschalten. Jetzt will ich nicht ewig die Streiterei, ob ich das darf oder nicht oder wer das Monopol hat. Ich lasse viel mit mir diskutieren, was mit den 55- oder 56jährigen geschehen sollte. Wir werden große Probleme haben, weil wir die zum Teil nicht mehr vermitteln können.

Ich kann es auch verantworten, so jemanden in einer Übergangszeit in den Ruhestand zu schicken. Aber wenn wir aber anfangen, schon bei den 19jährigen und 20jährigen zu resignieren, und wenn ein solcher zum Schluß zu mir kommt und mir sagt, sein Psychiater habe ihm gesagt, für ihn sei Arbeit überhaupt nichts und er fange am besten überhaupt nicht an, muß ich sagen, daß wir dann eine politische Diskussion bekommen, die uns noch viel Schwierigkeiten machen wird.

Ich will, daß alle Elemente eingeschaltet werden können und die normale Arbeitsvermittlung vor allem dort ergänzen können, wo es um Problemfälle geht. Diese haben wir bei der Jugendarbeitslosigkeit zunehmend. Deshalb will ich die Öffnung für alle Gruppen, die mitwirken können, damit wir junge Leute zur Arbeit bekommen, nicht nur, weil ich etwas gegen Gammeln habe, sondern auch deshalb, weil wir diesen jungen Leuten überhaupt keinen Gefallen tun, wenn wir nicht alle Anstrengungen unternehmen, um diese zu einer vernünftigen Zeit zur Arbeit zu kriegen. Wenn diese nämlich vier Jahre an der Arbeit vorbeimarschiert sind, bekommt sie keiner von uns mehr zur Arbeit.

Deshalb bin ich der Meinung, daß das eine ganz wichtige Seite ist. So verstanden, sollten wir den Antrag der Antragskommission annehmen.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstes erteile ich Herrn Gehring vom Landesverband Saar das Wort.

Willi Gehring: Die Formulierung der Antragskommission hätte mich nicht vom Stuhl gerissen, wenn nicht der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion hier so ganz salopp gesagt hätte, daß die 70 000 Beschäftigten der Arbeitsämter nicht in der Lage seien, das Problem zu bewältigen.

Die Arbeitsämter können jedoch nur das vermitteln, was an Ausbildungsstellen da ist. Wenn man sich das Verhältnis der offenen Stellen zu den Arbeitssuchenden ansieht, dann ist doch offensichtlich, daß bei aller Konzentration der Arbeitsämter das Problem nicht damit zu lösen ist, daß man nun die Arbeitsämter verantwortlich macht; sie seien erfolglos; man mache es jetzt gewerblich.

Die Redezeit ist begrenzt. Ich mache es ganz kurz und bringe einmal ein paar Beispiele. Wer gewerblich etwas vertreibt, in diesem Falle Arbeitslose – das ist der Eindruck, der bei mir entstanden ist –, der will damit Geld verdienen; sonst ist es nicht gewerblich. Das andere hat das AFG schon immer zugelassen. Jeder Landtagsabgeordnete, jeder Bundestagsabgeordnete und jeder Ortsvorsitzende der CDU ist bisher immer ein Lehrstellen- und Arbeitsplatzvermittler gewesen.

Aber wenn jetzt das Gewerbliche hinzukommt, dann denke ich an das Immobiliengeschäft. Dann verkaufen und verdienen die am meisten, die die beste Ware haben. Ich möchte nicht haben, daß Arbeitslose zu einer Ware degradiert werden und daß ihnen nur derjenige hilft, der die beste Ware anzubieten hat, während beim Arbeitsamt die Langzeitarbeitslosen zurückbleiben. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

(Beifall)

Wenn die Unternehmer gewerblich etwas tun wollen, dann sollen sie die Zeitungswirtschaft und die Medien unterstützen und sollen mehr Anzeigen aufgeben. Ich weiß nämlich, wie viele Leute, junge und alte, auf Anzeigen reagieren. Ich habe schon oft von Arbeitnehmern gehört, wie viele Bewerbungen sie auf Anzeigen hin geschrieben haben. Ich habe schon von Unternehmern gehört, daß sie, wenn sie eine Anzeige aufgegeben haben, 100 oder 200 Bewerbungen bekommen haben. Wenn die Unternehmer gewerblich etwas tun wollen, dann bitte in der Zeitung. Da können sie bezahlen, und die Arbeitslosen können sich bewerben und können sich melden.

Das hier ist kein Weg, obwohl ich meine, daß man mit dem Antrag der Antragskommission eigentlich hätte leben können. Aber mit dem, was hier interpretiert worden ist, kann man jedenfalls nicht leben; ich pflichte hier Norbert Blüm bei.

Rudolf Friedrichs, Tagungspräsidium: Als nächster erhält Herr Schreiber vom Landesverband Saar das Wort.

Werner Schreiber: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir scheinen hier mittlerweile an einem zentralen Punkt angekommen zu sein, nachdem das, was die Antragskommission vorgeschlagen hat – und das hat Norbert Blüm ausdrücklich bestätigt – durchaus akzeptierbar gewesen wäre.

Ich möchte vielleicht einmal den Versuch machen, die Diskussion auf das zurückzuführen, was notwendig und was richtig ist. Ich stelle zunächst einmal fest, daß die

Bundesanstalt für Arbeit Jahr für Jahr 2 Millionen Vermittlungen durchführt, und zwar von 2,8 Millionen insgesamt. Ich denke, allein diese Zahl zeigt schon auf, daß die Bundesanstalt für Arbeit durchaus im Rahmen der Möglichkeiten – natürlich mit all den Pannen, die jeder von uns kennt – ihrer Verpflichtung nachkommt.

Nun möchte ich eines sagen: Ich habe noch im Gedächtnis, daß vor ungefähr zwei Jahren – ich glaube, Herr Bundesvorsitzender, es war beim Bundesausschuß – die Diskussion unter anderem durch die Junge Union darüber aufgekommen ist: Wie sieht es denn eigentlich aus, wenn wir als Junge Union oder z. B. als Kreisverband vermitteln und wir dann bestraft werden, weil wir sozusagen gegen das Gesetz verstoßen? Genau das hat die achte Novelle verändert. Das heißt, all diese Vermittlungen, die auf der privaten Ebene geschehen, z. B. durch die Junge Union, durch die Kreisverbände, durch die Bundestagsabgeordneten etc., sind durch die achte Novelle abgedeckt. Also geht es doch nur noch um die gewerbliche Vermittlung.

Hier – so muß ich allerdings sagen – ist für mich ein Punkt erreicht, an dem ich persönlich nicht mehr mitgehen kann. Das ist eben auch von dem Kollegen Gehring sehr deutlich angesprochen worden.

Soll es denn in Zukunft so sein, daß derjenige, der etwas mehr Geld in der Tasche hat, vermittelt wird und daß der andere, der weniger Geld in der Tasche hat, nicht die Möglichkeit hat, vermittelt zu werden? Deshalb bitte ich ganz herzlich darum, das zur Kenntnis zu nehmen, was Norbert Blüm gesagt hat. Die achte Novelle gibt die Möglichkeit, im privaten Bereich Vermittlungen vorzunehmen. Aber gleichzeitig ist im Protokoll festzuhalten, daß damit eben nicht gewerbliche Vermittlungen gemeint sind.

(Beifall – Zuruf: Das steht im Antrag!)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstes erteile ich Herrn Senator Pieroth das Wort.

Elmar Pieroth: Was haben wir es doch schwer, liebe Freunde, einmal ganz vorsichtig zu versuchen, neue Wege zu gehen und neue Probleme zu lösen! Sind wir denn so in Strukturen festgefahren, daß wir uns überhaupt nicht mehr entwickeln? Achte Novelle hin, achte Novelle her: Wir haben über 2 Millionen Arbeitslose. Hier wird der Versuch gemacht, schneller zu vermitteln, damit die Menschen in Arbeit kommen.

Da gibt es doch keine Schuldzuweisungen. Die Arbeitsämter und die Bediensteten in den Arbeitsämtern sind doch nicht dafür verantwortlich. Nur, der Strukturwandel in der Wirtschaft ist viel schneller geworden, und er muß noch viel schneller werden, wenn wir erfolgreich sein wollen.

Nicht die neue Technik bedroht die Arbeitsplätze, sondern die alte Technik. Wir können uns nicht schnell genug auf die Qualifizierung für neue Berufe einstellen. Der schnelle Strukturwandel erfordert viel mehr Arbeit durch die Arbeitsämter, um die richtigen Berufe in einer komplexen Welt zu finden und Stellen zu besetzen.

Wir stellen doch fest, Herr Bundesarbeitsminister, daß wir seit Jahren eine zwar nur langsame, aber doch kontinuierliche Zunahme der Zahl der offenen Stellen haben, obwohl wir zunehmende Arbeitslosenzahl haben. Da müssen wir doch die Arbeitsämter entlasten. Ich meine, aus den Beratungen des Bundesvorstandes noch ganz klar in Erinnerung zu haben, daß das Wort „besonders“ nicht zufällig dort steht. Das

Wort „besonders“ soll ausdrücken, daß vornehmlich nicht gewerbsmäßig vermittelt wird, daß sich aber neue Formen entwickeln sollen, natürlich im Auftrag der Bundesanstalt und nicht völlig losgelöst. Vorsichtig und langsam neue Wege zu finden, das bringt uns weiter, und das bringt Menschen in Arbeit. Deshalb plädiere ich für den Antrag des Bundesvorstandes.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Senator Fink das Wort. Ihm folgt als letzte Wortmeldung Herr Doss.

Ulf Fink: Die Diskussion bzw. das Zustandekommen dieses Antrages des Bundesvorstandes kann ich unterstreichen. Ich weiß noch genau, wie Elmar Pieroth und ich uns auf diese Formulierung verständigt haben. Es war im Rahmen der Sitzung des Bundesvorstandes. Ich weiß auch genau, daß wir dabei zwei Überlegungen hatten.

Die eine Überlegung war ganz klar. Wir wollten etwa nicht zulassen, daß jeder gewerbsmäßig oder aus anderen Überlegungen heraus Arbeit vermitteln kann, weil wir wissen, daß es dann große Probleme geben würde, sprich: daß bei hoher Arbeitslosigkeit die Gefahr bestehen könnte, daß nur derjenige einen Arbeitsplatz bekommt, der eben bereit wäre, dafür auch entsprechend hohe Abstandssummen zu bezahlen. Das wollten wir nicht. Das hat auch Elmar Pieroth noch einmal nachdrücklich unterstrichen.

Wir hatten ein Zweites gesagt: Wir wollen uns darauf konzentrieren, daß die nicht gewerbsmäßigen Formen unterstützt werden. Dieser Gesichtspunkt stand ganz im Vordergrund unserer Überlegung. Das ist jetzt ja auch noch einmal gesagt worden.

Mit dieser Interpretation – so hatten wir uns auch im Bundesvorstand verständigt – können wir dem Votum der Antragskommission folgen, und ich empfehle Ihnen allen, diesem Votum auch so Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Bundeskanzler Kohl zu uns.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, das ist natürlich eine wichtige Frage, aber ich sehe eigentlich nicht ein, warum wir uns darüber streiten sollten.

(Zustimmung)

Ich glaube nämlich nicht, daß wir in der Sache auseinander sind. Nur weil das eine Aufgabe ist, mit der wir auf Regierungsebene zu tun haben, will ich ein paar Worte dazu sagen. Ich hoffe, daß wir dann abstimmen können.

Ich bin dafür, daß wir den Antrag im Sinne des Bundesvorstandes annehmen, aber mit der ganz klaren Interpretation, daß wir keine „gewerbliche Öffnung“ – so will ich es einmal sagen – durchführen wollen.

(Beifall)

Wenn wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen – und das wollen wir doch –, müssen wir jede Möglichkeit ausschöpfen. Haben Sie doch jetzt bitte das Vertrauen, daß wir hier nichts Unvernünftiges machen wollen. Ich bin für Deregulierung, aber wir wollen nicht die Situation eintreten lassen, daß wir plötzlich überall private Vermittler haben. Dann tritt das ein, was der Kollege von der Saar gesagt hat. Nur: das Monopol kann

nicht so aussehen, daß es den Arbeitsmarkt erstickt. Das ist das Gegenbeispiel. Bitte stimmen Sie zu, und dann brauchen wir das doch nicht weiter zu debattieren.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Die letzte Wortmeldung, Herr Doss, bitte.

(Zurufe: Abstimmen!)

Hansjürgen Doss: Ich finde das vom Verfahren her nicht so glücklich! Ich wollte mich hier auch für diese Formulierung aussprechen und möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Frau Noelle-Neumann hat einmal eine Untersuchung gemacht; danach sind in der Arbeitslosenstatistik 69 % Leute, die nie ein Angebot von der Vermittlungsstelle der Bundesanstalt für Arbeit bekommen haben. Ich bin also schon der Meinung, daß das, was hier steht, ein sensibler Schritt in der richtigen Form ist. Wir müssen ja nicht alles schwarz oder weiß machen. Ich bin mit Nachdruck für diese Formulierung. Das ist ein erster Schritt; wir können dann Erfahrungen gewinnen und das weiter vorantreiben.

Ich glaube, unser gemeinsames Ziel muß es sein, Menschen in Arbeit zu bringen, und es muß jeder Weg genutzt werden, der uns dabei hilft

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Nun hat für die Antragskommission Herr Wissmann das Wort, der mehrfach angesprochen worden ist.

Matthias Wissmann, Antragskommission: Ja, ich bin mehrfach angesprochen worden, und ich will kurz antworten.

Liebe Parteifreunde, keiner hat hier gesagt, daß die Arbeitsverwaltung als Ganze nicht funktioniert. Aber es gibt wie in jeder Verwaltung auch in der Arbeitsverwaltung höchst unterschiedliche Beispiele, Beispiele vorbildlichen Engagements, aber auch erhebliche Probleme, von denen wir alle, lieber Freund Gehring, doch gemeinsam wissen.

Ich will zwei Beispiele nennen. Da gibt es das Beispiel eines Arbeitsamtsbezirks, in dem durch das vorbildliche Engagement die Vermittlung um 10 % steigt, und da gibt es das andere Arbeitsamt, das eine private Initiative zu unterbinden versucht. Wir wollen, daß überall die Bereitschaft zur Vermittlung steigt. Das ist der Ansatz der Antragskommission, und daher bitte ich Sie, dies zu unterstützen.

(Zustimmung)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 27. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 28 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 28 bis 32. Sie sind auf den Seiten 51 und 52 der Antragsbroschüre enthalten.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Auch die Antragskommission wünscht nicht das Wort. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 29 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 33 bis 36.

Es liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Doppmeier, Landesverband Nordrhein-Westfalen. – Ist Herr Doppmeier nicht im Saal? Dann kommen wir zur

Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 30 des Antrages des Bundesvorstandes mit den Anträgen B 37 und B 38 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 37 anzunehmen und den Antrag B 38 bei der Ziffer 89 zu behandeln. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte!

Peter Jungen, Antragskommission: Meine Damen und Herren, da keine Wortmeldung vorliegt, nur ein Satz an die Adresse von Nordrhein-Westfalen: Wir haben den Antrag B 38 auf einen späteren Punkt verschoben, so daß er dort behandelt wird. Ich möchte darum bitten, daß Nordrhein-Westfalen diesem Antrag auf Verschiebung zustimmt.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 31 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 39 bis B 43, B 47 und B 53. Es liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Dr. Noack, Landesverband Hannover.

(Dr. Harald Noack: Das bezieht sich auf Ziffer 32!)

– Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe die Ziffer 32 auf. Das Wort hierzu hat nun Herr Dr. Noack.

Dr. Harald Noack: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich vertrete den Antrag B 53 des Kreisverbandes Göttingen. Wenn Sie sich die Vorlage ansehen, werden Sie feststellen, daß die Antragskommission hier eine Empfehlung nicht ausgesprochen hat. Nun könnte ich natürlich sagen: Damit ist der Antrag angenommen. Ich gehe aber davon aus, daß die Antragskommission diesen Antrag im Zusammenhang mit der Ziffer 32 als erledigt ansieht.

Wir haben dafür plädiert, daß nachteilige Standortbedingungen in Problembereichen wie dem Zonenrandgebiet durch Nachteilsausgleich überwunden werden müssen. Die Antragskommission hat das generell formuliert. Wir nehmen das so hin, gehen aber davon aus, daß die Antragskommission auch diese unsere spezielle Zielsetzung mit aufgenommen hat, und weisen auf eines hin:

Meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet ist nicht nur Strukturförderung, sondern auch ein Stück Deutschlandpolitik.

(Zustimmung)

Es kommt darauf an, die wirtschaftliche Entwicklung im Zonenrandgebiet nicht im Stadium eines Einmottens zu halten. Wir müssen hier lebendiges Wirtschaften fördern, wir müssen dieses Gebiet zu einem Aushängeschild machen, damit wir diese deutschlandpolitische Zielsetzung, über die wir ja gestern gesprochen haben, auch untermauern können. – Vielen Dank.

(Zustimmung)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschluß-

empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? Bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe die Ziffer 33 auf. Hierzu liegen Wortmeldungen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 34 des Antrages auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe Ziffer 35 mit den dazugehörigen Anträgen auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor. Herr Scharrenbroich, Sie haben das Wort.

Heribert Scharrenbroich: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Um diesen Antrag gab es eine lange Diskussion. Ich muß sagen, die wichtigste Korrektur ist erfüllt durch die Anfügung des letzten Satzes, ausgedruckt auf Seite 58 rechts. Trotzdem möchte ich mir doch erlauben, noch einige Anmerkungen, vielleicht auch ganz kurze Verbesserungsvorschläge zu machen:

Erstens. Es spricht nicht von unserer Fachkunde, wenn man von „der Zahl“ im Singular spricht. Ich habe Ihnen das einmal mitgebracht, damit der Laie, der so viel darüber redet und so wenig davon kennt, das einmal sehen kann: Das ist „die Zahl“ der Bundesanstalt für Arbeit. Die erste Seite bekommt jeder Journalist. Wir haben allerdings das Problem, das wir den Journalisten nicht vorschreiben können, was sie alles zu publizieren haben, und ich meine, dabei sollte es wirklich bleiben: Ich würde der Antragskommission, damit es ein bißchen besser aussieht, empfehlen, daß wir im Plural von „die Zahlen“ sprechen.

Der zweite Punkt, den ich anmerken möchte, ist folgender. Man kann natürlich viel Differenzierung verlangen. Neben diesen monatlichen Bündeln von Zahlen gibt es jedes Jahr eine Strukturanalyse. Ich möchte Ihnen das Betriebsgeheimnis verraten, warum diese Strukturanalyse nicht jeden Monat veröffentlicht wird, weil das nämlich Kosten verursacht und weil dann in diese Strukturanalyse auch nicht mehr hineingeschaut wird als in dieses Bündel. Von daher schlage ich eine weitere Änderung vor, daß wir in diesem unten halbfett ausgedruckten Satz sagen: „Das Bemühen um weitere Differenzierung ...“ Es gibt schon beachtliche Differenzierungen, bloß müssen wir Politiker uns die Mühe machen, hineinzuschauen. Da werden wir z. B. erfahren, daß wir in der jetzigen Phase, wo wir eine bestimmte Diskussion zum Thema Vorruhestand haben, im April, im Mai im Durchschnitt fast 20 % mehr Arbeitslose haben, die 59 Jahre und älter sind. Das steht da alles drin, nur muß man hineinschauen. Deshalb möchte ich die Antragskommission bitten, daß sie wenigstens diese beiden meiner Ansicht nach redaktionellen Änderungen aufnimmt.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstem erteile ich das Wort Herrn Köppinger. Ihm folgt Herr Krott. Ist Herr Köppinger im Saal? – Verzichtet. Herr Krott. – Verzichtet ebenfalls.

Herr Wissmann.

Matthias Wissmann, Antragskommission: Liebe Parteifreunde, ich plädiere dafür, es so zu lassen, wie die Antragskommission es vorgeschlagen hat, weil ich der Meinung bin, daß eine größere Differenzierung eine Voraussetzung dafür ist, daß wir die Arbeitslosigkeit besser bekämpfen können. Liebe Parteifreunde, insofern hat die Diskussion über die Statistik natürlich nicht die Funktion, irgendeine kosmetische Schönong der Zahlen herbeizuführen, sondern die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß wir denen, für die Arbeitslosigkeit ein schweres Schicksal ist, wirksamer als bisher helfen können. In dieser Frage gibt die Statistik keine genaue Auskunft.

Ich will Ihnen hier ein einziges Beispiel sagen. Im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart wurden vor zwei Jahren Untersuchungen über die wirklichen Zahlen der offenen Stellen durchgeführt, wurde eine Umfrage unter 6 000 Unternehmen gemacht. Das Ergebnis dieser Umfrage war, daß allein in diesem Arbeitsamtsbezirk die Zahl der offenen Stellen etwa zweieinhalbmal so groß ist, wie in der Statistik der offenen Stellen des Arbeitsamtes ausgewiesen, etwas, das Herr Franke nicht bestreitet. Ähnliches gilt auch für andere Teile der Statistik.

Deswegen finde ich, Sozialpolitiker und Wirtschaftspolitiker sollten dieses Thema nicht gegeneinander wenden, sondern wir sollten sagen, gemeinsam wollen wir daran arbeiten, daß durch bessere Differenzierung die wirklichen Probleme besser herausgearbeitet werden können und wir damit besser als bisher im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bestehen können.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Danke schön. Für die Antragskommission erteile ich das Wort Herrn Günther.

Horst Günther, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission kann den beiden Vorschlägen von Herrn Scharrenbroich zustimmen. Eine weitere Differenzierung ist ja auch von Herrn Wissmann gerade erwartet worden. Die Antragskommission erwartet allerdings auch, daß die offenen Stellen, die bei den Unternehmen sind, dann auch in dem Sinne gemeldet werden, wie das Herr Wissmann eben vorgeschlagen hat.

(Beifall)

Dann kämen wir hier nämlich weiter.

Die Formulierung „weitere Differenzierung“ kann aufgenommen und „die Zahl“ durch „die Zahlen“ ersetzt werden. Ich glaube, dann können wir das so verabschieden.

Vielen Dank.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission in der jetzt geänderten Form zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Ziffer 36 des Antrages des Bundesvorstandes auf, dazu die Anträge B 70 bis 77. Wortmeldungen liegen vor. Ich erteile das Wort Herrn Krömer, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Wilhelm Krömer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie bitte, wenn ich hier noch ein wenig zur Diskussion das Wort nehme. Ich begrüße die Formulierungen der Punkte in Ziffer 36, und zwar: „Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder die Chance hat, einen Arbeitsplatz zu finden.“ Und den dritten Satz: „Das muß aber auch für Menschen gelten, die keine solche Fähigkeiten und Fertigkeiten vorweisen können ...“

Hier hat der Bundesvorsitzende heute morgen von der großen Qualifizierungsoffensive gesprochen. Ich möchte aber die Frage stellen: Wie sieht es mit den Wunschvorstellungen und Willenserklärungen für jene Personenkreise aus, die nicht in entsprechender Form qualifiziert werden können? Welche Chancen haben denn Abgänger von Sonderschulen und Hauptschulen ohne Abschlüsse, oft aus Problemfamilien, die vielleicht annähernd einen praktischen Teil einer Prüfung schaffen, wenn überhaupt? Wie sieht es mit Menschen und Mitarbeitern aus, die als Langzeitarbeitslose persönlich schon problembelastet sind und sich nur noch mit Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, wenn überhaupt, beteiligen können? Wie sieht es mit den Absolventen von Berufsbildungswerken aus, die im Grunde ihre Prüfungen im Rahmen ihrer körperlichen Behinderungen mit Erfolg abgeschlossen haben, dann aber vor dem Arbeitsmarkt stehen und feststellen, daß für sie kein Platz ist? Wie sieht es mit psychisch Kranken und psychisch Behinderten aus, die im Grunde die Fähigkeit haben, nicht in geschützten Werkstätten, sondern in anderen Bereichen tätig zu sein, und dies auch wollen? Hier gibt es Personen und in nicht kleiner Zahl, die im Grunde am Arbeitsmarkt zur Zeit und auch in Zukunft keine Chance haben. Unser Staat hat bei neuen Wegen der Arbeit mit möglichst viel Markt und sicherlich nicht ohne öffentliche Zuschüsse Bedenken. Die Tarifpartner sind nicht flexibel genug. Wir treten auf der Stelle. Ich habe manchmal den Eindruck, daß Krämerseelen denken und daß an diese Personenkreise zu wenig gedacht wird.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Ich bitte, an die Redezeitbegrenzung zu denken.

Wilhelm Krömer: Ja. – Ich bin der Meinung, daß wir uns nicht – so steht es hier auch – gedanklich darauf einstellen dürfen, daß ein Teil der Menschen auf Dauer von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen ist. Deswegen möchte ich empfehlen, daß im Grunde nach dem Absatz „... ihre Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“ der Satz eingefügt werden sollte: „Neue Wege der Arbeit sollten für diese Personenkreise beschritten werden, soweit der Arbeitsmarkt nicht helfen kann.“ Meine Damen und Herren, es war ein Grundsatz der CDU, den Schwachen und besonders den Schwachen zu helfen. Ich meine, wir sollten den Mut zu neuen Wegen haben.

Ich danke Ihnen.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächster spricht zu uns Herr Bundesarbeitsminister Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren, auch wenn es spät abends ist, ich finde, es ist die große Herausforderung des Arbeitsmarktes der Zukunft. Es fahren zwei Züge in ganz unterschiedliche Richtungen. Der eine Zug heißt Qualifizierung. Es ist ganz wichtig, daß da viele Menschen einsteigen. Aber ebenso richtig ist, daß das, wie

Fachleute schätzen, drei Millionen Arbeitsplätze in den nächsten zehn Jahren für Ungelehrte wegfallen.

Ich finde, deren Gewerkschaft müssen wir sein. Das sind nämlich diejenigen, die nicht sehr protestfähig sind. Sie werden nicht auf dem Marktplatz erscheinen.

Deshalb unterstütze ich es sehr, die Öffentlichkeit auf dieses Problem hinzuweisen und auch für neue Berufschancen für jene zu sorgen, die nicht in das Technologiekorsett passen. Möglicherweise gilt das auch für den Dienstleistungsbereich. Wir brauchen vielleicht auch ein ganz neues Image für Dienen. Es geht uns ja leicht von den Lippen zu sagen: Menschen bedienen Maschinen. – Diese Formulierung ist eigentlich etwas merkwürdig. Der Ausdruck „beherrschen“ wäre vielleicht richtiger. Menschen zu bedienen gilt in unserer Gesellschaft aber als diskriminierend.

Ich glaube, daß wir uns auch bemühen müssen, ganz neue Berufsformen für diejenigen zu finden, die nicht in die Hochtechnologie passen. Insofern ist es, wie ich finde, gewissermaßen ein Stück Herzblut der CDU, daß wir uns trotz des fortgeschrittenen Abends dieser großen Aufgabe auf dem Arbeitsmarkt mit Interesse und Sympathie zuwenden. Deshalb unterstütze ich das sehr, was der Kollege vorgetragen hat.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstem erteile ich Herrn Hauser das Wort.

Hansheinz Hauser: Meine Damen und Herren! Damit hier nicht der Eindruck entsteht, als seien die Problemgruppen, die der Kollege Krömer angesprochen hat, bisher völlig unbeachtet geblieben: Wir haben seit vielen Jahren das Benachteiligtenprogramm, das von unserer Regierung noch ausgeweitet wurde, welches zunächst vom Bildungsministerium verwaltet wurde und heute von der Bundesanstalt für Arbeit verwaltet wird. Es kommt auf folgendes an: Es darf uns nicht passieren – das möchte ich hier deutlich machen; deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet –, daß dieses Benachteiligtenprogramm etwa auf Grund der derzeitigen finanziellen Schwierigkeiten bei der Bundesanstalt für Arbeit in seinem Volumen gekürzt wird.

(Beifall)

Wir haben bei der Handwerkskammer in Düsseldorf eine Sonderausbildungsstätte, in der nur Jugendliche ausgebildet werden, und zwar jährlich etwa 250 bis 300, die nicht in eine Lehrstelle zu vermitteln sind. Sie werden nicht nur pädagogisch, sondern auch sozialpädagogisch betreut und werden in aller Regel nach spätestens ein bis zwei Jahren in einen Betrieb vermittelt und zur Gesellenprüfung geführt. Die Ergebnisse sind hervorragend. Diese Programme dürfen unter keinen Umständen irgendwelchen Rotstiften zum Opfer fallen.

Insofern muß das, was unter Ziffer 36 im letzten Absatz der von der Antragskommission zur Annahme vorgeschlagenen Fassung steht – dort heißt es: „Die Bundesanstalt für Arbeit, Bund, Länder, Gemeinden und freie Träger werden aufgefordert, ihre Arbeitsmarktmaßnahmen zu verstärken.“ –, gerade für diese Personengruppen und für diese bisher immer schon finanzierten Ausgabenprogramme gelten.

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist es so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 37 auf und übergebe die Verhandlungsleitung an meinen Kollegen Badeck.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Ziffer 37 ist aufgerufen worden. Dazu gehören die Anträge B 79 bis B 82. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 38 auf. Dazu gehören die Anträge B 83 und B 84. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 38 einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 39 auf. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer der Ziffer 39 in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 40 und die dazugehörigen Anträge auf. – Keine Wortmeldungen.

Wer der Ziffer 40 in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 41 auf. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer der Ziffer 41 in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 42 auf. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer der Ziffer 42 in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 43 auf. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer der Ziffer 43 in der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 44 auf. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer der Ziffer 44 in der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 45 auf. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Dann lasse ich über Ziffer 45 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe die Ziffer 46 auf. Hierzu liegen Wortmeldungen vor. Zunächst hat Herr Schnipkoweit das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Hermann Schnipkoweit: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Ziffer 46 geht es um den Vorruhestand. Das ist ein Thema, das wir nicht das erste Mal behandeln. Wir haben schon auf unserem Parteitag im Mai 1983 beschlossen, daß wir für 58jährige eine entsprechende Regelung finden. Ich muß schon sagen: Ich habe kein Verständnis dafür, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, den Vorruhestand für über 58jährige zu verlängern. Ich will das in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall)

Warum? Der Herr Bundeskanzler hat gestern gesagt, daß er kein Verständnis dafür habe – ich habe dafür auch kein Verständnis; keiner von uns hat dafür Verständnis –, daß 52jährige keine Arbeit mehr bekommen. Es ist ja nicht so, daß die Unternehmer, wie hier gesagt wurde, Arbeitskräfte suchen. Es ist im Gegenteil oft zu hören: Mit über 50 Jahren nehme ich keinen mehr. Ich nehme keinen Behinderten usw. – Wenn z. B. das große VW-Werk Leute über 40 nicht mehr einstellt, obwohl wir dort im Aufsichtsrat gesessen haben, frage ich mich doch, wie dann Menschen, die über 50 Jahre alt sind, einen Arbeitsplatz finden sollen.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat zum zweiten gesagt – das ist noch interessanter –, in Deutschland werde jemand, der studiert, ungefähr 30 Jahre alt, bis er endlich einmal ins Berufsleben eintrete. Über welchen Personenkreis reden wir denn hier, wenn wir von einer Regelung für 58jährige sprechen? Meine Freunde, das sind Menschen, die 1930 geboren sind und die etwa 1945 ins Berufsleben eingetreten sind. Ich habe am 2. Oktober 1945 unter Tage angefangen. Ich weiß, wovon ich rede. Das war damals nicht eine Ausbildung wie heute; es war damals nicht alles so schön wie heute, wo man alles auf dem Tablett serviert bekommt. Damals mußte man kilometerweit zu Fuß laufen, um überhaupt zur Arbeit zu kommen.

Es geht also um Menschen, die inzwischen 43 Jahre lang gearbeitet haben. Meist sind es Maurer, Dachdecker, Leute aus dem Baugewerbe, die 43 Jahre lang gearbeitet haben. Ein Akademiker erreicht es in seinem ganzen Leben nicht, 40 Jahre lang gearbeitet zu haben.

(Beifall)

Welche Gewerkschaften haben entsprechende Abschlüsse getroffen? Die Bau-gewerkschaften und die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten haben solche Abschlüsse getroffen. Dann gönnen wir den Kellnern, die heute 58 Jahre alt sind, die uns das Essen hier auf dem Tablett servieren und die sich die Füße müde gelaufen haben, nicht den Vorruhestand!

Meine Damen und Herren, wir reden immer von der Arbeitslosigkeit der unter 20jährigen. Ja, wer ist denn heute noch unter 20 fertig? Die meisten sind doch erst mit 20, 21, 22 Jahren fertig. Wenn sie mit 16 Jahren aus der Schule kommen, drei/dreieinhalb Jahre lernen, dann zum Bund gehen, dann sind die 21. Deshalb sagt doch die Statistik über die unter 20jährigen gar nicht viel aus.

Ich muß schon sagen: Mir ist es lieber, wenn jemand, der 43 Jahre auch für dieses Volk gearbeitet hat, in den Vorruhestand gehen kann. Das sind doch diejenigen, die diesen Staat aufgebaut haben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das sind doch nicht diejenigen, die heute demonstrieren, weil sie eventuell nicht mehr genug BAföG oder sowas kriegen, sondern die, die 1945 mit der Lehre angefangen haben.

Deshalb sage ich hier ganz deutlich: Ich habe kein Verständnis dafür, wenn die Vorruhestandsregelung nicht verlängert wird. Mir ist es lieber, wir schicken den 58jährigen nach Hause und stellen dafür einen 20jährigen ein.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, da wir ja nur noch einige Ziffern zu diesem Thema abzuwickeln haben und hier auch ein Initiativantrag vorliegt, würde ich vorschlagen, daß wir das nachher zusammen aufrufen.

Doch zuvor hat als nächster Herr Pieroth das Wort.

Elmar Pieroth: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Wir handeln im allgemeinen nach dem Grundsatz, daß es besser ist, Arbeit oder auch Umschulung für neue Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Und für das bestimmte Thema heißt das jetzt, daß wir es auch älteren Menschen doch besser ermöglichen, in Arbeit zu bleiben, als daß wir sie aus der Arbeit ausbezahlen.

Herr Kollege Schnipkoweit, es ist ja nicht so einfach, den 58jährigen nach Hause zu schicken und dafür einen 20jährigen einzustellen. Wenn der 58jährige ein Fachmann ist und nach Haus geschickt wird, bekommt ein 20jähriger Ungelernter dadurch nicht dessen Arbeitsplatz. Das ist doch die Praxis.

Der Bundeskanzler hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß wir eher wieder länger arbeiten müssen. Und die Bundesregierung läßt – wie beschlossen – das Vorruhestandsgesetz auslaufen.

Ich bin den Freunden in den Sozialausschüssen dankbar, daß wir eine Regelung finden konnten, die keine Verlängerung des Vorruhestandes und auch keinen Teilvorruhestand umfaßt, sondern wieder zu der Aufbruchstimmung der frühen 70er Jahre zurückkommen. Damals haben wir in unserem Parteiprogramm vereinbart, daß wir – als Teil der Humanisierung des Arbeitslebens – einen gleitenden Übergang in den Altersruhestand wollen, daß wir die persönliche Arbeitszeit des einzelnen auf seine persönliche Lebenssituation zuschneiden wollen, daß einer früher oder später aufhören kann und daß er in Teilzeitraten aufhören kann – ein Prozeß über viele Jahre hinweg –, so daß man aus dem Arbeiten langsam herauskommt. Es ist viel menschlicher – das ist unsere Aufgabe –, nicht das Fallbeil niedergehen zu lassen, also jemanden bis gestern voll zu fordern, heute mit ihm zu feiern und ihn morgen ins totale Aus zu schicken.

Deshalb haben wir heute folgenden Text vereinbart: Die Arbeitsmarktkommission unter Vorsitz von Dr. Norbert Blüm wird aufgefordert, Vorschläge vorzulegen, um den gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen. Schwerpunkte dieser Vorschläge sollen sein: früheres Ausscheiden, Teilzeitarbeit und längere Lebensarbeitszeit. – Das ist der Text, der an die Stelle der beiden Initiativanträge von Sozialausschüssen und Mittelstand treten soll.

Ich füge in Übereinstimmung mit verschiedenen Absprachen in den Sozialausschüssen dazu interpretierend an:

Erstens. Wir gehen davon aus, daß ein unauflösbarer politischer Zusammenhang zwischen allen drei Elementen des gleitenden Übergangs in den Altersruhestand besteht, auch wenn Details möglicherweise getrennt voneinander behandelt werden.

Zweitens. Ein Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu anderen als zu den regulär vorgesehenen Zeitpunkten soll im allgemeinen als Übergang – stufenweise – in Form von Teilzeitarbeit erfolgen. Dies schließt auch ein vorzeitiges völliges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben in freier Entscheidung und ohne öffentliche Förderung ein.

Ich bitte alle, daß wir uns auf diese Art verständigen.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß hier Initiativanträge vorlagen: B 51 und die Anträge B 154 sowie M 6 und M 8; die sollen zusammen behandelt werden.

Die Antragskommission hat hierzu einen konkreten Vorschlag erarbeitet, einen Kompromiß, der dann an Ziffer 46 angefügt werden soll. Das wollte ich noch einmal verdeutlichen. Ich glaube, damit können wir dann wahrscheinlich doch eine Reihe von Wortmeldungen einsparen.

Als nächster hat nun Herr Fink das Wort.

Ulf Fink: Die Antragsteller Fink, Blüm, Bernhard Vogel und weitere 170 Delegierte haben den Antrag gestellt, daß die Vorruhestandsregelung Ende dieses Jahres nicht ersatzlos auslaufen darf.

Wir haben nun dafür wirklich gute Gründe. Denn die bisherige Vorruhestandsregelung hat wirklich einen guten Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geleistet.

(Beifall)

Wir haben keinen Anlaß, uns für die Maßnahme, die wir 1984 gegen den erbitterten Widerstand der SPD, aber auch großer Gewerkschaften durchgesetzt haben, nachträglich zu entschuldigen. Diese Maßnahme hat sich sehr viel besser bewährt als viele andere Formen der Arbeitszeitverkürzung.

(Beifall)

Und dann haben wir heute sehr intensiv miteinander gesprochen, insbesondere mit den Kollegen der Mittelstandsvereinigung, mit dem Kollegen Elmar Pieroth, und anderen Kollegen in der Antragskommission. Da ist eine Formulierung vorgelegt worden, die Ihnen nunmehr von der Antragskommission zur Annahme empfohlen wird. Es ist – in Konsequenz einer Koalitionsvereinbarung – ein Auftrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an die Bundesregierung ergangen, in einer Arbeitsmarktkommission alle Formen des Ersatzes und bessere Formen von Vorruhestandsregelungen zu finden.

Diese Kommission konnte bisher noch kein Ergebnis vorlegen. Deshalb haben wir gesagt – so lautet ja jetzt auch der Text der Antragskommission –, daß die Arbeitsmarktkommission unter Vorsitz von Norbert Blüm aufgefordert wird, Vorschläge vorzulegen, um den gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen. Schwerpunkte dieser Vorschläge sollen sein: früheres Ausscheiden, Teilzeitarbeit und längere Arbeitszeit.

Wir haben uns mit der Mittelstandsvereinigung, mit Elmar Pieroth, ausdrücklich darauf verständigt, daß das frühere Ausscheiden sowohl ein gänzlich als auch ein teilweises Ausscheiden beinhalten kann. Ob man das nun Vorruhestandsregelung, Teilvorruhestandsregelung oder wie auch immer nennt, ist mir persönlich gleichgültig. Die Hauptsache ist, die Menschen können, unabhängig von Tarifvereinbarungen, mit ihrem Arbeitgeber vereinbaren, daß sie ganz oder teilweise ausscheiden können. Damit wird dann ein Akt der zusätzlichen Freiheit gegeben, aber gleichzeitig auch eine deutliche Maßnahme im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vereinbart. Und wir sollten bei dieser gemeinsamen Interpretation, so wie wir diesen Antrag miteinander beschlossen hatten, auch bleiben und nachträglich nicht etwas anderes in die Vereinbarung hineininterpretieren.

(Beifall)

Ich möchte doch bitten, daß man klar dabei bleibt.

Und ein Weiteres: Wir haben uns über die Frage, wie sich der Staat an der Förderung dieser früheren Ausscheidungsmöglichkeiten, und zwar gänzlicher oder teilweiser Ausscheidungsmöglichkeiten, beteiligt, in der Kommission, in der Antragskommission nicht verständigen müssen. Denn das ist ein Auftrag an die Arbeitsmarktkommission unter Vorsitz von Norbert Blüm, dort natürlich etwas vorzulegen, was das nicht nur zum Null-ouvert-Spiel macht.

Selbstverständlich muß dazu eine Hilfestellung gegeben werden, damit die Menschen von diesen Möglichkeiten auch Gebrauch machen können. Aus diesem Grund sage ich: Wir wollen dazu beitragen, daß im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, aber gleichzeitig auch zu mehr Humanität etwas geleistet wird.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Herr Kollege, ich bitte, wirklich fair zu sein und zum Schluß zu kommen.

Ulf Fink: Dann sage ich ein Letztes, um auch dies hier zu verdeutlichen, weil wir uns auch klar dazu bekennen: Eine jetzige solche Regelung bedeutet nicht, daß wir etwa Widerstand dagegen leisten würden, wenn am Ende dieses Jahrhunderts die Notwendigkeit deutlich wird, auch eine längere Lebensarbeitszeit als Beitrag zur Lösung des Rentenproblems zu haben. Das ist dann notwendig, weil dann auch die Arbeitsmarktsituation eine andere ist. Vor diesem Hintergrund sind wir bereit, diesem Vorschlag zuzustimmen. Ich bitte Sie, dem Vorschlag der Antragskommission ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Ich würde bitten, daß Herr Weiss für die Antragskommission vorträgt und wir dann darüber abstimmen können. Ich glaube, dann erübrigt sich die weitere Diskussion.

Heinrich Weiss, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In den vergangenen Jahren ist die Vorruhestandsregelung sicher ein gutes Instrument gewesen. Ich glaube, wir haben sie auch alle gemeinsam getragen. Es war sicher besser, jemanden in den Vorruhestand zu schicken und dafür einen jüngeren Arbeitslosen einzustellen, und es war auch besser – was heute die Alternative war –, einen Älteren in den Vorruhestand zu schicken, als einen Jüngeren entlassen zu müssen. Von dieser Seite her waren wir mit der Regelung zufrieden.

Aber eine solche Regelung darf nicht zur Gewohnheit werden. Es ist eine sehr teure Regelung, die in anderen Industriestaaten in dieser Form nicht üblich ist und uns auch kostenmäßig stark belastet.

Wegen der kurzen Arbeitszeiten, die heute üblich sind, haben wir schon heute in vielen Betrieben einen Mangel an Fachkräften, einen Mangel an Ingenieuren. Wenn jetzt wegen der kurzen Wochenarbeitszeit eine kürzere Lebensarbeitszeit zur Gewohnheit wird, dann wird dieser Mangel noch stärker. Aus diesem Grunde und auch im Hinblick auf die zu erwartende demographische Entwicklung in den 90er Jahren ist es einfach notwendig, daß wir diese Dinge flexibler handhaben.

Deshalb besteht unser Wunsch, dies jetzt nicht auf dem Parteitag in Kürze abzuhandeln, sondern diese Fragen, die sehr grundsätzlich sind – Flexibilität, kürzere und längere Lebensarbeitszeit – in der Arbeitsmarktkommission zu behandeln, die unter Vorsitz von Norbert Blüm arbeiten soll.

Deshalb auch von meiner Seite noch einmal eine Schilderung der Haltung der Antragskommission. Wir empfehlen, die Anträge B 151, B 154 und M 6 in folgender Fassung anzunehmen:

In Ziffer 46 wird angefügt:

„Die Arbeitsmarktkommission unter Vorsitz von Dr. Norbert Blüm wird aufgefordert, Vorschläge vorzulegen, um den gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen.

Schwerpunkte dieser Vorschläge sollen sein:

- früheres Ausscheiden,
- Teilzeitarbeit und
- längere Arbeitszeit.“

Das heißt, wir brauchen die Flexibilität in beiden Richtungen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir das hier gemeinsam tragen können.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, können wir jetzt über diese Ergänzung als Vorschlag der Antragskommission abstimmen? – Danke schön.

Dann lasse ich über Ziffer 46 mit der Ergänzung, die eben von Herrn Weiss vorgetragen wurde, abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist diese Ergänzung zu Ziffer 46 mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 47 auf.

Dazu haben wir mehrere Wortmeldungen. Zunächst der Kollege Schill, Landesverband Braunschweig.

Hubert Schill: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um gegen den Antrag B 126 zu sprechen, und zwar nur in einem einzigen Punkt, und das ist der letzte Satz. Wenn es richtig ist, daß der Name unserer Partei mit einem C anfängt, also Christlich heißt, dann können wir diesen Satz so nicht stehen lassen. Wenn es richtig ist, daß die ersten Gebote, die erlassen worden sind, richtig und unsere Richtschnur für das ganze Leben sind, dann kann es nicht richtig sein, daß hier steht: „Dabei ist der Sonntag zu achten.“

So wie sich der Generalsekretär heute vormittag auf Ausführungen des Schriftstellers berufen hat, der Auskunft über Wählerwanderungen gab, kann ich mich eben darauf berufen und kann sagen: Ich nehme als Arbeitnehmer für mich in Anspruch, daß der Sonntag für mich ein besonderer Tag ist. Dieser Sonntag muß so herausgestellt werden, wie es in den Anträgen B 127 und B 129 der Fall ist. Es kann nicht so sein, daß es so bleibt, wie die Antragskommission empfiehlt.

Meine lieben Parteifreunde, ich weiß, wovon ich spreche. Ich bin Arbeitnehmer, und ich muß dann und wann auch am Sonntag arbeiten, weil das erforderlich ist. Ich meine, wir haben genügend Ausnahmen, bei denen es bleiben soll, wo es möglich ist, daß auch einmal am Sonntag oder am Feiertag gearbeitet werden kann. Ich bin aber dagegen, daß dies so, wie es die Antragskommission uns empfiehlt, hier stehenbleibt. Ich bitte Sie alle recht herzlich, den Ausführungen der Antragskommission nicht zu folgen, sondern den letzten Satz, der dort steht und lautet: „Dabei ist der Sonntag zu achten.“, in den letzten Satz des Antrags B 129 umzuwandeln:

Dabei ist die Arbeitsruhe an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen prinzipiell beizubehalten.

Vielen Dank.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren! Ich will nur noch einmal die Geschäftslage bekanntgeben. Ich habe zu Ziffer 47 noch vier Wortmeldungen. Ich bitte die Redner, doch einmal auf die Uhr zu schauen. Vielleicht können wir die Redebeiträge sehr knapp fassen, so daß wir dann zur Stellungnahme der Antragskommission kommen.

Das Amt hat Alfons Müller, Landesverband NRW.

Alfons Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich schließe an das an, was mein Vorredner gesagt hat: „Dabei ist der Sonntag zu achten“. Diese Formulierung ist mir zuwenig. Für uns muß der Sonntag als hohes Kulturgut mehr bedeuten, als nur „zu achten“ zu sein.

(Vereinzelter Beifall)

Deswegen, meine ich, müßten wir sehr sorgfältig darauf achten, daß der Schutz der Sonntagsruhe nicht durch neue Tatbestände immer weiter ausgehöhlt wird. Ich lese und höre, daß IBM in Böblingen, daß Siemens in Regensburg, daß Firmen in Hamburg und allüberall jetzt neue Ausnahmeanträge stellen. So wird der Sonntag über die Hintertür immer mehr ausgehöhlt. In den letzten Jahren hat sich die Sonntagsarbeit verdoppelt. Es gibt fast 4 Millionen Sonntagsarbeiter. Da müssen wir uns selbstkritisch fragen, inwieweit das veränderte Freizeitverhalten mit dazu beiträgt, daß der Sonntag in seiner Schutzfunktion ständig unterlaufen wird.

Ich möchte Norbert Blüm sehr herzlich danken, der, und mit ihm die ganze Bundesregierung, in dem Entwurf des neuen Arbeitszeitgesetzes sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß Sonntagsarbeit aus rein wirtschaftlichen Gründen abzulehnen ist. Das, meine ich, muß unser Grundsatz sein.

(Beifall)

Wir müssen uns abgewöhnen, meine lieben Parteifreunde, alle Entscheidungen immer nur von der Rentabilität und von der Wirtschaftlichkeit her zu sehen. Es gibt auch noch ethische Grundwerte, die eine höhere Bedeutung als Geld und Rentabilität haben, und dazu gehört der Sonntag. Wenn wir der Technik und all den genannten Ausnahmetatbeständen allzu schnell nachgeben, dann wird der Sonntag auf Dauer nicht zu halten sein. Wir müssen die Technik zwingen, Produktionsverfahren zu entwickeln, die den Sonntag immer mehr schützen und ihn achten.

Liebe Freunde, ich möchte mithelfen, daß wir nicht allzu schnell nachgeben. Ich möchte mithelfen, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der der Sonntag wirklich

heilig bleibt. Der Sonntag gehört dem Herrgott. Der Sonntag gehört der Familie. Der Sonntag gehört dem Menschen.

Ich plädiere für die Annahme des Antrages B 127 der CDA.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Danke schön. Als nächster hat das Wort der Kollege Schnipkoweit, Landesverband Hannover.

Hermann Schnipkoweit: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich brauche nichts zu wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben. Nur, ich will einmal aus meiner Erfahrung sprechen. Ich war über 29 Jahre im Betrieb, davon 20 Jahre als Betriebsrat. Ich weiß, was es für Kollegen bedeutet, wenn sie sonntags arbeiten sollen. Diese Kollegen haben sich immer wieder gesträubt und gesagt, ich möchte am Sonntag frei haben. Die haben das ganz schön zu spüren bekommen. Ich habe in einem Bergwerksbetrieb gearbeitet und ich weiß, wie viele unsinnige und unnötige Sonntage ich gefahren bin.

Meine Damen und Herren, nun bin ich seit zwölf Jahren und vier Monaten Sozialminister. Ich bin für Niedersachsen Genehmigungsbehörde. Wenn eine Firma kommt und sagt, sie brauche auch den Sonntag zum Arbeiten, dann wird das genehmigt. Meinen Sie, wir wären bescheuert und würden sagen, wir vernichten Arbeitsplätze? Nur, es würde doch folgendes passieren: Wenn wir dem folgen, was der Bundesvorstand schreibt – wir wollen den Sonntag achten –, dann höre ich schon, wie all die Liberalen und diejenigen, die von Kirche nichts mehr wissen wollen, sagen: Jawohl, der Sonntag ist genauso wie der Montag oder der Donnerstag gelaufen.

(Zustimmung)

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Wir reden immer wieder von der Familie. Wir betonen immer wieder, daß Familie nicht nur Kindergeld, nicht nur Erziehungsgeld ist. Ich bin der Meinung, wenn wir überhaupt noch ein bißchen Familie erhalten wollen, den Zusammenhalt der Familie fördern wollen, müssen wir sagen: Es gehört dazu, daß es einen Tag in der Woche, nämlich den Sonntag, gibt, an dem Vater, Mutter und Kinder zusammensein können.

Deshalb bitte ich, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Als nächster hat der Kollege Böckmann, Oldenburg, das Wort.

Paul Böckmann, Cloppenburg: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich muß sagen, daß ich mit großer Erleichterung und Freude die Anträge B 127 bis B 130 und B 132 der CDU Niedersachsen und der CDU Bremen, der CDA sowie der CDU-Kreisverbände Grafschaft Bentheim und Mark zur Kenntnis genommen habe. Sie zeigen mir, daß noch viele Mitglieder unserer Partei ein Gespür dafür haben, daß es in der Frage der Arbeitsruhe und damit der Sonntagsheiligung um das Fundament geht, auf dem die CDU überhaupt Politik machen kann. Das ist doch unsere Grundlage. Wenn wir davon abweichen wollen, hat es doch keinen Wert mehr, noch das C zu führen.

Es kann doch nicht nur darum gehen, daß wir den Sonntag achten. Vielmehr wird hier von dem höchsten Souverän, von Gott, der uns ja auch die zehn Gebote gegeben hat, gefordert, die Arbeitsruhe nicht mehr einzuhalten. Wenn das Gebot der sonntäglichen

Arbeitsruhe aber aus materiellen Gründen in Frage gestellt wird, dann höhlen wir ja nicht nur das dritte Gebot aus, sondern heben gleichzeitig auch das erste Gebot auf. Wir setzen dann an die Stelle Gottes, der uns diese Gebote gegeben hat – darauf gründen wir doch überhaupt unser Christsein –, den materiellen Erfolg und den Gewinn.

Wenn wir denjenigen absetzen, der die Gebote gegeben hat, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn diese Gebote nicht mehr beachtet werden, wenn die Nichtbeachtung allgemeines Gut der Bevölkerung wird. Wenn wir also wollen, daß sittliche und moralische Werte aus Verantwortung vor Gott und auch vor dem Menschen eingehalten werden, dann müssen wir auch bereit sein, seine Gebote einzuhalten und damit auch die Glaubwürdigkeit der Bezeichnung unserer Partei unter Beweis zu stellen.

Ich beantrage daher – wie bereits eben geschehen – den Antrag B 127 in der vorliegenden Form anzunehmen.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen. Damit schließe ich die Rednerliste.

Das Wort hat jetzt Günter Schwank, CDU-Niedersachsen.

Günter Schwank: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem C ist ja hinreichend genug gesagt worden. Die Formulierung „Dabei ist der Sonntag zu achten.“ ist sicherlich zu unverbindlich. Deswegen plädiere ich auch dafür, entweder den Antrag B 127 der CDA oder den Antrag B 129 der CDU Niedersachsen anzunehmen.

Allerdings möchte ich noch zwei Bemerkungen anderer Art machen. Zunächst zu meinem Vorredner: Die Zahl von 4 Millionen Sonntagsarbeitern darf nicht so im Raum stehenbleiben. Dabei handelt es sich in der Wirtschaft, in der Industrie und im Handwerk höchstens um einen Anteil von 22 %. Eine Zählung von 1987.

Zweitens. Wir machen einen Fehler, wenn wir auf diese extrem speziellen und relativ wenigen Arbeitsplätze für die Mikrochipproduktion in einigen wenigen Unternehmen abheben. Ich lobe in dem Zusammenhang das Bemühen von Baden-Württemberg, die Notwendigkeit einer Sonntagsarbeit durchaus intensiv zu prüfen. Im übrigen sind das aber nur die Fälle, die die eine Seite darstellen.

Die andere Seite ist nämlich die – das darf nicht verschwiegen werden –, daß die neuen Fertigungstechnologien, insbesondere der Einsatz von Mikroprozessoren die Produktionsunterbrechung außerordentlich erleichtert hat. Da diese Unterbrechungen schnell und kostengünstig möglich sind, gilt auch – völlig unabhängig von der Sonntagsarbeit –: Wer just in time, jetzt oder in Zukunft, produzieren will, muß beliebig unterbrechen und schnell wieder anfahren können.

Zur Verdeutlichung: Ich leite als mittelständischer Unternehmer einen Betrieb, in dem in drei Schichten von montags morgens um sechs Uhr bis samstags morgens um sechs Uhr gearbeitet wird. Moderne Maschinen haben die Ausschußproduktion am Montagmorgen auf weniger als ein Drittel reduziert. Das gilt übrigens auch für jede Produktionsunterbrechung während der Wochentage. Dabei ist mein Unternehmen bei Gott kein Sonderfall in der kunststoffverarbeitenden Branche, in der ich tätig bin. Da ist das Standard.

Darüber hinaus habe ich einen erheblichen Einblick in Deutschlands Rationalisierungswesen und kann Ihnen mit Recht und guten Gewissens sagen, daß wir die Arbeitsruhe am Sonntag nach wie vor achten.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Als letzter vor der Antragskommission hat jetzt Peter Jungen, Landesverband NRW, das Wort.

Peter Jungen: Meine lieben Parteifreunde! Fast hätte es so ausgesehen, als ob es hier um die Frage geht – der eine oder andere meiner Vorredner ließ diesen Schluß zu –, ob wir den Sonntag als Kulturgut aus rein ökonomischen Gründen aufgeben wollten. Ich glaube, davon kann keine Rede sein. Es scheint mir wichtig zu sein, daß wir uns darüber zunächst einmal verständigen.

Aber bereits heute – mein Vorredner hat das gesagt, damit die Zahl einmal klar ist – arbeiten 22 % der Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen. Ich frage mich, ob jede dieser Ausnahmeregelungen so notwendig ist wie vielleicht die eine oder andere aus technologischen Gründen erforderliche Produktion, die es, wenn sie so nicht möglich wäre, am Standort Bundesrepublik nicht mehr gäbe. Ich meine, daß wir diese Frage damit nicht als erledigt ansehen können. Wenn wir also von mehr Flexibilität, von Entkoppelung von Maschinen und persönlichen Arbeitszeiten sprechen, dann wird das auch an diesem Beispiel deutlich.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. In Baden-Württemberg haben jetzt Betriebe mit Zustimmung der Gewerkschaften angeboten, am Wochenende 24 Stunden zu arbeiten und dafür fünf Tage frei zu nehmen. Das hat offensichtlich bei den Arbeitnehmern großen Anklang gefunden. Ich meine, es werden immer wenige Ausnahmefälle bleiben. Aber für solche Ausnahmefälle müssen wir am Industriestandort Bundesrepublik gewappnet sein.

Ich möchte noch eine Anregung geben, die vielleicht geeignet ist, zu einer Versöhnung beizutragen. Wenn in dem letzten Satz steht „Dabei ist der Sonntag zu achten.“, können wir vielleicht zum Ausdruck bringen, daß wir das in ganz besonderem Maße tun wollen. Damit würden wir deutlich machen, daß wir den Sonntag als kulturelle Einrichtung, als ein Kulturgut nicht aufgeben wollen. Vielleicht kann also formuliert werden: Dabei ist der Sonntag in besonderem Maße oder besonders zu achten.

Ich danke Ihnen.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Zum Schluß möchte die Antragskommission Stellung nehmen.

Heinrich Weiss, Antragskommission: Meine Damen und Herren, ich glaube, ich kann es jetzt kurz machen. Die Argumente sind ausgetauscht. Selbstverständlich haben auch die Industrie und die Unternehmer Verständnis für den absoluten Schutz des Sonntags. Aber wir müssen doch die Realitäten sehen. Wir haben doch heute schon in der Gastronomie und in der Dienstleistung sehr viel Sonntagsarbeit. Ich glaube, auch diejenigen Redner vor mir, die sich für den ganz strikten Schutz des Sonntags eingesetzt haben, nehmen diese Dienstleistungen gelegentlich in Anspruch. Insofern muß man das schon relativ sehen.

Wir haben zweitens – auch das ist gesagt worden – neue Technologien, wo wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit nur noch dadurch halten können, daß wir uns

diesem Trend anpassen und flexibler auch über den Sonntag hinweg einzelne Produktionsanlagen laufen lassen.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir können den Wohlstand nur halten, wenn wir auch im internationalen Wettbewerb mithalten.

(Erneute Zurufe)

Aus diesem Grunde glaube ich, daß der richtige Kompromiß die Formulierung ist, die hier im Antrag steht: „Dabei ist der Sonntag zu achten.“

Ich möchte Sie also bitten – trotz gelegentlichen Unmuts –, die Formulierung der Antragskommission zu unterstützen.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Wir kommen dann zur Abstimmung über die Fassung der Antragskommission. Wer ihr ihre Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit ist der Vorschlag in der Fassung der Antragskommission abgelehnt.

(Beifall)

Dann rufe ich in der Reihenfolge der Anträge auf, und zwar zunächst den Antrag B 127: „Dabei ist der Sonntag grundsätzlich arbeitsfrei zu halten.“ Wer möchte das Wort? – Herr Scharrenbroich.

Heribert Scharrenbroich: Meine Damen und Herren, in dem Antrag 127 heißt es, daß der Sonntag grundsätzlich arbeitsfrei zu halten ist. Das heißt, daß natürlich spezielle Ausnahmen im Gesetz geregelt werden können. So ist dieser Antrag zu verstehen, und ich glaube, daß er so auch akzeptabel ist. Wir wissen, daß einige Leute sonntags arbeiten müssen. Darüber können wir nicht hinweggehen.

Ich schlage also vor, daß der Antrag des Bundesvorstandes mit diesem letzten Satz, wie er in dem Antrag B 127 enthalten ist, angenommen wird.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit würde jetzt der Antrag 126, ergänzt um den Antrag B 127, zur Abstimmung stehen. Wer dem so zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das erste war die Mehrheit.

(Beifall)

Damit ist die Ziffer 47, ergänzt um den Antrag B 127, so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 48 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Damit einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 49 auf. Keine Wortmeldungen. Wer der Ziffer 49 in der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 50 auf. Keine Wortmeldungen. Wer der Ziffer 50 in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine. Damit einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 51 auf. In der Ziffer 51 soll auf Grund des Antrags B 152 eine Einfügung vorgenommen werden. Zunächst hat Frau Hellwig das Wort:

Dr. Renate Hellwig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht hier um eine sehr wichtige, sehr grundsätzliche Frage. Gucken Sie sich bitte den Antrag an. Ich lese ihn kurz vor, und zwar ist das die endgültige Fassung, die ich für richtig halte:

Wegen der schweren psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit sollte kein junger Mensch Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten, ohne dafür wenigstens halbtags zu arbeiten oder sich weiterzubilden. Arbeitslose Jugendliche müßten verpflichtet sein, dementsprechend entweder an einer Weiterbildungsmaßnahme oder an einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme teilzunehmen, ohne ihren Anspruch auf Vermittlung im erlernten Beruf zu verlieren. Die Arbeitsämter erhalten den Auftrag, solche Weiterbildungs- und Arbeitsangebote kostenneutral zu organisieren.

Das heißt: statt Arbeitslosengeld auszuzahlen, wird in gleicher Höhe, organisiert mit dem nicht ausgezahlten Arbeitslosengeld, eine Teilzeit-ABM-Maßnahme oder eine Weiterbildungsmaßnahme angeboten.

Meine Damen und Herren, wir geben jährlich 17 Milliarden DM an Arbeitslosengeld und 9 Milliarden DM an Arbeitslosenhilfe aus. Wir geben die Gelder aus, ohne dafür Arbeit zu mobilisieren.

Mit dem Antrag will ich nichts anderes, als den Arbeitslosen gleich gut zu stellen wie den normalen Arbeitnehmer. Aus meiner Sicht ist nämlich ein Arbeitsloser, der Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekommt, ohne verpflichtet zu sein, zu arbeiten, moralisch überfordert. Stellen Sie sich einmal vor, sämtliche Arbeitnehmer könnten freiwillig beschließen, ob sie morgens zur Arbeit gehen oder nicht, weil nämlich das Geld auf jeden Fall fließt, ohne daß die Verpflichtung, zu arbeiten, dahintersteht. In der Situation befinden sich insbesondere auch jüngere Arbeitslose, die im Grunde erst den Zugang zu dem Arbeitsmarkt bekommen müssen.

Wenn Sie sich einmal die Biographie von Langzeitarbeitslosen ansehen, dann werden Sie feststellen, daß der Anfang immer eine mehrfache Kurzzeitarbeitslosigkeit war, die schon in der Jugend stattgefunden hat. Mir geht es darum, nicht eine völlig müßige Debatte darüber zu führen, ob jugendliche Arbeitslose arbeitswillig sind oder nicht. Das interessiert mich nicht. Ich unterstelle, daß sie arbeitswillig sind. Deswegen wird ihnen von gut organisierten Arbeitsämtern etwas angeboten, und das ist sehr wohl machbar. Arbeitsämter haben sehr viele Arbeitslose zur Verfügung. Sie brauchen nur diesen Arbeitslosen eine Teilzeit-ABM-Maßnahme anzubieten, sie damit im Grunde anzustellen, zu den Gemeinden rauszugehen, zu den Sozialeinrichtungen rauszugehen, um dort zu fragen, wieweit sie ABMler beschäftigen können.

Mir geht es um folgendes: Es geht hier nicht nur um eine Frage der Glaubwürdigkeit unserer Politik. Aus meiner Sicht ist das sogar eine Frage des grundsätzlichen Systemvergleichs. Wir müssen uns immer vorhalten lassen, daß kommunistische Systeme keine Arbeitslosigkeit kennen. Als ich in der Sowjetunion war und dort erzählt habe, daß Arbeitslose bei uns ein so hohes Maß an Arbeitslosengeld beziehen, ohne dafür arbeiten zu müssen, haben die gesagt: das wußten wir gar nicht; wir dachten, die beziehen überhaupt kein Arbeitslosengeld.

Ich möchte nur sagen: es ist eine grundsätzliche Verpflichtung unseres Staates, hier in bezug auf die Gelder, die ausbezahlt werden, auch Arbeit zu mobilisieren. Das ist eine Frage der Organisation, das läßt sich sehr wohl machen.

Seit Jahren kämpfe ich vergeblich um einen entsprechenden Modellversuch, um nachzuweisen, daß, wenn Sie das in einzelnen Arbeitsämtern durchführen, Sie binnen eines Jahres – darauf gebe ich Ihnen Brief und Siegel – die Arbeitslosigkeit um weit über die Hälfte senken könnten. Wir sollten gerade bei den jungen Menschen anfangen und ihnen Arbeit anbieten,

(Vereinzelt Beifall)

um sie praktisch in bezug auf die Arbeit nicht zu entwöhnen. Denn später gewöhnen wir sie nicht mehr daran.

Vielen Dank.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, ich weise nochmals darauf hin, daß Frau Hellwig zu dem Initiativantrag B 152 gesprochen hat. Dazu hat die Antragskommission eine Empfehlung, einen Kompromiß erarbeitet, der Ihnen vorliegt. Ich glaube, wir sollten jetzt die Antragskommission hören. Dann erübrigen sich vielleicht weitere Wortmeldungen.

Peter Jungen, Antragskommission: Meine Damen und Herren, der Antrag, der von Delegierten aus Baden-Württemberg gestellt worden ist, ist auf Seite 2 des Ihnen vorliegenden Papiers in der originären Fassung ausgedruckt. Die Antragskommission hat sehr lange über diesen Antrag beraten, weil wir der Auffassung waren, daß einige Gesichtspunkte enthalten sind, die durchaus diskussionswürdig sind.

Wir waren der Auffassung, daß wir den Antrag nicht ablehnen sollten. Aus diesem Grunde haben wir uns von der Antragskommission mit einigen der Antragsteller, die der Antragskommission angehören, darauf verständigt, eine etwas andere Fassung – zugegeben: kürzere und sicher entschärfte Fassung – zu nehmen, die auf Seite 2 unten als Empfehlung der Antragskommission ausgedruckt ist. Ich brauche das hier nicht vorzulesen, weil Sie alle den Text vorliegen haben.

Wir sind der Auffassung, daß wir dadurch in die Lage versetzt wurden, Ihnen eine Annahme des Antrags vorzuschlagen, um dem Anliegen der Antragsteller im Grundsatz durchaus Rechnung zu tragen, ohne den Einzelheiten, die in sehr stringenter Form in dieser Antrag enthalten waren, zuzustimmen. Die Alternative wäre gewesen, daß die Mehrheit der Antragskommission diesen Antrag abgelehnt hätte.

Deshalb bitte ich Sie für die Antragskommission, der jetzt vorliegenden Kurzfassung, die die Antragskommission zur Empfehlung vorschlägt, zu folgen.

Danke schön.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Bitte schön, Herr Späth.

Lothar Späth: Es ist ein bißchen schade, daß wir dieses Thema so hektisch und zu dieser Stunde bearbeiten müssen. Ich bin der Meinung, das ist ein ganz wichtiger Kern.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen darüber reden, was in dieser Gesellschaft los ist, wenn eine steigende Zahl von jungen Menschen nicht in den Arbeitsprozeß kommt und die Gesellschaft anschließend die Folgelasten tragen muß. Ich kann nur sagen: Das ist nicht mit der lockeren Hand zu machen: Dafür gibt es keine Stellen; dafür gibt es keine Möglichkeiten. Ich sage Ihnen: Jeden, der als 18-, 19jähriger drei Jahre aus dem Arbeitsprozeß raus ist, haben wir als Dauersozialfall über vierzig oder fünfzig Jahre und zahlen ihm die Rente.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wäre – um das mit dem Vorschlag der Antragskommission zu erleichtern – mit einer Einschränkung einverstanden. Es darf nicht „gebeten“ werden, sondern die Bundestagsfraktion muß „beauftragt“ werden, eine Lösung zu finden.

(Vereinzelt Beifall)

Die lockere Formulierung „wird gebeten“ ist eine Beerdigung dritter Klasse. Wenn „beauftragt“ an die Stelle von „gebeten“ gesetzt wird, bin ich einverstanden. Wir dürfen dieses Problem nicht loslassen. Es muß ein Prinzip werden, daß junge Leute nur dann Geld vom Staat kriegen, wenn sie entweder in die Weiterbildung oder in Arbeitsaufträgen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingegliedert werden.

Ich habe Verständnis für den 55jährigen. Aber der 19- oder 20jährige muß an die Arbeit herangeführt werden. Wir werden eines Tages die Arbeitszeit der 60- und 65jährigen verlängern, weil wir nicht mehr die Leute kriegen, und werden dann eine gefährlich hohe Zahl von solchen haben, die wir nicht mehr in den Arbeitsprozeß bringen.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich will doch noch einmal den Versuch machen, die Diskussion zu verkürzen. Ich stelle zunächst einmal die Frage, ob auf Grund des Diskussionsbeitrags von Lothar Späth die Antragskommission nochmals das Wort nehmen will.

Peter Jungen, Antragskommission: Meine Damen und Herren, ich meine, daß der Anregung, die Lothar Späth gegeben hat, im Grundsatz Rechnung getragen werden kann. Ich bitte nur zu verstehen, daß wir die Bundesregierung nicht beauftragen oder ihr einen Auftrag erteilen können. Ich schlage vor, das Wort „auffordern“ zu nehmen. Wenn Sie dieses Wort einsetzen, dann heißt es in dem Antrag:

... wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert zu prüfen ...

Es bleibt also bei dem Text, wie er ist. Statt des Wortes „gebeten“ wird „aufgefordert“ in den Text aufgenommen.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich will uns nur die Situation erleichtern. Ich schaue auch auf die Uhr. Denn ich habe den Eindruck, daß für die Empfehlung der Antragskommission eine breite Mehrheit gegeben ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hatte den Eindruck, daß diejenigen, die sich jetzt noch zu Wort gemeldet haben, eigentlich für die Empfehlung der Antragskommission sprechen wollen. Das Wort hat Herr Böckmann, Landesverband Rheinland-Pfalz.

Kurt Böckmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Ich komme aus einem Gebiet, wo zur Zeit noch 20 % Arbeitslosigkeit herrscht, darunter sind viele Jugendliche, von denen im Winter bis zu 40 % arbeitslos sind. Mit diesem Antrag wird es so hingestellt, als ob diese Jugendlichen nicht arbeiten wollten. Die wollen aber gerne arbeiten, wenn man ihnen eine Arbeit anbietet, wenn man ihnen eine Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeit gibt.

(Vereinzelt Beifall)

In dieser Form kann ich diese Empfehlung nicht annehmen. Ich selber bin alt genug. Ich habe von jung an gearbeitet. Aber ich denke an unsere Jugendlichen, die so gerne arbeiten wollen, die 50 und 100 Kilometer fahren, um zur Arbeit zu kommen: Die will

man, wenn sie arbeitslos sind, zu etwas verpflichten, damit sie Geld bekommen. Das kann ich nicht hinnehmen und nehme es auch nicht hin. Ich bitte entsprechend zu beschließen und den Antrag abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, als nächster hat Herr Mühr das Wort.

Heiko Mühr: Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Empfehlung der Antragskommission kein Kompromiß ist, weil sie in eine vollkommen falsche Richtung geht.

Ich komme aus dem Regierungsbezirk Weser-Ems in Niedersachsen, einem Gebiet mit sehr großen Strukturschwächen, mit der höchsten durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, mit Problembereichen: Frisothe und Ostfriesland. Sie kennen die Probleme. Ich muß sagen, daß die jüngsten Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit, die besonders den Weiterbildungsbereich berührt haben, auch den Bereich der Qualifizierung von Jugendlichen treffen.

Das Problem wird nicht durch diesen Antrag gelöst, sondern durch die Bewilligung von mehr Mitteln für die Bundesanstalt für Arbeit und für weitere Fortbildungsmaßnahmen. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt und nicht das, was die Antragskommission empfiehlt.

(Vereinzelt Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Blüm das Wort. – Herr Bundesminister, bitte schön.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren, ich bin dafür, daß man gerade den jungen Arbeitslosen Hilfen gibt, durch Weiterbildung, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Denn es ist ganz wichtig, nicht der Arbeit entwöhnt zu werden, sozusagen zum Aussteigen gezwungen zu sein. Hier werden Aussteiger per sozialem Schicksal erzwungen.

Nur warne ich davor zu glauben, es sei so einfach zu machen, wie dieser Antrag offenbar unterstellt.

(Vereinzelt Beifall)

Erstens brauchen wir dann viel mehr offene Stellen mit Weiterbildung. Dann brauchen wir viel mehr Mittel bei der Bundesanstalt. Ich frage, ob dafür Beitragserhöhungen akzeptiert werden.

Zweitens will ich darauf aufmerksam machen: Wenn Kostenneutralität gefordert wird, können nur Löhne weit unter Tarif gezahlt werden. Das kann nicht mitgemacht werden. Wir können nicht über die Arbeitsmarktpolitik die Tarife unterlaufen. Hungerlöhne werden nicht die Lösung des Arbeitslosenproblems sein.

(Beifall)

Auf diese schiefe Bahn möchte ich nicht kommen.

Ich will nochmals betonen: Ich bin immer dafür, unkonventionelle Wege zu gehen. Ich bin immer dafür, alles zu mobilisieren, damit junge Leute arbeiten. Ich finde, das Geld ist am nutzlosesten ausgegeben, wenn man damit Arbeitslosigkeit passiv finanziert. Das weiß ich wie Sie. Aber mit ein paar Federstrichen, wie das hier offenbar suggeriert wird, ist das Problem nicht zu lösen. Ich würde mich auf alle Fälle wehren, das Problem der Arbeitslosigkeit durch Untertariflöhne lösen zu wollen.

Das wäre eine moderne Form von Lohndrückerei. Das kann sich die CDU nicht leisten.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Als nächster bekommt Herr Arentz das Wort.

Hermann-Josef Arentz, Antragskommission: Meine lieben Parteifreunde! Ich meine, wir sollten einem berechtigten Anliegen nicht durch eine falsche Form Abbruch tun. Das Anliegen, dafür zu sorgen, daß nicht junge Leute mit 20 oder 22 Jahren dauerhaft auf der Straße liegen und sich keiner für sie zuständig fühlt und sich keiner um sie kümmert, ist berechtigt. Aber hineinzuschreiben, wir wollten das Arbeitslosengeld daran knüpfen – sind wir denn verrückt geworden? Das ist ein Rechtsanspruch. Den können wir überhaupt nicht mit einer gemeinnützigen oder sonstigen Tätigkeit verbinden. Deswegen, meine ich, ist das Äußerste, was wir beschließen können, der Vorschlag der Antragskommission.

Wenn wir hier eine Lösung finden wollen, dann schaut doch einmal, wie denn die Schulpolitik in SPD-regierten Ländern ist. Da sind doch Barrieren für junge Leute aufgebaut worden, daß sie weniger Chancen haben, in Arbeit und Beruf zu kommen. Ich meine, wir dürfen es nicht bei den falschen Einsätzen und Ansätzen belassen.

Jeder Vorschlag, der so aussieht, als wenn wir eine Form des Arbeitsdienstes für junge Menschen einführen wollten, ist verkehrt. Wenn wir etwas einführen wollen, was die Hilfe spüren läßt, die wir anbieten wollen, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Deswegen – so meine ich – können wir nur dem Vorschlag der Antragskommission hier folgen.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Als nächster hat sich noch einmal Herr Ministerpräsident Späth gemeldet.

Lothar Späth: Ich kann mich nicht mit der Erklärung zufriedengeben, daß es bei hoher Arbeitslosigkeit im Grunde keine andere Möglichkeit gibt, als junge Leute notfalls mit dem Nötigsten über die Sozialhilfe zu versorgen, und damit sei die Aufgabe des Staates erledigt. Das ist doch der Punkt. Ich kann die Aufregung gar nicht verstehen, wenn mir Leute sagen: Wir haben hohe Arbeitslosigkeit. Ich kann es nicht hinnehmen, daß hier in diesem Antrag die Eingliederung von jugendlichen Arbeitslosen in Arbeitsprozesse oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Weiterbildung verlangt wird.

Was ist denn das Ziel? Ich kann im Grunde locker sagen: In Baden-Württemberg bekommen wir die Jugendarbeitslosigkeit weg. Aber das ist doch keine Lösung für die Gebiete, in denen wir noch eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit haben.

Ich sage Ihnen jedoch eines: Wer junge Leute sich selber überläßt und zwar mit der Begründung, er habe bei der Bundesanstalt für Arbeit keine Stellen mehr und er könne auch keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme machen und es gebe zu niedrige Löhne, so daß auch dies nicht in Frage käme, und man mache also mit denen überhaupt nichts, wird keine Lösung finden. Man kann nicht junge Leute 5 oder 6 Jahre sich selber überlassen und dann fragen, ob sie noch eine Möglichkeit haben, von selber wieder in den Arbeitsprozeß zu kommen. Ich kann nur sagen: Wer die jungen Leute in einer bestimmten Phase ausgliedert, der verhindert, daß sie später durch Weiterqualifizierung und andere Möglichkeiten den Anschluß bekommen.

(Beifall)

Was ist denn unser großes Problem? Unser großes Problem ist doch bei den älteren und bei allen Arbeitslosen das Qualifikationsproblem. Worüber diskutieren wir denn die ganze Zeit? Daß die einfachen Arbeitsplätze durch die Rationalisierung immer schneller wegfallen und daß immer mehr Qualifikation gefragt ist. Jetzt wollen wir in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit nach der Albrecht-Initiative Strukturmaßnahmen beschließen. Wenn die neuen modernen Arbeitsplätze kommen, haben wir junge Leute, die wir sieben Jahre lang in der Arbeitslosigkeit gammeln ließen. Dann bekommen sie den Anschluß nicht. Wer dieses als menschenwürdig und als gut bezeichnet und dann über die Frage der Stellen von Nürnberg und über die Frage der Tariflöhne diskutiert, der hat sich um diese jungen Leute nicht genügend gekümmert. Das ist ein Vorwurf, der der CDU eines Tages gemacht wird.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Gehring aus dem Saargebiet das Wort.

(Zurufe: Saarland!)

– Aus dem Saarland; entschuldigen Sie. Ich bitte offiziell um Entschuldigung.

Willi Gehring: Der Kollege Badeck ist hiermit eingeladen, ins Saarland zu kommen. Er bekommt zwei Tage Aufenthalt und kostenloses Bier. Georg, benutz die Gelegenheit.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Herr Badeck, ich weiß mit Gewißheit, daß das Saarland wunderbar ist.

Willi Gehring: In beiden Anträgen ist von der Verpflichtung die Rede. In dem Initiativantrag ist davon die Rede, daß kein junger Mensch bis zum 25. Lebensjahr auch nur einen Tag – man muß sich das einmal über die Zunge gehen lassen – Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten sollte, ohne dafür wenigstens halbtags zu arbeiten usw.

Der erste Eindruck war bei mir mit dem Stichwort – entschuldigen Sie diesen Ausdruck; ich möchte niemanden beleidigen – Arbeitsdienst verbunden. Es tut mir leid. Auch die Abschwächung in der Vorlage der Antragskommission ist meiner Meinung nach ein Schritt zu weit.

Wir haben durch die Achte Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes – das hat uns die SPD vorgeworfen – mitgemacht und mit verwirklicht, daß sich auf dem Arbeitsamt niemand mehr so leicht an einem Angebot, das man ihm macht, vorbeidrücken kann. Dafür haben wir gekämpft. Das steht in der Achten Novelle. Ich empfehle, es einmal nachzulesen. Dafür haben wir den Wind ins Gesicht bekommen, und es wurde gesagt, wir wollten die Leute ausgrenzen.

Zweitens. Wir haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei den Gemeinden laufen. Dort sind junge Menschen drin. Kaufmännische Angestellte kehren bei mir zu Hause den Friedhof. Was ist denn das für eine Weiterbildung? Diese kommen auch einmal an das Ende ihrer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, und sie kommen wieder in eine neue hinein. Das ist eine Rotation. Dadurch, daß sie immer wieder meinen, sie wären dann bei einer Gemeinde gerade der eine von 20, der eingestellt wird, und daß sie es dann nicht sind, entstehen psychische Schäden. Denn aus dem Potential der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der vielen tausend Weiterbildungsmaßnahmen, die laufen und die anders als 1982 laufen – wir haben überall eine Verdreifachung oder eine Verdoppelung – werden zu wenig eingestellt.

Ich meine, wenn etwas gemacht werden muß, um junge Leute zu beschäftigen, um sie zu halten, um ihnen einen Acht-Stunden-Tag zu geben und um sie an das Aufstehen zu gewöhnen, dann geht das nur, indem wir die Bundesanstalt für Arbeit nicht aushungern und nicht Pleite gehen lassen, und dann geht das nur, indem wir die Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes verstärken und auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausstatten und sinnvolle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen auch für solche speziellen Problemgruppen innerhalb des Arbeitsmarktes machen.

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Herr Kollege, ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Willi Gehring: Jetzt frage ich mich: Warum bedarf das einer neuen Initiative? Die Bundestagsfraktion kann ja gezielt das Arbeitsförderungsgesetz auf solche Problemgruppen entsprechend anwenden und kann es entsprechend ändern. Aber dann von einer Verpflichtung zu reden und zu meinen, man hätte das Problem damit aus der Welt und man würde einem einzigen damit einen Arbeitsplatz bieten, wenn er aus der Maßnahme herausgeht, das halte ich für einen Fehlschluß.

Das beweisen die bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Viele haben freiwillig an ihnen teilgenommen und haben danach gehungert, anschließend eine Arbeitsstelle zu bekommen. Diese sind wieder hinausgeworfen worden.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich frage die Antragskommission, ob sie noch einmal dazu Stellung nehmen will. –

Dann lasse ich, meine Damen und Herren, über den Initiativantrag in Ziffer 52 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer diesem Antrag in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Das erstere war, glaube ich, die Mehrheit.

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren, wir stellen von hier oben fest, daß das erstere eindeutig die Mehrheit war. Damit ist der Antrag in Ziffer 52 in der Form der Antragskommission beschlossen.

Meine Damen und Herren, zu den Ziffern 51 bis 55 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich frage, ob Sie einverstanden sind, daß wir über diese Ziffern gemeinsam abstimmen. Ich glaube, dann können wir uns etwas Zeit sparen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann können wir über die Ziffern 51, 52, 53, 54 und 55 abstimmen. Wer diesen Ziffern in der Form der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit sind diese Ziffern einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir müssen noch einmal über die Ziffer 25 beraten. Ich darf daran erinnern, daß wir vorhin die Ziffer 25 ausgelassen haben. Hier hat sich die Antragskommission auf eine zusätzliche Formulierung geeinigt, die lauten soll: "und die Entwicklung der Geisteswissenschaften..." Das soll praktisch die Ergänzung sein. Sie können sich vielleicht noch an die Diskussion von vorhin erinnern.

Wer dieser Ziffer 25 in der Fassung der Antragskommission jetzt seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit, meine Damen und Herren, haben wir dieses zweite wichtige Kapitel abgeschlossen.

Ich darf mich bedanken. Ich glaube, wir haben gezeigt, daß wir auch nach Mitternacht noch eine sehr diskussionsfreudige Partei sind.

Zum Schluß möchte ich dem Herrn Bundeskanzler noch einmal das Wort geben. Bitte schön!

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, vor zwei Stunden habe ich in meinem Beitrag zur Geschäftsordnung darum gebeten, daß wir den jetzt abgeschlossenen Teil beraten und nur bis dahin überlegen, wie wir weiter verfahren. Ich habe angedeutet: Ich schlage angesichts der Zeitknappheit und wegen der großen Bedeutsamkeit des Kapitels „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“, das noch aussteht, vor, daß wir jetzt formell beschließen, diesen Teil zur weiteren Beratung dem Bundesparteiausschuß zu übertragen.

Ich schlage vor, daß wir zugleich einen Termin vorsehen, damit jeder sieht, daß das nicht für eine längere Zeit vertagt wird. Ich schlage vor, daß wir den Bundesparteiausschuß für Montag, den 12. September, einberufen. Das ist der frühestmögliche Termin nach der Sommerpause.

Das ist mein konkreter Antrag. Wenn er angenommen wird, können wir morgen früh um 9 Uhr wie besprochen in der Tagesordnung fortfahren.

(Beifall)

Georg Badeck, Tagungspräsidium: Ich glaube, ich kann gleich darüber abstimmen lassen, ob Sie mit dem Vorschlag des Bundeskanzlers einverstanden sind. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Es ist gegen wenige Stimmen so beschlossen. Ich darf mich bedanken.

Meine Damen und Herren, damit schließe ich die Plenarsitzung und berufe den Parteitag für Mittwoch um 9 Uhr wieder hier in diesen Saal ein. Ich bitte darum, pünktlich zu sein. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg und eine gute Nacht.

(Schluß: 0.32 Uhr)

Mittwoch, 15. Juni 1988

6. Plenarsitzung

Beginn: 9.16 Uhr

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne die 6. Plenarsitzung.

Ich heiße Sie alle willkommen und hoffe, daß Sie nach den disziplinierten Beratungen, die ja lange angedauert haben, eine gute Nacht gehabt haben und – ich bin überzeugt – ausreichend Schlaf gefunden haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

„Die CDU als moderne Volkspartei“

Zur Einführung erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, unserem Freund Dr. Helmut Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich darf mich zunächst – was ich zwar schon heute nacht getan habe – nochmals bei den vielen Delegierten bedanken – und es war eine große, große Mehrheit –, die bis in die frühen Morgenstunden bei der interessanten, aber auch schwierigen Debatte des gestrigen Tages ausgeharrt haben. Wenn heute in weiten Teilen der verfaßten öffentlichen Meinung deutlich gemacht wird, daß die CDU eine diskutierende Partei ist, ist das zwar für mich und die meisten hier keine Neuigkeit, aber wir lesen es gerne, wenn wir auch bei solchen Berichten die Wirklichkeit unserer Partei wiederfinden.

(Beifall)

Wir haben 25 Stunden intensiv gearbeitet, über 20 Stunden intensiv diskutiert. Ich glaube, das tut uns allen gut. Wir haben in diesen letzten zwei Tagen dieses Parteitages damit auch ein Zeichen programmatischer Stärke gegeben. Wir haben über einen wichtigen Teil unserer Programmatik und im Blick auf das christliche Menschenbild natürlich auch unseres Selbstverständnisses gesprochen.

Beim heutigen Tagesordnungspunkt wenden wir uns sozusagen an uns selbst. Wir brauchen das nicht in einer selbstquälereischen Weise zu tun, wie es manches Mal in anderen politischen Organisationen vonstatten geht, aber mit der nüchternen Erkenntnis, daß es nach über 40 Jahren Arbeit in und für unsere Christlich Demokratische Union sehr wohl am Platze ist, auch eine Standortbestimmung vorzunehmen und darüber nachzudenken, was eben die Volkspartei CDU ausmacht. Wir müssen uns selbstkritisch fragen: Entsprechen wir mit unserem Bild, in dem, wie wir in der Öffentlichkeit auftreten, und in dem, wie wir das Leben der Partei auch im inneren gestalten, diesem ja doch hohen Anspruch, Volkspartei zu sein?

Es ist auch wahr – ich will es hinzufügen, weil viele es nicht ohne weiteres begreifen, die nicht mitten in einer solchen Partei stehen: Alle Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland arbeiten zunehmend unter erschwerten Bedingungen. Es ist unüberseh-

bar, daß sich das gesellschaftliche Umfeld spürbar verändert hat, daß damit eine neue Herausforderung auf uns zukommt. Ich sage es noch einmal, diese Herausforderung geht alle Volksparteien an. Wenn Sie unseren großen Konkurrenten, die SPD, betrachten, – sie hat eine andere Tradition, ein anderes Herkommen, aber durchaus auch viele Merkmale einer großen Volkspartei mit uns gemeinsam – dann sehen Sie, es gibt vergleichbare Probleme. Wir wollen uns heute und in den nächsten Monaten damit beschäftigen, was wir tun können, um unsere Partei richtig auf die Zukunft einzustellen.

Eine der Herausforderungen der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist die unübersehbare Entwicklung zur Freizeitgesellschaft. Die Bürger unseres Landes haben heute mehr Freizeit zur Verfügung als je zuvor. Ich sehe einen Zusammenhang dieser Entwicklung mit dem Zurückgehen der Bereitschaft, sich dauerhaft zu engagieren, ob in Vereinen, Verbänden, in Gewerkschaften oder sonstwo. Es gibt einen unübersehbaren Zug zu einer zunehmenden Individualisierung. Nicht wenige meiden feste Bindungen etwa an Vereine und Verbände. Man erwartet zunehmend ein unverbindliches Programmangebot, aus dem man sich dann nach eigenem Belieben das Passende herauspicks.

Ich will es mit einem Beispiel sagen, das Sie heute überall im Vereinsleben der Sportbewegung beobachten können. Früher war es selbstverständlich: Wer sich im Sport engagiert, ging zu einem Verein. Heute wählen viele den Weg etwa in ein Fitneßcenter – ohne jene Verbindung, auch ohne die Rechte und Pflichten, die in einem Verein mit erwachsen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine solche Veränderung der Verhaltensweisen nicht ohne Auswirkung auf die politischen Parteien bleibt.

Hinzu kommt für uns – und das ist gestern in der großen Debatte über das christliche Menschenbild hier für jeden spürbar gewesen –, daß sich eine Partei wie die CDU als wertorientierte Volkspartei vor einem besonders schwierigen Problem sieht.

Die Einstellung vieler Menschen hat sich verändert. Nicht die Werteordnung hat sich verändert, aber die Einstellung zu ihr.

Hier ist ein Wandel in Gang gekommen, der für eine Partei wie die Christlich Demokratische Union notwendigerweise Auswirkungen haben muß.

Liebe Freunde, um es klar auszusprechen – viele haben es noch nicht richtig in sich aufgenommen –: Wir als CDU können uns heute nicht mehr – wie etwa noch vor 40 Jahren – darauf verlassen, daß unsere Wertüberzeugungen praktisch Allgemeingut sind, daß sie von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung selbstverständlich geteilt werden. Bis tief in die Kirchen hinein geht die Unsicherheit. Widersprüchliche Meinungen in Fragen der geistigen Orientierung nehmen zu. Das sind Widersprüche, die ganz unmittelbar auch den einzelnen betreffen.

Ein Verlust an Glauben und das Nachlassen der Bindungskraft christlicher Werte kennzeichnen heute weite Teile unserer Gesellschaft, und sie wirken weit über den religiösen Bereich hinaus. Wir haben es mit einer Entwicklung zu tun, die man zu

Recht als Säkularisierung bezeichnet. So ist beispielsweise der gesellschaftliche Stellenwert von Ehe und Familie umstritten. Gerade dies ist jedoch eines der großen Themen unserer Partei. Wenn wir uns für die Stärkung der Familie einsetzen, dann doch deswegen, weil sie der erste und der wichtigste Ort der Sinnvermittlung ist und weil für Kinder Geborgenheit nach unserer Überzeugung nur in der Familie erfahrbar ist.

(Beifall)

Wir können dafür aber nicht immer mit Beifall rechnen.

Mehr noch als bisher müssen wir heute für unsere politischen Entscheidungen werben. Wir müssen auch immer wieder deutlich machen, welche Wertvorstellungen, welche Prinzipien diesen Entscheidungen zugrunde liegen. Ich habe dieser Tage bei dem großen Festakt anlässlich des 40. Geburtstages unserer D-Mark daran gedacht: Vieles von dem, was dort gesagt wurde, ist für die meisten unserer Bürger so selbstverständlich, daß es für sie überhaupt kein Thema mehr ist. Hierin liegt eine Herausforderung, die eine Partei wie die CDU bestehen muß.

(Beifall)

Die für mich kritischste Frage an die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist heute, inwieweit wir wirklich begreifen, daß die alte Erkenntnis nach wie vor gilt: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten – und wer Pflichten hat, der hat auch Rechte. Dies ist immer ein Grundsatz unserer Politik gewesen.

(Beifall)

Wir müssen – angefangen bei der Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zu einzelnen Fragen der Innenpolitik – immer wieder offensiv erklären, daß es Freiheit nicht zum Nulltarif geben kann.

Ich will einen anderen wichtigen Punkt nennen. Wir alle wissen, daß die Medien die Bedingungen der politischen Arbeit enorm verändert haben. Die Art und Weise der öffentlichen Darstellung von Politik durch die Medien kann nicht aus der Diskussion ausgeblendet werden – schon gar nicht bei einer Partei, die als Volkspartei den lebendigen Kontakt zu den Bürgern des Landes besonders pflegen muß.

Wir wissen, daß das Wirken freier Medien für unsere Demokratie lebensnotwendig ist. Wir wissen, daß es ohne freie Presse keine Freiheit gibt. Das ist ein Grundsatz aller Demokratien und eine Grunderfahrung der Geschichte.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sehen aber auch, daß der Drang zu immer Neuem und Sensationellem zu Erscheinungen führt, die durchaus auch Sorge bereiten müssen. Wir erleben, daß die Probleme oder auch die Meinungen von Randgruppen oftmals in einer völlig überzeichneten und überdimensionalen Weise dargestellt werden. Die Demonstration vor dem Kasernentor, der Aktionismus fahnen-schwenkender oder verummter Hausbesetzer lassen sich eben sehr viel medienwirksamer in Szene setzen als beispielsweise der Dienst der vielen Zehntausende Soldaten, die ganz selbstverständlich ihre Pflicht tun.

(Beifall)

Im übrigen finden manche dieser Inszenierungen bekanntlich nur dann statt, wenn überhaupt die entsprechende Publizität gewährleistet ist.

(Beifall)

Die Meinung der schweigenden oder eher zurückhaltenden Mehrheit und derer, die ganz einfach – und, wie manche meinen, ganz langweilig – ihre Pflicht tun, kommt hingegen selten zur Geltung – und sie wird, wie ich finde, viel zu wenig gewürdigt.

Es ist so eine Eigenwelt entstanden, die durch ihre Existenz selbst zum politischen Faktor geworden ist.

Politik wird immer mehr auch als Unterhaltung angeboten, das richtet sich übrigens auch an die eigene Adresse. Politische Fernsehdebatten – ich erlebe das ja selbst und versuche, nicht immer mit Erfolg, dem auszuweichen, – werden mehr oder minder auch als Gladiatorenkämpfe inszeniert, in denen für differenzierte Meinungen oder, was für unsere Demokratie genauso wichtig ist, das Stück Gemeinsamkeit, das wir brauchen, kaum mehr Platz ist.

Ich wehre mich leidenschaftlich dagegen – und deswegen spreche ich das hier so offen an –, für dieses Thema nur die Journalisten verantwortlich zu machen; das wäre gänzlich unredlich. Denn zu all diesen Aufführungen, die Sie in Bonn erleben – Sie brauchen nur an das sogenannte „Sommertheater“ zu denken – gehören bekanntlich immer zwei. Bei vielen, meine Damen und Herren, ist es ja nicht der jeweilige Redakteur, der die Initiative ergreift, sondern es sind ihm viele nachgelaufen, um an einer solchen Inszenierung teilnehmen zu können.

(Beifall)

Ich glaube, daß sich weder die Politik noch die Publizistik mit derartigen Schaustellungen auf die Dauer einen Gefallen erweisen. Aber sie sind eine Realität. Sie sind vor allem eine Realität im Hinblick auf jenen Ärger, über den wir hier am Montagnachmittag intensiv gesprochen haben. Viele unserer Freunde sind, wenn sie morgens die Zeitung aufschlagen oder am Abend die Nachrichten hören, mit Recht verärgert. Es gehört leider zu meinem Bonner Alltag, daß ich oft genug erlebe, daß jemand am Montag etwas inszeniert, sich dann eine ganze Woche mit einem Thema beschäftigt, das kein Thema ist, und daß dann oft diejenigen, die dies mit herbeigeführt haben, am Freitag bedauern, daß so etwas überhaupt möglich war. Das Maß an Heuchelei auf diesem Feld ist schon ganz beachtlich.

(Beifall)

Für den Bürger, der dies sieht und meist gar nicht verstehen kann, ergibt sich das Bild einer ritualisierten Betriebsamkeit. Er erlebt Bilder und scheinbare Ereignisse, die dann – sensationell aufgemacht – große Aufmerksamkeit finden – die, so füge ich nach manchen Erfahrungen der letzten Jahre im Bereich des Umweltschutzes hinzu, auch durchaus ein Stück Hysterie erzeugen. Die Ereignisse werden dargestellt, und sie sind ebenso schnell verschwunden. Man fragt sich nach acht Tagen: Über was hat man sich dabei aufgeregt? Dies ist eine Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung, die dem Land auf Dauer nicht guttut – und zwar niemandem im Lande guttut.

(Beifall)

Für viele unserer Freunde – und das ist auch immer mehr ein Problem auch der Partei – sind dieser rasche Themenwechsel und auch die Tendenz, komplizierteste Sachverhalte auf einen knappen Zwei-Minuten-Nenner zu bringen, im Alltag eine zunehmende Erschwernis. Dies gilt vor allem für jene, die sich in der Politik nicht hauptamtlich engagieren, sondern ihre freie Zeit in ein Ehrenamt investieren. Während der eine oder andere noch dabei ist, ein Thema sachkundig zu erarbeiten, erscheint schon das nächste Thema im Blickfeld. Auch diese Überforderung führt zu mancherlei Ärger.

Liebe Freunde, was ich jetzt sage, ist bereits von Konrad Adenauer vorgeschlagen worden – dieser Vorschlag war schon damals nicht sehr erfolgreich, trotzdem wiederhole ich ihn –: Ich rate uns allen – mir im übrigen auch –, daß wir mehr Gelassenheit gegenüber all dieser Hektik aufbringen.

(Beifall)

Wir sollten auch – das gilt vor allem für die politischen Akteure in der vordersten Linie, aber auch für die Ränge –, auf eine Äußerung, die häufig überhaupt nicht stimmt – die heutigen Tageszeitungen sind wieder voller Beispiele dafür –, nicht sofort in einer Weise reagieren, daß wir vorgeführt werden. Das heißt ganz einfach, daß vor allem diejenigen von uns, die Verantwortung tragen, zunächst einmal miteinander sprechen, statt übereinander. Das ist eine Erfahrung aus dem privaten Leben; dies gilt auch für die Politik.

(Beifall)

Ich höre immer den Ratschlag: Ihr müßt das alles sehr viel „besser verkaufen“. Nur, meine Damen und Herren, es ist sehr schwierig, einen politischen Sachverhalt zu „verkaufen“, wenn sich schon einige dazu geäußert haben, die noch gar nicht zur Kenntnis genommen haben, was wirklich beabsichtigt ist.

(Beifall)

Diese Art von Profilierungssucht hat uns mehr geschadet als alles andere. Weil dies so ist, appelliere ich hier – mehr kann ich ja nicht tun – an uns alle und vor allem an die, die unmittelbar betroffen sind: Wir sollten weniger darüber reden, daß wir „Basiserfahrung“ haben, sondern es der Basis ersparen, solche Erfahrungen zu machen.

(Beifall)

Im übrigen wird niemand daran gehindert, unsere Partei und ihre großartigen Leistungen sowie die vielen guten Leute – Männer und Frauen – die aus unserer Partei hervorgegangen sind und dem Land gedient haben, auch zu loben. Ich weiß nicht, warum es bei uns eine solche Zaghaftheit hinsichtlich des Lobens gibt.

(Beifall)

Die meisten Pädagogen wissen, daß eine wirklich vernünftige Erziehung nicht möglich ist, wenn nicht auch einmal aus vollem Herzen Lob gespendet wird. Wir reden oft vom christlichen Menschenbild, liebe Freunde: Dazu gehört auch, daß wir freundlich miteinander umgehen können.

(Beifall)

Wir sind doch – jedenfalls die meisten von uns – in diese Partei gekommen, damit wir hier auch eine politische Heimat finden. Unsere österreichischen Freunde haben ein gutes Wort, das bei uns völlig aus dem Sprachgebrauch verschwunden ist. Sie nennen die Partei eine „Gesinnungsgemeinschaft“. Dieser Begriff spiegelt etwas von der Überzeugung wieder, die uns zusammengeführt hat, die uns in der CDU verbindet, die uns beispielsweise auch mit unserer Schwesterpartei, der CSU, verbindet. Aber, es könnte auch von beiden Seiten noch viel deutlicher gemacht werden, daß wir Schwesterparteien sind – und zwar jeden Tag und immer wieder, wenn wir miteinander reden.

(Beifall)

Die Festigkeit im Prinzipiellen und die Treue zu den Grundsätzen müssen sich bei uns mit der Offenheit für die Fragen, Sorgen und Hoffnungen von Menschen verbinden – Fragen, Sorgen und Hoffnungen, die sich auch immer wieder verändern. Wenn ich mir beispielsweise überlege, wie sehr uns das Thema „Leben“ gestern bewegt hat und wie bei diesem Thema über die Existenz der einzelnen Menschen hinaus auch der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes – eine Herausforderung, wie wir sie beispielsweise jetzt erneut in der Nordsee erfahren – angesprochen wurde, dann kann ich nur sagen: Wer eigentlich, wenn nicht wir, die Christlichen Demokraten, die sich immer auch als Wertkonservative verstanden haben, ist fähig dazu, mit dieser Herausforderung fertig zu werden?

(Beifall)

Hier haben wir eine wichtige Aufgabe.

Beides gehört zusammen. Die CDU darf nicht erstarren, aber wir dürfen uns ebensowenig von modischen Strömungen treiben lassen.

Liebe Freunde, ich weiß, dies ist nicht einfach: Wir müssen uns auch bemühen, der Versuchung zu widerstehen, uns einfüchtig – nur auf den Beifall des Tages ausgerichtet – an den jeweiligen Zeitgeist anzupassen. In diesen 15 Jahren habe ich auf diesem Feld Erstaunliches erlebt. Der Zeitgeist hat sich so oft gewandelt. Es gab so viele Prognosen, die sich als total falsch erwiesen haben. Es sind so viel Sterne auf- und so rasch wieder untergegangen. Deswegen mahne ich uns selbst – ich sage es noch einmal – zur Gelassenheit. Nicht beflissener Populismus, sondern Grundsatztreue – das war Stärke der Partei und hat sich immer ausgezahlt.

(Beifall)

Ich habe es am Montag gesagt: Wenn Sie die über 40 Jahre der Geschichte der Partei betrachten, dann werden Sie bis in die allerletzten Jahre feststellen: Wir waren immer dann am stärksten, wir waren von den anderen nicht zu schlagen, wenn wir immer wieder unseren Kurs, von seiner Richtigkeit überzeugt, durchgehalten haben: ob das früher bei der Grundsatzfrage Soziale Marktwirtschaft war oder bei anderen Entscheidungen. Ich sage es auch den Jüngeren hier, die es nicht erlebt haben: Die schwierigen Jahre des Neubeginns waren ja nicht mit der Einführung der D-Mark und einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung abgeschlossen, sondern sie dauerten zumindest bis zum Ende der Korea-Krise.

Alle, die jetzt sagen, daß Erhard schon in jenen Tagen der Größte war, vergessen, daß die Partei das damals überhaupt nicht dachte, daß vielmehr ganz andere Gedanken umgingen. Er und wir mußten uns damit durchsetzen. Das war für Konrad Adenauer beim Beitritt in den Europarat und in die NATO nicht anders. Das war bei vielen Stationen in diesen Jahrzehnten immer wieder so, bis hin zum NATO-Doppelbeschluß, zum § 116 AFG und bei vielen Beispielen aus unseren Tagen. Je mehr wir uns gegen teilweise erbitterten Widerstand durchsetzten, um so größer waren später auch unsere Erfolge.

Ich habe nicht ohne Grund auf jene Zeit vor 40 Jahren zurückgeblickt: Es gehört nicht nur zum Leben eines Volkes, aus seiner eigenen Geschichte zu lernen und auch Hoffnung für die Zukunft zu schöpfen; es gehört auch zum Leben einer Partei, daß wir immer wieder im Rückblick sehen, welchen Weg wir gegangen sind. Ich sage es noch einmal: Gefragt sind Verlässlichkeit und Stehvermögen.

Dazu gehören aber auch Offenheit und Weiterentwicklung unserer Politik auf der Grundlage der Grundwerte. Nur so ist es uns doch gelungen, die große Volkspartei zu werden, in der alle sozialen Gruppen und Schichten zusammenkommen.

Ich werde oft von Ausländern gefragt, wie das in der CDU funktioniert. Nun, liebe Freunde, wenn wichtige Repräsentanten der deutschen Wirtschaft, Gewerkschaftsführer, Bauernführer, Leute aus dem Mittelstand, aus allen Gruppen – ich will sie gar nicht aufzählen –, in dieser Partei Heimat gefunden haben, ist es natürlich nicht einfach, bei einer breiten soziologischen Streuung einen Kompromiß etwa in der Steuerreform zu finden. Das erfordert eine breite Diskussion. Dann kommen die ganz Schlaunen, die sagen: Ihr müßt alles ausgiebig untereinander diskutieren und am gleichen Tag entscheiden! – Wir müssen miteinander diskutieren, und die Diskussion schadet uns nichts, nur der Stil des Umgangs in der Diskussion kann uns schaden, und das ist doch die Erfahrung auch der letzten Wochen.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang will ich auf eine der wichtigsten Leistungen der Union in Deutschland und für unser Volk hinweisen, nämlich die besonders geschärfte Fähigkeit zum Kompromiß. Sie ist für unsere Partei ein Lebenselement, denn ohne Kompromiß kann eine Partei, die in der Bevölkerung in allen sozialen Schichten verankert ist, überhaupt nicht arbeiten. Wenn Sie die vierzigjährige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der CDU, nicht zuletzt auch die Geschichte des Verhältnisses von CDU und CSU, verfolgen, dann werden Sie finden, daß wir bei allen Fortschritten, die wir in diesen Jahrzehnten gemacht haben, immer wieder zunächst die Notwendigkeit erkannt und dann auch die Fähigkeit bewiesen haben, vernünftige Kompromisse untereinander zu finden. – Unsere Entscheidungen waren fast immer auch ein tragfähiger Kompromiß für die Gesamtbevölkerung, die sich in dieser Partei wiederfinden kann.

Deswegen lassen wir bitte nicht zu – ich höre gelegentlich solche Töne in der Partei –, daß die Notwendigkeit des Kompromisses bei uns als etwas Negatives betrachtet wird. Die Verteufelung des Kompromisses in der Demokratie nimmt erst ein Stück der Chancen, die die Demokratie bietet. Wir können ohne Kompromiß im Alltag der Politik nicht auskommen.

(Beifall)

Aber – damit bin ich wieder beim Stil unserer Politik – es kommt darauf an, mit welchem Stil, mit welcher Umgangsform wir solche Kompromisse finden, ob beispielsweise – ich verwende dieses Wort, das viele als altmodisch betrachten – die Würde des anderen dabei gewahrt wird. Es ist niemandem in der CDU erlaubt, seine Gruppe für eine bessere Gruppe in der CDU zu halten und andere auszugrenzen oder abzuordnen. Ich habe es in diesen Jahren als meine Aufgabe betrachtet, alle Gruppen in der Partei zusammenzuführen.

Liebe Freunde, damit komme ich zum Thema unserer Mitgliederstruktur. Mehr als 60 % der Mitglieder der CDU Deutschlands heute sind während unserer Oppositionszeit in den Jahren 1969 bis 1982 in die Partei gekommen. Sie wissen so gut wie ich: manche zunächst und vor allem in einer harten und schroffen Ablehnung der damaligen Regierungskoalition und erst dann in der Zuwendung zur Programmatik der Christlichen Demokraten. Der eine oder andere – das merken Sie aus dem einen oder anderen Austrittsschreiben, die ich mir von einzelnen Kreisverbänden immer wieder vorlegen lasse, – von denen, die uns in den letzten Jahren den Rücken kehrten, hat diesen Schritt nicht zuletzt deswegen getan, weil er an diesem Punkt ein völlig anderes Parteiverständnis hatte.

Ich will deutlich sagen: Wir sind nicht Christliche Demokraten geworden, um auf Zeit und Ewigkeit Oppositionspartei zu sein. Wir sind eine Partei, die gestalten will, deren Machtverständnis immer darin bestand, zu gestalten, Verhältnisse zu verbessern, dem Land zu dienen. Wir alle haben diesen Wechsel 1982 gewollt, wir haben hart dafür gearbeitet, aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß der Wechsel auch ein Mehr an Verantwortung für uns gebracht hat, und daß daraus auch Konsequenzen entstehen.

Es ist doch wahr – warum soll man es nicht offen sagen? –: Die Zeit hat uns gelegentlich auch eingeholt, bis hin zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. In der Opposition konnten wir wie jede Opposition – das erleben wir ja auch jetzt wieder – diese oder jene Auffassung sehr viel rigider und radikaler vertreten als in der Regierungsverantwortung. Das gehört zum Wesen der Opposition. Ich sage es nicht abwertend, aber die Opposition ist im Regelfall nicht in der Lage, den Beweis dafür anzutreten, daß dieser oder jener Vorschlag auch tatsächlich der richtige und der bessere ist.

Heute erleben die Mitglieder – dieses Umdenken ist für manche trotz der mehr als fünf Jahre, die seit unserer Regierungsübernahme verstrichen sind, nicht so einfach –, daß sie vor Ort ganz unmittelbar für Handlungen der Bundesregierung in Anspruch genommen und auch beschimpft werden. Das ist eine völlig andere Lage als während der Oppositionszeit. Ich sage das immer wieder, auch meinen Kollegen in Bonn: Wir sollten weniger von der Basis reden – ich mag diese Proklamation schon gar nicht mehr hören –, wir sollten in der praktischen Politik jeden Tag bedenken, welche Konsequenzen sie für die Mitglieder hat.

(Beifall)

Dazu gehört auch das, was eine Koalition selbstverständlich erfordert, nämlich wiederum Kompromisse. Dabei muß klar gesagt werden: Jeder, der genau hinschaut, kann erkennen, daß die Handschrift der größten Regierungspartei in den wichtigen Sachfragen der deutschen Politik unverkennbar ist: ob ich den klaren Kurs in der Sicherheitspolitik nehme, die Verbesserung unseres Verhältnisses zur DDR im Interesse der Menschen im anderen Teil Deutschlands, den neuen Anlauf nach Europa, alle Fragen, die mit der Verbesserung der Standortbedingungen der Bundesrepublik und der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft zu tun haben. Ich denke vor allem auch an die Familienpolitik und den Umweltschutz. Ich könnte die Liste verlängern.

Die Koalitionsarbeit ist eine schwierige Arbeit, aber es gibt keine Alternative zu dieser Koalition. Ich wage auch im Blick auf das Jahr 1990 die Behauptung: Viele, die diese oder jene Hochrechnung anstellen, werden erleben, daß es auch 1990 keine Alternative zu dieser Koalition geben wird.

(Beifall)

Aber zum Wesen einer Koalition gehört, daß sich die Partner nicht gegenseitig überfordern. So gibt es zum Beispiel das Problem der sehr unterschiedlichen Dimensionen, etwa hinsichtlich der Zahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Da ist derjenige, der einer kleineren Fraktion angehört, in der Regel eher angeregt, besonders laut und aufgeregt zu sein. Auch das ist eine Erfahrung, meine Damen und Herren.

Wir sollten als CDU dazu ganz gelassen sagen: Wir akzeptieren das bis zu einem gewissen Grade, aber es gibt für uns auch eine Schmerzgrenze, wo es für uns unerträglich wird.

(Beifall)

Auch hier gilt der Satz: Solange wir über die Sache debattieren, ist das alles ohne Schwierigkeit zu akzeptieren. Solange wir die Sache auch verständlich vortragen, finden wir bei unseren Mitbürgern – manchmal sogar in hohem Maße – Anklang. Was wir aber nicht dürfen – ich sage es noch einmal –, ist, Sachthemen mit Personalien zu verknüpfen, weil es dann letztlich nicht mehr um die Sache geht.

Es trägt nicht zu unserer Glaubwürdigkeit bei – auch das muß einmal klar angesprochen und gerügt werden –, wenn innerhalb der Koalition, aber auch innerhalb unserer Partei und innerhalb der Gemeinschaft von CDU und CSU gelegentlich ein Umgangston herrscht, den nahezu niemand von uns im privaten Umgang zu Hause dulden würde.

(Beifall)

Niemand, der in einem solchen Ton spricht, sollte glauben, daß er damit Prestige gewinnt. Wenn er sich umhört, wird er feststellen, daß das die Leute abstößt. Und sie haben ja auch recht und insoweit meine volle Sympathie.

Das heißt also, daß wir miteinander reden müssen. Kritik ist notwendig, und sie ist auch hilfreich, vor allem dann, wenn sie konstruktiv ist und Verbesserungsvorschläge

enthält. In einer so großen Partei ist es auch selbstverständlich, daß Kritik hart aufeinanderstößt. Wichtig ist dabei – ich sage es noch einmal – der Umgangsstil untereinander. Wir brauchen einen offenen, sachbezogenen Dialog.

Alle die Schwierigkeiten, von denen ich ganz offen gesprochen habe, treffen natürlich eine Partei, die die Nr. 1 in der Regierung ist, stärker als andere. Das führt zu Enttäuschungen, führt auch zu Parteaustritten. Wir haben seit 1983 rund 5 % unserer Mitglieder durch Parteaustritt verloren. Viele von denen, die die Partei verlassen haben, gehören zu jenen, die zwischen 1969 und 1982 zu uns kamen.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch die Frage stellen, liebe Freunde – und es ist wichtig, daß wir darüber zu Hause noch weiter diskutieren: Ist die Art unserer Parteiarbeit heute noch so – das gilt für alle Ebenen der Partei –, daß wir über die wirklich bewegenden Probleme des Landes hinreichend diskutieren? In den Parteigliederungen, insbesondere in den Orts- und Kreisverbänden beschäftigen wir uns aus guten Gründen intensiv mit Kommunalpolitik. Eine bürgernahe Kommunalpolitik ist außerordentlich wichtig. Sie ist eine der Erfolgsgarantien der CDU. Als ich 1973 zum Parteivorsitzenden der CDU gewählt wurde – Sie erinnern sich –, habe ich die Parole vom Sturm auf die roten Rathäuser ausgegeben. Wir sind damals viel belächelt worden. Weil wir die Rathäuser gestürmt haben, sind wir in den Ländern und letztlich auch im Bund wieder an die Regierung gekommen. Das ist eine ganz einfache Faustregel.

(Beifall)

Aber ich muß auch anmerken: Es gibt nicht wenige in der Partei, die aus Gründen, die ich respektiere, nicht primär an Kommunalpolitik interessiert sind, sondern die lieber über die anderen großen, bewegenden Themen sprechen wollen. Nicht wenige von ihnen bleiben weg, wenn diese Themen in lokalen und regionalen Gremien nicht in angemessener Weise – in der richtigen Balance – wiederfinden. Wir werden gerade jetzt, in dieser kritischen Zeit, die öffentliche Diskussion nicht bestehen können, wenn nicht auch auf der Ebene unserer Kreis- und Ortsverbände über die notwendigen Entscheidungen diskutiert wird, die hier gestern angesprochen worden sind: zu den Fragen der Familienpolitik, der Sicherung des Friedens in Freiheit, der Sicherung des Standorts Bundesrepublik Deutschland, der Umwelt, der Menschenrechte. Ich könnte die Liste verlängern.

Mir bereitet Sorge – das geht weit über die Partei hinaus, bezieht sich aber auch auf unsere Partei –, daß viel zuwenig erkannt wird, was in vier Jahren geschieht, wenn der große europäische Binnenmarkt Wirklichkeit wird.

(Beifall)

Dann haben wir uns auf eine veränderte Qualität unserer Gesellschaft einzustellen.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darüber diskutiert, ob wir nicht zu einer anderen Aufgabenverteilung in den einzelnen Parteivorständen kommen müssen. Die Bundespartei hat schon 1978 Modelle entwickelt und vorgelegt. Ich wage zu bezweifeln, daß die Empfehlungen ausreichend umgesetzt wurden.

In vielen Bereichen bieten wir nicht die richtigen Ansprechpartner. Meine Damen und Herren, wenn eine Lawine losbricht, wenn plötzlich Plakate in Apotheken und in Arztpraxen hängen, dann müssen wir uns sofort der Debatte stellen. Wir können nicht abwarten, bis diese – oft genug sachlich wenig begründeten – Aktivitäten in der Bevölkerung volle Wirksamkeit zeigen.

(Beifall)

Das heißt – und auch das ist ein altes Diskussionsthema –, daß wir noch mehr als bisher den Sachverstand unserer vielen Mitglieder nutzen müssen, die weder ein Mandat noch ein Amt anstreben, aber dennoch ihre Kenntnisse in die Partearbeit einbringen wollen.

(Beifall)

Es gibt viele etablierte und routinierte Zirkel, in denen man neuen Gesichtern mit Mißtrauen begegnet, weil vielleicht Konkurrenz entstehen könnte. Das marktwirtschaftliche Prinzip, daß Öffnung die Chancen erweitert, gilt aber auch in diesem Fall.

(Beifall)

Niemand von uns darf sich abkapseln. Ich sage bewußt: niemand von uns! Ich sage ebenso: Diejenigen, die in der Parteiführung Funktionen haben, müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Das letzte, was wir brauchen können, ist eine „Verbonzung“ unserer Partei – das würde uns den Bürgern entfremden.

(Lebhafter Beifall)

Dabei haben wir ein Phänomen zu berücksichtigen, das auch ich, ehrlich gesagt, gelegentlich übersehe. Die meisten Menschen im Land wollen sich in ihrem Lebensalltag nicht von morgens bis abends mit Politik beschäftigen. Sie wollen ihren eigenen, ganz unterschiedlichen Interessen nachgehen. Jemand, der wie ich – und auch andere hier im Saal, es sind wohl die meisten – sein Leben der Politik widmet, mag das nicht immer verstehen – er schaut vielleicht sogar in einer Stunde der Muße mit einem gewissen Neid auf jene, die sich nicht rund um die Uhr mit diesem Thema beschäftigen.

(Beifall)

Aber, um es noch einmal zu betonen, die Menschen haben unterschiedliche Interessen. Wir sind die Partei der Freiheit. Wer die Freiheit der Bürger proklamiert, der muß auch ihre Freiheit verteidigen, daß sie zu bestimmten Zeiten eben nichts von Politik wissen wollen. Auch das gehört zum Alltag und zu den Wünschen der Menschen, die wir zu respektieren haben.

(Beifall)

Dies unterscheidet uns doch gerade von den Ideologen. Wir lehnen eine Totalität des Politischen, eine Politisierung aller Lebensbereiche ab – so ernst wir politische Arbeit auch nehmen.

Wenn sich also unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht vorrangig – von morgens bis abends – mit Politik beschäftigen, wenn sie sich stattdessen entschließen, in Sport-, in Musik-, in Heimatvereinen oder in kirchlichen Verbänden aktiv zu sein, so tragen sie damit in einer wichtigen Weise zu einer menschlichen Gesellschaft bei, zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Wir müssen sie dabei unterstützen.

Damit komme ich zu einem anderen Stichwort. Es ist eigentlich ein unglückliches Wort, ich mag es nicht: das Wort vom „vorpolitischen“ Raum. Wenn man das wörtlich nimmt, wäre es ja so, als gäbe es da einen Raum, der weit vor der Politik liegt. Aber alles, was im „vorpolitischen“ Raum geschieht, ist in Wahrheit von höchster politischer Bedeutung.

(Beifall)

Was in diesem breiten Spektrum auf verschiedenen Gebieten geschieht, ist für uns von großer Bedeutung. Ich will zwei Beispiele nennen, die ich für besonders wichtig halte, ohne damit andere Bereiche vernachlässigen zu wollen. Ich glaube zum Beispiel, daß wir uns gerade auch im Hinblick auf die Entwicklung der Gesellschaft – ich sprach von der Wertediskussion – intensiver im kirchlichen Bereich engagieren müssen. Ich vermisste oft dieses Engagement.

(Beifall)

Das gilt für Jüngere ebenso wie für Ältere; das gilt für die Repräsentanten unserer Partei auf allen Ebenen. Wir sind die Christlich Demokratische Union. Die meisten von uns sind in diese Partei gekommen, weil sie ihren Beitrag leisten wollen, aus christlicher Verantwortung unseren Staat und unsere Gesellschaft zu gestalten. Unsere Glaubensheimat sind unsere Kirchen. Das brauchen wir zwar nicht jeden Tag zu betonen. Aber im Alltag ist es wichtig, daß diejenigen, die mit uns gemeinsam in unseren Kirchen sind, auch spüren: Dies ist unsere CDU. Es ist wichtig, dies immer wieder – nicht nur in Worten, sondern durch Taten – deutlich zu machen.

(Lebhafter Beifall)

Ich komme zu einem anderen wichtigen Feld: der Welt von Kunst und Kultur. Es gibt weltweit eine Grundeinstellung, wonach die ökonomischen Daten die einzigen wesentlichen Daten in der Existenz eines Menschen sind. Nun braucht mir niemand zu sagen – und jeder im Saal weiß es, wie wichtig die wirtschaftliche Entwicklung für uns ist –, daß wir das Geld verdienen müssen, bevor wir es ausgeben können, daß soziale Sicherheit, daß Investitionen für die junge Generation sowie die Sicherung des Lebensabends für die Älteren nur durch wirtschaftliches Wachstum möglich sind. Aber menschliche Bindungen, übrigens auch zwischen den Völkern, werden nicht zunächst im Bereich der Ökonomie, sondern im Bereich von Kunst und Kultur geknüpft.

Wir müssen hier nicht – wie es vor Jahrzehnten der Fall war – gegenseitig abzählen, wie viele Professoren, wie viele Maler, wie viele Bildhauer für irgendeine Partei votieren. Davon halte ich überhaupt nichts. Aber ich plädiere dafür, daß wir – angefangen in den Städten und Dörfern bis hin zur Bundespartei – offen sind, sensibel sind, daß wir wissen, daß Künstler – auch wenn uns das manchmal überhaupt nicht paßt – ein Stück Vorahnung entwickeln, was die Entwicklung unserer Gesellschaft betrifft. Es ist wichtig, dies mit ihnen zu erspüren und zu diskutieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, da ist noch ein Punkt, der insgesamt unsere Gesellschaft und damit natürlich unsere Partei betrifft. Ich spreche vom Ehrenamt. Viele Entwicklungen der letzten Zeit, auch Entscheidungen wie z.B. die Verwaltungsvereinfachung, haben das Engagement im Ehrenamt zurückgedrängt – auch jene Entwicklung, die ich am Anfang genannt habe, nämlich die Entwicklung zur Freizeitgesellschaft. Die CDU Deutschlands ist ohne die Tausende, Zehntausende – in Wahlkämpfen sind es Hunderttausende –, die ehrenamtlich für uns tätig sind, überhaupt nicht denkbar. Diese Bürger, diese Mitglieder verdienen unseren Respekt.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde! Zu einer nüchternen Bestandsaufnahme gehört die ehrliche Aussage, daß wir gegenwärtig Probleme haben, bestimmte Gruppen in unserer Gesellschaft anzusprechen. Das betrifft vor allem zwei Gruppen unserer Gesellschaft, die Frauen und die jungen Menschen. 52 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sind weiblich, aber nur 22 % unserer Parteimitglieder. Dabei gibt es erhebliche regionale Unterschiede. Man muß sich fragen, woran das liegt. In einem Landesverband hat der Anteil der Frauen jetzt die 40 %-Grenze überschritten, in einem anderen – ich nenne keine Namen, Sie können es leicht herausfinden – liegt er bei etwas über 17 %. Ich habe mich gestern mit meinem Freund Kare Willoch darüber unterhalten, weil ich bei Parteitagen zum Beispiel in Norwegen beobachtet habe: Dort liegt die Frauenanteil bei 40 oder 50 %.

(Beifall)

Es ist wahr: Diese Länder haben in dieser Frage eine ältere Tradition. Ich bin sicher: Wenn wir 1933 nicht den Untergang der Weimarer Republik erlebt und stattdessen eine kontinuierliche Geschichte der politischen Parteien gehabt hätten, dann wäre das bei uns heute anders.

Es gibt hier erhebliche Unterschiede zwischen den Kreisverbänden. Beispielsweise schwankt der Anteil der Frauen in ein- und demselben Landesverband zwischen 11 % und 30 %. Das muß auch etwas mit den örtlichen Verhältnissen zu tun haben. Ich weiß nicht, ob das jeweils eine Versammlung von Paschas ist. Aber es muß doch irgendeinen Grund haben.

(Beifall)

Ob Sie sie glauben oder nicht: Die Zahlen müssen auf den Tisch.

(Vereinzelt Beifall)

In einem unserer Landesverbände gibt es weit über 100 Ortsverbände – Sie hören richtig –, in denen es überhaupt keine weiblichen Mitglieder gibt. Die Herren sind dort wirklich noch unter sich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich habe den Verdacht, sie praktizieren dort etwas, was sie sich zu Hause längst nicht mehr erlauben könnten

(Beifall)

Die Beschlüsse des Essener Parteitags zur Partnerschaft zwischen Mann und Frau haben die Partei noch nicht überall erreicht. Wir müssen diese Beschlüsse durchsetzen. Dabei, liebe Freunde, geht es weniger um Papier, sondern um Einstellungen. Die Wahrheit ist – das gilt nicht nur für die CDU, das gilt in unserer Gesellschaft fast überall –: Im Regelfall muß eine Frau immer noch doppelt so gut sein wie ihr männlicher Konkurrent, wenn sie den Job erhalten soll.

(Beifall)

Glauben Sie mir: Das geht nicht. Es ist unsinnig – und es ist höchste Zeit, daß wir dies in der Partei ändern.

(Beifall)

Das ist nicht nur eine Sache der Frauen-Union. Allerdings muß ich sagen – ich bin heute, wie Sie merken, mit großer Gelassenheit dabei, alles anzusprechen –, daß auch die eine oder andere Dame in der Frauen-Union noch mehr dafür tun könnte. Ich beobachte nämlich, daß manche Damen wichtige Funktionen erreichen und daß rings um sie herum keine weiteren Damen auftauchen. Auch das ist eine meiner Erfahrungen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ich weiß, bei diesem Thema gibt es eine leidenschaftliche Diskussion. Der Antrag des Bundesvorstandes, den wir Ihnen heute vorlegen, will keine Quote einführen, sondern will sensibilisieren und mit den Mitteln, die wir haben seitens der Bundespartei und als Botschaft des Bundesparteitags in die Partei hineinbringen, daß wir uns ändern, daß wir umdenken müssen. Deswegen bitte ich Sie herzlich, daß Sie nachher diesem Antrag zustimmen.

Ich will ein zweites Beispiel nennen. Das ist die Ansprache junger Leute. Liebe Freunde, das ist überhaupt nicht nur die Sache der Jungen Union.

(Vereinzelt Beifall)

Wer mich kennt, weiß, daß die Junge Union wirklich meine Sympathie hat und daß ich dort, wo ich helfen kann, auch immer geholfen habe. Junge Leute brauchen Freiraum. Das, was wir damals selbst in Anspruch genommen haben, müssen wir heute den Jungen zugestehen. Ich sage es ganz offen: Als einer der Delegierten mich in einer besonders kessen Weise am Montag kritisiert hat, da dachte ich bei mir, er hätte nur das Protokoll des Parteitags im Jahre 1953 nachzulesen brauchen. Da hat der Delegierte Helmut Kohl den damaligen Bundeskanzler Adenauer in Hamburg nicht ganz so keß, aber immerhin deutlich kritisiert. Das gehört zum Ablauf des politischen Lebens einer Partei.

(Beifall)

Junge Leute haben andere Formen des Miteinander. Das gilt gerade heutzutage. Es ist eine sympathische Form des Umgangs. Wenn sie in die Partei hineinwirken wollen, brauchen sie auch ein Stück Offenheit bei uns Älteren. Sie brauchen aber auch – das füge ich ebenso klar hinzu –, unsere Fähigkeit zum Widerspruch, wenn wir mit etwas nicht einverstanden sind.

(Vereinzelt Beifall)

Die Junge Union muß sich gelegentlich sagen lassen, liebe Freunde, daß nicht alles aus reinem Idealismus geschieht, sondern daß mancher auch die wohlpräparierte Karriere vor sich sieht. Mancher ist an Jahren noch recht jung, aber im Herzen alt. Auch das ist eine meiner Erfahrungen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Altersstruktur in unserer Partei unterscheidet sich zum Teil erheblich vom Altersaufbau in der Gesellschaft. Das muß uns nachdenklich stimmen. Nur 7 % unserer Mitglieder sind unter 30 Jahre alt, und es gibt Ortsverbände, in denen wir kein Mitglied haben, das unter 25 Jahren alt ist. Das heißt, wir müssen den Jungen den Zugang erleichtern. Wenn ich es richtig sehe – ich mag mich ja täuschen –, liegt das Problem häufig nicht im Politisch-Inhaltlichen, sondern mehr im Stil des Umgangs miteinander in unserer Parteiarbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie den Jungen die Chance, ihren Weg zu finden. Nutzen wir ihren Idealismus – heute würde man eher sagen: ihr Engagement. Wie man es nennt, ist mir völlig gleichgültig, solange das gleiche gemeint ist. Sie wollen ernst genommen werden, und sie haben – das ist ganz wichtig – ein Anrecht auf unseren Widerspruch.

Übrigens ist auch der Anteil von Mitgliedern der Jungen Union, die zugleich Mitglied der CDU sind, von Landesverband zu Landesverband sehr unterschiedlich. Die Quote liegt in manchen Verbänden deutlich über 50 %, in anderen bei unter 15 %. Wir sollten gemeinsam – CDU und Junge Union, also die Älteren und die Jungen – jene rund 130 000 Junge-Unions-Mitglieder bald ansprechen, die noch nicht Mitglied der CDU sind. Das ist eine wichtige Aufgabe, und hier könnten wir viele neue Mitglieder gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will auch ein Wort zu den Studenten sagen, zum RCDS.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, als Parteivorsitzender lade ich seit vielen Jahren den jeweiligen Bundesvorsitzenden des RCDS zu Sitzungen des Bundesvorstands ein. Warum ist das eigentlich nicht auch bei den Kreisvorständen in den Universitätsstädten möglich? Ich frage mich das.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben heute eine Studentengeneration vor uns, die – das ist meine feste Überzeugung –, mit zum besten gehört, was in diesem Jahrhundert in Deutschland Universitäten besucht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Das sind sensible junge Leute. – Engagiert, aufgeschlossen, natürlich auch unbequem. Es gibt überhaupt keinen Grund, den Kontakt mit ihnen zu scheuen. Es ist im übrigen die Generation unserer Kinder – um das einmal anzusprechen –, über die wir im Augenblick sprechen. Viele von ihnen – dieser Saal ist voller Beispiele, diese Bühne ist voller Beispiele – werden später wichtige Führungsfunktionen in der Partei, im Staat, in der Gesellschaft übernehmen.

Die Art und Weise, wie wir heute diesen Studentinnen und Studenten begegnen, wird für den politischen Weg, den sie später einschlagen, nicht unwesentlich sein. Deswegen bitte ich Sie, auch wenn Ihnen dieses oder jenes im äußeren Aufzug oder in den Äußerungen nicht paßt: Gehen Sie auf diese jungen Leute zu. Es ist unsere und deren Chance für die Zukunft.

(Beifall)

Ich will einen weiteren Bereich nennen, wo es nicht nur für uns schwieriger geworden ist. Das ist die Arbeit in den Betrieben – die Arbeit der Sozialausschüsse. Unsere Sozialausschüsse, liebe Freunde, müssen zunehmend in einem Umfeld leben und arbeiten, das nicht freundlicher, sondern eher feindseliger geworden ist.

Es gibt gewisse Kreise in einzelnen Gewerkschaften, für die die Hetze gegen die CDU zum Alltag ihrer Arbeit geworden ist. Ich weiß dies, und ich bin auch dafür, daß wir mit aller Härte dagegen angehen. Aber ich bin dagegen, daß wir deswegen zu Pauschalentscheidungen kommen und womöglich die Brücken zu den Gewerkschaften abbrechen.

Wer sich als CDU-Mitglied in einer Gewerkschaft organisiert, wer dort mitarbeitet oder Funktionen übernimmt, darf nicht deshalb bei uns sofort auf Mißtrauen stoßen. Das ist eine ganz und gar ungute Entwicklung.

(Beifall)

Trotz der Tatsachen und Tatbestände, die wir zu beklagen, anzuklagen und zu bekämpfen haben, muß in dieser pluralistischen Gesellschaft selbstverständlich auch in den deutschen Gewerkschaften – ich spreche bewußt von Gewerkschaften, weil ich alle meine – für Mitglieder der Christlich Demokratischen Union Platz sein und eine Chance bestehen.

Ich füge hier etwas hinzu, was mancher eben sofort gedacht hat: Natürlich gibt es auch in diesem Bereich Zeitgenossen, die aus Karrieregründen und in beflissener Anpassung nur noch wenig oder gar nichts mehr von ihrer politischen Herkunft deutlich machen.

(Beifall)

Bevor Sie klatschen: Wir dürfen nicht einseitig sein. Diese gibt es nicht nur bei den Gewerkschaften; Sie finden sie genauso in Wirtschaftsverbänden und anderswo in der Gesellschaft.

(Beifall)

Natürlich tun sich unsere Sozialausschüsse angesichts der Veränderung des Arbeitslebens und der Folgen des Strukturwandels schwer. Die Gewerkschaften stehen übrigens vor dem gleichen Problem. Aber es gibt große Gewerkschaften, die immer noch so tun, als wären wir an der Schwelle des 19. Jahrhunderts. Ich denke hier an einen, der besonders laut redet und der einen großen mit Eisen zusammenhängenden Verband anführt.

Meine Damen und Herren, das kann nicht unser Weg sein. Wir müssen als Partei auch in den Kreisen vor Ort und in den Betrieben gemeinsam mit den Sozialausschüssen vorgehen. Wir müssen überhaupt bedenken, daß es zu einfach ist zu sagen: Dieses

Gebiet und jenes Gebiet weisen wir einer Vereinigung zu, und ansonsten kümmern wir uns als Gesamtpartei nicht darum. Wir haben den Erfolg des Ganzen im Auge zu behalten. Die Partei muß sich auf die Vereinigungen verlassen können – und umgekehrt. Aber – das ist ganz wichtig und ganz selbstverständlich – wir sind zunächst und vor allem Mitglieder der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und dann erst Mitglieder irgendeiner Vereinigung.

(Beifall)

Ich sage dies auch im Hinblick darauf, daß wir vor wenigen Wochen eine neue Vereinigung auf Bundesebene konstituiert haben, nämlich die Senioren-Union. Da gab es Skepsis. Ich habe sie ehrlich gesagt nicht verstanden. Denn ich bin überzeugt, daß aus vielen Gründen, aber insbesondere aus Gründen der demographischen Entwicklung der Bundesrepublik, in der Senioren-Union ein wichtiger Teil der Zukunftsarbeit zu leisten sein wird.

Aber die Senioren-Union – ich gehe darauf ein, weil es gelegentlich gedacht wird; ich will das alles heute aussprechen – hat natürlich nicht die Aufgabe, Hausmacht für jene zu sein, die vor Jahrzehnten als Mitglieder der Jungen Union Ämter erhalten haben und sie jetzt über die Senioren-Union fortsetzen wollen. Das ist überhaupt nicht der Sinn einer solchen Arbeit.

(Beifall)

Wir wollen – ich habe das sehr stark empfunden bei der Gründungsveranstaltung im Adenauer-Haus; ich möchte wünschen, daß bei allen Veranstaltungen der Partei ein solcher Geist herrscht –, daß die Lebenserfahrung, die Zuverlässigkeit und die Ideen der Älteren auch in Zukunft in unsere Arbeit eingehen. Wir brauchen sie; wir können auf gar keinen Fall auf die Erfahrungen dieser Generation verzichten, auf die Erfahrungen der Baumeister unserer Republik in diesen Jahrzehnten.

(Beifall)

Am Montag habe ich ein Wort gebraucht, das der eine oder andere mißverstanden hat. Ich komme jetzt noch einmal darauf zurück. Es ging um den „Jugendkult“. Es ist doch keine gute Situation, liebe Freunde, daß in unseren Kommunalparlamenten die 40- bis 60jährigen völlig dominieren. Wenn ich die Mandate in Gemeinderäten, Kreistagen und Stadträten, also auf kommunaler Ebene, betrachte, stelle ich fest, daß nur 10 % unserer Mandatsträger unter 35 Jahre alt sind und nur 2 % über 65. Sind wir eigentlich verrückt geworden?

(Beifall)

Die Lebenserwartung des Mannes beträgt in der Bundesrepublik nach der Statistik 76 Jahre, die der Frau noch drei Jahre mehr. Ist das eine Art von neuem Vorruhestand, den wir hier eingeführt haben? Ich kann das überhaupt nicht verstehen. Daß in einem Stadtrat – ich war lange genug Vorsitzender einer Stadtratsfraktion – bei 20 oder 30 Mandatsträgern ein paar dabei sind, die noch wissen, warum sich etwas vor 20 oder 30 Jahren auf diese oder jene Weise entwickelt hat, scheint mir doch nur vernünftig zu sein.

(Beifall)

Deswegen plädiere ich für beides: Achten wir darauf, daß sich die nachrückende Generation wiederfindet, achten wir aber genauso darauf, daß sich die Älteren wiederfinden können.

Damit bin ich bei einem anderen Stichwort, das viel diskutiert wird, aber meistens in den Gängen; das ist das Thema Ämterhäufung. Es ist unübersehbar, daß wir zuwenig in der Lage sind, die vielen Talente der Partei zu nutzen. Meine Damen und Herren, eine große Zahl von Ämtern und Mandaten in der Hand eines einzelnen ist weder Kompetenznachweis noch Ausweis von Klugheit. Für uns muß das entscheidende Kriterium sein, wie gut einer oder eine die Ämter ausfüllt.

Wer meint, sich Macht und Prestige mit einer Fülle von Funktionen zu sichern, überfordert sich selber. Wer sich zulange an eine solche Funktion klammert, wird sie oft in einer besonders schmerzhaften Weise verlieren und schadet den Nachrückenden.

Ich weiß, dies ist ein sensibles Thema. Ich weiß auch, daß hier die jeweilige Parteiführung auf der Ebene des Kreises, des Landes und auch des Bundes die Verantwortung hat, Verkrustungen zu verhindern. Ich weiß auch, daß hier die besondere Verantwortung besteht, immer wieder sogenannten Seiteneinsteigern, die nicht den ganzen Weg durch die Partei gegangen sind, Chancen zu eröffnen und ihnen die Möglichkeit zu geben zu beweisen, daß sie zu uns gehören.

Auch das ist alles nicht neu. Auf dem Mannheimer Parteitag im Jahre 1975 haben wir einen Beschluß zur Auswahl von Mandatsträgern gefaßt. Ich kann nur empfehlen, ihn zu lesen. Der erste Satz heißt ganz einfach:

„Die Auswahl von Abgeordneten darf nicht allein von persönlichen Beziehungen, der Zugehörigkeit zu bestimmten Vereinigungen und Parteigremien und der Dauer der Parteimitgliedschaft abhängig sein.“

Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Proporzdenken, das Streben nach Balance zwischen Vereinigungen und die etwas vordergründige Orientierung nur an der Tagesmehrheit erleichtern uns das nicht. Es muß nicht so sein, daß Vorstände den Mitgliedsversammlungen nur geschlossene Vorschlagslisten präsentieren. Meine Damen und Herren, es ist überhaupt nicht von Übel, wenn mehrere für ein Amt kandidieren. Ich glaube, das ist ein Stück jener Offenheit, von der ich die ganze Zeit gesprochen habe.

Ich will ein Wort zu den hauptamtlichen Mitarbeitern sagen. Ohne sie ist unsere Partei nicht denkbar.

(Beifall)

Wir haben zum Teil aus der Vergangenheit einen Soupçon gegen Funktionäre übernommen. Ich habe das nie verstanden. Ohne Funktionäre funktionieren unsere Gesellschaft und eine Großorganisation nicht. Viele unserer hauptamtlichen Mitarbeiter arbeiten unter großem Einsatz und schwierigsten Bedingungen. Sie verdienen Vertrauen und Unterstützung. Aber – dies füge ich hinzu – sie können und sollen die politische Führung nicht ersetzen. Auch das gehört in diesen Zusammenhang.

(Beifall)

Liebe Freunde, ein Vorletztes: Zu diesem Thema „Partei“ und „Volkspartei“ gehört auch das Thema „Finanzen“. Wir alle wissen, daß wir die Gesamtsituation neu bedenken müssen, daß alle Organisationsstufen entsprechend ihren Aufgaben am Beitragsaufkommen beteiligt sein müssen. Bitte, ersparen wir uns eine Diskussion, in der jeder nur die Verantwortung auf den anderen abschiebt!

(Vereinzelt Zustimmung)

Mit dem Bundesvorstand schlage ich heute dem Parteitag vor, daß wir eine Kommission einberufen, die – und zwar ohne jede Voreingenommenheit – alle Fragen der Parteistruktur berät. Ich selbst habe die Absicht, den Vorsitz dieser Kommission zu übernehmen. Wir werden ehrenamtliche und hauptamtliche Mitglieder, ältere, erfahrene und junge, zusammenführen und eine wirkliche Standortbestimmung unserer Arbeit vornehmen.

Ich habe die Absicht, dann dem Bundesvorstand einen Bericht vorzulegen und ihn zu Beginn des nächsten Jahres in einer eigenen Sitzung des Bundesausschusses, zu der ich auch jene Kreisvorsitzenden einladen will, die nicht Mitglieder des Bundesausschusses sind, zu diskutieren. Das Ergebnis wollen wir dann als Beschluß dem nächsten Bundesparteitag im Frühjahr 1989 vorlegen.

Bitte, stimmen Sie diesem Antrag zu. Ich weiß, da gab es manche Geräusche im Vorfeld – die mir ganz unverständlich sind.

(Lachen)

– Natürlich, sie sind mir völlig unverständlich! Ich weiß, daß in einigen Bereichen über ein Papier diskutiert wurde, das ich nie vorgelegt habe. Sie müssen sich mit dem auseinandersetzen, was Ihnen der Parteivorsitzende vorlegt, nicht mit dem, was Sie sonst irgendwo gelesen haben. Das ist die richtige Ordnung in der Partei!

(Beifall)

Wir müssen fähig sein, in all diesen Fragen vernünftig miteinander das Gespräch zu führen, denn die organisatorische Neubesinnung der Union ist ja kein Selbstzweck. Wir stehen vor schwierigen Zeiten, und wir stehen vor schwierigen Aufgaben. Es geht heute um mehr: Die organisatorische Gestalt der Partei und nicht zuletzt ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit spiegeln etwas von unserem Geist, von unserem Wesen wider, und deshalb müssen die programmatische und die organisatorische Fortentwicklung harmonisch ineinandergreifen.

Wir müssen uns auf eine Serie von Wahlen – ich habe sie gestern erwähnt – 1989 und vor allem 1990 vorbereiten. Es gilt jetzt, die Partei optimal auf diesen Zeitraum einzurichten und vorzubereiten, ihr Profil zu schärfen, ihre organisatorische Kraft noch zu verstärken und deutlich zu machen: Wir sind die führende Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben das programmatisch im Ludwigshafener Grundsatzprogramm und in all den programmatischen Aussagen danach getan. Es kann keinen Zweifel geben: Dies ist die Volkspartei der Mitte, die niemals nach links oder nach rechts gehen wird. Unser Standort ist festgelegt und bleibt es auch!

(Beifall)

Liebe Freunde, aus langer Erfahrung wissen wir – die meisten hier haben ja ähnliche Erfahrungen gemacht –: Unsere CDU ist eine schwierige Partei, aber sie ist auch eine Gemeinschaft, in der Freundschaft wächst, in der viele von uns weit über die politische Begegnung hinaus auch persönlich Heimat gefunden haben. Ich weiß um die Kraft, die dieser Partei innewohnt, um ihre Fähigkeit zum langen Atem, um ihre Vitalität. Ich weiß vor allem um den – ich verwende bewußt dieses Wort – außergewöhnlich großen Idealismus, von dem viele bewegt werden, die zu uns kommen. Ich kenne auch die Schwächen sowie die Fehler, die wir auch gemeinsam immer wieder begangen haben.

Wir sind in die CDU gekommen, um aus unserer christlichen Überzeugung einer Idee zu dienen, einer Idee, die von Anfang an – und das wird immer so bleiben – Wegweiser dieser Partei war und ist. Um es viel persönlicher zu formulieren: Diese Partei ist unsere Partei.

Wir haben in 40 Jahren gemeinsam das Auf und Ab erlebt, oft auch erlitten. Wir wurden die große deutsche Volkspartei. Heute wie vor 40 Jahren treten wir für die Menschenwürde, für das Leben in verantworteter Freiheit ein. In diesem Zeichen waren wir durch Jahrzehnte hindurch die gestaltende politische Kraft und sind es nach 1982 wieder geworden. Das ist eine große Verantwortung. Wir sind eine wichtige Partei. Wir sind nicht allein, doch so, wie wir sind, prägen wir auch andere. Auch das gehört zu einer lebendigen Demokratie.

Bei all dem, was wir kritisch bedenken: Gehen wir in die Zukunft und vor allem in die Jahre, die unmittelbar vor uns liegen, im Bewußtsein für unsere Erfahrungen, für die Kraft unserer Idee und für die Freundschaft, die uns zusammenhält und uns gemeinsam beflügelt!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Herr Parteivorsitzender, lieber Helmut Kohl! Der Parteitag hat Ihre Botschaft schon verstanden, und ich denke, es ist gut, daß wir über uns selber nachdenken. Ich bin ganz sicher, meine lieben Freunde, daß unsere vielen Mitglieder draußen von uns auch erwarten, daß wir eine solche Gelegenheit zu einer kritischen Bestandsaufnahme nutzen und daß wir offen miteinander diskutieren, natürlich nicht selbstquälerisch, aber eben in aller Offenheit.

Hinzufügen möchte ich, daß viele unserer Mitglieder draußen, und zwar in einer Partei, die hervorragend ist – unsere Christlich Demokratische Union ist eine hervorragende Partei! –, mit uns in den vergangenen Monaten nicht zufrieden gewesen sind und daß sie gerade von uns, die wir zum sogenannten Führungspersonal gehören, erwarten, daß wir zueinander in Solidarität stehen, ohne dabei die kritische Auseinandersetzung zu vernachlässigen. Treue zur Sache und zu Personen, das wird von uns verlangt, und darüber werden wir heute miteinander diskutieren.

Verehrte Freunde, ich möchte noch eines hinzufügen: Wenn viele über das sogenannte Erscheinungsbild der Koalition klagen und von uns mehr Geschlossenheit verlangen, sollten wir in aller Ehrlichkeit feststellen: Es kommt zuerst auf die CDU an.

Wenn die Christlich Demokratische Union in sich geschlossen, fest, klar, mit Offenheit auftritt, dann hat das seine Wirkungen, und zwar gegenüber den anderen Koalitionspartnern wie auch in der Sache.

Wir wollen jetzt miteinander unter Tagesordnungspunkt 19, also Beratung und Beschlußfassung zum Antrag betreffend Organisations- und Finanzreform, das diskutieren, was wir eben von unserem Parteivorsitzenden gehört haben. Wir haben dazu hinlänglich Zeit.

Ich rufe deswegen jetzt Punkt 19 der Tagesordnung auf:

Beratung des Antrages und Beschlußfassung

Die Tagungsleitung gebe ich an unseren Freund Dr. Linssen weiter.

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Beratung und Beschlußfassung zu Top 18

„Die CDU als moderne Volkspartei“

Es geht um die Beratung und Beschlußfassung über den Antrag K 1 des Bundesvorstandes zur Organisations- und Finanzreform auf allen Ebenen der CDU Deutschlands. Gleichzeitig soll die allgemeine Aussprache zum Bericht geführt werden. Die Anträge K 1 und K 3 bis K 7 sollen zusammen behandelt werden. Sie liegen Ihnen im Moment nicht vor. Sie werden sofort ausgeteilt. Der Antrag K 1 ist Ihnen bereits am Montag ausgeteilt worden und müßte Ihnen vorliegen, so daß Sie für die allgemeine Aussprache zumindest diese Unterlage vorliegen haben. Ich eröffne deshalb die allgemeine Aussprache zum Bericht des Parteivorsitzenden. Das Wort hat Ferdi Tillmann.

Ferdi Tillmann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht vor, hier in der allgemeinen Aussprache zu Ihnen zu sprechen, sondern ich wollte mich zu einem Antrag äußern, den einige Freunde und ich vorgelegt haben, der aber noch nicht verteilt ist.

Herr Parteivorsitzender, natürlich spreche ich mich für die Annahme des Antrages K 1 aus. Ich glaube aber, alle Gliederungen der Partei müssen fair miteinander umgehen, auch wenn es um finanzielle Belastungen geht. Deswegen haben meine Freunde und ich den Antrag gestellt, daß sich die Kommission nicht nur mit dem Gesamtbeitragsaufkommen befassen soll, sondern daß sehr wohl auch darüber gesprochen werden muß, wie das gesamte Finanzaufkommen der Partei auf die einzelnen Gliederungen gerecht verteilt wird. Deswegen lautet unser Änderungsantrag, das Wort „Gesamtbeitragsaufkommen“ durch das Wort „Gesamtfinanzaufkommen“ zu ersetzen. Es muß sehr wohl darüber nachgedacht werden, ob die Mittel, die aus öffentlichen Kassen der Bundespartei und auch den Landesparteien zufließen, nicht auch bei der Verteilung auf die Aufgaben berücksichtigt werden müssen.

(Beifall)

Das wird hier nicht deutlich. Deswegen stellen wir den Antrag, das Wort „Gesamtfinanztaufkommen“ einzusetzen.

Herr Vorsitzender, Sie haben im übrigen eben schon einiges über die Zusammensetzung der Kommission gesagt. Ich darf davon ausgehen, daß selbstverständlich auch einige kompetente Vertreter aus den Kreisverbänden dieser Kommission angehören, denn dort werden ja die Beiträge aufgebracht, über die hier gesprochen werden soll.

(Beifall)

Wenn Sie diesem Antrag, den Sie nachher noch lesen werden, zustimmen würden, wäre ich Ihnen sehr verbunden.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ferdi Tillmann. Das Wort hat der Parteivorsitzende.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Ich wollte nur sagen, damit kein Mißverständnis aufkommt: Selbstverständlich muß diese Kommission alle Bereiche der Partei einbeziehen, ehrenamtliche, hauptamtliche – alle Ebenen der Partei. Das ist ganz selbstverständlich. Ich will zum Beispiel auch den einen oder anderen Kreisschatzmeister dabei haben – damit er aus dem Schatz seiner Erfahrungen Beiträge leisten kann.

Ebenso klar ist: Wenn wir über Finanzen reden, müssen wir über alle Bereiche reden. Es wird sehr interessant werden – das sage ich Ihnen jetzt schon –, wenn der Bericht vorliegt und wir sehen, wo sich unsere Partei sehr gut finanziell entwickelt hat und wo nicht.

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit wir wissen, worüber wir zu diskutieren haben, will ich Sie darüber in Kenntnis setzen, daß die Antragskommission, die heute morgen getagt hat, Ihnen die Anträge K 3 und K 6 zur Annahme empfiehlt. Da Ihnen die Anträge nicht vorliegen, lese ich den Antrag K 3 kurz vor. Es ist der Antrag der Delegierten Hauser, Friedrichs, Doss und weiterer 27 Delegierter:

Der 36. Bundesparteitag möge beschließen:

Ergänzung zum Antrag K 1 des Bundesvorstandes der CDU an den 36. Bundesparteitag in Wiesbaden

Nach Punkt 5 ist einzufügen:

6. Die vorgenannten 3 und 4 sind auch im Blick auf die Bundesgeschäftsstelle sinngemäß zu beantworten.

Da empfiehlt die Antragskommission Annahme.

Beim Initiativantrag K 6 empfiehlt die Antragskommission ebenfalls Annahme. Der Antrag lautet:

In Abs. 3 Satz 2 des Antrages K 1 ist das Wort „Gesamtbeitragsaufkommen“ durch das Wort „Gesamtfinanztaufkommen“ zu ersetzen.

Das heißt, alles das, was der Kollege Tillmann vorgetragen hat, wird auch von der Antragskommission geteilt und zur Annahme empfohlen.

Wir setzen die Debatte fort. Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Tagungspräsident! Meine lieben Parteifreunde! Helmut Kohl hat in seinem eindrucksvollen Bericht zur Situation der Partei einige zentrale Punkte angesprochen, die uns über diesen Parteitag hinaus beschäftigen, bewegen und herausfordern werden. Es ist wahr, wir alle, unsere Mitglieder und Anhänger, diskutieren und handeln seit 1982 als Regierungspartei in einer Koalition unter vollkommen anderen Bedingungen als 13 Jahre vorher in der bundespolitischen Opposition. Unser Vorsitzender hat deutlich gemacht, welche neuen Chancen und welche neuen Schwierigkeiten damit für uns verbunden sind. Wenn in vielen Beiträgen, in vielen Diskussionen in unseren Kreis- und Landesverbänden in diesen Monaten die Schwierigkeiten manchmal stärker empfunden werden als die Chancen, dann sollten wir die große Aufgabe, die uns gestellt ist, nicht geringerschätzen. Es ist trotz aller Lasten eine großartige Chance, wieder verantwortlich Politik für Deutschland und Europa gestalten zu können. Wir haben 13 Jahre in der Opposition dafür gearbeitet, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß wir nicht nur zwölf Jahre, sondern eine Epoche der deutschen Politik mit unseren Überzeugungen und Handlungen bestimmen.

(Beifall)

Das andere, was schon am Montag in der Generaldebatte und gestern in der Diskussion sichtbar wurde: Wir wollen auch in der Koalition in den Sachzwängen und Grenzen, die sie uns setzt, eine Partei mit eigenem Profil bleiben. Wir wollen eine Partei bleiben, die selbständig ihre programmatischen Aussagen formuliert, die durch lebendige innerparteiliche Diskussion bestimmt ist. Natürlich können wir in einer unseren Grundwerten entsprechenden zukunftsorientierten Programmatik ein Stück über das hinausgehen – wir müssen über das hinausgehen –, was jetzt in einer Koalition machbar ist. Aber das andere ist problematischer, es ist die Aufgabe für unsere Mitglieder und Anhänger, vor allem unsere Funktionsträger vor Ort, Entscheidungen der Mehrheit im Bundestag, der Regierung, gegenüber den Mitbürgern zu begründen, zu vertreten und einsehbar zu machen. Daran entzündet sich jetzt manche Kritik und manche Unsicherheit.

Es ist zu vordergründig, wenn manche behaupten, es gehe nur darum, politische Entscheidungen besser zu verkaufen. Es geht zunächst einmal darum, daß alle, die Schlagzeilen produzieren und die öffentliche Meinung mitgestalten, begreifen, daß sie eine Verantwortung für die Gesamtpartei tragen und nicht in erster Linie sich zu profilieren haben.

(Beifall)

Jeder, der aus Funktion oder Amt oder aus seinem subjektiven Selbstverständnis die nationale Debatte mitbestimmen will, muß die Bedingungen unserer modernen Mediengesellschaft begreifen. Es kann nicht weiter so sein, daß führende Politiker der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union die Diskussion über wichtige und schwierige Fragen im wesentlichen über Agenturmeldungen, die sie wechselseitig austauschen, führen.

(Beifall)

Es muß so sein, wenn dem einen die über Nachrichtensendungen verkürzte und manchmal mißverständliche Stellungnahme des anderen nicht gefällt, daß er zunächst feststellt, was wirklich gesagt wurde.

Es ist oft richtiger, einmal zum Telefon zu greifen, zu telefonieren, als die öffentliche Diskussion sofort wieder mit falschen Reaktionen zu bestreiten.

(Beifall)

Wenn wir alle, die wir in Bonn Verantwortung tragen, die wir in den Ländern Verantwortung tragen, die wir für Gruppen, Verbände und in anderen Funktionen zentrale und schwierige Themen der nationalen Politik in öffentlichen Stellungnahmen mitbehandeln, dies beherzigen, dann wären wir ein ganzes Stück weiter. Alle sollten es beherzigen, weil jeder bei jeder profilierten Äußerung daran denken muß: Wie wirkt das auf unsere Freunde vor Ort, die jeden Tag – auch kritisch – gefragt werden, was wir tun, warum wir etwas tun oder warum wir etwas nicht tun, was andere von uns erwarten?

(Beifall)

Diese Aufgabe wird für uns schwieriger – auch das hat Helmut Kohl gesagt –, weil es eine unendliche Vielfalt von Themen gibt, und zwar von sehr komplexen Themen, die die nationale Diskussion mitbestimmen. Die Komplexität zentraler Fragen haben wir gestern hier in einer eindrucksvollen Weise neun Stunden lang miteinander diskutiert. In Wahrheit haben wir aber nur über einen zentralen Bereich aus der Fülle der Aufgaben diskutiert, die uns gestellt sind und in denen wir Positionen beziehen bzw. zu denen wir Entscheidungen treffen sollen. Natürlich – auch das ist wahr – gibt es für eine Regierungspartei in einer Koalition immer eine gewisse Differenz zwischen den Zielen, also dem, was wir uns vorgenommen haben, und dem, was wir erreichen können. Jene Differenz macht Kompromisse erforderlich. Dabei müssen wir darauf achten, daß wir nicht vorschnell faule Kompromisse schließen. Wir müssen uns vielmehr auch im Kompromiß wiederfinden können.

Im Hinblick auf die Komplexität der Themen geht es darum, daß wir das Wichtigste erkennen und daß wir das Wichtigste, bevor die Fülle der Fachfragen uns überwältigt, von unseren Grundsätzen her bewerten und entscheiden. Wir müssen die Kraft haben, auch in den öffentlichen Diskussionen Prioritäten und Posterioritäten zu setzen, nicht nur in der Finanzpolitik, wo das eine Selbstverständlichkeit ist, sondern auch bei der Setzung der Themen, bei der Unterscheidung zwischen jenen, die wir in einer bestimmten Zeit einführen wollen, um die nationale Diskussion und öffentliche Meinung bei den Bürgern zu prägen, und denjenigen, die wir zurückzustellen haben.

Meine lieben Freunde, das heißt auch: In schwieriger Zeit werden wir eine Politik, die die wichtigsten Aufgaben unseres Landes löst, nicht in der Summe der Gruppen- und Verbandswünsche und -interessen erreichen. Nur derjenige kann politisch führen und gestalten, der nicht nur ja, sondern der auch nein sagt und der Gruppeninteressen an dem Gemeinwohl mißt, so wie wir es nach gewissenhafter Prüfung verstehen.

(Beifall)

Ein Weiteres muß für das Miteinander in unserer Partei und über sie hinaus entscheidend sein. Zu unseren Grundwerten gehört der Begriff der Solidarität. Hier heißt Solidarität Verlässlichkeit. Wir müssen im Miteinander der Christlich Demokratischen Union und über sie hinaus stärker als in den vergangenen zwei Jahren davon ausgehen können, daß einmal getroffene Vereinbarungen auch gelten, daß der eine dem anderen nicht per Interview mitteilt, daß er es sich anders überlegt hat, wenn es um zentrale Themen unserer Politik und ihre Durchsetzung in der Koalition und um ihre Verwirklichung im Deutschen Bundestag und im Bundesrat geht.

(Beifall)

Wir haben in dieser Hinsicht positive Erfahrungen und negative Erfahrungen.

In der kommenden Woche wird der Deutsche Bundestag nach einer 17monatigen Diskussion die Steuerreform verabschieden. Wir alle wissen, daß das Konzept dieser großen Reform durch viele Auseinandersetzungen und Diskussionen bis in die letzten Monate hinein – also nicht nur am Anfang – in den Augen der meisten Bürger ein Stück verwischt und undeutlich geworden ist. Natürlich müssen bei einem so großen Reformwerk eine Fülle von Einzelfragen geklärt werden. Es ging ja nicht nur um eine Steuersenkung, sondern um einen Umbau des ganzen Steuersystems. So werden wir Steuersubventionen in einem Umfang von über 12 Milliarden DM abbauen. Wir haben erlebt, daß in Festreden alle für den Subventionsabbau sind, daß aber jeder einzelne Schritt nur gegen erbitterte Widerstände durchgesetzt werden kann.

(Beifall)

Wir sollten aus dieser Erfahrung vieles lernen. Ich will nur eines hervorheben. Wir alle müssen die Diskussion über große Reformwerke in den Einzelpunkten so führen, daß das eigentliche zentrale Ziel und die Begründung nicht verdunkelt werden. Natürlich ist es bei der Neuregelung der Wohnungsgemeinnützigkeit wichtig, ob die Eröffnungsbilanz auf Buchwerten oder Teilwerten basiert. Natürlich ist die Frage der Betriebsrabatte von großer Bedeutung. Natürlich ist die Frage der Veräußerungsgewinne nach dem neu gestalteten § 34 EStG für den Mittelstand wichtig. Wir sollten in Zukunft über große Reformwerke nicht so diskutieren, daß in gewissen Phasen durch das Für und Wider der Einzelpunkte die Menschen nicht mehr verstehen, weshalb wir die Reformen durchführen und was sie letzten Endes für die Zukunft unseres Landes bedeuten.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich will einen vorletzten Punkt ansprechen, weil dieser auch zur aktuellen Situation unserer Partei gehört. Wir haben im Vorfeld des Parteitages und auch in den offenen und guten Diskussionen hier manches darüber gehört, daß unsere Partei und ihre Anhänger von manchen Sorgen und einiger Unsicherheit erfüllt sind. Das ist wahr. Dafür gibt es mehrere Gründe, z. B. diejenigen, die ich angesprochen habe. Ich habe dargestellt, daß wir selbst manches besser gestalten können. In diesem Zusammenhang ist aber natürlich auch die Tatsache zu erwähnen, daß wir seit Ende 1986 nach Jahren einer erfolgreichen Entwicklung im Bereich des

Wirtschaftswachstums und bei der Zunahme der Beschäftigung nun Turbulenzen und Probleme haben. Wir haben seit anderthalb Jahren — jedenfalls bis Ende 1987 — ein langsamerer Wachstum zu verzeichnen. Wir haben außenwirtschaftliche Erschütterungen und Turbulenzen erlebt, die Ende letzten Jahres zu einem großen Pessimismus im Hinblick auf die Zukunft der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes führten. Diese Verlangsamung des Wachstums hat sich sofort in den Arbeitsmarktzahlen, in den Einnahmen der Sozialversicherungssysteme und in den Steuereinnahmen niedergeschlagen. Jeder weiß, welche Schwierigkeiten daraus erwachsen sind.

Wahr ist aber auch, daß die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum in diesem Jahr wesentlich besser sind, als wir selbst, die wir zu den vorsichtigen Optimisten gehörten, es noch vor wenigen Monaten erwarteten. Ich will nur drei Zahlen nennen. Die Bundesbank hat vor zwei Monaten festgestellt, daß die privaten Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland 1986 und 1987 preisbereinigt um mehr als 8 % zugenommen haben. Das ist die höchste Zunahme seit den Anfangsjahren der Republik. Wir haben in der Preisstabilität zwei Jahre hinter uns, wie sie seit den 50er Jahren ohne Beispiel sind. Die privaten Ersparnisse der breiten Schichten unseres Volkes sind im letzten Jahr schließlich um über 100 Milliarden DM angewachsen.

Meine lieben Freunde, daß wir 1988 in eine neue dynamische Wachstumsphase gekommen sind, daß wir eine Zunahme der Einkommen der breiten Schichten unseres Volkes erreicht haben wie seit Jahrzehnten nicht mehr, darf nicht zu den bestgeschützten Geheimnissen in der öffentlichen Diskussion unseres Landes gehören.

(Beifall)

Ich habe mich in den letzten Wochen und Monaten bei Gesprächen mit manchen Verbandsvertretern auch der deutschen Wirtschaft, aber auch bei Gesprächen mit manchen CDU-Politikern aus Ländern und Kommunen gewundert, daß sich vor dem Hintergrund des Schocks des vergangenen Jahres eine Stimmung des Pessimismus breitmachte. Wenn wir als Mitglieder der Christlich Demokratischen Union diese neue positive Entwicklung, die durch unsere Finanzpolitik und durch internationale Zusammenarbeit in der Frage etwa der Wechselkursstabilisierung entscheidend mit beeinflußt wurde, den Menschen nicht bewußt machen, wenn wir sie nicht auch als einen Erfolg unserer Politik darstellen, wer soll es in Deutschland dann eigentlich sonst tun?

(Beifall)

Und so, meine lieben Freunde, sollten wir uns den schweren und großen Aufgaben, die vor uns liegen, realistisch stellen. Auch wenn dieses Jahr unvergleichlich besser verläuft, als vor wenigen Monaten angenommen: Wir haben in den kommenden zwei Jahren, bis 1990, noch eine mühsame Wegstrecke vor uns, auch in den Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Aber wenn wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, wenn wir uns der innerparteilichen Diskussion so öffnen, wie wir es in diesen Tagen getan haben, und wenn Solidarität nicht nur ein Wort bleibt, sondern die Praxis auch im Alltag, in der Erarbeitung und Vermittlung unserer Politik, dann werden wir als lebendige Volkspartei unsere Aufgaben lösen. Dann haben wir eine Perspektive — weit über diese Wahlperiode hinaus —, Politik für unser Volk verantwortlich zu gestalten.

(Beifall)

Wir dürfen auch nicht den Vorwurf erheben, wenn einer einmal, in welchem Medium auch immer – wir sind eine Mediengesellschaft –, eine Meinung geäußert hat, dieser wolle einer Profilneurose nachgehen. Wir müssen uns vielmehr in der Sache wirklich mit dem auseinandersetzen, was gesagt worden ist. Das wirkt glaubwürdig, und es wirkt auch auf jüngere Leute glaubwürdig, wenn wir es tun.

Weiterhin müssen wir weniger Sprachregelungen von oben verordnen, und zwar im Sinne einer falschen Geschlossenheitsideologie. Wir müssen versuchen, sauber und offen miteinander zu diskutieren, aber dann auch deutlich machen, worüber wir diskutiert haben. Wir dürfen nicht hinterher Beschlüsse verkünden, die im Grunde mehr oder weniger außenpolitischen Kommuniqués gleichen, aber im Grunde verhüllen, was wirklich die Beweggründe für unser Handeln sind. Das heißt, auch hier müssen wir offener, durchsichtiger und transparenter werden.

Ich bin auch der Meinung – das ist vorgestern, gestern und heute ein guter Ansatz gewesen; diesen müssen wir weitermachen; er muß aber auch bis nach ganz unten in die Ortsverbände, in die Stadtverbände und in die Kreisverbände vordringen –, daß wir es ertragen lernen müssen, daß jemand einmal eine aus unserer Sicht krause Meinung äußert.

Ich bin nun 34 Jahre alt. Ich habe vor 16 bzw. 18 Jahren, als ich in die Partei eingetreten bin, in Sachfragen teilweise völlig andere Auffassungen geäußert. So müssen wir doch auch jüngeren Leuten gegenüberreten, die auch einmal eine aus unserer Sicht vielleicht krause Auffassung äußern. Wir müssen sie ernst nehmen und in der Sache diskutieren. Wir dürfen sie nicht totschweigen oder auch mit administrativen Mitteln zurückzudrängen versuchen. Hier haben wir aufzuarbeiten.

(Beifall)

Nun komme ich zum zweiten Punkt unseres heutigen Mottos. Wir wollen auch grundsatztreu sein. Das heißt eben auch: Rückbesinnung auf Grundsätze bei den kleinen Themen z.B. in der Kommunalpolitik. Es muß auch für den jüngeren Menschen nachvollziehbar sein, daß das, was wir im Konkreten tun, Ausdruck unserer Grundsätze ist. Die Grundsätze dürfen nicht immer nur für die Sonntagsreden dasein, und dann, wenn es ans Konkrete geht, haben wir sie schnell vergessen und verfallen in einen grundsatzlosen und grundsatzwidrigen Pragmatismus. Das ist eine große Gefahr, der wir ständig erliegen, vor allem wenn viele Interessengruppen – so möchte ich es einmal formulieren – an unserer Politik nagen.

Liebe Freunde, ich sage auch: Wenn es schiefgelaufen ist, müssen wir stärker bereit sein – und der Bundeskanzler hat es vorgestern getan –, auch einmal zuzugeben, daß etwas schiefgelaufen ist, und dürfen nicht ständig gesunbeten und schönfärben.

(Beifall)

Da haben wir auch eine Menge aufzuarbeiten. Man hätte hier z.B. auch sagen können, wie unglücklich die Entscheidung zum Flugbenzin gewesen ist.

(Beifall)

Wenn wir uns grundsatztreu zurückbesinnen wollen, hätten wir natürlich auch noch eine große Palette von Themen zu bewältigen gehabt, bei denen wir das hätten tun können und tun sollen. Ich persönlich bin als Umweltpolitiker besonders traurig darüber, daß es uns angesichts des Robbensterbens, das wirklich wiederum existentielle Ängste auch bei den Menschen – nicht nur in Schleswig-Holstein – ausgelöst hat, nicht gelungen ist, diese Rückbesinnung aufs Grundsätzliche auch in der Umweltpolitik vorzunehmen, um daraus neue Antriebskraft zu gewinnen.

(Zustimmung)

Das finde ich schade. Es ist versprochen worden, daß das nachgeholt wird. Ob der Bundesausschuß nun zur Beerdigung erster Klasse oder wirklich zu einem Feiertag für die Umweltpolitik beitragen wird, werden wir dann noch sehen müssen. Ich harre sehr aufmerksam der Dinge, die da kommen sollen.

Auch hier geht es darum, aus der Rückbesinnung aufs Grundsätzliche dann auch entsprechend den Grundsätzen zu handeln und daraus neue Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Da haben wir alle noch viel vor uns, und daran wollen wir alle mitwirken. – Schönen Dank und tschüs!

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Graf Kerssenbrock!

Das Wort hat jetzt Erwin Teufel.

Erwin Teufel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus Zeitgründen will ich nur drei Punkte in Kürze ansprechen, die mir für die Parteiarbeit sehr wichtig erscheinen.

Erstens stelle ich mir die Frage: Was veranlaßt eigentlich einen Mitbürger, Mitglied der CDU zu werden? Ich gehe davon aus: Er hat eine gewisse Nähe zur CDU, Sympathien für die CDU, er teilt unsere Grundüberzeugungen und hat uns vielleicht schon gewählt. Wenn der nun Mitglied wird, will er, so denke ich, bessere Informationen haben, als wenn er nur eine Tageszeitung abonniert. Er möchte seine Lebenserfahrung und seine Berufserfahrung in die politische Gestaltung und Diskussion einbringen.

Wir müssen uns einmal fragen, ob die Partei diesen Anforderungen eigentlich gerecht wird. Ich glaube, daß die Informationsarbeit der Bundesgeschäftsstelle gut ist, aber ich meine, sie müßte die Mitglieder in der Breite stärker erreichen. Ich würde mir wünschen, daß der UID in der ganzen Breite der Mitgliederschaft verteilt werden kann; dann könnten wir leicht auf das Monatsblatt verzichten.

(Beifall)

Vor allem aber müßte die Möglichkeit bestehen, daß im Vorfeld wichtiger politischer Entscheidungen bis an die Basis der Partei diskutiert werden kann, und zwar mit ausreichend Zeit. Kein Mitglied erwartet, daß er dann in den späteren politischen Entscheidungen alle seine Vorstellungen verwirklicht sieht, aber jeder wird doch leichter Solidarität zu dann getroffenen Entscheidungen üben können, wenn er im Vorfeld seine eigenen Erfahrungen und Kenntnisse in den Diskussionsprozeß einbringen konnte.

(Beifall)

Zu Recht ist gesagt worden, daß da manche Chancen im Vorfeld der Diskussion vertan worden sind, etwa bei der Gesundheitsreform oder der Steuerreform. Mitglieder wollen nicht nur ihren Mitbürgern getroffene Entscheidungen verdeutlichen, sondern wollen auch frühzeitig in den Diskussionsprozeß einbezogen sein.

(Beifall)

Als Beispiel, bei dem man das noch besser machen kann, nenne ich die Rentenreform, die noch vor uns steht.

Zweitens: unser Verhältnis zu den Kirchen und zu kirchlich gebundenen Mitbürgern. Fast von selber sind in der Vergangenheit Menschen, die in der evangelischen Kirche oder in der katholischen Kirche stark engagiert sind, auch Mitglieder der CDU geworden. Wir alle wissen seit Jahren, daß dies leider nicht mehr selbstverständlich ist. Uns liegt in der neuen Nummer der „Politischen Meinung“ eine Untersuchung von Herrn Dr. Veen vor, die überzeugend darlegt, wie sehr sich hier die Verhältnisse geändert haben. Aber, liebe Freunde, das kann man doch nicht einfach hinnehmen! Um das, was nicht mehr von selbst läuft, muß man sich in der Partei bemühen!

(Zustimmung)

Wenn ich die Dinge richtig sehe, haben wir überall in den Ländern und auf Bundesebene ein hervorragendes Verhältnis zu den Bischöfen, zu den Oberkirchenräten und den Ordinariaten, aber es gibt kaum das Gespräch auf Kreisebene mit den Dekanatsräten, auf Landesebene in der vollen Breite mit den Diözesanräten oder den Synoden oder auf Ortsebene mit den Pfarrgemeinderäten. Wenn der Kontakt sich nicht mehr von selbst ergibt, muß man sich aktiv darum bemühen.

(Zustimmung)

Jedenfalls ist es für eine Partei, die das „C“ im Namen führt, eine Lebensfrage, daß sie mit den Kirchen auf allen Ebenen im Gespräch ist.

Es kann uns auch nicht gleichgültig sein, daß die Zahl der Themen zunimmt, bei denen kirchlich gebundene Leute eine andere Auffassung vertreten als wir in der Politik.

(Zustimmung)

Ich nenne Themen wie Entwicklungshilfe, Ausländerpolitik, Verständnis des Subsidiaritätsprinzips, Fragen der Umweltpolitik, der Bewahrung der Schöpfung. Um diese Themen müssen wir uns inhaltlich bemühen, um eine Übereinstimmung mit kirchlich gebundenen Leuten zu erzielen.

Die dritte Bemerkung: Unsere Partei muß für die junge Generation und auch für neue Wählerschichten attraktiv sein. Die Bundesgeschäftsstelle ist nicht dafür zu schelten, sondern dafür zu loben, daß sie nach der Bundestageswahl, auch wenn wir wieder die Regierung bilden konnten, die Verluste analysiert hat, sich Gedanken darüber gemacht hat, wie wir neue und zusätzliche Wähler gewinnen können.

(Beifall)

Gewiß brauchen wir nicht jeder Mode und jeder Zeitströmung nachzulaufen, etwa nach dem bekannten CDU-Grundsatz: Wir machen zu 80 % und fünf Jahre später alles, was die anderen auch machen. Aber sehr wohl geht es darum, für neue Bedürfnisse sensibel zu sein und die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Ich habe den Eindruck, in der Diskussion der Themen sind wir sehr wohl auf der Höhe der Zeit. Ich habe den Eindruck, das Konrad-Adenauer-Haus legt der Partei von Parteitag zu Parteitag – Stuttgarter Leitsätze, Essener Leitsätze, jetzt die Papiere für diesen Parteitag – neue wichtige Themen und Entwürfe für neue wichtige Aussagen vor. Das gilt für die ökologische Marktwirtschaft, für die Entwicklungshilfe, für Frauen, für die Außenpolitik, für die Neue Soziale Frage, für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Aber ich habe nicht den Eindruck, daß wir bis in alle Gliederungen der Partei und vor allem bis in unsere Fraktionen hinein – ich nehme da keine aus, keine Gemeinderats- und Kreistagsfraktion, auch nicht die Landtagsfraktionen oder die Bundestagsfraktion – das umsetzen, was wir auf Parteitag beschließen oder was einige Vordenker als Perspektive vorlegen.

(Zustimmung)

Im Grunde haben wir die Stuttgarter Leitsätze und die Essener Leitsätze noch nicht durchgesetzt, und wir sind programmatisch längst wieder bei anderen Themen.

(Zustimmung)

Wir müssen in der Partei mehr diskutieren, und wir müssen früher diskutieren.

(Vereinzelte Zustimmung)

Das heißt auch: Wir brauchen Parteitagsvorlagen früher.

(Beifall)

Ich möchte ruhig diesen Parteitag nennen. Die Zeit war für die Basis, für die Kreisverbände, für die Vereinigungen, für die Ortsverbände, zu kurz, um alle Fragen zu diskutieren.

Ich sage auch: Wenn, wie auf diesem Parteitag geschehen, ein Frauenantrag in einer Bundesvorstandssitzung vorgelegt wird, für die eine Stunde angesetzt ist und die, wie man weiß, auf Parteitag immer eine Routinesitzung ist, und wenn man dann einen solchen Antrag an der Basis gar nicht diskutieren kann und jetzt über ihn abstimmen muß, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn das zu Irritationen bei Delegiertentreffen führt.

(Beifall)

Meine Bitte lautet also: Die Vorlagen früher heraus, damit sie vorher ausgiebig diskutiert werden können. Dann ist auch die Chance größer, daß sich Parteimitglieder mit den Vorlagen identifizieren und nachher auch umsetzen.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Bevor ich Senator Fink das Wort erteile, mache ich noch einmal darauf aufmerksam, daß sich die nächsten Redner möglichst kurz fassen, damit das Präsidium nicht von dem Recht auf Begrenzung der Redezeit Gebrauch machen muß. Herzlichen Dank.

Ulf Fink: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist richtig, daß eine Partei immer wieder einmal überprüft, ob ihre Organisationsstrukturen auch den modernen Anforderungen gerecht werden. Insofern ist es gut,

daß ein solcher Antrag vorliegt, daß sich eine Kommission, sachverständig besetzt, damit beschäftigen wird, daß wir dann in einer Bundesausschußsitzung darüber Beschluß fassen und schließlich auf dem Bundesparteitag. Eine wichtige Erkenntnis dabei muß sein, daß das große Erbe der CDU als Volkspartei mit der Überlegung, daß sie die Zerrissenheit der Konfessionen und die Zerrissenheit der Schichten in einer einigenden Volkspartei überwindet, dann auch dazu geführt hat, daß die CDU die einzige Kraft ist, die in der Bundesrepublik Deutschland strukturell mehrheitsfähig ist. Dieser Grundgedanke der Volkspartei funktioniert nur dann richtig, wenn diese große Volkspartei auch die Kraft hat, beispielsweise durch Gruppierungen, durch Vereinigungen Neues zu erkunden, wenn also nicht die ganze Partei auf einmal neue Wege gehen muß, sondern wenn sie Pfadfinder hat, die sie ausschickt, damit neue Wege erkundet werden. Dazu sind beispielsweise die Vereinigungen da. Deshalb ist es wichtig, daß sich die Vereinigungen mit neuen Fragen beschäftigen, daß sie den Blick über den Tellerrand hinaus tun, auch darüber hinaus, was vielleicht derzeit Parteiprogramm ist. Das gehört zum Thema Offenheit einer Partei, und das ist dasjenige, was ich in dem Zusammenhang ganz besonders sagen möchte. Wichtig ist, daß die Partei offen ist für neue Fragen und daß sie durch ihre Gliederungen bereit und in der Lage ist, die neuen Fragen auch wirklich anzuerkennen. Dazu gehört, daß wir in der Partei – das ist der Charakter der Volkspartei – kompromißfähig sind. Aber ich sage mit großem Bedacht, der Kompromiß darf nicht schon beim Denken und beim Aussprechen dessen beginnen, was richtig ist. Entscheidend ist zuerst, was richtig ist, und das muß auch ausgesprochen werden dürfen, erst dann, ob es mehrheitsfähig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb auch ein Wort zu den Kolleginnen und Kollegen, die bei uns in den Betriebsräten arbeiten. Sie haben eine sehr schwere Arbeit zu tun. Sie sind diejenigen, die die Arbeitnehmerschaft in den Betrieben versöhnen und in Kontakt bringen mit dem, was sonst um sie herum vorgeht. Da tun viele Kolleginnen und Kollegen eine gute Arbeit. Wir sollten sie unterstützen bei dieser wichtigen und großen Arbeit und sollten nicht immer wieder so tun, als ob es eine Arbeit am Rande ist. Es ist eine Arbeit im Mittelpunkt. 80 % der Erwerbstätigen sind nun einmal Arbeitnehmer, und mit Arbeitnehmern werden Wahlen gewonnen oder verloren.

(Beifall)

Deshalb noch ein weiteres. Der Parteivorsitzende hat zu Recht gesagt, wir müssen uns darum kümmern, daß die Partei gut in Form ist, damit wir auch künftig wieder regieren. Ich sage, auch umgedreht ist diese Aussage richtig, denn wenn wir innerhalb der Partei Mängel haben, dann liegt dies nicht nur an organisatorischen Fragen, sondern dann ist dies auch eine Frage an die Politik, nämlich die Regierungspolitik, ob diese Regierungspolitik so gestaltet ist, daß junge Menschen, daß Arbeitnehmer, daß neue Schichten gerne bereit sind, Mitglied der Christlich Demokratischen Union zu werden. Deshalb sage ich, in den 70er Jahren haben wir einen großartigen Aufbruch unternommen, eine große programmatische Arbeit. Wir sind in der Mitgliederzahl von unter 300 000 auf über 700 000 gewachsen. Das war die Zeit des großen programmatischen Durchbruchs. Deshalb sage ich, wir müssen auch jetzt darauf achten, daß das eigenständige Profil der CDU nicht verwischt wird. Wir haben heute eine solche Gelegenheit, nämlich bei dem Antrag M 67 mit dem Flugbenzin. Da kann man sagen,

wir wollen das nicht beschließen, weil das eine Frage der Koalition ist. Man kann aber auch sagen, daß ist eine Frage, wo die CDU ihre Meinung zum Ausdruck bringt, und dann muß das innerhalb der Koalition verhandelt werden.

(Beifall)

Das sind unterschiedliche Auffassungen, aber daran wird deutlich, was man unter dem eigenständigen Profil einer Partei versteht.

Ich meine, es ist gut und richtig, über die Profile, über die Organisation der Partei nachzudenken, es ist aber genauso wichtig, vielleicht noch wichtiger, darüber nachzudenken, wie wir unser eigenständiges Profil in der Regierungspolitik richtig verankern können.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche konkret zum Antrag K 1. In der Tagesordnung ist unter Tagesordnungspunkt 19 ausgewiesen „Beratung und Beschlußfassung des Antrages“. Wir haben heute einen Initiativantrag K 1 der Delegierten Dr. Kohl, Dr. Geißler, Dr. Wallmann und weiterer 27 Delegierter vorliegen, wir haben also keinen Antrag des Bundesvorstandes. Herr Dr. Kohl, wenn Sie kritisieren, daß unnötigerweise Irritationen in den Parteigliederungen hervorgerufen worden sind, dann ist das gerade durch dieses Verhalten hervorgerufen, daß irgendwo unter TOP 19 ein ordentlicher Antrag angekündigt war, der im Grunde in den Parteigliederungen nicht beraten werden konnte, sondern jetzt hier als Initiativantrag präsentiert wird. Von daher ist die Sorge verschiedener Gliederungen berechtigt.

In diesem Initiativantrag ist inhaltlich ausgeführt, welche Prüfaufträge, welche Fragen formuliert worden sind, die demnächst auf einen Bundesausschuß und dann auf einem Bundesparteitag beschlossen werden sollen. Nur habe ich eine Frage, wenn es in Absatz 3 heißt: „Unter Einbeziehung von Empfehlungen der vom Bundesvorstand eingesetzten Organisationskommission ...“ Ist das die, die schon eingesetzt ist, oder die, die zukünftig eingesetzt werden soll? Es gibt nämlich eine Organisationskommission, die im Grunde Vorschläge erarbeitet hat und wo ein Papier vorliegt, was die Irritationen, die hier diskutiert worden sind, im Grunde schon beantwortet hat, was jetzt im Initiativantrag an Fragen gestellt wird. Wenn das so erfolgen soll, daß hier Fragen formuliert werden, wozu man die Antworten schon hat, dann ist das meines Erachtens keine gute Sache, in Fragen der Organisation und der Finanzverteilung zukünftig zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Insofern teile ich die Sorge, die vom Kollegen Pohl geäußert worden ist. Ich bitte also um Klarstellung, ob das die Einbeziehung der Ergebnisse ist oder ob diese Kommission wirklich vorbehaltlos die Fragen, wie sie hier formuliert sind, unabhängig von schon bestehenden Antworten einer Kommission behandeln soll.

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Das Wort hat Bundeskanzler Helmut Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, ich habe eigentlich geglaubt, daß ich die Fragen beantwortet habe. Es gab im Vorfeld zu diesem Parteitag Vorarbeit durch eine Kommission. Es sind Ergebnisse vorgelegt

worden, wir haben über die Ergebnisse gesprochen und ich war der Meinung – das habe ich deutlich gesagt –, daß diese Ergebnisse nicht ausreichend sind, daß sie noch einmal umfassender beraten werden müssen. Deswegen ist heute kein Antrag vorgelegt worden.

Selbstverständlich wird die Kommission – sonst würde ich doch nicht deren Leitung übernehmen – alles beraten, was zu beraten ist. Da gibt es keine Voreingenommenheit und keine festgelegten Positionen. Der Grund, warum wir jetzt diesen Initiativantrag – es ist immerhin ein Initiativantrag aller Bundesvorstandsmitglieder – vorgelegt haben, liegt in den satzungsmäßigen Fristen.

Meine Damen und Herren, ich bitte daher auch um Ihre Solidarität: Diejenigen, die sich speziell um diese Arbeit gekümmert haben, haben noch vieles andere zu tun. Wir haben im Terminablauf der letzten Wochen gewaltige Probleme gehabt. Und jetzt steht der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto bevor, der EG-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft – und nicht zuletzt schwierigste politische Arbeiten im Bundestag und im Bundesrat.

Diese Terminnot, aber doch nicht etwa ein Mangel an Achtung gegenüber dem Parteitag hat dazu geführt, daß wir den Termin im Bundesvorstand nicht halten konnten und jetzt den Ausweg gewählt haben, den jeder andere auch wählen kann, nämlich durch einen Initiativantrag hier tätig zu werden.

Meine herzliche Bitte ist: Gehen Sie jetzt nicht mit einer Voreingenommenheit in die Abstimmung. Stimmen Sie dem Antrag zu, in dem vorgesehen ist, daß der Bundesvorstand jene Kommission, die umfassend zusammengesetzt sein wird, mit der Beratung beauftragt, damit wir in dieser Frage endlich weiterkommen. Was kann man eigentlich mehr tun, als über die Kreisvorsitzenden, über den Bundesausschuß einen Antrag für den Bundesparteitag im nächsten Jahr zu erarbeiten? Das ist wirkliche Basisvorbereitung. Darauf können Sie vertrauen. Ich bitte Sie jetzt wirklich, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bundeskanzler. Das Wort hat Frau Vetter.

Frau Helga Vetter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nur eine Frage. Es geht um die Repräsentanz aller Berufe. Ich möchte von Ihnen gern wissen, ob Hausfrau ein Beruf ist.

(Beifall)

Wenn ich mich manchmal vorstelle, sage ich: Ich bin Leiterin eines kleinen Wirtschaftsunternehmens mit Pflegehort, Hausaufgabenbetreuung und im Moment angegliederter Pflegeabteilung. Kurz gesagt: Ich bin Hausfrau.

Herr Blüm, in Essen haben Sie gesagt: Die Hausfrau ist doch nicht das Dummchen der Nation. Hausfrau ist der vielschichtigste Beruf, den es überhaupt gibt. – Damals wären Sie mir beinahe ins Gesicht gesprungen, als ich bezweifelt habe, daß das die Meinung aller oder wenigstens die Meinung aller in Ihrem Kreise sei.

Sie haben gesagt: Wir wissen, daß Hausfrau der vielschichtigste Beruf ist. Da ich Ihnen nicht unterstelle, daß Sie im pluralis majestatis sprechen, hoffe ich doch, daß dies allgemeine Meinung ist.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Nun hat Herr Schwarz aus Rheinland-Pfalz das Wort.

Stefan Schwarz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lieber Parteivorsitzender, das war eine sehr bemerkenswerte Rede, die Sie heute morgen gehalten haben. Ich wünsche mir, daß die hier sitzenden Kreisvorsitzenden und Delegierten das, was Helmut Kohl hier sagte, auch alles begriffen haben. Wir haben nämlich fleißig mitgeschrieben und werden Sie bei Gelegenheiten, bei denen es Ihnen dann vielleicht wehtut, daran erinnern, daß Sie hier heftig Beifall geklatscht haben, als der Parteivorsitzende von der notwendigen Reform der Partei gesprochen hat.

Ich frage die Landesfürsten, die Bezirksfürsten und die Kreisfürsten, ob sie dem Beifall, den sie, wie ich hier beobachtet habe, heftig geleistet haben, bei den Landesparteitagen auch Taten folgen lassen, wenn es darum geht, daß man die Proporz-Quadratwurzeln wieder miteinander vergleichen muß, um irgendwelche Ansprüche abzuwehren, damit man als Vorsitzender keine Führungskraft beweisen muß, sondern seine Ruhe auf dem mathematischen Ruhekitzen findet.

(Vereinzelt Widerspruch)

– Erlauben Sie mir doch, daß ich einiges ausspreche, was hier jeder kennt, hier sonst aber keiner sagt.

(Beifall)

Ich nehme nun das auf, was der Bundesparteivorsitzende zu den Jungen und der Karriere gesagt hat. Logischerweise ärgert das ein bißchen. Ich möchte aber etwas dazu sagen. Wir haben uns in Rheinland-Pfalz in der Jungen Union – der Herr Bundeskanzler war ja einmal stellvertretender Landesvorsitzender dieser hervorragenden Vereinigung – abgewöhnt, die CDU um etwas zu bitten, weil wir festgestellt haben, daß es nicht allzuviel hilft. Man muß die CDU vielmehr in aller Liebe und mit aller Sympathie in eine ganze Menge Dinge hineinschieben und drücken. Wir sagen dazu immer: Man muß sie vor das Schienbein treten, aber in aller Liebe, ohne daß es allzu wehtut und damit es keine Verletzungen gibt. Man muß es aber durchaus so tun, daß sie es merkt.

Der heutige Bundeskanzler war bei uns, wie gesagt, schon einmal stellvertretender Landesvorsitzender. Wir hören natürlich auch, was man sich in Rheinland-Pfalz so alles darüber erzählt, wie er und Heinrich Holkenbrink und Otto Meyer es gemacht haben, daß Helmut Kohl heute Bundeskanzler ist. Wenn ich das höre, erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß Sie auch nicht gebeten und gebettelt, sondern gekämpft und gefightet und abgesägt haben, wo es notwendig war – demokratisch natürlich.

(Beifall)

Wir erlauben uns, diesem Beispiel zu folgen, wenn es darauf ankommt.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie haben recht, Herr Kohl, wenn Sie sagen, die Zeiten hätten sich geändert. Mein Vater sagt mir immer: Wo wir damals einen Schnupfen gekriegt haben, kriegt ihr heute – weil wir euch in Watte eingepackt haben – eine Lungenentzündung. – Das mag sein. Sie müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß Sie die Väter und Mütter sind, die

uns erzogen haben. Sagen Sie uns bitte jetzt nicht, wir sollten so sein, wie Sie mit 17, 20, 30 Jahren gewesen sind. Wir betreiben in der Bundesrepublik des Jahres 1988 Politik, nicht in der Bundesrepublik des Jahres 1950 oder 1960.

(Beifall)

Sie haben uns auch innerparteilich erzogen. In diesem Zusammenhang ist von Idealismus zu reden. Dies ist ein Wort, das ich gerne gebrauche. Sie brauchen in dieser Hinsicht gar nicht so defensiv zu sein, wenn es um die Jungen und um die ganz Alten geht; ich habe in diesem Zusammenhang mehr Bedenken hinsichtlich des politischen Mittelalters. Wenn es um Idealismus und um innerparteiliche Konsequenzen geht, habe ich den Eindruck, daß es nicht ohne das know-how des Maggels und Kungels geht, wenn wir diesen Idealismus und dieses Stück Heimat, die die CDU auch für uns Junge trotz allen Ärgers – ich sage immer: Ärger inklusive; er soll gar nicht vor der Tür bleiben – bietet, umsetzen wollen.

Ich will einen weiteren Punkt im Zusammenhang mit dem Karrieredenken ansprechen. Sie haben den Begriff „Jugendkult“ gebraucht. Der derzeitige Bundesparteivorsitzende und Bundeskanzler hat es in seiner Zeit als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident gewagt, 34jährige zu Ministern zu machen. Gestern abend mußte ich mir eine Diskussion darüber anhören, daß man bis zum Alter von 25 Jahren so unmündig ist, daß man – beinahe von der Wiege bis zur Bahre – von irgendwelchen bevormundenden Arbeitsamtsleuten in irgendwelche Pflichtveranstaltungen geschickt wird. Angesichts dessen komme ich mir wirklich wie eine arme Kreatur des Nachkriegsdeutschland vor, die ab 40 langsam anfangen kann, sich zu betätigen. Ich würde es gern sehen, daß es in den Bundesländern und vielleicht auch auf Bundesebene wieder selbstverständlich wird, daß junge Leute – es müssen nicht gerade 20jährige sein – ganz normal in die Verantwortung hereingenommen werden. Wie sollen sie es denn sonst hinkriegen? Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Es ist ja nicht so, daß wir dies jetzt fordern, weil es für uns schick wäre – natürlich gehört auch das dazu; Klingeln gehört zum Geschäft –; es ist nicht so, daß wir uns nur Gedanken um uns machen. Wenn ich ein normales Mitglied der Jungen Union Leubsdorf – ein Ort mit 1 500 Einwohnern – gestern mit auf diesen Bundesparteitag genommen hätte – mir haben die Beratungen hier zum Teil gefallen; ich klatsche auch gern; wenn etwas Gutes gesprochen wird, freue ich mich –, hätte dieses Mitglied einen Kulturschock bekommen. Wie wir auf Parteitagen miteinander umgehen, entspricht nicht der Art und Weise, wie Menschen sich in der Bundesrepublik Deutschland unterhalten. Über unsere Rituale hier sollten wir auch einmal nachdenken.

(Beifall)

Daraus ergibt sich für die jungen Leute eine ernste Konsequenz. Auch deswegen hat mich die Diskussion gestern etwas gestört. Vielleicht stimmt es ja, daß die heutige junge Generation eine der besten Generationen ist, die wir im Nachkriegsdeutschland hatten. Ich glaube, das stimmt, was Leistungsorientierung und den Willen, etwas zu tun, angeht. Wenn diese jungen Leute sich dann aber fragen, was sie überhaupt tun könnten, und dabei einen Blick auf die großen Volksparteien oder auch auf andere große Organisationen werfen, stellen sie betonierte Strukturen fest und überlegen

sich: Wo kann ich mehr tun? Herr Kohl, Sie haben das Beispiel der Freizeitzentren erwähnt. Das ist ein richtiges Beispiel. Was für diesen Bereich gilt, trifft für den Bereich der Politik aber genauso zu. Die jungen Leute werden dann sagen: Für diese oder jene Geschichte bekommt ihr meine Unterstützung; da mache ich mit und hänge mich mit hinein. Ansonsten laßt mich aber bitte mit eurem Regularienkram und mit eurem Gerede in Ruhe. Wenn der Parteivorsitzende sich für 20 Jahre Parteivorsitz im Ortsverband oder der Kreisvorsitzende sich für 30 Jahre Vorsitz auf der Kreisebene feiern läßt, kann ich das nicht mitmachen.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Es wäre ganz vernünftig, wenn sich das, was der Bundesparteivorsitzende hier gesagt hat, in der Partei auch wiederfindet. Ich habe in dieser Hinsicht auch großes Vertrauen.

Wir haben gestern lange über die CDU als Partei diskutiert. Ich möchte kurz auf diese Diskussion zurückkommen. Viele idealistische junge Leute – das ist zugegebenermaßen etwas plakativ formuliert – diskutieren über die Frage – Heinrich Holkenbrink hat es angesprochen, und auch Herr Teufel hat es nach meiner Auffassung sehr gut angesprochen –, was die CDU eigentlich für eine Partei ist. Schreiben wir CDU mit C wie „christlich“ oder mit K wie „konservativ“? Ich habe den Eindruck – ein junger Typ in der CDU hat um eine Menge zu kämpfen und zu fighten, was zugegebenermaßen auch Spaß macht –, daß wir in der CDU eine ganze Menge Leute haben, die, wenn man sie fragt, was das C im Parteinamen eigentlich heiße, keine ausreichende Antwort geben können, die nur sagen können, es heiße, gegen die SPD und den Sozialismus zu sein. Das genügt uns nicht. Diese Antwort genügt auf Dauer ganz bestimmt nicht.

(Beifall)

Ich habe mich hier nicht deshalb zu Wort gemeldet, weil ich glaubte, wegweisende Beiträge zu leisten. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich Sie darauf aufmerksam machen wollte, daß ich dem Bundesparteivorsitzenden für seine Rede dankbar bin. Zugleich wollte ich Sie alle warnen – wir werden die Aussagen hier alle schön nacharbeiten, und zwar nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern sicherlich auch anderswo – und zugleich bitten, Ihrem Beifall zu bestimmten Ausführungen auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen.

Und glauben Sie uns: Wir werden antreten, wir werden Sie herausfordern, und Sie können gern widersprechen. Wir bitten Sie, daß Sie dann, wenn wir etwas sagen, dies nicht als Majestätsbeleidigung betrachten. Denn Sie können unterstellen, daß wir ab 25 durchaus schon selbst denken können, daß wir eigene Ideen haben.

Gehen Sie bitte fest davon aus, daß diese Junge Union langsam, Stück für Stück, aufhört, zu klagen und sich selbst zu bemitleiden. Gehen Sie davon aus, daß Ihnen allen, die Sie hier sitzen und Amt und Würden haben, die Luft etwas frischer um die Nase weht, daß sie manchmal vielleicht auch eisenhaltiger wird.

Ich wünsche uns eine lebendige CDU der 90er Jahre.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schwarz, für diesen erfrischenden Beitrag.

Das Wort hat jetzt Herr Schmidt (Hamburg). – Herr Schmidt ist offensichtlich nicht da.

Dann hat Herr Rüsenberg aus dem Landesverband NRW das Wort.

Antonius Rüsenberg: Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße, daß durch die heutige Beschlußfassung diese Organisationskommission eingesetzt wird. Ich begrüße auch die Formulierung, daß es Aufgabe sein wird, eine moderne Volkspartei zu bilden, weiterzuentwickeln, um die Politik insbesondere bürgernah umzusetzen. Ich bin auch dafür, daß in diesem Medienzeitalter moderne Kommunikationsstrukturen genutzt werden.

Ich bringe in diesem Zusammenhang aber trotzdem in Erinnerung, daß ich hier und da durchaus die Gefahr sehe, daß wir uns in eine Richtung entwickeln, hinsichtlich der ich von einer computergesteuerten und technokratischen Partei spreche. Das heißt: Man darf nicht nur den Apparat sehen, sondern muß insbesondere auch die Ehrenamtlichen in den Kreis- und Ortsverbänden in die weitere Beratung hier mit einbeziehen.

Herr Bundesvorsitzender, Sie haben nach der letzten Bundestagswahl gesagt, daß es nicht ausreicht, einen Wahlkampf vom Computer her zu steuern und zu entwickeln, sondern daß es die Aufgabe der politischen Partei ist, der Freunde vor Ort, den Bürger direkt anzusprechen, seine Nähe, seine Gefühle und seine Empfindungen zu erfahren, um dies bei der Umsetzung einer bürgernahen Politik mit einzubauen.

Wir sprechen von einem Apparat. Ich meine, daß wir auch im Hinblick auf die Überlegungen der Kommission das mit einbeziehen müssen, was wir im Grundsatzprogramm formuliert haben, nämlich: So viel Zentralität wie nötig, so viel Dezentralität wie eben möglich. Das heißt, hier stellt sich die Frage nach dem Subsidiaritätsprinzip. Der Apparat, meine Freunde, das sind Zigtausende und Abertausende vor Ort, in den Orts- und Kreisverbänden, und die Geschäftsstellen stehen ihnen zu Diensten. Auch die Bundesgeschäftsstelle sollte ihre Aufgabenstellung fördern, sie fordern und letztlich nicht bremsen. Ich meine, daß dazu auch gehört, ein Berufsbild für die Kreisgeschäftsführer zu entwickeln.

Ich bin der Ansicht, daß die Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle die Sensibilität haben müssen zu erkennen, wie das Innenleben einer Partei aussieht, daß es nicht ausreicht, eine gute Note im Politologiestudium zu erzielen, sondern daß es notwendig ist, daß auch diese Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in die Partei, also in die Ortsverbände, in die Kreisverbände, hineingehen,

(Zustimmung)

um bei den Freunden vor Ort Erfahrungen zu sammeln und diese für ihre Arbeit in Bonn fruchtbar werden zu lassen.

(Beifall)

Da habe ich hier und da meine Bedenken, ob das geschieht. Das soll keine allgemeine Schelte sein. Diese negativen Beispiele sollen lediglich zu der selbstkritischen Überlegung führen, wie man das verbessern kann.

Erstes Beispiel: Wir haben in den Ortsverbänden und in den Kreisverbänden sonntags die Zeitung zur Bundestagswahl verteilt. Die Bundesgeschäftsstelle hat sich seinerzeit mit einem umfangreichen Fragebogen an alle Ortsvorsitzenden gewandt, um das Verteilersystem in Bonn computergemäß zu erfassen. Ich war als Kreisvorsitzender verärgert, denn ich meine, diese Aufgabenstellung gehört vor Ort geregelt. Ich bin als Kreisvorsitzender dafür verantwortlich, daß das, was in Bonn erstellt worden ist mit der Zielrichtung, es flächendeckend zu verteilen, organisationsgerecht vor Ort vorgenommen wird. Darum sollte sich die Bundesgeschäftsstelle unter Einsatz von viel Bürokratie überhaupt nicht kümmern.

Zweites Beispiel: Ich habe, als wir in der Mitgliederentwicklung ein bißchen nach unten gingen, in der Presse gelesen, daß ein Telegramm an die Kreisgeschäftsstellen versandt worden ist mit dem Hinweis, daß man auf diesbezügliche Anfragen, weil das ja negativ war, keine Antwort geben solle. Darüber habe ich mich als Kreisvorsitzender gewundert. Denn, meine Damen und Herren: Wenn man uns das schriftlich mitgeteilt hätte, dann hätte ich dafür hier und da noch Verständnis gehabt, dann wäre es ja auch geheim geblieben. Aber man hat das in einem Telegramm gemacht. Und trotz des Datenschutzes, auch bei der Post, ist das ja durchgesickert. Ich habe meinen Kreisgeschäftsführer gebeten, zur Deutschen Bundespost zu gehen und nachzufragen, was dieses Telegramm von Bonn nach Höxter gekostet hat. Das waren 64 DM. Solche Beispiele, bundesweit hochgerechnet, belegen: Es ist zur Unzeit Geld aus dem Fenster geworfen worden.

(Beifall)

Drittes Beispiel: Herr Bundeskanzler, Sie sind auch in Ostwestfalen weiterhin herzlich willkommen. Ihre gute Politik, Ihr Name und Ihre bisherige Tätigkeit als Regierungschef reichen auch in Ostwestfalen aus, um die große Halle in Kaunitz zu füllen.

Wie aber macht das die Bundesgeschäftsstelle? Alle ca. 30 000 Mitglieder sind seinerzeit im Rahmen des Bundestagswahlkampfes durch die Bundesgeschäftsstelle angeschrieben worden, um sie auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen. Das geschah nicht mit einem Massenporto von 30 Pfennig, wie ich das bei uns in der Kreisgeschäftsstelle in Höxter gewohnt bin, sondern mit 80 Pfennig – anscheinend der Bedeutung wegen. Das hat, hochgerechnet für den ostwestfälischen Bereich, 24 000 DM nur an Porto ausgemacht.

(Beifall)

Hätten wir 1 000 DM für eine große Anzeige gehabt, hätten wir das gleiche erreicht.

(Zustimmung)

Also, das sind Dinge, hinsichtlich der ich meine, daß die Sensibilität der Verantwortlichen nicht in entsprechendem Maße gegeben ist, wenn so etwas auf den Weg gegeben wird.

Nun, meine Damen und Herren, das sind drei Beispiele – nicht als pauschale Schelte, aber als Hinweis, auch das in die weiteren Überlegungen mit einzubeziehen.

Und es interessiert ja sicherlich auch den Schatzmeister, wenn jetzt Pläne, die niemand versteht, auf den Weg gebracht werden, daß der Bundesbürger für die Finanzierung der Parteien, was Wahlkämpfe angeht, wieder zur Kasse gebeten

werden soll. Ich persönlich bin davon überzeugt – und ich bin jetzt 15 Jahre Kreisvorsitzender –, daß wir bei einer Reduzierung der finanziellen Mittel auf der Bundesebene – von mir aus um 25 oder 30 % – mit entsprechendem Einsatz vor Ort, bei dem das Herz bewegt ist, und auch der Mitbürger genauso viel erreichen wie mit diesen horrenden Wahlkampfschmullen.

(Beifall)

Eine abschließende Bemerkung – es war vielleicht ein bißchen ironisch formuliert, aber als Hintergrund ernst gemeint –: Herr Schatzmeister, ich gebe Ihnen im Hinblick auf die Reduzierung der Finanzen und bezüglich der Einsparkonzepte den guten Rat: Bestellen Sie sich zwei/drei Kreisvorsitzende, zwei/drei Kreisschatzmeister, einen Ortsvorsitzenden und zwei/drei Geschäftsführer nach Bonn, geben Sie denen gut zu essen und zu trinken, und beachten Sie deren Vorschläge – dann können wir Gewaltiges einsparen.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Rösenberg.

Wir sind am Ende der Aussprache zu den Initiativanträgen K 1 und K 3 bis K 7.

Ich lasse jetzt über den Antrag K 1 und über die dazugehörenden Anträge K 3 bis K 7 abstimmen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge K 1, K 3 und K 6 anzunehmen und die Anträge K 4, K 5 und K 7 dem Bundesvorstand als Material zu überweisen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung sind diese Anträge so angenommen.

Wir kommen dann zur Diskussion des Initiativantrages K 2.

Das Wort hat Frau Leni Fischer. – Zuvor darf ich die nachfolgenden Rednerinnen und Redner jedoch bitten, sich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und der unausweislichen Termine der Bundestagsfraktion um 17 Uhr möglichst kurz zu fassen.

Bitte, Frau Fischer.

Frau Leni Fischer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! K 1 liegt Ihnen als Initiativantrag vor. Ich möchte als erstes sagen, daß es sicher einiges an Diskussionen um den Antrag gegeben hat und vermutlich auch noch geben wird. Aber es muß auch noch gesagt werden, daß der Bundesvorstand hier nur das erfüllt – ich bin froh darüber –, was der 34. Bundesparteitag in Mainz aufgetragen hat, nämlich – ich zitiere – gemeinsam mit dem Bundesvorstand der Frauenvereinigung Maßnahmen zu erarbeiten und einzuleiten, um die Ziele des Beschlusses von Mainz zu erreichen, und darüber dem nächsten Parteitag zu berichten.

Was an Unmut aufgekommen ist, war sicherlich der Tatsache zu verdanken, – ob aus Versehen oder nicht, kann ich nicht nachprüfen –, daß dieser Antrag in Nordrhein-Westfalen verteilt wurde und nicht in allen Punkten auf ungeteilte Zustimmung gestoßen ist. Dies ist natürlich ganz klar. Er ist auch nicht bei allen Frauen auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Wir hatten uns sicherlich das eine oder andere mehr davon versprochen gehabt. Von daher muß man verstehen, daß auch dies eine

Art Kompromiß ist. Aber wir brauchen diese Beschlüsse, wir brauchen sie dringend für die Darstellung der Partei. Denn eine Partei, deren Politik nicht gemeinsam mit den Frauen vorformuliert, vorgedacht und durchgeführt wird, ist in diesem Land auf Dauer nicht mehrheitsfähig. Deswegen begrüße ich ganz ausdrücklich, daß wir diesen Antrag haben.

(Beifall)

Ich will auch gerne sagen, an welchem Punkt wir nicht draufsatteln wollen, sondern eine, wie das so schön heißt, größere Akzeptanz erreichen können. Wenn Sie den Antrag vor sich liegen haben – ich will das ganz kurz machen –, so steht in Nummer 2 im letzten Satz:

Die Vorstände sind verpflichtet, diese Kandidatinnen im Wahlkampf besonders zu unterstützen.

Wir wollen doch keine Extrawürste.

(Beifall)

Wir würden sagen: Männer und Frauen sind alle gleichmäßig und gleich stark zu unterstützen. Was wir nicht wollen, ist, daß man Frauen unter irgendwo ferner liefen hängen läßt. Dies möchten wir gesagt haben.

Bei Nummer 3:

Bei allen Wahlversammlungen müssen die abstimmungsberechtigten Mitglieder vor Eintritt in den Wahlgang darauf hingewiesen werden, daß jede Gliederung der Partei gehalten ist, diese Beschlüsse zu erfüllen.

Wieso? Ich würde sagen, man soll „vor Eintritt in den Wahlgang“ streichen. Dies kann man auf einer Einladung mitteilen oder am Anfang der Veranstaltung sagen. Ich würde es für klüger halten, es eben nicht direkt vor dem Wahlgang zu bringen.

Oder auf der nächsten Seite. Da soll Sorge dafür getragen werden, „daß bei den Delegiertenversammlungen Frauen entsprechend berücksichtigt werden“. Ich würde zur Klarstellung vorschlagen, daß dies doch vor allem bei der Zusammensetzung der Delegiertenversammlungen gilt. Dies sind doch jetzt nicht Überlegungen, die den Antrag in der Substanz verändern. Ich finde, die Anträge werden dadurch verbessert.

Bei Nummer 8 – das muß ich ganz ehrlich sagen – klang das eben so, als hätten wir einen fürchterlichen Bedarf an Nachhilfeunterricht. Ich würde vorschlagen: Es fehlt der CDU nicht an qualifizierten Frauen, nur muß die Partei gezielt Schulungen für Männer und Frauen anbieten, und zwar zu Zeiten, an denen auch Männer und Frauen mit Familienpflichten daran teilnehmen können.

(Beifall)

Oder Nummer 9. Auch das ist keine Kritik. Aber ein Großteil unserer Frauen ist sehr aktiv in kirchlichen Verbänden, in Vereinen, und wir sind nicht ausschließlich in Selbsthilfegruppen tätig. Ich möchte sehr wohl hineingeschrieben haben, daß auch die Erfahrungen, die die Frauen in den Verbänden und Vereinen gesammelt haben, in diese Arbeit miteingebracht werden können.

(Vereinzelter Beifall)

Damit wir das alles ganz prima hinbekommen, würde ich vorschlagen, daß wir das üben und gemeinsam mit Kreisverbänden und Landesverbänden, die sich dieser Aufgabe besonders verpflichtet fühlen, Pilotprojekte durchführen. Dies möchte ich Ihnen als mögliche Änderung – wir haben es der Antragskommission gesagt – empfehlen. Ich würde Sie ganz herzlich bitten, diese Dinge mit einzubeziehen, weil sie die Substanz des Antrages klarer machen und unser Anliegen verstärken. Wir kämpfen hier nicht für uns, sondern für die Mehrheit der CDU innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Fischer.

Das Wort hat Frau Ruth Reeg, Bonn.

Frau Ruth Reeg: Herr Tagungspräsident! Meine lieben Delegierten! Ich spreche zu Nummer 6 des Antrages § 2, nämlich daß auf allen Wahlparteitagen der CDU-Gliederungen über den Stand der Beteiligung der Frauen an Parteiämtern und Mandaten berichtet werden soll. Wir haben in Bonn damit die besten Erfahrungen gemacht. Die Frauen-Union hatte einen Antrag gestellt, der Kreisvorstand hat ihn sich zueigen gemacht, und auf einer Mitgliederversammlung im Frühjahr wurde ein langer schriftlicher Bericht vorgelegt, in dem der Anteil der Frauen an Europamandaten dargestellt wurde, an Bundestagsmandaten, Landtagsmandaten und den Mandaten auf kommunaler Ebene sowie über die Beteiligung der Frauen an allen Ämtern auf der Parteiebene und in den Vereinigungen. Dies ist für uns eine sehr gute Arbeitsgrundlage. Aus diesem Grund äußere ich mich ganz positiv zu Nummer 6 und empfehle die Annahme des Antrags.

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Frau Johannknecht, bitte.

Frau Gertrud Johannknecht: Schade, daß das Papier so spät gekommen ist. Wir hätten gerne etwas früher erfahren, was der Bundesvorstand über uns beraten hat.

(Beifall)

Ich habe einige Fragen, z. B. zu Nummer 2. Wer will die Kandidatinnen nun aufstellen? Nur die Frauen-Union, oder darf das auch noch die Gesamtpartei machen?

(Vereinzelter Beifall)

Zu Nummer 7. Ich gebe Ihnen recht, die Belastung der Frauen in Familie und Beruf ist häufig höher als die des Mannes. Warum muß dann die Belastung auch in der Politik höher sein? Als Frau in der Frauen-Union und Gesamtpartei ist der Energieverlust meines Erachtens nach zu hoch. Meine Frage: Ist eine Frauen-Union für eine moderne Volkspartei noch zeitgemäß?

(Vereinzelter Beifall)

Bei Nummer 8 schließe ich mich Frau Fischer an, und die unter Nummer 9 gemachte Feststellung kann nicht bestätigt werden.

Danke.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Johanneknecht.

Das Wort hat Frau Minister Süßmuth.

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth: Ob wir eine Frauen-Union in einer modernen Volkspartei brauchen, ist, denke ich, an dem sehr deutlich geworden, was unser Bundeskanzler und Vorsitzender heute morgen ausgeführt hat.

(Beifall)

Wenn wir wirklich an dem Punkt wären, an dem die Mütter und Väter und insbesondere auch die Frauen waren, als sie das Grundgesetz machten, dann brauchten wir sie heute nicht mehr. Viele haben in der Nachkriegszeit gesagt: die Zeit wäre reif, solche Gliederungen nicht mehr zu brauchen. Ich denke, das Spiegelbild hat heute morgen deutlich gezeigt: Wir brauchen sie offenbar noch eine lange Zeit, wie vieles wie die Gleichstellungsbeauftragten, die Gleichstellungsstellen auf einen Mangel hinweisen. Alles, was wir als Mangel mit Kinder-, Behindertenbeauftragten und Frauenbeauftragten abdecken, zeigt, daß in unserer Gesellschaft noch viel zu tun ist, um das zu sagen, was gerade ausgeführt wurde: Wir brauchen es nicht mehr.

Ich möchte aber auch mit dem Essener Parteitag sagen: Wir haben ein Programm der Partnerschaft. Das Problem, das heute hier ansteht, ist nur partnerschaftlich zu lösen.

(Beifall)

Ich wünsche mir, daß wir nicht mehr lange solche Initiativanträge und Beschlüsse brauchen, wie wir sie auch heute wieder vorlegen müssen; denn an sich steht in ihnen etwas, was mehr als selbstverständlich ist. Es ist schlimm genug, daß wir das noch in Papieren niederlegen müssen.

(Beifall)

Natürlich werden Kandidaten nicht von der Frauen-Union aufgestellt, sondern von der CDU, wie es auch in dem Initiativantrag steht. Aber es ist wichtig, daß nicht immer gesagt wird, wir hätten keine Frauen. Es ist ja ganz interessant zu beobachten, daß in einem Landtag wie Nordrhein-Westfalen bei sehr schlechtem Wahlausgang doppelt so viele Frauen gewählt worden sind. Ich sage heute auch noch einmal: Unser Ziel kann nicht sein, schlechte Wahlergebnisse zu haben, damit wir den Frauenanteil erhöhen können. Das Gegenteil muß der Fall sein.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie, nicht viel Lärm um einen selbstverständlichen Antrag zu machen. Vielmehr sollten wir es zu unserer Selbstverpflichtung machen, den Frauenanteil zunächst einmal entsprechend ihrem Anteil in der Partei und auf der Ebene der jeweiligen Gliederungen zu erhöhen. Wir sind für Frauen so attraktiv, wie Frauen und Männer Politik gestalten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Süßmuth.

Das Wort hat Michael Eble.

Michael Eble: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß ich mich mit meiner Wortmeldung jetzt wahrscheinlich unbeliebt mache. Ich spreche sicher auch gegen den Zeitgeist. Aber ich bin entschieden gegen einige Punkte dieses Antrags, und zwar bin ich gegen die Punkte 1, 3 und 4 und gegen den zweiten Teil von Punkt 2.

Das, was hier gefordert wird, ist die Quotenregelung durch die Hintertür.

(Beifall)

Das kann nicht Ziel einer engagierten Frauenpolitik sein.

Wir haben doch folgendes Problem. Wir haben viel zu wenige engagierte Frauen, die bei uns in der Partei mitmachen und sich um Ämter und Mandate bewerben;

(Widerspruch)

sicherlich wesentlich weniger als Männer. Das Ziel muß sein, mehr Frauen dazu zu bringen, sich zu engagieren und mitzumachen.

Aber auch dann, wenn wir Frauen wählen wollen, brauchen wir unter den Frauen eine Auswahl. Deswegen bin ich für die Punkte 6 bis 10.

Wenn wir Frauen nur deswegen wählen, weil sie Frauen sind, dann ist das so, als ob man den Teufel mit Beelzebub austriebe. Das wäre wiederum eine neue Diskriminierung der Frau.

(Beifall)

Ich möchte Sie bitten, meine Damen und Herren, es doch wie gestern zu machen. Wir brauchen eine Bewußtseinsänderung dahin gehend, daß wir sagen: Wir wollen die Frau in Amt und Mandat. Aber machen wir doch keine Normierung, wie es mit diesem Antrag vorgeschlagen wird. Das ist doch das alte sozialistische Grundübel.

Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Yzer.

Frau Cornelia Yzer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, den vorliegenden Initiativantrag im Interesse der Männer, aber vor allem auch der Frauen in dieser Partei abzulehnen.

(Beifall)

Wir müssen aufhören, Frauen in unserer Partei eine Sonderrolle zuzuweisen. Frauen müssen selbstverständliche Mitarbeiter und Mitstreiter in dieser Partei werden. Wir dürfen, wenn Frauen sich bewerben, nicht nachfragen, ist es eine Frau oder ein Mann, sondern wir müssen nachfragen, ist es jemand, der etwas einbringen kann, der uns nutzen kann.

(Beifall)

Was wir brauchen, ist ein Einstellungswandel. Jeder von uns muß persönlich für sich hinterfragen: Gehen wir vorbehaltlos, vorurteilsfrei gegenüber Frauen vor? Dazu können Anträge wie der vorliegende keinen Beitrag leisten.

(Beifall)

Ich kann mich an Zeiten in dieser Partei erinnern – insbesondere auch vor dem Essener Parteitag –, in denen immer von Alibifrauen die Rede war. Ich warne: Wir sind auf dem Weg von der Alibifrau zur Quotenfrau.

(Beifall)

Wengleich mir bewußt ist, daß der vorliegende Antrag keine Quotenregelung a la SPD und GRÜNE festschreibt, so stellt er doch eine verdeckte Quotenregelung dar. Ich persönlich habe die Erfahrung gemacht: Wenn eine Frau in die Partei geht und sagt – wobei nicht gefragt wird, ob Mann oder Frau und in welcher Funktion sie tätig sein will –, ich will mitarbeiten, dann wird sie auch akzeptiert.

(Beifall)

Natürlich wird man immer wieder auf Männer treffen, die Vorbehalte haben, die an alten Rollenbildern festhalten. Aber machen wir uns doch nicht schlechter, als wir sind. Es gibt nicht nur solche Männer in dieser Partei.

Deshalb bitte ich darum: Verabschieden Sie nicht solche Anträge, zählen Sie nicht ab: Mann, Frau, Mann, sondern gehen Sie auf den nächsten Parteitag vor Ort, gehen Sie in die nächste Schulungsveranstaltung und nehmen Sie doch einfach eine engagierte Person aus der Union im Kreis, im Ort mit. Wahrscheinlich ist es eine Frau.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Yzer.

Das Wort hat jetzt Frau Schäfer.

Frau Barbara Schäfer: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde! Ich habe die Äußerungen meiner Vorrednerin sehr aufmerksam verfolgt. Ich möchte an diese Vorrednerin gewandt zunächst folgendes sagen: Ich bin Landesvorsitzende der Frauen-Union von Baden-Württemberg. Ich habe viele Jahre lang genauso gedacht wie meine Vorrednerin.

(Zustimmung)

Aber aus der Beobachtung von Wahlkämpfen und vor allen Dingen auch auf Grund der Verantwortung, in der ich jetzt stehe, muß ich Ihnen sagen, daß es mit der Frauenfreundlichkeit im Hinblick auf Kandidaturen – aber auch im Vorfeld von Kandidaturen – in unserer Partei nicht so bestellt ist – ich sage das nicht nur im Hinblick auf Baden-Württemberg –, wie wir uns das alle wünschen.

(Beifall)

Sie, liebe Delegierte, stehen in einer großen gesellschaftspolitischen Verantwortung. Sie haben die Verantwortung dafür, wie es in unserer Gesellschaft in Zukunft weitergehen soll. Ich muß Ihnen sagen: Es tut unserer christdemokratischen Partei gut, wenn wir ihr an dieser Stelle ein leichtes Korsett anlegen. Das soll mit dem Antrag erreicht werden, um den es geht.

Wir wollen keine Quote, aber wir wollen in etwa eine Ziellinie im Sinne der Ermutigung von Frauen, im politischen Leben der CDU mitzuwirken. Viel wichtiger als jede Prozentangabe in diesem Antrag ist die Linie, die wir in unserer Partei verfolgen. Wir brauchen, wenn wir unser partnerschaftliches Modell der Gesellschaft der Zukunft verwirklichen wollen, nicht nur den guten Willen unserer CDU-Frauen, sondern wir sind unter parteipolitischem Gesichtspunkt lebensnotwendig auch auf den guten Willen unserer Männer angewiesen.

(Zustimmung)

Deswegen möchte ich Sie herzlich bitten, diese Grundlinie des Antrags zu bejahen und dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Frau Thoben.

Frau Christa Thoben, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit es überall in der Partei so wird, wie die junge Vorrednerin Frau Yzer es vorgetragen hat – und nicht für die, die bereits im Kartell sitzen –, bringen wir diesen Antrag ein.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat nicht umsonst vorgetragen, wie unterschiedlich die Verhaltensweisen in einzelnen Landesverbänden, in Ortsverbänden und in Kreisverbänden ist. Nehmen wir nicht gute Erfahrungen bereits als die ganze Wahrheit hin! Wir haben einen Essener Parteitag gehabt, weil wir gemeinsam der Überzeugung waren, daß wir so etwas dringend brauchten, und zwar um die Wirklichkeit auch ein bißchen in unsere Partei hineinzuholen.

Was wir heute hier vorlegen – und die Antragskommission unterstützt diesen Antrag –, ist ganz bewußt keine Quotenregelung, sondern eine stärkere Selbstbindung der Partei. Diese Art Selbstbindung, davon gehen wir aus, kann die Partei nicht nur gut gebrauchen, sondern sie ist überfällig.

Wir haben nun gehört, daß manche die Sorge haben, mit einer solchen Formulierung – wie zum Beispiel der in Punkt 2 – würde die Partei einen Alleinvertretungsanspruch der Frauenunion festschreiben. Das Gegenteil ist gemeint. Es soll doch nur sichergestellt werden, daß die Frauenunion auch gefragt wird, wenn aufgestellt wird. Da es sehr viele Erfahrungen gibt, daß nicht alles so selbstverständlich ist, wie manche glauben, kann es doch nicht schaden, wenn man diese Selbstbindung festschreibt. Kein Alleinvertretungsanspruch, selbstverständlich nicht! Es ist allen bewußt, daß Frauen heute über andere Vereinigungen, über Ortsverbände, ihren Weg in die Politik finden. Vielleicht nimmt man es mir ab: Ich war selber nie aktiv in der Frauen-Union, sondern bin über die Junge Union in die Parteiarbeit hineingekommen.

(Beifall)

Aber bitte akzeptieren wir auch und nehmen zur Kenntnis, wie unterschiedlich die Wirklichkeit in unserer so großen Volkspartei ist.

Frau Fischer hat eine Reihe von Änderungswünschen vorgetragen, die redaktioneller Art sind. Wir würden sie als Antragskommission gern übernehmen. Vielleicht darf ich Ihnen vortragen, um welche Punkte es geht. In dem Ihnen vorliegenden Antrag steht unter Punkt 2, daß die Kandidatinnen im Wahlkampf besonders zu unterstützen sind. Diese Formulierung erweckt tatsächlich den Eindruck, als wollten Frauen eine Sonderrolle haben. Es geht aber darum, daß sie genau dieselbe breite Unterstützung finden, wie es bei männlichen Kandidaten der Fall ist. Deshalb würden wir die Formulierung genauso unterstützen, die männliche Kandidaten vorschlagen.

In Punkt 3 geht es um den Verzicht auf die Worte „vor Eintritt in den Wahlgang“. Diese Formulierung würden wir Ihnen auch empfehlen.

In Punkt 4 muß ebenso wie in Punkt 1 sichergestellt sein, daß der Anteil der weiblichen Mitglieder eine Mindestbedingung ist, aber selbstverständlich nach oben keine Begrenzung sein soll.

In der Ziffer 8 wird der Eindruck erweckt – und damit würden wir auch hinter die Wirklichkeit zurückfallen –, als ob Frauen auf jeden Fall erst eine Schulung brauchen, bevor sie für Mandate befähigt sind. Um diesem Mißverständnis nicht zu erliegen, übernehmen wir auch hier – wir empfehlen es Ihnen zumindest – die Vorstellung, die Frau Fischer hier vorgetragen hat. Es fehlt der CDU nicht an qualifizierten Frauen. Die Partei muß gezielt politische Schulung anbieten, damit Frauen sich für die Übernahme von Ämtern vorbereiten können.

(Zuruf)

– Ja, Frauen und Männer, Entschuldigung!

In Punkt 9 gab es – das leuchtet auch ein – das mögliche Mißverständnis, daß wir nur noch Engagements in Selbsthilfegruppen und Initiativen als begrüßenswert ansehen. Hier soll als Ergänzung aufgenommen werden: „in Verbänden und Vereinen sowie in Selbsthilfegruppen“, damit deutlich wird, daß die ganze Breite gemeint ist.

Das wären die Vorschläge der Antragskommission. Wenn Sie die Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse, die der Bundeskanzler einführend zu der heutigen Plenarsitzung vorgetragen hat, zur Kenntnis genommen haben – und ich glaube, die Fakten kann man nicht bestreiten –, werden Sie sicher mit mir der Meinung sein, daß mit dieser Richtlinie nicht mehr versucht wird, als Sie bei all Ihren Entscheidungen – und der Anteil der weiblichen Delegierten wächst ja erfreulich von Parteitag zu Parteitag – an diese Selbstbindung zu erinnern, damit Sie das auch beim praktischen Handeln berücksichtigen. Danke schön!

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Thoben. Das Wort hat jetzt Herr Hans, Saarland, danach Frau Engelhardt, Baden-Württemberg.

Peter Hans: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Ich möchte mich hier nur ganz kurz zu Wort melden und im Sinne eines Rollentausches zu der Kollegin, die vorher gesprochen hat, als Mann sagen: Ich bin für diesen Antrag.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Auch ich bin der Meinung, daß dieser Antrag hier eine Krücke ist. Er ist allerdings eine notwendige Krücke dafür, daß Anträge wie dieser hier in fünf, sechs Jahren überflüssig werden. Deshalb sollten wir ihn heute annehmen.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hans. Das Wort hat Frau Engelhardt. Danach folgt Frau Klinkhammer, anschließend Norbert Blüm. Ich nehme an, daß wir dann die Aussprache beenden können.

Frau Annemarie Engelhardt: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Wir haben uns auf Bundesparteitagen und auch auf allen anderen Ebenen sehr oft darüber unterhalten, daß Frauen im Beruf und auch in den anderen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert sind. Wir haben festgestellt, daß dies ein strukturelles Defizit ist, das auf das traditionelle Rollenverständnis und die Rollenverteilung zurückgeht.

Ich frage Sie, meine Herren: Wer betreut denn Ihre Kinder,

(Beifall)

wenn Sie hier drei Tage sitzen? Und wer hat Ihre Kinder betreut, wenn Sie im Gemeinderat oder im Landtag saßen? Sehr viele Frauen müssen ihre Interessen zurückstecken, weil sie dieses Rollenverständnis so annehmen, wie es sich ihnen darbietet. Ich mußte Rollentausch machen, meine Damen und Herren. Mein Mann hat die Rolle übernommen, die Kinder heute, gestern und übermorgen zu betreuen.

(Beifall)

Ich habe mich in unserem Land Baden-Württemberg auch in der Kommunalpolitik betätigt. Ich denke, ich habe eine gute Sacharbeit geleistet. Ich habe mich auch auf anderen Ebenen beworben. Meine Damen und Herren, man hat mich nach Hause geschickt mit der Bemerkung, ich solle meinem Schöpfungsauftrag nachkommen – und das nicht nur einmal.

Was ich mir wünsche, auch hier und heute von diesem Parteitag, ist mehr Sensibilität für die wirkliche Situation der Frauen. Ich wünsche mir auch mehr Solidarität unter den Frauen, zwischen den jungen und den alten.

(Beifall)

Weil ich die Sorge habe, wenn wir in dieser Tonlage weiterdiskutieren, daß wir ohne eine Quotenregelung nicht weiterkommen, wünsche ich mir auch sensible Verfassungsrechtler.

Ich bin in dieser Partei, weil sie ein „C“ hat und weil ich denke, daß der Schöpfungsauftrag, diese Erde, diese Welt zu gestalten, nicht nur an die Männer ging, sondern auch an die Frauen.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Engelhardt. Jetzt Frau Klinkhammer!

Frau Helga Klinkhammer: Liebe Parteifreunde, liebe Parteifreundinnen! Ich hoffe, daß wir heute hier noch zum Kompromiß kommen. Es geht nicht darum, diesen Antrag abzublocken. Es darf auch nicht darum gehen, diesen Antrag ohne Bedenken anzunehmen. Ich sehe das Problem darin, daß es hier lediglich um die Quantität der Frauen geht, sie in die Partei hereinzuboxen. Es muß aber auch um die Qualität gehen.

(Beifall)

Sicherlich ist das richtig, was Frau Minister Süßmuth sagte: Qualität dürfte Voraussetzung sein.

Wenn das wirklich Voraussetzung ist, fügen Sie es bitte in den Antrag ein. Dann haben wir nichts dagegen. Denn ich warne davor, nur eine quantitative Frauenpolitik betreiben zu wollen, wie es die GRÜNEN und die Sozis tun. Das darf nicht in unserem Interesse liegen.

(Beifall)

Wir wollen einen Antrag formulieren, mit dem sich die Frauen hier auf dem Bundesparteitag und im Land draußen, vor allen Dingen an der Basis, identifizieren können. Das heißt, wir Frauen wollen keine Paradedepfchen sein, sondern wir haben etwas Zusätzliches. Darin sind wir den Männern gerade überlegen; so sehe ich persönlich das. Wir haben nicht nur Charme, sondern wir haben auch Qualitäten. Das soll endlich einmal anerkannt werden.

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin bei Gott nicht in dem Geruch, an der Spitze der feministischen Bewegung zu stehen. Das bin ich wirklich nicht.

(Heiterkeit)

Aber wenn dieser Antrag abgelehnt wird, halte ich das für ein Armutszeugnis der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Wenn die Welt so heil wäre, wie es von manchen hier beschrieben wurde, dann müßte das Bild hier im Saal anders aussehen.

(Beifall)

Wenn das alles so gut wäre und wir eine solche Anstrengung gar nicht mehr bräuchten, wenn das alles schon überflüssig wäre, dann müßte die Zusammensetzung dieses Parteitages anders aussehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wünsche mir Parteitage, wo das überflüssig wird. Ein solcher Antrag darf uns nicht zwanzig Jahre begleiten. Das ist nichts anderes als eine Aufholjagd, die wir beginnen müssen. Meine Damen und Herren, es wird doch niemand bestreiten, daß Frauen benachteiligt sind. Ich behaupte, daß die Mehrzahl der politischen Fragen keine Frauenfragen oder Männerfragen sind. Es sind Fragen, die Männer und Frauen gleichermaßen berühren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will die Welt gar nicht nach Männern und Frauen aufteilen, wo jeder sein eigenes Süppchen kocht. Aber es wird niemand bestreiten, daß die allgemeinen Fragen vornehmlich von Männern behandelt und entschieden werden. Da, meine ich, müßte geholfen werden. Wer gegen Benachteiligung ist, muß helfen. Daß Frauen benachteiligt werden, daß sie Doppellasten tragen müssen, die Männer nicht tragen: Darauf darf man uns schon einmal aufmerksam machen.

(Vereinzelt Beifall)

Lesen Sie jetzt einmal ganz ruhig den Antrag. Was ist das eigentlich? Das ist nichts als die eingebaute Aufmerksamkeit für jede Versammlung, daß zu überlegen ist, ob im Sinne der Gleichberechtigung gehandelt worden ist. Es sind nichts anderes als Berichtspflichten, Überlegungspflichten. Ich behaupte: Die Mehrzahl der Benachteiligungen sind nicht bewußte Konfrontationen mit den Frauen. Das ist männliche Schlampigkeit. Wir haben uns in den Gewohnheiten unserer Vorrechte so häuslich niedergelassen, daß wir uns ab und zu daran erinnern müssen, daß wir nicht allein auf der Welt sind.

(Beifall)

Nichts anderes steht in dem Antrag. Quotenregelung? Sagen sie, haben Sie einen anderen Antrag? Ich sehe hier nichts von Quotenregelung. Ich sehe den Appell, daß wir uns daran erinnern sollen, daß wir Frauen den Mitgliederzahlen entsprechend beteiligen, daß wir mehr Mitglieder hereinholen sollen, daß wir uns überlegen sollten, ob wir nicht nur die Frauen, die reden können, und nicht nur die Frauen, die geübt sind, sondern die Frau aus dem Alltag in unsere Partei hereinholen. Und die hat noch große Schwierigkeiten.

(Beifall)

Wir alle sind Profis und ein Stück Establishment. Aber am meisten zurückgefallen sind die Amateure, die Frauenamateure draußen, die noch nicht in die Politik integriert sind. Denen müssen wir gemeinsam helfen. Wir haben Frauen, die sich ihren Platz erkämpft haben, die wir achten und ehren, auf die wir angewiesen sind. Aber die, die draußen stehen, müssen wir auch hereinholen. Und es stehen noch viel zu viele draußen.

(Beifall)

Tun Sie mir einen Gefallen. Lassen Sie die Kirche im Dorf. Diesen Antrag ablehnen heiße ein Armutszeugnis für die CDU ausstellen. Lassen Sie die Kirche im Dorf. Stimmen Sie zu.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Hermann, Baden-Württemberg.

Klaus Hermann: Liebe Parteifreunde, ich glaube, man kann – das haben wohl auch die Redner, die gegen diesen Antrag gesprochen haben, deutlich gemacht – einzelnen Punkten dieses Antrags durchaus zustimmen. Es wäre fatal, wenn wir den Antrag insgesamt ablehnen. Deshalb möchte ich beantragen, daß wir nachher über die zehn Punkte im einzelnen abstimmen. Denn ich glaube, wir wären auf dem Weg zurück in eine Patriarchenpartei – so würde es draußen dargestellt werden –, wenn alles, was hier steht, nicht Beschlußlage der Partei würde. Aber einzelne Punkte, konkret die Punkte 2, 6, 7 und 8, sollten Beschlußlage werden. Sie sollten hier verabschiedet werden. Deshalb sollte über diese Punkte separat abgestimmt werden.

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Sie dürfen davon ausgehen, daß ich mir, als ich heute diesen Antrag begründet habe, darüber im klaren war, daß es dazu eine intensive und auch nachdenkliche Diskussion – die dem Thema auch gemäß ist – geben würde. Das, was dazu zu sagen ist, haben Norbert Blüm und der Delegierte, der als Vorletzter hier sprach, zusammengefaßt.

Wir wollen keine Quotenregelung – und in dem Antrag ist auch keine vorgesehen. Es handelt sich um eine Entscheidung, von der ich nur hoffen kann, daß sie die Wirklichkeit der Partei verändert mit der Folge, daß sich schon in wenigen Jahren niemand mehr an diesen Antrag zu erinnern braucht.

(Vereinzelt Beifall)

Bereits jetzt verändert sich diese Wirklichkeit. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß wir damit geistige Anleihen bei anderen politischen Gruppen aufnehmen. Seit ich Parteivorsitzender bin, unternehme ich mit großer Intensität – es sitzen viele Zeugen für dieses Bemühen im Saal – immer und immer wieder den Versuch, daß wir die Realitäten in unserer Republik in allen Bereichen mit dem Verfassungsanspruch in Übereinstimmung bringen.

Wir haben einen Nachholbedarf. Es ist wahr: Bei solchen Diskussionen fließen viele, auch emotional gefärbte Beiträge in die Argumentation ein.

Aber denken Sie einen Moment ganz nüchtern und ruhig darüber nach. Lesen Sie den Text, nehmen Sie ihn, wie er ist, und interpretieren Sie nicht Dinge hinein, die nicht darin stehen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß dieser Antrag auch eine Botschaft für unser politisches Umfeld, für viele Millionen Menschen ist. Da ist es zweitrangig, ob einem jedes Komma im Text paßt oder nicht. Von der Antragskommission ist die Verbesserung ja aufgenommen worden.

Also: Ich fordere niemanden auf – ich sage schlicht und einfach: Als Vorsitzender der CDU Deutschlands bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Es ist vorhin von Herrn Hermann der Antrag zur Geschäftsordnung gestellt worden, darüber zu befinden, ob wir über den Antrag in Gänze entscheiden wollen oder ob wir zu den einzelnen Punkten Einzelabstimmung machen wollen. Ich frage den Parteitag, ob er über den Antrag als Ganzes abstimmen will. Wer dieser Meinung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist für Einzelabstimmung? – Das ist die Minderheit.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag K 2 mit den Änderungen. Die Antragskommission und der Bundeskanzler empfehlen Ihnen die Annahme. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag angenommen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Ich übergebe an Dr. Bernhard Vogel.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren,

ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit vom 7. 11. 1988 bis 6. 11. 1992

Es liegt Ihnen die Tischvorlage vor. Es sollen fünf ordentliche Mitglieder und fünf stellvertretende Mitglieder gewählt werden. Die vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Parteifreunde haben sich zur Kandidatur und zur Annahme der Wahl bereiterklärt.

Ich frage, ob weitere Vorschläge gemacht werden. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Bickel.

Elvira Bickel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal meiner sehr jungen und noch sehr optimistischen Parteifreundin empfehlen, diesen Antrag zu lesen. Weil mein Optimismus im Laufe der Zeit ein wenig gedämpft wurde, möchte ich auf etwas aufmerksam machen: Wenn man innerparteilich diskutiert und sogar noch beschließt, Frauen stärker in allen Gremien zu beteiligen, dann fällt natürlich bei diesem Antrag auf, daß die Frauen wieder nur in der unteren Hälfte, also als Vertreter, aufgeführt werden.

(Beifall)

Sicherlich soll durch das Angeben der Anzahl der Jahre, die die männlichen Mitglieder in diesem Gremium anführen können, dokumentiert werden, daß hier Erfahrung

notwendig ist. Das wird auch gar nicht bestritten. Trotzdem meine ich: Wenn man den Aufruf unseres Parteivorsitzenden von heute morgen ernst nimmt, die Praxis zu verändern, dann muß man auch in Zukunft den qualifizierten Frauen, die wir hier ja haben, eine Chance geben.

(Beifall)

Deshalb sollten wir in den nächsten fünf Jahren interessiert verfolgen, wie bei den Nachrückern – sollte dies anstehen – verfahren wird.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Bickel. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, war das der Wunsch, daß die beiden Damen, die als stellvertretende Mitglieder vorgesehen sind, bereits in dieser Amtszeit so mit in die Arbeit eingebunden werden, daß sie das nächste Mal als ordentliche Mitglieder zur Verfügung stehen.

(Widerspruch)

Habe ich Sie richtig verstanden, Frau Bickel? –

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren, der Vorschlag von Frau Bickel war so, wie ich es eben zusammengefaßt habe. Sie können natürlich andere Vorschläge machen. Aber so hat Frau Bickel gerade argumentiert. Frau Bickel, Sie wollten, daß die stellvertretenden Mitglieder schon in der jetzigen Wahlzeit voll in die Arbeit einbezogen werden? –

(Widerspruch)

– So war der Vorschlag von Frau Bickel. Ich muß doch das wiedergeben, was gesagt worden ist.

Wünscht zu dieser Frage noch jemand das Wort? – Bitte, Frau Johannknecht.

Gertrud Johannknecht: Bitte, nehmen Sie doch Ihre eigenen Beschlüsse ernst, und setzen Sie die beiden Damen als ordentliche Mitglieder ein.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sie haben den Antrag gehört. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? – Dann möchte ich bitten, daß der Antrag präzisiert wird. Es muß ein neuer Vorschlag gemacht werden.

Sie haben die Tischvorlage mit fünf ordentlichen und mit fünf stellvertretenden Mitgliedern. Wenn Sie jetzt vorschlagen, Frau Heidi Lambert-Lang und Frau Pia Rumler-Detzel als ordentliche Mitglieder zu wählen, dann müssen Sie bitte auch vorschlagen, wer stellvertretendes Mitglied werden soll. Sonst haben wir keinen Vorschlag, über den wir abstimmen können. Darf ich um die Präzisierung des Vorschlages bitten?

Gertrud Johannknecht: Welches von den ordentlichen Mitgliedern, von den angegebenen Herren, tritt denn zurück? –

(Beifall)

Dann muß ich nach der alphabetischen Reihenfolge vorgehen. Der erste und der letzte kommen weg.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Herr Jäger (Wangen) hat das Wort.

Claus Jäger: Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, was für Schwierigkeiten entstehen. Es ist der Vorschlag gemacht worden, zwei Frauen als ordentliche Mitglieder zu wählen. Wir können doch sieben statt fünf Kandidaten haben. Der Bundeskanzler hat doch gesagt, es sei gut, wenn für ein Amt mehrere kandidierten. Dann nehmen wir einen Stimmzettel, und die fünf, die die höchste Stimmenzahl haben, sind gewählt, und die anderen sind Stellvertreter. So haben wir es überall gemacht. Warum soll es denn hier nicht so sein? Ich stelle den Antrag, so zu verfahren.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jäger.

Wünscht der Generalsekretär das Wort? –

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich bitte Sie, zunächst den Vorschlag für die Neuwahl des Bundesparteigerichts zur Hand zu nehmen. Dort ist als Vorsitzender Herr Dr. Barth vorgeschlagen. Außerdem sind vier weitere ordentliche Mitglieder vorgeschlagen. Jetzt sind zusätzlich Frau Dr. Lambert-Lang und Frau Dr. Rumler-Detzel vorgeschlagen.

Ich bitte Sie, den Stimmzettel Nr. 1 zur Hand zu nehmen und auf diesem vier der folgenden sechs Namen zu vermerken – wobei ich davon ausgehe, daß sich der Vorschlag von Frau Lambert-Lang und von Frau Rumler-Detzel nur darauf bezog, daß sie ordentliche Mitglieder, nicht jedoch Vorsitzende werden sollten; ist das richtig? –: Lambert-Lang, Rumler-Detzel, Kiwit, Kuthning, Rehborn und Siebeke. Die, die die meisten Stimmen haben, sind gewählt.

Ich gehe davon aus, meine Damen und Herren, daß Sie damit einverstanden sind, daß die beiden, die die niedrigsten Stimmenzahlen haben, zu stellvertretenden Mitgliedern berufen werden sollen.

Ich gehe weiterhin davon aus, daß über den Vorsitzenden und über die drei weiteren stellvertretenden Mitglieder keine Abstimmung gewünscht wird.

Ich bitte, daß mit dem Einsammeln der Stimmzetteln begonnen wird.

Ich mache darauf aufmerksam, daß bei diesem Wahlgang die Delegierten der Exil-CDU nicht stimmberechtigt sind.

Meine Damen und Herren, ich gehe weiter davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir das Ergebnis der Auszählung nachher bekanntgeben und in der Tagesordnung fortfahren.

Ich bitte die Mitglieder der Stimmzählkommission, sich im Zimmer der Antragskommission zu versammeln.

Ich möchte, meine Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit der zu Ende gehenden Amtsperiode des Bundesparteigerichts allen bisherigen Mitgliedern sehr herzlich danken, besonders denen, die nicht mehr kandidiert haben, vor allem Frau Rechtsanwältin und Notarin Dr. Ilse Becker-Döring aus Braunschweig, die seit 20 Jahren Mitglied des Parteigerichtes gewesen ist, und dem Herrn Präsidenten des Sozialgerichts, Dr. Emil Scherer aus Mainz, der dem Parteigericht von 1972 bis 1987 angehört hat.

Ich bedanke mich bei Herrn Staatssekretär Barth, der dem Bundesparteigericht ununterbrochen seit 1960 angehört und seit 1964 dort den Vorsitz führt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren,

ich rufe Punkt 21 der Tagesordnung auf:

Sonstige Anträge

Ich mache darauf aufmerksam, daß aus den angegebenen Gründen zügig beraten werden soll, daß es sich aber um fast 80 Anträge handelt. Aus diesem Grunde möchte ich versuchen, in einem vereinfachten Verfahren vorzugehen und nur dann, wenn sich Widerspruch gegen den Vorschlag der Antragskommission erhebt, zu dem jeweiligen Antrag die Debatte zu eröffnen. Die Vorschläge der Antragskommission ersehen Sie aus den Seiten 174 ff. des Antragsbuches.

Darf ich davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir in dieser vereinfachten Form verfahren? – Das ist offensichtlich der Fall.

Ich rufe den Antrag L 1 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Regt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall; dann ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag L 2 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. – Ich sehe, daß zu einer Bemerkung für die Antragskommission der Kollege Vogel das Wort wünscht. Bitte sehr?

Friedrich Vogel, Antragskommission: Meine Damen und Herren, hier geht es um die Beratungsfrist, die verschiedentlich Gegenstand der Diskussion gewesen ist. Der Empfehlung können Sie entnehmen, daß eine Satzungsänderung durch den Bundesparteitag erforderlich ist. Wir von der Antragskommission empfehlen, zu fordern, daß schon zum nächsten Bundesparteitag der Bundesvorstand so verfährt, als wäre diese Satzungsänderung schon beschlossen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall; dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge L 3 und L 4 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Regt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall; dann ist so beschlossen.

Wir kommen zur Antragsgruppe unter M. Ich rufe Antrag M 1 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall; es ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag M 2 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall; es ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag M 3 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Erhebt sich Widerspruch?

(Zuruf: Ich bitte um eine Begründung durch die Antragskommission!)

– Die Antragskommission möge die Ablehnung bitte begründen. Wer spricht für die Antragskommission? – Es steht im Augenblick niemand zur Verfügung. Ich stelle den Antrag zurück und rufe ihn nachher wieder auf.

Ich rufe Antrag M 4 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. – Kein Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag M 5 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Die Anträge M 6, M 7 und M 8 sind bereits bei B 151 behandelt worden.

Ich rufe Antrag M 9 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag M 10 auf. Er wird bei Antrag A 235 behandelt.

Die Anträge M 11 und M 12 sind bei A 197 behandelt worden.

Wir kommen zu Antrag M 13. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Die Anträge M 15 bis M 18 sind gemäß der Empfehlung der Antragskommission gemeinsam zu behandeln. Die Empfehlung lautet: Annahme in der Fassung der Antragskommission. Dazu wünscht Herr Frank Grußendorf das Wort. Er möge sich bitte eiligen Schrittes ans Pult begeben!

Frank Grußendorf: Er steht bereits dort!

Ich möchte darum bitten, die zur Annahme empfohlene Fassung – Antrag M 15 – um den letzten Satz aus der Ziffer 1 des Antrages M 16 zu ergänzen. Dieser Satz lautet:

Des weiteren soll § 9 I BauGB um die Möglichkeit des Ausschlusses bestimmter Nutzungsarten (hier: Vergnügungsstätten-Typen) erweitert werden.

Das sollte an die Ziffer 1 vom M 15 angehängt werden. Der Antragsteller, die Bundes-KPV, ist damit einverstanden.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Ist die Antragskommission auch einverstanden? – Dann wird so verfahren.

Ich rufe Antrag M 19 auf. Entgegen der ausgedruckten Empfehlung empfiehlt die Antragskommission, den Antrag als erledigt zu betrachten, da die Bundesregierung inzwischen einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat. Ist der Antragsteller damit einverstanden? – Dann wird so verfahren.

Ich rufe Antrag M 20 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall; dann ist so beschlossen.

Antrag M 21! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Antrag M 22! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Die Anträge M 23 bis M 29 sind bei C 174 behandelt worden.

Antrag M 30! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 31! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. – Kein Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Antrag M 32! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 33! Zusammen mit diesem Antrag sollen die auf Seite 191 aufgeführten Anträge behandelt werden. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge M 33 und M 34 in der dort ausgedruckten Fassung und die Überweisung der übrigen Anträge als Material an den Bundesvorstand. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 39! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 40! Empfehlung: Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 41! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Es ist so beschlossen.

Antrag M 42! Die Antragskommission empfiehlt Annahme. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 43! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Die Anträge M 44 bis M 46 sind bei C 83 behandelt worden.

Antrag M 47! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Der Antrag M 48 ist bereits unter Abschnitt C behandelt worden.

Antrag M 49! Empfehlung: Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 50! Empfehlung: Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 51! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 52! Empfehlung: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Da ich keinen Widerspruch höre, ist es so beschlossen.

Antrag M 53! Es wird empfohlen, den Antrag als erledigt zu betrachten. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 54! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. – Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Antrag M 55! Empfehlung: Überweisung an den Bundesvorstand. Da sich kein Widerspruch erhebt, ist es so beschlossen.

Antrag M 56. Vorschlag: Überweisung an den Bundesvorstand. – Kein Widerspruch; so beschlossen.

Antrag M 57 ist bereits im Zusammenhang mit der Beschlußfassung zur Tagesordnung entschieden.

Antrag M 58. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. – Kein Widerspruch; so beschlossen.

Antrag M 59. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. – Kein Widerspruch, so beschlossen.

Antrag M 60 ist bei N 2 mitberaten worden. – Kein Widerspruch; so beschlossen.

Antrag M 61. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. – Kein Widerspruch; so beschlossen.

Antrag M 62. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. – So beschlossen.

Antrag M 63. Die Antragskommission empfiehlt folgende Beschlußfassung:

Der Bundesparteitag begrüßt die vorgelegte Initiative des Bundesvorstandes zur Drogen- und Suchtmittelproblematik. Er beauftragt den Bundesvorstand, die vorgelegte Initiative in den zuständigen Bundesfachausschüssen der CDU detailliert beraten zu lassen und eine abschließende Beschlußfassung vorzunehmen.

Ich höre keinen Widerspruch; so beschlossen.

Antrag M 64. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag zusammen mit dem Antrag M 67 zu behandeln, und sie empfiehlt, die Anträge M 64 und M 67 an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

Ich frage Frau Kruse, ob sie das Wort wünscht? – Bitte.

Margrid Kruse: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kaiser Wilhelm hat die Sektsteuer eingeführt, um damit seine Kriegsflotte zu finanzieren, und damit hat man die Reichen getroffen. Wir meinen nun, genau das Gegenteil tun zu müssen. Wir wollen nicht nur das Flugbenzin bei der Mineralölsteuererhöhung unberücksichtigt sehen, nein, wir wollen sogar die Steuer, die jetzt auf dem Flugbenzin liegt, im Zuge der Steuerreform abbauen. Unsere Bürger sind fassungslos und empört über eine solche Entscheidung.

(Lebhafter Beifall)

Selbst die uns wohlgesinnte Presse kommentiert dies nur mit Kopfschütteln. Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler – er ist ja leider nicht da, aber trotzdem –: Wie groß muß die Kluft zwischen Regierenden und dem Volk eigentlich schon sein, daß Sie hierfür kein Gespür mehr haben,

(Beifall)

wenn man ohne mit der Wimper zu zucken einer solch privilegierten Schicht wie den Hobbyfliegern derartige Vergünstigungen zugesteht?

(Beifall)

Haben wir denn gar kein Gespür mehr für die Belange und den Gerechtigkeitssinn unserer Bürger?

Es spielt dabei überhaupt keine Rolle, ob es sich vielleicht um ein geringeres Finanzvolumen handelt, wobei man auch fragen kann, ob ein Bürger 15 Millionen DM, die hier als Steuereinnahmen verloren gehen, als eine geringe Summe ansieht. Es geht hier aber in erster Linie um die Optik. Der kleine Mann versteht dies alles nicht mehr, und unsere CDU-Mitglieder vor Ort verstehen es auch nicht mehr.

(Beifall)

Ich erinnere daran, was unser Generalsekretär gestern morgen gesagt hat. Er sagte nämlich, es genügt nicht, daß wir uns gut finden, sondern es muß so sein, daß die Bürgerinnen und Bürger uns gut finden. Daran möchte ich Sie jetzt erinnern.

Unser Bundeskanzler sagte heute morgen, wir sollten in der praktischen Politik bedenken, welche Auswirkungen dies hat. Darum möchte ich Sie bitten, Herr Bundeskanzler, hierüber einmal nachzudenken. Ich stelle den Antrag, dies nicht an die Bundestagsfraktion zurückzuverweisen,

(lebhafter Beifall)

denn die Bundestagsfraktion hat hierüber bereits entschieden. So dürfen wir uns wirklich nicht für dumm verkaufen lassen.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Darum bitte ich Sie, heute hierüber abzustimmen.

Ich danke Ihnen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Kruse. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Laumann. Wünscht Herr Laumann das Wort? – Bitte.

Karl-Josef Laumann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich hätte mich hier nicht mehr zu Wort gemeldet, wenn die Antragskommission nicht die Zumutung formuliert hätte, diesen Antrag dahin zu überweisen, wo uns diese Suppe erst eingebrockt wurde.

(Beifall)

Tatsache ist, daß die Bundestagsfraktion in der vorigen Woche die Regierungsvorlage, die diesen Punkt beinhaltete, gebilligt hat. Man kann doch nicht an die, die das gebilligt haben, einen solchen Antrag überweisen. Ich meine, der Parteitag sollte diesen Antrag so, wie wir ihn gestellt haben, beschließen, damit die Leute, die bei uns in den Kreisverbänden Mitglieder sind, merken, daß der Bundesparteitag nicht schon abgehoben hat, sondern das tut, was bei uns zu Hause jeder will: Profil zeigen, diese Sache ablehnen, und die Fraktion soll dafür sorgen, daß das vom Tisch kommt.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Ich habe eine weitere Wortmeldung von Herrn Dr. Schneider.

Dr. Ulrich Schneider: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich ist es überflüssig, jetzt noch für den Antrag zu sprechen. Ich warte eigentlich auf ein paar Argumente seitens der Antragskommission oder derjenigen, die sich in der Fraktion dafür stark gemacht haben, daß wir vor Ort in diese Schwierigkeiten kommen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission.

Franz Heinrich Krey, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Eine kurze Erklärung zu der Empfehlung der Antragskommission, diese beiden Anträge an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Die Tendenz, mit der diese Überweisung zu erfolgen hat, ist ja eben akustisch und optisch ziemlich eindeutig gewesen. Ich sage einmal ohne Zorn und Eifer als einer, der

in der Bundestagsfraktion die Position in der Sache mitträgt, es ist ja so, die Bundestagsfraktion – darauf ist vorwurfsvoll hingewiesen worden – hat nach kritischer Diskussion eine Entscheidung getroffen. Deshalb ist es sicher sinnvoll, die Bundestagsfraktion aufzufordern, sich mit der Materie noch einmal zu befassen.

Ich darf nur noch darauf hinweisen, ich bin da in einer schwierigen Diskussionslage und Berichterstattungslage für die Antragskommission. Ich sage es aber im gemeinsamen Interesse. Im Antrag M 64 wird gesagt, daß die Befreiung von der Mineralölsteuer für mittelständische Flugbetriebe und private Sportflieger wieder rückgängig gemacht wird. Meine Damen und Herren, da habe ich z. B. erhebliche Probleme, aus einer Region kommend, in der Flughäfen für die Infrastrukturleistungen unserer Gesellschaft und die Fortentwicklung unserer Wirtschaft bedeutend sind, wo die Deutsche Lufthansa, mineralölsteuerbefreit, und Condor und LTU nicht hinfliegen, mit dem Selbstverständnis. Da geht es nicht um die mittelständischen Flugbetriebe, die einen erheblichen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Monopolisten im Flugverkehr haben, sondern deren Kunden, die wir alle sind und die auch bedient werden müssen. Ich sage das einmal – das ist vielleicht laienhaft –, ich bin schon der Meinung, daß das differenziert werden muß gegenüber den Privatfliegern, die aus Hobby und anderen Gründen fliegen. Die mittelständischen Unternehmen haben meines Erachtens auch einen Anspruch darauf, daß sie im Interesse der Verbraucher einen richtigen und fairen Wettbewerb aushalten können.

(Vereinzelt Beifall)

Da das Ganze ein wenig kompliziert ist, meine ich, daß wir alle miteinander bedenken müssen, welchem der beiden Anträge wir am Ende, wenn hier abgestimmt wird, zustimmen. Ich könnte persönlich, obwohl ich auch da manches zu beachten habe, auch Minderbemittelte, die bei Luftsportvereinen betroffen sind, – –

(Lachen)

– doch, aber das stelle ich in dem Zusammenhang, in dem hier diskutiert wird, zurück. Wenn hier in der Sache als Willensäußerung der CDU ein Beschluß zustandekommt, dann auf der Basis des Antrages M 67 in der Richtung, daß das von ordnungspolitischen Vorstellungen weggommt, die wir in der Union doch beileibe nicht teilen.

Meine Bitte ist die folgende: Wenn der Tagungspräsident jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen läßt und diese dann möglicherweise nicht akzeptiert wird, sollten wir, wenn eine weitere Abstimmung notwendig ist, zunächst nicht über Initiativantrag M 64, sondern über Initiativantrag M 67 abstimmen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Ich wende mich den Initiativanträgen M 64 und M 67 zu. Nach der Meinung des Präsidiums ist der Initiativantrag M 67, weil er sich nicht nur an die Bundesregierung, sondern an Bundesregierung und Bundestagsfraktion wendet, der umfassendere. Deswegen meine ich, daß zuerst über den Initiativantrag M 67 abgestimmt werden sollte. Die Antragskommission empfiehlt, den Initiativantrag M 67 an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Es ist der weitergehende Antrag gestellt worden, über Initiativantrag M 67 hier Beschluß zu fassen. Da der letztgenannte Initiativantrag weitergehend ist, lasse ich zunächst darüber abstim-

men, ob über Initiativantrag M 67 hier Beschluß gefaßt werden soll. Das würde heißen, daß keine Überweisung dieses Initiativantrages an die Bundestagsfraktion erfolgt. Wer stimmt dem weitergehenden Antrag zu, hier über Initiativantrag M 67 Beschluß zu fassen? – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das letztere war die Minderheit.

Dann stimmen wir jetzt über Initiativantrag M 67 ab. Wer möchte dem Initiativantrag M 67 zustimmen? – Die Gegenprobe! – Das erstere war die Mehrheit. Initiativantrag M 67 ist angenommen.

(Beifall)

Ich gehe davon aus, daß Initiativantrag M 64 damit erledigt ist.

(Widerspruch – Zuruf: Nein, das ist er nicht!)

– Ich glaube, Initiativantrag M 67 schließt den Initiativantrag M 64 ein.

(Widerspruch)

– Möchte jemand dazu sprechen? – Bitte!

Klaus Herrmann: Liebe Parteifreunde! Im Initiativantrag M 64 ist noch ein Punkt enthalten, der von Initiativantrag M 67 nicht erfaßt wird, nämlich die Steuerbefreiung für mittelständische Flugbetriebe. Ich bitte darum, daß wir über diesen Teil hier noch abstimmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission.

Franz Heinrich Krey, Antragskommission: Es ist mir eben vielleicht nicht gelungen, verständlich zu machen, wo meine Sympathien liegen. Wir haben den Initiativantrag M 67 mit großer Mehrheit verabschiedet und damit zum Ausdruck gebracht, daß die Steuerbefreiung für die Privatflieger für die CDU nicht akzeptabel ist. Ich bitte den Antragsteller aber zur Kenntnis zu nehmen, daß ich eben ausgeführt habe, daß ich nicht zu erkennen vermag, warum es denn für Großunternehmen im Flugbereich eine Steuerbefreiung gibt, für mittelständische Unternehmen aber nicht,

(Beifall)

die dieselbe Leistung erbringen und dieselben Sicherheitsstandards erfüllen müssen und auf die wir alle angewiesen sind, wenn wir nicht das Glück haben, in der Nähe eines Flughafens zu wohnen, den die Lufthansa anfliegt. Wir sind dann auf diese mittelständischen Unternehmen angewiesen, wenn wir am internationalen Flugverkehr teilnehmen, was im Alltag manchmal erforderlich ist. Deshalb sollte der Parteitag hier, wie ich meine, bei seiner festen Meinung bleiben und sagen, daß mittelständische Unternehmen dann, wenn sie die gleiche Aufgabe wie die Großunternehmen erfüllen, auch wie die Großunternehmen behandelt werden sollten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Ich habe den Eindruck, daß der Parteitag auch über Initiativantrag M 64 abzustimmen wünscht. Es ist für diesen Antrag und gegen diesen Antrag gesprochen worden. Initiativantrag M 67 ist erledigt. Wir stimmen jetzt über Initiativantrag M 64 ab. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Initiativantrages M 64. Wer möchte sich der Empfehlung der Antragskommission anschließen? – Wer möchte dagegen stimmen? – Das erstere war die Mehrheit. Der Initiativantrag M 64 ist abgelehnt.

(Beifall)

Ich rufe Initiativantrag M 65 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Mir liegt hierzu eine Wortmeldung von Herrn Schmandt vor. Wird die Wortmeldung aufrechterhalten?

(Zuruf: Nein!)

– Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, daß der Empfehlung der Antragskommission gefolgt wird.

Ich rufe Initiativantrag M 66 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag anzunehmen. – Ich höre keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Initiativantrag M 68! Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß die abgedruckte Entschließung der CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz nicht Gegenstand des Beschlusses ist, sondern dem Beschluß lediglich als Anlage beigefügt werden soll. Kann ich Ihre Zustimmung zu der Empfehlung der Antragskommission, den Antrag anzunehmen, feststellen? – Das ist der Fall.

Initiativantrag M 69! Die Antragskommission empfiehlt Annahme. – Es ist so beschlossen.

Initiativantrag M 71! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. – Kein Widerspruch. – Es ist so beschlossen.

Initiativantrag M 73! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Es ist so beschlossen.

Initiativantrag M 74! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag in der ausgedruckten Fassung anzunehmen. – Ich höre keinen Widerspruch. – Es ist so beschlossen.

Ich komme zurück zu Antrag M 3. Die Antragskommission hat Ablehnung dieses Antrages empfohlen. Es ist dazu eine Begründung gewünscht worden.

Franz Heinrich Krey, Antragskommission: Meine lieben Parteifreunde! Die Antragskommission hat ihre Auffassung geändert. Es ist sinnvoll, diesen Antrag zusammen mit den Anträgen aus dem Bereich C im Bundesausschuß erneut zu beraten. Deshalb empfehlen wir Überweisung an den Bundesausschuß. Dann erübrigt sich vielleicht auch eine Begründung zu der ursprünglichen Empfehlung der Antragskommission; eine solche Begründung könnte ich nicht in kompetenter Weise geben.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sie haben das Votum gehört. Erhebt sich Widerspruch? – Dann ist es so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen worden ist.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Antragsberatung. Das Ergebnis der Auszählung der Stimmen zur Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU liegt mir noch nicht vor. Sind Sie damit einverstanden, daß es Ihnen schriftlich mitgeteilt wird?

(Vereinzelt Widerspruch)

– Sie sind offensichtlich damit einverstanden.

Es liegt noch eine Wortmeldung vor. – Bitte schön!

Matthias Kues: Es liegt sicher ein Versehen des Tagungspräsidenten vor: Es ist vergessen worden, Initiativantrag M 72 aufzurufen. Er behandelt ein sehr wichtiges

Thema, weil es um Menschenleben geht. Wir haben gestern sehr häufig über die Bedeutung menschlichen Lebens gesprochen. Ich halte es für wichtig, daß im Blick auf die in dem Antrag erwähnten sechs Menschen – fünf Männer und eine Frau – gegenüber der Regierung in Südafrika ein machtvolleres, ein deutliches Zeichen gegeben wird. Ich füge hinzu: Wenn dieses Zeichen nicht gegeben wird, werden die Junge Union und die Parteifreunde von der CDA, die diesen Antrag mit unterstützt haben, auf dem nächsten Bundesparteitag Beratungen darüber erzwingen, ob wir in der Bundesrepublik nicht auch noch andere Möglichkeiten haben, um auf die Apartheidsituation in Südafrika hinzuweisen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Initiativantrages M 72. Wünscht jemand zu widersprechen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag angenommen.

Ich stelle fest, daß alle Anträge behandelt sind, und übergebe die Tagungsleitung an Herrn Kollegen Wallmann.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bernhard Vogel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor unser Parteivorsitzender den Parteitag gleich beschließt, möchte ich – sicherlich in Ihrer aller Namen – noch ein kurzes herzliches Dankeschön an unsere Gäste sagen, die uns hier begleitet haben, ebenso an die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ganz besonders herzlich möchte ich allen danken, die hier in der Rhein-Main-Halle für die technische Durchführung gearbeitet und für einen zügigen Ablauf des Parteitages gesorgt haben.

(Beifall)

Ich möchte auch den Mitarbeitern des Verkehrsbüros der Stadt Wiesbaden und den Mitgliedern der Johanniter-Unfallhilfe, die hier während der ganzen Zeit zur Verfügung gestanden haben, unseren Dank übermitteln.

(Beifall)

Dann möchte ich in Ihrem Auftrag gern allen Beamten der Wiesbadener Polizei für die Sicherungs- und Schutzmaßnahmen unseren Dank abstaten.

Schließlich – ich denke, das ist selbstverständlich – danken wir der hiesigen Landes- und Kreisgeschäftsstelle unserer Union. Ich möchte auch den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der verschiedenen Kreisverbände gern danken. Sie haben hier die Drucksachen ausgetragen, sie haben den Ordneinsatz geleistet.

(Beifall)

Ganz zum Schluß möchte ich genauso herzlich allen Mitarbeiterinnen und allen Mitarbeitern unserer Bundesgeschäftsstelle für ihre Arbeit bei der Vorbereitung und bei der Durchführung unseres 36. Bundesparteitages ein herzliches Dankeschön sagen:

(Beifall)

an der Spitze Herrn Peter Radunski, unserem Bundesgeschäftsführer;

(Beifall)

unserem Freund Karl Schumacher, Hauptabteilungsleiter Organisation, der uns auch in den Wahlkämpfen so oft unterstützt hat,

(Beifall)

und dem Hauptabteilungsleiter für Politik, Wilhelm Staudacher, sowie dem Hauptabteilungsleiter für Öffentlichkeitsarbeit, Walter Brückmann.

Lieber Herr Radunski, sagen Sie bitte allen Mitarbeiterinnen und allen Mitarbeitern unseren aufrichtigen Dank. Wir wissen, wieviel Arbeit dies alles bedeutet.

Und nun, meine lieben Freunde, hat unser Parteivorsitzender und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl das Schlußwort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ein kurzes Wort zum Ende dieses 36. Bundesparteitages.

Walter Wallmann hat all jenen gedankt, die am Zustandekommen und am Funktionieren auch im Bereich der Organisation – und es ist ein gewaltiges Werk, das auf einem Bundesparteitag jeweils bewerkstelligt werden muß – mitgewirkt, die den Parteitag überhaupt möglich gemacht haben.

Ich darf vor allem auch das Präsidium – Walter Wallmann und die Damen und Herren Kollegen, die im Präsidium des Parteitags gewirkt haben – in diesen Dank ausdrücklich mit einbeziehen.

(Beifall)

Es war ein Parteitag in einem Bundesland, in dem jeder spürt: Es geht aufwärts mit der CDU. Und dafür sind wir ganz besonders dankbar.

(Beifall)

Zu Beginn, bei der Eröffnung dieses Parteitags am Montag früh sagte ich Ihnen, daß wir diesen Parteitag in einer politisch schwierigen Zeit miteinander gestalten – in einer Zeit, in der es gilt, eine Durststrecke zurückzulegen, in der wichtige Entscheidungen, die nicht immer populär sind, getroffen werden müssen. Aber wenn wir unseren Wählerauftrag erfüllen wollen, Zukunft für unser Land zu sichern, müssen wir diesen Weg unbeirrt gehen: „Grundsatztreu und zukunfts offen. Die Volkspartei der Mitte“.

Ich bedanke mich vor allem bei Ihnen, den Delegierten, die ja in vielen Stunden – weit über 30 Stunden – hier zusammengearbeitet haben. Es gibt ja Leute, die die Vorstellung haben, daß die Deutschen in Zukunft nur noch 30 Stunden arbeiten sollten – je Woche; wir haben für dieses Pensum zweieinhalb Tage benötigt. Und, liebe Freunde, wir haben es unter den schwierigen Verhältnissen einer solchen Kongreßhalle bewältigt – unter Verhältnissen, die wegen der Präsenz der Medien, der Scheinwerfer und all dessen, was dazugehört, einfach schwierig sein müssen. Aber wir haben es getan in einem guten Miteinander.

Ich habe manchen sprechen können, der die Partei von außen kritisch betrachtet, beurteilt und auch oft darüber schreibt. Eines kann man ja über diesen Parteitag beim besten Willen nicht sagen: daß auf diesem Parteitag nicht offen miteinander diskutiert und um die richtigen Entscheidungen gerungen wurde.

Und dies ist stilbildend für die Partei auch nach innen; das war ja das Thema des heutigen Tages. Ich habe viele Anregungen für die Arbeit in der Kommission und für das mitgenommen, was wir auf dem nächsten Bundesparteitag dazu zu entscheiden haben. Es waren höchst erfreuliche Beiträge – auch dort, wo sie kritisch waren, auch dort, wo ich persönlich angesprochen war. All dies zeigt, daß wir das genaue Gegenteil einer „bürgerlichen“ Partei sind – „bürgerlich“ in dem Sinne, daß man einander mit Gespreiztheit und mit einem Mangel an Offenheit gegenübertritt.

Was ich mir wünsche, ist, daß der Geist, der auf diesem Parteitag für jedermann erkennbar war, nicht hierbleibt, sondern daß wir ihn in die Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände hinaustragen. Wir werden es brauchen. Denn uns wird in den nächsten Jahren – vor allem auch in den nächsten zwei Jahren dieser Legislaturperiode – viel Standfestigkeit um der Zukunft willen abverlangt werden.

Ich bin nicht der Auffassung, daß wir die beste aller Parteien sind und die anderen alle nichts taugen. Solche Überheblichkeit habe ich nie gemocht. Ich bin bei nüchterner Prüfung der Gegebenheiten in unserem Lande jedoch der Auffassung, daß es heute mehr denn je auf die CDU Deutschlands ankommt. Das hat in diesen Tagen auch jeder gespürt.

(Beifall)

Wenn wir in der vor uns liegenden Zeit dieser Überzeugung treu bleiben und in diesem Geist des Miteinanders den Weg gemeinsam weitergehen, werden wir – wie in der Vergangenheit – große Erfolge erringen.

Zum Schluß will ich ein persönliches Erlebnis schildern: Für mich waren die zweieinhalb Tage, die ich kürzlich privat in der DDR verbracht habe, von größter Bedeutung: Mir ist dort wieder einmal deutlich vor Augen geführt worden, wie selbstverständlich wir in der Bundesrepublik Deutschland Freiheit erleben und genießen, wieviel es bedeutet, daß hier vor der Halle ganz selbstverständlich Demonstranten stehen können, weil das Recht auf Demonstration bei uns ein Grundrecht ist, weil bei uns Meinungen ausgetauscht werden können – zuweilen auch mit großer Heftigkeit.

Millionen unserer Landsleute haben diese Chance zeit ihres Lebens – jedenfalls bisher – nie gehabt. So vieles, was für uns selbstverständlich geworden ist – vielleicht zu selbstverständlich, so daß wir gar nicht mehr fähig sind, die wahre Bedeutung richtig einzuschätzen oder, noch besser, zu schätzen –, ist in der DDR eben nicht selbstverständlich.

Deswegen bitte ich Sie, daß wir diesen Parteitag mit dem Lied der Deutschen schließen – und damit zugleich einen Gruß an unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands richten.

(Beifall)

Die Delegierten erheben sich und singen die Nationalhymne

(Schluß: 13.58 Uhr)

Anhang I

Beschlußprotokoll des 36. Bundesparteitages 13.–15. Juni 1988 – Wiesbaden

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
9. Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler MdB
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP
12. Aussprache zu den Berichten
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
14. Antrag des Bundesvorstandes:
„Unsere Verantwortung in der Welt“
Einführung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB,
Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
15. Beratung des Antrages und Beschlußfassung
16. Antrag des Bundesvorstandes:
„Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“
Einführung: Dr. Heiner Geißler MdB,
Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
17. Beratung des Antrages und Beschlußfassung
18. „Die CDU als moderne Volkspartei“
Einführung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB,
Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
19. Beratung des Antrages und Beschlußfassung
20. Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU
für die Zeit vom 7. 11. 1988 bis 6. 11. 1992
21. Sonstige Anträge
22. Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Zu TOP 2:

Folgendes **Tagungspräsidium** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:

Ministerpräsident Dr. Walter Wallmann MdL

Beisitzer:

Barbara Schäfer MdL
Klaus Landowsky MdA
Bernd Neumann MdB
Jürgen Echternach MdB
Otti Geschka MdL
Dr. Hans-Joachim Jentsch MdL
Wilfried Hasselmann MdL
Dr. Rudolf Sprung MdB
Manfred Carstens MdB
Dr. Helmut Linssen MdL
Christa Thoben MdL
Eckhard Uhlenberg
Dr. Bernhard Vogel MdL
Peter Jacoby MdL
Henning Lemmer
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB
Roswitha Verhülsdonk MdB
Christoph Böhr MdL
Gerhard Braun
Dr. Horst Waffenschmidt MdB
Hansjürgen Doss MdB
Rudolf Friedrich MdL
Georg Badeck MdL
Albrecht Martin MdL
Marlene Lenz MdEP
Ursula Braun-Moser MdEP

Zu TOP 3:

Der Bundesparteitag lehnte nach Aussprache in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mit sehr großer Mehrheit Antrag M 57 ab.

Die vorstehende **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und Enthaltungen einstimmig angenommen.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, folgende Einreichungsfristen für Initiativanträge festzulegen:

1. Montag, 13. Juni 1988, 12.30 Uhr:

Antragsschluß für alle Initiativ-Anträge zum Antrag
„Unsere Verantwortung in der Welt“

2. Montag, 13. Juni 1988, 19.00 Uhr

Antragsschluß für alle Initiativ-Anträge zum Antrag
„Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“

3. Dienstag, 14. Juni 1988, 18.00 Uhr

Antragsschluß für alle sonstigen Initiativ-Anträge

Zu TOP 4:

Die vom Bundesvorstand eingesetzte und auf Antrag erweiterte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Dr. Heiner Geißler MdB

Stellv. Vorsitzender:

Peter Radunski

Weitere Mitglieder:

Hermann-Josef Arentz MdL	Anton Pfeifer MdB
Christoph Böhr MdL	Elmar Pieroth MdA
Gerhard Braun	Hans-Peter Repnik MdB
Birgit Breuel MdL	Volker Rühle MdB
Roswitha Erlenwein MdBB	Ingrid Roitzsch MdB
Dr. Heinz Eyrich MdL	Bernhard Sälzer MdEP
Ulf Fink MdA	Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Hartmut Gassner	Heribert Scharrenbroich MdB
Horst Günther MdB	Werner Schreiber MdB
Jürgen Hardt	Dr. Lutz G. Stavenhagen MdB
Dr. Ottfried Hennig MdB	Hans Terlinden
Dr. Herbert Hupka	Erwin Teufel MdL
Gertrud Johannknecht	Christa Thoben MdL
Barbara John	Prof. Dr. Klaus Töpfer
Dr. Franz Josef Jung MdL	Roswitha Verhülsdonk MdB
Peter Jungen	Friedrich Vogel MdB
Dr. Egon A. Klepsch MdEP	Wolfgang Vogt MdB
Franz Heinrich Krey MdB	Dr. Horst Waffenschmidt MdB
Thomas Kropp	Gräfin Mechthild von Walderdorff
Karl Lamers MdB	Rita Waschbüsch MdL
Prof. Dr. Werner Münch MdEP	Heinrich Weiss
Dr. Christian Neuling MdB	Dr. Dorothee Wilms MdB
Dr. Rolf Olderog MdB	Matthias Wissmann MdB

Zu TOP 5:

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei einigen Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Dr. Franz Josef Jung MdL

Beisitzer:

Hans Terlinden
Andreas Penning
Karl Schumacher

Zu TOP 6:

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Kippenberg, Martin	Bonn	Bundesgeschäftsstelle
--------------------	------	-----------------------

Stellvertreter:

Höbel, Dieter	Kiel	Landesgeschäftsstelle
---------------	------	-----------------------

Weitere Mitglieder:

1. Abel, Udo	Pirmasens	Kreisgeschäftsführer
2. Altmann, Günter	Hannover	Kreisgeschäftsführer
3. Andresen, Carl	Schleswig	Kreisgeschäftsführer
4. Arnold, Norbert	Frankfurt	Kreisgeschäftsführer
5. Bauer, Bernhard	Neustadt	Bezirksgeschäftsführer
6. Baumgärtner, Klemens	Landau	Kreisgeschäftsführer
7. Becker, Franz	Wiesbaden	Landesgeschäftsstelle
8. Benning, Hubert	Ludwigshafen	Kreisgeschäftsführer
9. Bentz, Bernd	Neunkirchen	Kreisgeschäftsführer
10. Brandes, Horst	Hannover	Kreisgeschäftsführer
11. Brummundt, Günter	Minden	Kreisgeschäftsführer
12. Budde, Heinz	Cloppenburg	Kreisgeschäftsführer
13. Choitz, Rose Marie	Celle	Kreisgeschäftsführerin
14. Dietrich, Uwe	Heppenheim	Kreisgeschäftsführer
15. Dittmann, Manfred	Korbach	Kreisgeschäftsführer
16. Doll, Heinz	Karlsruhe	Kreisgeschäftsführer
17. Feldhaus, Günther	Vechta	Kreisgeschäftsführer
18. Fuisting, Michael	Paderborn	Kreisgeschäftsführer
19. Funke, Jürgen	Bad Homburg	Kreisgeschäftsführer
20. Funnemann, Klaus	Höxter	Kreisgeschäftsführer
21. Haan, Otto	Saarlouis	Kreisgeschäftsführer
22. Hascher, Rainer	Gießen	Kreisgeschäftsführer
23. Hesping, Heinz	Mainz	Landesgeschäftsstelle
24. Hoffmann, Günter	Herborn	Kreisgeschäftsführer
25. Jüttermann, Jürgen	Wittlich	Kreisgeschäftsführer
26. Jakobs, Peter	Simmern	Kreisgeschäftsführer
27. Käding, Rudolf	Friedberg	Kreisgeschäftsführer
28. Kühne, Wolf-Joachim	Göttingen	Kreisgeschäftsführer
29. Kohnle-Gros, Marlies	Kaiserslautern	Kreisgeschäftsführerin
30. Kopnarski, Aribert	Trier	Kreisgeschäftsführer
31. Kuhl, Hans-Jürgen	Bonn	Kreisgeschäftsführer
32. Laskowski, Johannes	Berlin	Landesgeschäftsstelle
33. Lenk, Günther	Bruchsal	Kreisgeschäftsführer
34. Lipke, Josef	Herne	Kreisgeschäftsführer
35. Lutze, Horst	Hofheim	Kreisgeschäftsführer
36. Mitschke, Roland	Bochum	Kreisgeschäftsführer
37. Ozimek, Gerd	Düsseldorf	Kreisgeschäftsführer
38. Pack, Hans Joachim	Saarbrücken	Landesgeschäftsstelle
39. Rüdinger, Hans	Heidelberg	Kreisgeschäftsführer
40. Ruttkowski, Lore	Offenbach	Kreisgeschäftsführerin

41. Schröck, Gerhard	Eitville	Kreisgeschäftsführer
42. Schulze, Günter	Unna	Kreisgeschäftsführer
43. Stinner, Stefan	Montabaur	Kreisgeschäftsführer
44. Vatter, Reinhold	Soest	Kreisgeschäftsführer
45. Wolff, Hermann Josef	Köln	Kreisgeschäftsführer
46. Wynands, Manfred	Kleve	Kreisgeschäftsführer

Zu TOP 8/12: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9/12: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs, Dr. Heiner Geißler MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10/12: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11/12: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Die Mandatsprüfungskommission des 36. Bundesparteitages erstattete folgenden Bericht:

„Herr Präsident, meine Damen und Herren,
die vom 36. Bundesparteitag eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat am heutigen Montag, dem 13. Juni 1988, auf ihrer Sitzung die Unterlagen der Delegierten überprüft.

Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum Zeitpunkt des 36. Bundesparteitages weniger als 24 Monate im Amt waren. Die entsprechenden eidesstattlichen Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten.

Nach § 28 des Bundesstatuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände.

Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 15.00 Uhr von den 750 voll stimmberechtigten Delegierten des 36. Bundesparteitages 702 anwesend.

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren zum gleichen Zeitpunkt 30 anwesend.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der CDU-Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben.

Demzufolge ist dieser Parteitag beschlußfähig.

gez. Dr. Franz Josef Jung MdL

gez. Hans Terlingen

gez. Andreas Penning

gez. Karl Schumacher“

Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Mandatsprüfungskommission zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14/15: Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes
„Unsere Verantwortung in der Welt
– Christlich-demokratische Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik –“
in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Leitantrages des Bundesvorstandes sowie der dazu gehörenden Anträge der Landes- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 36. Bundesparteitages“ oder in der „Sammlung der Initiativ-Anträge I“ abgedruckt.)

I. Die Bundesrepublik Deutschland vor den Herausforderungen der 90er Jahre

Ziffer 1:

- Annahme von Antrag D 1
- Ablehnung der Anträge D 2, D 3 und D 3 a

Ziffer 2:

- Annahme von Antrag D 4
- Annahme der Anträge D 5 und D 7 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag D 6

Ziffer 3:

- Annahme von Antrag D 8
- Ablehnung der Anträge D 9 bis D 11

Ziffer 4:

- Annahme von Antrag D 12
- Ablehnung von Antrag D 13

Ziffer 5:

- Annahme von Antrag D 14
- Ablehnung der Anträge D 15 und D 16

Ziffer 6:

- Annahme der Anträge D 17 und D 18 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge D 19 bis D 22

Ziffer 7:

- Annahme der Anträge D 23, D 27 und D 29
- Erledigung der Anträge D 24 und D 25 durch Annahme der Ziffern 29 und 30
- Erledigung von Antrag 31 durch Annahme von Ziffer 7 Abs. 1
- Ablehnung der Anträge D 26 und D 28 und D 30

Ziffer 8:

- Annahme der Anträge D 32 und D 35 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag D 33 durch Annahme der Ziffer 33
- Ablehnung von Antrag D 34

Ziffer 9:

- Annahme von Antrag D 36
- Erledigung von Antrag D 38 durch Annahme der Ziffern 4 und 5
- Erledigung von Antrag D 44 durch Annahme der Ziffer 58
- Ablehnung der Anträge D 37, D 39 bis D 43 und D 45

Ziffer 10:

- Annahme der Anträge D 46 und D 47 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag D 49 durch Annahme der Ziffer 2
- Ablehnung der Anträge D 48 und D 50

II. In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden**Ziffer 11:**

- Annahme der Anträge E 1 bis E 3 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung der Anträge E 6, E 10 und E 11 durch Annahme des Antrages E 3
- Ablehnung der Anträge E 4, E 5, E 7, E 8, E 9 und E 12

Ziffer 12:

- Annahme der Anträge E 13, E 17 und E 85 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge E 14 bis E 16, E 18 bis E 22

Ziffer 13:

- Annahme der Anträge E 23 und E 24 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge E 25, E 25 a, E 26 und E 27

Ziffer 14:

- Annahme der Anträge E 28 und E 30 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag E 84 durch die Beschlußfassung zu Ziffern 15 und 16 sowie zu 55 bis 59
- Ablehnung der Anträge E 29, E 31, E 32 und E 32 a

Ziffer 15:

- Annahme der Anträge E 33, E 34, E 37 und E 39 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge E 35, E 36, E 38, E 40, E 41, E 41 a und E 42

Ziffer 16:

- Annahme der Anträge E 43, E 45 und E 47 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag E 46 durch Annahme der Ziffer 11
- Ablehnung der Anträge E 44, E 47 a, E 48 bis E 52

Ziffer 17:

- Annahme der Anträge E 53 bis E 56, E 58 und E 83 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag E 57 durch Annahme von Antrag E 58
- Ablehnung von Antrag E 59
Den Zusammenhalt mit den Menschen in der DDR vertiefen

Ziffer 18:

- Annahme der Anträge E 60, E 63, E 64 und E 68 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag E 61 durch Annahme der Ziffer 17
- Ablehnung der Anträge E 62, E 65, E 66, E 66 a, E 67, E 69 und E 70

Ziffer 19:

- Annahme der Anträge E 71 und E 73 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag E 72

Ziffer 20:

- Annahme der Anträge E 74 bis E 77 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 21:

- Annahme von Antrag E 78
- Ablehnung der Anträge E 79 bis E 81

III. Frieden in Freiheit bewahren, Sicherheit erhalten, Abrüstung fortsetzen

Ziffer 22:

- Annahme von Antrag F 1
- Ablehnung der Anträge F 2 bis F 6

Ziffer 23:

- Annahme der Anträge F 7, F 8, F 10 bis F 12 in der Fassung der Antragskommission
- Überweisung von Antrag F 15 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge F 9, F 13, F 14

Ziffer 24:

- Annahme der Anträge F 16, F 20 und F 59 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag F 22
- Ablehnung der Anträge F 17 bis F 19 und F 21

Ziffer 25:

- Annahme von Antrag F 23

Ziffer 26:

- Annahme von Antrag F 24

Ziffer 27:

- Annahme der Anträge F 25 und F 27 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge F 26 und F 28

Ziffer 28:

- Annahme von Antrag F 29
- Ablehnung von Antrag F 30

Ziffer 29:

- Annahme von Antrag F 31
- Ablehnung der Anträge F 32 bis F 35

Ziffer 30:

- Annahme von Antrag F 36
- Erledigung von Antrag F 37 Abs. 1 durch Annahme von Ziffer 30, 2. Spiegelstrich
- Ablehnung von Antrag F 37, Abs. 2, sowie der Anträge F 38 bis F 46

Ziffer 31:

- Annahme von Antrag F 47
- Ablehnung der Anträge F 48 und F 49

Ziffer 32:

- Annahme der Anträge F 50 und F 58 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag F 52 durch Annahme der Ziffer 7
- Ablehnung der Anträge F 51, F 53 bis F 57

IV. Europa ist unsere politische Zukunft**Ziffer 33:**

- Annahme von Antrag G 1
- Ablehnung der Anträge G 2 bis G 4

Ziffer 34:

- Annahme von Antrag G 5
- Ablehnung der Anträge G 6 bis G 11

Ziffer 35:

- Annahme von Antrag G 12
- Ablehnung von Antrag G 13

Ziffer 36:

- Annahme von Antrag G 14
- Überweisung von Antrag G 17 an die EVP
- Ablehnung der Anträge G 15 und G 16

Ziffer 37:

- Annahme von Antrag G 18
- Ablehnung der Anträge G 19 bis G 21

Ziffer 38:

- Annahme der Anträge G 22 bis G 25, G 28 und G 33 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung der Anträge G 30 bis G 32, G 34 bis G 36 durch Annahme der Anträge G 22 bis G 25, G 28 und G 33 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge G 26, G 27, G 29 und G 33 a

Ziffer 39:

- Annahme der Anträge G 37 und G 38 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 40:

- Annahme der Anträge G 39 und G 40 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge G 41 und G 42

Ziffer 41:

- Annahme der Anträge G 43 bis G 45 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 42:

- Annahme der Anträge G 46 und G 51 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag G 50 durch Annahme von Antrag G 73
- Ablehnung der Anträge G 47 bis G 49 und G 52

Ziffer 43:

- Annahme von Antrag G 53

Ziffer 44:

- Annahme von Antrag G 54
- Ablehnung der Anträge G 55 bis G 59

Ziffer 45:

- Annahme von Antrag G 60 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge G 61 und G 62

Ziffer 46:

- Annahme von Antrag G 63

Ziffer 47:

- Annahme von Antrag G 64

Ziffer 48:

- Annahme der Anträge G 65 und G 66 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 49:

- Annahme der Anträge G 67 und G 68 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag G 69

Ziffer 50:

- Annahme der Anträge G 70, G 72, G 75, G 77, G 79 und G 81 in der Fassung der Antragskommission
- Annahme der Anträge G 73, G 78 und G 80 in der Fassung der Antragskommission als neue Ziffer nach der Ziffer 45
- dadurch Erledigung der Anträge G 50, G 74, G 76 und G 81
- Ablehnung der Anträge G 71 und G 82

V. Den West-Ost-Dialog aktiv führen**Ziffer 51:**

- Annahme von Antrag H 1
- Ablehnung der Anträge H 2 bis H 6

Ziffer 52:

- Annahme der Anträge H 7 und H 9 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge H 8, H 10 und H 11

Ziffer 53:

- Annahme von Antrag H 12
- Ablehnung der Anträge H 13 und H 14

Ziffer 54:

- Annahme von Antrag H 15

Ziffer 55:

- Annahme von Antrag H 16

Ziffer 56:

- Annahme von Antrag H 17
- Ablehnung von Antrag H 18

Ziffer 57:

- Annahme von Antrag H 19

Ziffer 58:

- Annahme von Antrag H 20
- Erledigung von Antrag H 22 durch Annahme der Ziffer 15
- Ablehnung von Antrag H 21

Ziffer 59:

- Annahme von Antrag H 23
- Ablehnung der Anträge H 24 und H 25

Ziffer 60:

- Annahme von Antrag H 26

Ziffer 61:

- Annahme der Anträge H 27 und H 29 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag H 28

Ziffer 62:

- Annahme von Antrag H 30
- Ablehnung der Anträge H 31 und H 32

VI. Unsere Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in der Welt

Ziffer 63:

- Annahme der Anträge I 1 und I 5 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag I 2

Ziffer 64:

- Annahme von Antrag I 3

Ziffer 65:

- Annahme der Anträge I 4 und I 6 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 66:

- Annahme von Antrag I 7

Ziffer 67:

- Annahme der Anträge I 8 und I 10 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag I 9 durch Annahme von Ziffer 64, 2. Absatz

Ziffer 68:

- Annahme von Antrag I 11

Ziffer 69:

- Annahme der Anträge I 12 und I 13 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 70:

- Annahme der Anträge I 14 und I 15 (1. Teil) in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag I 15 (2. Teil) durch Annahme von Antrag I 10

Ziffer 71:

- Annahme von Antrag I 16

Ziffer 72:

- Annahme von Antrag I 17
- Ablehnung der Anträge I 18 und I 19

Ziffer 73:

- Annahme der Anträge I 20 und I 23 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge I 21, I 22 und I 22a

Ziffer 74:

- Annahme der Anträge I 24 und I 25 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge I 26 und I 27

Ziffer 75:

- Annahme von Antrag I 28
- Ablehnung von Antrag I 29

Ziffer 76:

- Annahme von Antrag I 30
- Überweisung von Antrag I 31 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge I 32 und I 33

Ziffer 77:

- Annahme der Anträge I 34 und I 35 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag I 36

In der **Schlußabstimmung** wurde der Leitantrag

- „Unsere Verantwortung in der Welt
– Christlich-demokratische Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik –“

einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Die endgültige Fassung des beschlossenen Leitantrages ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 36. Bundesparteitages.

Zu TOP 16/17: Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes

„Politik auf der Grundlage des Christlichen Menschenbildes“

in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Leitantrages des Bundesvorstandes sowie der dazu gehörenden Anträge der Landes- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 36. Bundesparteitages“ oder in der „Sammlung der Initiativ-Anträge II“ abgedruckt.)

Präambel:

- Annahme von Antrag A 0
- Erledigung der Anträge A 3 bis A 6 durch die Beschlußfassung des 26. Bundesparteitages zum Grundsatzprogramm der CDU
- Ablehnung der Anträge A 1, A 2, A 7 bis A 10

I. Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden

Ziffer 1:

- Annahme der Anträge A 11 bis A 13, A 18, A 20 und A 21 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 14, A 17 und A 19
- Ablehnung der Anträge A 15, A 16, A 22 und A 23

Ziffer 2:

- Annahme der Anträge A 24, A 30 und A 32 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 25 bis A 27, A 31
- Ablehnung der Anträge A 28, A 29, A 33 und A 34

Ziffer 3:

- Annahme der Anträge A 35 bis A 37 in der Fassung der Antragskommission
- Anfügung des Textes von Antrag A 36 an Ziffer 3
- dadurch Erledigung der Anträge A 40 bis A 42 sowie A 44 bis A 46
- Ablehnung der Anträge A 38, A 39 und A 43

Ziffer 4:

- Annahme von Antrag A 47
- Ablehnung der Anträge A 48 bis A 50

Ziffer 5:

- Annahme der Anträge A 51 bis A 55, A 58, A 61, A 63, A 66 und A 67 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 56, A 57, A 60, A 65 und A 68
- Ablehnung der Anträge A 59, A 62 und A 64

Ziffer 6:

- Annahme der Anträge A 69, A 71 bis A 73 und A 77 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag A 76
- Ablehnung der Anträge A 70, A 74 und A 75

Ziffer 7:

- Annahme von Antrag A 78
- Erledigung von Antrag A 79 durch die Beschlußfassung zum Antrag A 77
- Ablehnung der Anträge A 80 bis A 84

Ziffer 8:

- Annahme von Antrag A 85 und A 92
- Ablehnung der Anträge A 86 bis A 91 und A 93

Ziffer 9:

- Annahme der Anträge A 94 und A 95
- Ablehnung von Antrag A 96

Ziffer 10:

- Annahme der Anträge A 97, A 98, A 102, A 103, A 105, A 106, A 108, A 109, A 111, A 112, A 116, A 119, A 122, A 126 bis A 128 und A 130 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag A 107 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 13
- Ablehnung der Anträge A 99 bis A 101, A 104, A 110, A 113 bis A 115, A 117, A 118, A 120, A 121, A 123 bis A 125, A 129 und A 131 bis A 136

Ziffer 11:

- Annahme der Anträge A 137 und A 138 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 146, A 152, A 158 und A 159
- Ablehnung der Anträge A 140, A 141, A 144, A 145, A 147 bis A 151 sowie A 153 bis A 157

Ziffer 12:

- Annahme der Anträge A 139, A 142, A 143, A 160, A 165, A 178, A 192 bis A 194 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 161, A 168, A 169, A 183, A 189 bis A 191 und M 14
- Ablehnung der Anträge A 162 bis A 164, A 166, A 167, A 170 bis A 177, A 179 bis A 182, A 184 bis A 188, A 195 und A 196

Ziffer 13:

- Annahme der Anträge A 197, A 201, A 206, A 211 und A 213 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 217, M 11 und M 12
- Überweisung von Antrag A 199 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A 198, A 200, A 202 bis A 205, A 207 bis A 210, A 212 und A 214 bis A 216

Ziffer 14:

- Annahme der Anträge A 218 bis A 221, A 223, A 226 bis A 233
- Erledigung von Antrag A 225 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 13
- Ablehnung der Anträge A 222, A 224 und A 234

Ziffer 15:

- Annahme von Antrag A 235
- dadurch Erledigung von Antrag M 10
- Erledigung der Anträge 242 und A 257 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 10
- Erledigung der Anträge A 248 und A 255 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 11
- Erledigung von Antrag A 243 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 12
- Erledigung von Antrag A 249 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 13
- Überweisung der Anträge A 239, A 251 und A 254 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A 236 bis A 238, A 240 und A 241, A 244 bis A 247, A 250, A 252, A 253, A 256, A 258 und A 259

Ziffer 16:

- Annahme der Anträge A 260 und A 261 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag A 265
- Ablehnung der Anträge A 262 bis A 264 und A 266

Ziffer 17:

- Annahme der Anträge A 267, A 269 und A 270
- dadurch Erledigung der Anträge A 268, A 271, A 272, A 274, A 278 bis A 280 und A 283
- Ablehnung der Anträge A 273, A 276, A 277, A 281 und A 282

Ziffer 18:

- Annahme der Anträge A 284, A 285, A 287 und A 288 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag A 286

Ziffer 19:

- Annahme von Antrag A 289
- Erledigung von Antrag A 293 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 18
- Erledigung von Antrag A 294 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 5
- Überweisung der Anträge A 290 und A 291 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ziffer 20:

- Annahme von Antrag A 295
- Ablehnung der Anträge A 296 bis A 304

Ziffer 21:

- Annahme der Anträge A 305 bis A 307
- Erledigung von Antrag A 308 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 82

Ziffer 22:

- Annahme der Anträge A 309, A 311 und A 312 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge A 310, A 313 bis A 316

Ziffer 23:

- Annahme der Anträge A 317 bis A 320, A 322 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge A 321 und A 323

II. Soziale Marktwirtschaft sichert Zukunft und Solidarität**Ziffer 24:**

- Annahme von Antrag B 1
- Annahme der Anträge B 2, B 3, B 5 und B 9 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 4, B 12, B 15 und B 16
- Erledigung von Antrag B 6 durch die Beschlußfassung über die Anträge G 53 und G 54
- Erledigung von Antrag B 10 durch die Beschlußfassung über Antrag C 3
- Ablehnung der Anträge B 8, B 11, B 13 und B 14

Ziffer 25:

- Annahme der Anträge B 17 und B 41 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag B 18 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 24

Ziffer 26:

- Annahme der Anträge B 19, B 20 und B 21 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 22 und B 23

Ziffer 27:

- Annahme von Antrag B 24
- dadurch Erledigung der Anträge B 26 und B 27
- Ablehnung von Antrag B 25

Ziffer 28:

- Annahme von Antrag B 28 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge B 29 bis B 32

Ziffer 29:

- Annahme der Anträge B 33, B 34 und B 36 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 35

Ziffer 30:

- Annahme von Antrag B 37

Ziffer 31:

- Annahme der Anträge B 39, B 40, B 42, B 47 und B 53 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 43

Ziffer 32:

- Annahme der Anträge B 44, B 45 und B 47 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge B 48 bis B 50

Ziffer 33:

- Annahme der Anträge B 51 und B 52 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 34:

- Annahme der Anträge B 7 und B 54 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 56 und B 59
- Ablehnung der Anträge B 55, B 57 und B 58

Ziffer 35:

- Annahme der Anträge B 60, B 67 und B 68 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 64 und B 66
- Annahme der Anträge B 61 bis B 63, B 65 und B 69

Ziffer 36:

- Annahme der Anträge B 70 und B 71 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 72, B 73, B 75 und B 77
- Ablehnung von Antrag B 74

Ziffer 37:

- Annahme von Antrag B 79
- dadurch Erledigung von Antrag B 82
- Ablehnung von Antrag B 80

Ziffer 38:

- Annahme der Anträge B 83 und B 84 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 39:

- Annahme der Anträge B 85 bis B 87 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 88
- Ablehnung der Anträge B 89 bis B 91

Ziffer 40:

- Annahme der Anträge B 92, B 93, B 97 und B 78 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 94 bis B 96 und B 99
- Ablehnung von Antrag B 98

Ziffer 41:

- Annahme von Antrag B 100
- Erledigung von Antrag B 101 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 42
- Ablehnung von Antrag B 102

Ziffer 42:

- Annahme der Anträge B 46 und B 103 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 104

Ziffer 43:

- Annahme der Anträge B 105 und 108 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung der Anträge B 106 und B 111 durch die Verabschiedung der „Essener Leitsätze“
- Ablehnung der Anträge B 107, B 109 und B 110

Ziffer 44:

- Annahme der Anträge B 112 bis B 115 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung der Anträge B 116 und B 117 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 60
- Ablehnung von Antrag B 118

Ziffer 45:

- Annahme der Anträge B 119 und B 120 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 121

Ziffer 46:

- Annahme der Anträge B 122, B 151, B 154 und M 6 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 123
- Überweisung von Antrag B 124 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge B 125, M 7 und M 8

Ziffer 47:

- Annahme der Anträge B 126 und B 127 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 81, B 131 und B 133
- Ablehnung der Anträge B 128 bis B 130 und B 132

Ziffer 48:

- Annahme der Anträge B 135 und B 136 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 137

Ziffer 49:

- Annahme von Antrag B 138

Ziffer 50:

- Annahme der Anträge B 139 und B 140 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 141

Ziffer 51:

- Annahme von Antrag B 142

Ziffer 52:

- Annahme von Antrag B 143

Ziffer 53:

- Annahme von Antrag B 144

Ziffer 54:

- Annahme von Antrag B 145

Ziffer 55:

- Annahme der Anträge B 146 und B 147 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 149
- Ablehnung von Antrag B 148

Die endgültige Fassung des beschlossenen Textes ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 36. Bundesparteitages.

Außerdem faßte der Bundesparteitag folgenden Beschluß:

„Wegen der schwerwiegenden psycho-sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert zu prüfen, ob und in welcher Form insbesondere jungen Menschen durch die Verpflichtung zur Teilnahme an Weiterbildungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt geboten werden können.“

Der Bundesparteitag beschloß auf Antrag des Parteivorsitzenden in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen, die Beratung und Beschlußfassung über den Abschnitt „III. Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“

(Ziffern 56 bis 91 des Leitantrages des Bundesvorstandes „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ nebst den dazu gehörigen sowie zusätzlichen Anträgen und allen jeweils dazu gestellten Initiativ-Anträgen) dem Bundesausschuß der CDU zu übertragen und alle entsprechenden Vorlagen an ihn zu überweisen. Der Parteivorsitzende teilte mit, daß diese Beratung und Beschlußfassung auf der nächsten Sitzung des Bundesausschusses am Montag, dem 12. September 1988, erfolgen soll.

Zu TOP 18/19: Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung zum Leitantrag des Bundesvorstandes „Die CDU als moderne Volkspartei“ folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge ist in der „Sammlung der Initiativ-Anträge III“ abgedruckt; dort sind auch die jeweiligen Antragsteller ersichtlich.)

- Annahme der Anträge K 1, K 3 und K 6
- Überweisung der Anträge K 4, K 5 und K 7 an den Bundesvorstand als Material zur Erarbeitung der Vorlage des Bundesausschusses zur Organisations- und Finanzreform
- Annahme von Antrag K 2 „Richtlinien zur politischen Gleichstellung der Frauen in der CDU“ in der Fassung der Antragskommission

Zu TOP 20: Der Bundesparteitag wählte für die Zeit vom 7. November 1988 bis 6. November 1992 folgendes Bundesparteigericht der CDU:

Ordentliche Mitglieder:

Dr. Heinrich Barth, Bonn (Vorsitzender)
Staatssekretär a. D.

Dr. Eberhard Kuthning, Schleswig
Präsident des Oberlandesgerichts Schleswig

Dr. Heidi Lambert-Lang, Karlsruhe/Zweibrücken
Richterin am Bundesgerichtshof

Helmut Rehborn, Dortmund
Oberstaatsanwalt bei dem Generalstaatsanwalt in Hamm

Dr. Pia Rumler-Detzel, Köln
Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Köln

Stellvertretende Mitglieder:

Karlheinz Keller, Freiburg/Brsg.
Präsident des Oberlandesgerichts a. D. sowie
Präsident des Staatsgerichtshofs von Baden-Württemberg

Dr. Walter Kiwit, Siegburg
Oberkreisdirektor des Rhein-Sieg-Kreises

Friedrich-Wilhelm Siebeke, Düsseldorf
Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Düsseldorf

Carl L. Sträter, Berlin/Bonn
Richter am Bundesverwaltungsgericht

Dr. Günter Wiechens, Zierenberg b./Kassel
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof i. R.

1. In **offener Abstimmung** wurden einstimmig ohne Gegenstim-
mungen und ohne Enthaltungen gewählt:

Als Ordentliches Mitglied:

Dr. Heinrich Barth (Vorsitzender)

Als Stellvertretende Mitglieder:

Karlheinz Keller
Carl L. Sträter
Dr. Günther Wiechens

2. Die Wahl der weiteren 4 Ordentlichen und der weiteren 2
Stellvertretenden Mitglieder des Bundesparteigerichts erfolgte
geheim durch Stimmzettel; vor dem Wahlgang hatte der
Bundesparteitag beschlossen, daß die Bewerber mit den 4
besten Wahlergebnissen zu Ordentlichen Mitgliedern, die bei-
den weiteren Bewerber zu Stellvertretenden Mitgliedern gewählt
sind.

Die Wahl hatte folgendes **Ergebnis**:

Abgebene Stimmen:	387
Ungültig:	24
Enthaltungen:	1
Gültige Stimmen:	362

Stimmenverteilung:

Dr. Heidi Lambert-Lang	298
Dr. Pia Rumler-Detzel	296
Helmut Rehborn	264
Dr. Eberhard Kuthning	248
Dr. Walter Kiwit	246
Friedrich-Wilhelm Siebeke	198

Zu TOP 21:

Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung über die sonstigen Anträge folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 36. Bundesparteitages“ oder in der „Sammlung der Initiativ-Anträge III.“ abgedruckt; dort sind auch die jeweiligen Antragsteller ersichtlich.)

- Überweisung von Antrag L 1 an den Bundesvorstand
- Annahme von Antrag L 2 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag M 60
- Ablehnung der Anträge L 3 und L 4
- Überweisung von Antrag M 1 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag M 2 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag M 3 an den Bundesausschuß
- Annahme von Antrag M 4 in der Fassung der Antragskommission
- Annahme von Antrag M 5 in der Fassung der Antragskommission
- Überweisung von Antrag M 9 an den Bundesvorstand mit der Maßgabe, den Antrag der Kommission „Ländlicher Raum“ als Material zur Verfügung zu stellen
- Überweisung von Antrag M 13 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme der Anträge M 15 bis M 18 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag M 19 durch einen entsprechenden Beschluß der Bundesregierung
- Erledigung von Antrag M 20 durch die Beschlußfassung zu Kapitel II. des Antrages „Unsere Verantwortung in der Welt“
- Überweisung von Antrag M 21 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag M 22 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung der Anträge M 23 bis M 29 an den Bundesausschuß
- Erledigung von Antrag M 30 durch die Koalitionsvereinbarungen zur 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestages
- Erledigung von Antrag M 31 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 31 des Antrages „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“
- Erledigung von Antrag M 32 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 47 des Antrages „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“

- Annahme der Anträge M 33 und M 34 in der Fassung der Antragskommission
- Überweisung der Anträge M 35 bis M 38, C 34, C 38 bis C 40, C 42, C 97 bis C 102, C 104, C 135, C 137, C 139 und C 183 als Material an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag M 39 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag M 40 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag M 41 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag M 42
- Überweisung von Antrag M 43 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung der Anträge M 44 bis M 46 an den Bundesausschuß
- Überweisung von Antrag M 47 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag M 48 an den Bundesausschuß
- Überweisung von Antrag M 49 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag M 50 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von Antrag M 51 durch die Beschlußfassung zu Kapitel I. des Antrages „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“
- Überweisung von Antrag M 52 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von Antrag M 53 durch die Beschlußfassung des 26. Bundesparteitages zum Grundsatzprogramm
- Erledigung von Antrag M 54 durch die Vorlage der Antragsbroschüre zum 36. Bundesparteitag
- Überweisung von Antrag M 55 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag M 56 an den Bundesvorstand
- Annahme von Antrag M 58
- Überweisung von Antrag M 59 an den Bundesvorstand
- Ablehnung von Antrag M 61
- Überweisung von Antrag M 62 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Zu Antrag M 63 faßte der Bundesparteitag folgenden Beschluß:
„Der Bundesparteitag begrüßt die vorgelegte Initiative des Bundesvorstandes zur Drogen- und Suchtmittelproblematik. Er beauftragt den Bundesvorstand, die vorgelegte Initiative in den zuständigen Bundesfachausschüssen der CDU detailliert beraten zu lassen und eine abschließende Beschlußfassung vorzunehmen.“
- Ablehnung von Antrag M 64
- Überweisung von Antrag M 65 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag M 66 in der Fassung der Antragskommission
- Annahme von Antrag M 67
- Annahme von Antrag M 68
- Annahme von Antrag M 69
- Erledigung von Antrag M 71 durch die Beschlußfassung zum Kapitel II. des Leitantrages „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“
- Annahme von Antrag M 72
- Überweisung von Antrag M 73 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag M 74 in der Fassung der Antragskommission

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 36. Bundesparteitages.

Anhang II

Beschlüsse

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

Der 36. Bundesparteitag bekräftigt die im Grundsatzprogramm der CDU vom 25. 10. 1978 beschlossenen Prinzipien für eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes:

“Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.

Der Mensch ist zur freien Entfaltung im Zusammenleben mit anderen geschaffen. Seine Freiheit beruht auf einer Wirklichkeit, welche die menschliche Welt überschreitet. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden.

Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt. Er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen.

Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit geben unserer Politik die Orientierung und sind Maßstäbe unseres politischen Handelns.

Entsprechend den sich wandelnden Herausforderungen stehen wir immer von neuem vor der Aufgabe, das Verhältnis der Grundwerte zueinander so zu gestalten, daß sie zusammen ihre Wirkung entfalten. Denn die Grundwerte erfordern und begrenzen sich gegenseitig. Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. Ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten, ist Kern der politischen Auseinandersetzung.

Sittlichen Zielen verpflichtet und vernünftiger Überprüfung zugänglich, entfaltet wertorientierte Politik die Fähigkeit zum notwendigen Ausgleich der Interessen und die Kraft zur ständigen Erneuerung. So sichert sie dem Menschen die Voraussetzung zur freien und verantwortlichen Entfaltung seiner Person.“

Mit den Stuttgarter und Essener Leitsätzen und mit dem Zukunftsmanifest hat die CDU in den zurückliegenden Jahren das Bild einer fortschrittlichen und menschlichen Gesellschaft von morgen entworfen. Die Bundesrepublik Deutschland steht in einem wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel, dessen Bewältigung und Gestaltung über eine Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordert. Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes entwickelt die CDU als führende Regierungspartei programmatische Perspektiven für eine menschliche Gesellschaft, die Würde und Leben des Menschen schützt, den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in den Dienst des Menschen stellt und die jedem Bürger Freiheit, Vielfalt der Chancen und Geborgenheit sichert.

I. Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden

„Wir bekennen uns zur Würde des Menschen. Würde und Leben des Menschen – auch des ungeborenen – sind unantastbar. Die Würde des Menschen bleibt unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil des anderen. Wir achten jeden Menschen als eine einmalige und unverfügbare Person.“ (Grundsatzprogramm)

1. Das menschliche Leben hat den höchsten Anspruch auf Schutz und Achtung seiner Würde. Ungeborenes und geborenes menschliches Leben sind gleichwertig. Menschliches Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle.

Über menschliches Leben darf niemand verfügen – nicht am Lebensanfang und auch nicht am Lebensende. Jedes menschliche Leben hat einen grundrechtlichen Anspruch auf Achtung seiner Existenz und Würde sowie auf den Schutz des Staates. Zudem brauchen geborene und ungeborene Kinder, kranke, behinderte und sterbende Menschen besonderen Schutz und besondere Unterstützung, weil sie besonders hilfsbedürftig, wehrlos und abhängig sind.

Die modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Möglichkeiten fordern heute unsere Verantwortung für die Achtung menschlicher Würde neu heraus, insbesondere am Lebensbeginn und am Lebensende. Das christliche Verständnis vom Menschen verpflichtet uns, Forschung, Medizin und Technik zu nutzen und zu fördern, wo sie dem Leben dienen. Es gebietet aber, ihnen dort Grenzen zu setzen, wo das Gebot der Unverfügbarkeit des Lebens es erfordert. Der Mensch wird sich selbst zur Bedrohung, wo die von ihm geschaffene Technik nicht mehr dem Leben, seiner unantastbaren Würde und seiner Entfaltung dient.

Besonderer Schutz am Lebensanfang

2. Die Medizin ermöglicht heute oft auch Ehepaaren, die bislang keine Kinder bekommen konnten, die Erfüllung ihres Wunsches nach einem eigenen Kind. Der Wunsch nach einem Kind rechtfertigt aber nicht jeden medizinischen Eingriff bei Zeugung oder Schwangerschaft. Die Entstehung menschlichen Lebens darf durch die Möglichkeiten der modernen Fortpflanzungsmedizin nicht von der gegenseitigen Liebe und Verantwortung der Eltern getrennt werden. Zur Familie gehören die leibliche und soziale Zusammengehörigkeit und Verbundenheit. Der Zusammenhang von genetischer Abstammung und familiärer Bindung muß grundsätzlich gewahrt und geschützt werden. Entscheidungen sind an der Würde des Menschen, an der Achtung vor dem Leben, dem Schutz von Ehe und Familie und am Wohl des Kindes auszurichten.

3. Besteht eine Unfruchtbarkeit unter Ehepartnern, die anderweitig nicht zu beheben ist, so ist eine künstliche Befruchtung durch Übertragung des Samens wie auch – sofern notwendig – eine Übertragung des außerhalb des Mutterleibes erzeugten Embryos als Heilverfahren ethisch und rechtlich vertretbar, wenn Keimzellen der Ehepartner verwendet werden. Auch ein so gezeugtes Kind ist Ausdruck und Folge einer unmittelbaren personalen Zuwendung der Ehepartner zueinander.

Embryonen dürfen nur zur Überwindung einer individuellen Unfruchtbarkeit und nur in der Anzahl erzeugt werden, wie zur Herbeiführung einer Schwangerschaft durch einzeitige Übertragung erforderlich ist. Verfahren, die der Wahl des Geschlechtes des Kindes dienen, sind auszuschließen. Die Lagerung und Verwendung männlichen Samens über den Tod des Spenders hinaus ist zu verbieten.

4. Jede extrakorporale Befruchtung mit Übertragung eines Embryos darf nur in hierfür zugelassenen medizinischen Einrichtungen vorgenommen werden, welche die zur ordnungsgemäßen Durchführung erforderlichen fachlichen, personellen und technischen Anforderungen erfüllen.

5. Untersuchungen und Eingriffe am Embryo können, sofern sie heilenden Charakter haben, anderen Therapieformen gleichgestellt werden. Es ist jedoch zu verbieten, daß menschliche Embryonen zu Forschungszwecken erzeugt oder verwendet werden. Menschen dürfen nicht Gegenstand von Experimenten oder Geschäften sein. Deshalb darf eine kommerzielle Verwertung – auch toter – menschlicher Embryonen nicht gestattet werden.

Die derzeitige Fassung des § 219 d StGB nimmt menschliche Embryonen bis zur Einnistung in die Gebärmutter von jeglichem strafrechtlichen Lebensschutz aus. Diese Regelung ist angesichts neuer medizinischer Erkenntnisse nicht mehr haltbar und bedarf der Änderung.

6. Die Verwendung von Keimzellen Dritter zur Überwindung der Unfruchtbarkeit eines oder beider Ehepartner ist auszuschließen; Embryonenspenden sind zu verbieten. Derartige Verfahren führen zu einer Aufspaltung von biologischer und sozialer Herkunft. Die Anwendung der Verfahren der Fortpflanzungsmedizin auf nichteheliche Lebensgemeinschaften oder auf Alleinstehende ist abzulehnen.

Durch derartige Verfahren gerät die Ausschließlichkeit der Bindung in Ehe und Familie in Gefahr und einer beliebigen Ausgestaltung der Eigenschaften des Kindes nach dem Wunsch der Eltern wird der Weg geöffnet. Das Wohl des Kindes ist damit nicht mehr gewährleistet. Die Einmaligkeit des Bezuges zwischen Mutter, Vater und Kind darf nicht durch technische Verfahren preisgegeben werden.

7. Über ein Verbot der nicht therapeutisch begründeten Konservierung und Lagerung menschlicher Keimzellen und Embryonen muß sowohl die Möglichkeit einer eugenischen Selektion wie auch das Entstehen von Generationensprüngen verhindert werden. Alle Verfahren, die geeignet sind, menschliches Leben zur Handelsware zu degradieren oder zum Zuchtobjekt zu machen, sind nachdrücklich abzulehnen und entsprechende Handlungen sind strafrechtlich zu ahnden.

8. Ebenso sind alle Formen der Fremdmutterschaft abzulehnen. Diese gefährden das Wohl des Kindes, weil sie die durch die Schwangerschaft entstandenen Bindungen zwischen Mutter und Kind mißachten. Der Gesetzgeber soll die entgeltliche Vermittlung einer Fremdmutter sowie entsprechende Werbung wegen der besonders menschenverachtenden Geschäftemacherei mit dem Wunsch nach Kindern unter Strafandrohung stellen.

9. Rechtliche Regelungen sind auch für die Fälle zu schaffen, in denen Methoden der Fortpflanzungsmedizin im Ausland angewendet wurden, die in der Bundesrepublik Deutschland zu Rechtsfolgen führen, die dem Schutz von Ehe und Familie sowie dem Kindeswohl widersprechen. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gilt es, auf einheitliche Regelungen hinzuwirken, die diesen Grundsätzen entsprechen.

Wir schützen das ungeborene Kind

10. Die CDU tritt für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Kindes ein. Unser oberstes Ziel ist, das ungeborene Kind besser zu schützen und alles zu tun, damit die hohe Zahl der Abtreibungen zurückgeht. An diesem Ziel muß sich auch die Frage ausrichten, ob das Strafrecht geändert werden soll. Wir wollen keine Verschärfung des Strafrechts, sondern wir wollen, daß im öffentlichen Bewußtsein wieder fest verankert wird, daß von der Vereinigung der Eizelle mit der Samenzelle an menschliches Leben sich nicht erst langsam entwickelt, sondern von Anfang an voll vorhanden und – wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat – ein Schwangerschaftsabbruch somit Tötung menschlichen Lebens ist.

11. Auch unsere Rechtsordnung schützt das Leben und die Würde des ungeborenen Kindes; sie stellt den Abbruch einer Schwangerschaft grundsätzlich unter Strafe. Der im § 218 a StGB festgelegte Verzicht des Staates auf Strafe in gesetzlich klar umrissenen Fällen bedeutet keine Billigung der Abtreibung. Der Gesetzgeber respektiert mit dieser Bestimmung, daß es Situationen der Ausweglosigkeit gibt, in denen der Abbruch einer Schwangerschaft nicht bestraft werden soll. Sich der Not dieser Frauen helfend zuzuwenden, ist dringende Aufgabe einer Politik aus christlicher Verantwortung. Mit dem Erziehungsgeld, dem Erziehungsurlaub und der Stiftung „Mutter und Kind“ wurden wichtige Schritte zur Hilfe für diese Frauen unternommen. Keine Frau soll allein deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine soziale Notlage geraten und deshalb in Erwägung ziehen, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen.

Diese Hilfen müssen ausgebaut werden und über materielle Leistungen hinausgehen. Alle Bürger tragen Mitverantwortung für das Lebensrecht ungeborener Kinder; Solidarität ist vor allem auch dort gefordert, wo Mütter und Väter mit schweren seelischen Belastungen fertig werden müssen. Dazu gehört auch die gesellschaftliche Anerkennung alleinerziehender Mütter und Väter.

12. Unerträglich und bedrückend ist die Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland, die zu den reichsten Ländern der Welt zählt, die überwiegende Zahl aller statistisch erfaßten Abbrüche mit dem Vorliegen einer schwerwiegenden Notlage begründet wird. Es gibt die begründete Annahme, daß diese hohe Zahl auf Verstößen gegen das Gesetz beruht. Die Ausnahmebestimmung des § 218 a StGB darf nicht durch Mißbrauch zur Regel werden. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist die Notlagenindikation als Unterfall der medizinischen Indikation anzusehen. Das Bundesverfassungsgericht setzt ausdrücklich das Vorliegen einer Notlage voraus, die so schwer wiegt, daß sie mit der medizinischen Indikation „kongruent“ ist.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß Mißbrauch bekämpft und das geltende Recht entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes angewandt wird. Notwendig ist vor allem eine durchgreifende Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung: Uns

allen muß bewußt sein, daß das ungeborene Kind Mensch von Beginn an ist und unter dem Schutz unserer Rechtsordnung steht. Diese Einsicht muß Müttern und Vätern, Ärzten und Beratern sowie allen Bürgern gleichermaßen nahegebracht werden. Das ungeborene Kind genießt auch grundsätzlich Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die CDU eine breit angelegte öffentliche Überzeugungsarbeit zum Schutz des ungeborenen Kindes, die in ihrem Umfang anderen Aufklärungskampagnen gleichzustellen ist. Bund und Länder sollen dafür ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stellen. Was die einzelne Frau tragen kann und was sie sich zuzumuten bereit ist – vor allem dann, wenn sich ihr Partner seiner Verantwortung entzieht – hängt auch von der Einstellung der Gesellschaft zum ungeborenen Kind und zum Leben mit Kindern ab. Besonders Väter tragen hier gegenüber den Frauen und ihren ungeborenen Kindern ein hohes Maß an Verantwortung, der sie sich nicht entziehen dürfen.

Wir wollen erreichen, daß das Ja zum Kind wieder allgemein selbstverständlich wird. Jeder einzelne muß dazu beitragen, daß Eltern und ihre Kinder ausreichende Chancen und Perspektiven in unserer Gesellschaft finden. Die CDU ist aufgefordert, Eltern und Kinder in bedrängter Lebenslage zu unterstützen. Die Aktion „Kleine Hände“ der Frauen-Union ist ein erstes erfolgreiches Modell. Elternhaus, Schule und Kirchen sind aufgefordert, eine wertorientierte Erziehung zu verantworteter Sexualität und Partnerschaft zu leisten, um bessere Voraussetzungen für das Gelingen von Ehe und Elternschaft zu schaffen. Auch die Medien, vor allem das Fernsehen, tragen in diesem Bereich ein hohes Maß an Verantwortung, das Wissen um die vorgeburtliche Entwicklung zu vertiefen und das Bewußtsein für das volle Lebensrecht des ungeborenen Kindes zu stärken.

13. Die Beratung in einem Schwangerschaftskonflikt muß zum Ziel haben, das Leben des ungeborenen Kindes zu erhalten sowie umfassend über alle möglichen Hilfen zu informieren. Sie erfordert Kompetenz, Lebenserfahrung und menschliche Zuwendung. Die CDU anerkennt die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen, die in besonderem Maß Verantwortung für das Leben tragen.

Anerkannte Beratungsstellen müssen einen Rechtsanspruch auf ausreichende öffentliche Förderung haben. Sie dürfen aber nur dann staatliche Anerkennung und finanzielle Förderung erhalten, wenn sie – gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes – zugunsten des Lebens beraten. Die Voraussetzungen für die Anerkennung und Förderung von Beratungsstellen sind laufend zu überprüfen. Beratungsstellen, die ihrem Auftrag zuwiderhandeln, ist die Anerkennung zu entziehen.

Beratungsstellen sollen die Schwangere konkret bei der Erlangung gesetzlicher Hilfen unterstützen. In die Beratungstätigkeit soll auch, wenn die Schwangere dies wünscht, der Vater des Kindes einbezogen werden sowie das soziale Umfeld, z.B. Eltern oder Arbeitgeber.

Die Tätigkeit der Beratungsstellen muß zeitlich ausgedehnt werden. Vor allem nach Austragen einer Konfliktschwangerschaft sowie bei Alleinerziehenden soll eine begleitende Beratung auch nach der Geburt angeboten werden. Beratung ist auch nach dem Abbruch einer Schwangerschaft anzubieten.

Beratungsstellen sollen auch Fragen der verantwortungsbewußten Elternschaft und der Familienplanung behandeln und auf Lösungen hinwirken.

Die Tätigkeit als Berater/in setzt eine besondere und nachprüfbare Sachkunde auf der Grundlage von Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung voraus, da die Schwangere auch über die möglichen psychischen Folgen eines Abbruchs informiert werden sollte. Eine regelmäßige Fortbildung der Mitarbeiter der Beratungsstellen – auch der Ärzte – ist sicherzustellen. Darüber hinaus soll ratsuchenden Frauen die Möglichkeit vermittelt werden, durch Initiativen, die sich für den Schutz des ungeborenen Kindes engagieren, zusätzliche ideelle und finanzielle Hilfen zu erhalten.

14. Es gibt eine große Zahl von Ehepaaren, die ein Kind adoptieren möchten. Daher sollte alles getan werden, was zu einer Entbürokratisierung des Adoptionsverfahrens beitragen kann. Beratungsstellen sollen umfassend über die Möglichkeiten einer Freigabe zur Adoption informieren. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen sollen sie konkrete Hilfe bei der Einleitung von Adoptionsverfahren bieten. Die im öffentlichen Bewußtsein feststellbare Diskriminierung von Frauen, die sich zur Freigabe ihres Kindes zur Adoption entschließen, muß abgebaut werden.

15. Die Ausnahmeregelung des § 218 a StGB darf nicht mißbraucht werden. Deshalb muß vor einer möglichen Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch eine umfassende Information und Beratung erfolgen. Die Feststellung einer schwerwiegenden Notlage muß eingehend schriftlich begründet werden. Angesichts der Tragweite der zu fällenden Entscheidung müssen Beratung, Indikationsstellung und Abbruch räumlich und personell getrennt erfolgen. Ärzte, die eine Indikation für einen Abbruch stellen, müssen durch entsprechende Vor- und Weiterbildung dazu besonders befähigt sein. Ärztliche Honorarforderungen im Zusammenhang mit einem indizierten Schwangerschaftsabbruch dürfen nur dann erfüllt werden, wenn der Arzt unter Wahrung der Anonymität seiner gesetzlichen Meldepflicht an das Statistische Bundesamt nachgekommen ist.

Verantwortlicher Umgang mit menschlichem Erbgut

16. Der technisch-wissenschaftliche Fortschritt hat uns von Krankheit, Hunger und den Mühsalen physischer Arbeit in hohem Maße befreit. Vor allem die Gentechnologie hat sich zu einer wichtigen Zukunftstechnologie entwickelt. Ihre Anwendung am Menschen ermöglicht die Erforschung und Bekämpfung von Erbkrankheiten und bislang nicht behandelbaren Krankheitsursachen; therapeutisch verwendbare Stoffe können endlich in ausreichenden und preisgünstigen Mengen hergestellt werden. Eine Weiterentwicklung dieser Möglichkeiten durch Wissenschaft und Technik ist zur humaneren Gestaltung unserer Lebensverhältnisse unverzichtbar.

Mit den Möglichkeiten, Leben zu fördern und Krankheiten zu heilen, wachsen aber auch die Gefahren, Leben zu schädigen und zu zerstören. Nicht alle Entdeckungen und Entwicklungen sind risikofrei für Mensch und Natur. Der Mensch darf nicht alles, was er kann; auch die Forschungsfreiheit ist nicht schrankenlos. Die CDU tritt dafür ein, daß in Forschung und Technik drei ethische Grundforderungen eingehalten werden: Wahrung der Menschenwürde, Verantwortung für die Schöpfung und

Verantwortung für künftige Generationen. Wenn der Erkenntnisdrang des Forschers mit diesen Grundsätzen in Konflikt zu geraten droht, muß der Staat schützend eingreifen. Um Chancen und Risiken frühzeitig abschätzen zu können, brauchen wir einen verstärkten Dialog zwischen Wissenschaft, Ethik und Politik.

17. Mit Hilfe der Gendiagnostik (Genomanalyse) ist es möglich, vertiefte Erkenntnisse über den Aufbau und die Funktion von Erbinformationen zu erlangen und dadurch Fehlentwicklungen und Krankheitsdispositionen frühzeitig und genau feststellen sowie therapeutische Maßnahmen rechtzeitig einleiten zu können. Im Rahmen der vorgeburtlichen Diagnostik muß diese Methode – eine eingehende ärztliche Beratung der Eltern vorausgesetzt – auf begründete Fälle beschränkt bleiben; sie darf nicht zu einer eugenischen Selektion mißbraucht werden oder zu einer neuen, äußerst problematischen Einstellung gegenüber behinderten Menschen führen. Obligatorische gendiagnostische Reihenuntersuchungen (Screening), z.B. von Neugeborenen, sind abzulehnen; soweit sie aber zur Frühdiagnose und vorbeugenden Behandlung von schweren, früh ausbrechenden Krankheiten notwendig sind, sind sie zu fördern.

Der Schutz der Persönlichkeitsrechte des Menschen verbietet die beliebige Erhebung eines umfassenden Persönlichkeits- und Gesundheitsprofils mit Hilfe der Genomanalyse. Bei der Einstellungsuntersuchung und bei Untersuchungen in bestehenden Arbeitsverhältnissen verbietet der Schutz des Persönlichkeitsrechtes des Arbeitnehmers die Erhebung eines umfassenden Persönlichkeits- oder Gesundheitsprofils. Die Genomanalyse darf deshalb nur angewendet werden, wenn sie – auch zum Schutz des Arbeitnehmers – auf arbeitsplatz- und arbeitsstoffspezifische Krankheiten beschränkt wird. Sie bedarf der besonders zu sichernden Zustimmung des Arbeitnehmers. Routinemäßige Reihenuntersuchungen sind gesetzlich zu untersagen.

Das Fragerecht des Arbeitgebers über das Ergebnis einer bereits früher durchgeführten Genomanalyse ist auf arbeitsplatz- und arbeitsstoffspezifische Krankheiten beschränkt.

Genetische Tests, die Auskunft über die zukünftigen Gesundheitsaussichten und die Lebenserwartung eines Versicherungsnehmers geben, dürfen nicht zur Voraussetzung eines Vertragsabschlusses gemacht werden.

Wir wenden uns entschieden gegen eine genetische Zurschaustellung des Menschen; deshalb fordern wir einen strengen Schutz der mit Hilfe der Gendiagnostik erhobenen höchstpersönlichen Daten.

18. Mit Methoden der Gentherapie lassen sich genetisch bedingte Krankheiten heilen oder verhindern. Somatische Gentherapie ist ethisch ähnlich zu beurteilen wie die Organtransplantation, sofern der Patient nicht als bloßes Versuchsobjekt dient.

Gentechnische Eingriffe in menschliche Keimbahnzellen (Gentransfer) – auch mit therapeutischer Absicht – manipulieren menschliches Erbgut und verletzen damit zutiefst die Menschenwürde. Die Auswirkungen derartiger Methoden würden in die Individualitätsrechte auch künftiger Generationen eingreifen. Gentechnische Eingriffe in menschliche Keimbahnen sind deshalb in jedem Fall durch strenge strafrechtliche Sanktionen zu verbieten.

Ebenso sind alle Verfahren zu verbieten, die dem Menschen die Individualität nehmen (Klonen) oder ihn zum Objekt züchterischer Verfahren (z. B. Chimären) machen.

19. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, sich weltweit dafür einzusetzen, daß für gentechnologische Verfahren international einheitliche und eindeutige einzelstaatliche Verfahrensregelungen und Sanktionen geschaffen werden.

Für ein menschenwürdiges Sterben

20. Aus christlichem Verständnis kommt dem Menschen nicht das Recht zu, über Leben und Tod zu verfügen. Wo der Tod unabwendbar geworden ist, muß aber die Entscheidung des Kranken respektiert werden, auf lebensverlängernde Maßnahmen zu verzichten. Der Arzt muß zwar alles tun, was er kann, um einen Menschen zu heilen oder Leiden zu lindern; er muß aber nicht alles tun, was er kann, um den durch einen Krankheitsprozeß unaufhaltbar gewordenen Tod unter Anwendung aller Möglichkeiten der apparativen Intensivmedizin hinauszuzögern.

21. Der Sterbende bedarf der menschlichen Zuwendung, die durch keine technische Apparatur ersetzt werden kann. Es sollte deshalb möglich sein, den Tod in gewohnter Umgebung und im Kreis nahestehender Menschen zu erwarten. Ambulante, besonders ausgebildete Pflegekräfte können dabei wertvolle Hilfe leisten. Klinische Einrichtungen haben nicht nur die Aufgabe der optimalen medizinisch-technischen Versorgung. Sie müssen personale Hilfen und räumliche Möglichkeiten anbieten, die dem Bedürfnis des Sterbenden nach umfassendem Beistand entsprechen. Angehörige müssen auch in Kliniken die Möglichkeit haben, ihren sterbenden Verwandten nahe zu sein. Gleiches gilt für Alten- und Pflegeheime. Entsprechende Erfahrungen des Auslandes, insbesondere der USA, sollten in diesem Bereich ausgewertet und mit einbezogen werden.

22. Im Rahmen der Schmerztherapie bei Sterbenden kann es auch zulässig sein, Medikamente einzusetzen, die als ungewollte, aber nicht vermeidbare Nebenwirkungen das Sterben beschleunigen. Schmerzlinderung hat in diesem Fall Vorrang vor der Verlängerung des Lebens. Die Möglichkeiten der modernen Medizin rechtfertigen nicht ihren Einsatz um jeden Preis.

23. Die Tötung eines Menschen ist auch dann strafbares Unrecht, wenn sie auf Verlangen eines Schwerkranken oder Sterbenden erfolgt. Eine Beihilfe zum Selbstmord ist mit der Würde des Menschen unvereinbar. Die aktive Sterbehilfe ist ethisch unerlaubt und muß auch künftig unter Strafe gestellt bleiben.

24. Organspenden können Leiden lindern und Leben retten. Organentnahmen bedürfen als körperlicher Eingriff zuvor der Einwilligung der Spenderin bzw. des Spenders. Fehlt die Einwilligung eines Verstorbenen, muß die Zustimmung der Angehörigen eingeholt werden. Nur wenn diese – trotz intensiven Bemühens – unbekannt oder unerreichbar sind, erübrigt sich das Einholen einer Einwilligung, es sei denn, der Verstorbene hat durch letztwillige Verfügung eine Verpflanzung seiner Organe ausgeschlossen. In jedem Fall der Spende eines lebensnotwendigen Organs (z. B. Herz oder Leber) muß vor der Organentnahme feststehen, daß der Tod des Spenders eingetreten ist. Ein Sterben in Würde muß auch bei dem gewährleistet sein, der aufgrund biologischer Gegebenheiten keine Überlebenschancen mehr hat. Den Verstorbenen gegenüber ist Ehrfurcht zu wahren.

II. Soziale Marktwirtschaft sichert Zukunft und Solidarität

„Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit. Sie ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fordern eine Ordnung der Wirtschaft, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten.

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und muß zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen.

Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik werden in dem Maße erfolgreich sein, wie sie persönlichen Antrieb und Gemeinsinn fruchtbar machen können.“ (Grundsatzprogramm)

25. Die Soziale Marktwirtschaft schafft die ordnungs- und gesellschaftspolitischen Bedingungen, unter denen der einzelne sein Leben verantwortlich verwirklichen kann und gleichzeitig verpflichtet bleibt, sich dem Nächsten zuzuwenden und Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen zu nehmen.

Ebenso wie die soziale Ausrichtung unserer Marktwirtschaft sie zur erfolgreichsten Wirtschaftsform der Welt gemacht hat, so wird auch eine integrierte ökologische Orientierung zukünftig zu ihrem Erfolg beitragen. Dies gilt sowohl für die zukünftige Konkurrenzfähigkeit umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren, als auch für die langfristige Kostenbelastung einer Volkswirtschaft. Unsere christliche Verantwortung für die Umwelt als Teil der Schöpfung erfordert zudem, daß für die Wirtschaft Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Umweltschutzbemühungen von Unternehmen fördern und ein Teil der Produktivitätsfortschritte der Erhaltung der Natur zugute kommt.

Mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU-geführte Bundesregierung eine erfolgreiche Politik für wirtschaftliches Wachstum, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Preisstabilität und Zunahme der Beschäftigung eingeleitet. Durch die investitions- und wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung wurden die dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit gestoppt und bis 1988 rund 750 000 zusätzliche Arbeitsplätze, vor allem in Klein- und Mittelbetrieben, geschaffen. Damit haben die kleinen und mittleren Unternehmen aus Handel, Handwerk und Industrie sowie die Freien Berufe ihre Leistungsstärke, ihre Flexibilität und ihre Innovationskraft unter Beweis gestellt. Wie Mittelstandspolitik mittelfristig Gesellschaftspolitik ist, so ist sie kurzfristig Beschäftigungspolitik. Der Mittelstand kann seiner Rolle als Motor der Wirtschaft in Zukunft nur dann gerecht werden, wenn für viele die Chance besteht bzw. geschaffen wird, selbständige Existenzen zu gründen.

Auch bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen haben sich die gemeinsamen Anstrengungen von Bundesregierung, Wirtschaft und Verwaltungen gelohnt. Erstmals seit vielen Jahren war 1987 die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze größer als die der Bewerber.

Das neugeschaffene wirtschaftliche Fundament zu festigen und zu verbreitern, die Volkswirtschaft weiter zu modernisieren, wirtschaftliche Dynamik freizusetzen und die Arbeitslosigkeit abzubauen bleiben auch in Zukunft vorrangige Ziele. Zu dieser Politik gibt es keine vernünftige und wirksame Alternative. Sie muß fortgesetzt werden, denn über zwei Millionen Arbeitslose sind eine bedrückende Realität und für Politik und Gesellschaft eine große Herausforderung.

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland sichern

26. In keinem anderen großen Industrieland hängen so viele Arbeitsplätze von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ab wie in der Bundesrepublik Deutschland. Bei uns ist es jeder dritte Arbeitsplatz, in Japan nur jeder fünfte und in den USA weniger als jeder zehnte.

Unser Land ist arm an Rohstoffen, aber reich an Erfindungskraft, Leistungsbereitschaft und beruflichen Fähigkeiten seiner Bürger. Unsere wirtschaftlichen Chancen liegen daher im Export hochwertiger Produkte und Dienstleistungen. Spitzenleistungen in der Forschung und bei der Herstellung und Nutzung moderner Technologien werden immer wichtiger für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Raumfahrt und Weltraumnutzung sind ein Markt der Zukunft. Der Rang hochentwickelter Industrienationen bemißt sich weltweit immer stärker nach ihrer Fähigkeit zur wirtschaftlich-technischen Erneuerung und Entwicklung der Geisteswissenschaften, nach der Fähigkeit soziale Probleme zu lösen sowie nach der Vielfalt und Lebendigkeit ihres kulturellen Lebens.

27. Neue Arbeitsplätze können nur entstehen, wenn die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland international wettbewerbsfähig ist. Das gilt vor allem für die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes 1992. Im Wettbewerb stehen nicht nur Produkte und Unternehmen, sondern auch Standorte. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und deren Produkte sind die Unternehmer selbst verantwortlich. Für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bundesrepublik Deutschland tragen die Politik und die Tarifpartner eine zentrale Verantwortung. Der Standort Bundesrepublik Deutschland hat nach wie vor große Vorteile. Dazu zählen hohe Geldwertstabilität, niedrige Zinsen, der freie Kapitalverkehr, die leistungsfähige Infrastruktur, die liberale Handelstradition, der Wille zum sozialen Konsens aber auch qualifizierte Arbeitnehmer, ein international als vorbildlich geltendes Berufsbildungssystem, eine hohe Forschungsintensität und der gute Ruf der Unternehmen für Qualität, pünktliche Lieferung und Service.

Diese positiven Faktoren reichen allerdings nicht aus, um auch in Zukunft die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bundesrepublik Deutschland zu sichern. Die Unternehmensbesteuerung, die Höhe der Arbeitskosten einschließlich

der Lohnzusatzkosten, die Dauer und Flexibilität der Arbeitszeit, die Umwelt- und Energiekosten und die Deregulierung, d. h. die Verstärkung des Wettbewerbs und die Entbürokratisierung sind für Investitions- und Standortentscheidungen ausschlaggebend. Zur Sicherung der Zukunft des Investitionsstandortes Bundesrepublik Deutschland wird daher in der nächsten Legislaturperiode eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung durchgeführt, die die internationalen Gegebenheiten berücksichtigt und zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen entscheidend beiträgt. Ziel der Reform der Unternehmensbesteuerung muß es sein, die Wachstumskräfte zu stärken, neue Investitionen zu ermöglichen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber hinaus werden wir – unter besonderer Berücksichtigung demographischer Veränderungen – die Lohnzusatzkosten begrenzen und eine konsequente Politik der Deregulierung betreiben.

28. Die hohe Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik muß gesichert werden. Das Lohnniveau, der Wohlstand sowie die materielle und soziale Sicherheit der Arbeitnehmer müssen erhalten bleiben. Wir brauchen wettbewerbsfähige Arbeitskosten und Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen, flexiblere Formen der Arbeitsorganisation und bessere Arbeitsmethoden, mehr Mut zu individuellen Lösungen, ein klares Ja zu neuen Technologien sowie flexiblere rechtliche und soziale Rahmenbedingungen. Das eröffnet neue Chancen für arbeitsplatzschaffende Investitionen. Wir verwechseln dies nicht mit dem Abbau sozialer Schutzrechte.

Das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit ist zu lockern. Besonders private Initiativen, die nicht gewerbsmäßig arbeiten und Lehrstellen oder Arbeitsplätze vermitteln, sind zuzulassen.

29. Für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist neben anderen Kosten wie den Kapitalkosten, der Steuer- und Abgabenlast, den Bürokratiekosten auch die Entwicklung der Arbeitskosten einschließlich der Lohnzusatzkosten von entscheidender Bedeutung. Wenn deren Zuwachs dem Produktivitätsfortschritt der Wirtschaft entspricht oder diesen in einer Übergangszeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit unterschreitet, können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Tarifpartner sind aufgefordert, diese Gesichtspunkte bei ihren Vereinbarungen zu berücksichtigen. Um die Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, fordern wir darüber hinaus die Tarifpartner auf, zusammen mit der Bundesregierung eine gemeinsame Perspektive zur Begrenzung der Lohnzusatzkosten zu entwickeln.

30. Die fortschreitende technologische Entwicklung, die Einführung von Mikroprozessoren und neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Umwelttechnologien bieten große Chancen für neue und zukunftssichere Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland, da die Anwendung der neuen Technologien die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf in- und ausländischen Märkten ausbaut und sichert.

Durch den technischen Fortschritt gehen in einzelnen Wirtschaftszweigen Arbeitsplätze verloren. Gleichzeitig aber entstehen in technologie-orientierten Bereichen und bei modernen Dienstleistungen neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Verhinderung von technischem Fortschritt mag heute noch einen Arbeitsplatz erhalten; morgen können dadurch zehn andere verloren gehen.

31. Damit die Bundesrepublik Deutschland als Wirtschaftsstandort erfolgreich im internationalen Zukunftswettbewerb bestehen und ihre Position ausbauen kann, brauchen wir ein kreatives Klima, damit Verfahrens- und Produktinnovationen auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten entwickelt und angeboten werden können. Ein positives Umfeld für Neuerer in der Forschung und in den Unternehmen wird auch durch eine Verbesserung des Technologietransfers und der engen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gewährleistet. Zukunftsorientierten Unternehmensneugründungen kommt im Bereich moderner Technik und Dienstleistungen aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Sicht eine hohe Priorität zu.

32. Nicht nur durch die Gestaltung wachstums- und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen kann der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft seiner Verantwortung zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes Rechnung tragen. Vor allem mit öffentlichen Infrastrukturinvestitionen nimmt der Staat unmittelbar Einfluß auf die Beschäftigungslage. Bund, Länder und Gemeinden sind aufgerufen, in gemeinsamer Verantwortung öffentlich Infrastrukturinvestitionen, deren Notwendigkeit unbestritten ist, zu beschleunigen, um die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zu verbessern. Dazu zählen insbesondere der weitere Aufbau moderner Kommunikationsnetze und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ebenso wie eine leistungsfähige Forschungs-, Technologie- und Umweltschutzinfrastruktur. Eine der sinnvollsten Zukunftsaufgaben stellt darüber hinaus die Sanierung unserer Städte und Dörfer dar. Effektive Arbeitsmarktpolitik, sozialer Fortschritt und Hebung der Lebensqualität verbinden sich in ihr.

Soziale Marktwirtschaft erfordert auch eine Differenzierung der Strukturpolitik für den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland. Regionale Strukturpolitik muß auf die Chancen gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Gebieten unseres Staates hinwirken.

33. Wirtschaftliches Wachstum erleichtert einen sozial- und umweltverträglichen Strukturwandel; der Strukturwandel wiederum ist Quelle für wirtschaftliches Wachstum. Der Staat kann mit guten gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zu einer Entfaltung der wirtschaftlichen Antriebskräfte und damit zu Wachstum beitragen. Er selbst kann Wachstum nicht beliebig produzieren. Wachstumspolitik des Staates ist in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik.

Motor des Wachstums können nur die Unternehmen und die in den Unternehmen arbeitenden Menschen sein. Sie sind es, die Risiken übernehmen, in Neuland vordringen, im Wettbewerb mit neuen Produkten und Dienstleistungen erfolgreich sind und sich gegenüber ihren Konkurrenten behaupten müssen. Neue Investitionen

und die Modernisierung der Arbeits- und Produktionsprozesse müssen gefördert werden. Die Arbeitnehmer und Betriebsräte sollen bei der Entscheidung über Einsatz und Verwendung neuer Techniken im Sinne der sozialen Partnerschaft beteiligt sein. Der Staat legt mit seiner Wachstumspolitik die Bedingungen fest unter denen Unternehmen ihre Leistungskraft entfalten können. Wachstum trägt auch dazu bei, das soziale Sicherungssystem zu erhalten und die öffentlichen Aufgaben und Investitionen zu finanzieren.

34. Bei der Förderung des notwendigen Strukturwandels und des Wirtschaftswachstums kommt der regionalen Strukturpolitik eine besondere Bedeutung zu. Die Aufgabe der regionalen Strukturpolitik ist es, den durch geschichtliche Entwicklung oder geographische Lage benachteiligten und den vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen bei der Überwindung ihrer Probleme zu helfen. Den wirtschaftlich schwachen Regionen müssen durch die Strukturpolitik des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft Entwicklungschancen gegeben werden; ihre Aufgabe und Verantwortung ist es, diese Chancen zu nutzen.

Einen zentralen Rang in der Strukturpolitik hat weiterhin die Ausstattung der wirtschaftsschwächeren und ballungsfernen Gebiete mit erstklassiger Infrastruktur. Die neuen Kommunikationstechniken müssen dazu genutzt werden, die wirtschaftlichen Distanzen zwischen den Ballungszentren und den ländlichen Räumen zu verkleinern. Hierzu gehört eine flächenfreundliche Gestaltung der Tarife.

Für die strukturelle Entwicklung haben die Aufwendungen des Bundes für die Forschungsförderung und die Rolle des Bundes als Auftraggeber für die Wirtschaft ein erhebliches Gewicht. Die gegenwärtige Verteilung der Forschungsmittel und der Bundesaufträge liefert nicht nur keinen Beitrag zur Überwindung regionaler Ungleichgewichte, sondern verschärft sie. Es sind daher unverzüglich energische Maßnahmen, die eine bessere Verteilung der Zuschüsse und Aufträge des Bundes sichern, zu ergreifen.

35. Zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit brauchen wir gerade in der heutigen Situation stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für das Funktionieren der internationalen Handels- und Finanzbeziehungen. Dazu gehören internationale Vereinbarungen, die Protektionismus abbauen und verhindern und zu einer Reduzierung von Handelshemmnissen beitragen. Eine Verbesserung der Zusammenarbeit im internationalen Rahmen muß das Vertrauen in die Stabilität der Finanzmärkte und der Währungsbeziehungen festigen und sichern. Eine intensive Koordination der internationalen Wirtschaftsbeziehungen leistet einen entscheidenden Beitrag zur Planungssicherheit von Unternehmen und damit auch zur Sicherung und zur Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen.

Solidarität mit den Arbeitslosen

36. Die Arbeit gehört nach christlichem Verständnis zum Menschen und umfaßt Arbeit in all ihren Erscheinungsformen, körperliche und geistige Arbeit, handwerkliche, landwirtschaftliche und industrielle Arbeit, Dienstleistung und Kulturschaffen.

Arbeit wird nicht nur im Erwerbsleben, sondern in großem Umfang auch in der Familie und vielen Formen ehrenamtlichen Engagements geleistet. Dennoch empfinden Arbeitslose das Fehlen einer Erwerbsarbeit als besonders bedrückend. Neben der schwierigen materiellen Situation wird besonders die fehlende Anerkennung durch die Gesellschaft und der Verlust eines wichtigen Aspektes der persönlichen Sinnfindung schmerzhaft erfahren.

Gerechtigkeit und Humanität im Arbeitsleben erfordern, am Ziel der Vollbeschäftigung festzuhalten. Das entspricht auch der wirtschaftlichen Vernunft. Christliche Demokraten finden sich mit der Arbeitslosigkeit nicht ab.

37. Die Arbeitslosigkeit kann nicht auf eine einheitliche, alles erklärende Ursache zurückgeführt werden. Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit sind so differenziert, daß sie keinesfalls mit der monatlich publizierten Zahl der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt und beschrieben werden können.

Hinter dieser Zahl verbirgt sich u. a. die Arbeitslosigkeit Jugendlicher, die nach Abschluß ihrer Berufsausbildung einen Arbeitsplatz suchen und in der Regel kaum drei Monate arbeitslos sind. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. In diesen Zahlen ist auch enthalten die Arbeitslosigkeit von An- und Ungelernten, von Behinderten, von falsch- und nichtqualifizierten Arbeitnehmern und von älteren Arbeitnehmern, die vor allem von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Schließlich umfaßt diese Zahl auch die Arbeitslosigkeit von Arbeitnehmern, die einen qualifizierten Teilzeitarbeitsplatz suchen, aber aufgrund eines unzureichenden Angebots von Teilzeitarbeitsplätzen und des unterentwickelten Teilzeitarbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Hinter dieser Zahl verbirgt sich auch Arbeitslosigkeit von qualifizierten, gesundheitlich nicht beeinträchtigten Arbeitsuchenden, die relativ schnell wieder einen neuen Arbeitsplatz finden.

Die Zahl von über 2 Millionen Arbeitslosen zeigt auch nicht die großen regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit auf, sie bezieht Krisengebiete mit hoher Arbeitslosigkeit ebenso ein wie Gebiete, in denen heute bereits Facharbeiter- und Lehrlingsmangel herrscht. In den durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen kommen die erheblichen Veränderungen durch Zu- und Abgänge – jeweils rund 3,5 Millionen im Jahr – nicht zum Ausdruck. Globale Arbeitslosenzahlen sagen auch nichts über die individuelle soziale Situation von Arbeitslosen aus. Das Bemühen um weitere Differenzierung muß dem verbesserten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dienen, nicht dagegen der Ausgrenzung von Arbeitslosen.

38. Wir brauchen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Zusammenarbeit und nicht Klassenkampf. Unterschiedliche Ursachen der Arbeitslosigkeit und die unterschiedliche Situation einzelner Gruppen machen differenzierte Ansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich. Gefordert ist die Solidarität aller: derjenigen, die über Kapital und Produktionsmittel verfügen, wie auch aller, die bereits Arbeit haben. Die Tarifpartner müssen der differenzierten Arbeitslosigkeit in den Tarifverhandlungen Rechnung tragen. Ohne Opfer und Kompromisse kann die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder die Chance hat, einen Arbeitsplatz zu finden. Das gilt für Menschen, die über hohe Qualifikationen und technische Kenntnisse verfügen. Das muß aber auch für Menschen gelten, die keine solche Fähigkeiten und Fertigkeiten vorweisen können, wie z. B. körperlich und psychisch Behinderte. Frauen und Männern, die aufgrund familiärer Verpflichtungen keiner Vollerwerbstätigkeit nachgehen können, müssen wir ebenfalls die Chance auf Erwerbsarbeit geben. Wir dürfen uns auch nicht nur gedanklich darauf einstellen, daß ein Teil der Menschen auf Dauer von einer Erwerbsarbeit ausgeschlossen bleibt.

Lang andauernde Arbeitslosigkeit verändert die Persönlichkeit des Betroffenen und bedeutet zugleich eine Dequalifizierung, weil wichtige Fähigkeiten und Fertigkeiten verloren gehen. Sie kann durch die besten Qualifizierungsmaßnahmen nicht wettgemacht werden. Es ist deshalb besser, ihnen Arbeit zu schaffen als ihre Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Die Bundesanstalt für Arbeit, Bund, Länder, Gemeinden und freie Träger werden aufgefordert, ihre Arbeitsmarktmaßnahmen zu verstärken.

Die Tarifpartner sind gefordert: Solidarität durch mehr Wahlmöglichkeiten, Flexibilisierung, Differenzierung

39. „Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung und kann durch keine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung aufgewogen werden. Das Freiheitsrecht auf Arbeit verpflichtet die Verantwortlichen, Tarifpartner, Staat und jeden einzelnen, alle Möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft zur Erreichung und Sicherung der Vollbeschäftigung zu nutzen.“ (Grundsatzprogramm)

Aber in einer Sozialen Marktwirtschaft kann der Staat nur das versprechen, was in seiner Macht steht. Tarifautonomie und staatliche Beschäftigungsgarantie schließen sich gegenseitig aus. Eine zentrale arbeitsmarktpolitische Verantwortung liegt bei den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden.

Die Bundesrepublik Deutschland wird die Herausforderungen der 90er Jahre nur bestehen, wenn der soziale Konsens in der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleibt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist dieser Konsens besonders wichtig. Die Tarifparteien, Gewerkschaften und Arbeitgeber, sind aufgefordert, sich ihrer Verantwortung gegenüber den Interessen aller Bürger bewußt zu sein. Dies gilt auch und gerade für die gemeinsame Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels. Dabei muß sich das Hauptaugenmerk in Zukunft darauf richten, das große Flexibilisierungspotential der modernen Mikroelektronik und der Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer neuen und humanen Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine zu nutzen.

40. „Wir sind für freie Gewerkschaften und freie unternehmerische Tätigkeit. Arbeitnehmer und Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Wirtschaft und der Festigung der Demokratie.“

Wir treten für die Tarifautonomie ein, weil sie ein wesentliches Ordnungselement der Sozialen Marktwirtschaft ist. Die Tarifparteien tragen Mitverantwortung für das Gemeinwohl, vor allem eine besondere Verantwortung für die Sicherung der Notwendigkeiten der Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft und damit unseres Staates. Wir bejahen die Koalitionsfreiheit, weil sie eine Bedingung der sozialen Partnerschaft ist. Die Idee der Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.“ (Grundsatzprogramm)

Die Tarifparteien dürfen die Tarifautonomie nicht darauf reduzieren, immer bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen nur für Arbeitsplatzbesitzende zu erreichen. Die Tarifverhandlungen sollten auf beiden Seiten von einer neuen Solidarität bestimmt sein, die Arbeitslose mit einbezieht. Eine Tarifautonomie, die auf Dauer nur den Arbeitsplatzbesitzenden nützt, verfehlt ihre Verantwortung.

41. Mehr Teilzeitarbeit schafft Platz für Neueinstellungen. Der Arbeitsmarkt wird unnötig belastet, wenn Menschen, die bereit wären, ganz oder teilweise für eine begrenzte Zeit aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, dies aus sozialen oder rechtlichen Gründen nicht können, ohne ungerechtfertigte Nachteile in Kauf zu nehmen. Teilzeitarbeit kann Brücken zwischen Arbeitnehmerwünschen und unternehmerischen Erfordernissen bauen und so einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten. Deshalb müssen Manteltarifverträge in Zukunft mehr Möglichkeiten der Teilzeitarbeit vorsehen. Ein allmähliches Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ist einer abrupten Beendigung der Erwerbstätigkeit vorzuziehen. Wir brauchen mehr gleitende Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand. Teilzeitarbeit kommt dabei eine erhebliche Bedeutung zu. In erster Linie sind hier die Tarifparteien gefordert. Die Bundesregierung sollte entsprechende tarifvertragliche Vereinbarungen gesetzlich flankieren.

42. Bundesregierung und Tarifparteien müssen weiterhin bestehende gesetzliche und tarifvertragliche Behinderungen von Teilzeitarbeit, Beurlaubungen und Teilbeurlaubungen beseitigen und gemeinsam Empfehlungen zur Anwendung flexibler Arbeitszeitstrukturen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft erarbeiten. Dauerhafte und durch Fachkräftemangel bedingte Überstunden sollen auf das notwendige Maß reduziert werden. Unnötige Überstunden sind verweigerte Solidarität mit den Arbeitslosen. Die Tarifpartner, Arbeitgeber, Betriebsräte und Beschäftigte, trifft dabei eine besondere Verantwortung. Der Kampf gegen Schwarzarbeit muß weiter verstärkt werden. Die CDU fordert wirksame gesetzliche und administrative Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, z.B. durch die Einführung eines Sozialversicherungsausweises.

43. Die Tarifparteien können einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten, wenn sie in den Tarifverträgen flexibler auf die Besonderheiten der einzelnen Branchen, Regionen sowie der unterschiedlichen Qualifikationen eingehen. So kann der Anreiz zu arbeitsplatzschaffenden Investitionen und Neueinstellungen vergrößert werden. Dies gilt vor allem für neue Arbeitsplätze in Problemregionen und die Einstellung von Arbeitslosen aus Problemgruppen.

44. Krisenbranchen dürfen nicht – vor allem als Folge staatlicher Subventionen – zu den Spitzenreitern in der Lohnskala zählen, weil Subventionen Strukturanpassungen und die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen in anderen Bereichen verhindern. Die Chancen vorhandener und neuer Betriebe in Problemregionen steigen, wenn sich die Tarifpartner auf eine Tarifpolitik verständigen können, die der besonderen Situation der Regionen Rechnung trägt.

45. Zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine stärkere Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Unsere auf privatem Eigentum an Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsordnung wird gefestigt, wenn alle Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligt sind.

Voraussetzung hierfür ist eine investive Lohnpolitik. Sie ist wachstums- und beschäftigungsorientiert, stärkt die Kapitalausstattung und Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft und erhöht damit die Möglichkeit für die Schaffung neuer bzw. die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Das mit der Modernisierung der Wirtschaft neue gebildete Produktivvermögen wird dann zu einem Teil auch Eigentum der Arbeitnehmer. Die beiden von der Bundesregierung initiierten Vermögensbeteiligungsgesetze haben die Rahmenbedingungen für eine tarifliche Beteiligungspolitik verbessert. Diese Bedingungen müssen dahingehend ausgebaut werden, daß möglichst alle Arbeitnehmer in entsprechende Kollektivverträge einbezogen werden können.

46. In Tarifverhandlungen müssen die Interessen von Frauen und Familien besser berücksichtigt werden. Die Erwerbstätigkeit der Frau wird weiter an Bedeutung gewinnen, zumal sich der Ausbildungsstand der jungen Frauen in den letzten Jahren sprunghaft verbessert hat. Auch diese Entwicklung verlangt eine erhöhte Flexibilität der Arbeitsverhältnisse. Deshalb fordert die CDU flexiblere Arbeitszeiten, damit Frauen und künftig auch Männern die Chance der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht wird. Um diese Ziele zu erreichen, verlangen sie nach rechtlich und tariflich gleichberechtigten und qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Arbeitgeber, Arbeitskollegen, Gewerkschaften und Politiker werden aufgefordert, die Eltern bei diesem Lebensentwurf zu unterstützen, damit Frauen und Männer sich für Beruf und Kinder entscheiden können.

47. Frauen und Männer dürfen im Erwerbsleben nicht deshalb benachteiligt werden, weil sie Familienaufgaben übernommen haben. Es ist daher notwendig, Müttern oder Vätern eine qualifikationsgerechte Wiedereingliederung in den Beruf zu ermöglichen. Während der Erziehungszeit von Kindern darf der Kontakt zum Beruf nicht abbrechen. Die CDU spricht sich deshalb dafür aus, daß alle Möglichkeiten genutzt werden, um Frauen und Männern die Wiederaufnahme ihrer Berufstätigkeit zu ermöglichen und sie in diesem Wunsch zu unterstützen. Bestehende Programme zur Qualifizierung von Frauen und speziell zur Erschließung neuer Berufsfelder müssen ausgebaut und den künftigen Anforderungen angepaßt werden. Nach einer Phase der Familientätigkeit sollte auch eine berufliche Qualifikation ermöglicht werden, wenn keine berufliche Ausbildung vorliegt. Elektronische Medien müssen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung bieten. Privatwirtschaftlich organisierte Wiedereintrittschancen sollen mehr bekannt gemacht und genutzt werden.

Arbeitszeitverkürzungen als Übergangslösung

48. In einer Situation hoher Arbeitslosigkeit können Arbeitszeitverkürzungen in bestimmten Bereichen Beschäftigungschancen von Arbeitssuchenden verbessern. Arbeitszeitverkürzungen sind jedoch nur dann ein Instrument der Solidarität zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen, wenn dies der jährliche Produktivitätszuwachs erlaubt, statt Lohnerhöhungen eine Arbeitszeitverkürzung erfolgt oder eine Kombination von beidem vorgenommen wird. Damit würden die Tarifpartner in Zukunft einen Einkommensbegriff zugrundelegen, der Barlohn, Freizeit und auch Vermögensbildung umfassen kann.

49. Obligatorische, nicht individuell vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen müssen aber mit Blick auf die demographische Entwicklung ein flexibles Instrument sein. Heute frei oder tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen sollten reversibel und ihre Ausgestaltung in Zukunft differenziert möglich sein.

Die Arbeitsmarktkommission unter Vorsitz von Dr. Norbert Blüm wird aufgefordert, Vorschläge vorzulegen, um den gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen.

Schwerpunkt dieser Vorschläge sollen sein:

- früheres Ausscheiden,
- Teilzeitarbeit und
- längere Lebensarbeitszeit.

50. Arbeitszeitverkürzung verteuert die Güterproduktion auch ohne Lohnausgleich, wenn sie dazu führt, daß Maschinen und Anlagen nicht mehr so intensiv wie bisher genutzt werden können. Die Maschinenlaufzeiten müssen von den immer kürzer werdenden Arbeitszeiten abgekoppelt werden, denn die Maschinen müssen ausgenutzt werden, nicht die arbeitenden Menschen. Dabei ist der Sonntag grundsätzlich arbeitsfrei zu halten.

Chancen zur Weiterbildung und Umschulung

51. Die Entwicklung der modernen Technologien hat zur Folge, daß Investitionen oft nur gelingen können, wenn gleichzeitig die Mitarbeiter in den Betrieben entsprechend qualifiziert werden. Der technische Fortschritt führt dazu, daß qualifizierte Arbeitsplätze sicherer werden und daß zusätzliche entstehen. Gleichzeitig hat der Strukturwandel zur Folge, daß vor allem nicht ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte freigesetzt werden. Wir stehen vor der Notwendigkeit eines beschleunigten Strukturwandels auch als Folge verzögerter Entwicklungen während der 70er Jahre. Eine gute praktische und theoretische Qualifikation unserer Arbeitskräfte ist angesichts der hohen Arbeitskosten die sicherste Gewähr für Beschäftigung und hohen Lebensstandard. Die notwendige Grundlage dafür schafft eine Schule, die verstärkt Allgemeinbildung, Leistungsbereitschaft und Orientierung vermittelt.

Der Qualifikationswandel findet heute während des Erwerbslebens einer Generation statt, so daß in vielen Fällen Berufsausbildung und Ausbildungsstand nicht mehr den Erfordernissen des technologischen Wandels entsprechen.

Ein entscheidendes Hindernis für einen schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit ist deshalb häufig auch ein Mangel an Qualifikation, wie die Struktur der Arbeitslosigkeit zeigt. Die Rückkehr der Arbeitslosen in die Beschäftigung muß aber Vorrang vor allen anderen Zielen haben. Es ist ökonomisch falsch und sozialpolitisch unerträglich, erforderliche Qualifikationen nicht oder am falschen Platz zu haben und dafür Dauerarbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen. Es bedarf daher in Zukunft auch einer besseren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung mit den Erfordernissen unseres Arbeitsmarktes.

Berufliche Weiterbildung ist eine wichtige Aufgabe auch der Wirtschaft. Die Investitionen in die berufliche Weiterbildung sind wichtige Zukunftsinvestitionen für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die vom Einzelnen und von der Wirtschaft verstärkt wahrgenommen werden müssen.

52. Mit der Qualifizierungsoffensive hat die CDU-geführte Bundesregierung wichtige Schritte unternommen, die Chancen Arbeitsuchender durch verbesserte Qualifikation zu erhöhen. Die breitangelegten Qualifizierungsprogramme der CDU-geführten Länder, durch die Arbeitslose für Tätigkeiten in zukunftsträchtigen Dienstleistungsbereichen ausgebildet werden, müssen bundesweit ausgebaut werden. Dabei ist insbesondere an Bereiche wie Dienstleistungen im Umweltschutz, in den Kommunikationstechniken, Design, Werbung, Finanzdienstleistungen und ähnliches zu denken.

53. Die Anstrengungen der Regierungen bei der Weiterbildung müssen verstärkt durch entsprechende Angebote der Betriebe und öffentlichen Verwaltungen ergänzt werden. Weiterbildung und Umschulung müssen als Aufgabe begriffen werden, die vor allem mit zunehmendem Alter an Bedeutung gewinnt. Sie sind der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Die Qualifizierungszeit muß als ein fester Bestandteil der Arbeitszeit begriffen werden. Die Tarifpartner müssen dies in Tarifverträgen berücksichtigen.

54. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind in Zukunft in der Regel so zu gestalten, daß mit der angebotenen Beschäftigung eine zielgerichtete Fort- und Weiterbildung in Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmen und sonstigen Arbeitgebern einhergeht.

Langzeitarbeitslose brauchen besondere Hilfen

55. Die Unternehmen sollten die zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen bestehenden Gesetze und Regelungen verstärkt nutzen und Langzeitarbeitslose bevorzugt einstellen. Voraussetzung ist, daß diese die notwendigen Qualifikationen besitzen bzw. in ein betriebliches Qualifikationsprogramm zu integrieren sind, das die Einstellung auf einen Dauerarbeitsplatz sichert. Finanzielle Anreize, etwa in Form von Zuschüssen zur beruflichen Einarbeitung schwervermittelbarer Arbeitsloser, können diese Politik unterstützen.

56. Für die von Dauerarbeitslosigkeit besonders Betroffenen müssen in zeitlich befristeten Programmen neue Beschäftigungsfelder erschlossen und gezielt Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die Eingliederung in den normalen Arbeitsprozeß zum Ziel haben.

Bei all diesen Arbeiten ist jedoch darauf zu achten, daß das Tätigwerden der öffentlichen Hand nicht bereits tätige Unternehmen verdrängt und so Arbeitsplätze an anderer Stelle vernichtet.

57. Die Überwindung quantitativer und qualitativer Arbeitsmarktprobleme erfordert zudem Anstrengungen des einzelnen Arbeitslosen: Er darf sich zumutbarer Arbeit nicht verweigern und muß – wo erforderlich – die ihm gebotenen Möglichkeiten zur beruflichen Ausbildung, Fortbildung, Umschulung oder beruflichen Rehabilitation nutzen.

58. Mit einem verfeinerten Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes setzen wir unsere aktive Arbeitsmarktpolitik fort. Bei den Programmen der Bundesanstalt für Arbeit sollen in Zukunft insbesondere folgende Bereiche beachtet werden: Lohnkostenzuschüsse zur Eingliederung der älteren Arbeitnehmer, Förderungsmöglichkeiten für arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildungsabschluß, arbeitsmarktpolitische Hilfen bei Gründung einer selbständigen Existenz. Arbeitslose, bei denen die Fähigkeit zur regelmäßigen Arbeit verlorengegangen ist, brauchen eine sozialtherapeutische Begleitung. Dabei sind im Sinne der Subsidiarität die Selbsthilfeansätze und die Angebote von Wohlfahrts- und Sozialverbänden systematisch zu fördern und in ein Gesamtkonzept einzubeziehen.

Unsere Verantwortung in der Welt

Christlich-demokratische Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik

I. Die Bundesrepublik Deutschland vor den Herausforderungen der 90er Jahre

1. Die Welt wächst zusammen im Bewußtsein der Menschen und in der Politik der Staaten. Probleme der Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens, der Wirtschaft und des Handels, des Umweltschutzes, der Energieversorgung und Ressourcenschonung, der Unterentwicklung, der Menschenrechtsverletzungen, des Terrorismus lassen sich zunehmend nur durch eine weltweite engere Zusammenarbeit lösen. Die internationale Politik ist in Bewegung geraten: Neue industrielle Zentren und regional bedeutsame Mächte entstehen, die Länder der Dritten Welt fordern ihren angemessenen Platz in der Welt, regionale Krisen und Kriege haben weltweite Auswirkungen; der Ost-West-Konflikt verliert gegenüber diesen Entwicklungen seine alles beherrschende Bedeutung, bleibt aber für den europäischen Kontinent politisch bestimmend. Das freie Europa muß sich auf seine eigene Kraft und politische Verantwortung besinnen und gemeinsame Antworten auf diese Herausforderungen finden.

2. Der politische Bewegungsspielraum der Europäer in West und Ost – und damit auch der Deutschen – ist durch die verbesserten Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten größer geworden. Die CDU will durch ihre Deutschlandpolitik die Kontakte zwischen den Menschen verbessern und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen, weil dadurch den Menschen geholfen wird und dies der Wahrung der Einheit der Nation dient und damit der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Einheit der Deutschen. In einem freien und geeinten Europa die nationale und staatliche Einheit zu wahren und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden – das bleibt unser nationaler und europäischer Auftrag.

3. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können auf Dauer keine Inseln der Freiheit, des Wohlstands und des Friedens bleiben, wenn in anderen Teilen der Erde Unterdrückung, Armut und politische Instabilität herrschen. Die freien Länder des Westens würden die Menschen, die in Unfreiheit und Armut leben, tief enttäuschen, wenn sie nicht weltweit aktiv für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte eintreten würden.

Als Deutsche tragen wir aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung und Erhaltung der Menschenrechte. Für die CDU gelten die Menschenrechte weltweit und sind unteilbar. Unser Engagement für die Menschenrechte ist keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten, denn es beruht auf internationalen Verträgen und Deklarationen zu den Menschenrechten und dient einer aktiven Friedenspolitik.

Die CDU kämpft für eine Welt ohne Hunger, Not und Elend. Das Gebot der christlichen Nächstenliebe verlangt von uns Opfer, um das Überleben von Millionen Menschen sichern zu helfen. Bei einer immer noch stark wachsenden Weltbevölkerung verpflichtet uns unser Wohlstand, weltweit besonders den Menschen zu helfen, deren Überleben durch Hunger und Not gefährdet ist. Wir müssen anders leben, damit andere überleben können.

4. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu einem Staat mit großem internationalem Gewicht entwickelt, was weltpolitische Mitverantwortung zur Folge hat. Sie gehört zu den führenden Handels- und Industriestaaten der Erde und zu den Garanten einer stabilen Weltwirtschaftsordnung. Sie ist politisch, wirtschaftlich und militärisch ein bedeutsamer Faktor im westlichen Bündnis und ein politischer Motor der Europäischen Gemeinschaft.

Viele Staaten der Welt erwarten von der Bundesrepublik Deutschland eigene Beiträge zur Bewältigung gemeinsamer Probleme. Sie muß zusammen mit ihren westlichen Partnern Mitgestalter der internationalen Politik sein, damit ihre Ziele und Interessen berücksichtigt werden.

Das Bewußtsein für die gewachsene Bedeutung und Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik muß bei ihren Bürgern gestärkt werden.

5. Aus ihren globalen und europäischen Verflechtungen ergeben sich für die Bundesrepublik Deutschland als exportorientiertes und rohstoffarmes Land Chancen und Risiken. Deshalb ist eine Verstärkung der europäischen und der weltweiten Zusammenarbeit für die Bundesrepublik Deutschland besonders wichtig. Als Staat, der an der Nahtstelle zwischen West und Ost liegt und der auf eigene Atomwaffen verbindlich verzichtet hat, ist die Bundesrepublik Deutschland politisch und militärisch besonders bedroht und daher besonders auf den Schutz der USA und der anderen westlichen Bündnispartner angewiesen.

6. Die Bundesrepublik Deutschland gehört als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz zur Wertegemeinschaft der freien Staaten der westlichen Welt. Dieser klare Standort, der seit Konrad Adenauer die Außenpolitik der CDU bestimmt, führt zur Ablehnung jeder Spielart von Neutralismus im Ost-West-Konflikt. Die Bundesrepublik Deutschland steht nicht zwischen den weltpolitischen Lagern, sondern im Lager der Freiheit. Fundament unserer Sicherheit und Freiheit sind die Atlantische Allianz und die freundschaftlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen Partnern. Die Festigung der Freundschaft und Partnerschaft mit den USA bleibt eine vorrangige Aufgabe deutscher und europäischer Politik.

Die NATO ist unersetzlich, weil sie Europa vor Krieg und politischer Erpressung schützt. Die europäischen Mitgliedstaaten der NATO müssen innerhalb des Bündnisses ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht entsprechend mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Europa braucht Amerika. Amerika braucht Europa.

7. Für Christliche Demokraten ist Frieden mehr als das Schweigen der Waffen. Dauerhaften Frieden kann es nur in einer gerechten und freiheitlichen Lebensordnung geben, in der die Menschenrechte verwirklicht sind. Rüstungskontrolle und Abrüstung allein können daher den Frieden nicht garantieren. Entscheidend ist der hinter den Waffen stehende politische Wille. Solange es den Gegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit gibt, müssen die freien Staaten zur Verteidigung fähig und bereit sein. Sicherheit mit militärischen Mitteln und eine Politik des aktiven Dialogs, Verteidigungsbereitschaft und Verständigungsbereitschaft sind keine Gegensätze, sondern bedingen und ergänzen einander. Sie sind das Fundament christlich-demokratischer Entspannungspolitik.

Die CDU tritt dafür ein, den Prozeß von Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa und weltweit Schritt für Schritt fortzusetzen, damit militärisches Gleichgewicht und mehr politische Stabilität erreicht werden. Die CDU ist die Partei der Freiheit und der Sicherheit. Wir wollen Abrüstung, die die gegenseitige Sicherheit erhöht. Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Deshalb gehört Abrüstung zu den wichtigen Zielen unserer Außenpolitik.

8. Die Europäische Gemeinschaft muß zu einem neuen Zentrum internationaler Politik werden. Nur eine Gemeinschaft, die mit einer Stimme spricht, wird ihr ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht zur Wahrung ihrer eigenen Interessen und zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas in die internationale Politik einbringen können. Nur wenn sie zu einer Wirtschafts- und Technologiegemeinschaft und zu einem einheitlichen Binnenmarkt zusammenwächst, kann sie auf den Weltmärkten erfolgreich sein. Nur eine Europäische Gemeinschaft, die sich zu einer Sicherheitsunion zusammenschließt und im Atlantischen Bündnis verankert ist, kann auf Dauer Frieden und Freiheit in Europa bewahren. Die CDU sieht es seit Konrad Adenauer als ihre historische Aufgabe an, die Europäische Gemeinschaft zu einer Europäischen Union auszubauen.

9. Die Beziehungen zur Sowjetunion sind für die Bundesrepublik Deutschland von zentraler Bedeutung. Die sich in der Sowjetunion abzeichnenden politischen Veränderungen können Chancen eröffnen zu mehr Zusammenarbeit, Vertrauensbildung und Abbau von Spannungen zwischen West und Ost. Auch die Politik der guten Nachbarschaft mit den Völkern Mittel- und Osteuropas kann dadurch neue Impulse erhalten. Weder West noch Ost sind heute in der Lage, die Herausforderungen des Abbaus von Spannungen und der Kriegsverhinderung, aber auch zum Beispiel des Umweltschutzes, allein zu bewältigen. Wichtige Probleme werden nur gelöst, wenn zwischen den gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen Formen der Zusammenarbeit gefunden werden.

Dialog und Zusammenarbeit zwischen West und Ost dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Grenzen der Gemeinsamkeit gibt, die in der Unvereinbarkeit von Demokratie und Diktatur begründet sind. Deshalb treten wir auch im West-Ost-Dialog für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Erst, wenn ganz Europa ein Kontinent der Menschenrechte und der gewaltfreien Konfliktregelung, der Freizügigkeit und des freien Austausches von Meinungen und Informationen ist, ist der Frieden dauerhaft gesichert.

10. Stellung und Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt hängen nicht allein von ihrem politischen Gewicht und ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft ab, sondern auch von ihrer kulturellen Präsenz im Ausland sowie von der Bereitschaft zum internationalen kulturellen Austausch. Auswärtige Kulturpolitik soll ein wirklichkeitsnahes Bild vom Leben und Denken in unserem Lande vermitteln und das Verständnis für Deutschland und die Kenntnis der deutschen Sprache in der Welt fördern. Sie ist damit Sympathiewerbung für unser Volk und für unseren demokratischen Staat. Die CDU betrachtet deshalb den Kulturaustausch als einen Bereich der Außenpolitik, der den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gleichrangig ist. Eine Ausweitung der auswärtigen Kulturpolitik darf nicht an fehlenden materiellen Grundlagen scheitern.

II. In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden

Freiheit ist Bedingung der Einheit

11. „Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit war und ist das vordringlichste Ziel unserer Politik... Auf uns allein gestellt, würden wir nichts erreichen, mit dem Westen vereinigt, würden wir... unsere Freiheit behalten und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit im Lauf der Zeit verwirklichen.“ Diese Worte Konrad Adenauers umreißen unseren nationalen und europäischen Auftrag – in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland zu schaffen.

Deutschland besteht fort, und die Menschen in Deutschland gehören zusammen, obwohl das deutsche Volk heute gegen seinen Willen staatlich getrennt leben muß. Die Deutschen sind nicht bereit, sich mit dieser Trennung abzufinden. Kern der Deutschlandpolitik der CDU bleibt deshalb, „die nationale und staatliche Einheit zu wahren“ (Präambel des Grundgesetzes).

Die CDU hält fest an dem Ziel, eine stabile Friedensordnung in Europa zu schaffen, in der das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Einheit Deutschlands in Freiheit wiedererlangt.

Bei der Verfolgung dieses Zieles läßt sich die CDU von folgenden Grundsätzen leiten:

- Freiheit ist Bedingung der Einheit und nicht ihr Preis.
- Die Einheit kann nur auf gewaltfreiem Wege erreicht werden.

Wir brauchen für die Verwirklichung des Rechts unseres Volkes auf Selbstbestimmung das Verständnis und die Unterstützung unserer Nachbarn und Freunde, wofür im Rahmen einer aktiven Deutschlandpolitik stets geworben werden muß. Beides werden wir erreichen, wenn die Lösung der deutschen Frage in einen europäischen Rahmen eingebettet ist.

12. Solange die Einheit in Freiheit noch nicht erreicht ist, muß die deutsche Frage rechtlich und politisch offengehalten werden. Die CDU betrachtet es daher als wichtige Aufgabe der Deutschlandpolitik, das gesamtdeutsche Bewußtsein und den Willen zur nationalen Einheit zu stärken und alle Entwicklungen zu fördern, die der deutschen Einheit in Freiheit dienen. Die CDU hält an der einen deutschen Staatsangehörigkeit fest. Die DDR ist für uns kein Ausland.

Die deutsche Frage und ihr geschichtlicher Zusammenhang sowie ihre aktuelle Bedeutung müssen den jungen Menschen in allen Bereichen des Bildungswesens stärker nahegebracht werden. Es gilt, das Bewußtsein von Deutschland in allen seinen Teilen und seiner ganzen Geschichte gerade auch bei unserer Jugend wachzuhalten.

Die deutsche Kultur muß in ihrer ganzen Vielfalt im In- und Ausland bewußt gemacht und vermittelt werden. Dazu gehören insbesondere auch die Erhaltung, die Pflege und die Fortentwicklung des großen kulturellen Erbes aller Deutschen, die ihre angestammte Heimat verlassen mußten.

13. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die wichtigste Grundlage unserer Deutschlandpolitik. Weitere grundlegende Dokumente sind:

- der Deutschlandvertrag von 1954,
- der Moskauer und der Warschauer Vertrag von 1970,
- das Viermächte-Abkommen über Berlin von 1971,
- der Grundlagenvertrag von 1972,
- die Briefe zur deutschen Einheit,
- die Gemeinsame EntschlieÙung des Deutschen Bundestages von 1972 und
- die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973, 1975 und 1987.

Inhalt und Tragweite dieser Grundlagen sollen verstärkt bewußt gemacht werden, auch und gerade an den Schulen.

14. Unter den Bedingungen der andauernden Teilung Deutschlands ist die Politik des Dialogs, der praktischen Zusammenarbeit und der vertraglichen Abmachungen mit der DDR der geeignete Weg, um den Menschen, die dort leben, konkret zu helfen. Menschliche Erleichterungen, auch im Reiseverkehr, dienen zugleich dem Zusammenhalt der Deutschen.

Diese aktive Deutschlandpolitik stärkt das Bewußtsein der Deutschen, ein Volk zu sein und einer Nation anzugehören und fördert damit die Voraussetzungen zur Wiedergewinnung der deutschen Einheit. Die CDU wird auch in Zukunft eine aktive Deutschlandpolitik verfolgen, deren Fundament der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht und die Menschenrechte ist, um jede vernünftige Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands zu nutzen.

15. In besonderer Weise bedürfen jene Deutschen unserer Hilfe und Solidarität, die in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie im asiatischen Bereich der Sowjet-Union leben. Ihnen droht häufig – über die Verweigerung der allgemeinen Menschenrechte hinaus – auch der Verlust ihrer deutschen Identität, d. h. ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihres Brauchtums und ihrer lebendigen Verbindungen zum deutschen Volk. Die CDU setzt sich dafür ein, daß ihnen und allen nationalen Minderheiten und Volksgruppen die ihnen zustehenden Rechte gewährt werden.

Die CDU fordert deshalb unter anderem die Möglichkeit des Unterrichts in der Muttersprache, den ungehinderten Zugang zu deutschsprachiger Literatur, die Zulassung deutscher Vereine, den deutschsprachigen Gottesdienst sowie die Erhaltung historischer Stätten.

Die CDU fühlt sich jenen Deutschen besonders verbunden, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat in Mittel- und Ostdeutschland sowie im übrigen kommunistischen Machtbereich haben verlassen müssen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge haben sich um den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht. Das gleiche gilt für die Aussiedler, die Übersiedler und die politischen Häftlinge.

16. Solange der Gegensatz von Freiheit und Unfreiheit die Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands verhindert, ist es unsere Aufgabe, das heute Mögliche und Verantwortbare zu tun, um den Ost-West-Konflikt in Deutschland und Europa zu mildern und auf seine Überwindung hinzuwirken. An der festen Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur westlichen Wertegemeinschaft, die Grundlage für die Solidarität der Staaten des freien Westens ist, darf kein Zweifel aufkommen. Die CDU wird keine Politik betreiben, unterstützen oder tolerieren, die auf einen neutralistischen Sonderweg hinausläuft; Christliche Demokraten haben aus der Geschichte gelernt: Freiheit geht vor Einheit.

Es bleibt Ziel unserer Politik, unseren Beitrag dazu zu leisten, den Ost-West-Konflikt in einer dauerhaften Europäischen Friedensordnung zu überwinden. Die Grenzen der Staaten in ganz Europa müssen ihren die Menschen trennenden Charakter verlieren. Wir wollen, daß die Menschen zueinander kommen können. Grenzen zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist ein friedensfördernder Beitrag unserer Ost- und Deutschlandpolitik. Dafür wollen wir besonders die Chancen des KSZE-Prozesses nutzen.

Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in der Europäischen Gemeinschaft muß in Zukunft beim West-Ost-Dialog eine noch größere Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte aller Deutschen und aller Europäer wahrnehmen. So können wir unsere berechtigten nationalen Anliegen zu einer Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft machen, indem sie sich für alle Europäer in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einsetzt.

17. Bei aller Bereitschaft zum Dialog mit der DDR wissen wir, daß sie kein demokratisch legitimierter Staat ist. Die dort Herrschenden gründen ihr System, das die Menschenrechte verletzt und unterdrückt, auf eine totalitäre Ideologie; Ausdruck dafür sind Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Die CDU wird nicht nachlassen, die Menschenrechtsverletzungen im unfreien Teil Deutschlands zu verurteilen. Sie bekundet ihre Solidarität mit jenen, die sich für die Menschenrechte aller Deutschen einsetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in internationalen Organisationen, wie z. B. der UNO, dem Europarat etc., auf die Menschenrechtsverletzungen in der DDR hinzuweisen, um dies der internationalen Öffentlichkeit bewußt zu machen. Die CDU fordert die Aufhebung des Schießbefehls und die Beseitigung der Mauer sowie der anderen Grenzsperranlagen. Alle Deutschen sollen in Freiheit leben können. Wir fordern die Führung der DDR auf, den elementaren Erwartungen der Menschen nach Freiheit, Freizügigkeit und Rechtssicherheit zu entsprechen. Solange unseren mittel-deutschen Landsleuten aus politischen Gründen Gewalt und Unrecht angetan wird, erfüllen Einrichtungen wie die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter wichtige Aufgaben.

Die CDU erteilt allen denen eine klare Absage, die in irgendeiner Form eine Reglementierung des Zuzugs von Deutschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland befürworten oder fordern.

Den Zusammenhalt mit den Menschen in der DDR vertiefen

18. Ungeachtet der prinzipiellen Gegensätze mit der DDR sind die Interessen der Menschen im geteilten Deutschland für die CDU Ausgangspunkt und Maßstab der innerdeutschen Politik. Bis zur Überwindung der Teilung wollen wir deren Folgen für die Menschen lindern. Hierzu gehört auch eine aktive Politik für Berlin und die Zonenrandgebiete. Im Vordergrund unserer Bemühungen stehen die menschlichen Begegnungen. Wir wollen damit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen bewahren und stärken.

Je enger die wechselseitigen Verflechtungen zwischen West und Ost und je dichter die gegenseitigen Beziehungen sind, desto stärker ist die Berechenbarkeit der Politik des anderen. Die CDU will deshalb den politischen Dialog mit der DDR intensivieren und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen.

Dazu gehört der Dialog mit den Kirchen, aber auch mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen. Die DDR-Führung muß jedoch wissen, daß die Intensität und der Erfolg des innerdeutschen Dialogs auch davon abhängig sind, ob sie in ihrem Machtbereich Diskussion und Dialog zuläßt. Die CDU strebt trotz zu erwartender Schwierigkeiten und Rückschläge weitere Vereinbarungen mit der DDR an, die den Menschen zu gute kommen:

- Ausweitung des Reiseverkehrs, damit möglichst viele Menschen aus der DDR frei und ungehindert reisen können. Die Besuchs- und Ausreisep Praxis der DDR muß freizügiger werden sowie auf eine für alle durchschaubare und rechtlich einforder-

bare Grundlage gestellt werden. Wir setzen uns ein für die Liberalisierung der Westreisemöglichkeiten, die Aufhebung der Altersbegrenzung, die Abschaffung des Mindestumtausches, die Beseitigung der von der DDR verfügten Reise-, Einreise- und Kontaktverbote, die Aufhebung des Visumzwangs und der Beschränkung freier Bewegungsmöglichkeiten der Menschen zwischen beiden Staaten in Deutschland. Auch die Möglichkeiten von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, in die DDR zu reisen, müssen von überflüssigen Reglementierungen durch die DDR befreit werden. Da es bisher in der DDR an den erforderlichen Fremdenverkehrseinrichtungen mangelt, ist ihr schneller Ausbau erforderlich. Städte wie zum Beispiel Hamburg, Hannover und Kiel müssen in den grenznahen Verkehr einbezogen werden.

- Schaffung eines innerdeutschen Jugendwerkes, um die Beziehungen zwischen den Jugendlichen zu fördern. Dabei muß die bestehende Vielfalt der Beziehungen von Jugendorganisationen genutzt und ausgebaut werden. Außerdem befürworten wir den Austausch von Schülern und Lehrern, Volontären, Lehrlingen und Praktikanten sowie von Betriebs- und Personalräten, um die jeweilige Arbeitswelt besser kennenzulernen.
- Ausbau der innerdeutschen Städtepartnerschaften mit dem Ziel, daß immer mehr Menschen in den Partnerstädten einander besuchen. Diese Partnerschaften müssen in erster Linie von den Bürgern selbst gestaltet werden, zum Beispiel im Bereich des kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Lebens und des Sports.
- Innerdeutsche Initiative zur Erhaltung der vom Verfall bedrohten historischen Bausubstanz, da die von Krieg und Nachkriegszerstörung verschonten Baulichkeiten Kulturerbe des ganzen deutschen Volkes sind. Auch die Städtepartnerschaften sollten sich dieser Aufgaben annehmen.
- Ausweitung des innerdeutschen Sportverkehrs. Wir wollen vor allem eine Einbeziehung des Breitensports und sportliche Begegnungen auf kommunaler Ebene und im grenznahen Bereich. An den Sportbegegnungen sollen auch Zuschauer aus beiden Staaten in Deutschland teilnehmen können.
- Ausweitung innerdeutscher Hochschulpartnerschaften, die sich nicht auf die Funktionsträger beschränken, sondern den direkten Kontakt unter den Studenten und Professoren ermöglichen sollen. Zur Förderung dieses Austausches sollte eine gemeinsame Stiftung errichtet werden, die mit der Vergabe von Stipendien betraut werden könnte.
- Ungehinderter Zugang zu Büchern, Zeitschriften und Zeitungen in der DDR; Empfangsmöglichkeiten des DDR-Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, zum Beispiel im Rahmen von Kabelprojekten. Die CDU erwartet eine entsprechende Praxis auch für unsere Programme in der DDR.
- Ausbau bestehender und Entwicklung neuer Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zum Beispiel bei der gemeinsamen Führung von Betrieben.
- Ausbau des Flugverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unter voller Wahrung der Interessen von Berlin.
- Gemeinsame Bemühungen um den Schutz der natürlichen Umwelt auf der Grundlage des innerdeutschen Umweltschutzabkommens; darüber hinaus kommt zum Beispiel auch die Gründung eines ständigen Umweltforums oder die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Umwelttechnologien in Frage.

Berlin ist und hat eine nationale Aufgabe

19. Es bleibt eine wesentliche Aufgabe unserer Deutschlandpolitik, die Freiheit und Lebensfähigkeit Berlins zu bewahren und seine Anziehung und Austrahlungskraft zu fördern – in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Ganz Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Der Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland ist nur möglich, wenn Berlin in diese Zusammenarbeit voll einbezogen ist. Berlin bleibt Prüfstein der Spannungsbereitschaft.

20. Für Berlin ist der politische, wirtschaftliche und soziale Rückhalt in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa lebensnotwendig. Die volle Einbeziehung Berlins in alle Verträge der Europäischen Gemeinschaft ist unverzichtbar, denn das freie Berlin ist Teil des freien Europas.

Die Bindungen an den Bund und die Partnerschaft mit den Schutzmächten müssen aufrechterhalten und entwickelt, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Alliierten für Berlin und Deutschland als Ganzes müssen gewahrt werden. Auf der Grundlage dieser Bindungen kann Berlin den Standortvorteil nutzen, den die geographische Lage der Stadt zuweist: die Rolle als Brücke im politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Hier erwachsen Berlin neue Aufgaben. Die CDU unterstützt deshalb nachdrücklich auch den Ausbau beider Teile Berlins als internationale Konferenzstadt. Wir wollen, daß in Berlin KSZE-Nachfolgekonferenzen stattfinden. Die CDU unterstützt alle Bemühungen um eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen von und nach Berlin. Dazu gehören insbesondere die Öffnung der Flughäfen von Berlin (West) für den nationalen und internationalen Flugverkehr sowie der Ausbau der Eisenbahn nach modernen europäischen Standards.

21. Die Viermächte-Verantwortung gilt für ganz Berlin. Sie darf deshalb nicht in Frage gestellt werden. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächte-Abkommens bieten Möglichkeiten zu einer dynamischen Politik für Berlin. In diesem Rahmen begrüßt die CDU die Bemühungen des Berliner Senats, in Kontakten mit der anderen Seite die bestehenden Gegensätze in ihren Auswirkungen zu beschränken und das mögliche Maß an Gemeinsamkeiten zu erreichen.

III. Frieden in Freiheit bewahren, Sicherheit erhalten, Abrüstung fortsetzen

Das Atlantische Bündnis ist Fundament unserer Freiheit und Sicherheit

22. Das Atlantische Bündnis sichert Frieden und Freiheit. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit dem westlichen Bündnis nicht nur für eine Sicherheitsgemeinschaft zum Schutz vor Krieg und politischer Erpressung, sondern auch für eine politische Wertegemeinschaft entschieden, die auf den Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit basiert. Für die Bundesrepublik Deutschland kann es deshalb nur eine Sicherheitspartnerschaft mit den freien Staaten des westlichen Bündnisses geben. Die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Paktes sind nicht unsere Sicherheitspartner, sondern unsere Verhandlungspartner für mehr gegenseitige Sicherheit. Wir werden alle Chancen, die sich aus den sich abzeichnenden Veränderungen in der sowjetischen Politik ergeben, nutzen. Durch Fortschritte bei der Zusammenarbeit, der Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen West und Ost kann die politische Stabilität und Sicherheit in Europa erhöht werden.

Freundschaft und enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit den anderen westlichen Partnern sind für die Bundesrepublik Deutschland von entscheidender Bedeutung. Sie beruhen auf gemeinsamen geistigen Grundlagen und politischen Interessen. Die Festigung dieser Partnerschaft bleibt für die CDU vorrangige Aufgabe deutscher und europäischer Politik. Aber Freundschaft und Partnerschaft bedeuten nicht Identität der Interessen in jeder Einzelfrage. Auch bei unterschiedlichen Interessen muß der Geist der Partnerschaft vorherrschen.

23. Die Bundesrepublik Deutschland leistet einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung der gemeinsamen Sicherheit des Westens: Sie stellt mit die stärksten und modernsten konventionellen Streitkräfte des freien Europa. Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Bündnispflichten durch eine entsprechende personelle wie materielle Ausstattung der Bundeswehr für den Krisen- und Verteidigungsfall auch weiterhin erfüllen. Darüber hinaus gilt es, die Fähigkeit zur schnellen Verstärkung auszubauen, die Reserven besser zu nutzen und die moderne Technik vermehrt einzusetzen. Die CDU wird die hohe Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr auch in Zukunft sichern. Zum Schutz unserer Bevölkerung sowie zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft muß die zivile Verteidigung verbessert werden.

Wehrdienst ist Friedensdienst. Der Lohn für Verteidigungsbereitschaft und die Ableistung der Wehrpflicht ist die Garantie, in einem freien Staat und in einer freien Gesellschaft leben zu können. Deshalb gilt es, den Verteidigungswillen zu festigen. Der Auftrag der Bundeswehr zur Verteidigung und Sicherung von Frieden in Freiheit muß im Bewußtsein der Bürger lebendig gehalten und gestärkt werden. Dazu gehört auch die Schaffung einer „Bundessicherheitsakademie“ als Zentrum für Information, Diskussion und Forschung über sicherheitspolitische Fragen sowie der Ausbau der sicherheitspolitischen Forschung an deutschen Universitäten.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß mehr junge Deutsche freiwillig auch in den Armeen anderer Bündnispartner – und umgekehrt – wenigstens zeitweise ihren Wehrdienst ableisten können. Auf diese Weise erleben junge Menschen die Verteidigung der freiheitlichen Ordnung Europas als gemeinsame Aufgabe.

24. Das politische Konzept der NATO zur Friedenssicherung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost fußt seit dem Harmel-Bericht auf zwei Grundprinzipien: der Verhütung eines jeden Krieges – atomar wie konventionell – durch glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung sowie einer Politik des Dialogs, der Vertrauensbildung und der schrittweisen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Die Prinzipien des Harmel-Berichtes haben sich bewährt und bleiben Grundlage unserer Politik. Aber da die vor mehr als 20 Jahren im Harmel-Bericht geforderte Umgestaltung der europäischen Sicherheitslage begonnen hat, ist eine neue Bestandsaufnahme notwendig.

Die CDU schlägt deshalb vor, in der NATO eine „Atlantische Charta – NATO 2000“ zu erarbeiten, die die Grundsätze und Ziele für künftige außen-, sicherheits- und abrüstungspolitische Entscheidungen der Atlantischen Allianz festlegt. Die Bundesrepublik Deutschland muß dabei eine aktive und führende Rolle übernehmen.

Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den USA

25. Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den USA erfordert, daß Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernimmt. Deshalb muß das freie Europa seine wirtschaftliche Kraft in außen- und sicherheitspolitisches Gewicht umsetzen und den europäischen Pfeiler im Bündnis stärken. Je mehr Europa aus eigener Kraft tut, desto überzeugter werden sich die Vereinigten Staaten von Amerika in Europa engagieren. Nur so werden die Europäer im Bündnis ein gleichberechtigter Partner Amerikas sein und ihre Interessen besser vertreten.

Auch ein einiges Europa kann sich losgelöst von den USA politisch und militärisch gegenüber der östlichen Bedrohung nicht behaupten. Die amerikanische Nukleargarantie für Europa und die amerikanischen Truppen in Europa können durch europäische Garantien und Truppen nicht ersetzt werden. Deshalb muß die politische und strategische Einheit des Bündnisses auch künftig gesichert bleiben.

26. Die CDU sieht in der Westeuropäischen Union (WEU), in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und in der deutsch-französischen Zusammenarbeit wichtige Instrumente, um in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik besser zusammenzuarbeiten, damit das freie Europa ein gleichgewichtiger Pfeiler im Bündnis wird.

Die CDU will die Westeuropäische Union weiterentwickeln, um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in und für Europa auszubauen. Dazu gehört auch eine bessere Koordination, Kooperation und Aufgabenteilung auf dem Gebiet der Rüstung mit dem Ziel, die Verteidigungsausgaben des freien Europa wirksamer zu nutzen.

Die CDU tritt dafür ein, die Europäische Politische Zusammenarbeit als ein wichtiges Instrument außenpolitischer Interessenwahrung und europäischer Integration zu nutzen und fortzuentwickeln. Wir begrüßen die Ausdehnung der europäischen Zusammenarbeit auf die Außen- und Sicherheitspolitik, die mit der Reform der Römischen Verträge durch die Einheitliche Europäische Akte auf eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage gestellt wurde.

27. Ohne Frankreich wird die Stärkung des europäischen Pfeilers nicht gelingen. Deshalb will die CDU die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich weiter vertiefen. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gibt es heute eine weitgehende Gemeinsamkeit der Auffassungen und Interessen, die eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ermöglicht. Beide Länder haben erkannt, daß es eine Unterscheidung zwischen nationaler und europäischer Sicherheit nicht mehr geben kann und daß sie im Verteidigungsfall füreinander eintreten müssen.

Die schon bestehenden Konsultationen und Absprachen in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sind wichtige Schritte zu noch engerer Kooperation. Dabei sind Absprachen über die Einbeziehung des französischen Territoriums in die gemeinsame Verteidigungsplanung, gemeinsame Produktion von Verteidigungswaffen und gemeinsame Manöver, der deutsch-französische Truppenverband sowie der deutsch-französische Verteidigungsrat von wegweisender Bedeutung.

Eine engere militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich dient der Sicherheit in Europa. Deshalb ist eine bessere Zusammenarbeit in der Vorverteidigung notwendig. Beide Länder verstehen ihre Zusammen-

arbeit als Schrittmacherdienste für eine sich entwickelnde Europäische Sicherheitsunion, in der die Mitwirkung der anderen westeuropäischen Staaten, insbesondere Großbritanniens, unentbehrlich ist. Die Atomkräfte Frankreich und Großbritannien sollten ihre besondere Verantwortung für die Sicherheit Europas durch eine nuklearstrategische Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen mit dem Ziel, ihr nukleares Potential dann in diese gemeinsame Europäische Sicherheitsunion einzubringen.

28. Eine Europäische Sicherheitsunion ist nicht als Alternative zur NATO, sondern als ihr Bestandteil gedacht. Sie soll eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik garantieren. Langfristig muß die Europäische Sicherheitsunion über einen Europäischen Verteidigungsrat als politische Entscheidungsinstanz verfügen.

Durch Abrüstung zu weniger Waffen und zu mehr Sicherheit

29. Wir werden auf absehbare Zeit mit der nuklearen Grenzsituation leben müssen. Sie verpflichtet uns, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen könnte.

Aber auch bis dahin sind wir den Gefahren der nuklearen Selbstzerstörung der Menschheit nicht hilflos ausgeliefert. Wir können mit unserer Politik aktiver Friedenssicherung auch in Zukunft den Frieden bewahren, ohne unsere Freiheit zu verlieren.

Die CDU will Frieden schaffen mit weniger Waffen. Abrüstung gehört zu den wichtigen Zielen unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Bemühungen um Abrüstung sind ein wesentliches Element der auf Dialog und Zusammenarbeit gerichteten Politik des Bündnisses. Sie können die Beziehungen zwischen West und Ost festigen, indem sie in der Sicherheitspolitik zu kooperativen Lösungen führen und das gegenseitige Vertrauen erhöhen.

Die CDU will Sicherheit auf einem möglichst niedrigen und ausgewogenen Streitkräfteniveau gewährleisten. Das im Dezember 1987 zwischen der USA und der Sowjetunion unterzeichnete INF-Abkommen über die weltweite Beseitigung ihrer atomaren Mittelstreckenraketen ist ein wichtiger Schritt zu wirklicher Abrüstung. Deshalb ist es unabdingbar, die Chancen zu nutzen, durch Rüstungskontrolle und Abrüstung zu mehr Sicherheit in Europa zu gelangen.

30. Die CDU unterstützt die Bestrebungen des Bündnisses, ein abgestimmtes Sicherheits- und Abrüstungskonzept zu erstellen. Ein solches Konzept sollte ein wichtiger Teil der künftigen „Atlantischen Charta – NATO 2000“ sein. Es muß sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Gemeinsame Sicherheit und Geschlossenheit im Bündnis sind die Grundlage für erfolgversprechende Abrüstungsbemühungen mit dem Warschauer Pakt.
- Abrüstung muß unsere Sicherheit stärken. Abrüstungsverhandlungen haben keinen Selbstzweck, sondern müssen auf Vereinbarungen zielen, die das Risiko von militärischen Konflikten wesentlich mindern und einen echten Beitrag zur Kriegsverhütung und zur Herstellung von Stabilität leisten.
- Verteidigungsanstrengungen und Abrüstungsbemühungen müssen sich in dem Ziel der Kriegsverhütung ergänzen. Deshalb muß sichergestellt werden, daß das Bündnis nach der Durchführung von Abrüstungsvereinbarungen über die erforderlichen militärischen Mittel und Möglichkeiten verfügt, um vor Aggression abzuschrecken und das Gebiet der Mitgliedstaaten zu verteidigen. Einzelne Abrüstungsschritte müssen verlässlich überprüfbar sein und zuverlässigen Schutz vor Umgehung gewährleisten.

- Nuklearwaffen haben eine zweifache friedenssichernde Wirkung: Sie halten vom Krieg ab und haben der Anwendung kriegerischer Mittel in Zentraleuropa jeden Sinn genommen. Die europäische Nachkriegsgeschichte beweist, daß die nukleare Abschreckung ein zuverlässiges Mittel zur Kriegsverhütung ist. Deshalb ist eine Abschaffung aller Atomwaffen in Europa mit der Sicherheit des freien Europa unvereinbar.

31. Die Bündnisstrategie der Kriegsverhinderung durch Abschreckung muß glaubwürdig und durchsetzbar bleiben. Hierzu wird ein ausgewogenes Verhältnis nuklearer und konventioneller Streitkräfte erforderlich bleiben. Die CDU hält deshalb an der Strategie der flexiblen Antwort für das Bündnis fest, solange es zu diesem Konzept keine wirksame Alternative gibt.

Damit die Bündnisstrategie der flexiblen Antwort wirksam bleibt, müssen Mindestzahl, Reichweite und Zusammensetzung nuklearer Waffen der Allianz in und für Europa unter Berücksichtigung der Bedrohung und der Sicherheit des Bündnisses neu festgelegt werden. Diese Waffen müssen eine glaubwürdige Abschreckung sicherstellen, was ihre Modernisierung einschließt. Nukleare Waffen in Europa müssen auf das quantitativ wie qualitativ erforderliche Mindestmaß beschränkt werden. Ein auf Deutschland oder Europa begrenzter Krieg darf nicht möglich werden. Deshalb ist die Aufrechterhaltung der strategischen Einheit des Bündnisgebietes und des Abschreckungs- und Risikoverbundes zwischen den nordamerikanischen und den europäischen Verbündeten unverzichtbar.

32. Auf dieser Basis fordert die CDU weitere Schritte zu ausgewogener und überprüfbarer Abrüstung auf allen Ebenen:

- die Beseitigung der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes und die Herstellung konventioneller Stabilität in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural. Denn Kern des europäischen Sicherheitsproblems ist die Invasionsfähigkeit der Sowjetunion, die sich aus ihrer Offensivstrategie, der starken konventionellen Überlegenheit, der massiven Vornestationierung sowjetischer Streitkräfte und ihren geostrategischen Vorteilen ergibt. Deshalb ist die Beseitigung ihrer Invasionsfähigkeit und die Festlegung gemeinsamer Obergrenzen auf niedrigerem Niveau bei den konventionellen Waffensystemen und Truppenverbänden erforderlich. In diesem Zusammenhang müssen ferner die grundlegenden Fragen der militärischen Doktrin und Strategie erörtert werden, um durch praktische Maßnahmen zu erreichen, daß auch die Streitkräfte des Warschauer Pakts nur zur Defensive fähig sind;
- den baldmöglichen Abschluß eines Vertrages über das weltweite Verbot chemischer Waffen unter wirksamer internationaler Kontrolle. Damit werden über das bereits bestehende Verbot des Einsatzes auch Herstellung und Lagerung chemischer Waffen verboten; vorhandene Bestände müssen unter internationaler Überwachung vernichtet werden;
- deutliche und überprüfbare Verringerungen nuklearer Systeme mit einer Reichweite unter 500 km mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf niedrigerem Niveau. Verhandlungen darüber gehören zum Gesamtkonzept des Bündnisses. Sie dürfen nicht erst nach Abschluß der Verhandlungen über konventionelle und chemische Abrüstung aufgenommen werden;

- den 50prozentigen Abbau der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen, der die Bedrohung für Europa weiter mindert. Durch einen drastischen Abbau strategischer Systeme würde die Möglichkeit der Sowjetunion, den Abbau der Mittelstreckensysteme durch strategische Systeme zu unterlaufen, verringert werden;
- eine Einigung der Sowjetunion und der USA über Notwendigkeit und Umfang strategischer Defensivsysteme im Zusammenhang mit dem angestrebten Abbau von strategischen Offensivsystemen;
- eine weltweite Begrenzung und Reduzierung der Anzahl und Sprengkraft von Atomtests als Zwischenschritt auf dem Weg zu einem verlässlich überprüfbaren nuklearen Teststoppabkommen;

Freiheit, Frieden und eine stabile Ordnung in Europa sind auf Dauer nur möglich, wenn über Abrüstung und Rüstungskontrolle hinaus Fortschritte bei der Minderung und Beseitigung der politischen Ursachen der Spannungen erreicht werden. Zu diesen Fortschritten gehören insbesondere der Schutz der Menschenrechte sowie die Überwindung der Teilung Europas, wozu sich eröffnende Chancen genutzt werden müssen.

IV. Europa ist unsere politische Zukunft

Die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union ausbauen

33. Die CDU will die Vereinigten Staaten von Europa. Auf dem Weg dorthin bleibt der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union die entscheidende Zukunftsaufgabe. Die Europäische Union muß eine Politische Union, eine Sicherheitsunion und eine Wirtschafts- und Währungsunion umfassen. Nur durch mehr Zusammenarbeit kann das freie Europa seine Zukunftsfähigkeit behaupten.

Christliche Demokraten haben mit der Europäischen Gemeinschaft ein Modell für eine dauerhafte europäische Friedensordnung in Freiheit geschaffen. Die Namen Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi sind untrennbar mit dem europäischen Einigungswerk verbunden. In dieser Tradition wird die CDU auch in Zukunft eine treibende Kraft für die europäische Einigung sein.

34. Die Europäische Gemeinschaft ist ein Signal für alle europäischen Völker. Sie steht allen freiheitlich-demokratischen Staaten in Europa, die die Grundlagen und Zielsetzungen der wirtschaftlichen und politischen Integration anerkennen, offen. Um die nächsten Schritte auf dem Weg zur Europäischen Union nicht zu verzögern, setzt sich die CDU dafür ein, daß neue Mitglieder in die Europäische Gemeinschaft nur dann aufgenommen werden, wenn für sie die gleichen Rechte und Pflichten gelten wie für die bisherigen Mitgliedstaaten.

Europa schließt die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas mit ein. Europa ist geteilt, wie Deutschland geteilt ist. Nach unserer Auffassung gehört es zu den politischen Zielen der Europäischen Gemeinschaft, die Teilung des Kontinents in einer europäischen Friedensordnung zu überwinden.

35. Auf dem Weg zur Europäischen Union ist die Einigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ein hohes Gut. Wenn in wichtigen Bereichen Einigkeit jedoch nicht erreicht wird, muß es möglich sein, daß ein Teil der Mitgliedstaaten gemeinsam vereinbarte Ziele vorab verwirklicht. Weil die Übereinstimmung in den

Grundwerten und die gemeinsamen Zukunftsaufgaben größer sind als das, was die europäischen Völker heute noch trennt, dürfen Fortschritte im Einigungsprozeß nicht durch mangelnde Kompromißbereitschaft in politischen Einzelfragen gefährdet werden.

36. Die deutsch-französische Verständigung und Versöhnung, die Konrad Adenauer und Charles de Gaulle besiegelt haben, haben auf allen Gebieten positive Impulse für die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft ausgelöst. Frankreich und Deutschland müssen zum politischen Kern einer sich entwickelnden Europäischen Union werden. Dies gilt besonders für die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Im deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat sieht die CDU einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Für die deutsch-französische Freundschaft hat die Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung.

37. Mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) hat sich seit 1970 kontinuierlich und pragmatisch ein Verfahren gegenseitiger Information, Konsultation, Abstimmung und konzertierter Diplomatie entwickelt, das inzwischen einzigartig ist zwischen souveränen Staaten. Die CDU tritt dafür ein, die Europäische Politische Zusammenarbeit als ein zentrales Instrument europäischer Integration und außenpolitischer Interessenwahrung zu nutzen und fortzuentwickeln. Hierbei ist eine erweiterte Kooperation und Konsultation mit dem Europäischen Parlament sicherzustellen.

Zur Sicherung ihrer lebenswichtigen Interessen muß die Europäische Gemeinschaft auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie Staaten, die durch aggressive Diktaturen bedroht werden, wirksam beistehen kann.

Eine koordinierte europäische und mit den USA abgestimmte Politik zur Konfliktverhütung und friedlichen Konfliktregelung in der Dritten Welt, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, liegt im gemeinsamen europäischen Interesse. Die CDU tritt dafür ein, daß die Europäische Politische Zusammenarbeit ihr ganzes politisches Gewicht für die Verwirklichung der Menschenrechte in aller Welt einsetzt.

38. Die CDU will die Vereinigten Staaten von Europa mit einem Europäischen Parlament, dem eine verantwortliche Regierung gegenübersteht, Schritt für Schritt verwirklichen. Auf dem Weg zur Politischen Union braucht die Europäische Gemeinschaft ein starkes und handlungsfähiges Parlament, das wirksam die Anliegen der europäischen Bürger vertreten und die Verwaltung kontrollieren kann. Die Effizienz der politischen Entscheidungsprozesse und administrativen Dienste muß verbessert werden. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein,

- in Fortführung der Reformen der Einheitlichen Europäischen Akte das Europäische Parlament in seinen Befugnissen zu stärken. Das Europäische Parlament muß – gemeinsam mit dem bisher allein beschließenden Ministerrat – bei der gesamten Gesetzgebung mitentscheiden. Das Europäische Parlament muß die Verfassung für Europa weiterentwickeln und verwirklichen sowie das Recht erhalten, die Mitglieder der EG-Kommission zu wählen;
- daß sich der Ministerrat an gemeinsamen europäischen Interessen orientiert und mit den vertraglich vorgesehenen Mehrheitsbeschlüssen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament Rahmenverordnungen erläßt, innerhalb derer die Kommission die Befugnis zu Ausführungsbestimmungen erhält; langfristig sollte sich der Ministerrat in Richtung auf eine zweite Kammer entwickeln und die Rolle der Regierung der Kommission überlassen;

- die Arbeit der EG-Kommission von überflüssiger Detail-Reglementierung zu befreien, indem sie auf die Probleme konzentriert wird, die von den einzelnen nationalen Regierungen nicht bewältigt werden können.

Die Verteilung der politischen Verantwortung auf lokale, regionale, nationale und gemeinschaftliche Organe muß dem Prinzip der Subsidiarität entsprechen.

39. Weil die CDU eine vielgestaltiges Europa will, in dem die gewachsenen, auch regionalen Besonderheiten ihren Platz haben, bekennt sie sich zum Föderalismus als Leitbild für den Aufbau Europas. Ein föderalistisch aufgebautes Europa achtet auch die sprachliche, kulturelle und regionale Vielfalt seiner Völker und garantiert seinen ethnischen, sprachlichen und religiösen Gruppierungen den notwendigen Freiraum für ein friedliches Zusammenleben. Keinesfalls darf durch den europäischen Einigungsprozeß die gewachsene und bewährte föderalistische Struktur der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt werden.

40. Die Europäische Gemeinschaft hat den Frieden gefestigt und entscheidend zu mehr Wohlstand und wirtschaftlicher Stabilität im freien Europa beigetragen. Damit sie sich voll auf ihre Zukunftsaufgaben konzentrieren kann, müssen der europäische Zusammenhalt durch die Solidarität der reichen mit den armen Regionen gestärkt und die Probleme der europäischen Agrarpolitik gelöst werden. In der vom Europäischen Rat im Februar 1988 beschlossenen Verdoppelung der Mittel für die Strukturfonds sieht die CDU einen wichtigen Beitrag zur Solidarität mit den armen Regionen. Die Weiterentwicklung der strukturschwachen Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland, die sich vorwiegend in ländlichen Räumen befinden, darf jedoch nicht vernachlässigt werden, damit auch dort künftig bei strukturellen Veränderungen die Schaffung neuer außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze erfolgen kann. Dies gilt insbesondere für die in der Vergangenheit vernachlässigten Grenzregionen.

Die CDU hält es weder für politisch noch für ökonomisch vertretbar, daß die Europäische Gemeinschaft mit hohen ökologischen und finanziellen Kosten landwirtschaftliche Überschüsse produziert, die sie dann zu Niedrigstpreisen auf dem Weltmarkt absetzt, dadurch den Weltmarktpreis herunterdrückt und so den Entwicklungsländern die Chance nimmt, durch den Verkauf ihrer Produkte Devisen einzunehmen, die sie dringend für ihre Entwicklung und den Abbau ihrer Schulden benötigen.

Der Abbau der Überschüsse in der Europäischen Gemeinschaft soll so erfolgen, daß das Einkommen unserer bäuerlichen Familien im Rahmen des Möglichen gewahrt wird. Finanzielle Anreize zur Extensivierung der Produktion, zur Stilllegung von Flächen und zur Erzeugung nachwachsender Rohstoffe, aber auch die Anerkennung und Vergütung besonderer ökologischer und landschaftspflegerischer Leistungen sind wichtige Instrumente zum Erreichen dieses Ziels. Die CDU wird darauf drängen, daß die EG entschlossen auf diesem Weg voranschreitet.

41. Die Zuständigkeit der EG im Außenhandel gibt die Möglichkeit, weltweit die europäischen Interessen wirkungsvoll wahrzunehmen und mit dem Ziel der Sicherung und des Ausbaus des freien Welthandels zu verbinden. Der Ausbau zur Europäischen Union darf nicht zu protektionistischen Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft führen, sondern muß vielmehr einhergehen mit einer Liberalisierung des Außenhandels mit allen Industrie- und Entwicklungsländern. Nur ein offenes Welthandelssystem wird am besten die Exportchancen der europäischen Wirtschaft gewährleisten und zugleich ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten und steigern.

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sollten die Wirtschaftszweige und Regionen, die im Zuge der Handelsliberalisierung vor nicht selbst verschuldeten Anpassungsproblemen gestellt werden, durch zeitlich begrenzte Hilfen aus dem EG-Strukturfonds in die Lage versetzt werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit aus eigener Kraft wiederzugewinnen. Die Bereitschaft zur Strukturanpassung in der Gemeinschaft wird in dem Maße zunehmen, wie auch die anderen Handelspartner in der Welt auf Protektionismus verzichten.

42. Damit der Europagedanke wieder seine ursprüngliche Triebkraft und Dynamik entfalten kann, müssen die Bürger im freien Europa ein europäisches Gemeinschaftsbewußtsein entwickeln, wozu sie die Vorteile Europas konkret erfahren müssen. Die CDU will ein Europa der Bürger. Deshalb setzt sie sich ein für

- den weiteren Abbau der Grenzkontrollen in Europa,
- eine verbesserte Zusammenarbeit beim Kampf gegen Terrorismus, organisiertes Verbrechen und Drogenhandel,
- die verstärkte Zusammenarbeit beim Kampf gegen Krebs und Aids,
- mehr Austausch von Schülern, Studenten, Auszubildenden und Wissenschaftlern,
- die gegenseitige Anerkennung gleichwertiger europäischer Bildungsabschlüsse und Berufsbildungswege,
- die Nutzung der wachsenden Möglichkeiten zu grenzüberschreitender Medienkommunikation,
- die Übertragung von Debatten und verstärkte Berichterstattung über die Arbeit des Europäischen Parlaments in Fernsehen und Hörfunk sowie
- die Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit.

Den europäischen Binnenmarkt verwirklichen und das Europäische Währungssystem weiterentwickeln

43. Die CDU unterstützt das in der Einheitlichen Europäischen Akte festgelegte Ziel, den europäischen Binnenmarkt, in dem Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei verkehren können, bis 1992 zu verwirklichen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt mit über 320 Millionen Menschen wird die Gemeinschaft zum größten Markt der Welt machen, ähnlich wie die Gründung der EWG vor 30 Jahren neue Wachstumsimpulse freisetzen und damit entscheidend die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft auf den Weltmärkten stärken.

Die Vorteile des gemeinsamen Marktes werden unmittelbar der Wirtschaft und den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zugute kommen, denn mehr als 50 % des Exports der Bundesrepublik Deutschland gehen in die Europäische Gemeinschaft. Diese Ausfuhren tragen entscheidend zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zu Wirtschaftswachstum und Stabilität bei. Rund 20 Prozent aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland werden durch Exporte in die Europäische Gemeinschaft gesichert.

44. Als wichtige Vorhaben auf dem Weg zu einem europäischen Binnenmarkt mit gleichen Wettbewerbsbedingungen unterstützt die CDU die Vereinheitlichung der europäischen Normen, die Öffnung der staatlichen Beschaffungsmärkte, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die Harmonisierung der Steuern und die Liberalisierung des Verkehrsmarktes. Die Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft braucht das europäische Gemeinschaftspatent und ein europäisches Gesellschaftsrecht. Die

Vollendung des Binnenmarktes verlangt von den nationalen Regierungen politische Kompromißbereitschaft und von den Volkswirtschaften und Unternehmen aller Mitgliedstaaten erhebliche Anpassungen, die von den nationalen Regierungen zielgerecht gefördert werden müssen. Bei der Verwirklichung des Binnenmarktes sollen alle Formen der Zusammenarbeit mit der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) genutzt und ausgebaut werden.

45. Da in einem vollendeten Binnenmarkt eine autonome nationale Wirtschafts- und Währungspolitik immer weniger möglich sein wird, setzt sich die CDU dafür ein, das Europäische Währungssystem weiterzuentwickeln und die schrittweise Verwirklichung der Wirtschaftsunion durch die Schaffung einer Währungsunion zu vervollständigen. Wichtige Ziele für ein wirtschaftlich integriertes Europa sieht die CDU langfristig darin,

- eine sowohl von den Regierungen der Mitgliedsländer wie den politischen Organen der Europäischen Gemeinschaft unabhängige und dem Stabilitätsziel verpflichtete europäische Zentralbank zu schaffen und
- den Ecu zu einer europäischen Währung zu machen, die von den europäischen Bürgern genutzt werden kann und die als internationale Reservewährung an der Seite der anderen europäischen Währungen der weltwirtschaftlichen Bedeutung des Dollars und des Yen gleichkommt.

Europa muß zu einer Forschungs-, Technologie- und Umweltgemeinschaft zusammenwachsen

46. Der gemeinsame Binnenmarkt in Europa ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die Verdoppelung der Strukturfonds schafft Voraussetzungen dafür, daß durch die Nutzung des Entwicklungspotentials armer Regionen und der alten Industriegebiete mit Strukturproblemen sowie durch Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeitnehmern alle Regionen und Gruppen an den Möglichkeiten des Binnenmarktes beteiligt sind.

Die wirtschaftliche Integration muß auch von einer europäischen Sozialpolitik begleitet werden. Durch die Verwirklichung von EG-Mindeststandards (z. B. beim Arbeitsschutz und Arbeitsrecht) soll unter Wahrung gewachsener sozialer Rechte eine schrittweise Annäherung im Bereich der Sozialpolitik angestrebt werden.

Der Dialog zwischen Sozialpartnern und die Arbeitnehmerrechte müssen entsprechend der EG-weiten Zusammenarbeit der Wirtschaft entwickelt werden. Ziel hierbei ist es, die Prinzipien der sozialen Partnerschaft und der Betriebsverfassung zum Leitbild der Harmonisierung der Betriebs- und Unternehmensverfassung in der EG werden zu lassen. Noch bestehende Benachteiligungen für Grenz- und Wanderarbeiter müssen beseitigt werden.

47. Im Wettbewerb mit Japan und den USA müssen die Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft zusammenwachsen. Spitzenleistungen im Weltmaßstab erfordern immer mehr den intensiven Austausch von wissenschaftlichem und technologischem Know-how zwischen den europäischen Ländern.

Für gemeinschaftliche Forschung und Entwicklung kommen vor allem Ziele und Projekte in Betracht, die im nationalen Alleingang nicht erreicht werden können, weil sie die finanziellen Möglichkeiten eines Landes übersteigen, die – wie im Bereich des Umweltschutzes – grenzüberschreitendes Handeln erfordern oder die sonst zu einer in der Sache nicht begründbaren Doppelarbeit führen würden.

48. Nur wer heute die Technologien von morgen entwickelt, kann auch künftig im internationalen Wettbewerb auf dem Weltmarkt mithalten. Die CDU tritt mit Nachdruck für die europäische Eigenständigkeit in der Weltraumforschung und -nutzung, einschließlich der bemannten Raumfahrt, ein. Europa braucht eigenständige gemeinsame Weltraumprogramme, um aus eigener Kraft Weltraumtechniken erforschen, entwickeln und wirtschaftlich verwerten zu können. Eine eigenständige europäische Kompetenz bei der Weltraumforschung und -nutzung ist zugleich die Voraussetzung für eine fruchtbare und ausgewogene transatlantische Kooperation auf diesem Feld.

Die CDU unterstützt die gemeinsamen europäischen Weltraumprojekte Ariane V und Hermes sowie die europäische Beteiligung an Columbus. Einen europäischen Aufklärungssatelliten hält die CDU für nützlich.

49. In der europäischen Forschungsinitiative EUREKA sieht die CDU eine wichtige Ergänzung der Gemeinschaftspolitik auf dem Weg zu einer europäischen Forschungs- und Technologiegemeinschaft. Die im Rahmen von EUREKA bereits begonnene internationale Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und aus anderen europäischen Staaten, auch aus Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), soll ausgebaut werden unter der Voraussetzung, daß keine westlichen Sicherheitsinteressen verletzt werden. Die Interessen mittelständischer Unternehmen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft dürfen dabei nicht vernachlässigt werden.

50. Umweltverschmutzung macht nicht an Grenzen halt. Weltweite Kooperation und das enge Zusammenwirken benachbarter Staaten sind eine notwendige Voraussetzung für einen wirkungsvollen Umweltschutz. Die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Umweltgemeinschaft ist deshalb dringend erforderlich. Die Bundesrepublik Deutschland muß auf diesem Gebiet weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen. Dabei muß es aus ökologischen und ökonomischen Gründen unser Ziel sein, die Umweltschutzbestimmungen in der Gemeinschaft auf hohem Niveau zu harmonisieren.

51. Die CDU fordert

- das Vorsorgeprinzip zur Richtschnur umweltpolitischen Handelns in der EG werden zu lassen und eine Prüfung der Umweltverträglichkeit von Projekten sicherzustellen;
- die Europäische Gemeinschaft und die übrigen europäischen Staaten auf, strenge Richtlinien zur Verminderung der Emissionen aus Großfeuerungsanlagen und aus den übrigen Heizungsanlagen festzulegen;
- die Staaten der Europäischen Gemeinschaft auf, zum Schutz der Ozonschicht den Einsatz von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen u. a. als Treibmittel in Spraydosen, mit Ausnahme des Einsatzes im medizinischen Bereich, zu verbieten;
- die Anrainerstaaten der Nordsee auf, zum Schutz der Nordsee die Verklappung von Schadstoffen sowie die Verbrennung chemischen Mülls auf See einzustellen;
- auf europäischer Ebene den Schutz von Grund- und Oberflächengewässern zu verbessern und die Maßnahmen für eine bessere Wassergüte des Rheins und anderer europäischer Flüsse fortzusetzen;

- alle europäischen Staaten auf, einen einheitlichen Sicherheitsstandard für Kernkraftwerke auf höchstmöglichem Niveau weltweit durchzusetzen, die Entsorgung der Kernkraftwerke sicherzustellen und die Überwachung und Kontrolle internationaler Atommüll-Transporte durch europäische Vereinbarung zu verbessern;
- die Abgasgrenzwerte in der EG für alle Personenkraftwagen so zu verschärfen, daß sie den US-Grenzwerten entsprechen, und das Angebot bleibfreien Benzins auszuweiten.
- die Alpenländer auf, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Alpenraum sich in einer gemeinsamen Konvention zu verpflichten, zum Beispiel die Ausweitung von Ski- und Touristikgebieten im Alpengebiet zu stoppen und die Bergwälder zu rekultivieren;
- die Staaten der Europäischen Gemeinschaft auf, die Entwicklung alternativer Energien voranzutreiben und die Überwachung und Kontrolle internationaler Atommüll-Transporte durch europäische Vereinbarungen zu verbessern.

V. Den West-Ost-Dialog aktiv führen

Die Veränderungen in der Sowjetunion für den West-Ost-Dialog nutzen

52. Die sowjetische Politik ist durch die neue Führung in Moskau in Bewegung geraten. Sie versucht, die politische, wirtschaftliche und geistige Erstarrung aufzubrechen, um die tiefe Krise des Sowjetsystems schrittweise zu überwinden. Sie hat erkannt, daß ohne weitreichende Veränderungen auf Dauer der Weltmachtanspruch der Sowjetunion gefährdet ist.

Deshalb will die neue Führung die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft modernisieren mit dem Ziel größerer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Die sowjetische Führung hat eingesehen, daß dies nicht ohne eine Reform der Gesellschaft und ihre Öffnung nach außen möglich ist, die auf eine verstärkte Kooperation mit dem Westen abzielt.

53. Die CDU nimmt die begonnene Politik der inneren Veränderungen in der Sowjetunion ernst. Von ihrem Erfolg können Impulse für weitere Entspannungsschritte ausgehen. Der Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen entspricht den Interessen beider Länder und den Wünschen ihrer Menschen. Die CDU will deshalb die Chancen für den Ausbau von Dialog und Zusammenarbeit nutzen, die sich durch die neue sowjetische Politik eröffnen. Sie wird deren Glaubwürdigkeit am Verhandlungstisch prüfen und in praktischer Zusammenarbeit erproben. Sie mißt die sowjetische Umgestaltungspolitik daran, inwieweit sie Würde und Rechte der Menschen achtet, ihren individuellen Entfaltungsmöglichkeiten neue Freiräume eröffnet und inwieweit sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Über die Grenzen der Erneuerungsbestrebungen darf es jedoch keinerlei Illusionen geben. Sie bedeuten keine Demokratisierung im westlichen Sinne. Sie stellen die kommunistische Gesellschaftsordnung nicht in Frage, sondern streben einen Kommunismus im modernen Gewand an. Deshalb bleibt auch trotz der neuen sowjetischen Politik der unvereinbare Gegensatz zwischen westlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur prinzipiell bestehen.

54. Je mehr sich die Sowjetunion nach innen öffnet und die aggressiven Elemente ihrer Außenpolitik abbaut, desto eher können der Dialog verbreitert sowie die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen West und Ost vertieft werden. Die Sowjetunion kann nicht von den Völkern des Westens eine intensivere Zusammenarbeit mit ihr erwarten und sie zugleich politisch sowie militärisch bedrohen. Bis heute setzt die Sowjetunion ihre Aufrüstung unvermindert fort und hält an der offensiven Ausrichtung ihrer Streitkräfte und Strategie fest. Die CDU mißt deshalb die sowjetische Außenpolitik nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten.

Die CDU fordert von der Sowjetunion, auf jede Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu verzichten und das Sicherheitsinteresse sowie das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker zu achten. Sie muß den Krieg gegen Afghanistan und ihre Stellvertreterkriege in anderen Staaten der Dritten Welt unverzüglich beenden. Bei der Beilegung oder Verhinderung regionaler Krisen und Konflikte muß die Sowjetunion ihre Bereitschaft zur Mäßigung und zum Ausgleich unter Beweis stellen.

Unsere Politik der guten Nachbarschaft fortsetzen

55. Der Bundesrepublik Deutschland kommt für den weiteren Ausbau der West-Ost-Beziehungen eine herausragende Bedeutung und Verantwortung zu. Alle Staaten in Ost- und Südosteuropa streben eine engere politische, ökonomische und kulturelle Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland an.

Die Politik der CDU hat in den vergangenen Jahren entscheidenden Anteil daran gehabt, daß wieder Bewegung in die Beziehungen zwischen West und Ost gekommen ist. Diese erfolgreiche Politik wäre ohne ihre feste Verankerung im westlichen Bündnis nicht möglich gewesen. Für die CDU bleibt eine dynamische Westpolitik, die der Festigung des Bündnisses und der Erhaltung der Sicherheit dient, unverzichtbare Voraussetzung realistischer Entspannungspolitik.

56. Die CDU will durch ihre Politik das Verhältnis zu den östlichen und südöstlichen Nachbarn in allen Bereichen verbessern. Friedlicher Wettbewerb, umfassende Zusammenarbeit und Verständigung sollen dauerhaft Konfrontation und Bedrohung ersetzen. Je mehr sich die Staaten des Warschauer Paktes nach innen erneuern und nach außen öffnen, um so weitgehender lassen sich die Möglichkeiten zur Erweiterung der Zusammenarbeit ausschöpfen.

Die CDU betrachtet die kleinen und mittleren Staaten in Ost- und Südosteuropa als selbständige Partner mit eigenen historisch gewachsenen Interessen und Aufgaben im Dialog zwischen West und Ost. Sie würdigt ihre Bemühungen um eigenständige Beiträge zur Öffnung und Umgestaltung ihrer Gesellschaften und zur Verbesserung der West-Ost-Beziehungen. Der Ausbau der Beziehungen zu diesen Staaten und ihren Völkern dient der Stabilität in Europa und gründet auf dem Bewußtsein einer gemeinsamen Vergangenheit und Zukunft aller Europäer.

57. Ziel unserer Politik des Dialogs und der Entspannung bleibt eine freiheitliche, gerechte und dauerhafte Friedensordnung, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht und die Achtung der Menschenrechte sowie des Gewaltverzichts garantiert und die Spaltung Europas überwindet. Diesem Ziel entspricht auch der Wille der Deutschen, ihre Einheit in Freiheit zu vollenden.

Die Grundlagen für Frieden und Zusammenarbeit in Europa sind in der KSZE-Schlußakte von Helsinki festgelegt worden. Die CDU wird deshalb weiterhin konsequent die Einhaltung und Umsetzung der KSZE-Schlußakte auch in den Staaten des Warschauer Paktes einfordern. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bleibt ein unerläßliches Instrument, den Frieden zu sichern, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu fördern, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen und die Menschen einander näherzubringen.

58. Der von der CDU angestrebte ausschließlich friedliche Wettbewerb zwischen West und Ost verlangt dem Osten im Denken und Handeln entscheidende Veränderungen ab. Die auf den Werten der Freiheit, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gründenden Demokratien des Westens können einem verstärkten friedlichen Wettbewerb gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen selbstbewußt entgegensehen. Im Unterschied zu den Gesellschaften des Sowjetkommunismus bedeuten für sie Innovation und Wandel, Pluralismus und Konkurrenz der Ideen keine Bedrohung, sondern sind Bedingung ihrer Existenz und ihrer Fortentwicklung.

Zusammenarbeit und Dialog dürfen die Unterschiede zwischen westlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur nicht verwischen.

Zusammenarbeit und Vertrauensbildung zwischen West und Ost fördern

59. Unser Maßstab für echte Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen bleibt die Lage der Menschen im geteilten Europa. Die CDU ist zutiefst überzeugt: Menschenrechtspolitik ist Friedenspolitik, denn die Achtung der Menschenrechte zählt zu den unerläßlichen Voraussetzungen einer friedlichen Welt. Deshalb gehören für uns Entspannungspolitik und Menschenrechtspolitik auch im West-Ost-Dialog untrennbar zusammen.

Wir treten für die Freizügigkeit aller Bürger auf beiden Seiten der Bündnissysteme ein, denn nur so wird die Politik der Verständigung und Vertrauensbildung für alle Menschen erlebbar. Die CDU will deshalb die Möglichkeiten für Begegnungen zwischen den Menschen in West und Ost erweitern. Wir streben vor allem an, Städtepartnerschaften zu vermehren und auszubauen, Sportbegegnungen zu fördern, Kontakte zwischen gesellschaftlichen Gruppen sowie den Kirchen zu intensivieren und den Jugendaustausch auszuweiten. Das Recht auf Freizügigkeit, auf Kontakte und Begegnungen über die Grenzen hinweg muß jedem Bürger offenstehen.

60. Die CDU unterstreicht ihre Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in den Staaten des Warschauer Paktes. Rechtssicherheit, Meinungsvielfalt und Pluralismus sind entscheidende Voraussetzung für den inneren Frieden und für ein gutnachbarliches Zusammenleben der Staaten.

Die gemeinsame Religions- und Kirchengeschichte stellt ein wichtiges Band zwischen den Völkern West- und Osteuropas dar. Als Christliche Demokraten berührt uns das Schicksal der Gläubigen in den sozialistischen Staaten besonders. Die CDU wendet sich nicht nur gegen die Rassen-Apartheid in Südafrika, sondern auch gegen die Wissens- und Glaubens-Apartheid in den Staaten des Warschauer Paktes. Die CDU wird sich deshalb besonders für die Wahrung der Glaubensfreiheit einsetzen und fordert Toleranz von den Herrschenden.

61. Einheit und Vielfalt von Kultur und Geistesleben ganz Europas müssen sich auch in den West-Ost-Beziehungen niederschlagen. Die CDU setzt sich auf den Gebieten des Theaters, der Musik, des Films, des Rundfunks und des Fernsehens und anderer

Kulturbereiche für die Intensivierung des Kulturaustauschs ein. Zugleich strebt sie neue gemeinsame Projekte von Künstlern aus West und Ost an. Sie unterstützt Vereinbarungen über die beiderseitige Einrichtung von Kulturinstituten mit allen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

62. Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sind seit Jahrzehnten ein stabilisierendes Element in den West-Ost-Beziehungen. Jetzt eröffnet das Modernisierungsprogramm, das sich die Sowjetunion und die überwiegende Zahl ihrer Partner im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vorgenommen haben, Chancen zur Intensivierung dieser Wirtschaftsbeziehungen. Die Öffnung der osteuropäischen Märkte bietet auch der deutschen Wirtschaft langfristige Perspektiven.

Die CDU setzt sich für neue Wege in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den RGW-Staaten ein, die sie stärker in die Weltwirtschaft integrieren, ihre Angebotspalette und ihre Produktqualität verbessern und sie so zu attraktiveren Partnern machen. Die CDU befürwortet eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen durch die Aufnahme geregelter Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG). Dies setzt jedoch voraus, daß der RWG die EG in ihrem territorialen Geltungsbereich einschließlich Berlin-West uneingeschränkt anerkennt und den Abschluß von bilateralen Abkommen zwischen der EG und einzelnen RWG-Staaten nicht behindert.

Zum Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gehört auch die Verwirklichung moderner Kooperationsformen, zum Beispiel durch Gemeinschaftsunternehmen. Auch die verstärkte Ausbildung von Wirtschaftsfachleuten aus osteuropäischen Staaten im Westen fördert die Modernisierung dieser Volkswirtschaften ebenso wie der Ausbau der technologischen Zusammenarbeit.

63. Entwicklung, Kenntnis und Anwendung moderner Technologien bestimmen heute den wirtschaftlichen Entwicklungsstand von morgen. Neue Ansätze in der industriellen Arbeitsteilung mit den osteuropäischen Staaten haben nur eine Zukunftschance, wenn es nicht zu einem weiteren technologischen Leistungsgefälle zwischen West- und Osteuropa kommt.

Technologische Zusammenarbeit muß sich in vollem Einklang mit den westlichen Sicherheitsinteressen vollziehen. Freien Technologietransfer von West nach Ost kann es daher nicht geben. Jedoch kann die Sowjetunion durch die Zustimmung zu weiteren Abrüstungsschritten, die zu mehr Sicherheit führen, die westliche Bereitschaft erhöhen, den Technologietransfer zu erleichtern. Die CDU hält eine vernünftige Abwägung zwischen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten bei der Weitergabe von Hochtechnologie nach Osteuropa für erforderlich.

VI. Unsere Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in der Welt

Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit fördern

64. Die CDU sieht in einer freiheitlichen, sozial verpflichteten und leistungsfähigen weltwirtschaftlichen Ordnung, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt nachhaltig zu fördern und den Wohlstand in den Industrienationen zu sichern.

Die internationale Durchsetzung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und ein offenes Welthandelssystem mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr bringen Vorteile für alle Länder. Die Einkommen, die die Entwicklungsländer in einem solchen Weltwirtschaftssystem selbst erarbeiten können, betragen ein Vielfaches der von den Industriestaaten geleisteten Entwicklungshilfe.

Anzustreben ist ein anhaltendes und inflationsfreies Wirtschaftswachstum bei möglichst stabilen Währungsrelationen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es vor allem notwendig, protektionistische Maßnahmen zurückzudrängen, die Entwicklungsländer besser in das System der Weltwirtschaft zu integrieren und Perspektiven zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise zu eröffnen.

65. Die führenden Industrie- und Handelsnationen – insbesondere die USA, Kanada, Japan und die Länder der Europäischen Gemeinschaft – haben entscheidenden Einfluß auf das internationale Handels-, Wirtschafts- und Finanzgefüge. Ihrer engen und wirkungsvollen Zusammenarbeit kommt daher größte Bedeutung zu. Als gleichberechtigte Wirtschaftspartner müssen sie ihren jeweiligen Teil der Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft übernehmen. Übermäßige Haushaltsdefizite und Handelsbilanzdefizite müssen abgebaut, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und Leistungsbilanzüberschüsse zurückgeführt und ein möglichst stabiles Preisniveau erzielt werden.

Nach Überzeugung der CDU ist es eine vordringliche Aufgabe, protektionistische Maßnahmen zu beseitigen und Dauersubventionen abzubauen. Die Industrieländer müssen ihre Märkte verstärkt auch für Produkte aus den Entwicklungsländern öffnen und diesen Staaten durch intensiveren Handel dringend benötigte Deviseneinnahmen ermöglichen. Ein zielstrebiges und koordiniertes Vorgehen zur Stärkung der Marktelemente wird der Weltwirtschaft zum Vorteil aller neue Impulse geben.

66. Die zunehmende internationale Arbeitsteilung und der weltwirtschaftliche Strukturwandel machen eine bessere Integration der Entwicklungsländer in das Weltwirtschaftssystem notwendig. Es liegt im Interesse der westlichen Industrienationen, daß die Länder der Dritten Welt ihre Wirtschaftskraft erhöhen und sich zu leistungsstarken Partnern entwickeln. Gleichzeitig entspricht es der wachsenden politischen Bedeutung und dem wachsenden Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer, wenn sie einen angemessenen Platz in der internationalen Völkergemeinschaft erhalten.

Chancengerechtigkeit und Kooperationsvorteile bei der internationalen Zusammenarbeit müssen auch für die schwächeren Länder gegeben sein. Rahmenbedingungen dieser Zusammenarbeit müssen den unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ausgangslagen der Staaten gerecht werden. Um vor allem den am wenigsten entwickelten Ländern den Übergang zu den Bedingungen des freien Welthandels zu erleichtern, sind für eine Übergangszeit besondere Regelungen erforderlich. Dazu können aufseiten der Industrieländer einseitige Handelserleichterungen gehören sowie die Stärkung der Exportfähigkeit dieser Entwicklungsländer durch gezielte entwicklungspolitische Maßnahmen, zum Beispiel durch Hilfen zur Qualitätsverbesserung von Produkten und bei der Vermarktung.

Bei den oft schwierigen, aber notwendigen Strukturanpassungsmaßnahmen in Staaten der Dritten Welt haben die internationalen Organisationen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) eine Schlüsselfunktion. Die CDU fordert jedoch

bei der Ausarbeitung der Sanierungsprogramme eine angemessene Beachtung der sozialen Folgewirkungen, damit die oft einschneidenden Anpassungsmaßnahmen nicht zu unzumutbaren Härten für die Bevölkerung führen, politische Destabilisierung bewirken und insbesondere demokratische Ordnungen oder Demokratisierungsbestrebungen gefährden. Entwicklung ist nur dort möglich, wo den schöpferischen Kräften der Menschen Freiraum zur Entfaltung geboten wird. Eine gerechte Verteilung des Wohlstands kann nur das Ergebnis einer auf soziale Gerechtigkeit ausgerichteten politischen Ordnung sein.

67. Die internationale Verschuldungskrise ist eines der drängendsten Probleme der Weltwirtschaft. Indem sich die Industrie- und Entwicklungsländer an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen anpassen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieser Krise.

Die unterschiedlichen Ursachen, Strukturen und Größenordnungen der Verschuldung in den Entwicklungsländern erfordern die Erarbeitung flexibler Einzellösungen. Schuldner und Gläubiger – Geschäftsbanken, internationale Organisationen und Regierungen – müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Die CDU begrüßt den Schuldenerlaß der Bundesregierung für die ärmsten Entwicklungsländer, insbesondere in Afrika, und die Überlegungen eines Schuldenerlasses für ärmere Entwicklungsländer über den Kreis der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) hinaus. Als weitere Maßnahmen zur Bewältigung der Verschuldungskrise kommen zum Beispiel in Betracht: längerfristige Umschuldungen, Senkung der Umschuldungszinsen, die Umwandlung von Schulden in Beteiligungen und der Rückkauf von Schuldforderungen zum Marktpreis. Darüber hinaus sollten die Banken prüfen, ob in Einzelfällen neben der Umschuldung auch die Möglichkeit des Schuldenerlasses besteht. Entscheidend ist, daß die Länder der Dritten Welt eine reale Chance zur Bewältigung ihrer wirtschaftlichen Probleme erhalten.

Unser Beitrag im Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt

68. Die Not von Hunderten von Millionen Menschen auf unserer Erde ist eine ständige Herausforderung an unser politisches Selbstverständnis als Christliche Demokraten. Das Schicksal der hungernden und in Elend lebenden Menschen in den Ländern der Dritten Welt darf uns nicht gleichgültig lassen. Die CDU weiß sich zu tatkräftiger internationaler Solidarität im Kampf gegen Hunger und Armut verpflichtet.

Die Bundesrepublik Deutschland muß entsprechend ihrer wirtschaftlichen und internationalen Bedeutung ihre entwicklungspolitischen Bemühungen auch künftig weiter verstärken. Der Anteil unserer Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt muß kontinuierlich ausgebaut werden. Die Bundesrepublik Deutschland muß beim Ausbau einer gemeinsamen Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und im Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern eine aktive Rolle übernehmen.

Umfang und Instrumentarium der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft sollte über die Beziehungen zu den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik hinaus stärker weltweit ausgerichtet werden. Insbesondere mit Staaten Asiens und Lateinamerikas ist eine verstärkte Zusammenarbeit anzustreben.

69. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit muß als ressortübergreifende Aufgabe verstanden und durchgeführt werden, die neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch Aspekte der Außen- und Friedenspolitik, der Weltwirtschafts-

und Agrarpolitik, der Umwelt- und internationalen Sozialpolitik sowie der auswärtigen Kulturpolitik einbezieht. Nach Überzeugung der CDU muß Richtschnur aller Entwicklungszusammenarbeit die Hilfe zur Selbsthilfe sein. Deshalb dürfen Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer nicht gelähmt werden, vielmehr muß die Förderung von Selbsthilfeprojekten und privaten Initiativen im Vordergrund stehen.

70. Die CDU unterstützt eine Entwicklungspolitik, die ihre finanzielle und technische Hilfe vorrangig auf die ärmeren Länder der Dritten Welt und auf die ärmeren Bevölkerungsschichten konzentriert. Wir begrüßen eine Schwerpunktsetzung, die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung aus eigener Kraft, Aus- und Fortbildung sowie Sicherung der Energieversorgung in den Mittelpunkt der Entwicklungsbestrebungen rückt. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, sich auch EG-weit für die Umweltverträglichkeit von Entwicklungshilfeprojekten einzusetzen. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen sollen besonders gefördert werden, um einen weiteren Raubbau an der Natur und an Rohstoffen zu verhindern.

Bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit müssen die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Ländern der Dritten Welt hinsichtlich der Entwicklung der Binnenmärkte, der Fähigkeit zur regionalen Kooperation, der Importabhängigkeit und des Exportpotentials berücksichtigt werden.

Für viele Entwicklungsländer ist die Stärkung ihrer Binnenmärkte eine vordringliche Aufgabe, damit die Bevölkerung langfristig ihr Einkommen durch produktive Arbeit selbst erwirtschaften kann. Für die CDU hat daher die Ansiedlung von Kleingewerbe und Handwerk sowie die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen besondere Bedeutung.

71. Um die wirtschaftliche Entwicklung und die Exportchancen der Länder der Dritten Welt zu fördern, sind öffentliche und private Kredite und Investitionen aus den Industrieländern notwendig. Die Bundesrepublik Deutschland muß die Konditionen für Kredite erleichtern. Die CDU fordert die deutsche Wirtschaft auf, bei ihren Auslandsinvestitionen die Entwicklungsländer verstärkt einzubeziehen. Die Bundesregierung soll verstärkt die Entwicklung und Nutzung angepaßter Technologien in den Entwicklungsländern und den Austausch dieser Technologien zwischen den Ländern der Dritten Welt fördern.

In ärmeren Ländern sollen lebenswichtige Maßnahmen der materiellen und sozialen Infrastruktur künftig nur noch durch Zuschüsse gefördert werden. Wegen der verringerten Fähigkeit zu Eigenleistungen hält es die CDU während einer Übergangsphase für notwendig, daß die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit ärmeren Entwicklungsländern, verstärkt auch laufende Projektkosten übernimmt.

Die Bundesregierung hat begonnen, Tilgungen aus Entwicklungshilfekrediten für neue entwicklungspolitische Maßnahmen einzusetzen. Langfristig sollen alle Rückzahlungen schrittweise für derartige Projekte wiederverwandt werden.

72. Staatliche und nichtstaatliche Förderung kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit ist eine notwendige Ergänzung zu finanzieller und materieller Hilfe. Für den Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit ist das Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen und die dadurch geprägten Verhaltens- und Denkweisen der Menschen mitentscheidend.

Frauen spielen im Entwicklungsprozeß eine bedeutende Rolle, was bei allen Projekten zu berücksichtigen ist und zu neuen Formen der Zusammenarbeit mit den Frauen in der Dritten Welt führen muß. Vor allem ist dies in Bereichen wichtig, in denen Frauen besonderen Arbeitsbelastungen oder Mißständen ausgesetzt sind.

Zur Verbesserung der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit fordert die CDU, daß Künstlern, Autoren, Journalisten, Studenten und Wissenschaftlern aus Afrika, Asien und Lateinamerika in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt die Möglichkeit geboten wird, die Lebens- und Gedankenwelt der Menschen ihrer Heimatländer bekanntzumachen. Kulturelle Begegnungsmöglichkeiten fördern den Prozeß des gegenseitigen Lernens und Verstehens.

73. In privatwirtschaftlicher Zusammenarbeit sieht die CDU einen bedeutsamen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer. Dieser unternehmerische Einsatz wird von vielen Ländern der Dritten Welt vermehrt gewünscht. Daher hält die CDU eine stärkere Einbeziehung von deutschen mittelständischen Unternehmen und von Genossenschaftsverbänden in die Entwicklungspolitik für sinnvoll.

Nichtstaatliche Organisationen, vor allem die Kirchen, sind oft in besonderem Maße in der Lage, der Bevölkerung in den Entwicklungsländern unmittelbar zu helfen. Ihr Engagement ist nach Auffassung der CDU unverzichtbare Ergänzung zu staatlichen Hilfsmaßnahmen und daher besonders unterstützenswert. Aufgabe der Bundesregierung ist es, den Handlungsspielraum der nichtstaatlichen Organisationen bei ihrer Tätigkeit in den Entwicklungsländern abzusichern.

Demokratie und Menschenrechten gehören die Zukunft

74. Nach Überzeugung der CDU gehört die Garantie von Grund- und Menschenrechten sowie von Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Bürger zu einer stabilen politischen Ordnung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht.

Unser christliches Menschenbild verlangt von uns, das Leben und die Würde des Menschen zu schützen und uns für die weltweite Verwirklichung der Menschen- und Freiheitsrechte einzusetzen. Aber nicht nur Unfreiheit und Rechtlosigkeit sind Quellen menschlichen Leidens, sondern auch menschenunwürdige Lebensbedingungen, soziale Not, Rassendiskriminierung, Armut und Hunger verletzen die menschliche Würde.

75. Jedes Volk hat das Recht, sein Staats- und Gesellschaftssystem selbst zu bestimmen. Unterschiedliche religiöse und kulturelle Wertvorstellungen, politische Traditionen und soziale Erfahrungen müssen respektiert werden. Aber dies kann den grundsätzlich weltweiten Anspruch der international anerkannten Menschenrechte nicht mindern. Unser Engagement in dieser Frage richtet sich nach der Schwere des Unrechts und nicht danach, in welchem Land es stattfindet.

Deshalb verurteilen wir die kommunistischen Diktaturen in Europa und in anderen Teilen der Welt ebenso wie Militär- und Rechtsdiktaturen und religiös-fundamentalistische oder feudalistische Unterdrückungssysteme. Die CDU lehnt das menschenverachtende System der Apartheid entschieden ab und fordert dessen konsequente Beseitigung auf friedlichem Wege.

76. Freiheitliche Demokratien haben sich in Lateinamerika und Asien im letzten Jahrzehnt oft dort durchgesetzt, wo früher autoritäre Regime geherrscht hatten. Dieser Vormarsch von Freiheit und Demokratie muß weiter gefördert werden. Es geht der CDU dabei nicht um die Übertragung eines bestimmten Demokratiemodells, sondern um die weltweite Förderung einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und pluralistischen Entwicklung.

Den christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika gilt die solidarische Unterstützung der CDU. Sie tragen in ihren Ländern entscheidend zur Abschaffung von Diktatur und Unterdrückung sowie zur Beseitigung von Hunger und sozialem Elend in ihrer Region bei. Sie sind Hoffnungsträger demokratischer Erneuerung in ihren Regionen.

77. Wir anerkennen das Bemühen um politische und ideologische Unabhängigkeit und um regionale Zusammenarbeit innerhalb der Dritten Welt. Wir wenden uns gegen Versuche, den Ost-West-Gegensatz in die Dritte Welt hineinzutragen. Entschieden lehnen wir alle Formen von Gewalt und aggressiver Ideologie als Mittel zur Bewältigung von zwischenstaatlichen oder innerstaatlichen Konflikten oder Problemen ab.

Die zunehmende Aufrüstung in Ländern der Dritten Welt hemmt die politische und wirtschaftliche Entwicklung und fördert die Neigung, innere und äußere Konflikte mit Waffengewalt auszutragen. Die CDU bekennt sich weiterhin zu einer restriktiven Handhabung beim Export von Rüstungsgütern. Aufgrund der unterschiedlichen Rüstungsexportpraxis der westlichen Länder ergibt sich auf NATO-Ebene die Notwendigkeit, gemeinsame und verbindliche Kriterien für den Rüstungsexport zu erarbeiten. Wegen der zunehmenden Fähigkeit einzelner Entwicklungsländer zur eigenen Produktion von Rüstungsgütern sowie des massiven sowjetischen Exports von Waffen in die Dritte Welt hält die CDU ein international geltendes und wirksames Abkommen zur Begrenzung von Rüstungsexporten für notwendig.

78. Die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland dient dem Aufbau einer weltweiten Friedensordnung, die die Menschenrechte garantiert sowie faire Zusammenarbeit und sozialen Ausgleich schafft. Staaten mit demokratischer Grundordnung fühlen wir uns dabei besonders verbunden.

Die CDU glaubt an die ansteckende Kraft von Freiheit und Demokratie. Wir sind überzeugt, daß die Zukunft nicht den Diktaturen gehört, sondern den freiheitlichen Demokratien.

Sonstige Beschlüsse

Beschluß Nr. B 152

Wegen der schwerwiegenden psycho-sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gebeten zu prüfen, ob und in welcher Form insbesondere jungen Menschen durch eine Verpflichtung zur Teilnahme an Weiterbildungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt geboten werden können.

Beschluß Nr. K 1

Der 36. Bundesparteitag beauftragt den Bundesausschuß, bis Februar 1989 eine Vorlage zur Organisations- und Finanzreform auf allen Ebenen der CDU Deutschlands zu verabschieden und dem 37. Bundesparteitag zur Beschlußfassung vorzulegen. Zu den Beratungen des Bundesausschusses werden die Kreisvorsitzenden als Verantwortliche der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei in den Kreisen eingeladen.

Ziel dieser Arbeit sind weitere Organisations- und Finanzierungsvorschläge für die Parteiarbeit der 90er Jahre.

Die Vorschläge für die Organisation sollen gewährleisten, daß die Politik der CDU als moderner Volkspartei der Mitte bürgernah umgesetzt wird, eine moderne Kommunikationsstruktur im Medienzeitalter entwickelt und die Parteiadministration mit zeitgemäßen Organisationsmethoden bewältigt wird. Für die Finanzierung der Partei soll gelten, daß die jeweilige Organisationsstufe in Kreis, Land und Bund einen ihren Aufgaben entsprechenden Anteil am Gesamtfinanzaufkommen erhält. Unter Einbeziehung von Empfehlungen der vom Bundesvorstand eingesetzten Organisationskommission sollen folgende Fragestellungen beantwortet werden:

1. Stimmt die über Jahrzehnte erprobte Aufgabenverteilung zwischen Kreis-, Landes- und Bundespartei noch hinsichtlich neuer, gewandelter Aufgaben?
2. Wie werden die erforderlichen finanziellen Mittel für eine erfolgreiche politische und organisatorische Parteiarbeit auf der jeweiligen Organisationsstufe aufgebracht und bereitgestellt?
3. Sind Mittel und Ausdrucksformen der Parteiarbeit noch zeitgemäß und entsprechen sie gewandeltem Mitglieder- und Wählerverhalten?
4. Entspricht das Ausleseverfahren der Partei für kommunale und überregionale Vertretungen und Parlamente sowie für Parteiämter noch den Erwartungen der Öffentlichkeit nach glaubwürdiger und sozialer Repräsentanz?
5. Entspricht die Arbeit der Vereinigungen auf den verschiedenen Organisationsstufen der Partei den veränderten Bedingungen in den politischen und sozialen Gruppierungen unserer Gesellschaft?
6. Die Ziffern 3 und 4 sind auch im Blick auf die Bundesgeschäftsstelle sinngemäß zu beantworten.

Der Bundesvorstand beauftragt eine Kommission zur Vorbereitung der Anträge für die Sitzung des Bundesausschusses bis Februar 1989.

Beschluß Nr. K 2

Richtlinien zur politischen Gleichstellung der Frauen in der CDU

1. Die CDU will entsprechend den Beschlüssen des Essener Parteitagés die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag, d.h. auch bei politischen Ämtern und Mandaten innerhalb der neunziger Jahre erreichen. In einer ersten Stufe sollen deshalb Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft der CDU für Ämter und Mandate nominiert werden.
2. Die Vorstände aller Gliederungen sind gehalten, mit den Vorsitzenden der Frauen-Union im Vorfeld der Kandidatenaufstellungen Gespräche zu führen, rechtzeitig Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen und als Kandidatinnen vorzuschlagen. Die Vorstände sind verpflichtet, diese Kandidatinnen im Wahlkampf genauso wie die männlichen Kandidaten zu unterstützen.
3. Bei allen Wahlversammlungen müssen die abstimmungsberechtigten Mitglieder darauf hingewiesen werden, daß jede Gliederung der Partei gehalten ist, diese Beschlüsse zu erfüllen.
4. Bei der Aufstellung der Listen sollen die Vorstände aller Parteigliederungen dafür eintreten, daß Frauen mindestens entsprechend ihrem jeweiligen Mitgliederanteil auf aussichtsreichen Listenplätzen abgesichert werden und dafür Sorge tragen, daß bei den Delegiertenversammlungen Frauen entsprechend berücksichtigt werden. Auch bei der Wahl der Delegierten für Parteigremien (wie z. B. Parteitage, Vertreterversammlungen) sind Frauen entsprechend zu berücksichtigen.
5. Die Richtlinien zur politischen Gleichstellung der Frauen in der CDU sollen auch bei der Besetzung freiwerdender Positionen angewendet werden.
6. Auf allen Wahlparteitagen der CDU-Gliederungen wird über den Stand der Beteiligten der Frauen an Parteiämtern und Mandaten berichtet. Den Bericht erstattet ein Mitglied des jeweiligen Vorstandes. Der Bericht gibt Auskunft über die Einhaltung der Richtlinien zur Kandidatenaufstellung sowie über alle übrigen innerparteilichen Maßnahmen zur Förderung von Frauen. Er enthält Angaben
 - über die Entwicklung des Mitgliederanteils von Frauen und Männern,
 - über die Beteiligung von Frauen an den jeweiligen Vorständen und Mandaten,
 - über die Beteiligung von Frauen an den Vorständen der Vereinigungen und Sondervereinigungen,
 - über die Beteiligung der Frauen an der hauptamtlichen Arbeit der Partei.
7. Die Mitwirkung von Frauen in den Parteien wird vielfach durch ihre Belastung in Familie und Beruf erschwert. Deshalb müssen die Gliederungen der CDU auf diese besondere Situation Rücksicht nehmen und Angebote entwickeln, die es Frauen erleichtern, sich politisch zu engagieren.

8. Es fehlt der CDU nicht an qualifizierten Frauen. Die Partei muß gezielte Schulungen anbieten, in denen Frauen und Männer zum politischen Engagement angeregt und auf die Übernahme von Ämtern und Mandaten vorbereitet werden können.

9. Weil Frauen zur politischen Arbeit auch durch projektbezogene Arbeit vor Ort angeregt werden, muß die CDU neue Formen der Parteiarbeit entwickeln, damit Frauen ihr Engagement in Verbänden, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Initiativen sowie deren Zielsetzung auch parteipolitisch einbringen können.

10. Alle Gliederungen der CDU sollen eigene Initiativen zur Umsetzung der Essener Leitsätze entwickeln und zu einem Arbeitsschwerpunkt machen. Die politische Gleichstellung der Frauen in der CDU hängt nicht zuletzt davon ab, daß ihr Mitgliederanteil entscheidend gesteigert wird. Daher muß die Partei eine gezielte Werbung vor Ort durchführen, um mehr Frauen als Parteimitglieder zu gewinnen.

Beschluß Nr. L 2

Die in § 5 der Geschäftsordnung der CDU vorgesehene Frist von zwei Wochen zur Beratung von Anträgen des Bundesvorstandes an den Bundesparteitag durch die antragsberechtigten Gliederungen ist zu knapp bemessen. Sie sollte mindestens vier Wochen betragen.

Der 36. Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, dem nächsten Bundesausschuß eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Beschluß Nr. M 4

Förderung behinderter, benachteiligter und arbeitsloser Jugendlicher

Die zur Zeit geplanten Einsparungsmaßnahmen bei der Bundesanstalt für Arbeit dürfen nicht zu Lasten der Qualifizierung junger Menschen beim Übergang von der Schule zum Beruf und zu Lasten von arbeitslosen Jugendlichen gehen. Junge Menschen, die längerfristig arbeitslos sind, dürfen nicht der Sozialhilfe anheimfallen. Die CDU fordert daher die Bundesregierung und die Bundesanstalt für Arbeit auf, die berufliche Förderung behinderter, benachteiligter und arbeitsloser Jugendlicher auch künftig im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes sicherzustellen.

Beschluß Nr. M 5

Die öffentlichen Arbeitgeber werden aufgefordert, überall dort, wo dies den Wünschen der Arbeitnehmer entspricht, die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze zu erhöhen.

Beschluß Nr. M 15

Die übermäßige Konzentration von Spielhallen in Städten, aber auch in ländlichen Gebieten ist in den letzten Jahren zu einem vielschichtigen Problem geworden. Deshalb fordert die CDU:

1. daß die Kommunen alle Möglichkeiten des neuen Baugesetzbuches ausschöpfen sollten, so z. B. die Veränderungssperre bei anstehenden Nutzungsänderungen eines Ladenlokals, um die Konzentration von Spielhallen zu verhindern; des weiteren soll § 9 I BauGB um die Möglichkeit des Ausschusses bestimmter Nutzungsarten (hier: Vergnügungsstätten-Typen) erweitert werden;
2. um die Ansiedlung von Spielhallen besser steuern zu können, sollte die Novellierung der Baunutzungsverordnung darauf abzielen:
 - Spielhallen in Wohngebieten für unzulässig zu erklären,
 - Spielhallen in gemischtstrukturierten Gebieten ausnahmsweise zulassungsfähig zu erklären,
 - eine Konzentration von Spielhallen in Kerngebieten zu verhindern;
3. daß die Spielverordnung – erlassen auf der Grundlage der Gewerbeordnung – so verändert wird, daß Risiko- und Sonderspiele nachhaltig beschränkt werden;
4. daß die Möglichkeit der Anhebung der Steuersätze für die länderrechtlich geregelte Vergnügungssteuer genutzt wird;
5. daß der Jugendschutz in Spielhallen strengstens beachtet wird.

Beschluß Nr. M 33

Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand der CDU, in einer Klausurtagung das Thema „Rentenversicherung“ zu behandeln, bei diesen Beratungen geeignete Wege zur Berücksichtigung der in der Familie erbrachten Erziehungs- und Pflegeleistungen in der Alterssicherung zu prüfen und dem Bundesausschuß entsprechende Vorschläge zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Beschluß Nr. M 42

Der 36. Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, zeitgemäße Programmaussagen zum Thema „Kunst und Kultur“ zu entwickeln und einem Bundesparteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Beschluß Nr. M 58

Der Bundesvorstand der CDU wird aufgefordert dazu beizutragen, daß unnötige Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe innerhalb der Partei und der Regierungskoalition unterbleiben. Die mangelnde Disziplin mancher führender Politiker schädigt die Arbeit an der Parteibasis und die Wahlchancen der CDU auf allen Ebenen.

Beschluß Nr. M 63

Der Bundesparteitag begrüßt die vorgelegte Initiative des Bundesvorstandes zur Drogen- und Suchtmittelproblematik. Er beauftragt den Bundesvorstand, die vorgelegte Initiative in den zuständigen Bundesfachausschüssen der CDU detailliert beraten zu lassen und eine abschließende Beschlußfassung vorzunehmen.

Beschluß Nr. M 66

Die Beschlüsse „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ und „Unsere Verantwortung in der Welt“ werden unter die gemeinsame Überschrift „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ gestellt und durch die zitierten Absätze des Grundsatzprogramms der CDU zu den Prinzipien einer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes eingeleitet.

Beschluß Nr. M 67

Bundesregierung und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die geplante Mineralölsteuerbefreiung der Privatflieger ersatzlos zu streichen.

Beschluß Nr. M 68

Der Bundesparteitag begrüßt die diesem Beschluß beigefügte Entschließung der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz vom 25. – 27. Mai 1988 zu deutschlandpolitischen Aktivitäten in den Ländern und sieht darin einen unerläßlichen Beitrag der Länder zu unserer Verantwortung, in freier Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands zu vollenden.

Der Bundesparteitag bittet die Bundesregierung und beauftragt den Bundesvorstand der CDU, diese deutschlandpolitischen Initiativen der Länder durch geeignete Maßnahmen in ihrer Wirksamkeit zu steigern.

Anlage zu Beschluß M 68:

Deutschlandpolitische Aktivitäten in den Ländern

Unter Bezug auf den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes zur Überwindung der deutschen Teilung hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag u. a. ausgeführt:

Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot... Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben. Alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“

Hieraus ergibt sich für jedes Land die verfassungsrechtliche Verpflichtung, eine Politik zu betreiben, die das auf die Wiedervereinigung gerichtete Bewußtsein wachhält, die Teilungsfolgen mildert und im Zonenrandgebiet gleichwertige Lebensbedingungen zum übrigen Bundesgebiet schafft.

I. Organisatorische Rahmenbedingungen

In organisatorischer Hinsicht sollten alle Bundesländer auf

- a) parlamentarischer und*
- b) ministerieller Ebene*

Referate einrichten, in denen alle Fragen und Aufgaben zu konzentrieren sind, die mit der Deutschlandpolitik in Zusammenhang stehen (Querschnittreferate). Ferner sollten auf parlamentarischer Ebene Ausschüsse mit Zuständigkeiten für die Deutschlandpolitik eingerichtet werden. Schwerpunkte beider Ebenen sollten z. B. sein:

- Herstellung von Kontakten zwischen den Menschen in Deutschland auf allen Ebenen*
- die deutschlandpolitische Bildungsarbeit in Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung*
- die Zuständigkeiten für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler*
- Errichtung bzw. Ausgestaltung deutschlandpolitischer Gedenkstätten und Informationszentren*

- Schüler- und Künstlerwettbewerbe, Ausstellungen, deutschlandpolitische Wochen und Kummertelefon
- Zusammenarbeit von Behörden, Institutionen und Räten
- Fragen des Zonenrandgebietes

II. Inhaltlich sind im innerdeutschen Verhältnis folgende Aktivitäten und Positionen von besonderer Bedeutung:

1. Aufrechterhaltung menschlicher Bindungen über die innerdeutsche Grenze hinweg

In der Aufrechterhaltung der menschlichen Bindungen über die Grenze hinweg manifestiert sich am deutlichsten der Fortbestand der Nationen. Alle Länder sollten daher gegenüber der Bundesregierung zur Beachtung in Gesprächen mit der DDR, aber auch bei eigenen Kontakten gegenüber Repräsentanten der DDR folgende Forderungen schwerpunktmäßig und nachhaltig vertreten:

- Wegfall des Mindestumtausches bei Reisen im Rahmen des grenznahen Verkehrs
- Erweiterung der in die Regelung des grenznahen Verkehrs einbezogenen Regionen
- Öffnung weiterer Grenzübergänge für den grenznahen sowie den Transitverkehr nach Berlin
- Verbesserung bei Reisemöglichkeiten von Bewohnern der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den grenznahen Bereich
- schrittweise Angleichung der Reisemöglichkeiten an den zwischen westlichen Demokratien üblichen Standards
- gemeinsame grenzüberschreitende Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete (Harz, Drömling, Ratenburger See etc.)

2. Partnerschaften zwischen kommunalen Gebietskörperschaften

Das lebhafteste Interesse vieler Städte, Gemeinden und Kreise an der Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zu entsprechenden Kommunen in der DDR ist zu begrüßen. Kontakte auf diesen und anderen Ebenen sind geeignet, persönliche Verbindungen zwischen den Bürgern diesseits und jenseits der Grenze zu ermöglichen, um so das gegenseitige Kennenlernen zu fördern.

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz hat in der Sitzung am 12. Juni 1987 in Saarbrücken einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt, auf den an dieser Stelle verwiesen wird.

3. Zonenrandförderung

Die Zonenrandförderung ist ein wesentlicher Bestandteil der Deutschlandpolitik. Nach den Römischen Verträgen (vgl. Artikel 92 Abs. 2) garantiert die EG, daß die Zonenrandförderung so lange erfolgt, wie die deutsche Teilung anhält.

Zonenrandförderung hat nach dem Zonenrandförderungsgesetz zum Ziel, für gleichwertige Lebensbedingungen im Zonenrandgebiet zu sorgen, damit dieses Gebiet in der Lage gehalten wird, jederzeit Ausgangspunkt für den anzustrebenden menschlichen, wirtschaftlichen, zivilisatorischen, geistigen, kulturellen und schließlich organisatorischen Brückenschlag in das andere Deutschland zu bleiben. Zonenrandförderung muß auch in Zeiten knappen Geldes aus Verfassungsgründen aufrechterhalten werden. Ihr oberstes Ziel ist es, die Lebensverhältnisse im Zonenrandgebiet so zu gestalten, daß sich die dort wohnenden Menschen zu ihrer Heimat bekennen und dort auch bleiben können.

4. Deutschlandpolitische Informationsarbeit

a) Deutsche Frage im Unterricht

Die KMK-Beschlüsse zur „Deutschen Frage im Unterricht“ vom 23. 11. 1978 sollten, soweit noch nicht geschehen, in allen Bundesländern umgesetzt werden. Dies sollte erfolgen durch

- Überarbeitung der Lernziele und inhalte
- Maßnahmen zur Lehreraus- und -fortbildung
- Handreichung für Lehrer und Schüler

b) Deutschlandpolitische Bildungsarbeit

Deutschlandpolitische Bildungseinrichtungen sollten, soweit noch nicht geschehen, in allen Ländern geschaffen werden. Ziel der in diesen Einrichtungen zu betreibenden deutschlandpolitischen Bildungsarbeit ist es, eine möglichst große Anzahl von Jugendlichen und Erwachsenen an die geistige Auseinandersetzung mit der Deutschen Frage und damit auch deren europapolitischen Perspektive heranzuführen. Diese Bildungsarbeit wird in der Zukunft zunehmend wichtiger, weil die Erfahrung zeigt, daß gerade bei der jüngeren Generation das Interesse an der deutschen Frage spürbar wächst. Als Träger dieser Bildungsarbeit bieten sich u. a. an: die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, deutsche Stiftungen, Heimvolkshochschulen, das Kuratorium Unteilbares Deutschland und die Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft.

c) Grenzinformationseinrichtungen und Fahrten an die innerdeutsche Grenze

Alle Zonenrandländer sollten – soweit noch nicht geschehen – ein flächen-deckendes Grenzinformationssystem an der innerdeutschen Grenze aufbauen. Hierzu gehören in unmittelbarer Grenznähe Aussichtsplattformen, Schautafeln und Informationseinrichtungen kleinerer Art, die in Verbindung mit der eigenen optischen Information einen ersten Eindruck vermitteln. Ferner sind in den grenznahen Klein- oder Mittelstädten größere Grenzinformations- und deutschlandpolitische Informationszentren auch zur Aufnahme und referatsweisen Unterrichtung von Gruppen zur Verfügung zu stellen. Fahrten an die innerdeutsche Grenze sind sowohl im Rahmen deutschlandpolitischer Informationsarbeit als auch als Faktor zur Stärkung der Wirtschaftskraft im Zonengrenzraum von beträchtlicher Bedeutung. Grenzfahrten sind häufig die Vorstufe für Fahrten in die DDR. Nicht-Zonenrandländern wird empfohlen, für Fahrten an die innerdeutsche Grenze Mittel bereitzustellen.

d) Fahrten in die DDR

Fahrten von Jugendlichen in die DDR sind finanziell wie Berlin-Fahrten zu fördern, da sie nicht nur menschliche Kontakte schaffen bzw. verstärken, sondern auch den besten deutschlandpolitischen Anschauungsunterricht darstellen. Durch ein geeignetes Vor- und Nachbereitungsprogramm ist vor und nach derartigen Studienfahrten dafür Sorge zu tragen, daß die jungen Menschen mit der erforderlichen Aufnahmebereitschaft die Besonderheiten

in der DDR kennen und bewerten lernen. Die Vor- und Nachbereitung sowie die Förderung dieser Fahrten kann durch eine vom Land zu bestimmende Stelle (z. B. durch die Landeszentrale für politische Bildung) wahrgenommen werden. Besuche in die DDR hinterlassen als beherrschenden Eindruck das Gefühl fortbestehender Gemeinsamkeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Teilnehmer dieser ein- und mehrtägigen Fahrten sind damit die natürlichen Träger des politischen Impulses für eine Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas.

e) *Ausländer*

Bei Ausländern, die die Bundesrepublik Deutschland besuchen, oder die hier tätig sind, bewirkt die unmittelbare Konfrontation mit dem deutschen Teilungsschicksal durch einen Besuch an der Grenze, daß sich Zurückhaltung gegenüber der deutschen Frage zu objektiver Einschätzung verändert. Derartige Grenzbesuche von Ausländern sind daher unverzichtbarer Teil einer deutschlandpolitischen Information, nicht nur gegenüber Repräsentanten ausländischer Staaten, sondern insbesondere auch für die Angehörigen der alliierten Streitkräfte, Besuchergruppen von Partnerstädten und Teilnehmer internationaler Ferienveranstaltungen.

f) *Deutschlandpolitische Wochen*

Deutschlandpolitische Wochen sind ein geeignetes Mittel, abseits vom Grenzraum insbesondere Jugendliche die Begegnung mit der „Deutschen Frage“ zu ermöglichen. Deutschlandpolitische Wochen haben das Ziel, bestehende Gemeinsamkeiten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR herauszuarbeiten und damit diese Gemeinsamkeiten zu fördern.

5. *Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter*

Alle Bundesländer sollten nachhaltig für den Fortbestand der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter eintreten. Darin, daß die Zentrale Erfassungsstelle seit 1961 mehr als 35 000 Gewaltakte und noch im Jahre 1986 insgesamt 1580 Gewaltakte von DDR-Organen erfaßt hat, ist ein eindrucksvoller Beweis für die Notwendigkeit dieser Einrichtungen zu sehen. Allein die Existenz der Zentralen Erfassungsstelle wirkt sich mäßigend auf das Verhalten bestimmter DDR-Organen, insbesondere des Aufsichtspersonals in Gefängnissen und Haftanstalten aus und erleichtert wenigstens geringfügig das Schicksal von Landsleuten, die in der DDR politisch verfolgt werden. Nur durch ein Ende der Menschenrechtsverletzungen in der DDR würde die Erfassungsstelle in Salzgitter überflüssig.

6. *Elbgrenze*

Alle Bundesländer sind aufgerufen, die von allen deutschen Bundesregierungen vertretene Rechtsposition über den Verlauf der Elbgrenze nachhaltig zu unterstützen. Dies hindert im übrigen keineswegs daran, alle praktischen Fragen der Benutzung der Elbe und des Verkehrs auf der Elbe vernünftig und einvernehmlich mit der DDR zu regeln.

Vor allem wird das von der DDR hergestellte Junktim zwischen Grenzverlauf und der Regelung praktischer Fragen (z. B. Elbsanierung, Hochwasserschutz Elbe und Einbeziehung von Hamburg und Hannover in den Grenznahverkehr) abgelehnt.

7. Umweltfragen

Auf der Grundlage der „Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes“ vom 8. September 1987 sollten alle Bundesländer bemüht sein, die sich bietenden Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der

- Technologien und Maßnahmen zur Reduzierung sowie Messung von Luftschadstoffen (z. B. Datenaustausch),
- Minderung von Waldschäden,
- Vermeidung, Verwertung und schadlose Beseitigung von Abfallstoffen,
- Erfahrung auf dem Gebiet des Naturschutzes,
- Entwicklung und Anwendung von Technologien zum Schutz unter Reinhaltung der Gewässer

zu nutzen.

Als erstes Projekt sollte ein gemeinsames Umweltinvestitionsprogramm geschaffen werden.

8. Kulturabkommen

Das am 6. Mai 1986 mit der DDR abgeschlossene Kulturabkommen ist ein weiterer ganz wesentlicher Schritt in der Entwicklung der Beziehungen zur DDR. Das Abkommen bietet die Grundlage und den Rahmen für die Entwicklung vielfältiger Beziehungen in allen kulturbezogenen Bereichen. Gerade die Bundesländer sollten auf der Grundlage dieses Kulturabkommens das Ziel einer möglichst breiten kulturellen Begegnung sowohl hier als auch in der DDR verfolgen. Dabei geht es um die Darstellung der Kultur aller Deutschen. Über die Projektliste hinaus sollten weitere Projekte mit der DDR vereinbart werden.

III. Zusammenfassung

Die Zuständigkeiten der Deutschlandpolitik liegen primär in der Verantwortung des Bundes. Dennoch ergeben sich im gesamtdeutschen Bereich für die Bundesländer verhältnismäßig viele Möglichkeiten, aktive Deutschlandpolitik zu betreiben und die Politik des Bundes zu ergänzen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Ausführung der Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG).

Die Deutschlandpolitik beinhaltet auch den verbindlichen Auftrag, das ostdeutsche Kulturgut zu erhalten und zu pflegen. Dem hat der Gesetzgeber bereits 1953 in klarer Erkenntnis der wechselseitigen Beziehungen von ostdeutscher Kulturerbe, nationalen Selbstverständnis und europäischer Verpflichtung durch § 96 BVFG Rechnung getragen und die ostdeutsche Kulturarbeit als vorrangige staatliche Aufgabe für Bund und Länder eingeordnet. Die Bundesländer sollten Fahrten von Jugendlichen in die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße fördern. Im Unterricht ist insbesondere in den Fächern Deutsch, Geschichte und Geographie verstärkt auf diese Gebiete einzugehen (siehe KMK-Empfehlungen von 1978).

Beschluß Nr. M 69

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich in der Europäischen Gemeinschaft für einen EG-Hilfeplan zum Wiederaufbau Afghanistans einzusetzen. Die USA, arabische Länder, aber auch die Sowjetunion, sollten eingeladen werden, sich am Wiederaufbau Afghanistans zu beteiligen. Der EG-Hilfeplan ist mit einer zukünftigen demokratischen Regierung in Afghanistan, aber auch mit der pakistanischen Regierung, die die Hauptlast des afghanischen Flüchtlingsstromes getragen hat, sorgfältig vorzubereiten.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, sich bereits vor einem endgültigen Friedensschluß in Afghanistan für umfassende humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft in den befreiten Gebieten Afghanistans einzusetzen.

Beschluß M 72

Der 36. Bundesparteitag fordert den Präsidenten der Republik Südafrika auf, einem erneuten Gnadengesuch der sechs südafrikanischen Bürger, die wegen Mitwirkung am Mord eines Stadtrates einer Ortschaft bei Sharpeville zum Tode verurteilt wurden, stattzugeben.

Beschluß Nr. M 74

Der 36. Bundesparteitag fordert die kommunalen Mandatsträger auf, in den Kommunen Angebote zu schaffen, durch die die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ (bzw. evtl. bestehende Landesstiftungen) ergänzt werden.

Namensverzeichnis

Albrecht 195
Arentz 88, 355

Badeck 340 ff.
Balke 277
Baumeister 303
Beckedorf 140
Bickel 251, 424
Blüm 222, 324, 325, 327, 338, 354, 422
Böckmann 347, 353
Böhr 81, 237
Braun 89
Braun-Moser 319 ff.
Brok 142
Buchkremer 249, 258, 260, 276, 278
Büchner 272
Burggraf 319
Busch 225
Büttner 230

Carstens 182 ff., 213, 404 ff.

Dautzenberg 277, 406
Degenhardt 138
Denzel 13, 310
Diepgen 127
Doppmeier 220, 270
Doss 334
Dregger 44
Dübel 121

Eble 233, 416
Echternach 112 ff., 323
Engelhardt 206, 420
Erhard 255, 261
Exner 14
Eyrich 318 ff.

Fell 269, 317
Felleisen 98
Fink 79, 333, 343, 404
Fischer, Hans-Dieter 10
Fischer, Leni 413
Friedmann 113
Friedrich 324 ff.
Fuchs 93

Gehring 91, 331, 356
Geißler 10, 86, 133, 166, 234, 274, 306
Geschka 94 ff.
Grußendorf 428
Günther 337

Hans 99, 243, 420
Hardt 90, 399.
Hasselmann 89 ff.
Hauser 326, 339
Heck 299
Heinzel 151, 159
Hellwig 351
Hennig 135 ff., 198
Hermann 423, 433
Hieronymi 201, 291
Hintze 202, 271
Hoffacker 264
Holkenbrink 398
Hörz 245
Hüls 316
Hüppe 254, 259, 283, 295

Irmen 280

Jacoby 83, 145, 158, 260 ff.
Jäger 139, 156, 235, 268, 292, 302, 426
Jahn, F. A. 205, 241, 297
Janning 252
Jentsch 202 ff.
Johannknecht 218, 249, 267, 314, 415, 425
John 78, 237
Jost 386
Jung 77
Jungen 335, 349, 351 ff.

Kauder 97, 242, 276, 281, 393
Kerssenbrock 400
Kesseler 304
Klaas 126
Klepsch 152 ff.
Klinkhammer 421
Kohl 5, 23, 102, 147, 156, 279, 321, 333, 358, 359, 380, 406, 423, 436
Köppinger 96, 328
Kremer 235
Krey 431 ff.
Kroll-Schlüter 239
Krömer 338
Kropp 132
Kruse 430
Kües 148, 290, 434

Landowsky 134 ff.
Lange 265
Laumann 267, 431
Lennartz 234, 246, 253, 260, 288, 293, 304, 313, 317
Limbach 204, 290, 392
Linssen 379 ff., 411 ff.
Login 131
Lorenz 94
Luster 60

Marienfeld 293
Martin 293 ff.
Mayer-Vorfelder 134, 136, 216
Miltner 262
Mock 163
Möltgen 323
Mühr 354
Müller 346

Neumann 144 ff.
Niewerth 142
Noack 335

Peters 193
Pfeffermann 233, 296
Pieroth 327, 332, 342
Pinger 328
Pofalla 395
Pohl 387

Rauber 94
Reeg 415
Rönsch 385

Schröder 290, 312
Schwank 89, 244, 348
Schwarz, Martin 141
Schwarz, Stefan 408
Schwerin 92
Späth 242, 285, 304, 308, 325, 329, 352, 355
Sprung 213 ff.
Steib 266
Stern 85, 396
Stoltenberg 303, 381
Stolz 252, 294
Strauß 64
Stritzl 132, 135, 329, 388
Süssmuth 77 ff., 187, 241, 416

Teufel 245 ff., 402
Theato 151
Thoben 227 ff., 419
Tillmann 379

Uhlenberg 244 ff.

Verhülsdonk 183, 291 ff.

Vetter 407

Vogel, Bernhard 17 ff., 44, 55, 190, 284, 424 ff.

Vogel, Friedrich 427

Waffenschmidt 158 ff.

Waldburg-Zeil 270, 301

Walderdorff 310

Wallmann 9 ff., 17, 43, 60 ff., 144, 160 ff., 208, 359, 378, 435

Waschbüsch 227

Weiss 344 ff.

Westphalen 186

Willoch 160

Wilms 112

Wissmann 324 ff.

Wolters 138

Yzer 417

